Im Gespräch: Gen-ethisches Netzwerk S. 29-31

ak

ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 295 30. 5. 88 5 DM C 21734 E

Die schwedische Bombe

40 Jahre geheim, 1985 aufgedeckt, in der BRD verschwiegen

Entsetzt reagierte die Welt auf Hiroshima und Nagasaki, aber nicht alle Welt. Geheimdienste forschten nach Informationen über die neue Waffe, Militärs forderten sie für ihre Streitkräfte, Regierungen entwarfen strategische Konzeptionen für das Nuklearzeitalter. Auch in zwei Ländern, die gewöhnlich einen ganz anderen Ruf genießen, Schweden und Schweiz, wünschten die verantwortlichen Politiker gleich nach Kriegsende eigene Atomwaffen. Sogenannte zivile Atomprogramme, die scheinbar die Konstruktion eigener Atomkraftwerke bezweckten, sollten in Wahrheit Waffenplutonium erzeugen. In Schweden führte die Einsicht in früher geheimgehaltene Regierungsdokumente vor drei Jahren zur detaillierten Aufklärung des gesamten Geschehens. Von Anfang an wurde die Nukleartechnologie von militärischen Forschungen begleitet.


Taktiker Palme

Mitte der sechziger Jahre waren die technischen Voraussetzungen vorhanden. 1972 wurde das Programm mit zehn unterirdischen, simulierten Atomtests abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die schwedische Bombe in den Augen der Strategen an Bedeutung verloren. Zahlreiche Interviews mit ehemaligen Beteiligten bestätigten diese Darstellung. Allein Olaf Palme schwieg beharrlich. Er, der von seinem Vorgänger Tage Erlander einmal als „Kopf des Atomgeschäfts" bezeichnet worden war, hatte es 1959 und danach verstanden, die mißtrauisch gewordene Öffentlichkeit zu beruhigen, indem er die unverändert fortgesetzten Arbeiten an der Bombe als „Schutzforschungen" ausgab: Ein typisch sozialdemokratisches Atomprogramm. Vorbild auch für einen Kanzler der Bundesrepublik, Helmut Schmidt.
S. 7 - 9



Die größten Kritiker der Elche sind ... selber welche

Hauen und Stechen

Der grüne Parteibildungsprozeß

Am 17. Juni hätte die Friedenspfeife geraucht werden sollen: Die Grünen veranstalten einen „Perspektiven-Kongreß". Doch friedlich geht es zur Zeit bei ihnen nicht zu. Der Staub, den die Anzeige von relevanten Teilen der Partei gegen die eigene Bundestagsfraktion (Mehrheit) aufgewirbelt hat, dürfte sich bis dahin kaum gelegt haben. Zum zweitenmal nach Otto Schilys Drohung wird über Spaltung der Grünen geredet.

Die Diskussion um einen oppositionellen Gesetzentwurf zur Bestrafung von Vergewaltigern, der von grünen Frauen in enger Zusammenarbeit mit feministischen Gruppen erarbeitet wurde, wird beim grünen Streit das Anliegen der Frauenbewegung, einen Beitrag zur stärkeren gesellschaftlichen Ächtung der außer- und innerehelichen Vergewaltigung zu leisten. Eine von der Frauenbewegung getragene parlamentarische Initiative ist mit der Fraktionsverweigerung gescheitert.



Während die grünen Kritiker der Fraktion Erinnerungen an die SPD-Entwicklung der Jahrhundertwende beschwören, berufen sich die Abgeordneten auf ihre „Gewissensfreiheit". Was wiederum die „taz"-Realos Max Thomas Mehr und Klaus Hartung zum Kampf gegen linkes Liniendenken und für die Freiheit des Individuums im und um den Bundestag herum auf den Plan rief.

zum innergrünen Machtkampf. Die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion weigert sich standhaft, die Beschlüsse der Parteibasis und der Basis sozialer Bewegungen, auf die sich die Grünen in ihrer Gründungszeit so gerne beriefen, anzuerkennen. Realo-, klerikale und Spießerargumente in der Behandlung des Umgangs mit der Bestrafung von Vergewaltigern haben zur Mehrheitskoalition in der Fraktion geführt. Auf der Strecke bleibt

— Wir interviewen zum grünen Streit Regina Michalik vom Bundesvorstand.
— Um was geht es bei ein oder zwei Jahren für Vergewaltiger?
— Wir dokumentieren Offene Briefe und Antworten.
— Wir stellen vor: Grüne Lebensschützer.
— Wir informieren: Wer hat welche grünen Perspektiven?

Seite 4-6

Kampf der Klerikalisierung von Staat Gesellschaft und Grünen

Seite 34

Rheinhausen

Was hat's gebracht? Wie weiter?

Das Ende war daneben: Die Besiegelung der Niederlage der Rheinhausener Stahlarbeiter im Kampf für den Erhalt ihres Hüttenwerks hat böses Blut erzeugt. Diejenigen, die am 1. Mai das Verhandlungsergebnis mit Krupp im Namen der Belegschaft paraphierten, behaupten, es war nicht mehr drin. Ihre Kritiker werfen ihnen vor, bereits mit der Beendigung des Aprilstreiks den Kampf abgewürgt zu haben. Das böse Wort vom „Verrat" fällt schon mal in der Auseinandersetzung.

Wir interviewten Rheinhausener Aktivisten für den ak:

Theo Steegmann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der dreiköpfigen Verhandlungsdelegation schildert die Entwicklung bis zum Abschluß, versucht erste Resümees und begründet das Vorgehen der letzten Wochen.

Dietmar Hauschke und *Wolfgang Kolditz*, Vertrauensleute bei Krupp, aktive Mitorganisatoren der verschiedenen Aktionen der Rheinhausener, kritisieren scharf die Führung des Kampfes und die IG Metall.

Gerd Pfisterer, Krupp-Betriebsrat, war von Kampfbeginn an für den Vollstreik und für eine andere Kampfesführung.

Seite 11-15

Kein Friede mit Palästina

Der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, sagt Uri Avnery im AK-Gespräch, sei die „Geburt einer Nation, eines Staates". Avnery äußert sich des weiteren zu der „Erkenntnishemmung" der jüdischen Israelis, die Existenz eines palästinensischen Volkes anzuerkennen, was auch weite Teile der Friedensbewegung beeinflusse. — Die israelische Friedensbewegung ist ebenfalls Thema des Gesprächs mit Gideon Spiro von „Jesch Gwul", eine Gruppe von Wehrpflichtigen, die den Einsatz im Libanon und in den besetzten Gebieten verweigern.
Seite 21 -27

Antifa
Bilder vom Aufmarsch Kühnens und seiner FAP am 1. Mai im Ruhrgebiet. Volksfront gegen Neonazis in Göttingen. Bonn: Ralf Tegethoff — Einzeltäter?
Seite 17 -19

DKP
Wir dokumentieren Texte der Bremer Parteidebatte. Helmut Krebs aus Karlsruhe fragt: Wie weiter DKP? Wir berichten über die Nöte der DKP mit der „taz".
Seite 35 -38

Sicherheitsgesetze
Zimmermanns Entwurf liegt vor, die FDP hat erwartungsgemäß doch zugestimmt. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird faktisch außer Kraft gesetzt.
Seite 10

Engholms bayerische Verhältnisse

Un ich sach noch zum Käpt'n: Obacht, Klippe! Da isser schon auf Grund gelaufen.



Anstand hat stattgefunden, und die BürgerInnen des nördlichsten Bundeslandes haben die Moral-Wahl „mit Bravour bestanden". Ungezählt sind die verbalen Blumensträuße, die die Politiker und die Medien nach Schleswig-Holstein schickten. Befriedigung allüberall, bei Heiner Geißler wie bei Willi Hoss, bei der „FAZ" wie bei der „taz". Das Alte ist vergessen, ein neuer Anfang ist gemacht, und gesiegt hat: unsere gute, bewährte, funktionstüchtige parlamentarische Demokratie. Unsere funktionstüchtigen großen Volksparteien. Unser funktionstüchtiges großes Nachrichtenmagazin. Unser guter, großer, funktionstüchtiger Staat.

Die häßliche Affäre ist bewältigt, der Schmutz bereinigt, der Schurke beerdigt, der Schlußstrich gezogen. Aus den immer und immer wieder gedruckten und gesendeten Worten klingt das millionenfache Bedürfnis nach Verdrängung. Diesem unheimlichen, aber nicht unbekannten Effekt mit seinen Selbstverstärkungsmechanismen verdankt Engholm seinen „Erdrutschsieg". Man muß es sagen, auch wenn der Effekt diesmal der SPD zugute kam.

Der neue Ministerpräsident, Streber, Saubermann, Vater einer intakten Familie und wie die anderen Werbemittel lauten, mit denen man eine bürgerliche Wahl gewinnt, hat soviel von „Aufklaren" gesprochen, daß seine Anhänger wahrscheinlich daran glauben, weil ihnen die modernen Suggestivtechniken nicht bekannt sind. Man kann sich an den Nebel so gewöhnen, daß man ihn nicht mehr wahrnimmt. In Wahrheit ist nur wenig aufgeklärt, weder wie Waterkantgate ins Rollen kam, noch wie der Hauptakteur starb. Die Akte Barschel ist ja noch nicht einmal geschlossen. Was wir erleben, ist nichts anderes als, juristisch ausgedrückt, die massive Einmischung der Politik in ein schwebendes Verfahren.

Am wenigsten ist aufgeklärt, was der SPD am direktesten nutzte: Warum Pfeiffer auf einmal beschloß, seinen Auftraggeber auffliegen zu lassen. In diesem von Geheimdienstmethoden und folglich auch von Geheimdiensten randvollen Spiel hat die SPD profitiert. Wer davon profitiert hat, ist davon abhängig. Engholm scheint nicht daran zu denken, das private, diskrete, geheime Management öffentlich zu machen, das es in dieser Sache jenseits der Sphäre der Medien und Parlamente ganz sicher gegeben hat, ganz sicher auch unter irgendeiner Mitwirkung der SPD. Schlußfolgerung: Er macht sich von den Geheimdiensten abhängig. Jedes politische Kleinkind weiß das, und jedes politische Großkind fällt wieder darauf herein.

Dies sind keine abstrakten, dies sind konkrete Verdächtigungen. Engholm hat den ehemaligen stellvertretenden Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz, Pelny, als seinen Bürochef bestellt, sicher ein guter SPD-Mann. Und ebenso sicher ein guter VS-Mann. Der Profi besetzt nun eine intime Machtposition in der Kieler Staatskanzlei, die der Amateur Pfeiffer nicht hatte. Auch deswegen: bayerische Verhältnisse.

Wie das kleine, aber nicht unbedeutende Beispiel zeigt, können schlechte Akteure durch gute Akteure, korrumpierte Parteien durch moralische Parteien oder rechte Politiker durch linke Politiker abgelöst werden, ohne daß sich an den Strukturen etwas ändert. Veränderung würde zunächst einmal und gerade in diesem Fall bedeuten offenzulegen, wie der Staat, um mit Marx zu sprechen, als besondere und feindliche Formation der Gesellschaft gegenübertritt und sie bis ins Alltägliche hinein überwacht, manipuliert, steuert. Bei aller herrschenden Sprachvernebelung zwischen Schleswig-Holstein und Bayern wollen wir eine solche Offenlegung nicht als „Aufklaren" bezeichnen. Lieber schon: Glasnost.

de.

§ 218 — bundesweite Aktionen gegen das Beratungsgesetz

Am 8. Juni wollen CDU und FDP einen Regierungsentwurf für ein Beratungsgesetz ins Kabinett einbringen. Ende dieses, Anfang nächsten Jahres soll das Beratungsgesetz dann verabschiedet werden. Die Initiative *Frauenbegehren-Selbstbestimmung* beschloß für den 8. Juni bundesweite Protestaktionen.

Nachdem im März ein vorläufiger Referentenentwurf für ein Beratungsgesetz in die Öffentlichkeit gelangt war und weitreichende Ablehnung erfahren hatte (s. AK 293, April 88), legte Ministerin Süßmuth Ende April einen zweiten Entwurf vor. Dieser unterscheidet sich jedoch kaum vom ersten und enthält nur einige Zugeständnisse an die FDP. Sowohl an der umstrittenen „Länderklausel" als auch an dem Beratungsziel hält der Entwurf fest. Danach soll die Beratung mit dem Ziel erfolgen, „die Bereitschaft der Schwangeren zur eigenverantwortlichen Annahme des ungeborenen Lebens zu wecken, zu stärken und zu erhalten". Die FDP hatte eine abgeschwächtere Formulierung vorgeschlagen, bei der eine „Entscheidungshilfe zugunsten des Lebens" mit Hilfe materieller und immaterieller Angebote geschaffen werden sollte.

Nach wie vor bleibt ein gewisser Spielraum bestehen, der den einzelnen Bundesländern Maßnahmen zur Verschärfung der Beratung in die Hände legt. Zwar wurde der Passus, daß die Länder weitere Anerkennungsvoraussetzungen für die Beratungsstellen bestimmen können, gestrichen, aber das Verfahren zur Anerkennungsvoraussetzung obliegt den Ländern. Darüberhinaus sollen bestehende schärfere Länderregelungen, die z.B. die räumliche Trennung von Beratung und Indikation vorschreiben, wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, weiter gelten.

Geblieben ist außerdem die auch von der FDP kritisierte Verpflichtung der Ärztinnen und Ärzte, einmal jährlich an einer „Fortbildungsveranstaltung" teilzunehmen. Zwar droht den ÄrztInnen kein Bußgeld, wenn sie an der „Fortbildungsveranstaltung" nicht teilnehmen, dafür müssen sie dann aber mit standesrechtlichen Verfahren von Seiten der Ärztekammer und der zuständigen obersten Landesbehörde rechnen. Die Bußgelddrohung gilt allerdings, wie schon im ersten Entwurf festgelegt, für einen Verstoß gegen die jetzt vorgeschriebene „Trennung von Beratung und Indikationsfeststellung". Geblieben ist in dem Entwurf auch die Verschärfung der Meldepflicht, d.h. ÄrztInnen sollen die Abbrüche nur noch dann

chen, aber das Verfahren zur Anerkennungsvoraussetzung obliegt den Ländern. Darüberhinaus sollen bestehende schärfere Länderregelungen, die z.B. die räumliche Trennung von Beratung und Indikation vorschreiben, wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, weiter gelten.

Geblieben ist außerdem die auch von der FDP kritisierte Verpflichtung der Ärztinnen und Ärzte, einmal jährlich an einer „Fortbildungsveranstaltung" teilzunehmen. Zwar droht den ÄrztInnen kein Bußgeld, wenn sie an der „Fortbildungsveranstaltung" nicht teilnehmen, dafür müssen sie dann aber mit standesrechtlichen Verfahren von Seiten der Ärztekammer und der zuständigen obersten Landesbehörde rechnen. Die Bußgelddrohung gilt allerdings, wie schon im ersten Entwurf festgelegt, für einen Verstoß gegen die jetzt vorgeschriebene „Trennung von Beratung und Indikationsfeststellung". Geblieben ist in dem Entwurf auch die Verschärfung der Meldepflicht, d.h. ÄrztInnen sollen die Abbrüche nur noch dann

über die Krankenkassen abrechnen können, wenn sie einen Nachweis über die Meldung der Abbrüche erbringen.

Bestehen blieb außerdem die Passage, wonach weitere Personen zum Beratungsgespräch hinzugezogen werden können. Dies soll allerdings nur auf „Wunsch" der Schwangeren geschehen. Die Formulierung „mit Einwilligung der Schwangeren" wurde nach Einwänden der FDP gestrichen.

Neu aufgenommen in den Gesetzentwurf ist die Verpflichtung der Beratungsstellen, eine sogenannte „Nachsorge" ins Beratungsangebot aufzunehmen, weil, so die Begründung, Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch angeblich unter „Belastungen" leiden.

Daß die CDU, trotz weitreichender Proteste gegen das Beratungsgesetz, Ende April einen zweiten Entwurf veröffentlichte, macht deutlich, daß sie ein Beratungsgesetz auf jeden Fall durchziehen wird. Und die FDP wird zustimmen. Offen ist z.Z. lediglich noch, inwieweit in den Formulierungen an den Koalitionspartner FDP noch Zugeständnisse gemacht werden. So soll lt. „Spiegel" vom Mai z.B. am „Beratungsziel" noch etwas rumgefeilt werden. An der Substanz des Beratungsgesetzes ändert das allerdings nichts.

Die Initiative *Frauenbegehren-Selbstbestimmung*, in der neben den Grünen und den § 218-Gruppen die Jusos, die FI 6. Oktober und DKP-nahe Gruppen vertreten sind, beschloß darum, daß am bzw. um den 8. Juni bundesweit vielfältige Aktionen gegen das Beratungsgesetz und den § 218 stattfinden sollen. Die Aktionen reichen von Besetzungen der CDU-Büros bis hin zu örtlichen Demonstrationen (am 11. Juni in Westberlin) und Kundgebungen (ebenfalls am 11. Juni in Hamburg). Darüberhinaus ist am 14. Juni während des CDU-Parteitages eine Aktion geplant. Vor der Rhein-Main-Halle, wo der Parteitag stattfindet, soll ein „Denkmal" enthüllt werden. Zu dieser Aktion rufen neben der Initiative *Frauenbegehren-Selbstbestimmung* diverse Frauengruppen und Organisationen aus Wiesbaden und Frankfurt auf. Treffpunkt ist um 16.30 Uhr am Luisenplatz in Wiesbaden.

Damit die örtlichen dezentralen Aktionen gegen das Beratungsgesetz und den § 218 von den Medien nicht vollends verschwiegen werden, sollen alle Informationen über geplante Aktionen gesammelt und dann der Presse bekanntgegeben werden. Bis Dienstag, den 8. Juni (14.00 Uhr) können die Aktionen bei der Initiative *Frauenbegehren-Selbstbestimmung* bekanntgemacht werden: Tel. 0228/692021 (Bundesgeschäftsstelle der Grünen).

bis hin zu örtlichen Demonstrationen (am 11. Juni in Westberlin) und Kundgebungen (ebenfalls am 11. Juni in Hamburg). Darüberhinaus ist am 14. Juni während des CDU-Parteitages eine Aktion geplant. Vor der Rhein-Main-Halle, wo der Parteitag stattfindet, soll ein „Denkmal" enthüllt werden. Zu dieser Aktion rufen neben der Initiative *Frauenbegehren-Selbstbestimmung* diverse Frauengruppen und Organisationen aus Wiesbaden und Frankfurt auf. Treffpunkt ist um 16.30 Uhr am Luisenplatz in Wiesbaden.

Damit die örtlichen dezentralen Aktionen gegen das Beratungsgesetz und den § 218 von den Medien nicht vollends verschwiegen werden, sollen alle Informationen über geplante Aktionen gesammelt und dann der Presse bekanntgegeben werden. Bis Dienstag, den 8. Juni (14.00 Uhr) können die Aktionen bei der Initiative *Frauenbegehren-Selbstbestimmung* bekanntgemacht werden: Tel. 0228/692021 (Bundesgeschäftsstelle der Grünen).

Sy.

Grüne SH:

Von einer Niederlage in die nächste

Bei der Geschichte der GRÜNEN Schleswig-Holstein fallen drei Besonderheiten auf:
1. vollzog sich der Einigungsprozeß der GRÜNEN Partei — gemessen an anderen Landesverbänden — erst relativ spät: nämlich kurz vor der Landtagswahl 1983;
2. gibt es eine deutliche Kluft zwischen den Wahlergebnissen bei Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen einerseits, bei Landtagswahlen andererseits: klassisches Beispiel die ,,Doppelwahl'' im März 1983, wo den GRÜNEN innerhalb einer Woche ein Drittel der Wählerstimmen verloren ging;
3. gab es bis zur letzten Wahl im Mai 88 eine Landes-SPD mit — gemessen an der Bundes-SPD — linkem Profil und Image in Daueropposition und mit guten Chan-

dem Motto ,,Stoltenberg muß weg'' und unter Hinweis auf die dafür notwendige Stärkung der SPD nicht zur Kandidatur gestellt hatte (1). Von der Gründungsversammlung des GRÜNEN Landesverbands im Januar 1980 an sollte es noch über drei Jahre dauern, bis die Querelen mit den Öko-Rechten der GLSH beigelegt werden konnten. Nach heftigen Auseinandersetzungen auf den Parteitagen kam es dann doch noch unter dem Druck der bevorstehenden Landtagswahl 1983 und der 5%-Klausel zur Fusion. Dennoch scheiterte die frisch gebackene Partei auch diesmal mit 3,6%. Die Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD spielte innerparteilich keine polarisierende Rolle. Mit großer Mehrheit wurde eine Tolerierung nicht ausgeschlossen, aber auch nicht als un-

ergebnis vom 13. September: konnten in den BT-Wahlen vom selben Jahr noch satte 8% eingefahren werden und saßen die GRÜNEN zu dieser Zeit schon längst in fast allen Kommunalparlamenten, mußte die Partei mit nur 3,9% eine herbe Niederlage einstecken.
Wurde anfänglich die Ursache für diese Schlappe (die ja die Existenz dieser Partei, die sich fast ausschließlich über ihre Parlamentsarbeit definiert, in Frage stellte) noch in der fehlenden Abgrenzung zur SPD gesehen, dominierte schon bald der Mythos von der Nicht-Vermittelbarkeit des Tolerierungskonzeptes, und am Ende dieses Prozesses stand eine Koalitionsaussage (4). Fatal nur — wie gesagt —, daß die Gretchen-Frage weder im September 87 (außer für die CDU und die rechte Presse) noch gar

Grüne SH:

Von einer Niederlage in die nächste

Bei der Geschichte der GRÜNEN Schleswig-Holstein fallen drei Besonderheiten auf:
1. vollzog sich der Einigungsprozeß der GRÜNEN Partei — gemessen an anderen Landesverbänden — erst relativ spät: nämlich kurz vor der Landtagswahl 1983;
2. gibt es eine deutliche Kluft zwischen den Wahlergebnissen bei Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen einerseits, bei Landtagswahlen andererseits: klassisches Beispiel die ,,Doppelwahl'' im März 1983, wo den GRÜNEN innerhalb einer Woche ein Drittel der Wählerstimmen verloren ging;
3. gab es bis zur letzten Wahl im Mai 88 eine Landes-SPD mit — gemessen an der Bundes-SPD — linkem Profil und Image in Daueropposition und mit guten Chancen zur Regierungsübernahme (1979 fehlten einer SPD/FDP-Koalition gerade 700 Stimmen zur Ablösung der CDU).

Die kurze Geschichte der GRÜNEN in Schleswig-Holstein ist auch eine Geschichte von Wahlniederlagen: 1979, als bundesweit grüne, bunte und alternative Listen zum Sturm auf die Parlamente antraten, kandidierte die streng ökologisch-antikommunistische GLSH. Die Truppe von B. Springmann brachte es auf 2,4%. Die linken Kräfte sammelten sich in der LDU, die sich aber mit dem Motto ,,Stoltenberg muß weg'' und unter Hinweis auf die dafür notwendige Stärkung der SPD nicht zur Kandidatur gestellt hatte (1). Von der Gründungsversammlung des GRÜNEN Landesverbands im Januar 1980 an sollte es noch über drei Jahre dauern, bis die Querelen mit den Öko-Rechten der GLSH beigelegt werden konnten. Nach heftigen Auseinandersetzungen auf den Parteitagen kam es dann doch noch unter dem Druck der bevorstehenden Landtagswahl 1983 und der 5%-Klausel zur Fusion. Dennoch scheiterte die frisch gebackene Partei auch diesmal mit 3,6%. Die Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD spielte innerparteilich keine polarisierende Rolle. Mit großer Mehrheit wurde eine Tolerierung nicht ausgeschlossen, aber auch nicht als unabdingbar dargestellt (2).

Die SPD — nach der Hessenwahl 82 gab Brandt die Parole von den neuen ,,Mehrheiten links von der Union'' aus — veränderte spätestens ab 1985 ihre Haltung zu ,,Rot-Grün''. Der seitdem erfolgreiche Kurs lautete: das Thema Rot-Grün nicht breittreten, statt dessen inhaltlich in die Offensive gehen und den Kampf um Mehrheiten führen. Diese Veränderungen haben die GRÜNEN bis heute nicht reflektiert. Das zeigen auch ihre Strategie-Debatten in Schleswig-Holstein. Geradezu tragisch wirkte dies dann im Wahlkampf zur Septemberwahl 87 (3).

Nach mehreren Schlachten zwischen Koalos und Linke konnte lauf der Flensburger LDK im April 87 ein Tolerierungsbeschluß mit zwei Knackpunkten durchgesetzt werden — allerdings als Kompromißantrag (keine Mehrheit fand ein Tolerierungskonzept mit mehreren Forderungen und einkalkuliertem Bruch). Mit diesem Beschluß setzte das Rückzugsgefecht der Linken in den GRÜNEN ein, die fortan hauptsächlich auf der strategisch-taktischen Ebene bemüht waren, den Koalo-Vormarsch wenigstens zu bremsen. Im September-Wahlkampf (der inhaltlich besser geführt wurde als der letzte zur Mai-Neuwahl) reduzierte sich der GRÜNE Landesverband selbst auf die Rolle des Mehrheitsbeschaffers *(,,Ohne Grün bleibt alles schwarz — 37 Jahre CDU sind genug'')* — doch genau dies stürzte sie ins Desaster (bzw. dies ist der hausgemachte Anteil an der Niederlage). Nach übereinstimmender Analyse der Wahlforschungsinstituts war die SPD u.a. erfolgreich, weil sie einerseits sich frühzeitig und glaubwürdig von einer Zusammenarbeit mit den GRÜNEN distanziert hatte (Integration nach Rechts) und andererseits grüne Themen positiv besetzen konnte. Die Quittung brachte das Wahlergebnis vom 13. September: konnten in den BT-Wahlen vom selben Jahr noch satte 8% eingefahren werden und saßen die GRÜNEN zu dieser Zeit schon längst in fast allen Kommunalparlamenten, mußte die Partei mit nur 3,9% eine herbe Niederlage einstecken.

Wurde anfänglich die Ursache für diese Schlappe (die ja die Existenz dieser Partei, die sich fast ausschließlich über ihre Parlamentsarbeit definiert, in Frage stellte) noch in der fehlenden Abgrenzung zur SPD gesehen, dominierte schon bald der Mythos von der Nicht-Vermittelbarkeit des Tolerierungskonzeptes, und am Ende dieses Prozesses stand eine Koalitionsaussage (4). Fatal nur — wie gesagt —, daß die Gretchen-Frage weder im September 87 (außer für die CDU und die rechte Presse) noch gar bei der Anti-Barschel-Neuwahl im Mai 88 irgendeine Rolle spielte! Vielmehr führte die Fixierung auf die Frage der Zusammenarbeit mit der SPD zur Behinderung bei der Entwicklung eigenständiger linker Positionen — auch innerhalb des GRÜNEN Landesverbands selbst. So wurde beispielsweise versäumt bzw. den Realos überlassen, die inhaltlichen ,,Schmerzgrenzen'' im Falle einer Zusammenarbeit zu benennen bzw. den Streit darüber zu führen. Die GRÜNEN haben sich damit bisher die Chance vergeben, eigenständiges Profil durch eine Kritik an einer SPD zu entwickeln, die sich mit Engholm deutlich nach rechts entwickelt hat.

Bleibt abzuwarten, was die GRÜNEN aus ihrer Geschichte der Wahlniederlagen schlußfolgern. Die Rahmenbedingungen — so analysiert das auch der Landesvorstand in einer Presseerklärung zum Wahlausgang — sind in der Tat etwas positiver geworden. Zum einen hat die Strategie-Debatte um die Zusammenarbeitsfrage ihr natürliches Ende gefunden, der Landesverband präsentiert sich geeint wie nie zuvor; dies könnte gerade für den Rest der Linken bei den GRÜNEN die Chance bedeuten, die so nötige inhaltliche Debatte über die Zukunft ihrer Politik zu führen. Wenn allerdings jetzt schon wieder auf die kommende Europawahl und Bundestagswahl geschielt wird, dann ist eine Neuauflage der Diskussion der letzten Jahre vorprogrammiert.

br./Kiel (Mitarbeit ra.)

Anmerkungen:
1) Interview mit Lars Hennings / AK 151, Zur Geschichte der S-H Grünen: siehe auch AK 286, S. 8
2) MOZ 2/3, 1983, S. 41/42
3) AK 286, S. 8
4) AK 291, S. 40

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.

DIALOGUE

حـــوار

דיאלוג

Eine Tagung zum „Israelisch-palästinensischen Dialog" veranstaltet das Westberliner *Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz* am 4. und 5. Juni im Internationalen Konress Centrum bzw. in der Technischen Universität.

Uri Avnery (Tel Aviv, Publizist, ehemaliger Knesset-Abgeordneter, stellvertretender Vorsitzender der Progressiven Friedensliste) und *Musa Budeiri* (Jerusalem, Dozent an der Bir Zeit-Universität auf der Westbank) werden über die Entwicklung des Dialogs sprechen. Über einzelne Projekte werden im Laufe der Tagung berichten: *Hanan Ashrawi* (Ramallah, Dozentin an der Bir Zeit-Universität); *Daud Kuttab* (Jerusalem, Journalist u.a. bei Al-Fajr und Middle East International); *Jael Lotan* (Tel Aviv, Publizistin, Mitglied des Israelisch-Palästinensischen Schriftsteller- und Künstler-Komitees, angeklagt wegen eines Treffens mit PLO-Vertretern in Rumänien); *Suhair Mani* (Nablus, Dozentin, Mitarbeiterin im Kinderhilfswerk „Dar-at Tifl al-Arabi"); *Rayna Moss* (Tel Aviv, Journalistin, aktiv in palästinensisch-jüdischer Frauenarbeit und im Komitee „Nieder mit der Besatzung"); *Lea Tsemel* (Jerusalem, Rechtsanwältin, hat in zahlreichen Verfahren Palästinenser vertreten); *Natan Zach* (Haifa, Dichter, Dozent an der Universität Haifa). — Am Abend des 5.6. wird der palästinensische Musiker und Verfasser politischer Lieder *Mustafa al Kurd* einen Liederabend geben.

„Wir wünschen uns," schreiben die OrganisatorInnen, „unterhalb der Ebene offizieller Politik und jenseits ideologischen Schlagabtausches, Verbindungen zu schaffen und zu fördern."

Anmeldungen zur Tagung (Teilnahme ist nur mit Anmeldebestätigung möglich!) beim
Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughofstraße 20, 1 Westberlin 36 — Tel. 030-612 6074/5

Bankenaktionstag:

Boykottiert Apartheid!

Anläßlich der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank am 27.5. in Hamburg veranstalteten die Anti-Apartheid-Bewegung, kirchliche und linke Gruppen wieder einen Bankenaktionstag in zahlreichen Städten. In der Hansestadt wurden die Aktionäre schon am Eingang des Congress Centers von 200 Demonstranten empfangen, die die Beendigung der Finanzgeschäfte mit und in Südafrika forderten. Und so mancher Aktionär, der die Informationsmaterialien der Apartheid-Gegner morgens wütend zurückgewiesen hatte, bekam sie beim Aufbruch von fortschrittlichen Taxifahrern erneut unter die Nase gehalten. Um der Forderung nach Kontenkündigungen bei den Großbanken Nachdruck zu verleihen, wurde der Schalterbetrieb vor und in vier ausgewählten Innenstadt-Filialen der Dresdner nachmittags durch Blockaden praktisch verhindert. Zum Abschluß zogen etwa tausend Demonstranten durch die Stadt, um vor dem CCH den ANC-Vertreter Dr. Victor Kadalie, Dorothee Sölle, Ingrid Schuster (Hauptvorstand HBV) und Karl Heinz Roth zu hören.



Sitzblockade vor der Dresdner Bank-Filiale in Hamburgs Renommierstraße Jungfernstieg — Foto: H. Wojahn

„Hinter dem ersten deutschen Tank kam sofort die Dresdner Bank"

Rede von Karl Heinz Roth auf der Demonstration

Dieser Refrain aus einem Lied der tschechischen Widerstandsbewegung ist zum Markenzeichen für die Aktivitäten der Dresdner Bank im sogenannten Dritten Reich geworden.

Aber die Dresdner Bank war mehr als die dreisteste finanzkapitalistische Institution zur Plünderung und Ausbeutung der von den Nazitruppen besetzten Gebiete.

Sie war innerhalb des Reichs führend bei der „Arisierung der Wirtschaft", der gewaltsamen Enteignung von jüdischem Besitz und von jüdischem Einkommen. Die Dresdner Bank war von Anfang an an der nazistischen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung beteiligt (Aufbau der Luftwaffe, der Reichswerke Hermann Göring). Im ständigen Kampf mit der Deutschen Bank und der Commerzbank um die Führungsrolle im Finanzsektor übernahm sie politisch wie wirtschaftlich besonders riskante Operationen.

Besonders hervorzuheben ist, daß es Manager der Dresdner Bank waren, die 1938/39 und dann noch einmal 1942/43 den SS-Konzern sanierten. Der SS-Konzern beutete die KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter aus. Als Rationalisierungsexperten der Dresdner Bank moderne betriebswirtschaftliche Methoden in die Zwangsarbeitstechnik der SS einführten, begann das Massensterben der Häftlinge. Die „Vernichtung durch Arbeit" geht zu einem erheblichen Teil auch auf das historische Bilanzkonto der Dresdner Bank.

Daneben haben sich die Direktoren und Prokuristen der Dresdner Bank überdurchschnittlich lautstark für die Subversions- und Rassendoktrin des Nazismus eingesetzt. Ihre Auslandsabteilung stellte überall auf der Welt das Netz ihrer Niederlassungen und Vertretungen der Auslandsorganisation der NSDAP, dem Auswärtigen Amt und den Nachrichtendiensten von Wehrmacht und SS zur

landsorganisation der NSDAP, dem Auswärtigen Amt und den Nachrichtendiensten von Wehrmacht und SS zur

Verfügung. Das gilt besonders für Süd- und Südwestafrika. Überall finden sich Spuren der Auslands- und der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Dresdner Bank, wo über die Einbindung des Südlichen Afrika in die Weltmachtstrategie des „Dritten Reiches" verhandelt wurde. Die eigenen Profitinteressen kamen dabei allerdings nie zu kurz: In den meisten Fällen war die Dresdner Bank an den Konsortien beteiligt, die in den dreißiger Jahren die bilateralen Handelsgeschäfte Nazideutschlands mit der südafrikanischen Union abwickelten: Manganerz, Vanadium und Industriediamanten wurden bilateral gegen Lokomotiven und Junkersflugzeuge getauscht. In Südwestafrika unterstützte die Dresdner Bank in den dreißiger Jahren den verstärkten Landankauf durch deutsche Farmer. Sie stand an vorderster Front bei dem Versuch, das Mandatsgebiet Südwestafrika auf wirtschaftlichem Weg wieder zu deutschem Kolonialbesitz zu machen. Die Pläne der Dresdner Bank zur Gründung einer Deutschen Kolonialbank mit Niederlassungen vor allem im südlichen Afrika lassen sich bis ins Jahr 1937 zurückverfolgen. Sie waren ein Konkurrenzprojekt zur Deutschen Bank, um ihr die bisherige Führungsposition gegenüber der „Deutschen Gruppe Kolonialwirtschaftlicher Unternehmen" (DEKO-Gruppe) streitig zu machen.

Aber die Dresdner Bank verfolgte auch im Fall südliches Afrika nie rein wirtschaftspolitische Ziele. Sie sorgte mit ihren Niederlassungen und Spenden für enge Kontakte mit jener Machtelite der weißen *„Afrikaaner"*, die sich während des zweiten Weltkriegs auf die vollständige Durchsetzung ihrer rassistischen Herrschaft vorbereiteten. Ihre Manager sind mit dafür verantwortlich, daß der „Ossewabrandwag" van Rensburgs und die Wiedervereinigte Nationale Partei Malans von den Nazis eine rassistische Herrschaftstechnik erlernten, die sich dann drei Jahre nach der Zerschlagung der Nazidiktatur in der Apartheidgesetzgebung und der Homeland-Politik durchsetzte. Die rassistische Selektion mit ihren verblüffenden Anleihen bei der nazistischen Judengesetzgebung und der sogenannten Volkstumspolitik gegen das „slawische Untermenschentum" in den besetzten osteuropäischen Gebieten wurde von den Apartheid-Rassisten durch eine übergreifende Arbeitspolitik im Sinn der „Deutschen Arbeitsfront" funktionsfähig gemacht. Nun konnten die multinationalen Konzerne verstärkt investieren.

Bis heute hat sich kein Vertreter der Dresdner Bank zu dieser ungeheuerlichen Kontinuität von Nazismus und Apartheid selbstkritisch geäußert. Die Dresdner Bank hat im Gegenteil die Früchte der Kontinuität geerbt, und mit ihr die übrigen Kommandozentralen der westdeutschen Wirtschaft.

Aber auch wir Linke haben bis heute kaum wahrgenommen, wie unangefoch-

westdeutschen Wirtschaft.

Aber auch wir Linke haben bis heute kaum wahrgenommen, wie unangefoch-

ten der BRD-Imperialismus bis heute die Früchte einer Subversionsstrategie im südlichen Afrika ernten konnte, die in den dreißiger und frühen vierziger Jahren die strategischen Weichen stellte. Umso bedeutender ist der heroische Widerstand der südafrikanischen schwarzen Arbeiterklasse, ihrer militanten Gewerkschaften und ihrer Widerstandsbewegungen einzuschätzen. Er fordert uns zur konkreten Solidarität heraus. Die skizzierten Kontinuitätsstränge rassistischer Herrschaft müssen lückenlos aufgedeckt werden. Der Analyse müssen revolutionäre Taten folgen, auch in unserem Land. Wir dürfen die schamlosen Operationen des westdeutschen Finanz- und Industriekapitals im südlichen Afrika nicht länger tatenlos hinnehmen.

Freiheit für Azania und Namibia!

(Rede auf der Abschlußkundgebung der Hamburger Demonstration „Kein Geld für Apartheid" am 27.5.88. Karl Heinz Roth ist Arzt und Historiker, er arbeitet heute in der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts.)

„Uran-Krimi" unter Aufsicht des Bankenchefs

Norman Paech auf der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

(...) Ende 1980 erwarb die Dresdner Bank über ihre Luxemburger Tochter, die Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG — Dresdner Bank International, 51% des Kapitals der SWABANK in Namibia. Die Dresdner Bank besetzt im Management der SWABANK Schlüsselpositionen. Die Verbindungen der SWABANK zur Dresdner Bank sind äußerst eng.

Meine Damen und Herren, mit ihrem Einkaufen in die SWABANK ging die Dresdner Bank ein Engagement in einem Land ein, das militärisch besetzt und illegal verwaltet wird, nämlich durch Südafrika.

Wie Ihnen bekannt sein sollte, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits am 27. Oktober 1966 mit ihrer Resolution 2145 (XXI) das Mandat Südafrikas über das damalige Südwestafrika beendet und die Regierung Südafrikas aufgefordert, sich jeder Maßnahme zu enthalten, die den internationalen Status Südwestafrikas verändern könnte. Die Generalversammlung gab dem Gebiet den Namen Namibia zurück und setzte den „Rat der Vereinten Nationen für Namibia" ein, der die Unabhängigkeit Namibias vorbereiten sollte.

Da Südafrika sich weigerte, sich aus Namibia zurückzuziehen, wurde es 1969 und 1970 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehrfach nachdrücklich wegen der Illegalität der Besetzung verurteilt, alle Handlungen in Bezug auf Namibia für nichtig erklärt und alle Staaten aufgefordert, jegliche Kooperation mit

mibia für nichtig erklärt und alle Staaten aufgefordert, jegliche Kooperation mit

Südafrika mit Bezug zu Namibia zu unterlassen (Res. des Sicherheitsrates 269 vom 12. August 1969 und 276 vom 30. Januar 1970). (...)

Dies in Erinnerung zu rufen, meine Damen und Herren, scheint mir notwendig, um deutlich zu machen, daß die Völkerrechtswidrigkeit der südafrikanischen Besatzung und *aller* Aktivitäten in Namibia vor dem Kauf der SWABANK durch die Dresdner Bank juristisch zweifelsfrei und international allgemein bekannt war. (...)

Eine wichtige Geschäftssparte der SWABANK, meine Damen und Herren, ist die Außenhandelsfinanzierung. Erst der Ausbau durch die Dresdner Bank ermöglichte der SWABANK, sich auf diesem Feld zu betätigen. Der „Rat der Vereinten Nationen für Namibia", die einzig rechtmäßige Instanz für die Verwaltung des Territoriums, verhängte schon 1974 ein Verbot, Rohstoffe aus Namibia ohne seine Zustimmung abzubauen, zu exportieren und/oder zu verarbeiten: Rohstoffexporte aus Namibia sind nach dem „Dekret Nr. 1" des UNO-Rates für Namibia also rechtswidrig. Über die SWABANK ist die Dresdner Bank an der Finanzierung illegaler Rohstoffexporte aus Namibia beteiligt.

Darüber hinaus hat die Dresdner Bank einen weiteren Fuß im illegalen Rohstoffabbau und -export aus Namibia: Sie ist, wie Sie, meine Damen und Herren, dem „Alternativen Geschäftsbericht 1987 über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch die Dresdner Bank" detailliert entnehmen können, kapitalmäßig und personell eng mit der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, verflochten. Eine Tochter dieser Metallgesellschaft wiederum, nämlich die Urangesellschaft mit beschränkter Haftung, ebenfalls Frankfurt, ist 5%ige Teilhaberin an der Rössing Uranium Limited. Rössing betreibt bei Swakopmund in Namibia die weltgrößte Uranmine.

Die Bundesrepublik Deutschland bezieht — trotz des UNO-Verbotes — etwa ein Drittel ihres Uranbedarfs aus Namibia. Auffälligerweise begann die Dresdner Bank ihr Namibia-Engagement bei der SWABANK, kurz nachdem der Uranexport in die Bundesrepublik so richtig in Schwung kam.



Foto: H. Wojahn

1987, meine Damen und Herren, hat der UNO-Rat für Namibia eine holländische Firma, URENCO, wegen Verletzung des Dekrets Nr.1, insbesondere wegen illegalen Verarbeitens von namibischem Uran verklagt. Die Dresdner Bank ist an URENCO indirekt beteiligt, von der Klage mittelbar also auch betroffen. Wie die Wochenzeitung „The Namibian" am 4. März 1988 berichtete, deuten Anzeichen darauf hin, daß die Anwälte von URENCO erhebliche Schwierigkeiten mit einer Antwort auf die Klage des UNO-Rates für Namibia haben. Ich frage den Vorstand: Welche Konsequenzen haben Sie für das Namibia-Engagement der Dresdner Bank angesichts dieses Prozesses gezogen?

Meine Damen und Herren, der „Uran-Krimi" geht aber noch weiter: Einer der Anteilseigner dieser holländischen URENCO ist die Uranit GmbH in Jülich; einen wesentlichen Kapitalanteil der Uranit wiederum hält die NUKEM GmbH, Hanau, „treuhänderisch". Bekanntlich wurde NUKEM Anfang 1988 wegen dubiosen Geschäftsgebarens die Betriebsgenehmigung entzogen.

Unternehmen der NUKEM-Gruppe beteiligten sich an der sogenannten „Umetikettierung" südafrikanischen bzw. namibischen Urans in Uran angeblich anderer Herkunft. Damit halfen sie, Embargo-Beschlüsse einer Reihe von Ländern gegen südafrikanisches und namibisches Uran zu umgehen; so enthüllte der Luxemburger Abgeordnete Jup Weber im April 1988, daß NUKEM 1987 südafrikanisches Uran in angeblich „nigerianisches" Uran umflaggte und nach Finnland verkaufte; dort jedoch ist die Einfuhr südafrikanischen und namibischen Urans verboten. Die sensibelsten Phasen des Geschäfts wurden über die NUKEM Luxemburg (NULUX) abgewickelt. Seine Unterlagen, so der Abgeordnete Jup Weber, „bestätigten den Verdacht, daß NULUX immer dann eingeschaltet wurde, wenn Geschäfte von NUKEM in der Paralegalität abgewickelt wurden". Weber stellte Strafanzeige gegen NULUX.

Meine Damen und Herren, jetzt schließt sich der Kreis: Denn die Dresdner Bank ist mit 10% an der NULUX, der Luxemburger Tochter von NUKEM beteiligt. Die Anzeige gegen NULUX betrifft also auch die Dresdner Bank. Ich frage deshalb den Vorstand: Hat sich die Dresdner Bank um die dubiosen Geschäfte von NULUX nicht gekümmert? Wie ist die Bank ihrer Aufsichtsfunktion nachgekommen? Warum sind bis heute keine Konsequenzen gezogen worden?

Ähnliche Fragen ergeben sich auch bezüglich NUKEM selbst. Die Dresdner Bank ist mit den Muttergesellschaften der NUKEM kapitalmäßig und personell eng verflochten. Wie Sie, meine Damen und Herren, dem „Alternativen Geschäftsbericht 1987" entnehmen können, saß der Dresdner Bank-Vorstandssprecher während der Zeit der dubiosen NUKEM-Geschäftsberichte bei drei der vier Anteilseigner der NUKEM als Mitglied im Aufsichtsrat. Herr Dr. Röller, wie haben Sie ihre Aufsichtsfunktion wahrgenommen?

sichtsrat. Herr Dr. Röller, wie haben Sie ihre Aufsichtsfunktion wahrgenommen?

Ein weiterer deutlicher Indikator für das sehr innige Verhältnis der Dresdner Bank zu NUKEM ist, daß Manfred Stephany, einer der NUKEM-Geschäftsführer, im Beirat Hessen der Dresdner Bank saß. Stephany mußte nach dem Bekanntwerden der zahlreichen NUKEM-Skandale als erster aus der NUKEM-Spitze seinen Hut nehmen.

„Die Dresdner Bank mußte über die Geschäftstätigkeit der NUKEM-Gruppe und über die Anteilseigner also bestens informiert gewesen sein. Derartig enge personelle und kapitalmäßige Verflechtungen lassen auf intensive Kredit- und Dienstleistungsbeziehungen der Dresdner Bank schließen". Dieser Schlußfolgerung des „Alternativen Geschäftsberichts 1987", meine Damen und Herren, kann ich mich nur anschließen. Die Dresdner Bank steht der Atomindustrie vom Anfang der Nuklearkette in Namibia bis zur Weiterverarbeitung unter anderem in Hanau zur Verfügung. Mehr noch: Bei der Dresdner Bank laufen zahlreiche Fäden der Atomindustrie zusammen, sie trägt ein hohes Maß der Mitverantwortung für die Geschäfte der Atomindustrie. Und sie steckt mitten drin im Nuklear-Sumpf rund um NUKEM.

Meine Damen und Herren, das Namibia-Engagement der Dresdner Bank ist nicht nur aus politischen und ethischen Gründen zu verurteilen. Wie gerade die Nuklearkomponente dieses Engagements und die besondere völkerrechtliche Situation Namibias zeigt, ist es juristisch in vielfacher Hinsicht mehr als fragwürdig.

(Kritische Aktionärsrede auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank am 27.5.88 im Hamburger Congress Centrum. Norman Paech ist Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und Mitglied im Vorstand der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen.)

Priorität für Opferschutz oder Tätertherapie?

Ein oder zwei Jahre für Vergewaltiger?

Bis zum Herbst letzten Jahres war noch alles in Ordnung. Nach langen Debatten zwischen grünen Frauen, diversen Frauengruppen, Sachverständigen etc. wurde von der Grünen Partei ein Entwurf für ein grünes Anti-Diskriminierungsgesetz (ADG) verabschiedet und vorgelegt, in dem u.a. der Tatbestand der Vergewaltigung neu bestimmt wird. Im Gegensatz zur herrschenden Gesetzgebung (§ 177), die die Vergewaltigung in der Ehe nicht ausdrücklich erwähnt und den Nachweis manifester Gewaltanwendung gegen die Frau fordert, wird hier der Tatbestand der Vergewaltigung auch auf die Ehe ausgedehnt. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung von (Ehe-) Frauen soll nicht erst dann als verletzt gelten, wenn sie „mit Gewalt" zum „Beischlaf" gezwungen werden, sondern jede Form von Penetration gegen ihren Willen, ob vaginal, anal oder oral, verletzt ihre Rechte (vgl. Entwurf für ein ADG, Seite 45 zu § 177). Dafür wird im ADG ebenso wie nach der herrschenden Gesetzgebung eine Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren gefordert.

Des weiteren wird im grünen Entwurf der derzeit gültige Absatz der sogenannten minder-schweren Vergewaltigung gestrichen. In der herkömmlichen Rechtsprechung muß die Frau als Vergewaltigte vor Gericht nachweisen, daß sie den Mann nicht „ermutigt" hat. Falls sie das dem Richter nicht glaubwürdig machen kann, wird die Tat des Mannes als „minder-schwerer Fall" verurteilt. Hierfür liegt das Mindeststrafmaß bei einem halben Jahr, und wird in der Regel zur Bewährung ausgesetzt.

Sinn des grünen Gesetzentwurfes sollte es sein, die Vergewaltigung in der Ehe aus der Sphäre der Privatheit und des gesetzlich sanktionierten „Kavaliersdelikts" herauszuholen und sie durch die strafrechtliche Gleichstellung mit der außerehelichen Vergewaltigung gesellschaftlich zu ächten und zu isolieren. Für diese Richtung der Auseinandersetzung steht das Strafmaß zwei Jahre.

„Realpolitische" Wende

Mittlerweile hatten auch moderne Konservative mit Spürsinn fürs Zeitgemäße, wie Rita Süssmuth, begriffen, daß hier Profilierung im Sinne der Offenheit für Frauenfragen möglich ist. Sie ließ seit Mitte 1987 an einem Referentenentwurf basteln und machte Vorschläge, die Zugeständnisse an die Frauenbewegung beinhalteten. So sollte die Definition von Vergewaltigung erweitert und das Wort „außerehelich" gestrichen werden. Als Bonbon allerdings bot sie ihren unwilligen Partei- und Koalitionskollegen gleichzeitig die generelle Herabsetzung des Strafmaßes auf ein Jahr an, wodurch die Möglichkeiten der Aussetzung der Strafe auf Bewährung steigen. Dennoch sahen die Herren von CDU/CSU und FDP keinen Anlaß, das alte Recht zu ändern. Der Gesetzentwurf aus dem Hause Süssmuth wurde bislang blockiert. Seit Monaten gibt es langwierige Verhandlungen mit Justizminister Engelhard (FDP). Andererseits wird von steigendem Unmut der CDU/CSU/FDP — Frauen berichtet.

Die SPD hatte bereits im Sommer einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem sie die alte Gewaltdefinition beibehält, aber die Beschränkung auf „außerehelich" aufgehoben und den „minder-schweren Fall" gestrichen hat. Neu ist ein Absatz, wonach *„das Gericht die Strafe mildern oder von Strafe absehen (kann), wenn dies im Interesse der Aufrechterhaltung der Bindungen zwischen der Frau und dem Täter geboten ist."* Auch hier also die Möglichkeit der Strafmilderung, bzw. das Aussetzen der Strafe zur Bewährung.

Blieben somit als einzige der Parteien die Grünen mit ihrer im ADG festgelegten zwei Jahre Mindeststrafe übrig, die den Reigen der Strafmilderer für Vergewaltiger stören könnten.

Grüne Zugeständnisse an die „überfraktionelle Frauenfront"

Es dürfte kaum ein Zufall sein, daß just dann Teile der grünen Bundestagsfraktion ihr Gewissen gegenüber im Knast sitzenden Vergewaltigern entdeckten, als sie das „überfraktionelle Frauenbündnis" witterten. Offensichtlich hat die Spekulation darauf bewirkt, daß die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion als sie den von den Frauen erarbeiteten Gesetzentwurf im November 1987 eingebracht hat, gegen die Beschlüsse von Partei und Frauengruppen eigenmächtig das Strafmaß von zwei auf ein Jahr gesenkt hat.

Waltraud Schoppe hat bereits Mitte letzten Jahres Annäherungen an Rita Süssmuth versucht, und ihr in einem Offenen Brief zu ihren Anstrengungen gratuliert, sowie einen gemeinsamen Frauenantrag angeboten: *„Liebe Frau Süssmuth, ich kann Ihnen nur die Daumen drücken, daß Sie sich mit Ihren Positionen durchsetzen. Ich kann mir vorstellen, das wird nicht einfach sein. Ich spreche da aus leidvoller Erfahrung. Sollten Sie sich nicht durchsetzen können — Einzelkämpferinnenposition ist ja nicht immer erfolgreich —, bleibt angesichts der erfreulicherweise großen Übereinstimmung der Frauen aus den vier Fraktionen noch die Möglichkeit, daß sie sich zusammensetzen und einen gemeinsamen Antrag erstellen und ihn dem Bundestag vorlegen. Für die Frauen unseres Landes wäre das nicht nur ein Erfolg in der Sache, sondern auch ein Vorbild an Solidarität, das Signalcharakter haben würde."* (Spiegel 6.7.1987)

Doch während Teile der Grünen offenbar zu jedem Deal bereit waren, stockte es bei der CDU. Zwar schürt der „Spiegel" aktuell noch Hoffnungen: *„Die sonst so braven Damen der CDU/CSU-Fraktion denken an das Unaussprechliche — den parlamentarischen Partnertausch. Von ihren Bundestagsmännern im Stich gelassen, überlegen sie, den seit einem halben Jahr blockierten Gesetzentwurf zur Vergewaltigung in der Ehe notfalls mit Hilfe der Opposition durchzubringen."* (Spiegel 18.4.1988) Die CDU-Frau Doris Pack läßt der „Spiegel" laut nachdenken: *„Mit den Stimmen der SPD und den Grünen — inklusive deren männlichen Abgeordneten — käme auf jeden Fall eine Mehrheit gegen die Unionsmänner zustande."* (18.4.1988) Die „Frankfurter Rundschau" vom 23.4.88 berichtet von einem „informellen Treffen" von Frauen aus allen Fraktionen, bei dem es um besagtes Thema ging. Über das Ergebnis dieser Zusammenkunft hätten *„alle Beteiligten bislang ein eisernes Stillschweigen bewahrt"*. (FR 23.4) Konkretes soll jedoch bei diesem Treffen nicht herausgekommen sein.

Der Wunsch nach einer fraktionsübergreifenden Fraueninitiative spekuliert auf die CDU-Frauen. Um dieser wenig wahrscheinlichen Hoffnung willen ist die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion bereit, die einstmalige Intention der Verfasserinnen des grünen Anti-Vergewaltigungsgesetzes in ihr Gegenteil zu verkehren: Anstelle von Abschreckung und verstärkter gesellschaftlicher Diskriminierung der Vergewaltigung durch Gleichbehandlung in und außerhalb der Ehe, sind sie bereit, die Ausweitung des Strafrechts durch die insgesamt niedrigere Strafbemessung wieder abzumildern und damit die abschreckende Wirkung zu reduzieren. Für diese Richtung der Bagatellisierung der Vergewaltigung steht das Strafmaß ein Jahr.

Denkwürdige Argumentationen

Seit dem Einschwenken der Fraktionsmehrheit auf SPD- und CDU-Süssmuth-Kurs wird sich eifrig um immer neue Argumente bemüht. Waltraud Schoppe strapaziert die Behauptung, daß ein höheres Strafmaß die Zahl der Verurteilungen reduziere, da es eine größere Beweislast erfordere. Im Vordergrund aber steht das Ausspielen des Schutzes der Opfer durch wirksame Abschreckung gegen die therapeutische Behandlung der Täter, die als „urgrüne Ablehnung jeglichen Sühnestrafrechts" definiert wird (Offener Brief der hessischen Realos). Der sogenannte Entkriminalisierungsansatz behauptet zudem stärker die „Lebensrealität" von Frauen zu berücksichtigen, da ihnen die Möglichkeit der Verzeihung und Aussöhnung mit dem ehelichen Vergewaltiger eröffnet werden müsse (Schoppe). Ein Höhepunkt dieser Debatte war eine Expertenanhörung der grünen Bundestagsfraktion im Februar 1988. Sie wurde nach zahlreichen Protesten gegen das Vorgehen der Fraktionsmehrheit anberaumt. Einige denkwürdige Höhepunkte dieser Debatte haben wir nebenstehend veröffentlicht.

Bei der Debatte um Vergewaltigung von Frauen geht es aber nicht in erster Linie um die „Resozialisierung" der Täter, sondern primär um die Schärfung eines gesellschaftlichen Rechts- bzw. Unrechtsbewußtseins; um die eindeutige und in diesem Fall auch einseitige Parteinahme für die Frauen als Opfer der Männergewalt. Es geht konkret um Einschüchterung von Männern. So zeitlos richtig es ist, für ein besseres und humaneres Strafrecht einzutreten, so haarscharf am Thema vorbei ist der Versuch, ausgerechnet das Thema Vergewaltigung zum Übungsfeld hierfür zu erklären. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß die Motive der Hauptakteure in der grünen Fraktionsmehrheit knallhart realo sind, zum Teil sogar — wie auf der Anhörung — spießbürgerlich reaktionär. Wie soll eine Auseinandersetzung geführt werden, in der sich sinngemäß die vergewaltigte Frau fragen lassen muß, ob sie denn wirklich glaube, daß es nützlich sei, wenn ihr Vergewaltiger zwei Jahre hinter Gittern verschwindet und ob ihm nicht doch eine Therapie besser bekäme.

g./Hamburg

Anzeige in der FR am 27.5.1988

Nachdem die erste grüne Bundestagsfraktion noch den ursprünglichen — von autonomen und grünen Frauen erarbeiteten — Gesetzentwurf (mit einigen Kompromissen) in den Bundestag eingebracht hatte, veränderte die zweite diesen Entwurf, ohne die beteiligten Frauen(-Gruppen) anzuhören. Die Proteste außer- und innerhalb der Partei, schriftliche und mündliche Argumentationen auf den Fraktionssitzungen, ja sogar der einstimmig gefaßte Beschluß des Bundeshauptausschusses (Nov. '87) und der Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung im März änderten nichts an der Meinung der Fraktion. Argumentiert haben wir genügend! Einziger Erfolg: die Proteste bewirkten, daß die Fraktion nun gar keinen Gesetzentwurf einbringt. Daraufhin beschloß eine Frauenversammlung aus Frauen der Fraktion, der Partei und autonomen Gruppen an die Öffentlichkeit zu gehen und deutlich zu machen, daß die Meinung der Partei zur Strafbarkeit von Vergewaltigung eine andere ist.

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION VERTRITT IHRE PARTEIBASIS NICHT MEHR!

Mit ihrem Beschluß zum Vergewaltigungs-§ 177 hat sich die Fraktionsmehrheit von ihrer Partei distanziert. Die letzte Bundesdelegiertenkonferenz hatte die Fraktion aufgefordert, die gesetzliche Mindeststrafe für Vergewaltigung, wie es das grüne Antidiskriminierungsgesetz vorsieht, bei zwei Jahren zu belassen. Mit der in geheimer (!) Abstimmung erfolgten Ablehnung dieses Parteibeschlusses hat sich die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion dem Willen der eigenen Basis widersetzt.

Die Aufforderung an die Partei, so lange zu diskutieren, bis sie den Beschluß fällt, der der Fraktion „genehm" ist, zeigt, wie arrogant und abgehoben mittlerweile einige grüne Abgeordnete sind.

Statt den Beschluß der Partei zu respektieren — notfalls durch Stimmenthaltung — macht die Fraktionsmehrheit sich mit ihrer Entscheidung, keinen Gesetzentwurf zur Änderung des Sexualstrafrechts in den Bundestag einzubringen, politikunfähig. So überläßt sie den anderen Parteien das Feld und nimmt in Kauf, daß das für Frauen zentrale Thema Männergewalt gegen Frauen (männlichen) Macht-Interessen zum Opfer fällt. Damit hat sie die Frauenbewegung nun völlig aus den Augen verloren. Wir werden die Mißachtung von Parteibeschlüssen und feministischen Interessen nicht hinnehmen!!!

Eingegangene Unterschriften:

MdB DIE GRÜNEN: Ludger Volmer, Ulli Briefs, Angelika Beer, Ellen Olms, Thomas Ebermann, Regula Bott, Verena Krieger, Erika Trenz — DIE GRÜNEN Bundesvorstand: Regina Michalik, Christian Schmidt, Jutta Ditfurth, Johann Müller-Gazurek, Hermann Schulz, Jürgen Maier, Irmela Wiemann, Anne Schulz — Eberhard Walde, Bundesgeschäftsführer — Grit Moßmann, Pressereferat — KV Marburg-Biedenkopf: Christa Merkel, Manfred Paulsen, Detlev Pracht, Ewald Zimmer — Rita Werkmeisterin, Frauenreferat — Richard Herlen, Kulturreferat — KV Bremen-Ost: Sieglinde Rosenthal, Volkmar Pfanne — GAL-FrauenFraktion HH — DIE GRÜNEN KV Braunschweig — Andrea Burba, Geschäftsführerin des KV Braunschweig — Stefan Meinke, Sprecher der LAG Schwulenpolitik NDS — KV Braunschweig: Rolf Blume, Rüdiger Brandt, Ella Wolff, Susanne Hornburg, Hans-Werner Oberst, Birgit Bostelmann, Jutta König, Holger Fenker, Theo Fichtner, Andreas Herz — GAL/Grüne Münster, Vorstand — Anna Vollbracht, Münster — Uni-GAL Münster — Frauengruppe der GAL Münster — KV Münster: Anne Neugebauer, Ulrike Kessing, Meinolf Sellerberg — Marita Wagner, Sprecherin LaVo NRW — DIE GRÜNEN OV Gronau — Brigitte Adler, München — Gabi Fues, Fürth — Gerda Klauß, KV München-Ost — DIE GRÜNEN KV Essen — GAL-Fraktion Essen — Frauenpolitik-AG Essen — GAL Essen: Helga und Jochen Sander, Joachim Drell, Manfred Schmelzer, Christine Weinbörner, Ulli Horn, Wolfgang Stemmann, Ulrike Fütterer-Hauke, Thomas Rommelspacher — Frauen des KV Bremen-Mitte — KV Reutlingen: Rainer Buck, Benita Schulz, Hans Schädler — Dieter Hummel, Sprecher der BAG Demokratie u. Recht — DIE GRÜNEN KV Herford — DIE GRÜNEN KV Freiburg — DIE GRÜNEN KV Coesfel[redacted]fen der Lesben, Münster — Helga Drechsel, UKZ Berlin, Gruppe L 74 e. V. — Sibylla Mohnen, Frauenbuchladen Köln — Andrea Pracht, Autonomes Frauen- und Lesbenreferat, PH Köln — Sabine Allmann, Wiesbaden — Christel Eckart, Frauenhaus Koblenz — Michaela Wollersheim, Asta FH Koblenz — Lesbenring e. V. Würzburg — Frauenbildungshaus Zülpich: Sylvia Kolk, Marie Sichtermann, Brigitte Siegel — Veronika Lieban, Frauenmusikzentrum Berlin — Ledja Giesen, Frauengruppe der Gay liberation front, Köln — Frauenarbeitskreis der schwäbischen GRÜNEN — Mitarbeiterinnen in der GRÜNEN Bundestagsfraktion: Günter Kolodziej, Reinhard Kaiser, Monika Hoffmann, Christiane Tillner, Karin Treppke, Heike Bettermann, Birgit Meiners, Paula Bradish, Karin Heuer, Gisela Wittke, Birgit Siedz, Marie-Theres Knäpper, Claudia Pini, Jutta Dahlhoff, Michael Barg, Monika Wolf, Jutta Ferchow, Ulli Tost, Ute Stibba, Dieter Liehmann, Wolfgang Weber, Jan Müntinga — GAL HH-Elmsbüttel: Lothar Rehberg, Michaela Tzankoff, Bea Menzel, Udo Gentzsch, Rudi E. Brandt, Anke Möller, Cornelia Mertens, Harald Horst, Jürgen Bunschei, Rainer Trampert — GAL HH-Elmsbüttel Vorstand — DIE GRÜNEN KMV 20. 5. 88 KV Bielefeld, Mehrheit der Anwesenden — Uta Schulze-Lessel, Geschäftsführerin Europa Fraktion DIE GRÜNEN — Lore Deppe, MdL DIE GRÜNEN NDS — Gaby Gottwald, Lavo GAL Hamburg — Heike Dieball, Lavo DIE GRÜNEN Bremen — LAG Frauen DIE GRÜNEN NRW — Regionalbüro Unterfranken der GRÜNEN BT-Fraktion — Kerstin Sack, Regionalbüro Ruhrgebiet der GRÜNEN BT-Fraktion — Gerti Haan, Lavo Rheinl.-Pf. — Hans Hettler, Sprecher BAG GRÜNE u. Gewerkschafterinnen — Umlandverband Frankfurt — Margret Reimers, KV Ulm — Micha Schlickwei, GAL Münster — Andreas Bachmann, GAL Hamburg — Gabriele Hanowski-Zabel, LaVo SLH — Hedi Aladoken, LGS SLH — Beate Holtz, Pressesprecherin SLH — Katrin Gomolzig, Regionalbüro SLH — Robin Jacobitz, LaVo SLH — Thomas Peick, Regionalbüro SLH — Brigitte Arendt, LaVo SLH — Hilke Neitzke, KV Dithmarschen — Renate Schröder, KV Stormarn — Grün-Alternative Jugend SLH — LAG Frauen SLH — Ilse von Dollen, KV Dithmarschen — Anita Weidelt, KV Dithmarschen — Sigrid Ploog, KV Rendsburg-Eckernförde — OV Bordesholm u. Umland — GRÜNE FRAUEN Nordfriesland — Peter Lindner, KV Saarbrücken — KV Bad Pyrmont-Hameln: Ingrid Vogt, Käthe Arend, Regina Schüler, Jürgen Schüler, Thekla Hartmann, Heli Voss, Olaf Barohn, Marion Krause, Elke Mummert, Christa Stosiek, Renate Wehking — Joachim Werethka, BHA — Klaus Linke, KV Köln — Birgit Legel, KV Ennepe-Ruhr — Hortense Habermas, KV Marburg-Biedenkopf — DIE GRÜNEN, KV Bamberg-Stadt: Andreas Herm, Uschi Schönbuch — DIE GRÜNEN, Kiel — DIE GRÜNEN, KV Rastatt, Baden-Baden: Gerhard Klaar, Karl Pawlitschko, Marie Frank — Birgit Henisch, KV Goslar — DIE GRÜNEN, KV Karlsruhe: Alfons Becker, Wilfried Haus, Eberhardt Bieler, Peter Steinborn, Hans-Joachim Braun, Harry Block, Gudrun Vangermain, Otto Hönninger, Dieter Bolle, Klaus Junker, Jürgen Weichert, Oberacker-Neu-Selch, Helmut Ziegeler, Horst Marr, Gerda Schupp-Schied — Hias Kreuzeder (MdB, DIE GRÜNEN).

„Spaltung heißt, Abspaltung der Fraktion von der Basis"

Interview mit der Vorstandssprecherin Regina Michalik

AK: Die Auseinandersetzung bei den Grünen um das Mindeststrafrecht für Vergewaltiger hat eine ungeheure Heftigkeit angenommen, woran liegt das?

Regina Michalik: Das liegt zum einen daran, daß es die Feministinnen sind, die das Thema in die Debatte gebracht haben — und dies mit großer Vehemenz, mit Mitteln wie der vorliegenden Anzeige und mit Stinkbomben. Es liegt zum anderen daran, daß es bis jetzt in der Geschichte der Grünen Partei einmalig war, daß die Bundestagsfraktion gegen einen Beschluß einer Bundesdelegiertenkonferenz verstoßen hat. Das ist für die Basis ein Grund, sich zu empören, während die Fraktion Angst vor den Reaktionen bekommt.

Zum dritten hat es die Gruppe von Feministinnen geschafft, sich in einer inhaltliche Auseinandersetzung mit einer größeren Gruppe von Leuten, von grünen FunktionärInnen zu verbünden, die sonst zum Thema Frauenpolitik nicht aktiv werden würden, denen es aber um die innerparteiliche Basisdemokratie geht. Beide Gruppen ziehen derzeit gemeinsam an einem Strang, sie haben gemeinsam die Anzeige unterzeichnet, und das ist bedrohlich für die Fraktion.

Ihr habt zu dem Mittel einer Anzeige gegriffen. Ist es nicht problematisch, daß die Anzeige zwar anklagt, aber kaum etwas von eurem inhaltlichen Anliegen vermittelt?

Es wird einfach zu teuer, Inhalt in einer Anzeige zu transportieren.

Wir haben monatelang inhaltlich argumentiert. Wir werden das auch weiterhin tun. Wir schreiben lange inhaltliche Briefe an die Presse sowie an alle Orts- und Kreisverbände der Grünen. Die Anzeige war nur ein Mittel, um unseren Protest öffentlich zu machen.

Steckt hinter der Position für die Strafminderung auf ein Jahr nicht in erster Linie die Hoffnung, eine große parteiübergreifende Frauenfront für den Referentenentwurf von Rita Süssmuth hinzubekommen?

Ja natürlich, das war überhaupt der Anlaß für einige Frauen in der Fraktion, den Gesetzentwurf zu ändern. Der größte Teil der Fraktion hat sich vorher für den Vergewaltigungsparagraphen überhaupt nicht interessiert. Es geht ihnen darum, in der grünen Frauenpolitik den Ansatz der Versöhnungspolitik zu verankern und damit längerfristige Weichen für grüne Politik insgesamt zu stellen. Das ist genau das, was auch schon bei der Auseinandersetzung um die sog. Mütterpolitik deutlich wurde, die ja auch unter dem Schlagwort: „Ansetzen an der Lebensrealität von Frauen" geführt wurde. Letztendlich aber sollen grüne Inhalte an das angepaßt werden, was sich Mittelstandspartei oder bessere FDP nennt.

Was ist dran, wenn Joschka Fischer mit Spaltung der Partei droht?

Wenn hier überhaupt von Spaltung geredet werden kann, dann geht es um die Abspaltung der grünen Bundestagsfraktion von ihrer Basis.

Das Argument „Spaltung" wird deshalb von solchen Leuten wie Joschka Fischer benutzt, weil sie wissen, daß sie damit die Parteibasis verunsichern können.

Sie glauben, durch Drohgebärden vom inhaltlichen Streit ablenken und einen großen Teil der Partei zur Ruhe bringen zu können. Außerdem hoffen sie wohl darauf, dabei ihnen unliebsame Funktionäre/innen abzuschießen.

Was wollt ihr machen, wenn die Mehrheit der Fraktion bei ihrer Position bleibt und euren Gesetzesvorschlag ablehnt?

Wir müssen versuchen, das Thema Vergewaltigung über andere Mittel und Wege als über unsere Bundestagsfraktion in die Öffentlichkeit zu bringen. Derzeit überlegen wir, gemeinsam mit autonomen Frauen eine Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen zu machen.

Dokumentation

„Das Würgeisen der Spaltung um den Hals"

Offener Brief von Joschka Fischer, Iris Blaul u.a.

Liebe Leute,

haben euch mittlerweile alle guten Geister verlassen? Oder welche bösen Geister sind denn nunmehr in Teile der höchsten Würdenträger unserer Partei gefahren? Ihr wollt jetzt, genauer: am 26. Mai 1988, gegen die eigene Bundestagsfraktion mit einer öffentlichen Zeitungsanzeige in der Frankfurter Rundschau zu Felde ziehen. Überschrift:

Die grüne Bundestagsfraktion vertritt ihre Parteibasis nicht mehr. Es ist traurig, tief traurig, aber leider wahr, daß Teile des grünen Bundesvorstandes wegen des Streites um die Höhe des Mindeststrafmaßes für Vergewaltigung in der Ehe — zwei Jahre sagt die Partei, ein Jahr die Fraktion — die Partei bestenfalls an den Rand der über den Rand der Lächerlichkeit hinausführen werden, schlimmstenfalls aber auf den politischen Friedhof. Wer von uns hätte das jemals auch nur zu denken vermocht, daß die Grünen wegen der Höhe einer Mindeststrafe in einem oppositionellen Gesetzentwurf im Bundestag, der, weil er ein Oppositionsentwurf ist, lediglich Fiktion bleiben wird, von Teilen des eigenen Bundesvorstandes politisch in die Spaltung und damit ins Jenseits befördert werden würden? Wohl kaum jemand, denn der schwärzeste Alptraum über die Zukunft unserer Partei vermochte den jetzt von euch praktizierten Unfug nicht zu phantasieren.

Scheinbar bedenkenlos legt Ihr unserer Partei gegenwärtig das Würgeeisen der Spaltung von Partei und Bundestagsfraktion um den Hals — und warum, so fragen wir uns, das alles? Weil die Bundestagsfraktion nicht blind kuscht? Weil da Abgeordnete (Frauen und Männer) anderer politischer Auffassung sind? Weil sie sich auf ihr Gewissen in dieser Frage berufen? Weil sie also Eurer Meinung nach abgehoben haben und die Basis nicht mehr vertreten?

In der Auseinandersetzung um ein oder zwei Jahre Mindeststrafe bei Vergewaltigung in der Ehe stehen sich bei vielen Grünen — und nicht nur in der Fraktion — zwei Grundüberzeugungen entgegen: Einerseits die Gleichbehandlung von gleich verwerflichen Straftaten: Vergewaltigung in der Ehe ist kein minderschweres Delikt, ist der bisher schon bestraften Vergewaltigung gleichzusetzen, ist daher genauso zu bestrafen und d.h. zwei Jahre Mindestmaß. Andererseits die urgrüne Ablehnung jeglichen Sühnestrafrechts, der Abschreckungswirkung von Freiheitsstrafen, der herrschenden Mentalität von Einsperren und Vergessen. Daher ein Jahr Mindeststrafe mit Bewährungsmöglichkeit. Wohlgemerkt: Mindeststrafe. Und wohlgemerkt auch: Beide Positionen sind für Verschärfung der Bestrafung.

Was, zum Teufel, taugt inhaltlich an diesem für alle Grünen ernstzunehmenden Konflikt zwischen zwei Grundüberzeugungen für die von Euch betriebene Spaltung in Bundespartei und Bundestagsfraktion? Warum formuliert Ihr genau an dieser Frage, bei der es gute Gründe sowohl für die eine als auch die andere Auffassung gibt (viele von uns werden in dieser Frage innerlich nur 49 zu 51 Prozent Entscheidungen treffen können), einen Beschluß- und Fraktionszwang, den Ihr jetzt mit öffentlicher Bloßstellung der gesamten Partei mittels Zeitungsanzeige endgültig durchsetzen wollt, und den wir bei anderen Parteien in der Vergangenheit immer aufs schärfste gegeißelt haben? Welcher Zacken bricht unserer Partei eigentlich aus welcher Krone, wenn wir feststellen, daß Parteitagsmehrheit und Fraktionsmehrheit angesichts dieses Konflikts grüner Grundüberzeugungen in der Frage der Mindeststrafe nicht gleich sind, eine Übereinstimmung nicht herstellbar ist und die Fraktion in ihrer Abstimmung daher frei entscheiden soll? Keiner. Im Gegenteil entspricht ein solches Verfahren zumindest den in der Vergangenheit formulierten Grundsätzen des grünen Demokratieverständnisses, das auf dem Versuch gründete, die Argumente der innerparteilichen Gegenseite zumindest zu verstehen und nicht herabzuwürdigen zum Verrat. Ihr erinnert uns in diesem Streit an Feuerwehrleute, die beim Löscheinsatz mit Kerosin statt mit Wasser löschen. Ihr seid gewählte Mitglieder und Sprecherinnen und Sprecher und Bundesgeschäftsführer der Bundespartei. In dem vorliegenden Konflikt wäre es eure wichtigste Aufgabe, Lösungen für den Konflikt in der Fraktion und zwischen den beiden Positionen in der Partei zu suchen und zu finden. Es wäre eure verdammte Pflicht und Schuldigkeit, Schaden von der Partei abzuwenden und sie in der Öffentlichkeit nicht endgültig zu demolieren. Wie soll unsere Partei das eigentlich alles aushalten?

Ihr hingegen schwingt die große Disziplinierungskeule gegenüber der Bundestagsfraktion. Daß dabei das gesamte Projekt die Grünen zu Bruch und Scherben gehen könnte, scheint Euch in selbstversunkener Sektenmanier nicht mehr zu kümmern. uns kümmert es aber noch sehr wohl. Kommunal und in vielen Bundesländern stehen die Grünen eigentlich hervorragend da, aber wie oft könnte man weiter unten in der Partei vor Wut in das Parteiprogramm beißen, wenn Ihr in Bonn mit dem Steiß in sekundenschnelle zerdeppert, was in den Ländern und Kommunen in jahrelanger Sacharbeit mühselig mit den Händen aufgebaut worden ist. Wir erinnern uns noch zu gut an den umjubelten Satz von Christian Schmidt anläßlich seiner Sprecherwahl: „Ich will die Sozialdemokratie schwächen und die Grünen stärken." Und was ist daraus geworden? Wir taumeln seit dem Parteitag in Duisburg von Niederlage zu Niederlage, die programmatische Weiterentwicklung wurde immer wieder hinausgeschoben, der Strategiekongreß halbherzig vorbereitet (manche im BuVo hätten ihn wohl am liebsten abgesagt), die sozialdemokratischen Enkel bedienen sich munter an grüner Programmatik (man darf gespannt sein, wann unser Grundrentenmodell oder unsere Kritik am Berufsbeamtentum von welcher Enkelin oder welchem Enkel entdeckt wird), eine Öffnung zu neuen Wählerschichten hat nicht stattgefunden, alte Wählerschichten kehren uns den Rücken, Mitgliederschwund allüberall, und dazu eine Mehrheit im Bundesvorstand, die das alles offensichtlich in Ordnung findet. Die von euch beklagte Politikunfähigkeit ist leider die bittere Realität der Partei auf Bundesebene, ja schlimmer noch: Wir sind heute kaum noch als protestfähig zu bezeichnen. Nur fragt Euch mal, wer diese Partei als Bundesvorstand in dieses Desaster geführt hat. Habt Ihr die Grünen gestärkt? Wohl kaum, und nun seid Ihr gerade dabei, der Partei den Rest zu geben.

Wir verlangen von Euch: Zieht sofort die Anzeige zurück. Hört auf mit der Spaltung von Bundespartei und Bundestagsfraktion. Beendet endlich den Abmarsch in das selbstgewählte Sektenghetto, damit die Partei wenigstens eine Chance hat, aus ihrer existenzbedrohenden Krise bis 1990 herauszukommen.

Joschka Fischer, Iris Blaul, Alla Korwisi, Rupert von Plottnitz, Daniela Wagner-Pätzhold, Herbert Reeh, Priska Hinz, Chris Boppel, Fritz Hertle, Margareta Wolf, Wolf Schwarz, Evi Schönhut-Keil, Dagmar Zoht, Marie-Louise Winter, Anita Schlindwein, Martina Schmiedhofer, Anette Stock-Heine, Georg Dick, Bernd Messinger, Reinhold Weist, Dirk Treber, Elke Cezanne, Wenzel Mayer (alle Grüne Hessen)

„Die Fraktion verstößt gegen Parteitagsbeschlüsse"

Offene Antwort von Regina Michalik, Christian Schmidt u.a.

Lieber Joschka, liebe Iris,
nun habt Ihr uns einen tiefempörten Brief geschrieben, aber leider seid Ihr einfach schlecht informiert: Die Diskussion dreht sich nicht um die Mindeststrafe bei Vergewaltigung in der Ehe, sondern um die Mindeststrafe für alle Vergewaltigungsdelikte. die Reform der Paragraphen 177/178: Strafbarkeit aller Vergewaltigungsformen (oral, anal etc.), Strafbarkeit auch der Vergewaltigung in der Ehe, ersatzlose Streichung des minderschweren Falls. die Mindeststrafe von 2 Jahren sollte beibehalten werden. Dieses Reformpaket wurde zunächst in der Frauenbewegung diskutiert, dann im ADG formuliert. Das gesamte ADG wurde in über 200 Veranstaltungen mit Grünen und autonomen Frauen und Männern debattiert und dann von der ersten Bundestagsfraktion in den Bundestag eingebracht.

Wenn nun die zweite Bundestagsfraktion entgegen der jahrelangen Debatte, entgegen Beschlüssen der Bundesversammlung und des BHA vorschlägt, die Mindeststrafe für alle Vergewaltigungen (wohlgemerkt) auf ein Jahr zu senken, dann bedeutet das nicht nur einen Bruch von Parteibeschlüssen, sondern ein absolut negatives Signal für die gesamte öffentliche Diskussion.

Die Frauen aus diversen Frauenprojekten, z.B. Notrufgruppen, die auf der Fraktionssitzung anwesend waren, haben zu Recht gesagt: Wenn die Grünen die Herabsetzung der Mindeststrafe für Vergewaltigung vorschlagen, dann tragen sie dazu bei, daß die gesellschaftliche Ächtung für die Gewalttaten nicht größer wird, sondern Vergewaltigung sogar noch stärker als bisher als Kavaliersdelikt betrachtet wird.

Wir wissen natürlich alle, daß der grüne Gesetzentwurf nicht im Bundestag angenommen wird. Aber für die öffentliche Debatte ist es wichtig, welche Positionen die Grünen vertreten, und deshalb ist es auch absolut schädlich, wenn die Bundestagsfraktion, wie sie jetzt beschlossen hat, gar nichts einbringt, weil sie sich damit aus der gesellschaftlichen Diskussion verabschiedet. Nach jahrelangem Totschweigen hat es die Frauenbewegung geschafft, das Tabuthema Vergewaltigung auch CDU/CSU, FDP und SPD aufzuzwingen. Dort wird z.Zt. über verschiedene Referentenentwürfe diskutiert und beschlossen, wobei zu befürchten ist, daß selbst die geringfügigen Verbesserungen und Vorschläge wieder klammheimlich in den Papierkorb wandern werden. In dieser Situation leisten wir uns, uns politisch handlungsunfähig zu machen, anstatt das Thema mit politischem Druck in der Öffentlichkeit zu behalten.

Und nun zum Thema innerparteiliche Demokratie und Gewissensfreiheit: Die Bundesversammlung ist das oberste Organ der Grünen, die Bundestagsfraktion ist wie der Bundesvorstand an ihre Beschlüsse gebunden. Wenn nun die Bundestagsfraktion dermaßen eklatant gegen das grüne Prinzip der Basisdemokratie verstößt, dann meint Ihr, solle die Partei vornehm schweigen? Es ist doch gerade Aufgabe der Bundesvorstandsmitglieder und hauptamtlichen, für die Umsetzung der Bundesversammlungsbeschlüsse zu sorgen und die Meinung der Partei in der Öffentlichkeit klar zu machen. Stillschweigen, nichts tun, den Beschluß der Bundesversammlung zu boykottieren — das ist Bruch mit grünen Prinzipien. und offenbar empfinden zahlreiche Einzelunterzeichnerinnen und unterzeichnenden Gruppen auch so.

Es geht nicht darum, daß Fraktion und Partei eine andere Meinung haben, sondern darum, daß die Fraktion mehrmals gegen eindeutige Parteibeschlüsse verstoßen hat — und nicht wegen Gewissensgründen, sondern mit der Argumentation „Wir lassen uns von dieser Basis nicht unter Druck setzen". Gleichzeitig behauptet die Fraktion arrogant, die Basis habe nicht genügend und nicht inhaltlich diskutiert. Dies ist aus dem Munde der Fraktion eine Frechheit, denn allein der Widerstand aus Partei und Frauenöffentlichkeit hat sie überhaupt dazu bewogen, sich über diese zentrale Frage Gedanken zu machen. So hat sie im November 87 nach einer nur viertelstündigen Debatte ihren eigenen ursprünglichen Entwurf geändert und erst später begonnen zu argumentieren, als von außen Protest und inhaltliche Gegenargumentationen kamen. Die sog. Expertinnenanhörung hat erst stattgefunden, nachdem der BHA sie einstimmig aufgefordert hat, den ursprünglichen Entwurf einzubringen, sie dagegen verstoßen hat und es wiederum Proteste hagelte.

Und meint ihr denn im Ernst, eine Anzeige gefährdet die Grünen? Was sagt Ihr dann, mit solch scharfem Maßstab, zu der Äußerung von Willi Hoss, er würde in Schleswig-Holstein auch die SPD gewählt haben? Da warten wir



immer noch gespannt auf eure Protestresolution. Der Aufruf, SPD zu wählen, ist offenbar legitim, die Beschlüsse der Bundesversammlung dagegen parteischädigend, oder was?

Die Anzeige hat die Funktion, den Mitgliedern ein Sprachrohr für ihren berechtigten Protest zu bieten. Im übrigen ist die Anzeige keineswegs vom Bundesvorstand ausgegangen, sondern war Beschluß der Frauenversammlung unmittelbar nach der letzten Fraktionssitzung.

Und geradezu perfide ist Euer Vorwurf an den Bundesvorstand, er sei mit dem Wahlausgang in Schleswig-Holstein zufrieden. Nicht der Bundesvorstand, sondern Otto Schily war es, der den Wahlausgang mit den Worten kommentiert hat: „Ich bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis."

Zu euren übrigen Vorwürfen nur eins: Wir machen eben keinen Unterschied zwischen Bundesversammlungsbeschlüssen. Deshalb wird der Strategiekongreß ebenso sorgfältig vorbereitet, wie wir versuchen, endlich den Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen. Hört auf mit der Legendenbildung, eine Anzeige könne die gesamte Partei kaputt machen. Wenn es hier überhaupt um Spaltung geht, dann um die Ab-spaltung der Bundestagsfraktion von ihrer Basis.

Mit grünen Grüßen:
Regina Michalik, Christian Schmidt, Eberhard Walde, Christa Merkel, Rita Werkmeisterin, Anne Schulz (alle Bundesvorstand Die Grünen)

Experten Hausfreunde Vergewaltiger

Aus dem Protokoll der ExpertInnen-Anhörung der Grünen Bundestagsfraktion vom 23.2.1988 bzw. aus der nachfolgenden Diskussion hier einige Auszüge. (Alle Rednerinnen sind grüne Bundestagsabgeordnete. Das Protokoll gibt das *gesprochene* Wort wieder.)

Marieluise Beck-Oberdorf:
„Gemessen an dem Wissen darüber, was sich in den Knästen abspielt und daß es irgendwo ja auch menschenunwürdig und menschenverachtend ist, daß es das in unserem System überhaupt gibt, daß Leute sich das Recht herausnehmen, andere zu kassieren und irgendwo hinter Mauern zu stecken. (...) Und daraus kommen wir nicht raus. In dem Moment, wo wir uns hinsetzen (...) und unsere Entwürfe (machen), basteln wir dann da mit, daß Menschen andererseits wieder die Lebensgrundlage entzogen wird durch das Verbannen in Knäste. (...) Weil die Vergewaltigung so viele Männer in der Gesellschaft tendenziell betrifft und damit auch so viele Frauen, und weil Sexualität so fließend in den Bereich von Aggression und Gewalt übergeht, von Männern gegenüber Frauen, in unseren Beziehungen, also angefangen da, wo es wirklich körperliche Gewalt gibt bis hin, daß die Frau weiß, ich kann mir nicht noch mal leisten, mich dem Mann zu verwehren, weil dann die Beziehung endgültig kaputt ist oder so und dann verläßt er mich. Das ist ja eine unglaubliche Grauzone. Weil wir das alles spüren, glaube ich. Und im Grunde genommen uns gedanklich schon so bewegen, daß wir tendenziell auch unsere Partner oder die Männer, mit denen wir leben, schon mit einem Bein in den Knast schicken, weil sie uns sexuelle Gewalt antun oder vielen Frauen sexuelle Gewalt antun. Ich glaube deswegen kocht die Frage der Entkriminalisierung so unglaublich hoch."

Waltraud Schoppe:
„Ich habe damals gesagt, die Lebensrealität von Frauen könnte auch so aussehen, daß z.B. eine Frau, die eine Anklage gemacht hat, (...) daß eine Frau während des Prozesses dann doch nicht will, daß der zu Ende geführt wird. Das muß doch als Möglichkeit für eine Frau bestehen. (...) Wenn ihr sagt, so ist die Lebensrealität von Frauen nicht, wie kommt es denn, daß in allen Ländern, wo die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt ist, dennoch die Anzeigen von Ehefrauen sehr gering sind. Das liegt doch daran, daß offensichtlich Ehefrauen, die vergewaltigt werden und des öfteren vergewaltigt werden, dennoch immer offensichtlich die Hoffnung auf Versöhnung haben und daß es auch nicht nur der Druck ist von Männern, daß es oftmals auch bei Frauen diese Hoffnung auf Versöhnung ist, die dazu führt, daß Frauen sich das über Jahre gefallen lassen."

Dora Flinner:
„Eine Feministin hat zu mir gesagt, die Männer mußt du benützen wie ein Handtuch und dann schmeißt du sie weg. Diese Einstellung — hier sind Feministinnen viel mit schuld an der ganzen Sache, was damit zusammenhängt mit der Vergewaltigung usw. Auch hier möchte ich sagen, sind die Frauen, auch die Feministinnen aufgefordert, eine Verantwortung zu tragen. Ich möchte noch mal was anschneiden, was auch die Pornographie anbelangt. Wer kauft denn am meisten diese Blätter? Sind das nicht die Frauen (...) überwiegend sind es Frauen, die die Blätter mit nach Hause nehmen, wenn sie einkaufen, wo wir Frauen abgebildet sind, ganz oder teilweise nackt. (...) Dann möchte ich noch eins anschneiden. Wie sieht es denn aus in einer Ehe, wenn sich die Frau plötzlich einen Hausfreund anschafft? Ja, sie lachen vielleicht, aber das gibt es sehr viel. Der Hausfreund ist genehm, der Ehemann eben nicht und somit gibt es Vergewaltigung in der Ehe."

Zum Abschluß aus aktuellem Anlaß noch ein Zitat aus einem TAZ-Kommentar von Maria Neef-Uthoff, das als gelungenes Fazit der hier erörterten Positionen verstanden werden kann:
„Die Mindeststrafe von zwei Jahren für Vergewaltiger nach diesen Auseinandersetzungen weiterhin zu fordern, heißt, über all das , was man von der Zurichtung im Knast weiß, hinwegzugehen. Mit blindem Blick und Eiseskälte."
(taz 26.5.88)

Hauen und Stechen — oder: Eine Partei wird erwachsen

„Hört auf mit der Spaltung von Bundespartei und Bundestagsfraktion, beendet endlich den Abmarsch in das selbstgewählte Sektenghetto", fordern die hessischen Realos von der Mehrheit ihres Grünen-Bundesvorstands. „Wenn es hier überhaupt um Spaltung geht, dann um die Abspaltung der Bundestagsfraktion von ihrer Basis", giftet diese zurück. Die grünen Flügel flattern wieder in altbekannter Manier. Doch macht Beteiligten wie Zuschauern der grüne Streit, einst die fünfte programmatische Säule der Partei, immer weniger Spaß. Die Partei ist den Kinderschuhen und der Pubertät entwachsen, sie wird erwachsen. Und so benimmt sie sich auch, ganz wie die Alten: auf Parteitagen links blinken, in den Parlamenten rechts fahren. Sicherlich, die Idee der Blinker mit der Anzeige gegen die Fahrer war noch mal echt grün. Doch was kommt danach? Erstens heftiges Gezeter und Spaltungsgerede (woran keiner der Beteiligten denkt, solange der Rubel noch rollt); zweitens ein perspektivloser Perspektivenkongreß, anzüglicherweise am Tag der deutschen Einheit und genauso anzüglich in Godesberg; und drittens die Sommerpause. Danach parlamentarisches business as usual.

„Die Grüne Bundestagsfraktion vertritt ihre Parteibasis nicht mehr", verkündete auf Seite 4 der „Frankfurter Rundschau" eine Anzeige von grünen Kritikern der Fraktionsmehrheit. Diese weigert sich seit Monaten beharrlich, den von Frauengruppen und Grünen gemeinsam erarbeiteten und mit klaren Mehrheiten in der Partei verabschiedeten Gesetzentwurf zur Bedrohung von Vergewaltigung innerhalb wie außerhalb der Ehe mit einer Mindeststrafe von zwei Jahren im Bundestag einzubringen. Gegen das Votum der Gruppen aus der Frauenbewegung, der eigenen Partei —zuletzt im März dieses Jahres in Ludwigshafen — und ihrer Gremien (z.B. der Bundeshauptausschuß) setzte die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten ihr übergeordnetes „Gewissen" und entschied sich in geheimer Abstimmung gegen den Parteibeschluß. Ein Blick hinter die Kulissen der Gewissen enthüllt die Dummerhaftig-
geheimer Abstimmung gegen den Parteibeschluß. Ein Blick hinter die Kulissen der Gewissen enthüllt die Dummerhaftig-
keit dieserart Gewissensfreiheit. Im wesentlichen drei Motive vereinigen die Ablehner: die Realo-Hoffnung auf ein gemeinsames Bündnis mit SPD und CDU-Frauen bei geringerem Strafmaß für Vergewaltiger; die grassierende, christlich — meist katholisch — motivierte Ethik, die einseitig auf die Täter angewandt wird; und nicht zuletzt einfach nur reaktionäre Spießbürgerlichkeit, die halt wiederkäut, was „Volk mit gesundem Menschenverstand" zum Thema sagt und denkt: zur Vergewaltigung gehören mindestens zwei.

Realos und „taz"-Obermufties spielen sich im grünen Konflikt gegenseitig die Bälle zu. Klaus Hartung, der bereits beim antiklerikalen Papst-Plakat der grünen Frauen den Spruch von der *„Frauen (ml)"* und ihrem *„Unfehlbarkeitsdogma"* prägte (taz, 16.4.87), setzte sich groß in Pose. Zwei Positionen *„grüner Moral"* würden beim Streit um ein oder zwei Jahre Mindeststrafe für Vergewaltiger kollidieren: die Ablehnung *„männerlicher Amoral"* ebenso wie die *„staatliche Gewalt als Lösung gesellschaftlicher Probleme"* (taz, 21.5.88). Fehlt eigentlich nur noch die Beschwörung der Gewaltfreiheit den Opfern gegenüber. Der Gute Mensch aus der Wattstraße — unbeirrt — veredelt die blödesten Motive: *„Wenn es überhaupt eine Gewissenfrage gibt, dann hier"*. Dramatische Begründung für die Ablehnung des imperativen Mandats, das Kläuschen **da** ausgesetzt sehen will, *„wo sich das Gewissen rührt"*.

Und wo rührt es sich zum Beispiel? *„Ich bin immer von meinem Gewissen ausgegangen"*, begründete Willi Hoss seinen freimütigen Umgang mit „stimmungsabhängigen" Parteitagsbeschlüssen und voller Selbstvertrauen in die eigene unerschütterliche Gewissenhaftigkeit (taz, 14.5.88). Ergo hätte er als Schleswig-Holsteiner SPD statt Grüne gewählt, weil die nicht gesichert mit Engholm koalieren würden, erklärte er öffentlich sein Demokratieverständnis. Solches Gewissen meint nichts anderes, als sich von jeglicher Einbindung in demokratische Beschlußfassung loszumachen, wenn diese unbequem werden könnte.

Wo man sich nicht an Beschlüsse halten will, wird der eigene Heroismus gehudelt („freie Entscheidung des Gewissens", so die bündnisgeilen Hessen-Realos; „mutiger Schritt der Fraktion", so Maria Neef-Uthoff in der taz, 26.5.88) und mit den niederen Motiven der anderen, mit deren Sucht nach dem „Sektenghetto" konfrontiert. Da veranstalten die Grünen ein Hearing zum Beratungsgesetz, zur Verschärfung des Abtreibungsverbots, schon entdecken vier grüne Bundestagsabgeordnete ihr Gewissen und attackieren ihre innerparteilichen Gegner mit Argumenten der rechts-katholischen Lebensschützer, mit Tötungsvorwürfen und Nazivergleichen (siehe das Papier „Schwangerschaftsabbruch ist Tötung"). Prompt meldet sich „taz"-Grufti Max Thomas Mehr zu Wort: Jene katholischen Minderheitler hätten hehre Motive, seien voll *„Sensibilisierung gegenüber allen*
Thomas Mehr zu Wort: Jene katholischen Minderheitler hätten hehre Motive, seien voll „Sensibilisierung gegenüber allen
‚Eingriffen in die Natur' ". Demgegenüber stünde die mehrheitliche *„Sucht nach traditioneller Politik, nach Vereinheitlichung einer Parteilinie"* (taz, 22.4.88).

Daß der grüne Streit nur noch unfruchtbar ist, bestreitet kaum jemand. Es agieren verschiedene Parteien in einer und ziehen in verschiedene Richtungen, eine Einigung in relevanten Fragen erscheint unmöglich. Mit dem Grünen Perspektivenkongreß Mitte Juni sollte der Versuch gemacht werden, wieder eine gemeinsame Ebene zu finden. Die Chancen dafür dürften nach der Vergewaltigungs-Auseinandersetzung noch mehr gesunken sein. Seit der Hessenwahl im April 1987 verzeichnet die Partei nur noch Wahlniederlagen, sieht man mal vom Baden-Württemberger Ergebnis ab. Wendet Lafontaine von den Grünen für „urgrün" gehaltene Verzichtspositionen rechts, spricht die Partei drei- bis mehrstimmig. Das muß nicht immer schlecht klingen, nur erzeugt das eindeutig dann Dissonanzen, wenn Rainer Trampert scharf dagegen polemisiert, Willi Hoss den Vorschlag schärfstens begrüßt und die „Mitte" (Ralf Fücks) weder „Klassenkampfparolen" noch Marktwirtschaft sagt, sondern den besseren, sozialeren, von alternativer Vernunft geleiteten Lafontaine meint. Nun macht mal Politik dazu.

Der Perspektiven-Kongreß, der beratenden und nicht Beschluß-Charakter hat, war von der Mitte unter dem zugkräftigen Titel „Grüner Aufbruch 88" durchgesetzt worden. Alle sich für relevant haltenden grünen Strömungen sollen nach den Vorstellungen der grünen Mitte ihre Grundsatzpositionen der Parteibasis zur Urabstimmung stellen. Bislang haben allein die Leute vom Grünen Aufguß erste Teile eines Papiers vorgelegt. Das literarisch hochinteressante Papier, das maßgeblich aus der Feder von Antje Vollmer stammt, entzieht sich mir nahezu jeder politischen Bewertung.

„Eine ökologische, gewaltfreie, basisdemokratische, soziale Partei hat alles Interesse daran, daß sich die Entdemokratisierungstendenzen mit der ihnen zugehörigen Formierung einer autoritären, möglicherweise ökodiktatorischen, militaristischen, undemokratischen Gesellschaft nicht durchsetzen. Ihr Leitbild muß eine zivile, an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und ihrer wachsenden Politikfähigkeit orientierten Gesellschaft sein. Was heißt das konkret für die nächsten Aufgaben der GRÜNEN Partei?"
(Weiß ich ehrlich gesagt auch nicht, hr.).
(aus: Manifest Grüner Aufguß 88)

Mit meinem herkömmlichen linken Polit-Instrumentarium bin ich nicht in der Lage, der aufgeblähten Sprechblasensammlung aus dem Reich des *„Querfeldes"* (so ein häufiger benutzter Begriff) mehr abzugewinnen als Beleidigungen (von denen dieser Artikel schon einige enthält) und interpretierende Wertungen, die auf dasselbe hinauslaufen. Noch nicht genug verstanden? Vielleicht kann man das Programm so ausdrücken: nicht links, nicht rechts, sondern — nein, auch nicht vorn, das ist vorbei — sondern quer, einfach quer längs der Pole.

„Der Dualismus zwischen Parteibasis und Parteispitze, zwischen Fraktion und Partei und der zwischen den Flügeln verstärken sich gegenseitig."
(Manifest Grüner Aufguß 88)

Leichter hat man's da schon mit den Realos, die angeblich auch an einem Manifest arbeiten. Hubert Kleinert behauptet, daß darin auch seine Vorstellungen einer *„ökologischen Marktwirtschaft"* Eingang finden werden. Im Unterschied zu der Mitte sind seine Vorstellungen, die er in zwei Interviews zum Besten gegeben hat (Stern, 28.4.88 und FR, 14.5.88), alles andere als originell, aber verständlich.. Er will eine *„ökologische Zukunft des Kapitalismus"*, *„eine Mischform zwischen staatlich vermittelter Ordnungspolitik und marktwirtschaftlichen Elementen"* (Stern). Diesem Öko-Keynes (oder -Schiller?) fallen dann so originelle staatliche Steuerungs-Instrumentarien wie „Ökologie als Kostenfaktor", Gesetze, Verursacherprinzip, Steuern, Abgaben etc. ein, wie wenn der Mensch auch das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt" gelesen hat. Doch nicht nur das, auch Biedenkopfs „Die neue Sicht der Dinge" scheint ihn inspiriert zu haben. Was das für die Grünen heißt? *„Wir müssen unser Verhältnis zum Unternehmertum mal offen diskutieren. Ich bin da für eine gründliche Entrümpelung."* Ansonsten scheint der grüne Finanzexperte seinem SPD-Kollegen nachzueifern, klar und zupackend: Schluß mit *„langwierigen Diskussionsritualen"*, dieses *„Dauerpalaver kann doch nicht das sein, was wir uns mal unter Basisdemokratie vorgestellt hatten. Wir brauchen klare Kompetenzverteilungen und Konzentration auf die wichtigsten politischen Themen."* (FR) So Kleinert, nicht Hans Apel.

Beide vorgestellten Positionen — Realos und Mitte — sind die Zukunft der Grünen. Man könnte sie vergessen, wäre da nicht die Macht des Institutionellen: 60 Stiftungsmillionen wollen verbraten sein, hunderte kommunale bis zentrale Parlamentsplätze harren des ökologischen Aussitzens. So lange das halbwegs anhält, werden die Grünen auch noch für das eine oder andere ansprechbar sein. Je mehr nicht vorhersehbarer Wahlschub von außen, desto mehr. Im Kleinen sowieso. Die Kleinerts haben möglicherweise noch eine andere Zukunft, in der SPD, wenn's schiefgehen sollte. Doch die Konkurrenz ist groß.

Für die Linken Grünen sieht's allerdings schwarz aus. Gerüchteweise verlautet, daß sie noch zwischen einem eigenen gequälten Text für die Godesberger Perspektiven und der vollen Konzentration auf die Fußball-Europameisterschaft schwanken. Mal im Ernst: Wer will mit den beiden maßgeblichen Politikansätzen der Grünen Perspektiven und Strategien entwickeln, die auch noch was bringen? Ist die FR-Anzeige, die fast schon ohnmächtige Anklage gegen die Fraktionsmehrheit, möglicherweise das an Perspektive, was die Grünen den Linken noch bieten können? Im Sinne linker Veränderungsstrategie ist nichts weiter in Sicht. Die gesellschaftliche Innovationskraft der Grünen ist so ziemlich dahin, derzeit hat sie — wie üblich mit Verspätung — die DKP erreicht. Was da möglicherweise zu den Grünen fließt, muß nicht unbedingt deren linken Flügel stärken. Punktuell wird die politische Tagespraxis, die Arbeit in den Parlamenten und die Konzentration auf einzelne Kampagnen den linken Grünen immer noch Beschäftigung für lohnenswerte und gut laufende Einzelaktivitäten bieten. Und für die Errichtung innerparteilicher Dämme dürften die Konjunkturerwartungen eher günstig sein.

hr.

Gewaltfreiheit bei den GRÜNEN:

Gewaltfreiheit bei den GRÜNEN:

Ein neuer Vorstoß der „Mitte“

Schon seit einigen Wochen steht der Punkt „Gewaltfrage" auf den Tagesordnungen der Sitzungen der grünen Bundestagsfraktion, aber die Mehrheit der ParlamentarierInnen sieht offenbar keinen Entscheidungsbedarf.

Das sehen ein Teil der grünen Bundestags-„Mitte" um die MdBs Ludger Volmer, Antje Vollmer, Erika Trenz, Uwe Hüser, Peter Sellin, Imma Hillerich, Hias Kreuzeder sowie einige FraktionsmitarbeiterInnen ganz anders, denn sie legten der Fraktion ihre Thesen „zur Gewaltfrage" vor und sehen darin ein Kompromißangebot zwischen den streitenden Flügeln. Herausgekommen ist dabei allerdings ein Thesenpapier, das nicht nur bedenkenlos von jedem Realo unterzeichnet werden könnte, sondern auch von inneren Widersprüchlichkeiten und Peinlichkeiten nur so strotzt.

Da heißt es zum Beispiel in Punkt 1, daß das grüne Verhältnis zur Gewalt „ein für allemal geklärt" und ein „unveränderbar festgeschriebener Grundwert grüner Politik" sei. Einen Satz später heißt es dann jedoch zur angeblichen Unveränderbarkeit, daß die Gewaltfreiheit *„auf dem Hintergrund eines sich ständig verändernden politischen Umfelds und neu auftauchender politischer Phänomene ständig neu interpretiert und angewendet werden"* müsse. Das festgeschriebene Dogma wird so im gleichen Atemzug wieder relativiert.

Während in Punkt 1 die grüne Gewaltfreiheit noch als ihre Gesinnung („Grundwert") beschrieben wird, lautet die Definition in Punkt 6, daß die Gewaltfreiheit „Ausdruck einer bestimmten historisch-kulturellen Situation" sei. Das wiederum widerspricht der grünen Gesinnungsethik und darüber hinaus den real existierenden Gewaltverhältnissen nicht nur in diesem Staat, sondern weltweit. Dem grünen Glaubensbekenntnis opfert ein Teil der „Mitte" im nächsten Schritt also auch noch die Analyse der Wirklichkeit und verleiht den angeblich zivilisierten Verhältnissen hierzulande die Weihen einer „historisch-kulturellen" Situation.

Im nächsten Schritt versucht sich die „Mitte" in der Aufstellung eines Tabukataloges darüber, was gewaltfreie Aktionsformen sind und was nicht. Verurteilt wird das „Mittragen" von Waffen „oder Gegenständen, die der Verletzung von Menschen dienen sollen", wie Schlag- und Schußwaffen, Brandsätze und die berühmten Zwillen. Der „spontane Steinwurf eines/r Betroffenen geht so gerade noch durch, ohne damit jedoch das generelle Steineschmeißen als Aktionsform zu legitimieren. Nach diesem grünen Verhaltenskatalog ist das Einwerfen von Schaufensterscheiben „sinnlos", Sabotageaktionen wie das Zumauern von Sprengkammern oder die Beschädigung von Volkszählungsbögen „können Bestandteil gewaltfreien Widerstandes sein". Sabotageaktionen, die Menschen verletzen, werden abgelehnt. Und das Umsägen von Strommasten? Absolutes Tabu, denn solch eine Aktion würde die Versorgung der Bevölkerung mit „Grundbedarfsgütern" infrage stellen.

Offenbar haben diese grünen VerfasserInnen gar nicht gemerkt, daß sie damit der erweiterten Rechtsprechung des § 129 a folgen („Angriffe auf öffentliche Versorgungseinrichtungen"). Im übrigen widersprechen sie damit auch dem Gewaltfreien Martin Luther King, der als Aktionsform ein New York ohne Strom propagierte. Einmal ganz abgesehen davon, daß sich die AutorInnen des Thesenpapiers mit Verweis auf die Versorgungsgefährdung der Bevölkerung der klassischen staatlichen wie unternehmerischen Argumentation angeschlossen haben — beim legendären Druckerstreik war die Pressefreiheit in Gefahr —, widersprechen diese Grünen damit auch all ihren eigenen Berechnungen über Atomstrom und Energie-Überkapazitäten. Außerdem folgen diese Teile der „Mitte" der staatlich-verordneten Auffassung, wonach jede Form von Sachbeschädigung auch die Ausübung von Gewalt beinhalte. Die versuchte Aufstellung grüner, allgemeingültiger Regelungen über legitime Widerstandsformen führt jegliche effektive Form von Widerstand und Protest ad absurdum und ordnet sich somit auch den vorgeschriebenen staatlichen Spielregeln unter.

Auf der anderen Seite erkennen diese Grünen „das Recht des demokratischen Staates an, Straftaten zu verfolgen", wenden sich aber im nächsten Satz *„gegen eine staatliche Politik, die Straftatbestände erst schafft oder ausdehnt, um politische Konflikte durch Polizeieinsatz und Strafrecht für sich zu entscheiden"*. Auch hier widerspricht die zweite Aussage der ersten, und im Konkreten lehnen die Grünen nur die Vermummungsverbote sowie die „passive Bewaffnung" ab. Weder das gesamte Instrumentarium der sogenannten „Sicherheitsgesetze" wird kritisiert, noch darüber hinausreichende Strafrechtsbestände und Verbote wie etwa Berufsverbote, Einschränkung des Streikrechts, das KPD-Verbot von 1956 usw.

„Wir Grünen haben es nicht nötig", schreiben sie weiter, sich von Staatsorganen zur „Distanzierung von Gewalt auffordern zu lassen". Denn diese Distanzierungsaufforderung habe nur die Funktion, *„der Öffentlichkeit gegenüber eine Nähe zu suggerieren, die faktisch nicht vorhanden ist. Wir werden nicht in diese Falle gehen (...)"*. Was diese Grünen nicht merken: sie sitzen schon längst in dieser Falle. Denn wer, wie Teile der „Mitte", dem Staat offeriert, daß die Grünen nun wahrlich die falsch Beschuldigten sind, vollzieht das staatliche Spiel der Einteilung in „gute" und „böse" Demonstranten und die damit verbundene Spaltungsstrategie des Staates nach. Das wird von der „Mitte" noch dadurch untermauert, daß sie Gewalttätigkeiten „aus dem grünen Zusammenhang heraus (...) deutlich verurteilt", während die Militanten durch „aktive Auseinandersetzung" von der „Richtigkeit gewaltfreier Politik" überzeugt werden sollen.

Im abschließenden Punkt 6 stellt die grüne „Mitte" den Zusammenhang zwischen der Gewaltfreiheits-Gesinnung und den gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen hierzulande her, aus der skurrilerweise die vierte grüne Säule abgeleitet wird: *„Dort, wo Demokratie oder andere Formen von Partizipation so weit entwickelt sind, daß die Chancen zur Durchsetzung legitimer politischer Ziele ohne Gewaltanwendung prinzipiell vorhanden sind, wird Gewalt illegitim."* Dieses zweite Glaubensbekenntnis von an sich rechtsstaatlich-demokratischen Verhältnissen in der BRD widerspricht schon grün-immanent zwei anderen Säulen ihrer Prinzipien, dem „sozial" und „basisdemokratisch". Dieser Staat sei an sich, „prinzipiell" gewaltfrei veränderbar, so die grüne Anpassungsformel, wobei sie selbst angesichts ihrer politischen Erfolglosigkeit eingestehen, nicht von „Durchsetzung" politischer Ziele, sondern nur von deren „Chancen" zu sprechen.

Diese frömmelnde Sichtweise entwickelter kapitalistischer „Rechtsstaaten" blendet den französischen Mai 1968 ebenso aus wie die militanten Anti-Vietnamkrieg-Proteste in fast allen diesen Staaten, die Getto-Aufstände in den USA und Großbritannien, militante Proteste hierzulande usw.

Das zur Abstimmung in der grünen Bundestagsfraktion vorliegende Papier „Zur Gewaltfrage" der sogenannten „Mitte" zeigt, daß sich hier ein Mitte-Rechts-Block formiert, der die politische Isolierung und Ausgrenzung der minoritären Rest-Linken betreibt.

D./Westberlin

Dokument

Schwangerschaftsabbruch ist Tötung

Es ist doch ungewöhnlich, wenn gerade im Bereich der Grünen, die sich sonst so vehement gegen jede Gefährdung des Lebens, beispielsweise durch die Umweltbelastung, wenden, eine Veranstaltung stattfindet, in der keine der geladenen Personen gegen die Tötung ihr Wort erhebt. Gemeint ist die Tötung ungeborenen Lebens.

Die Tatsache, daß sich mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle und der Einnistung in der Gebärmutter bereits menschliches Leben entwickelt hat, wird von denen, die für sich in Anspruch nehmen, für die Frauen einzutreten, mit großem Aufwand an Wortschöpfung verdrängt: der Fötus wird zum Zellklumpen, zum Gebärmutterinhalt. Die krampfhafte Bemühung um Versachlichung zur Unterdrückung jeder Gefühlsregung ist greifbar; kein Gewissen darf sich regen, die Wahrheit darf nicht zur Sprache kommen, eine Wertung der Abtreibung als Tötung meiden die sonst mutigen Kämpfer/innen für die Rechte der Frauen ängstlich.

Wenn über Abtreibung gesprochen wird wie über einen alltäglichen, normalen Vorgang, wenn es als selbstverständliches Recht einer Frau angesehen wird, sich fast bedenken- und gewissenlos für oder gegen die Fortführung einer Schwangerschaft zu entscheiden, wenn diejenigen, die sich für die Bewahrung des ungeborenen Lebens einsetzen, als Rassist/innen und Frauenfeinde/innen beschimpft werden, mutet es an, als wären wir wieder in Zeiten, in denen es viele gab, die zu Tötung von menschlichem Leben schweigen mußten aus Furcht vor öffentlicher Diskriminierung und Schlimmerem.

Paßt es da zusammen, wenn einerseits viele Grüne die elterlichen Rechte gegenüber den Kindern möglichst zurückdrängen wollen, andererseits aber von denselben Leuten die totale Verfügungsgewalt einer Mutter gegenüber ihrem ungeborenen Kind gefordert wird?

Sicher ist das von der Bundesregierung geplante Beratungsgesetz in seiner derzeitigen Form nicht hilfreich und abzulehnen. Sicher ist auch der § 218 StGB nicht geeignet, Schwangerschaftskonflikte zu lösen und Müttern zu helfen. Sicher aber ist ein politisches Vorgehen, das Tötungen verharmlost, nicht mit einer lebensbejahenden Politik vereinbar. Eine lebensbejahende, verantwortliche Politik sollte sich vielmehr zum Anwalt des wehrlosen, unschuldigen Lebens machen, sie sollte sich dafür einsetzen, daß schwangere Frauen nicht mehr in Zwangslagen kommen, die eine Abtreibung nahelegen.

Wer sich gegen die Vergewaltigung der Natur durch Gentechnik und andere industrielle Einflüsse wendet, wer sich für die Wiederherstellung natürlicher Vorgänge und Kreisläufe einsetzt, kann nicht gleichzeitig den gänzlich unnatürlichen Vorgang einer Abtreibung propagieren als Selbstbestimmungsrecht von Menschen gegen einen naturgemäßen Vorgang.

(...)

Dora Flinner, Charlotte Garbe, Halo Seibold, Eckhard Stratmann, Bundestagsabgeordnete der Grünen, am 19.4.88

Die schwedische Atombombe

„Wie erstmals 1985 enthüllt werden konnte, wurde in Schweden ab 1945 über beinahe drei Jahrzehnte hinweg ein extensives Atomwaffenprogramm durchgeführt. Zwischen 1958 und 1968 wurde das Programm unter Führung einer kleiner Gruppe von Spitzenpolitikern vorangetrieben. Eindeutig ignoriert wurde eine ganze Serie von Parlamentsbeschlüssen, mit denen eine Atomwaffenforschung untersagt wurde bzw. der Aufschub einer Entscheidung über die Entwicklung von Atomwaffen festgelegt wurde. Von 1968 bis zum Zeitpunkt der Programmbeendigung, 1972, wurden die Forschungsaktivitäten trotz des ausdrücklichen schwedischen Verzichts auf Atomwaffen und trotz der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags im Jahre 1970 fortgesetzt. (…) Die Details über das schwedische Atomwaffenprogramm wurden erstmals in einer ausführlichen Enthüllung der Technik-Zeitung ‚Ny Teknik‘ im April 1985 aufgedeckt. Diese Enthüllung basiert auf Dokumenten, die bis kurz zuvor unter Geheimhaltung standen sowie auf Interviews mit Schlüsselpersonen, die in das Atomwaffenprogramm involviert waren. Der Artikel der ‚Ny Teknik‘ liefert ein Fallbeispiel von unschätzbarem Wert über eine geheime Atomwaffenforschung und enthüllt Schritt für Schritt, wie diese Programme durchgeführt und nach außen getarnt worden sind. Von größter Bedeutung sind die Enthüllungen darüber,

— wie hochwertige Atomwaffen-Designs ohne regelrechte Atomtests entwickelt werden konnten,

— wie wohlüberlegt ein ziviles Atomprogramm für militärische Ziele aufgebaut wurde,

— wie mit irreführenden Erklärungen zur Atompolitik die fortlaufende Atomwaffenforschung verschleiert wurde.“

Dies schrieb bereits 1986 die US-amerikanische Carnegie-Stifung in ihrem Jahrbuch 1985 über die Weiterverbreitung von Atomwaffen. (1)

Der folgende Bericht über die heimliche schwedische Atomwaffenforschung basiert auf der ca. 100-seitigen englischsprachigen Übersetzung des Artikels *„Baut eine Bombe“* von Christer Larsson, veröffentlicht am 25.4.1985 in der schwedischen Wochenzeitschrift „Ny Teknik“. Die Übersetzung wurde vom wissenschaftlichen Dienst des US-amerikanischen Kongresses angefertigt.

Ein zweiter Teil dieses Artikels wird sich im nächsten AK mit einigen Analogien und Schlußfolgerungen bzgl. des BRD-Atomprogramms auseinandersetzen.

Betretenes Schweigen

Was in den USA als Enthüllung von „größter Bedeutung“ und „unschätzbarem Wert“ firmiert, war den Publizi-

Was in den USA als Enthüllung von „größter Bedeutung“ und „unschätzbarem Wert“ firmiert, war den Publizi-sten und Zeitungsmachern der BRD bisher keine Erwähnung wert.

Warum wurden etwa vom „Spiegel“ — einer Zeitschrift mit eigenem Korrespondenten in Stockholm — die Recherchen der „Ny Teknik“ stillschweigend übergangen?

Liegt das daran, daß hier eine sozialdemokratisch geführte Regierung des jahrzehntelangen Betrugs an Öffentlichkeit und Parlament überführt wurde?

Liegt das daran, daß die öffentliche Erörterung des schwedischen Beispiels beinahe zwangsläufig eine ganze Reihe unbequemer Fragen über die Zielsetzung des BRD-Atomprogramms provoziert?

Die schwedische Regierung ist bisher immerhin die einzige in Westeuropa, die eine Reihe extrem belastender Geheim-Dokumente zur Atomwaffenfrage der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Dies deutet darauf hin, daß man sich dort mittlerweile von der Atomwaffenoption tatsächlich verabschiedet hat. Für diese Hypothese spricht ebenfalls, daß Schweden — trotz einem umfangreichen Atomprogramm — inzwischen definitiv auf die WAA-Technik verzichtet und seine — in der französischen WAA La Hague lagernden — Plutoniumbestände verkauft hat.

Etwas anders sieht es bekanntlich in einem Land aus, dessen Repräsentanten beinahe wöchentlich beschwören, eine Atommacht weder zu sein, noch werden zu wollen. Kaum jemanden dürfte es überraschen, daß die schwedischen Plutoniumbestände in La Hague prompt von der Bundesrepublik aufgekauft wurden.

Hierin liegt die besondere und aktuelle politische Relevanz des schwedischen Beispiels: Zum einen zeigen sich dort — gerade im Detail! — eine Reihe verblüffender äußerer Parallelen mit der Atompolitik in der Bundesrepublik, eines Landes also, das die militärische nukleare Option nach wie vor hinter dem Deckmantel ziviler Interessen voranzutreiben sucht.

Zum anderen ist Schweden ein Denkzettel für diejenigen, die die Behauptung einer bundesdeutschen Atomwaffenpolitik vorschnell als „Verschwörungstheorie“ abtun oder ins Lächerliche ziehen: Im Beispiel des sozialdemokratischen Schweden wird wieder einmal die Phantasie durch die Wirklichkeit überboten.

„Unser Ziel war, alle militärischen Vorbereitungen zu treffen, um in der Lage zu sein, in der kürzest möglichen Zeit mit einer industriellen Atomwaffen-Herstellung in Schweden beginnen zu können. Es war — kurz gesagt — die Aufgabe der Atomenergiebehörde, das zivile Programm dementsprechend anzuwenden.“

So äußerte sich 1985 der ehemalige Oberbefehlshaber der schwedischen Armee, Stig Synnergren.

Das schwedische Atomwaffenprogramm wurde 1945 in Gang gesetzt. 1965 erreichte es seinen Höhepunkt. 1972 wurde es mit 10 unterirdischen Testexplosionen in Ursvik außerhalb Stockholms, bei denen jeweils kleine Mengen reinen Waffenplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reinen Waffenplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und dem schwedischen Parlament waren diese Vorgänge bis 1985 völlig unbekannt. Größere Teile des schwedischen Staatsapparats waren jedoch unmittelbar in das Programm involviert: Vom damaligen Premierminister Tage Erlanger und seinem Nachfolger, Olaf Palme, angefangen, über die damaligen Minister der Verteidigung und der Finanzen, Sven Andersson und Gunnar Strang bis zu den obersten Stellen der Armee, des staatlichen Instituts für Verteidigungsforschung FOA (Forsvarets Forskningsanstalt) sowie der halbstaatlichen Atomenergiebehörde „Aktiebolaget Atomenergi“ (AbA).

Die Geschichte des schwedischen Atomwaffenprogramms läßt sich in drei Abschnitte unterteilen:

1945-1958 wurden die immer wieder artikulierten Forderungen nach eigenen Atomwaffen oder einer eigener Atomwaffenforschung vom schwedischen Parlament zurückgewiesen. Gleichzeitig wurden im Hintergrund alle Vorbereitungen zur Herstellung von zwei Bomben der Nagasaki-Dimension getroffen.

1959-1965 wurde das Bombenprogramm unter dem Deckmantel einer rein defensiven Atomwaffen-Schutzforschung bis zur Serienreife vorangetrieben.

1965-1972 ist der Zeitraum der Vorbereitung und Durchführung von 10 unterirdischen Testexplosionen bei gleichzeitiger schrittweiser Demontage des Waffenprogramms.

1945-1957: Militärische Vorgaben für die friedliche Atomenergie

1945 wurde das schwedische Institut für Verteidigungsforschung — im Folgenden FOA — gegründet. Die dort entwickelten ersten Reaktorstudien wurden 1947 an die neugegründete Atomenergiebehörde — im Folgenden AbA — weitergegeben. AbA war offziell zuständig für die Entwicklung eines rein friedlichen Atomenergieprogramms.

In einem parallelen Ansatz wurden in den folgenden Jahren beide Institutionen in den Dienst des Atombomben-Programms gestellt: Einerseits wurde unter der direkten Kontrolle des schwedischen Oberbefehlshaber von FOA ein geheimes Atomwaffenforschungs- und Entwicklungsprogamm durchgeführt (sog. „L-Programm“). Andererseits wurde von führenden AbA-Funktionären das „zivile“ Atomprogramm stillschweigend auf die Erfordernisse der im „L-Programm“ festgelegten militärischen Ziele getrimmt.

Darüberhinaus existierte innerhalb der Atombehörde eine kleine Gruppe von Spezialisten, die heimlich aus dem Militäretat finanziert wurde. Ihre Aufgabe war es, sicherzustellen, daß die als friedlich deklarierten Reaktoren den militärischen Erfordernissen genügen.

Im Detail gestaltete sich die zivil-militärische Zusammenarbeit wie folgt:

Am 1.9.1950 wurde in einem (von „Ny Teknik“ als Faksimile dokumentierten) Geheimabkommen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Atombehörde und dem FOA vereinbart. Darin wurde die Vermeidung unnötiger Doppelarbeit festgelegt und geregelt, daß im Krisenfall der gesamte Bereich der Atombehörde den Verteidigungserfordernissen zu unterstellen ist. Nach einer sechsmonatigen Abwägungsphase erhielt dieses Abkommen den Segen der schwedischen Regierung.

Am 22.4.53 wurde in einem FOA-Dokument — unter Berufung auf eine Studie des späteren IAEO-Generaldirektors Eklund — die Beschleunigung der Atomwaffenentwicklung mittels eigener Schwerwasser-Produktion sowie mithilfe von Plutoniumimporten aus Großbritannien gefordert. Im selben Jahr begann das FOA Untersuchungen zur Wasserstoffbombe durchzuführen.

1954 wurde in Kvantorp eine Urananlage sowie Schwedens erster Reaktor R1 als Prototyp für ein Schwerwasser-Reaktorprogramm in Betrieb genommen. (2)

1956 beschloß das schwedische Parlament (für rein friedliche Zwecke versteht sich) einen geschlossenen Brennstoffkreislauf von der Schwerwasser-Produktion bis zur WAA zu etablieren. In Wirklichkeit war dieses Programm eine exakte Kopie der vorher im Eklund-Bericht entwickelten Richtlinien über die Voraussetzungen der Atomwaffenproduktion.

Praktiker Eklund

1950 übernahm der spätere Generaldirektor der „Internationalen Atomenergie-Organisation“ (IAEO), Sigvard Eklund, die Forschungsabteilung der „zivilen“ Atombehörde.

rektor der „Internationalen Atomenergie-Organisation“ (IAEO), Sigvard Eklund, die Forschungsabteilung der „zivilen“ Atombehörde.

Eklund war seit 1945 an führender Stelle im Atomwaffenbereich der FOA engagiert. Diese und keine andere Tätigkeit setzte er ab 1950 im Rahmen der „zivilen“ Atombehörde fort.

In der Weltöffentlichkeit war Eklund als IAEO-Chef von 1961 bis 1981 die Personifizierung einer strikten Trennung von militärischer und friedlicher Atomenergie. In Wirklichkeit aber personifizierte er wie kein Zweiter die wechselseitige Durchdringung von „Atoms for war“ und „Atoms for peace“.

1952 initiierte Eklund als Forschungschef der zivilen AbA eine Geheimstudie. Der Titel: *„Über die Voraussetzungen einer Atomwaffenproduktion in Schweden“.* Diese Studie zielte auf eine Produktion von 10 Atomwaffen der Nagasaki-Klasse innerhalb von 10 Jahren. Gefordert wurde darin ein Natururan/Schwerwasser-Programm, da diese Reaktoren eine hohe Plutoniumausbeute mit den Möglichkeiten weitgehender Autarkie kombinieren würden. Ganz wie in Schweden starteten die folgenden Länder ihr jeweiliges Atomprogramm mit Schwerwasserreaktoren auf Natururanbasis: BRD (KFZ Karlsruhe), Schweiz, Argentinien, Indien, Pakistan …

Einschlägige Interessen?

1957 erhielt das FOA seitens der schwedischen Regierung grünes Licht für den Import und die Bearbeitung von 10 Gramm metallischem Waffenplutonium aus britischen Beständen. (3)

1957: Waffenforschung verboten

1957 ging der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, General Swendlund mit der Forderung nach schwedischen Atomwaffen in die Offensive.

Im Riksdag, dem schwedischen Parlament, wurde dieses Anliegen zurückgewiesen — jegliche Atomwaffenforschung wurde untersagt. Doch was bedeutet schon eine parlamentarische Entscheidung? Im kleinen Kreis der Eingeweihten scherte man sich darum nicht: Noch im selben Jahr gab das Verteidigungsministerium bei Swerdlund einen genauen Kosten- und Zeitplan für die schwedischen Atomwaffenproduktion in Auftrag.

„Nein danke!“ erklärte das Parlament, „Vorwärts marsch!“ der innere Zirkel des Atomstaats: Der (sozialdemokratische) Ministerpräsident, seine (sozialdemokratischen) Minister für Verteidigung, Finanzen und Wirtschaft, die Armeeführung und die Führungskader von FOA und AbA.

Als Anfang 1958, im Rahmen der Debatte um den Verteidigungsetat, die schwedischen Militärs die Atomwaffe berücksichtigt haben wollten, trat ihnen erneut der schwedische Verteidigungsminister entgegen und bekräftigte das Verbot für jegliche nukleare Waffenforschung. In seinem Schreibtisch befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits die Neufassung des „L-Programms“, in der die Errichtung folgender Anlagen gefordert wurde:

— Fertigstellung eines militärischen Plutoniumlabors bis 1962

— Herstellung des für die Atomwaffe benötigten Plutoniums im Atomkraftwerk R3/Agesta



„Atomgeneral“ Swedlund

— Wiederaufarbeitung des Plutoniums bis Anfang 1965 in Ursvik und Errichtung diesbezüglicher Kapazitäten zur Abtrennung von täglich 30 g Waffen-Plutonium mithilfe von 50 Handschuhboxen.

Ebenfalls 1958 wurde ein Atomtestgelände ausgewählt und von der Verwaltung der Luftwaffe aufgekauft. Der radioaktive Fall-Out bei einem Atomtest wurde vorausberechnet.

Ein Atomkraftwerk wie jedes andere

Ein Atomkraftwerk wie jedes andere

Agesta war ein Schwerwasserreaktor mit einer thermischen Leistung von 90 MW. Er wurde 1963 fertiggestellt und war bis 1974 in Betrieb. Innerhalb der schwedischen Öffentlichkeit war man sich über die Funktion dieses Reaktors völlig im Klaren: Er sollte Strom und Wärme für die Vororte Stockholms produzieren. Die Medien bezeichneten die 7-8 kg Plutonium, die jährlich in den Brennelementen anfallen sollten, als ein unerwünschtes Beiprodukt. Tatsächlich verhielt es sich genau umgekehrt: Die Plutoniumgewinnung war der Hauptzweck der Anlage, der Strom das Nebenprodukt:

— So wurde der Reaktor als Bunker in einen aufgesprengten Gebirgsteil hineingebaut, um auch im Kriegsfall die Plutoniumproduktion zu ermöglichen

— Zur Gewinnung von Waffenplutonium wurden die Brennelemente zwei bis dreimal so oft gewechselt, als unter ökonomischen Gesichtspunkten geboten war.

— Aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums wurden die ausschließlich militärisch bedingten Kosten gedeckt: 1 Mio. Kronen, um je 1 kg Plutonium abzutrennen und um Spezialschächte zur Kühlung der Brennelemente im Gebirge anzulegen, 50-60 Mio. Kronen, um das mit politischen Restriktionen belegte Schwere Wasser aus den USA durch Schweres Wasser anderer Herkunft zu ersetzen. (4)

Neben Agesta wurde 1958 eine weiterer Reaktor mit dem Namen R4/Marviken konzipiert. In einem geheimen Arbeitsbericht mit der Überschrift *„Plutoniumproduktion in Marviken K“* wurde im Detail die militärische Optimierung des Reaktors hinsichtlich des Brennstoffs, der Aufarbeitung und der Betriebsalternativen untersucht. Beim FOA existierten Pläne, diesen Reaktor vollständig der militärischen Kontrolle zu unterstellen. Der für das AKW Marviken vorgesehene Brennelementewechsel bei laufendem Betrieb (zur Erzeugung von Waffenplutonium) widersprach jedoch jeglichem ökonomischen Kalkül. Entsprechende Einwände des in der AbA für die Finanzkalkulation zuständigen Mitarbeiters wurden „elegant“ ausgeräumt: Man schickte ihn auf eine 7-wöchige Studienreise nach Jugoslawien und beauftragte ihn anschließend mit anderen Tätigkeiten. Das AbA war fest in der Hand einer kleinen, militärisch orientierten und aus militärischen Mitteln finanzierten Gruppe. (5)

Unabdingbare Voraussetzung für das neue Reaktorprojekt war die Erschließung des nationalen Uranvorkommens bei Ranstad. Die Abhängigkeit von Uranimporten galt als gleichbedeutend mit bindenden Verpflichtungen zur ausschließlich friedlichen Nutzung des Urans.

Das Problem bestand nun darin, die Notwendigkeit der nationalen Uranschürfung auch der Öffentlichkeit plausibel zu machen. Eine im Auftrag des Parlaments erstellte vergleichende Kostenanalyse ergab immerhin eine Uranverteuerung um 70%, falls auf Uranimporte verzichtet würde. Auch die Atomindustrie sah keinen Grund, ausländische Kontrollen zu scheuen und setzte sich infolgedessen für die preiswertere Lösung ein.

Und dennoch: Über interne Seilschaften konnten die Leiter des Waffenprogramms in den zuständigen Gremien eine Entscheidung zugunsten der nationalen Uranschürfung durchsetzen. Das Erstaunen der Atomindustrie war groß. Als Begründung mußten einige vage Hinweise auf nationale Notreserven herhalten. Die Zustimmung der Regierung zum heimischen Uranabbau folgte auf dem Fuß.

Last not least wurden zwischen 1945 und 1958 in den Labors des FOA umfangreiche Forschungsarbeiten über das Design von 2 Atomwaffen-Typen der Nagasaki-Klasse abgeschlossen. Die schwedische Atombombe hatte demnach ein Gewicht von 650 bzw. 350 kg. Sie war aerodynamisch konstruiert: Das gewichtigere Modell sollte bei einem Durchmesser von 0,6 m dreieinhalb Meter lang sein. Ein von der Carnegie-Stiftung vorgenommener Vergleich veranschaulicht, daß dieses Design wesentlich fortgeschrittener war als das der Nagasaki-Bombe. Die Bombe, die 1945 mit einem Schlag die Großstadt Nagasaki zerstört hatte, war 5.000 kg schwer, 10 m lang und hatte einen Durchmesser von 5 m.

Das sozialdemokratische Atomwaffen-Komitee

Nach entsprechenden Appellen führender Militärs hatte die konservative Opposition in Schweden bereits 1955 eigene Atomwaffen, zumindest aber den Beginn entsprechender Forschungsarbeiten gefordert. Auch die Liberale Partei war für eine eigenständige Atomwaffenforschung. Die Sozialdemokratie war gespalten: es gab einen knallharten Flügel zugunsten eigener Atomwaffen und auf der anderen Seite — insbesondere bei den sozialdemokratischen Frauenorganisationen — eine scharfe Ablehnung jeglicher nuklearer Option. Vor diesem Hintergrund setzte die sozialdemokratisch geführte Regierung alles daran, die Öffentlichkeit über die real existierende Atomwaffenforschung zu täuschen.

grund setzte die sozialdemokratisch geführte Regierung alles daran, die Öffentlichkeit über die real existierende Atomwaffenforschung zu täuschen.

1955 erklärte der schwedische Verteidigungsminister, der es besser wußte, daß man seitens der Regierung jegliche Atomwaffenforschung ablehne, solange eine Entscheidung über die Anschaffung dieser Waffen nicht getroffen sei. Als 1957 der Chef des FOA in einer Rede wahrheitsgemäß von der Möglichkeit einer eigenen Atomwaffenproduktion bis 1964 berichtete, folgte das Dementi des Verteidigungsministeriums auf dem Fuß. 1958 erklärte die schwedische Regierung erneut, daß eine Atomwaffenforschung weder existiere noch vorgesehen sei. (6) 1959 polarisierte sich die öffentliche Diskussion. In den großen schwedischen Zeitungen wurde lautstark für Schwedens NATO-Mitgliedschaft und Schwedens Atombewaffnung geworben. Die Gegenmobilisierung der sozialdemokratischen Frauenliga und der Aktionsgruppe gegen die schwedische Bombe, AMSA, war zunehmend erfolgreich. Lt. Meinungsumfragen war zwischen 1957 und 1959 die Zahl der Atomwaffengegner von 36% auf 51% angewachsen. Bei den Atomwaffenbefürwortern war der Anteil von 40% auf 29% gesunken. Innerhalb der sozialdemokratischen Regierungspartei hatte sich der Widerspruch zwischen Atomwaffengegnern und -befürwortern in einer Weise zugespitzt, daß selbst die Spaltung der Partei in den Bereich des Möglichen rückte.

Schwedens Ministerpräsident Tage Erlanger ließ nunmehr die entgegengesetzt agierenden Parteiflügel in einem speziell dafür eingerichteten „Atomwaffen-Komitee“ nach einem Kompromiß suchen.

Unter der Regie von Olaf Palme faßte das Komitee einen Beschluß, der sich als Absage an die konkrete Entwicklung einer schwedischen Bombe darstellen ließ. In Wahrheit wurde dem Projekt nur ein anderer Name gegeben: „Schutzforschung“. Daraufhin flaute die öffentliche Auseinandersetzung rasch ab. Alle Welt ging spätestens nach 1959 davon aus, daß den Atommachtambitionen nunmehr endgültig eine Absage erteilt worden sei. Gleichzeitig wurde — von der Öffentlichkeit unbemerkt — unter dem Deckmantel der „Schutzforschung“ das Atomwaffenprogramm aggressiver vorangetrieben als jemals zuvor. Während man also der Öffentlichkeit weiterhin ein rein friedliches Atomprogramm vorgaukelte, hatte die schwedische Atomwaffenforschung in Wirklichkeit einen Stand erreicht, der Frankreich dazu veranlaßte, bei den schwedischen Forschern um Hilfe nachzusuchen … Fortsetzung nächste Seite

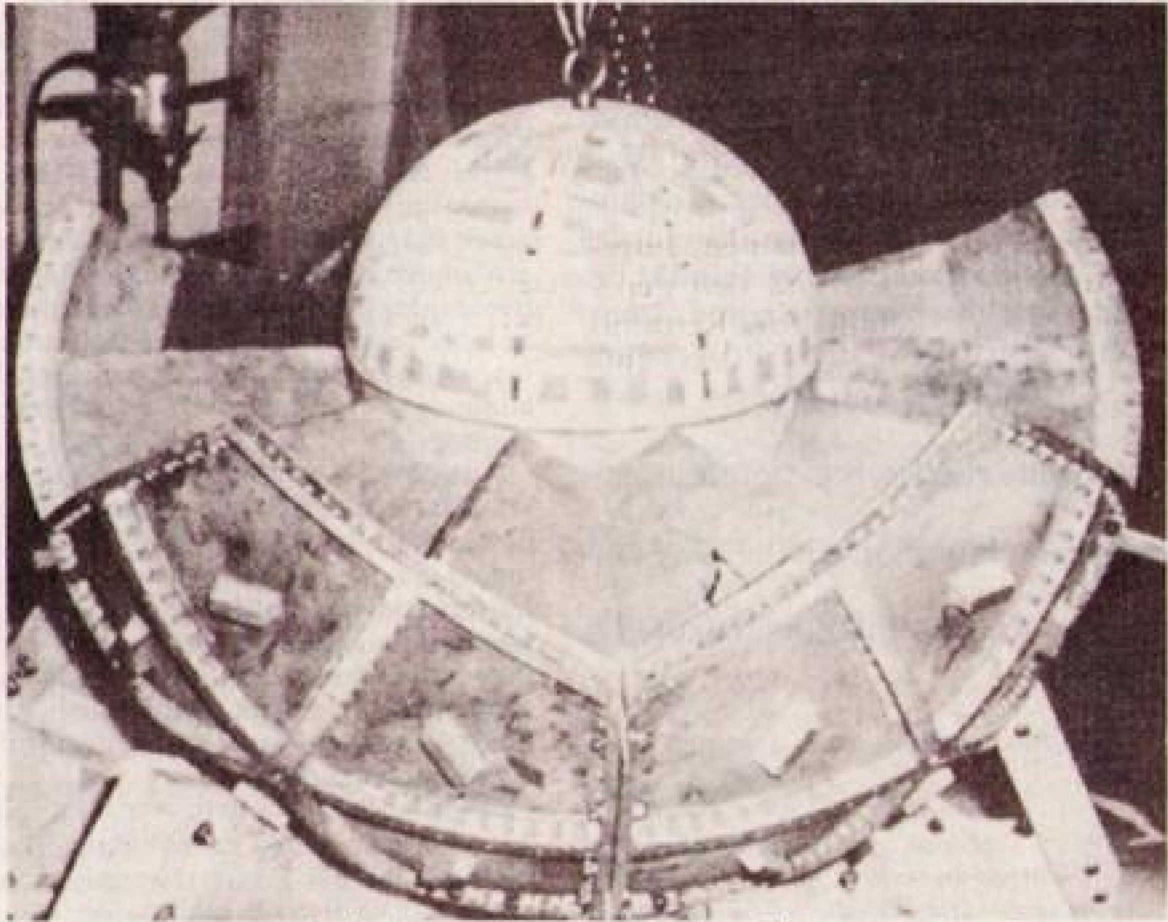
Fortsetzung von vorheriger Seite

1959-1965: Die Tarnung wird perfektioniert

Das französische Atomwaffenprogramm war Anfang der 60er Jahre durch intensive US-Exportkontrollen ernsthaft behindert. Die Anfrage der französischen Atomwaffenforscher bezog sich auf eine spezielle Bestrahlungsmaschine („flash X-ray machine"), mit der durch festes Material hindurch die sich im Zehntausendstel einer Sekunde abspielenden Vorgänge bei der Plutonium-Kompression und der Initiierung des Neutronenschwalls aufgezeichnet werden können. Eine derartige Anlage stand in der schwedischen A-Waffenabteilung in Grindsjon bei Stockholm, wo Atomtests simuliert und Designstudien betrieben wurden.

Frankreich war bereit, für entsprechende Blaupausen erkleckliche Summen zu zahlen. Schweden interessierte sich jedoch mehr für zusätzliches Waffenplutonium und erhielt vom französischen CEA über diverse Schleichwege 100 Gramm. Zum gleichen Zeitpunkt versicherten schwedische Regierungsmitglieder auf Anfrage des Parlaments, daß man das beschlossene Atomwaffen-Herstellungsverbot strengstens überwache.

Tatsächlich bestand die wesentliche



„Innenausstattung" der Experimentierbombe, die später als „Fat Man" über Nagasaki abgeworfen wurde

Änderung infolge der Auseinandersetzungen von 1959 in dem Tausch eines Buchstabens. Statt von „L-Programm" war fortan nur noch die Rede von einem „S-Programm" (Schutzprogramm). Während man unverändert das gleiche Ziel verfolgte, wuchsen unter dem neuen Etikett die finanziellen Zuwendungen und ebenso die Entwicklungsfortschritte. In einem 60-seitigen Militärreport von 1961/62 wurde das mit folgenden Worten legitimiert:

„Heutzutage ist es nötig, sich die Aktionsfreiheit in Atomwaffenfragen, die ungewöhnlich langfristiger Natur sind, durch Vorantreiben eines Atomwaffenprogramms zu wahren. Nur so ist die Aktionsfreiheit für die Zukunft gesichert."

Dieses Papier zirkulierte ausschließlich innerhalb der Militärführung, bestehend aus 4 Generälen, einem Ex-Admiral, dem FOA-Generaldirektor sowie einem Oberst. Auf diesem Zirkular basierten die Haushaltswünsche der Militärs, wobei die auf Atomwaffen bezogenen Passagen auf ein Maß verwässert wurden, das knapp oberhalb des offiziellen Sprachgebrauchs lag.

Hochinteressant in dem Report der „Ny Teknik" sind die Aufzeichnungen



„Little Boy", am 6. August 1945 über Hiroshima abgeworfen

darüber, wie die über 300 direkt involvierten Wissenschaftler mit dem offenkundigen Widerspruch zwischen Regierungserklärungen und Regierungspraxis fertig wurden. Hierzu erklärte beispielsweise der damalige Leiter der Ursvik-Plutoniumlabors, Lennart W.Holm:

„Die einzige Grundhaltung, an die ich mich erinnere, bestand darin, daß der endgültigen Fertigstellung der Atomwaffen eine geheime Regierungsentscheidung vorauszugehen hatte. Das war das Bild, das man uns vermittelte. Im übrigen lief es bei uns genauso wie anderswo. Alle früheren Fälle basierten auf geheimen Entscheidungen. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über den Rest der Welt erfolgt selbstverständlich immer erst an letzter Stelle."

Aus diesen Worten wird deutlich: Wann immer in einer Regierungerklärung der ausschließlich friedliche Charakter der Atomforschung beteuert wurde, war dies für die Kader in den Atomwaffenlabors eine Bestätigung dafür, daß eigentlich das Gegenteil gemeint war. Jeder zusätzliche Schritt zur Abschottung des Atomwaffenprogramms bekräftigte diese Wissenschaftler nur in der Auffassung, jetzt in eine noch entscheidendere Phase des Programms einzutreten.

Ein wichtiges Instrument zur Verschleierung der tatsächlichen Vorgänge war der Verweis auf die „legale" Schutzforschung. Zwischen 1959 und 1969 war innerhalb des Instituts für Verteidigungsplanung eine Direktive wirksam, derzufolge jedes wichtige interne Arbeitspapier mit einer Einleitung zu versehen ist, die — wie hergeholt auch immer — eine Beziehung zur nuklearen Schutzforschung herstellt. Da der regierungsamtliche Definitionsrahmen über die nukleare Schutzforschung weitgefaßt war, konnte praktisch jede Atomwaffenaktivität mit diesem Begriff in Verbindung gebracht und dahinter versteckt werden.

Ein Beispiel hierfür liefert ein 20-seitiges wissenschaftliches Arbeitspapier mit der Überschrift *„Diskussion des Modells einer Plutoniumbombe — Dimensionierungen in Abhängigkeit zur Größe des Tamper — Das Kühlproblem."* Es wurde im September 1963 als Report Nr. AH 2224-255 des FOA fertiggestellt. Gemäß der o.g. Direktive des FOA formulierte der Autor Torbjorn Karlen die Einleitung wie folgt:

„Um überhaupt über Verteidigungsmaßnahmen im Sinne einer Neutralisierung feindlicher Atomwaffen reden zu können, müssen wir eine Ahnung davon bekommen, wie ein potentielles feindliches Waffensystem voraussichtlich konstruiert sein könnte. Im Zusammenhang damit macht dieser Report den Versuch, die Dimensionierungen und die Energieentwicklung in einer Plutoniumbombe abzuschätzen, die nach dem kugelförmigen Modell konstruiert wurde. Der Bericht basiert auf theoretisch und experimentell entwickelten Unterlagen, die im Laufe der letzten 10 Jahre im FOA erarbeitet wurden."

Ausschließlich friedlichen Zwecken sollte selbstredend auch die WAA dienen, die 1960-64 für den Standort Sannas an der schwedischen Westküste projektiert wurde. Diese WAA war ausschließlich für die Behandlung der Brennelemente aus den Reaktoren Agesta und Marviken bestimmt. 10 Mitarbeiter des FOA waren in die Vorarbeiten für diese WAA eingebunden und ein ziviles Interesse an dieser Anlage war weit und breit nicht zu erkennen. Dennoch behauptete 1985 der damalige Projektleiter Olaf Hormander:

„Ich bekam niemals irgendeine Information, wonach dieses Projekt militärisch interessant sein könnte."

Als 1964 die ökonomische Dimension des Projekts und seine ganze Absurdität publik wurden, mußte es gestoppt werden. Dennoch kaufte die Atombehörde 1966 für das WAA-Projekt (vermutlich in der Hoffnung auf eine Finanzierung durch den Verteidigungsetat) eine Fläche von 230 Hektar. Um die rebellierende Bevölkerung an der Westküste zu beruhigen, schickte die Atombehörde damals einen ihrer Experten, Herrn Erik Svenke, nach Sannas. Auch er sprach von einer Investition für die Zukunft, ohne ein Wort über die militärischen Hintergründe zu verlieren. 20 Jahre später erst sah sich der damalige Direktor der Atomfirma gegenüber „Ny Teknik" zu der Erklärung genötigt, daß die WAA in Sannas aus militärischen Gründen errichtet werden sollte. (7)

1965 waren seitens des FOA alle wesentlichen Waffen-Vorbereitungen abgeschlossen. Es fehlte lediglich die politische Entscheidung und eine ausreichende Menge an Plutonium für den ersten Sprengsatz:

— Das AKW Agesta lief auf Hochtouren.

— Das von den Agesta-Brennelementen abgetrennte Plutonium unterlag aufgrund der Verwendung schwedischen Urans keinen Kontrollen.

— Die Plutonium-Labors in Ursvik waren seit 1963 in Betrieb. Hier waren 50 Militärforscher und -techniker mit verschiedenen Atomwaffen-Arbeiten (u.a. Testexperimente mit nichtradioaktiven explosiven Substanzen) befaßt.

— In Grundsjon, südlich von Stockholm, wo Olaf Palme als Abteilungsleiter beschäftigt war, hatte man die Atomwaffen-Elektronik studiert und entwickelt. Hier wurden ebenfalls kleine aber maßstabsgetreue Tests durchgeführt, bei denen das Plutoniummetall durch andere Metalle ersetzt wurde. (8)

— Alle geographischen, technischen und finanziellen Vorbereitungen für eine Serie unterirdischer Tests waren abgeschlossen.

Mit anderen Worten: 1965 war Schweden unmittelbar davor, Atommacht zu werden. Innerhalb von 6 Monaten konnte nun ein erster Sprengkörper der Nagasaki-Klasse hergestellt sein. Diese Einschätzung hatte auch das Londoner Institut für Strategische Studien, das Schweden 1965 in die höchste Risiko-Kategorie einordnete. Gerade zu diesem Zeitpunkt begann seitens der Militärs eine Überprüfung des strategischen Werts von schwedischen Atomwaffen, in deren Folge in mehreren Etappen das schwedische Atomwaffenprogramm abgebrochen wurde. 10 unterirdische Atomtests unter Verwendung kleiner Mengen an Waffenplutonium sollten jedoch noch zur Ausführung gelangen. (9)

1971-72:

1971-72: 10 schwedische Atomtests

Das schwedische Atomwaffenprogramm wurde mit 10 fortgeschrittenen Testexplosionen abgeschlossen. Die Sprengsätze enthielten geringe Mengen an Waffenplutonium sowie konventionellen Sprengstoff. Die Sprengsätze wurden 1971 und 1972 gezündet.

1968 hatte Olaf Palme die Regierungsgewalt von Tage Erlanger übernommen. Im selben Jahr hatte die schwedische Regierung den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. 1970 wurde dieser Vertrag vom schwedischen Parlament ratifiziert. Die Nukleartests wurden vom FOA durchgeführt und vom staatlichen Strahlenschutzinstitut sowie der „Staatsaufsicht für Explosives und Brennbares" gebilligt. Testdirektoren waren die FOA-Sektionschefs Torbjorn Karlen und Rolf Sonderkvist. Das extra für diesen Zweck gepreßte metallische Waffenplutonium kam aus dem FOA-Labor in Ursvik. Jede Plutoniummarge wog 5-10 Gramm. Sie wurden angefertigt mit Plutonium-Rohmaterial aus dem Bereich der (zivilen) Atombehörde. Die Plutoniumtests wurden in einem unterirdischen, gummi- und stahlgepanzerten Raum in Ursvik bei Stockholm ausgeführt. Der gasdichte Raum stand unter Druck und war mit ferngesteuerten Kontrolleinrichtungen ausgestattet. Die Detonationen wurden mit speziellen Instrumenten aufgezeichnet, die anzeigen, was bei der Plutoniumkompression passiert.

Wie der Testleiter Ralf Sonderkvist 1985 erklärte, hatte die Regierung selbst 1972 das Plutoniumprogramm durch keine Hindernisse gebremst: *„Daß es dennoch 1972 abgebrochen wurde, liegt daran, daß wir das Interesse daran verloren hatten."*

Fortsetzung nächste Seite

Taktiker Palme

Nach übereinstimmender Auskunft mehrerer ehemaliger Regierungsmitglieder war Ende der 50er Jahre Olaf Palme — damals bereits die rechte Hand von Erlanger — der unumstrittene Anführer des sozialdemokratischen Pro-Atomwaffenflügels. Es lag mit in seiner Verantwortung, die atomkritischen Stimmen bei den Sozialdemokraten zu versöhnen, ohne die heimliche Atomwaffenforschung zu gefährden. Der nach einjähriger Anstrengung im Atomwaffen-Komitee einstimmig verabschiedete Kompromiß sah vor,

1. die Entscheidung über die Produktion von Atomwaffen aufzuschieben d.h. auch weiterhin die Atomwaffenforschung zu verbieten,
2. die Forschungsarbeiten zur Verbesserung des Schutzes gegen die Auswirkungen von Atomwaffen im Rahmen der FOA-Nuklearabteilung hingegen auszubauen.

Eine besondere Passage im Kompromißpapier diente der Beruhigung derer, die — zu Recht! — befürchteten, daß der neue Begriff „Atomschutzforschung" nur die Chiffre für ein Atomwaffenprogramm abgibt. Darin heißt es:

„Obwohl eine effektive Schutzforschung nebenbei auch wichtige Kenntnisse über die Atomwaffenherstellung hervorbringt, schafft dieses Wissen keine ausreichende wissenschaftliche Basis für schwedische Atomwaffen. Denn hierfür sind sorgfältige Studien und Kalkulationen in bestimmten Bereichen notwendig, wie auch Laborexperimente und Tests mit spaltbarem Material von Waffenqualität. In den kommenden Jahren wird eine derartige Forschung, die in weiten Teilen mit einer Expansion des zivilen Atomenergieprogramms verknüpft ist, nicht infrage kommen. Selbstverständlich wird in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, daß im Rahmen des zivilen Programms eine Plutoniumproduktion weder verhindert noch verzögert wird."

Dieser Beschluß erweckte wahrheitswidrig den Eindruck, als habe es die „sorgfältigen Studien und Kalkulationen in bestimmten Bereichen" oder die „Laborexperimente und Tests mit spaltbarem Material" in der Vergangenheit niemals gegeben. Auf der anderen Seite wird in diesen Zeilen relativ offen erklärt, daß die Zeit für eine Atomwaffen-Produktion noch nicht reif sei, da im „zivilen" Bereich die Voraussetzungen fehlten. Damit konnten auch die Militärs zufrieden sein.

DOKUMENT Nr.1:

Auszug aus dem „MEMORANDUM ÜBER DIE VORLÄUFIGEN STUDIEN DR. EKLUNDS ÜBER DIE VORAUSSETZUNGEN EINER ATOMWAFFEN-PRODUKTION IN SCHWEDEN" des Instituts für Verteidigungsforschung von 1953:

„Unter dem Gesichtspunkt der Landesverteidigung erscheint es aus Sicht des FOA I höchst erstrebenswert, daß eine Grundsatzentscheidung über den Ausbau des Atomenergieprogramms in Schweden in der von Dr. Eklund angeführten Größenordnung gefällt wird. Es ist wahrscheinlich, daß es für die Atomenergie rechtzeitig auch andere Anwendungen als die militärischen geben wird — Anwendungen, zu deren Studium sich Eklund in erster Linie verpflichtet hatte."

DOKUMENT NR.2:

Institut für Verteidigungsforschung — 15 Seiten
Abt.2, Dnr H 2316-2092 — Kopie Nr. 5
4. Juli 1958

Untersuchungsprogramm zur Schaffung der Grundlagen für die Herstellung atomarer Kerne

(...) Die planmäßige Vollendung des L-Programms hängt im wesentlichen von folgendem ab:

— die Gebäude am Testgebiet müssen bis spätestens zum 1.7.61 fertiggestellt sein, sodaß die speziellen Vorrichtungen noch vor dem 1.1.62 installiert werden und der Aufbau der Einrichtungen bis spätestens zum 1. Juli 1962 abgeschlossen werden kann.

— 30 kg Plutonium müssen nach dem 1.7.1962 bereitgestellt sein. Von den ersten 15 Kilo sollten pro Woche wenigstens 0,5 kg, besser aber 1 kg bereitgestellt werden können.

— 10 kg Plutonium mit Waffenqualität sind bis spätestens Anfang 1965 bereitzustellen

— eine Entscheidung über die Forschungsarbeiten gemäß L-Programm muß

— eine Entscheidung über die Forschungsarbeiten gemäß L-Programm muß bis zum 1.7.1958 in Kraft treten.

Es wurde die Möglichkeit untersucht, das Forschungsprogramm auf verschiedene Institutionen und Firmen aufzuteilen. In Zusammenarbeit mit der Atombehörde wird z.B. bereits eine Studie über mögliche Positionen von Kritikalitätstests in Stundsvik durchgeführt. Diese Studie wird schätzungsweise im Herbst 1958 fertiggestellt sein. Die metallurgischen Aufgaben sind derzeit schwer unterzubringen, weil der Plutoniumumgang extreme Anforderungen an Labor- und Schutzeinrichtungen stellt. Vermutlich wird es möglich sein, die Uranaufbereitung bei der Atombehörde durchführen zu lassen. Als Beispiel für Bereiche, die ebenfalls ausgelagert werden können, wäre die Entwickung von Neutronen-Detektoren oder die Durchführung gewisser Routinearbeiten im Bereich des Gesundheitsschutzes zu nennen.

Wir müssen jede Gelegenheit in Erwägung ziehen, Teile des Forschungsprogramms auf andere Institute und Firmen aufzuteilen.

Wir können jetzt schon davon ausgehen, daß auf der Genfer Konferenz im September 1958 Forschungsergebnisse veröffentlicht werden, die für die oben erwähnten Studien bedeutsam sind. In welchem Ausmaß das geschieht und inwieweit es das dargelegte Forschungsprogramm beeinflussen wird, kann jedoch erst nach dieser Konferenz beurteilt werden.

DOKUMENT NR.3:

Auszüge aus Bomben-Konstruktionsplänen der FOA von 1963

Institut für Verteidigungsforschung, Abt. 4, Stockholm 80
FOA 4 Report, AH 4123-445, März 1963

Vorarbeiten für eine Neutronenimpuls-Quelle

von L. Beckman, G. Dahlen, R. Jansson, S. Nilsson; 15 Seiten

Zusammenfassung: Es wird ein erster Entwurf für die Konstruktion einer Batterie-betriebenen Neutronen-Quelle beschrieben. Die Konstruktion besteht aus einer Zündfunken-Quelle mit nachfolgendem Beschleuniger-Rohr und Target sowie der notwendigen Ausrüstung, um beides, den Zündimpuls hin zur Ionenquelle sowie die Beschleuniger-Spannung zu erzeugen (...)

Kontinuierliche Entwicklung: Die fortlaufenden Entwicklungen zielen z.T. auf eine Steigerung des Neutronen-Zuwachses in dem Impuls und vor allem auf die Verkleinerung der Dimensionierung der Beschleuniger-Komponenten und der Elektronik. Es ist zu berücksichtigen, daß die hier beschriebene Konstruktion lediglich vorläufigen Charakter hat und noch beträchtlich komprimiert werden kann.

Hinsichtlich der Elektronik konzentrieren sich die Entwicklungsarbeiten in erster Linie auf die C1 und C2-Kondensatoren und den Puls-Transformator, also die massigsten Komponenten.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Das Interesse der Militärs an schwedischen Atomwaffen hatte sich bereits ab 1965/66 vermindert. Dies hing einerseits mit einer strategischen Neubewertung der Rolle der Atomwaffen zusammen, zum anderen aber auch mit den massiven Anstrengungen der USA, über die Einführung der Leichwasserreaktoren die militärischen bzw. halb-militärischen Schwerwasser-Programme in Westeuropa zu stoppen.

Bereits seit 1963 operierten verschiedene US-Geheimdienste in Schweden. Über diplomatische Kanäle wurde die schwedische Regierung aufgefordert, die waffenorientierten Entwicklungen einzustellen. Die darüberhinaus initiierte aggressive Werbekampagne zugunsten der Einführung von Leichtwasserrektoren hatte Mitte der 60er Jahre nicht unerheblich dazu beigetragen, daß der praktisch fertiggestelle Marvicken-Reaktor fallengelassen wurde. (10)

1968 wurde das Atomwaffenprogramm auch personell geschlachtet. Von 300 FOA-Mitarbeitern blieben 30, die die Arbeiten im Bereich der experimentellen Atomwaffenentwicklung bis 1972 fortsetzten.

Vom schwedischen Atomwaffenprogramm waren 1969 allerdings noch 20,3 kg Waffenplutonium, eingebunden in den abgebrannten Brennelementen des AKW Agesta, übriggeblieben. Dieses Plutonium war schwedischen Ursprungs. Es unterlag also keiner Kontrolle sondern war „freies" Waffenplutonium, eingeplant für den ersten Sprengsatz des „L-Programms".

Über die belgische WAA in Mol gelangte dieses Plutonium 1969/70 in die BRD. Ein Zufall?

ms., Hamburg — 25.5.88

Anmerkungen:

1) vgl. L.S. Spector (Carnegie Endowment for International Peace), The Spread of Nuclear Weapons 1985: The new nuclear nations, Washington 1986, S. 65f.

2) Seine Leistung lag zwischen 100 und 525 kW, seine Plutoniumproduktion bei max. 0,5 Gramm pro Tag. Er war mit 3 Tonnen Uranmetall aus Frankreich beladen, Norwegen hatte 5 Tonnen schweres Wasser geliefert.

3) Lt. Spector, a.a.O., S. 76 erklärte man in Großbritannien, Plutonium an Schweden ausschließlich unter dem Vorbehalt der friedlichen Verwendung geliefert zu haben.

4) Die USA lieferten zur Leistungserhöhung des Angesta-Reaktors ab Mitte der 60er Jahre angereichertes Uran, wobei festgelegt war, daß das mit diesem Uran gewonnene Plutonium ausschließlich friedlich verwendet werden durfte. Die Verwendung von Teilen des Angesta-Plutoniums im militärischen „L-Programm" war der Auslöser für eine US-Untersuchung, in deren Verlauf — so Spector — die US-Inspektoren zufriedengestellt werden konnten, was immer das für die Verletzung oder Nichtverletzung des schwedisch-amerikanischen Abkommens heißt. Im Mai 1985, unmittelbar nach der Enthüllung der „Ny Teknik", stoppten die USA die Belieferung Schwedens mit nuklearem Brennstoff, um erst einmal zu prüfen, ob Material US-amerikanischen Ursprungs bei den schwedischen Atomtests vom 1972 verwendet wurde. (Spector, a.a.O., S. 76)

5) 1964 wurde mit dem Bau des AKW Marviken begonnen. 1966 wandten sich die Militärs von diesem Projekt ab, 1968 begann sein Probebetrieb, 1970 wurde der Reaktor, angeblich aus Sicherheitsgründen, stillgelegt.
trieb, 1970 wurde der Reaktor, angeblich aus Sicherheitsgründen, stillgelegt.

6) vgl. Jerome Garris, Sweden's Debate on the Proliferation of Nuclear Weapons, in: Cooperation and Conflict, Heft 8/1973, S. 189ff., sowie Martin Fehrm, Sweden, in: J. Goldblat, Non-Proliferation: The why and the wherefore, London 1985, S. 213ff.

7) In militärischen Kreisen war man sich ausgesprochen früh über die prekäre Situation der zivilen Atombehörde im klaren. Diese sollte mit Hochgeschwindigkeit eine Wiederaufarbeitungsanlage installieren, für die es weder friedlichen Motive, geschweige denn ökonomische Beweggründe oder plausible Zeitpläne gab. Bereits 1961 umschrieb ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums in einem internen Papier dieses Problem wie folgt: „Es ist sehr zweifelhaft, ob es unter rein zivilen Gesichtspunkten möglich sein wird, nicht auf das Experiment der Ende 1963 in Belgien zur Verfügung stehenden WAA zu warten, die im Rahmen der europäischen nuklearen Zusammenarbeit betrieben wird. Falls es sich als notwendig erweist, das belgische Experiment abzuwarten, wird die soeben erwähnte Wiederaufarbeitungsanlage allerfrühestens 1968-69 fertiggestellt werden können."

8) Die Explosionen wurden mit voll entwickelten Explosionslinsen und elektrischen Auslösesystemen durchgeführt und aufgezeichnet. Dabei wurden verschiedene Varianten von Initialzündung studiert.

9) Die Bezeichnung „Atomwaffentest" ist insofern ungenau, als unter Verwendung von jeweils 5-10 Gramm Waffenplutonium bei den schwedischen Tests keine selbständige nukleare Kettenreaktion zustande kommen konnte. In diesen Tests ging es darum, mittels konventioneller Sprengstoffe Plutoniumtabletten auf Festkörper, vermutlich aus Uran, zu schleudern, um die Auswirkungen der Schockwellen auf das Plutonium zu untersuchen.

10) Im Unterschied zum Schwerwasserreaktor waren die Leichtwasserreaktoren (LWR) damals angewiesen auf niedrigangereichertes Uran US-amerikanischer Herkunft und standen somit unter der indirekten politischen Kontrolle der USA. Die Militärs reagierten in den ersten Jahren zweigleisig auf die LWR-Offensive: Zum einen wurde vorübergehend auf ein nur-militärisches Programm gesetzt und die Errichtung eines reinen Plutonium-Produktiosreaktors ohne Stromerzeugung (XO-Reaktor) ins Auge gefaßt. Andererseits wurde 1965 auf einer internen FOA-Tagung intensiv über die Möglichkeit einer Integration von Leichtwasserreaktoren in ein Waffenprogramm diskutiert. Eine große Rolle spielten hierbei Untersuchungen zur militärischen Verwendung von Reaktorplutonium. Entsprechende praktische Experimente mit Reaktorplutonium sollen 1965 in Ursvik durchgeführt worden sein.

Schweiz will Supermacht werden

Womit haben wir das verdient: Nicht nur durch amerikanische Atomwaffen aller Klassen auf eigenem Territorium, nicht nur durch sowjetische, die auf dieselben gerichtet sind, nicht nur an unserer Ost- wie auch — französischerseits — an unserer Westgrenze durch nukleare Sprengköpfe bedroht zu sein, nicht nur durch NATO und Warschauer Pakt, nicht nur durch Feinde wie Freunde als Zielgebiet der diversesten Marschflugkörper auserwählt zu sein, die ja samt und sonders auf die gute deutsche Erde zielen — nein, auch an der Südfront lauert die Gefahr! Da heißt es die Zähne zusammenbeißen, Internationalist bleiben und den neuesten Schock gefaßt zur Kenntnis nehmen: Die Schweiz ist stille Atommacht. Von wegen harmlos und neutral: Der Alpenstaat begnügt sich nicht damit, die Nummer Eins des Skisports und der Steuerhinterziehung zu sein. Nun erklärt sich, warum die Eidgenossen eilfertig ihre Genfer Residenzen der Abrüstungsdiplomatie andienen. Aus abgrundtiefem Zynismus! Wenn die Großen erst denuklearisiert sind, kalkuliert man in Bern langsam, aber gründlich, dann wird die Schweizer Bombe endlich die weltweite Beherrschung des Uhren- und Schokolademarkts garantieren.

Ein 32jähriger Historiker war es, dem der Coup gelang, das heimliche Bombenprojekt aufzudecken. Ende letzten Jahres ging Peter Hug mit den Informationen an die Öffentlichkeit, auf die er überraschend beim Studium in offiziellen Staatsarchiven gestoßen war. Seine Enthüllung faßte die „Berner Zeitung" (1.12.87) mit dem Satz zusammen: *„Am Anfang der Atomforschung in der Schweiz stand das Ziel, eine eigene Atombombe zu entwickeln. Das wäre heute noch möglich."*

Bereits 1946 rief der Schweizer Bundesrat eine „Studienkommission für Atomenergie" (SKA) ins Leben, mit deren Leitung er den Physiker Paul Scherrer betraute. Im Artikel 3 der — damals geheimen — „Richtlinien für die Arbeiten der SKA" findet sich der unmißverständliche Satz: *„Die SKA soll überdies die Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen, anstreben."* (Die „WoZ" vom 18.3.88 gibt zusätzlich an, daß diese Richtlinien vom Militärdepartement festgelegt worden seien.) Am 5. Februar 1946 setzte der damalige Bundespräsident Karl Kobelt seine Unterschrift unter dieses Programm. Das hinderte ihn nicht daran, noch im gleichen Jahr das Parlament zu belügen, als es um die Bewilligung der Mittel für die Atomforschung ging. Kobelt: *„Wir haben weder die Absicht, noch wären wir in der Lage, Atombomben herzustellen."* (Zitate nach „Berner Zeitung" vom 1.12.87, falls nicht anders angegeben)

Die von der Stunde Null an eingegangene zivilitärische Verquickung wurde nie aufgehoben. Peter Hug verweist insbesondere auf die Arbeiten des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR Würenlingen, heute Paul Scherrer-Institut) zur Herstellung und Handhabung von Plutonium. Mitte der sechziger Jahre seien die technischen Voraussetzungen für eine atomare Waffenoption realisiert worden. Auch in der politischen Diskussion um den Atomsperrvertrag pochte die Schweiz darauf, sich alle Möglichkeiten offenzuhalten. Die „Studienkommission für strategische Fragen" schrieb am 14. November 1969 in einem Bericht über die „Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz" unter Artikel 160: *„Unabhängig von dem Entscheid über Beitritt oder Nichtbeitritt zum Nonproliferationsvertrag müssen wir uns die Option schaffen und offenhalten, im Notfall Atomwaffen herzustellen."* 1974 bestätigte der Bundesrat diese Konzeption. Und erst sehr spät, 1977, ratifizierte die Schweiz den Sperrvertrag.

Auch an der Finanzierung des Atomprogramms, des größten und teuersten Technologieförderungsprojekts, das es in der Schweiz je gegeben hat, werden die Interessen deutlich, denen es diente. Von den nach Schätzung von Peter Hug insgesamt aufgebrachten 3,5 Milliarden Franken wurden „höchstens 100 Millionen" von der Privatwirtschaft beigesteuert. In kommerzieller Hinsicht war das Ergebnis katastrophal: Die eigene Schweizer Reaktorlinie endete 1969 mit einem Kernschmelzunfall im Versuchsreaktor von Lucens. Wie andernorts auch, schwenkte man um auf Leichtwasserreaktoren amerikanischen Typs. Noch 1962 hatten die Nordostschweizerischen Kraftwerke in schöner Offenheit erklärt, Atomkraft könne nur dann konkurrenzfähig werden, wenn ein Teil der Entwicklungskosten *„auf andere Schultern abgewälzt"* werde, *„zum Beispiel auf die Herstellung von Kernwaffen."* Daß die Elektrizitätswirtschaft 1964 dann doch in die Atomenergie einstieg, kann wohl nur so erklärt werden, daß ihre Abwälzungsvorstellungen sich mit den strategischen Konzeptionen des Bundesrats deckten.

Ein schlechtes Dementi

Trotz der eindeutigen Belege, die der Historiker Hug präsentieren konnte, wurde seine Behauptung, die Schweiz habe sich gezielt in die Lage versetzt, bei Bedarf hier und jetzt und heute Atombomben zu bauen, offiziell natürlich dementiert. Das EIR beispielsweise ließ durch seinen Pressesprecher, Karl Buob, erklären, man könne zwar mit Plutonium umgehen und habe „theoretisch auch genügend" davon, es fehlten aber die technischen Detailkenntnisse. Die Nuklearmaterialien würden der „strengen Kontrolle" der IAEO unterliegen, und außerdem sei das



Plutonium im Kofferraum und „technische Vernunft" im Kopf: Der Schweizer Rudolf Rometsch war bei der IAO verantwortlich für die Kontrolle der Spaltstoffbilanzen.

Plutonium *„zu wenig rein und damit ‚nicht waffenfähig' "*. Dieses Dementi war nicht nur seltsam formuliert — man hat genügend Plutonium für die Bombe, aber es ist nicht waffenfähig? — sondern auch gelogen. Und es hatte kurze Beine.

Ein Vierteljahr später brachte die recht innige Verwicklung Schweizer Firmen und Institutionen in den Atomskandal rund um die Hanauer NUKEM/Transnuklear und das belgische Nuklearzentrum Mol eine Reihe von Informationen an den Tag, die das von Hug gezeichnete Bild belegen. Da war zum einen die nicht weiter überraschende Tatsache, daß Transnuklear seine Geldwäsche nach Flickschem Vorbild natürlich über schweizerische Konten abwickelte. Dann entdeckte man einige Personen aus der eigenen Atombranche auf den Schmiergeldlisten der Skandalfirma. Weiter kamen die Südafrika- und Pakistangeschäfte diverser Schweizer Briefkastenfirmen mit Hauptsitz in Hanau, Düsseldorf, London oder Windhuk wieder einmal ins Gespräch. Und schließlich stritt man sich um mehrere Kilogramm Schweizer Plutonium, die in Mol scheinbar verschwunden waren. Bald stellte sich heraus, daß es sich keineswegs um irgendwelches beliebiges Reaktorplutonium handelte, sondern um eine „besondere Qualität", um „besonders reinen und teuren Stoff", um „besonders gutes Plutonium", wie die Medien etwas schamhaft formulierten. Kurzum: es ging (und geht) um Waffenplutonium in Schweizer Besitz.

Im Kontext der Auseinandersetzung um die Pakistangeschäfte versuchte die konservative „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ, 18.2.88) eine erstaunliche Argumentation: Gegenüber Pakistan sei die Nonproliferationspolitik durchaus erfolgreich, was man daran sehen könne, daß dieser Staat schon seit zehn Jahren auf eine „islamische Bombe" hinarbeite, ohne dieses Ziel bisher erreicht zu haben. Dabei sei dies doch relativ leicht, weil *„jeder gut vorbereitete Staat aus reinem Plutonium, wie es bei kurz bestrahlten Brennelementen besteht, nicht aber bei mehrjährigem Abbrand in Kernkraftwerken, innerhalb von wenigen Tagen eine Bombe herzustellen vermöchte."*

Um einen solchen, gut vorbereiteten Staat handelt es sich offenbar bei der Schweiz, denn die „NZZ" fährt unmittelbar fort: *„In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß der im schweizerischen Würenlingen nach 1946 auf Grund eigener Anstrengungen entwickelte und gebaute, inzwischen längst stillgelegte Forschungsreaktor Diorit zur Produktion von waffenfähigem Pu-239 durchaus geeignet war."* Wenn aber ein solcher Reaktor theoretisch geeignet ist, dann nutzt man das auch praktisch aus. Die „NZZ" weiß von proliferationsrelevanten Spaltstoffmengen im EIR, inzwischen Paul Scherrer-Institut (PSI), zu berichten: *„In Würenlingen sind 20 Kilo ‚eigenes' Plutonium gelagert, das von 1966 an bei der Wiederaufarbeitung der Brennstäbe aus dem 1977 stillgelegten Forschungsreaktor Diorit in relativ reiner Form anfiel."* Relativ rein und proliferationsrelevant: Über das Schweizer Waffenplutonium sollte man vier Wochen später noch Genaueres erfahren.

Anfang März berichteten „Die Weltwoche" (3.3.88), die „Berner Zeitung" (5.3.88) und die „WoZ" (18.3.88) über Plutonium-Transfers zwischen Würenlingen, Mol, Karlsruhe und Hanau; auch die „NZZ" (22.3.88) bestätigte den Sachverhalt. Demnach schickten die Atomforscher des EIR in den sechziger Jahren abgebrannte Brennelemente ihres Diorit-Reaktors in die Wiederaufarbeitungsanlage Eurochemic/Mol, die ja von einem westeuropäischen Konsortium aus dreizehn Staaten zur Entwicklung der WAA-Technologie gebaut worden war. Der Diorit-Reaktor, so erfährt man jetzt, war ein mit Schwerwasser moderierter Naturuanreaktor — der „NZZ" zufolge *„am geeignetsten zur Herstellung von möglichst reinem Plutonium 239"*. Die nach Mol transferierten Brennstäbe enthielten ca. 15 Kilogramm Plutonium mit ca. 90prozentiger Anreicherung, wie es *„vorzugsweise beim Waffenbau verwendet"* wird (Berner Zeitung, 5.3.88). *„Solch reines Plutonium falle fast ausschließlich in militärischen Wiederaufbereitungsanlagen an..."* (ebenda).

Von Eurochemic erhielt das EIR 1969 zunächst 2,3 Kilogramm mit noch höherer, nämlich 93prozentiger Anreicherung zurück. Bei dieser Charge hat es sich also auch nach den offiziellen Kriterien um Waffenplutonium gehandelt. Für den Rest hielt die Schweiz gewissermaßen ein Guthaben in Mol, das schließlich zu einem Streit mit den Belgiern führte, weil bei der Stillegung von Eurochemic kein Plutonium solcher Qualität mehr vorhanden war. Angeblich sind weder die Akten über das Schweizer PU vorhanden noch wissen die Belgier, wohin es verkauft wurde. Bekanntgemacht wurde lediglich, daß 4,7 Kilogramm schon 1969 an die Hanauer ALKEM verkauft wurden (!) und daß das EIR 1984 noch einmal rund 3 Kilo von etwas schlechterer Qualität erhielt. Erst in diesem Jahr wurden die Schweizer Ansprüche abgegolten: mit 6 Kilo Plutonium, die mit Hilfe des neuen Naßveraschungsverfahrens aus festen Abfällen unter der Regie des Karlsruher Kernforschungszentrums in Mol gewonnen wurden.

Transfer im Kofferraum, Chauffeur zur IAEO

Selber schuld, wer mit seinem Waffenplutonium derart unvorsichtig umgeht...? Aber so blöde waren die Schweizer eben nicht. Sie wußten schon, warum sie Mol für ihre Zwecke wählten. Denn Eurochemic wurde bis 1969 von einem Schweizer geleitet, Rudolf Rometsch, welcher ein Nuklearfunktionär von beispiellosem Zuschnitt ist. Rometsch kam im Februar dieses Jahres in die Schlagzeilen, weil er am 28. August 1967 persönlich 4 Kilogramm Plutonium im Kofferraum eines Citroen von Mol nach Karlsruhe chauffiert hatte. Die zylinderförmigen Behälter, in denen der Stoff enthalten war, waren in einer Abstandshalterung, sog. *„bird cage"* (Vogelkäfig), angebracht, was beweist, daß es sich um hochangereichertes Plutonium gehandelt hat (wenn die Plutonium-Teilmengen zu dicht zusammenkommen, kann eine kritische Masse und dadurch eine unbeabsichtigte Kettenreaktion entstehen). Sonst gab es keine Sicherheitsvorkehrung. Ein ehemaliger Mitarbeiter von Eurochemic, der diese Information preisgab, meinte dazu, einem Zusammenstoß hätte die Vorrichtung niemals standhalten können und bei einem Unfall hätte niemand über die katastrophenträchtige Ladung Bescheid gewußt (WoZ, 26.2.88).

Rometsch erwiderte auf die Vorwürfe, es habe sich um eine Pu-Menge gehandelt, die deutlich unter der kritischen Masse lag und ging naßforsch in die Gegenoffensive: Von 600 Kilogramm Plutonium, die während seiner Zeit bei Eurochemic extrahiert wurden, sei die Hälfte auf diese einfache und vor allem natürlich billige Weise transportiert worden (Tages-Anzeiger, 24.2.88). Abgesehen von diesem erneuten Beweis für verantwortungslose und kriminelle Praktiken in der Atombranche ist in unserem Kontext etwas anderes bedeutsam: Selbstverständlich fährt der Chef einer WAA nicht jede Plutoniumfracht persönlich durch die Gegend. Sondern er wird dies bestenfalls bei besonders wichtigen und/oder besonders diskreten Anlässen getan haben.

Mit Rometsch hatten die Schweizer jemanden bei Eurochemic plaziert, der offensichtlich bereit und in der Lage war, auch ganz speziellen Bedürfnissen nachzukommen. Viel wahrscheinlicher, als daß die Eidgenossen unter Oberaufsicht ihres eigenen Spitzenmannes um ihr bestes Plutonium geprellt wurden, ist die Annahme, daß es jenseits der offiziellen Kontrollen an die richtigen Adressen geschleust wurde, z.B. an militärische Adressen in der Schweiz. Der „Streit" zwischen Würenlingen und Mol sollte nur nach außen die Bilanzen wieder stimmig machen. Denn ein Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung soll sicher Voraussetzungen für die Gewinnung von Waffenplutonium schaffen. Ebenso sicher ist es jedoch für schließlich vorhandenes Waffenplutonium nicht mehr der passende Ort ...

Angriff ist die beste Verteidigung. Nach dieser Devise bestätigte Rometsch die Schweizer Praxis, mit dem Diorit-Reaktor Waffenplutonium zu erzeugen, um sogleich zu kontern, *„auch andere Forschungsreaktoren hätten spaltbare Anteile über 90% gehabt, etwa der deutsche FR 2 in Karlsruhe"* (WoZ, 18.3.88), wofür wir dem Atommanager dankbar sind, denn das ist es, was der AK schon seit elf Jahren behauptet. Auch aus diesem Grund sind improvisierte Transporte von Mol nach Karlsruhe und Plutoniumdeals mit ALKEM ausgesprochen bemerkenswert. Rometschs bahnbrechende Entdeckung des Kofferraums als Transportmittel für den gefährlichsten Stoff der Welt — eine Praxis, die alles, was über Transnuklear bekannt geworden ist, verblassen läßt — wurde passend belohnt. 1969 wurde er zum Leiter der Spaltstoffkontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO in Wien ernannt („WoZ", 26.2.88). Er, der für ein Atomprogramm gearbeitet hatte, das von Anfang an insgeheim militärischen Interessen diente, war nun zuständig dafür, durch Kontrollen zu verhindern, daß Nuklearmaterialien aus zivilen Anlagen für militärische Zwecke abgezweigt werden. Typisch IAEO! Das Gelächter im inneren Zirkel der internationalen Atomgemeinde muß enorm gewesen sein. Rometsch ist der Zunft treu geblieben. Als Präsident der Schweizer Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sagt er heute: *„Damals hat man noch mit normaler Vernunft gehandelt."* (Tages-Anzeiger, 24.2.88)

Somit hat sich alles, was Peter Hug im letzten Dezember behauptet hatte, genau bestätigt. Der Diorit-Reaktor diente nur zum Schein der Entwicklung einer eigenen Reaktorlinie, tatsächlich jedoch der militärischen Plutoniumproduktion. Vor den IAEO-Kontrollen des Rudolf Rometsch hat man in der Schweiz und anderswo sicher ganz schreckliche Angst gehabt. Wie geplant, erzeugte und besitzt das Land mithilfe „ziviler" Anlagen heute Waffenplutonium, welches sich höchstwahrscheinlich nicht nur beim EIR/PSI sondern auch an anderen, geheimen, wahrscheinlich militärischen Stellen befindet. Diese Stellen dürften auch das technische know how über das Funktionieren der Bombe haben, das man in Würenlingen — eine gewisse Arbeitsteilung gibt es zum Schluß dann doch noch zwischen zivil und militärisch — vielleicht tatsächlich nicht hat. Denn dieses „Detailwissen" ist der leichtere Teil der Übung: *„Die Hauptschwierigkeiten auf dem Weg zum Besitz von Atomwaffen liegen nicht in der Herstellung von Sprengkörpern, sondern in der Beschaffung der erforderlichen Spaltstoffe in geeigneter Reinheit."* (NZZ, 18.2.88)

Seltsame Töne in der „Neuen Zürcher Zeitung", die ja nicht zu den Kritikern der Atomenergie gehört. Töne, die an Länder wie Südafrika erinnern. Das führende bürgerliche Blatt des Landes scheint zu einer neuen Offenheit überzugehen. Man scheut sich nicht mehr, die eigenen nuklearen Fähigkeiten zuzugeben. Man trumpft auf.

de.

Der Rechtsstaat fordert heraus

Die neuen Sicherheitsgesetze setzen Versammlungsrecht außer Kraft

Eine „ausgewogene und angemessene Antwort des Rechtsstaats auf die fortdauernde Herausforderung durch den Terrorismus und die zunehmende Gewalt auf der Straße" sieht Bundesjustizminister Engelhard in dem neuen Entwurf zur Verschärfung des Straf- und des Versammlungsrechts, den das Bundeskabinett am 18.5.1988 nach langem Hin und Her beschlossen hat. Als Anlaß, um das umfassende Paragraphenpaket auf den Weg schicken zu können, mußte diesmal allerdings Gewalt im Wald herhalten: Eine knappe Woche nach den tödlichen Schüssen an der Startbahn am 2.11.1987 hatten die Innen- und Rechtspolitiker der Unionsparteien den jetzt vom Kabinett gebilligten Gesetzentwurf im Kern fertiggestellt und propagandistisch im Volksbewußtsein als sinnvoll und notwendig verankert. Die daran anschließenden Querelen mit dem innenpolitischen FDP-Dreimännerbund Lüders-Baum-Hirsch verdienten nicht einmal den Namen „Auseinandersetzung". Tatsächlich sind mit dem Gesetzespaket alle Wünsche, die die Unionspolitiker aktuell in der Strafrechtsverschärfung haben, erfüllt — lediglich den bereits kurz nach der Regierungsübernahme 1982 verschärften Landfriedensbruchparagraphen 125 würden die Christsozialen Demokraten gerne noch einmal ein paar Grad restriktiver formulieren. Der wochenlang von Medien wie ZEIT und FR hochgelobte Einsatz der FDP als Garant der inneren Liberalität schlägt sich jetzt, nach Parteitag, Sonderpräsidiumssitzungen und anderem rechtsstaatlichen Gedöns, gerade noch in einer Protokollnotiz nieder: Die FDP will, daß erkennungsdienstliche Materialien — wie Videoaufzeichnungen und Fotos — nicht „zum Nachteil friedlicher Demonstranten verwendet werden dürfen". „In Unionskreisen der Bundesregie-

fen". „In Unionskreisen der Bundesregie-
rung äußerte man sich befriedigt darüber, daß die FDP-Minister nicht auf einer wesentlich härteren Protokollerklärung bestanden hätten... auch Zimmermann sei dagegen, daß Aufnahmen der Polizei zum Nachteil friedlicher Demonstranten verwendet würden", berichtete mit süffisantem Unterton selbst die FAZ (19.5.88).

Jetzt, da das Gesetz im Kabinett abgesegnet ist, werden die Regierungsparteien versuchen, es zum 1.1.1989 in Kraft treten zu lassen. Vorher muß es allerdings noch Bundesrat (was angesichts der bereits erfolgten Ländervoten unproblematisch werden wird) und Bundestag passieren. Die Bundestagsberatungen könnten, angesichts der Kritik an dem Gesetzentwurf, die sogar weit in konservative JuristInnen-Kreise reicht (z.B. Deutscher Richterbund, Deutscher Anwaltsverein), allerdings noch zu Modifikationen führen: Sowohl bei der ersten Verschärfung des Landfriedensbruchparagraphen 1983-85 als auch bei der 1986 in die Diskussion gebrachten sogenannten Kronzeugenregelung mußte die Regierung nach den schlechten Noten, die ihre Entwürfe in den Anhörungen erhalten hatten, diese noch einmal verändern. Am Beispiel der Kronzeugenregelung, die jetzt nur unwesentlich modifiziert, aber fast unbeachtet mitgeschleppt wird, zeigt sich aber auch, daß selbst solche „Erfolge" in der Regel nicht von langer Dauer sind.

Bemerkenswert an diesem neuen Artikelgesetz ist, daß nicht einmal mehr versucht wird, das Spektrum „terroristischer" Straftaten auszuweiten oder mit schärferen Strafen zu bedenken. Es wird diesmal ohne großes Federlesen direkt zur Sache gegangen: Den Bewegungen und legalen Organisiationen wird via Straf- und Versammlungsrecht klargemacht, daß ihr oppositioneller Ansatz insgesamt „tatverdächtig" ist. Folgerichtig wird sowohl die Diskussion über politische Oppositionsstrategien durch den neuen, allerdings nicht unbekannten Paragraphen 130b (Befürworten von Straftaten) eingeengt, als auch bei Demonstrationen durch eine Ergänzung des Versammlungsrechts „bußgeldbewehrtes Kooperationsgebot" die Zusammen*arbeit* mit der Polizei zur Pflicht gemacht. Legale und vor allem auf Massen zielende politische Arbeit soll durch den Gesetzentwurf der Kontrolle des Staatsschutzes unterworfen werden — dadurch werden die Spannungen innerhalb von Bündnissen verschärft. „Zugleich bergen die Vorschriften eine Propagandawirkung in sich, indem sie das straflose Wahrnehmen eines Grundrechts so in die Nähe von Kriminalität bringen, daß eine Differenzierung schon Juristen kaum und Laien erst recht nicht mehr möglich ist", schreiben die Strafverteidigervereinigungen in ihrer äußerst umfassenden, materialreichen Kritik an dem Gesetzentwurf (nicht veröffentlichtes Papier vom 17.2.88).

Auffällig still ist es um den *Paragraphen 130b* (Befürworten von Straftaten) geblieben. Immerhin war es dessen Vorläufer, der 88a (verfassungsfeindliches Befürworten von Straftaten) der als Zensurparagraph auf Druck einer linksliberalen Öffentlichkeit wieder aus dem StGB entfernt wurde. Die Abschaffung des 88a wurde u.a. mit seiner Wirkungslosigkeit begründet: Es kam zwischen 1976 und 1980 nur zu einer Handvoll Verurteilungen. Daraus haben die Autoren des 130b gelernt: Der neue Paragraph ist sehr viel weiter gefaßt. Wie der 88a nimmt er Bezug auf Straftaten nach Paragraph 126 Absatz 1 — allerdings umfaßt er alle dort aufgeführten Taten, nicht nur, wie der alte 88a, die Nr. 1-6. Vor allem ist der 130b aber schärfer als der 88a gefaßt, weil es ihm zufolge ausreicht, durch „befürwortende Schriften" die Bereitschaft anderer zu Taten, die den öffentlichen Frieden stören, zu fördern. Im 88a war es noch notwendig nachzuweisen, daß die befürworteten Taten gegen den „Bestand oder die Sicherheit der BRD" gerichtet sind. Diese Einschränkung war damals erst im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eingeführt worden, weil der Bundestag ansonsten eine „Überkriminalisierung" und „untragbare Beeinträchtigung der Meinungs- und Pressefreiheit" befürchtete.

Ähnlich sieht es mit der geplanten Verschärfung des sogenannten Vermummungsverbots aus, die keineswegs „nur" aus einer Erhöhung des Strafmaßes besteht. Dazu ein kurzer Blick zurück in die Geschichte des Versammlungsrechts: Am 18.7.1985 wurde, propagandistisch u.a. mit den „Krefelder Krawallen" gegen US-Vizepräsident Bush begründet, das Versammlungsrecht durch Einführung des Paragraphen 17a verschärft: Er beinhaltete das Vermummungs- und Schutzbewaffnungsverbot, beides begrif-

Schutzbewaffnungsverbot, beides begrif-
fe, die eigens für diese Gesetzesverschärfung erfunden worden waren. Gemeinsam ist den Begriffen ihre Unbestimmtheit: Was nämlich eine Schutzbewaffnung, was eine Vermummung ist, vermochten selbst die Gesetzestechniker nicht so ganz genau zu definieren. Beispielsweise schafft es der Rechtsausschuß in seiner Sitzung vom 27. Juni 1985, Motorradhelme einmal als Beispiel für eine Schutzbewaffnung und einmal als Beispiel für keine Schutzbewaffnung anzuführen. Der in der Begründung des neuen Gesetzentwurfes unternommene Versuch, Vermummung als „zweckwidrige Verwendung von Kleidungsstücken unter Berücksichtigung der Gesamtumstände" zu definieren, macht die Schwabbeligkeit dieses Begriffes erst richtig deutlich. Neben der Unbestimmtheit der Begriffe kritisieren zahlreiche Juristen aber den Ansatz dieser Regelung: Da Vermummung und Schutzbewaffnung nicht selbst Straftaten darstellten, sondern nur bestraft werden sollten, weil den Vermummten und Schutzbewaffneten unterstellt wird, sie planten Straftaten zu begehen, stelle der 17a „einen unzulässigen Rechtsnachteil für böse Gesinnung dar" (so der Gießener Strafrechtsprofessor Kühl in der NJW). Tatsächlich geht die Begründung zum Gesetzentwurf sogar noch weiter: „Die Nähe dieser Verhaltensweisen (Vermummung, Anm. d. Red.) zu den beim Umschlagen friedlicher in unfriedliche Versammlungen drohenden Rechtsgutverletzungen rechtfertigt, sie als sozialschädliches Unrecht mit Kriminalstrafe zu belegen." Das genau bezweifelt der namhafte, eher als konservativ einzustufende Grundgesetz-Kommentator Hoffmann-Riem, der zum Vermummungsverbot in Zusammenhang mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausführt: „Die sogenannte Vermummung darf nicht ohne weiteres als Beleg der Unfriedlichkeit gewertet werden. Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen im Versammlungswesen kann das Interesse der Versammlungsteilnehmer schutzwürdig sein, nicht von der Staatsgewalt oder von Privatpersonen (z.B. dem Arbeitgeber) als Versammlungsteilnehmer identifiziert werden zu können. Dementsprechend darf der Staat auch nicht etwa die ‚Vermummung' generell verbieten." D.h. mit der neuen Verschärfung gestaltet der Gesetzgeber eine ohnedies von etlichen Juristen als verfassungswidrig angesehene Regelung noch repressiver.

Gleichzeitig mit der Strafbewehrung des Vermummungsverbots wird das Mitführen von Vermummungsgegenständen bzw. Schutzwaffen zu Demonstrationen zur Ordnungswidrigkeit. D.h. einen Schal oder ein Halstuch zu einer Demo mitzunehmen kann künftig mit Bußgeldern geahndet werden, bei Straßenkontrollen werden dann künftig Motorradhelme nicht mehr nur beschlagnahmt, ihre BesitzerInnen werden auch noch zur Kasse gebeten. „Da wegen der Unbestimmtheit der Vorschrift potentiell ein sehr großer Kreis von Personen, u.U. Tausende, erfaßt werden kann, kann im Ergebnis mit diesem Vorgehen eine systematische Ausdünnung und Aussiebung der Demonstration, eine stundenlange Verzögerung für die noch durch das Sieb gekommenen und natürlich ein Abhalten vieler Menschen überhaupt erst sich zur Demonstration zu begeben (das Risiko ist nicht mehr abschätzbar) erreicht werden. Insbesondere kleinere Demonstrationen können so polizeilich/strafrechtlich völlig verhindert werden", befürchten die StrafverteidigerInnen in ihrer Stellungnahme.



Foto: H. Wojahn

Vorgesehen ist im Gesetzentwurf außerdem noch die Wiedereinführung des 1970 aus dem Versammlungsrecht gestrichenen Paragraphen 23 (Aufforderung zu verbotenen Veranstaltungen). Theoretisch existiert dieses Verbot über Paragraph 111 StGB und Paragraph 116 Ordnungswidrigkeitengesetz schon heute — praktisch wird es allerdings kaum angewandt. Das kann sich ändern — der Paragraph 23 ist andererseits aber nicht so restriktiv gefaßt, daß das zu erwarten ist. Was die bayerische Landesregierung in ihrem 1986er Entwurf nämlich noch vorgesehen hatte, daß auch der Aufruf zu verbotenen Versammlungen, deren Verbot sich als nicht-rechtmäßig erweist, geahndet werden soll, war nämlich im Bundeskabinett nicht mehrheitsfähig. Trotzdem bleibt natürlich ein erheblicher Unsicherheitsfaktor: Wer weiß schon, ob eine verbotene Veranstaltung, und damit auch der Aufruf dazu, doch noch erlaubt wird.

In engem Zusammenhang mit den Verschärfungen des Versammlungsrechts steht die Änderung des Paragraphen 112 Strafprozeßordnung: Damit wird der Haftgrund Wiederholungsgefahr auf den Tatbestand des schweren Landfriedensbruchs erweitert. Es geht wohlgemerkt um Untersuchungshaft, also um eine Zwangsmaßnahme gegen nach geltendem Recht Unschuldige. U-Haft darf in der BRD vom Prinzip her ausschließlich verhängt werden, wenn ansonsten die Gefahr besteht, daß sich die Angeklagten dem Verfahren durch Flucht oder Verdunklung entziehen. Neben der „Wiederholungsgefahr" ist die einzige Ausnahme die Anklage nach 129a: Dabei kann immer U-Haft angeordnet werden. „Wiederholungsgefahr" als Haftgrund dient nicht der Verfahrenssicherung, sondern hat präventiv-polizeiliche Überlegungen zur Ursache. Extensiv wurde „Wiederholungsgefahr" als Grund für Untersuchungshaft im NS-Staat angewandt. In der BRD gibt es diesen Haftgrund ansonsten nur bei Mord, bestimmten Sexualstraftaten und einigen Drogendelikten. Da es häufig bei Landfriedensbruch-Prozessen gar nicht zu Verurteilungen kommt und wenn doch, dann nur selten zu Haftstrafen, wird die Haft wegen „Wiederholungsgefahr" faktisch zu einer unzulässigen Vorwegnahme einer künftigen Strafe.

Fassanbass

Ist der Ruf erst ruiniert, plaudert sich's ganz ungeniert

Um die „Affäre Nowakowski" begreifen zu können, muß erst einmal etwas zu deren Vorgeschichte gesagt werden.

In der Zeit nach der 1. Mai-Randale in Kreuzberg 36 glänzte die Westberliner Lokalredaktion der „taz" durch eine überwiegend diffamierende Berichterstattung über die Autonomen, was auf deren Seite verständlicherweise Wut und Verärgerung hervorrief. Ein Kommentar von Lokalredakteur Gerd Nowakowski im August letzten Jahres, worin er den Autonomen vorwarf, sie hätten sich mit DDR-Volkspolizisten verbündet, um Angehörige der Mun-Sekte zurückzuschlagen, die an der Mauer auf Ost-Berliner Gebiet gegen den Kommunismus demonstrierten — was glattweg falsch ist —, dieser Kommentar brachte dann das Faß zum Überlaufen: Nowakowskis Auto wurde, als er durch Kreuzberg fuhr, mit Steinen beworfen. Just am selben Abend brach im Keller unter Nowakowskis Wohnung Feuer aus. Für interessierte Kreise war die Sache sofort klar: Autonome hätten hier versucht, den „taz"-Redakteur auszuräuchern. Tatsache ist jedoch, daß der Vorwurf der Brandstiftung bisher durch keinerlei Beweise untermauert wurde.

Einige Wochen später dann ein weiterer Vorfall in Kreuzberg, der mit Nowakowski und der „taz" nichts zu tun hatte: Eine Gruppe namens „Kübel" kippte im Nobelrestaurant „Maxwell", das als „Schicki-Micki"-Restaurant galt, mehrere Eimer Scheiße aus. In der Zeit danach geisterte durch die Presse („taz" inbegriffen) die Behauptung, in SO 36 existiere eine autonome „Kiezmafia", die von bestimmten Läden und Restaurants „Schutzgelder" für die „Knastkasse" erpressen würde — eine pure Fiktion (aber Fiktionen dieser Art müssen halt warmgehalten werden, weil sie bestimmten Kräften für die innerlinke Feinderklärung nützen und andererseits Kreuzberg 36 den Touch eines wahrhaft „verruchten" und so auf negative Weise anziehenden Bezirks verleihen).

Um den 18. Mai dieses Jahres herum kursierte in Kreuzberg ein Flugblatt mit dem Titel: „Kübel-Spätlese: Nowakowski hat verschissen!" (abgedruckt in der „taz" vom 24.5.88). Darin wird Gerd Nowakowski vorgeworfen: *„Am 23.9. (...) saß Gerd Nowakowski mittags bei den Bullen und plauderte eine halbe Stunde über die Vorfälle* (gemeint sind: die Steine auf sein Auto sowie der Kellerbrand, Anm. cl.) *und über sonstige aktuelle Themen wie die Kübelaktion* (...) *und über die Kiezküche in SO 36 u.a. Offiziell geladen war er als Zeuge im Maxwell-Verfahren. Bei dieser Vernehmung identifizierte er einen der Leute, die ihn am 10.8. angepöbelt hatten, nach Fotos und erging sich ansonsten in Vermutungen und Unterstellungen gegen einige andere aus dem Kiez, deren für die Bullen wichtigste Person er beim Namen nannte.* (...) *Daß Gerd Nowakowski dann auch noch unterstellt, die Ladenbesitzer seien ‚verunsichert' und wollten deshalb nichts zu angeblichen Schutzgeldern sagen, womit er seinen eigenen Aussage-Mut unter Beweis stellt, ist das i-Tüpfelchen seiner Denunziation."*

Im folgenden weisen die Verfasser des Flugis darauf hin, daß irgendwelche Aktionen gegen Nowakowski aufgrund der Kräfteverhältnisse in der Stadt ein Himmelfahrtsunternehmen wären, aber für sie ist ebenso klar: *„Wenn Nowakowski meint, im Kiez wohnen bleiben zu müssen, muß natürlich überlegt werden, wie vom Gegenteil zu überzeugen ist. Aber etwas Zeit sollten wir ihm lassen (...) von selbst nach Neu-Westend abzuhauen. Und seinen Volker Härtig* (Abgeordneter der AL im Rathaus und Realo-Oberhäuptling, Mitbewohner von Nowakowski — Anm. cl.) *nimmt er am besten gleich mit."*

Die in dem Flugblatt enthaltenen Vorwürfe gegen Nowakowski wurden dann in den folgenden Tagen in persönlichen Gesprächen mit „taz"-MitarbeiterInnen, die z.T. im Besitz des Vernehmungsprotokolls waren, bestätigt. Schließlich befaßte sich das „Nationale Plenum" der „taz", das am Pfingstwochenende in Westberlin tagte, mit dem Fall Nowakowski. Eine linke Minderheit der „taz"-Belegschaft machte sich dafür stark, Nowakowski zu kündigen, weil bewiesen sei, daß er Menschen bei der Polizei denunziert hätte, aber ca. zwei Drittel der Anwesenden sprachen sich dagegen aus.

Ergebnis der Diskussion war dann eine gemeinsame Erklärung der „taz", die zusammen mit einem Hintergrundartikel, besagtem Flugblatt und einer persönlichen Erklärung von Nowakowski in der „taz" vom 24.5. abgedruckt wurde. Darin wird festgestellt, daß es das Recht aller Beschäftigten der „taz" sei, zu gewaltsamen Angriffen gegen ihre Person auch gegenüber der Polizei auszusagen. Dabei dürften aber keine aus der „journalistischen Arbeit herrührende(n) Informationen an die Polizei weitergegeben" werden. Weil dies im Fall Nowakowski geschehen sei, wird „das Verhalten unseres Redakteurs in aller Deutlichkeit" „mißbilligt". Sollte sich ein derartiger Vorfall wiederholen, „sieht die taz darin einen Kündigungsgrund". Im übrigen biete die „taz" jenen, die durch Nowakowskis Aussagen geschädigt werden könnten, ihren Rechtsschutz an. Andererseits wende sich die „taz" gegen alle Versuche, Mitarbeiter unter Druck zu setzen und anzugreifen.

Tatsache ist: Nowakowski hat 1. unter Vorlage von Fotos eine der Personen identifiziert, die ihn im vergangenen August angepöbelt hatten (bevor die Steine auf sein Auto flogen) und denen gleichzeitig zur Last gelegt wird, mit anderen von den „Maxwell"-Geschäftsinhabern „Schutzgelder" erpressen zu wollen; 2. Über die Vorgänge rund ums „Maxwell" Gerüchte und Vermutungen verbreitet und dabei ebenfalls für die polizeilichen Ermittlungen wichtige Personen namentlich identifiziert. *„... daß mir bekannt ist, daß in der Kiezküche, die im ‚SO 36' zuhause ist, eine Dokumentation über Geschäfte gewesen sein soll, die angeblich nicht in den Kiez passen würden. Ich selber habe diese nie gesehen. Im ‚SO 36' verkehrt auch XY mit seinen Freunden (...) Nach weiteren Vorfällen in diesem Zusammenhang befragt, kann ich nur noch erwähnen, daß mir bekannt ist, daß auch diese Gruppe im ‚unart' erschienen sein soll, um dort Geldfür die Knastkasse zu fordern."* (Auszug aud dem Vernehmungsprotokoll in: taz, 24.5.)

Damit ist die Sache aber noch nicht ausgestanden. Die Diskussion der „Affäre Nowakowski" im „Nationalen Plenum" der „taz" sowie die dort verabschiedete Erklärung bezogen sich auf ein zu diesem Zeitpunkt bekanntes dreiseitiges Vernehmungsprotokoll. Inzwischen ist jedoch ein weiteres fünfseitiges Polizeiprotokoll aufgetaucht, das ebenfalls Zeugenvernehmungen bezüglich der Vorgänge um das „Maxwell" zum Gegenstand hat. Aus diesem Protokoll, das dem Schreiber dieses Artikels vorliegt, geht klar hervor, daß Nowakowski in einem Punkt seiner persönlichen Erklärung in der „taz" die glatte Unwahrheit gesagt hat. Er hatte dort behauptet, bezüglich des Feuers in seinem Keller Anzeige gegen Unbekannt erstattet zu haben. In dem fünfseitigen Protokoll heißt es dagegen: *„In der Nacht des 11.8.1987, gegen 1.00 Uhr wurde im Keller unter der Wohnung des Nowakowski Feuer gelegt. Dazu stellte er Strafantrag* (...) *Bezüglich des Brandes erklärte er, daß QZ dahinterstecken könnte, ohne dies allerdings konkretisieren zu können."* Auch in diesem Punkt wurde also jemand von Gerd Nowakowski denunziert. Ob damit für die „taz" endgültig die Schmerzgrenze erreicht ist, das muß sich herausstellen.

cl./KB Westberlin



Gespräche in Rheinhausen

Rheinhausen, 18. Mai. Die Mahnwachen sind nur schwach besetzt. Müde und zerschlissen hängen Fahnen und Transparente in der Frühlingssonne. *„Rheinhausen muß leben!"* Auf grünem Grund leuchtete dieser Satz seit Dezember hinter vielen Wohnzimmerscheiben. Heute ist dieses Plakat viel seltener zu sehen. Oft ist es mit einem schwarzen Kreuz überklebt.

Vor Tor 1 ein Denkmal. An einer Stange hängen Hammer und Schippe. Notfalls könne man auch *„noch ein Schüppchen drauflegen"*, hatte der Betriebsratsvorsitzende Bruckschen mal verkündet ...

Morgen, wenn sich der Aufsichtsrat trifft, um die Schließung des Stahlwerkes (natürlich gegen die zehn Stimmen der Arbeitnehmerseite) abzusegnen, wird der Betriebsrat eine Art Abschlußveranstaltung abhalten. Wie wir später erfahren, darf *Dietmar Hauschke*, einer der Kollegen, den wir heute interviewen wollen, auf Intervention der Duisburger IG Metall dort nicht sprechen. Dietmar ist Mitglied der Vertrauenskörperleitung und seit November in vorderster Reihe aktiv. Wie sein Kollege, der Vertrauensmann *Wolfgang Kolditz*, findet er scharfe Worte für den Abbruch des letzten Streiks (7.4.-14.4.88) und die Paraphierung (das Abzeichnen) des Verhandlungsergebnisses durch die Betriebsrats-Spitze am 3. Mai in Düsseldorf.

Doch scharfe Worte allein reichen ihrer Meinung nach nicht aus. Beide gehören zu einem Kreis von GewerkschafterInnen aus verschiedenen Stahl- und Metallbetrieben, die unter dem Motto *„Das ist nicht das letzte Wort!"* zu einer Kundgebung am 14. Mai, also noch vor der Aufsichtsratssitzung, aufgerufen haben. Da „die Unzufriedenen" weder im Betriebsrat noch im Bürgerkomitee die notwendige Unterstützung für ihren Vorschlag erhalten, haben sie die Kundgebung am 14. Mai abgeblasen und stattdessen zu der offiziellen Kundgebung des Betriebsrates am 19. Mai aufgerufen.

Als „die Unzufriedenen" ihren Vorschlag am 6. Mai auf dem Bürgerkommitee vorgestellt hatten, war deutlich geworden: Weder Theo Steegmann noch Pfarrer Kelb wollten irgendeinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß der Kampf um die 5.300 Arbeitsplätze beendet ist.

Doch dieser Kampf wurde zu entschieden und zu lange geführt. Er hat zu viele Menschen, auch über Rheinhausen hinaus, aufgewühlt. Wie sollte sich die Lage da sofort beruhigen? Nachdem der DGB-Duisburg sich entschieden hatte, die 1. Mai-Kundgebung auf der anderen Rheinseite, in Duisburg-Hamborn, zu veranstalten (obwohl bekannt war, daß die faschistische FAP am 1. Mai in Rheinhausen eine „braune Gewerkschaft" gründen wollte) organisierten „die Unzufriedenen" in Rheinhausen eine eigene Demonstration. Trotz eines großen Polizeiaufgebotes und massiver Kontrollen kamen 5-7.000 Menschen (laut Polizeiangaben). Dietmar Hauschke, der offizielle Leiter dieser Demonstration, erzählt uns, daß aus Rheinhausen ca. 1.000 Menschen teilgenommen haben. Gekommen waren viele ausländische KollegInnen, AntifaschistInnen, die MLPD und, und, und. Dietmar berichtet auch, daß sich nur 100 KollegInnen aus Rheinhausen einfanden (u.a. die Spitze des Betriebsrates), um gemeinsam zur Mai-Kundgebung des DGB nach Duisburg-Hamborn zu fahren.

Für unseren Besuch heute haben wir uns Einiges vorgenommen. Von den Vertretern der linken, betrieblichen Strömungen wollen wir wissen, wie sie die Stimmung in der Belegschaft und das Verhalten des Betriebsrates beurteilen. Ob und welche Lehren sie aus dem Kampf um Rheinhausen gezogen haben.

Nach dem Gespräch mit Dietmar und Wolfgang, treffen wir die Betriebsräte *Gerd Pfisterer* und *Theo Steegmann*.

Gerd ist seit 1987 im Betriebsrat. Er gehört außerdem der Vertrauenskörperleitung des Werkes an. Gerd berichtet, daß er sich seit Beginn des Kampfes, Ende November, für die Vorbereitung eines unbefristeten Streiks eingesetzt hat. Das Verhandlungsergebnis hat er, zusammen mit vier anderen Betriebsräten, abgelehnt. In der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" hatten wir gelesen, Gerd Pfisterer gehöre aus der IG Metall ausgeschlossen. Wenn die IG Metall diese Forderung aufgreift, dann, so vermutet Gerd Pfisterer, werde man ihm wahrscheinlich *„die Unterstützung oder die Mitgliedschaft in der MLPD vorwerfen."*

Am späten Abend sitzen wir bei Theo Steegmann auf'm Sofa. Er wirkt erschöpft. Dem/r AK-LeserIn ist Theo durch ein Interview bekannt, welches wir Ende Januar mit ihm führten (AK 291, 8.2.88). Er ist stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und gehörte der Dreier-Kommission an, die nach der Beendigung des Streiks, unter den Fittichen von Johannes Rau, mit den Unternehmensvertretern das Auslaufmodell für Rheinhausen ausgehandelt hat. Was wir an diesem Abend vergaßen zu fragen, war, warum Theo, trotz seiner kritischen Bemerkungen zur Montanmitbestimmung, für den Aufsichtsrat bei Krupp kandidierte. Seine Kandidatur war, wie wir inzwischen erfuhren, erfolgreich.

Für den AK fragten und stritten as und uh

„Eine Dynamik, aus der Du nicht mehr herauskommst"

Theo Steegmann im Gespräch zum Ergebnis von Rheinhausen

Als Rau im „Fall Rheinhausen" die Vermittlung übernommen hat, habt ihr seine Bedingung akzeptiert und den Streik abgebrochen. Warum?

Als wir in den letzten Streik gingen, war uns im Prinzip nicht richtig klar, mit welchem Ziel. Es wurde verstärkt die Frage des unbefristeten Streiks diskutiert. Im Prinzip hatten wir uns jedoch schon im Dezember, nach langen Diskussionen, gegen einen unbefristeten Streik entschieden. Ein unbefristeter Streik stellt die Frage: „Alles oder Nichts". Dahinter steht die Vorstellung, man könne die Unternehmer allein durch den ökonomischen Druck zwingen, das Konzept zurückzunehmen. Wir haben stattdessen von Anfang an eingeschätzt, daß ökonomischer und politischer Druck notwendig ist, und daß die Taktik des unbefristeten Streiks dazu führt, daß wir vor die Wand laufen. Als wir jetzt nach sieben Tagen aufhörten, war deswegen im Prinzip klar, daß in der Verlängerung des Arbeitskampfes keine Perspektive mehr bestand.

Ich denke auch, daß, wenn du in dem Kampf die ganze Zeit die Führung innegehabt hast, du dann an einem bestimmten Punkt auch die Verantwortung hast, zu sagen: So, unserer Meinung nach bringt das nichts mehr. Die andere Alternative ist, sich hinzustellen und zu sagen: weiterstreiken, weiterstreiken bis die Belegschaft vor die Wand läuft. Das führt dann dazu — und die Erfahrung haben wir ja bei HDW und anderen Betrieben gemacht —, daß die Belegschaft so in sich zerstritten ist, und das auch so demoralisierend als Niederlage empfindet, daß auch hinterher mit dieser Belegschaft nichts mehr möglich ist. Und daß wir die Belegschaft noch brauchen, bei den Sachen, die jetzt noch anstehen, ist auch klar.

Unglücklich war meiner Meinung nach die Art und Weise, wie der Streik abgebrochen wurde. Das, denke ich mir, war unser größter Fehler. Denn so wurde der Eindruck erweckt, als wollten wir hier in aller Hektik was abbrechen und in der Belegschaft irgendetwas abwürgen.

Wo man unter Umständen auch drüber hätte diskutieren können, war, ob man an das Ende des Streiks gewisse Bedingungen knüpft.

Mit dem Abbruch des Streiks habt ihr das entscheidende Mittel aus der Hand gegeben, mit dem ihr in Verhandlungen hättet Druck machen können.

Meiner Ansicht nach war das kein Druckmittel mehr. Die Kunden von Krupp Rheinhausen haben in den letzten Monaten über 100.000 t von Mannesmann und Thyssen geliefert bekommen. Die Warmbreitbandstraße von Krupp in Bochum hatte im März die höchste Produktionsleistung seit ihrem Bestehen. Es war von daher völlig klar, daß drei Konzerne an der Stillegung der Hütte interessiert waren. Unsere Einschätzung war, daß eine Belegschaft allein nicht ausreicht, um das zu kippen.

Würdest Du im Rückblick betrachtet sagen, daß der Betriebsrat von Rheinhausen sich gegenüber der unsolidarischen Haltung anderer Stahl-Betriebsräte zu opportunistisch verhalten hat? Z.B. Krupp Bochum: Seit wann kanntet ihr den Beschluß des dortigen Betriebsrates, in dem es heißt, man werde alles walzen, was man ins Werk bekommt ?

Das wußten wir ungefähr seit dem 18. Dezember. Es hat dann eine Aussprache mit dem Bochumer Betriebsrat gegeben und da haben sie uns ziemlich massiv deutlich gemacht, daß sie noch nicht einmal bereit sind, Kurzarbeit in Kauf zu nehmen.

Man hätte diesen Konflikt jetzt natürlich öffentlich machen können und die anklagen können. Aber insgesamt hatten wir die Einschätzung, daß der ökonomische Druck auf die anderen Krupp-Stahlbereiche sehr groß ist, da der Vorstand sie massiv erpreßt. So hat Cromme z.B. gegenüber dem Bochumer Betriebsrat erklärt, Rheinhausen bringt das ganze Unternehmen in den Konkurs. Aufgrund dieser Erpressungsmanöver war innerhalb des Krupp-Stahlbereichs eigentlich nicht viel an Solidarität zu erwarten.

War nicht die grundsätzliche Einigkeit der IG Metall mit der laufenden Strukturanpassung in der Stahlindustrie, wie sie sich u.a. in der „Frankfurter Vereinbarung" niedergeschlagen hat, der entscheidende Hemmschuh?

Ich denke, vor Rheinhausen gab es in der IG Metall-Spitze durchgängig die Meinung, daß man das sozial gelöst kriegen könne, indem aus zwei Unternehmen eins gemacht wird: Das ist betriebswirtschaftlich sinnvoll und wir begleiten das dann irgendwie. So wurde dort wohl gedacht. Als es in Rheinhausen dann knallte, war der gesamte Apparat darauf im Prinzip nicht vorbereitet und hatte damit auch gar nicht gerechnet. Das ist ein Indiz dafür, daß es da eine ungeheure Distanz gibt von der realen Bewegung und dem was im Apparat der IG Metall gedacht wird. Von daher wurde auch nicht die Chance erkannt, die darin liegt, wenn man die Bewegung ausweitet. Am 10. Dezember und in der Tarifrunde hätte es Möglichkeiten gegeben, wo man die Bewegung weit über

Fortsetzung von vorheriger Seite

Rheinhausen hinaus hätte ausweiten können. Meiner Meinung nach war es ziemlich offensichtlich, daß der Apparat diese Möglichkeiten nicht nutzen wollte, sondern daß er sie abgeblockt hat.

Man kann jetzt natürlich die Theorie vertreten, daß die IG Metall von Bösewichten regiert wird und der Steinkühler ein Arbeiterverräter ist.

Eine andere Deutung des Verhaltens der IG Metall-Spitze wäre, daß es dort die Einschätzung gibt, daß in der Stahl- und Werftenindustrie nur noch Rückzugsgefechte geführt werden, da es sich um sterbende Branchen handelt und man auf die Modernisierung des Kapitalismus setzen muß. Rheinhausen war da jedoch ein Scheitelpunkt, wo die Einschätzung der IG Metall-Spitze meiner Meinung nach umgekippt ist. Denn Rheinhausen war in mehrfacher Hinsicht etwas Neues. Es war ein hochmodernes Hüttenwerk und es war keine Randzone der Stahlindustrie mehr. Hier konnte man also nicht mehr von Rückzugsgefechten sprechen. Mein Haupteindruck ist, daß die IG Metall im Augenblick relativ orientierungslos ist.

Die „Frankfurter Vereinbarung" wurde ja in einer Zeit verabschiedet, als in Hattingen und Oberhausen um den Erhalt von Standorten gekämpft wurde. Hat die IG Metall-Führung damit nicht ganz deutlich gemacht, daß man von branchenweiten Kämpfen um den Erhalt von Standorten nichts, von Sozialplanpolitik dagegen viel wissen will? Und weiter: Kann man sich als linker Gewerkschafter heute überhaupt noch auf die „Frankfurter Vereinbarung" beziehen?

Sozialplanpolitik ist ja das, was in der Stahlindustrie jahrelang gemacht wurde. Und im Prinzip hat die „Frankfurter Vereinbarung" da nur eine Verlängerung dieser alten Sozialplanpolitik gebracht. Das was neu war, war der Ausschluß von Massenentlassungen bis Ende 1989. Angesichts der Kämpfe, die in Hattingen und Oberhausen gelaufen sind und unter dem Gesichtspunkt, daß die Stahlindustrie

Die „Frankfurter Vereinbarung" deutet auf eine Abkehr der IG Metall von der reinen Sozialplanpolitik hin

montanmitbestimmt ist, ist das eigentlich viel zu wenig. Das eigentlich Neue an der „Frankfurter Vereinbarung", die Vereinbarung über Ersatzarbeitsplätze, ist völ-

„Frankfurter Vereinbarung", die Verein-

barung über Ersatzarbeitsplätze, ist völlig unverbindlich. Trotzdem bin ich der Meinung, daß die „Frankfurter Vereinbarung" schon eine gewisse Umorientierung der IG Metall zum Ausdruck bringt. Die „Frankfurter Vereinbarung", so denke ich, deutet auf eine Abkehr von der reinen Sozialplanpolitik hin.

Daß der Kampf um Rheinhausen nicht zu einem branchenweiten Kampf ausgeweitet werden konnte, ist, nach Meinung des IG Metall-Vorstandsmitgliedes Karin Benz-Overhage, Schuld der Rheinhausener. In einem „taz"-Interview vom 13. Mai erklärte sie: Daß ein branchenweiter Kampf „nicht gelungen ist, hängt meines Erachtens mit der engen Definition des Kampfzieles zusammen. Es muß uns zukünftig gelingen, übergreifende Kampfziele, die dann branchenweit mobilisierbar sind, also andere Konzepte strukturellen Wandels, so zu vertreten, daß sie für die Betroffenen auch ein Stück Hoffnung bedeuten." Sind die Rheinhausener demnach an ihrer Niederlage selbst Schuld, weil sie zu borniert am Erhalt ihrer Hütte festgehalten haben?

Ausgangspunkt ist für uns nach wie vor die Forderung der IG Metall nach dem Erhalt aller Stahlstandorte. Die IG Metall hat da ja auch keine anderen Orientierungen vermittelt. Parallel dazu gibt es von der IG Metall die Forderung nach Beschäftigungsgesellschaften, was ich für einen äußerst sinnvollen Ansatz halte. Darin habe ich auch eine Chance gesehen einen standortübergreifenden Kampf zu führen.

Ich denke, man kann die anderen Belegschaften nicht mobilisieren mit der Forderung nach Erhalt des Stahlstandortes Rheinhausen. Da kann man bis zu einem gewissen Punkt Solidarität abverlangen. Aber letztendlich muß man Forderungen entwickeln, die für alle Belegschaften eine Perspektive bieten und da wäre die Forderung nach einer Beschäftigungsgesellschaft Duisburg zumindst für die drei Duisburger Stahlbelegschaften eine Alternative und eine übergreifende Klammer gewesen, unter der man den Kampf hätte organisieren können. Das ist aber von der IG Metall nicht getan worden. Ich frage mich warum ?

Ab wann wart ihr im Betriebsrat der Meinung, daß die Forderung nach dem Erhalt des Standortes Rheinhausen nicht mehr durchsetzbar ist?

Der Walzwerkbereich ist langsam ausgetrocknet worden und zwar sowohl durch unseren Streik, als auch dadurch, daß Kunden abgesprungen sind und der Vorstand einfach die Anweisung gegeben hat, daß keine neuen Kundenaufträge mehr entgegengenommen werden. Eine Verlängerung des Arbeitskampfes im Walzwerkbereich hätte zur gleichen Situation geführt. Aufgrund dieser Entwicklung sind wir Ende März zu der Auffassung gekommen, daß wir das ökonomisch nicht weiter durchhalten können. An diesem Punkt mußt du dann, so meine ich, anfangen umzudenken. Obwohl, und das ist unser Problem, das nicht so klar vermittelt war.

Hat das Alternativkonzept, das ihr Ende März vorgelegt habt, eure Verhandlungsposition gegenüber dem Krupp-Vorstand verbessert?

Das Alternativkonzept hatte meiner Meinung nach einen durchaus zwielichtigen Charakter. Man begibt sich ja in eine betriebswirtschaftliche Logik, wenn man sagt, wir legen euch ein betriebswirtschaftlich besseres Modell vor. D.h., daß nur rentable Betriebe überleben können usw. Das Alternativkonzept war ein Spekulieren auf die betriebswirtschaftliche



Theo Steegmann

Theo Steegmann

Kompromißbereitschaft der Unternehmer. Im Nachhinein betrachtet daher eher eine Fehleinschätzung, würde ich sagen. Das Alternativkonzept hängt aber auch mit der Verhandlungstaktik von Cromme zusammen. Cromme hatte ja immer den Eindruck erweckt, als ob es in Rheinhausen nur um die betriebswirtschatlichen Verluste geht. Wenn die weg wären, würde sich das alles anders darstellen. Im Nachhinein betrachtet, haben sie Cromme aber geholt, um die Hütte platt zu machen. Auch die Optimierungsphase erklärt sich im Nachhinein aus dieser Absicht. Es war, denke ich, relativ lange klar, daß die Rheinhausen zumachen wollten.

Das Alternativkonzept erklärt sich aber auch aus der Entwicklung des Arbeitskampfes selbst. Das Konzept wurde nach der Kanzlerrunde vorgelegt. Da war die Stimmung eigentlich schon relativ mies, weil die meisten KollegInnen erwartet hatten, daß in der Kanzlerrunde die Lösung zustande kommen werde, obwohl wir immer auf das Gegenteil orientiert haben. In dieser Phase hat das Alternativkonzept eine sehr starke Innenwirkung gehabt. Man konnte nachweisen, daß der Grund für die Stillegung der Hütte nicht der ist, daß hier keine schwarzen Zahlen gemacht werden können, sondern daß der Grund für die Stillegung ein anderer ist. Ob das mit dem Alternativkonzept allerdings ein richtiger Weg ist? Ich weiß es nicht.

Am 10. Dezember hätte man härter zuschlagen müssen

Wenn Du sagst, der ökonomische Druck war nicht mehr da, hättet ihr dann nicht wesentlich stärker versuchen müssen, politischen Druck zu entfalten? Damit meine ich die öffentliche Kritik an den Stahl-Betriebsräten, die euch mehr oder weniger offen in den Rücken gefallen sind sowie die Verankerung der Vergesellschaftungsforderung in der aktuellen Diskussion. Wäre es nicht notwendig gewesen auf diese Dinge einen Schwerpunkt zu legen, um damit zu einem politischen Bewußtseinswandel in den Betrieben beizutragen? Müßt ihr euch nicht vorwerfen lassen, daß ihr euch stattdessen zu sehr an den tagespolitischen Zwängen orientiert habt?

Das Urteil würde ich für zu pauschal halten. Man muß das im Konkreten diskutieren. Im Nachhinein betrachtet, gab es am 10. Dezember auf jeden Fall eine Situation, wo man hätte härter zuschlagen müssen. Vielleicht wäre in der Situation ein Bündnis mit den Huckingern (Mannesmann-Huckingen in Duisburg, Anm. AK) möglich gewesen. Nicht mit dem Huckinger Betriebsrat. Aber ich denke, man hätte sich in Huckingen vielleicht einfach vor die Tore stellen müssen und sagen: Jetzt kämpfen wir zusammen. Bei euch hauen sie ja auch 2.000 Arbeitsplätze weg. Oder wenn mit den Dortmundern was gelaufen wäre. Daß man sagt: Ihr seid die Nächsten und jetzt kämpfen wir zusammen für ein gemeinsames Konzept. Das hätte diese Bewegung politisch noch einmal unheimlich verbreitert.

Allerdings hätte die IG-Metall da die Führung übernehmen müssen, denn du kannst ja nicht die einzelnen Betriebsräte da an die Wand stellen und annageln und die öffentlich anscheißen. Das führt nur dazu, daß die Belegschaft sich letztendlich mit ihrem Betriebsrat solidarisiert. Nur wenn die IG Metall gesagt hätte: „Jetzt müßt ihr solidarisch sein", hätten die sich möglicherweise anders verhalten.

Zur Vergesellschaftungsinitiative von Hans Janßen: Wir haben damals eingeschätzt, daß es nicht realistisch ist, in einer Situation, in der die SPD und die IG Metall die Vergesellschaftungsforderung nicht aufgreifen, diese dann von unten her durchzusetzen.

Herbert Knapp, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von Mannesmann-Huckingen, hat in einem Interview mit der Zeitschrift „Revier" die Meinung vertreten, daß die Vergesellschaftungsforderung als Tagesforderung vertreten werden müsse, weil sich an dieser Front sonst nichts bewegt.

Da sehe ich aber auch genau das Problem drin. Das mit der Vergesellschaftungsforderung ist ja nun schon versucht worden. 1982 bei Hoesch, in der Situation des Moderatorenpapiers, wo es eine gemeinsame Betroffenheit aller Stahlbelegschaften gab, da war das eine sehr populäre, gängige Forderung. Aber ich denke, in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, wo Hattingen, Oberhausen und die Maxhütte hinter uns liegen, in einer Situation also, wo eine Belegschaft wieder relativ alleine kämpft, die Orientierung der Vergesellschaftung durchzusetzen, ich weiß nicht ...

Die Forderung des AfA-Bundesvorstandes nach einem Moratorium für die Stahlindustrie war meiner Meinung nach realistischer, als jetzt zu sagen, wir powern die Vergesellschaftungsforderung rein, in der Hoffnung, daß dann die Massen marschieren.

Habt ihr es Rau nicht ein bißchen zu einfach gemacht, als ihr ihm ermöglicht habt, sich ohne glaubwürdiges Dementi als der große Vermittler aufzuspielen, der dann sogar noch die Bedingungen, nämlich den Abbruch des Streiks, diktiert? Ihr habt ihm doch die Hand geschüttelt, die noch blutig war!

(Lachen auf beiden Seiten) Für mich war es völlig klar, daß das Ergebnis des Gespräches am 7. Januar abends war: Die sollen das Ding durchziehen. Ich denke aber nicht, daß Rau es gesagt hat. Ich denke, daß die Verhältnisse in der SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen so sind, daß die Kräfte auch innerhalb der SPD überwiegen, die sagen: Rheinhausen muß zugemacht werden. Denn Duisburg beispielsweise hat in dieser Partei absolut keine Lobby. Die Siegener haben dafür eine ungeheuer große Lobby.

Warum habt ihr von Rau nicht verlangt, daß er sich zumindest auf den Boden eures Alternativkonzeptes stellt?

Wir haben dem Rau relativ deutlich gesagt, daß wir Bedingungen haben. Wir haben ihn gewarnt und haben ihm gesagt die Unternehmensleitungen sind knochenhart, die gehen von diesen Bedingungen nicht ab. Wir haben bestimmte Vorbedingungen gestellt: Bis 1991/92 muß die Hütte weiterlaufen mit einer gewissen Öffnungklausel, daß dann auch der Drei-Ofen-Betrieb weitergeführt wird usw. Es sah so aus, als wenn sie sich darauf einlassen. Ich fand, das war schon im Vorfeld ein sehr weitgehendes Zugeständniss. Und es war in unserer Dreier-Kommission dann auch heftig umstritten, inwieweit das nicht von der Belegschaft als Auslaufmodell angesehen wird.

Du zitierst ja des öfteren einen eurer Vertrauensleute mit der These: Das Schlie-ßungskonzept sei nur zu kippen gewesen, wenn der politische Schaden größer ist, als der mögliche betriebswirtschaftliche Nutzen. Wo hätte im Rückblick mehr politischer Schaden angerichtet werden können?

Nur dadurch, daß sich die Basis verbreitert hätte, daß es eine Bewegung gegeben hätte, vielleicht so wie es in den 60er Jahren mit den Kohle-Leuten war. Also, wenn eine Stimmung im Ruhrgebiet entstanden wäre, für die Adenauer den Spruch entwickelt hat: „Wenn es an der Ruhr brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser ... "

Aber, wann kommt es genau zu diesem Punkt? Doch nur wenn es keinen anderen Ausweg mehr gibt. Muß man euch nicht den Vorwurf machen, daß ihr den Leuten mit der bedingungslosen Annahme der Rau-Vermittlung Aussichten vorgegaukelt habt, die es unter diesen Bedingungen gar nicht mehr gab? Fangen die Leute nicht erst dann wirklich an zu kämpfen, wenn die Lage aussichtslos zu sein scheint?

Das sehe ich genau andersherum. Ich denke die Leute fangen dann an zu kämpfen, wenn sie Hoffnungen haben. Hoffnungen und eine Aufbruchstimmung gab es im Dezember, wo jeder das Gefühl hatte, die Bewegung powert so los, die kann alles. Im Dezember hat die Bewegung noch eine Power mit relativ viel Optimismus gehabt.

Aber diese Power war doch wegen des

Aber diese Power war doch wegen des Schließungskonzeptes entstanden, also aus einer scheinbar aussichtslosen Situation heraus.

Gut, aber in den darauffolgenden Monaten waren wir in Rheinhausen schon ziemlich isoliert. Das hat mit der Dauer der Auseinandersetzung ja zugenommen. Da hattest du mehr und mehr das Gefühl, daß du alleine da stehst. Da war die Situation wirklich aussichtslos, fand ich.

Wenn du in so einer Vermittlung bist, bist du in einer Dynamik drin, aus der du nicht mehr rauskommst

Als ihr euer Verhandlungsergebnis auf der Betriebsversammung am 3. Mai vorgestellt habt, war keine offene Diskussion darüber mehr möglich. Das Ergebniss der Betriebsversammlung war durch eure Paraphierung in Düsseldorf vorbestimmt.

Das ist irgendwo richtig. Wir haben hinterher im Betriebsrat lange darüber diskutiert. Selbst im engeren Kreis hat es beispielsweise mit Klaus Löllgen, unserem VK-Leiter, noch Riesendiskussionen darüber gegeben. Auch er hat diese Paraphierung verurteilt. Nur auf der anderen Seite hatten wir das Vermittlungsergebnis ja morgens im Betriebsrat, in der Vertrauenskörperleitung und der Jugendvertretung ganz offen diskutiert. Wir hatten die Frage diskutiert, ob wir noch eine Perspektive im Weiterkämpfen sehen. Im Betriebsrat ist die Situation dann gegen fünf Stimmen so beurteilt worden, daß keine Perspektive mehr da ist. Und ich finde, daß der Betriebsrat in der ganzen Auseinandersetzung ein solches Gewicht hatte, daß er diese Entscheidung fällen konnte. Ich habe da keine andere Alternative gesehen. Du kannst den Arbeitgebern nicht sagen: Ist ja schön, was ihr uns angeboten habt, aber jetzt diskutieren wir erstmal in der Belegschaft, ob die das akzeptiert oder nicht. Dann befürchten die Arbeitgeber natürlich, daß da nachverhandelt und nachverbessert wird.

Wenn du in so einer Vermitttlung bist, bist du in einer Dynamik drin, aus der du nicht mehr rauskommst.

Findest du es nicht ein bißchen dürftig, daß ihr den Vorschlag eine Streikleitung zu bilden allein mit der Begründung abgelehnt habt, daß dieser Vorschlag von der MLPD kommt?

Eigentlich nicht. Ich denke die MLPD hat sich in der ganzen Auseinandersetzung so verhalten, daß im Prinzip keine solidarische Auseinandersetzung mehr möglich war. Im Dezember haben sie eine Betriebszeitung rausgegeben, wo sinngemäß drin stand: Die Betriebsräte sind nicht in der Lage und nicht Willens, den Kampf um den Standort Rheinhausen zu führen. Die MLPD hat in den ganzen fünf Monaten systematisch versucht, ein Mißtrauen zwischen Betriebsrat und Belegschaft aufzubauen. Der Vorschlag zur Bildung einer Streikleitung war nur der Versuch, mit der Streikleitung irgendwie die Führerschaft dieser Bewegung an die Hand zu kriegen. Die MLPD, finde ich, hat einen sehr starken Führungsanspruch und ist auch nicht in der Lage, mit irgendeinem bei uns im Betrieb politische Bündnisse einzugehen. Selbst mit Kollegen wie Hauschke oder Kolditz nicht.

Glaubst du denn tatsächlich, daß die MLPD diese Streikleitung hätte dominieren können?

Wenn wir die Streikleitung gewollt hätten, glaube ich das nicht. Unsere Überlegung in Bezug auf die Streikleitung war, daß wir deren Notwendigkeit nicht gesehen haben. Denn während des Arbeitskampfes hatte sich ein sehr direktes Verhältnis zwischen Betriebsrat und Belegschaft herausgebildet. Das „Handels-blatt" hat in diesem Zusammenhang geschrieben, die Betriebsversammlungen in Rheinhausen hätten sich zu einer Art Parlament entwickelt.

Für einen der größten politischen Erfolge würde ich es halten, wenn es gelänge, in der IG Metall eine offene Diskussion über unseren Kampf in Rheinhausen zu führen

Wenn mensch das Verhalten der IG Metall in der Auseinandersetzung um Rheinhausen mit ihrem Verhalten in Hattingen und Oberhausen vergleicht, muß dann nicht festgestellt werden, daß die IG Metall den Kampf um alle drei Standorte im Prinzip auf die gleiche Art geführt hat?

Kampf um alle drei Standorte im Prinzip auf die gleiche Art geführt hat?

Die IG Metall hat den Kampf überhaupt nicht geführt. Wir haben den geführt.

Aber was hat euer Kampf deiner Meinung nach politisch bewirkt?

Ich denke, daß Rheinhausen unheimlich viele Fragen in Richtung IG Metall ausgelöst hat. Rheinhausen hat eine Diskussion ausgelöst, die meiner Meinung nach erstmal auch nicht mehr kaputtzukriegen ist. Steinkühler ist immerhin ausgepfiffen worden, die Organisation ist im Arbeitskampf durchgefallen. Das ist für alle offensichtlich gewesen. Und es fangen sich auch eine Menge Leute an zu fragen, warum das so gewesen ist. Da ist beispielsweise auch das offene Eingeständnis dieser Niederlage wichtig und daß bisher keiner versucht hat, das irgendwie als Kompromiß hochzujubeln, sondern daß gesagt wird: das ist eine Niederlage. Denn ich finde, du kannst für zukünftige Kämpfe nur lernen, wenn du auch offen und ehrlich Niederlagen eingestehst. Im Stahlarbeiterstreik (1978/79, Anm. AK), und das ist ja nun das, was der Organisation immer von den Stahlleuten vorgeworfen wurde, hat man das Ergebnis versucht als Erfolg hochzujubeln und hat alle innergewerkschaftliche Kritik, z.B. von Herbert Knapp, zum Verstummen gebracht. Man hat sie einfach gekillt. Nirgendwo ist der Stahlarbeiterstreik in der Organisation aufgearbeitet worden. Für einen der größten politischen Erfolge würde ich es deshalb halten, wenn es gelänge in der IG Metall über unseren Kampf in Rheinhausen eine offene Diskussion zu führen.

Ist es nicht aber so, daß in der IG Metall weiterführende Diskussionen erfahrungsgemäß nur unter Druck stattfinden? Dieser Druck ist mit dem Ende des Kampfes jetzt aber erstmal weg.

Das sehe ich nicht so. In der IG Metall wird sehr viel diskutiert, manchmal zuviel. Ein Beispiel ist der „Zukunftskongreß", den die IG Metall im Herbst veranstaltet. Ich denke auch, daß die IG Metall da so und so in einem Diskussionsprozeß ist. Interessant fand ich in diesem Zusammenhang beispielsweise eine Äußerung von Siegfried Bleicher, der kürzlich erklärt hat, daß in der IG Metall eine neue Streitkultur eingeführt werden müsse.

Sekt oder Selters!

Interview mit Wolfgang Kolditz und Dietmar Hauschke

An welchen Aktionen habt ihr teilgenommen?

Wolfgang: Ich war maßgeblich an der ersten Aktion, der Rheinbrückenbesetzung am 2.12. beteiligt. Der Dietmar und ich, wir haben sehr viel gemeinsam gemacht, wir waren an allen wesentlichen Aktionen beteiligt und haben versucht mitzuhelfen, daß der Arbeitskampf so verläuft, wie er bis jetzt gelaufen ist.

Die Brückenbesetzung am 2.12. — war die geplant?

Wolfgang: In dieser Nacht hatte ich Nachtschicht, und es waren ca. 40 Leute im Betriebsratsgebäude versammelt. Wir überlegten, was jetzt überhaupt zu machen ist. Wenn die Hütte geschlossen werden soll, dann mußte darauf eine konkrete Antwort erfolgen. Ein Kollege schlug vor, Brammen auf die Rheinbrücke zu schmeißen. Dagegen habe ich eingewandt, daß dies uns nicht die Sympathie der Anwohner einbringe, wir sollten lieber in einer friedlichen Aktion die Rheinbrücke sperren.

Und der Betriebsrat?

Dietmar: Die Kollegen unter sich haben diese Aktion besprochen; der eine oder andere Betriebsrat wußte davon, hat sich aber insgesamt völlig aus dieser Aktion rausgehalten. Die Haltung des Betriebsrates war: Wenn ihr das macht, ist das eure Sache.

Welche Rolle hat die IG Metall eingenommen?

Dietmar: Im Nachhinein muß man sagen, daß die IG Metall diesen Kampf um Rheinhausen nicht gewollt hat und daß sich der Betriebsrat und die sozialdemokratischen Politiker dieser Meinung angeschlossen haben. Wenn man Leute in einen so gnadenlosen Arbeitskampf führt, der über so viele Monate geht, dann müssen auch unsere hohen IG Metall-Funktionäre wissen, daß dies isoliert nicht gut gehen kann. Seit Dezember konnte man sehen, daß immer dann Aktionen vom Betriebsrat oder Politikern abgebrochen wurden, wenn sie derart waren, daß sie den Unternehmer ökonomisch treffen konnten. Da wurde deutlich, daß nur solche Aktionen den Unternehmer zum Umdenken bringen. Ich habe für den „offenen Kanal" (Fernsehsender, den die Rheinhausener in eigener Regie betrieben haben — Anm. d. ak-Red.) ein Interview mit Franz Steinkühler gemacht, in dem er gesagt hat, daß dies nun einmal die wölfischen Gesetze der freien Marktwirtschaft seien. Wenn er das so sagt, dann weiß er, daß man diese Unternehmer nur durch einen Streik zum Handeln und Verhandeln an den Tisch bekommen kann. Die richtige Lösung wäre von mir aus gewesen, daß man den Streik von Anfang an bis zur bitteren Neige führt. Nach dem Motto: Sekt oder Selters!



Wolfgang Kolditz

Wir hätten etwas gegen die Schließung von Rheinhausen erreichen können, wenn wir so weitergekämpft hätten, wie in den ersten beiden Wochen des Kampfes.

Wolfgang: Am Anfang war noch die Hoffnung da, daß wir etwas mit unseren Aktionen und zusammen mit unseren Hoffnungsträgern Betriebsrat, IG Metall, DGB und SPD gegen die Schließung erreichen. Der Streik, wie er im April geführt wurde, war erst möglich, nachdem die Rheinhausener gemerkt haben, auf die können wir nicht zählen!

Dietmar: Der Tonbandmitschnitt des Gespräches zwischen Cromme und Kriwet war mit ein Auslöser für diesen Streik. Da haben die Leute gemerkt, daß man nicht nur dem Unternehmer nichts mehr glauben kann, sondern — und das ist neu — daß sich ein Ministerpräsident eines SPD-regierten Landes in dieser Art und Weise in einen Arbeitskampf einmischt, obwohl er hier vor Ort gesagt hat, es ist Sache der Unternehmer, der IG Metall und der Betriebsräte, ein vernünftiges Verhandlungsergebnis herauszuschlagen und die Politik wird sich da raushalten.

War es auch das Scheitern des technischen Konzeptes des Betriebsrats zum Erhalt des Standortes, das die Kollegen aufgebracht hat?

Dietmar: Sicherlich auch, wobei ich sagen muß, dieses Alternativkonzept so wie es vom Betriebsrat erstellt worden ist, war von Anfang an eine Totgeburt. Ein ähnliches Konzept hatte der Vorstand vorher durchgearbeitet und verworfen. Von daher sehe ich darin immer nur das Bemühen des Betriebsrates, die Kollegen ruhig zu halten. Man muß sich das nur noch mal vor Augen halten: Im Dezember wurde ein Kampfpause gemacht bis Januar. Im Januar wurde wieder eine kleinere Aktion gemacht, danach wurde die Belegschaft wieder zur Ruhe gezwungen bis zur Montankonferenz am 24. Februar. Die hat nichts für Rheinhausen gebracht. Wir sind dann nur zum Oberbürgermeister rübergegangen und haben Vorwürfe gemacht. Ist danach der Kampf neu aufgeflammt? Nein! Man hat den Kampf verhindert, indem man gesagt hat, der Betriebsrat erarbeitet ein Konzept. Ich bin von Anfang an gegen eine solche Stop-and-Go-Taktik gewesen. Das zermürbt keinen Vorstand, das zermürbt die Belegschaft! Und so ist es im Endeffekt auch gekommen.

Ihr habt im April eine eigenständige Streikleitung gefordert. Hätte diese dann den Streik auch über die sieben Tage hinaus weitergeführt?

Wolfgang: Der Streik wurde abrupt abgebrochen. Aus einem ganz einfachen Grund: Es hatte sich an den einzelnen Toren eine Streikleitung gebildet, die von den anwesenden Leuten gewählt worden war, und diese Streikleitung wollte sich am Freitagmorgen um 11 Uhr treffen, um einen Sprecherausschuß zu wählen. Was hätte dieser dann gemacht? Er hätte den Betriebsrat aufgefordert zurückzutreten bzw. sich aus allen weiteren Aktionen herauszuhalten. Diese Streikleitung hätte dann mit dem Vorstand knallhart verhandelt! Und genau das mußte verhindert werden, und deshalb wurde am Donnerstag überfallartig eine Belegschaftsversammlung angesetzt, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Dietmar: Als es um den Streikabbruch ging, klappte auf einmal die Verbindung zu den Angestellten so gut wie nie vorher in diesem Kampf. Auf der entscheidenden Belegschaftsversammlung waren ca. 60% Angestellte da sowie fast sämtliche Meister — und die haben natürlich für die Beendigung des Streiks gestimmt.

Wie beurteilt ihr die Belegschaftsversammlung zur „Annahme" des Vermittlungsergebnisses?

Dietmar: Der Betriebsrat sagt selbst: Das ist eine Niederlage; das ist nicht akzeptabel; das erreichte Ergebnis ist Scheiße. Wenn das alles so rübergebracht wird, warum nimmt man es dann an? Warum sagt man nicht: Das ist unakzeptabel, das können wir für diese Region nicht annehmen? Der Zeitaufschub bringt doch nur für die Unternehmer etwas, weil im Moment die Rohstahlerzeugung um 10% angestiegen ist und der Umbau bei Mannesmann noch nicht soweit ist, wie ursprünglich geplant.



Dietmar Hauschke

Foto: pan-Foto

Hat die Führung des Betriebsrates eine ehrliche Politik gemacht?

Dietmar: Leute wie Manfred Bruckschen, das sind rechte Gewerkschafter, das sind Betonköpfe, die unbeweglich sind. Die können keine Faust mehr machen, weil die alle fünf Finger irgendwo drinstecken haben. Und was der SPD-Ministerpräsident sagt, ist für die maßgeblich. Das hier ist ein rechter Betriebsrat, der mehr den Unternehmern hilft als den Kollegen. Da würde ich den Theo Steegmann ausnehmen. Doch der Theo hat sich selbst erledigt, weil er nicht wußte, wo seine Freunde sind. Er hat nicht gesagt: Du machst dies, und du machst das für mich, sondern Theo gegen den Rest der Welt! Dadurch hat er sich selbst vereinsamt und erledigt.

Bücher zur Stahlkrise

Seit Anfang des Jahres gibt es drei neue Bücher zur Krise in der Stahlindustrie. Keine ökonomischen Abhandlungen über Ursachen und Lösung der Krise, sondern Dokumente, Berichte und Einschätzungen des gewerkschaftlichen Kampfes für den Erhalt der Standorte Dortmund (Hoesch), Hattingen (Thyssen) und Rheinhausen (Krupp).

„Hattingen — ein Beispiel"

Peter Baumöller und Heinz Schäfer haben die Dokumentation „Hattingen — ein Beispiel" (Nachrichten-Verlagsgesellschaft) herausgegeben. Thyssen hatte die Schließung der Henrichshütte in Hattingen im Februar 87 bekanntgegeben. In den folgenden Monaten entwickelte sich eine breite Bürgerbewegung, die im September damit endete, daß zwar das eigentliche Ziel — Erhalt der Hütte — nicht erreicht wurde, aber immerhin angedrohte Massenentlassungen verhinderte. Im Dezember 87 wurde der letzte Hochofen stillgelegt. Das Buch enthält u.a. die 20 Ausgaben der „metall-nachrichten für die Beschäftigten der Henrichshütte" sowie die Reden einer zentralen Protestkundgebung vom März 87. In den Anhang sind noch die Rahmenkonzeption Beschäftigungsgesellschaft der IG Metall und ein Beschäftigungsplan des Betriebsrates für die Henrichshütte aufgenommen.

Aufschlußreich ist der umfangreiche Dokumententeil insoweit, als er einen Einblick gibt in das, was in Hattingen auf die Beine gestellt wurde. Was bisher eher einer Phrase glich: „ohne Hattingen und Maxhütte wäre Rheinhausen nicht denkbar gewesen", läßt sich hier nachvollziehen. Wer es bislang nicht schon wußte, daß Bürgerkomitee, Fraueninitiative, Kirchenengagement, Aktionswochen und Mahnwachen — also die Entwicklung vom betrieblichen Widerstand zur Bürgerbewegung — nicht erst seit Rheinhausen existieren, wird erstaunt sein, wieviel Parallelen es im Kampf um die beiden Standorte gegeben hat. Und dies gilt auch für die Rolle von SPD und IGM.

Otto König, der 1. Bevollmächtigte der IGM-Verwaltungsstelle Hattingen, hat in einem einleitenden Beitrag die einzelnen Stationen des Widerstandes nachgezeichnet und kommt zu dem Ergebnis, *„daß außer kräftigen Sprüchen von ‚Bruder Johannes' (...) bisher keine konkreten Taten gefolgt sind."*

Das Buch ermöglicht einen Vergleich mit dem Kampf in Rheinhausen und somit eine Antwort auf die Frage, was die betroffenen Stahlarbeiter, IG-Metall und Politiker aus Hattingen gelernt haben. Enttäuschend ist jedoch die Zurückhaltung der Autoren. Dort, wo schonungslos Versäumnisse und Fehler der IG-Metall und Kritik an der SPD angebracht wären, beläßt man es bei den Einschätzungen des IGM-Bevollmächtigten Otto König. Auch der Verweis in der Einleitung, daß Zugeständnisse erst zu erzwingen seien, *„wenn der gesellschaftliche Konsens, das Nichtinfragestellen des Kapitalismus"*, durchbrochen werde, ist da nur wenig mehr als Etikett.

„Abstich in Rheinhausen"

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (D.I.S.S.) hat Anfang des Jahres zwei Bücher zur Entwicklung in der Stahlindustrie herausgegeben. „Abstich in Rheinhausen" von Theo Syben unter Mitarbeit von Margret Jäger dokumentiert den Arbeitskampf in Rheinhausen vom 26.11.87-21.2.88. Vor diesem Hintergrund wird eine *„vorsichtige Auswertung des Kampfes versucht"*.

Der Dokumentation der ersten elf Aktionswochen und der Kommentierung der wichtigen Phasen des Kampfes ist eine kleine Geschichte des Ruhrgebietes vorangestellt. Hier erhält der/die Leser/in auf wenigen Seiten einen Einblick in 150 Jahre Montangeschichte, Ruhrgebiet, Duisburg, Rheinhausen und Krupp. Der Dokumentation der Aktionswochen folgt eine Auswertung des Kampfes. Untersucht werden die Aktions- und Widerstandsformen sowie die Politik von IG-Metall und SPD. Im Abschnitt „Lösungsansätze" wird u.a. die Vergesellschaftungsinitiative von Janssen/Mattfeldt dargestellt. „Abstich in Rheinhausen" ist *„aus dem Kampf heraus"* entstanden, heißt es im Vorwort, und so geschrieben, *„daß auch weniger lesefreudige Interessierte sich bei der Lektüre nicht quälen müssen"*.

Theo Syben hat über eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen lebendige Reportagen geschrieben. Sei es die Betriebsversammlung mit Eiern für Cromme, der „Sturm" auf die Villa Hügel oder die Teilnahme an einer Betriebsversammlung bei Thyssen-Hamborn am 10.12.87 — Syben liefert Stimmungen und Stimmen von Betroffenen, sowie Einschätzungen des Erlebten. Dies trägt auch zu einer besseren Einsicht in die Abläufe bei. Dem im Vorwort gegebenen Versprechen, „auf taktische Rücksichtnahmen verzichtet" zu haben, wird Theo Syben weitgehend gerecht, mit Kritik an IG-Metall und SPD hält der Autor nicht zurück.

„Warum schrei'n wir nicht?"

Das zweite Buch „Warum schrei'n wir nicht?", das das D.I.S.S. herausgegeben hat, ist von Bernd Schimmeyer geschrieben worden. Er ist Betriebsrat bei Hoesch, Werk Phönix, in Dortmund und SPD-Mitglied. Sein Buch mit dem Untertitel „Zur Innenansicht der Stahlkrise" schildert die Auseinandersetzungen bei Hoesch in Dortmund um den Erhalt des Standortes.

Mit der Forderung „Stahlwerk jetzt" begann Ende 1980 der Kampf der Hoesch-Belegschaft um den Bau eines modernen Stahlwerks, um die Arbeitsplätze auch für die Zukunft abzusichern. Auch Dortmund erlebte in den Jahren 1980-83 eine breite Bürgerbewegung, die bundesweit für Schlagzeilen sorgte. Obwohl der Hoesch-Vorstand mehrmals versprach, das Stahlwerk zu bauen, ist bis heute, 1988, nichts dergleichen geschehen. Im Gegenteil: Hoesch hat die Belegschaft seiner drei Hütten in Dortmund in diesem Zeitraum von 25.000 auf 12.000 reduziert. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß nach Rheinhausen auch bei Hoesch eine Kahlschlagsanierung einsetzt.

Schimmeyer schildert in seinem Buch nicht nur die Entwicklung des Widerstands in Dortmund. Es ist ebenso ein Dokument des zähen Kampfes um die Einbeziehung der Belegschaften der anderen Stahlbetriebe. Vor allem aber gibt dieses Buch einen Einblick in die Entstehung und Durchsetzung der Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie, die gegen den Willen des IG-Metall-Vorstandes auf dem Gewerkschaftstag 1984 verabschiedet wurde. „Reisender in Sachen Verstaatlichung" nennt der Autor diese Zeit, in der das „Klinkenputzen" bei den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern angesagt war. Zeitraubend und kräftezehrend, aber auch eine Zeit, wie Schimmeyer feststellt, in der neue und nicht nur politische Freundschaften entstanden. Verbittert stellt er heute fest, daß diese Forderung, obwohl Beschlußlage der Organisation, in Form des stahlpolitischen Manifestes in den Schubladen des IG-Metall-Vorstandes verschwunden ist.

Bei der Gewerkschaftslinken dürfte auch Schimmeyers Schilderung der Aktivitäten des Hoesch-Vertrauensleutekörpers positiv zur Kenntnis genommen werden. Er hat nicht nur eine vorantreibende Rolle im jahrelangen Widerstand gespielt, sondern auch seine Eigenständigkeit gegenüber dem Betriebsrat bewahrt.

no.

Peter Baumöller, Heinz Schäfer: Hattingen — Ein Beispiel. Frankfurt: Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, 1988. 180 Seiten, DM 12,—.

Theo Syben, unter Mitarbeit von Margret Jäger: Abstich in Rheinhausen — Dokumente, Analysen, Geschichtliches und Geschichten. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1), 1988. 180 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, DM 19,80

Bernd Schimmeyer: Warum schrei'n wir nicht? Zur Innenansicht der Stahlkrise. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, 1988. 185 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, DM 19,80

Streikabbruch vor Wahl der Streikleitung

Interview mit Gerd Pfisterer, Betriebsrat bei Krupp

Du hast dich seit Beginn der Auseinandersetzungen, im Gegensatz zu der Mehrheit des Betriebsrates, der für eine flexible Kampftaktik war, für einen unbefristeten Vollstreik ausgesprochen. Warum?

Im Dezember, als die Auseinandersetzung um die Frage der Kampftaktik begann, hatte das Unternehmen noch keine Möglichkeit sich woanders mit Brammen zu versorgen. Bereits nach zweieinhalb Wochen standen sie vor der Situation, daß die Warmbreitbandstraße in Bochum stillstand. Und das hätte im Falle der Automobilindustrie, die ja keine Lagerhaltung hat, zu erheblichen Konventionalstrafen geführt. Es wäre auch nicht möglich gewesen, das kurzfristig auszugleichen. Dazu kommt, daß Krupp der einzige Vorlieferant für die deutsche Glasindustrie ist.

Soweit zur wirtschaftlichen Seite eines Streiks. Das Entscheidende ist jedoch die politische Wirkung. Zum einen die politische Wirkung innerhalb der Belegschaft. Es hat sich in den verschiedenen Phasen gezeigt, daß in dem Augenblick, wo die Kollegen wieder in der Produktion drin waren, sich das zersetzend auf die Kampfmoral und das Klassenbewußtsein ausgewirkt hat. Dagegen wurden in der Situation, wo man im Streik war, Ideen und Initiativen frei.

Der Vollstreik hätte gerade im Dezember, als es die verschiedensten Aktionen und eine breite Öffentlichkeit gab, zu dem Druck geführt, der auch politische Signalwirkung gehabt hätte. Dies war die Grundlage, um Zugeständnisse zu erreichen.

Nachdem die ganze Bewegung im Dezember, sowohl im Betrieb als auch darüber hinaus, einen Aufschwung genommen hatte, hat der Betriebsrat unmittelbar danach eine Vereinbarung mit dem Vorstand abgeschlossen, womit er praktisch die ganze Kiste zurückgenommen und auf den Verhandlungsweg gestellt hat.

Die Bedeutung des Streiks zeigte sich auch im April. Die Glasindustrie stand kurz vor dem Stillstand. D.h. man hätte die Bewegung in Rheinhausen auch bundesweit gar nicht mehr verschweigen können, das wäre aufgegriffen worden.

Die Situation im April hatte sich auch dadurch verschärft, daß der Vorstand mit härteren Konsequenzen drohte. Was wäre passiert, wenn es politische Kündigungen gegeben hätte oder wenn Polizei an den Toren eingesetzt worden wäre? Dann hätte die ganze Auseinandersetzung sofort eine ganz andere Dimension angenommen und hätte die politische Auseinandersetzung auf eine Stufe gehoben, wo klar geworden wäre, daß hier eine Belegschaft gar nicht mehr nur um ihre Arbeitsplätze kämpft, sondern daß hier im Grunde genommen Klassenfronten gegeneinanderstehen.

Der unbefristete Vollstreik wurde von dir die ganzen fünf Monate hindurch propagiert?

Ja, allerdings müssen natürlich die politischen und organisatorischen Voraussetzungen da sein. Das muß in der Belegschaft ausführlich diskutiert werden.

Gab es deiner Meinung nach Möglichkeiten auch die IG Metall hier in die Pflicht zu nehmen?

Die IG Metall kann solch einen Kampf nicht führen, da das bundesdeutsche Streikrecht ihr das nicht erlaubt. Aber die IG Metall wollte auch gar nicht. Ein Beispiel dafür ist die „Frankfurter Vereinbarung" oder das offene Geheimnis, daß Judith vom IG Metall-Vorstand die Stillegungspläne mit Cromme abgesprochen haben soll. Da gibt es entsprechende Mitschnitte von Telefonaten. Und zwar aus der gleichen Zeit, in der Cromme mit Kriwet über diese Dinge gesprochen hat. Es traut sich aber niemand, das Gespräch zwischen Judith und Cromme zu veröffentlichen.

Was ist dran an der Behauptung der Betriebsratsmehrheit, daß die Stimmung in der Belegschaft für einen Streikabbruch war?

Es ist klar, daß man einen selbstständigen Streik nicht gegen die Mehrheit der Belegschaft führen kann. Es ist aber nicht ehrlich von Theo Steegmann oder Manfred Bruckschen, wenn sie sagen, der Streik wäre eh zusammengebrochen. Man muß dabei sehr genau ihre Rolle und ihr Verhältniß zu dem Streik untersuchen.

Es gab z.B. eine Auseinandersetzung darüber, ob die sieben Tage im April überhaupt ein Streik waren oder nicht. In den ersten Tagen gab es da so eine merkwürdige Sprachregelung, das sei nur eine Blockade und man mache nur Mahnwachen an den Toren. Theo Steegmann und Manfred Bruckschen haben die Position vertreten, daß jeder in den Betrieb ...darf, der will. Theo selber ist nach drei, vier Tagen an die Tore gekommen und wollte dies den Kollegen gegenüber durchsetzen. Der Betriebsrat hat weiter erklärt, man könne keinen Kollegen zwingen und wenn man jemanden zwinge, bringe man eine Spaltung in die Belegschaft. Aber genau das Gegenteil ist ja der Fall: Wenn man die Kollegen reinläßt, führt das zu einer Spaltung.



Gerd Pfisterer, Betriebsrat bei Krupp

Es war z.B. so, daß an zwei Toren von Anfang an zugemacht worden ist und nur die Kollegen reingekommen sind, die zur Notbesatzung gehörten. An anderen Toren konnten die Kolegen rein- und rauslaufen, wie sie wollten. Sowas ist natürlich für einen Streik unheimlich zersetzend. Aufgrund dieser Situation haben die Kollegen von den Toren, die dicht waren, die Initiative ergriffen und sind an die anderen Tore gegangen und haben mit den Kollegen dort diskutiert. Das hatte wiederum zur Folge, daß sich die Situation an diesen Toren im Verlauf der sieben Tage dann stabilisiert und gefestigt hat. Und zwar auch in Hinsicht auf eine Streikleitung.

Die Frage ist einfach, ob man sich den Fragen und Problemen der Kollegen, z.B. mit dem Geld, stellt, oder ob man bei den Kollegen rumgeht und erzählt, ab Sonntag geht das Geld aus. Wo also bewußt versucht wurde, gerade die Vorbehalte bei den Kollegen zu stärken.

Warum hat sich die Spitze des Betriebsrates deiner Meinung nach für eine weiche Regelung an den Toren eingesetzt?

Hintergrund dieses Verhaltens waren Absprachen zwischen dem Betriebsrat und der örtlichen Polizei. Die Polizei hatte verlangt, daß der freie Zugang zur Hütte gewährleistet sein muß. Ihr wißt, daß es diesbezüglich entsprechende Gerichtsbeschlüsse gibt.

Durch die ständigen Absprachen von Betriebsratsspitze und Polizei wurde die Sache im Grunde so gehalten, daß Schnoor darum herum kam, die Polizei einzusetzen.

Aber war es nicht gerade so, daß Innenminister Schnoor selbst, von Anfang an, auf Deeskalation gesetzt hat?

Es ist richtig, daß die sich in einem Widerspruch befanden. Es wäre das erste mal nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen, daß Polizei gegen streikende Arbeiter eingesetzt worden wäre. Damit wäre nicht nur ihr sogenannter sozialer Friede auseinandergefallen, sondern die Polizei wäre auch als ein Machtinstrument in Frage gestellt worden und vor allem die SPD, die sie ja jetzt versuchen aufzupolieren, hätte in so einer Situation große Schwierigkeiten bekommen.

Wie war es deiner Meinung nach möglich, die Belegschaft auf die Rau-Vermittlung zu orientieren und den Streik abzubrechen?

Bruchscken, Steegmann und Laakmann haben den Kollegen gesagt, Rau könne es sich gar nicht leisten, daß er in die Vermittlung geht, ohne das da was Positives bei rumkommt. Die haben gedacht, daß Rau wegen dem Telefongespräch jetzt so unter Druck ist, daß er jetzt was Positives rausholen muß.

Außerdem wollte der Betriebsrat den Streik abbrechen, weil an fast allen Toren Sprecher gewählt worden waren und es am Freitag eine Streikleitung gegeben hätte (Donnerstag wurde der Streik abgebrochen, Anm. AK). D.h. die Initiative wäre vollständig auf die Belegschaft übergegangen.

Wie war die Stimmung auf den Abteilungsversammlungen am 9. und 10. Mai?

Dort herrschte eisiges Schweigen. Meiner Meinung nach eine Form des Protests. Die Kollegen sind nicht geknickt sondern gelähmt aufgrund des Trommelfeuers, welches von von allen Seiten auf sie niedergeprasselt ist. Schon heute zeichnet sich ab, daß ein wachsender Teil von Kollegen, weit über den „eisernen Kern" hinaus, den Streikabbruch am Donnerstag als entscheidenden Fehler sieht.

Aber wie war es möglich, daß die Belegschaft sich von Rau hat um den Finger wikkeln lassen?

Ich würde sagen, das ist ein Pyrrhussieg. Ein Teil der Kollegen war skeptisch, ein Teil der Kollegen hat wirklich Hoffnung in Raus Vermittlung gesetzt und ein Teil hat gesagt, wenn nichts dabei rumkommt, können wir den Kampf ja wieder aufnehmen.

Jetzt ist es ihnen zwar gelungen den Streik abzuwürgen. Aber durch die Art und Weise, wie sie den Streik abgewürgt haben plus dem Ergebnis, was jetzt rausgekommen ist, haben sie zwar nach außen hin ihr Ziel durchgesetzt, aber ihre traditionelle Massenbasis ist schwer angeschlagen. In dem Bereich den ich betreue, dort arbeiten vorwiegend Facharbeiter, die ja traditionell den SPD-Stamm ausmachen, gibt es keinen Einzigen, der sagt, nächstes Mal wähle ich die SPD.

Trotzdem gab es auf dem Bürgerkomitee am 6. Mai nur wenige Stimmen für deinen Vorschlag, „den unbefristeten Streik vorzubereiten und zu beginnen".

Es ist natürlich klar, daß jetzt, nach diesen ganzen Erfahrungen, weiterzustreiken bedeutet hätte, daß du nicht nur gegen den Cromme streikst sondern daß du dich auch bewußt gegen Betriebsrat, gegen die SPD-Landesregierung und gegen den IG Metall-Vorstand gestellt hättest, alles selber hättest organisieren müssen usw. Um jetzt nach dieser Situation weiter zu streiken, reichte das Bewußtsein und der Grad der Organisiertheit nicht aus.

Wie schätzt du deine eigene Arbeit als Betriebsrat während des Arbeitskampfes ein?

Meine Arbeit während des Kampfes kannst du vielleicht daran messen, daß in den Bereichen, wo ich Betriebsrat bin, die Kollegen nahezu bei allen wesentlichen Aktionen geschlossen dabei waren. In dem Streik im April waren sie die Aktivsten.

Im Januar wurde ich im Betriebsrat schärfstens kritisiert, weil ich von Anfang an ständig in dem Bereich geblieben bin. Alle anderen Betriebsräte haben nur ihre Schichten im Betriebsrat gemacht. Ich bin, wenn es notwendig war, zweimal oder dreimal während einer Schicht bei den Kollegen vor Ort gewesen. Und zwar deswegen, weil ich genau wußte, daß es über die ganzen Entwicklungen unterschiedliche Meinungen unter den Kollegen gibt und daß sich immer nur ein Teil der Belegschaft an den Informationsgängen zum Betriebsrat beteiligt hat. Ich fand diese Art der Information sehr wichtig. Aber du hast immer die Situation gehabt, daß ein Teil der Kollegen nicht mitgegangen ist.

Wie beurteilst du die Rolle der MLPD während der ganzen Auseinandersetzung?

Ich kann nur sagen, daß die MLPD die einzige politische Kraft war, die schon im Vorfeld eine bestimmte Arbeit geleistet hat, die auch mit zu dieser Kampfbereitschaft geführt hat. Z.B. wurden im „Heißen Eisen", wo die MLPD mitarbeitet, schon lange vorher bestimmte Erfahrungen, wie die in Hattingen, verarbeitet. Während des Streiks kamen z.T. täglich „Heiße Eisen" raus. Ohne zu übertreiben kann man sagen, daß es zu diesem siebentägigen Streik nicht ohne die Arbeit der MLPD gekommen wäre.

Rheinhausen:

Alles hat ein Ende ...

Sicher, doch kommt es so, wie Anfang Mai in Rheinhausen, ist es besonders bitter. Was in diesem ungewöhnlichen Arbeitskampf als Ergebnis herauskam und wie es einer Belegschaft „nahegebracht" wurde, ist nicht einfach eine Niederlage im Kampf, daran haben sich Gewerkschafter hierzulande fast schon gewöhnt. Es ist zwar der übliche Ausgang sozialdemokratisch-gewerkschaftlich geführter Rationalisierungsverhandlungen, in diesem Fall aber mit folkloristischen Elementen sozialen Widerstands als zusätzlicher Garnierung, wie Vanilleeis mit Tomatensauce.

„Ihr habt ein stolzes Kapitel in der Geschichte sozialen Widerstands geschrieben", ließ der IG Metall-Vorsitzende Steinkühler die Rheinhausener gönnerhaft wissen. Vermutlich plant er für zukünftige Gewerkschaftsversammlungen die Rheinhausener als Trachtengruppe einzuladen. Ansonsten werden sie der Dummheit geziehen, da sie *„die Verteidigung vorhandener Arbeitsplätze und die Verwirklichung neuer Arbeitsplätze offenbar bis in die Schlußphase der Auseinandersetzungen"* nicht begriffen hätten. Dieser strategische Ansatz der IG Metall, den im Stahlbereich außer auf dem Papier bislang niemand entdecken konnte, sei *„von den unmittelbar Betroffenen als Gegensatz mißverstanden"* worden, so Steinkühler auf der IGM-Bezirkskonferenz am 19.5.88. Brutaler als in der jetzt angelaufenen Auswertungsdebatte kann den Rheinhausenern, die mit viel Hoffnung und Engagement in die Auseinandersetzung gegangen sind — und diese auch auf andere Teile ausgestrahlt haben —, kaum vermittelt werden, wie überflüssig und nebensächlich eigentlich ihr Kampf für den konkreten Ausgang gewesen ist. Und leider stimmt das auch. Nach dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen im Dezember hätte ab Januar Schluß gemacht werden können, das Ergebnis wäre in etwa das gleiche gewesen, wir wollen nicht um hundert Arbeitsplatzverschiebungen streiten. Ist das ein Argument gegen den Kampf? Nicht immer, aber spätestens wenn man die systematische Ritualisierung solcher Kämpfe im Rahmen der immer gleichen sozialen Konfliktlösung sieht, müßte da mal drüber geredet werden. Die Wut und Enttäuschung von Aktiven in Rheinhausen wird jetzt seitens der IG Metall verhöhnt: Euer Kampfziel — Standorterhalt — ist ja nie „realistisch" gewesen, heißt es da. Gemeint ist: Wir haben den Erhalt aller Standorte in eurer konkreten Situation zwar auch auf die IGM-Plakate gedruckt, aber in der „Frankfurter Vereinbarung" haben wir den Unternehmern 35.000 Stahlarbeitsplätze weniger zugesagt. Standorterhalt oder abgefederte Entlassungen, für eines muß man sich entscheiden, in der Tat. Und wem gegenüber gilt das Wort eines Gewerkschaftsführers wohl mehr?

„Schwachstellenanalyse" nannte Steinkühler die *„Klarstellung eines realistischen Kampfziels auf der betrieblichen Ebene"*. Die einen werden für ihre Verdienste befördert, so Manfred Bruckschen, den sie ins Europaparlament schieben wollen (er selbst möchte lieber in den Landtag). Die anderen betrieblichen Aktivisten sollen jetzt Prügel bekommen, und unter ihnen besonders die „Radikalinskis". Und so funktioniert es bereits seit einiger Zeit im Betrieb und in der Gewerkschaft: Die 1. Mai-Demonstration wurde bewußt nicht in Rheinhausen abgehalten, obwohl die FAP provokativ dorthin aufrief, weil man der linken Opposition kurz vor der Vereinbarung mit Krupp kein Mobilisierungsforum geben wollte. Der (von uns interviewte) Betriebsrat Pfisterer soll aus der IGM ausgeschlossen werden. Das (von uns ebenfalls interviewte) VK-Leitungsmitglied Dietmar Hauschke, eine imposante Erscheinung, daher immer gut für viele Bilder in Gewerkschaftszeitungen, (weil er immer vorneweg war), durfte auf der letzten Kundgebung der Rheinhausener nicht reden, weil er in seiner Gewerkschaftskritik kein Blatt vor den Mund nimmt.

Die Gewerkschaft organisiert das Dampfablaßventil, die Betriebsaktivisten übernehmen die Drecksarbeit und werden am Ende nicht mehr gefragt. Wer aufmuckt, wird diffamiert und diszipliniert. Das ist für uns Linke gewohnt normal, und deshalb so enttäuschend, weil es in Rheinhausen passiert. Die hoffnungsvollen Ansätze in Rheinhausen eine andere Art gewerkschaftlichen Agierens zu praktizieren, scheinen dahin. Für die letzten Wochen und Monate des Kampfes und besonders seinen Abbruch gilt dies allemal. Zum Schluß wird nicht mehr diskutiert, sondern ein Vertrag paraphiert, vollendete Tatsachen geschaffen. Wer das nicht einsieht, steht in der Sektiererecke.

Die gewerkschaftlichen Träger in Rheinhausen, wie beispielsweise Theo Steegmann, die sich nicht in SPD- und IGM-Apparat eingebunden fühlen, haben eine große Chance verpaßt. Sie haben sich in der Schlußphase benommen, wie ganz normale Gewerkschaftsfunktionäre: Sie haben die Einheit beschworen, um den Kollegen ein Ergebnis unterzujubeln. Dabei wäre Streit notwendig gewesen, um zur Einheit zu kommen. Es wurde keine offene Diskussion und Auseinandersetzung mehr geführt, sondern Initiative abgewürgt. Selbst wenn die Argumente für das Ende des Kampfes richtig waren, muß darum diskutiert werden mit denen, die als Subjekte in diesem Kampf agiert haben. Sie wurden nur noch behandelt, das nährt den Verdacht, daß die Argumente doch nicht so gut waren, daß man letztlich die Kollegen für die Inszenierung von (Schau-?) Kämpfen benötigt hat. Die Beschwörung, daß man es nicht nur mit Krupp, sondern mit Thyssen, Mannesmann und der Deutschen Bank zu tun hatte, und eine kleine Belegschaft da nicht gegenanstinken könne, wie man sie jetzt allerorten von SPD bis DKP zu hören bekommt, ist ja wohl alles andere, nur nicht sensationell. Im Ergebnis wird damit nur eine griffige linke Formel für das gefunden, was die IG Metall in ihren „Stahl-Nachrichten" kategorisch mit „Mehr war nicht drin" festgelegt hat, (wobei sie nachweislich auch nie mehr gewollt hat). SPD, Rau und die IG Metall sind letztendlich viel zu gut weggekommen, auch das ist leider mitinszeniert worden.

Es wird lohnen, die Lehren aus Rheinhausen in der Betriebslinken zu diskutieren. Zumal sich die Linke in Betrieb und Gewerkschaft als viel zu schwach erweist, denjenigen eine Unterstützung zu sein, die im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Sumpf nicht untergehen wollen. Wo die Linke nicht integriert ist, ist sie zumeist sektiererisch und rückständig arbeitertümelnd wie die MLPD. Verläufe wie die in Rheinhausen können das Sektierertum eher befördern. Man wird das Gefühl nicht los, daß sich hier eine Lücke sozialistischer Politik auftut. U.a. deswegen kann die SPD immer wieder relativ ungeschoren davonkommen.

hr.

Die Rheinhausener Stillegungsvereinbarung

Krupp, Thyssen Stahl und Mannesmann Röhrenwerke werden künftig auf dem Stahlsektor zusammenarbeiten. Für Rheinhausen bedeutet das Kopperationsmodell:

Ab 1. Juli 1989 gründen Krupp und Mannesmann ein gemeinsames Unternehmen. Von den 5.600 Beschäftigten in Rheinhausen werden 2.150 hier einen Arbeitsplatz finden.

Von den übrigen Beschäftigten sollen
— 700 bis zum 31.12.1990 im Einhochofenbetrieb in Rheinhausen verbleiben; ihre Zukunft steht Mitte 1990 erneut zur Verhandlung;
— 1.020 können in den vorzeitigen Ruhestand gehen; 380 Arbeitsplätze werden durch Abfindung und „Fluktuation" freigemacht;
— 200 übernimmt Thyssen, 520 Bayer, 290 die Krupp Stahl AG.

Die als großer Erfolg von der IG Metall gerühmten neuen Arbeitsplätze sind vertraglich so niedergelegt: *„Beide Unternehmen sagen zu, durch eigene Aktivitäten und die Bemühungen um Dritte am Standort Duisburg-Rheinhausen so viele Arbeitsplätze zu schaffen, daß die Zahl der verbleibenden und der neuen Arbeitsplätze ab Ende 1991 mindestens 1.500 beträgt."* Die Zahl 1.500 rechnet sich aus den 700 bis 1991 gesicherten alten und 800 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen. Bei dieser Vereinbarung handelt es sich entgegen den Behauptungen der IG Metall *nicht* um eine „verbindliche Zusage" (Stahl-Nachrichten 10), sondern genauso um eine unverbindliche Absichtserklärung, wie bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und Beschäftigungsgesellschaft in der „Frankfurter Vereinbarung".

„Beschäftigungsgesellschaft“ Hit oder Niete?

IG-Metall-Politik in den Krisenbranchen

Im Kampf um Rheinhausen sieht sich die IG Metall von ihren linken Kritikern, vor allem aber von der kämpfenden Rheinhausener Belegschaft dem Vorwurf ausgesetzt, die nötige Solidarität nur mangelhaft bis gar nicht zu organisieren. In der Tat ist die IG Metall meilenweit davon entfernt, dem branchenweiten Arbeitsplatzabbau den ebenso branchenweiten Kampf der Stahl-Belegschaften entgegenzusetzen. Stattdessen mühen sich Vorstandsmitglieder landauf, landab, den betrieblichen Funktionären ein neues Stichwort schmackhaft zu machen: Beschäftigungsgesellschaft.

In der Nummer 112 der vom IGM-Vorstand herausgegebenen Schriftenreihe erschien im Februar 1988 ein ,,Memorandum" der IG Metall unter dem Titel ,,*Strukturpolitische Alternativen zur gesellschaftlichen Arbeitslosigkeit*". In der Schlußbemerkung fordert die IG Metall zur ,,*Diskussion mit einer selbstbewußten Mitgliedschaft und mit einer kritischen Öffentlichkeit*" auf. Dieser Aufforderung wollen wir uns nicht entziehen.



„Erzähl noch so einen"

Konzeption

Nachdem nunmehr auch die SPD sich unter Anleitung von Oskar Lafontaine anschickt, solch unmoderne Begriffe wie Vollbeschäftigung aus ihrem Wortschatz zu streichen, sind es nur noch die DGB-Gewerkschaften, die als relevante gesellschaftliche Institution mit dieser Losung ihre Fahnen schmücken. Erreicht werden soll dieses altmodische Ziel der Vollbeschäftigung durch ,,*unternehmerische Initiative und staatliche Intervention*". Da aber weder Unternehmer noch Staat das Ziel der Vollbeschäftigung verfolgen, begeben sich DGB und IG Metall notgedrungen auf dieses Feld, wobei es aber nicht um einen Funktionswandel der Gewerkschaften gehe — ,,*Ersatzarbeitgeber*" oder ,,*Nebenregierung*" wollen sie nicht werden.

Die von DGB und IG Metall angepeilten Instrumente sind im wesentlichen die Arbeitszeitverkürzung und, allgemein gesprochen, Strukturpolitik. Im Vordergrund steht dabei das DGB-Beschäftigungsprogramm für Arbeit und Umwelt mit einem geforderten Volumen von mindestens 20 Milliarden Mark pro Jahr.

Dieses vom DGB 1981 beschlossene und 1985 weiterentwickelte Investitionsprogramm wurde von der IG Metall in
programm wurde von der IG Metall in
ihrem ,,Beschäftigungsprogramm Küste" auf die Krisenregion im Norden weiter konkretisiert; für das Montan-Revier befindet sich ein entsprechendes ,,Zukunftsinvestitionsprogramm" in der Erarbeitung.

Diese strukturpolitischen Programme sollen aus Bundesmitteln finanziert werden. Mit den gegenwärtigen Regierungsparteien ist dies völlig ausgeschlossen; ob eine andere Bundesregierung zumindest Elemente dieses Ansatzes aufnehmen wird, muß die Zukunft erweisen.

In der praktischen Politik versucht die IG Metall seit einiger Zeit, unterhalb der gesamtwirtschaftlichen und regionalen Wirtschaftspolitik (vornehmlich auf der Ebene der Begriffsbildung) einzelne Pflöcke einzuschlagen. Sie versucht dies auf der Ebene Branchen- und Betriebspolitik. Insbesondere in der Stahlbranche lautet dabei das im Vordergrund stehende Stichwort ,,Beschäftigungsgesellschaft". Der Anspruch, den die IG Metall damit verknüpft, besteht in dem ,,*Ziel, einen konstruktiven Beitrag zur sozialen Sanierung der Stahlreviere zu leisten und den Existenzkampf der Stahlbelegschaften mit einer zukunftsweisenden Perspektive zu verbinden*". Die Beschäftigungsgesellschaften sind die Antwort der IG Metall auf ,,*den unvermeidlichen Abbau vorhandener Arbeitsplätze*", auf den ,,*unumgänglichen Strukturwandel*", der mit diesem Instrument ,,*sozial entschärft*" werden soll. Eine Aufforderung zum Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen sucht man in diesen konzeptionellen Überlegungen vergeblich!

Was sollen die Beschäftigungsgesellschaften leisten, und wie? Hierzu die IG Metall: ,,*Ihr kurzfristiges Ziel ist es, für die von Entlassung bedrohten Stahlarbeiter das Arbeitsverhältnis und das Einkommen zu sichern, neue Qualifikationen zu vermitteln und soziale Zusammenhänge zu erhalten. Das mittelfristige Ziel ist es, den Übergang aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis zu einem zukunftssicheren Ersatzarbeitsplatz zu ermöglichen.*" Die drei Stufen, in denen das geschehen soll, veranschaulicht das nebenstehende Schaubild.

Rechtlich und finanziell sollen die Stahl-Beschäftigungsgesellschaften vor allem von den Stahlkonzernen getragen werden. Aus öffentlichen Mitteln sollen zusätzlich Kurzarbeitergeld, Personalkostenzuschüsse, Forschungs- und Entwicklungsgelder sowie Investitionshilfen kommen, gegebenenfalls auch Kapitalbeteiligungen.

Dilemma

Die IG Metall sieht ihre neuen konzeptionellen Überlegungen als Fortentwicklung ihrer bisherigen Politik in Krisenbranchen, also der ,,sozialen Abfederung" durch Abfindungen und Sozialpläne. Diese Sozialplan-Politik aber war es, die mit dazu geführt hat, daß die Arbeitslosen-Quote in den Städten des Ruhrgebiets mittlerweile bei 15 - 20 Prozent liegt.

In der vielzitierten ,,Frankfurter Vereinbarung" vom Sommer 87 verständigten sich die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die IG Metall über weitere ,,*notwendige Strukturanpassungsmaßnahmen*", konkret: die Vernichtung von weiteren ca. 34.000 Arbeitsplätzen. Für dieses Stillhalten erhielt die IG Metall als Gegenleistung zwei Zusagen: Die Stahlkonzerne verzichten bis zum 31.12.89 auf die ,,*als notwendig angesehenen betriebsbedingten Kündigungen*"; dies wird bislang eingehalten. Darüberhinaus bekam die IG Metall zum erstenmal die Unterschrift von Stahl-Bossen unter eine Vereinbarung, in dem die Worte ,,Ersatzarbeitsplätze" und ,,Beschäftigungsgesellschaft" enthalten sind. Nach gemeinsamer Auffassung sei es notwendig, diese IG Metall-Konzeption ,,*zu berücksichtigen*".

Das Dilemma der IG Metall besteht nunmehr darin, daß sie sich den Stahlkonzernen gegenüber im Wort sieht (Abbau von Arbeitsplätzen), andererseits aber fürchten muß, um einen Teil der Gegenleistungen betrogen zu werden (Beschäftigungsgesellschaften). Hoffte sie noch im Herbst, einen Durchbruch erreichen zu können, brachte sie der Kampf um Rheinhausen in eine fatale Situation. Die Rheinhausener forderten den Erhalt ihrer Hütte und erwarteten von ihrer Gewerkschaft, daß sie den branchenweiten Kampf führe um alle Standorte: ,,Rheinhausen ist überall". Dies konnte die IG Metall ernsthaft nur tun unter Bruch der dem Kapital gegebenen Zusagen, bekanntlich stand die IG Metall jedoch zu ihrem Wort ...

Stattdessen sollte gerade Duisburg den Durchbruch in Richtung Beschäftigungsgesellschaft bringen. Insbesondere nach der Bonner Montan-Konferenz schien auch die Unterstützung (politisch und finanziell) aus der Politik gesichert zu sein. In der Presse wurden Modelle vorgestellt, deren weitestgehendes die Einrichtung eines Freihafens in Duisburg darstellte. Gerade dies aber setzte die Schließung der Hütte voraus.

Der Krupp-Konzern selbst bot eine außerordentlich zynische Variante von Beschäftigungsgesellschaft an: 1.000 Arbeitnehmer sollten begrenzt weiterbeschäftigt werden mit dem Abbruch der Hütte und der Sanierung des Geländes. Dies konnte auf die Stahlarbeiter nur als Provokation wirken. So war die IG Metall in der Rheinhausener Belegschaft mit einem immer stärkeren Mißtrauen konfrontiert. Für die Kruppianer waren Beschäftigungsgesellschaft und Ersatzarbeitsplätze ein ungedeckter Wechsel, und sie forderten von ihrer Organisation, für die bestehenden Arbeitsplätze zu kämpfen. Nach dem Ende des Kampfes in Rheinhausen mußte IGM-Vorstandsmitglied Karin Benz-Overhage das dramatische Auseinanderklaffen zwischen Vorstandspolitik und den Ansprüchen der im Kampf stehenden Belegschaft zugeben: ,,*Es hat Phasen der Auseinandersetzung gegeben, in denen die Forderung nach Ersatzarbeitsplätzen als Verrat an der Hütte aufgefaßt wurde.*" (Interview in der TAZ, 13.5.)

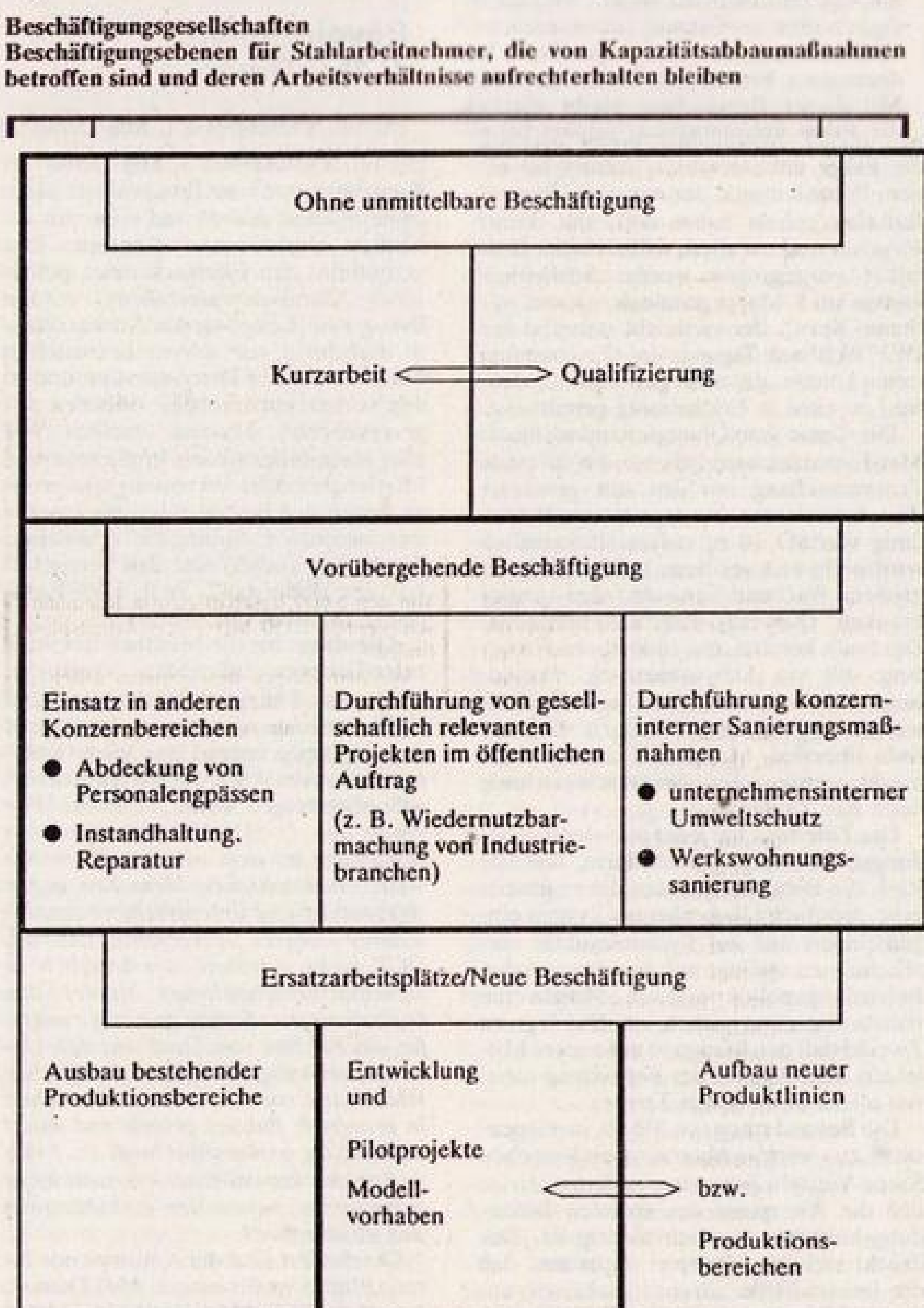
Perspektiven

Die Stahlarbeiter, aber auch das Revier insgesamt sind mit der Situation konfrontiert, daß die Stahlkonzerne (neben anderen Branchen) die Krise nach *ihren Bedürfnissen zu bewältigen suchen. Und das heißt nach betriebswirtschaftlichem Kalkül: vor allem Kosten loswerden, also Beschäftigte. Die Größenordnung, um die es dabei geht (Steinkühler rechnet inzwischen mit ca. 45.000) läßt erwarten, daß in allernächster Zeit weitere Standorte dran sind. Allein schon angesichts dieser Größenordnungen erscheint es nicht gerade überzeugend, Beschäftigungsgesellschaften dagegenzuhalten. Nicht jedoch das Konzept als solches ist das größte Problem, sondern die damit verbundene Akzeptanz* des Arbeitsplatzabbaus. Unterhalb dieser Schwelle ist das Kapital nicht einmal zu ernsten Verhandlungen bereit. Die Rechnung der Konzerne sieht anders aus: Nach den bisher gültigen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen bedeutet jede Entlassung eine bestimmte Summe an Sozialplan-Kosten. Die Gewerkschaftsforderung nach Beschäftigungsgesellschaften würde zusätzliche Kosten für unbestimmte Dauer bedeuten, zumal wenn, wie gefordert, die Konzerne dauerhaft Verantwortung eingehen würden. Allenfalls denkbar sind Modelle wie das in Hamburg für die Werft Blohm & Voss/Ross, wo der Löwenanteil der Kosten aus öffentlichen Mitteln stammt. Mit einem einmaligen Zuschuß von 2,5 Mio. Mark ist Blohm & Voss aus allen weiteren Verpflichtungen entlassen. Wenn der Arbeitsplatzabbau dafür ohne schlagzeilenträchtige und teure Arbeitskämpfe abgewickelt werden könnte, erscheint dieser Preis angemessen. Nach diesem Modell gingen Kämpfe letztlich nur noch darum, ob der Preis, um im Beispiel zu bleiben, bei 2,5 oder 3 Mio. Mark festgesetzt wird. Dafür, daß die Gewerkschaft auf ihren grundsätzlichen Widerstand gegen Arbeitsplatz-Abbau und Standortschließungen verzichtet, sind diese Zusatz-Kosten auch betriebswirtschaftlich gut angelegt.

In der Stahlindustrie — und das ist ein Teil der Botschaft aus Rheinhausen — gibt es keine Alternative zum branchenweiten Kampf um eine Gesamtlösung, sprich Vergesellschaftung. Erst unter diesen Bedingungen macht das Konzept der Beschäftigungsgesellschaften dort, wo die Marktentwicklung einen Abbau von Kapazitäten erzwingt, einen Sinn. Ohne diese Voraussetzung bleibt es das, was die bisher realisierten Modelle sind: ein Notnagel für geschlagene Belegschaften, aber keine Kampfperspektive.

si

Beschäftigungsgesellschaften
Beschäftigungsebenen für Stahlarbeitnehmer, die von Kapazitätsabbaumaßnahmen betroffen sind und deren Arbeitsverhältnisse aufrechterhalten bleiben



Quelle: Schriftenreihe der IG Metall, Nr. 112

Beschäftigungsgesellschaft konkret

Maxhütte. — Nachdem die Maxhütte im April '87 Konkurs angemeldet hatte, war Ende Januar '88, trotz monatelanger Proteste, das Konzept Maxhütte neu verabschiedet worden. Von den 3.500 Beschäftigten sollten bis 1990 2.000 aus dem Unternehmen ausscheiden, das Werk in Haidhof mit 800 Beschäftigten geschlossen werden. Alternativpläne der IG-Metall und des Betriebsrates fanden ebensowenig Berücksichtigung wie die Forderung nach einer Beschäftigungsgesellschaft. Erst nach einem Streik Ende Januar nach Bekanntgabe des Konzeptes konnte das Ergebnis nachgebessert werden. 500 Kollegen aus dem Werk Haidhof sollen unter der Obhut des Konkursverwalters in einer Beschäftigungsgesellschaft für zwei Jahre Arbeit finden.

Hattingen. — Der Branchenführer Thyssen legte in den letzten Jahren Stillegungspläne für zwei Standorte vor. In Oberhausen sollten 3.000 von 4.000 Arbeitsplätzen, in Hattingen 2.900 von 4.700 Arbeitsplätzen und 500 Ausbildungsplätze vernichtet werden. („metall", 6. März 1987). Obwohl gerade die Belegschaft in Hattingen durch ihre Aktion bundesweite Publizität erhielt,
ihre Aktion bundesweite Publizität erhielt,
war es dem dortigen Betriebsrat und der IG-Metall nicht gelungen, die schrittweise Stillegung des Hüttenwerkes zu verhindern. Trotz Frankfurter Vereinbarung besaß Thyssen sogar lange Zeit die Dreistigkeit, selbst Leistungen nach dem Sozialplan für die zu Entlassenden zu verweigern. Die Verhandlungen über einen Interessensausgleich waren nach drei Verhandlungen gescheitert. Der Hattinger Betriebsrat hatte die Versprechungen von Thyssen und Co., neue Arbeitsplätze zu schaffen, beim Wort genommen, und versucht, dies im Interessensausgleich festzuschreiben. Der Abbau von ca. 3.000 Arbeitsplätzen sollte vertraglich an die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen gebunden sein. Der Vorstand lehnte die Vorschläge ab. Thyssen hat zwar auf Konzernebene nach der Frankfurter Vereinbarung eine Kommission zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingerichtet, doch dort, wo konkrete Forderungen auf dem Tisch liegen, wie in Hattingen, soll Personalabbau und Stillegung weiterhin über Fluktuation, Sozialplan und Versetzung abgewickelt werden. Bis heute fordert die IG-Metall vergeblich eine Beschäftigungsgesellschaft.

Rheinhausen. — Noch dramatischer als die Erfahrung mit dem Thyssen-Konzern ist die Situation in Rheinhausen. Auch Krupp hatte im März vergangenen Jahres Massenentlassungen angekündigt. Nach Protesten und langen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung stimmte der Betriebsrat einem „Optimierungskonzept" zu, das den Abbau von 2.000 Arbeitsplätzen vorsah. Da gleichzeitig Betriebsvereinbarungen abgeschlossen wurden, die Weiterqualifizierungsmaßnahmen, die Zusage für neue Arbeitsplätze sowie die Bildung einer entsprechenden Arbeitsgruppe für den Krupp-Konzern enthielten, galt gerade der Krupp-Konzern als derjenige mit der größten Lernbereitschaft und fand entsprechend lobende Erwähnungen in Steinkühlers Öffentlichkeitsarbeit. Leider dauerte diese für die IG-Metall so hoffnungsvolle Situation gerade fünf Wochen und wurde dann durch die Schließungspläne in Rheinhausen gegenstandslos.

Gerade die Schließung eines ganzen Standortes und der Verlust von bis zu 5.000 Arbeitsplätzen wie in Rheinhausen macht natürlich in besonders drastischer Weise die Begrenztheit eines Projektes „Beschäftigungsgesellschaft" deutlich. Ursprünglich gedacht als zusätzliche Maßnahme zur Streckung von Personalreduzierungen über mehrere Jahre, versagt dieses Instrument natürlich völlig bei oben genannten Größenordnungen. *„Die Beschäftigungsgesellschaft soll dazu dienen, daß kein Arbeiter bei Krupp gehen muß, dem nicht ein gleichwertiger Arbeitsplatz geboten wird"*, wird aus Steinkühlers Aschermittwochsrede in den Stahlnachrichten Nr. 5 zitiert. Vereinbart wurden in Rheinhausen jedoch nur maximal 700 neue Arbeitsplätze ...

Blohm + Voss Werk Ross. — Realistisch sind eher Modelle und Kompromisse wie z.B. bei Ross-Industrie in Hamburg (dem Rest der ehemaligen Werft HDW). Hier wurde in Absprache mit IG-Metall, Arbeitsamt und Hamburger Senat zwischen Vorstand und Betriebsrat vereinbart, daß für 100 von ca. 300 zu entlassenden Kollegen eine Beschäftigungsgesellschaft gegründet wird. Nach Ablauf von Weiterqualifizierungsmaßnahmen sollen die Kollegen in die
rungsmaßnahmen sollen die Kollegen in die
Beschäftigungsgesellschaft übernommen werden für maximal zwei Jahre. Sie erhalten ca. 90% des letzten Verdienstes aus Geldern vom Arbeitsamt (63 %) und aus einem Wirtschaftsförderungsprogramm des Hamburger Senats (Rest bis zu 90%). Die Werft Blohm + Voss, Eigentümer von Ross, beteiligt sich einmalig mit 2,5 Mio. DM, davon 2 Mio. DM durch Sachmittel wie Maschinen, Werkzeuge usw.. Der Name Blohm + Voss oder Ross darf im Namen der Beschäftigungsgesellschaft nicht auftauchen. Bedingung ist, daß die Gesellschaft keine eigenen Entwicklungen oder Produkte vermarkten darf, sondern sie anderen privaten Interessenten zur Verfügung stellen muß. Ob es jemals zu Entwicklungen kommt, ist mehr als fraglich; Bedingungen, die dies ermöglichen, sind vertraglich nirgendwo festgeschrieben. So scheint es eher realistisch, daß hier für zwei Jahre eine Art Leihfirma etabliert wird, wo private und senatseigene Firmen bei Personalengpässen entsprechende Arbeitskräfte befristet abfordern können.

Zur Zeit scheint selbst diese Variante fraglich. Der SPD-Koalitionspartner FDP sträubt sich seit Abschluß der Betriebsvereinbarung im Januar '88, entsprechende Gelder im Hamburger Senat zu bewilligen. Die FDP ist der Meinung, die betroffenen Kollegen müßten sich mit ihren Abfindungsprämien an der Beschäftigungsgesellschaft beteiligen.

Angesichts dieser Entwicklung ist es schon erstaunlich, daß selbst dieser Typ Beschäftigungsgesellschaft von der IG-Metall noch zum Modellfall erklärt wird. So war es immerhin die Bezirksleitung der IG-Metall, die den Betriebsrat drängte, der Vereinbarung wegen ihres Modellcharakters zuzustimmen. Dieser hatte nämlich erhebliche Bauchschmerzen, seine Forderung war ursprünglich auf zehn Jahre und für 300 Kollegen ausgelegt, selbstverständlich ohne Vermarktungsauflagen.

Lachender Dritter ist Blohm + Voss. Das Unternehmen hat damit die Schließung einer Werft, die noch vor fünf Jahren 4.500 Beschäftigte zählte, lautlos über die Bühne gebracht.

no.

1. Mai in Kreuzberg —

Kampftag der Bullen



Foto: Andreas Schoelzel

Im Vorfeld von Demonstrationen oder anderen Aktionen lassen Polizei und veröffentlichte Meinung in der Regel keine Gelegenheit aus, um gegen „Chaoten" und „Randalierer" zu hetzen. Gerade vor dem 1. Mai in Kreuzberg war alles ganz anders. „Präventive Deeskalation" — so lautete diesmal die Strategie. Und: „Seit einem Jahr versuchen wir mit wachsendem Erfolg bei unseren Polizeibeamten Verständnis für den Problembereich SO 36 zu wecken. Dazu gehört die Vielfalt des Kiezes und die dahinter steckende soziale Problematik." Unbedarften Leuten drängt sich hier eher ein Vergleich mit Redebeiträgen von Horst-Eberhard Richter und Petra Kelly während eines Seminars zum Abbau von Feindbildern und Aggressionen auf, als Ausführungen von Westberlins Polizeipräsident Schertz bzw. Landespolizeidirektor Kittlaus.

Sinnfälliger Ausdruck dieser „soften" Polizeistrategie war ein Plakat, das formal dem Aufruf zur „Revolutionären 1. Mai-Demo" nachgebildet war. Lautete im Demoaufruf das Motto „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark" (ein Spruch, der angeblich von Rosa Luxemburg stammt), ergänzt durch Parolen wie „Gegen Patriarchat und Kapital kämpfen wir international", so hieß es im Bullenplakat: „Demo ohne Zoff ist großartig, alles andere ist Quark" und: „Meinung sagen, Spaß haben", schließlich ganz sozialarbeiterisch: „Akzeptanz statt Militanz". So fand die Gewaltfreiheitsideologie der Friedensbewegung einen späten Widerschein in der Westberliner Polizeiführung.

Die Umsetzung dieser Deeskalationssprüche wurde auf die der Staatsgewalt eigene, vertrackte Art und Weise realisiert. In der Tat gab es weder auf der Demo noch auf dem Straßenfest, noch am Abend des 1. Mai „Zoff" — soweit alles „großartig" im Sinne der Polizei — aber „alles andere", was sich in der Nacht vom 1. zum 2. Mai in den Straßen Kreuzbergs rührte, wurde zu „Quark" gehauen. Mit Platzwunden, Gehirnerschütterungen, Augenverletzungen, schweren Blutergüssen und Rippenbrüchen wurden die Opfer der „präventiven Deeskalation" in die Krankenhäuser eingeliefert. Die genaue Zahl der Mißhandelten ist, wie so oft, unvollständig. Einzig die Mißhandler konnten schon einen Tag nach der Prügelnacht mit einer ordentlichen Liste der eigenen „Opfer" aufwarten. Es handelte sich dabei um 53 „Verletzte", die — wenn überhaupt — nur einer ambulanten Behandlung bedurften. Es handelte sich also um eine bewußte Entstellung des Begriffe „verletzt", um in einem Atemzug mit den
„verletzt", um in einem Atemzug mit den
in den Krankenhäusern liegenden wirklichen Repressionsopfern in den Tageszeitungen erwähnt zu werden, eine Rechung, die aufging, von BZ bis taz. Das Gleichgewicht des Schreckens sozusagen.

Die Anzahl der durch Bullenknüppel Verletzten wird vom Kreuzberger Ermittlungsausschuß (EA) mit über 100 Personen angegeben. Die Zahl dürfte eher als Minimalgrenze Gültigkeit haben, wenn mensch in Betracht zieht, daß von 21.15 bis ca. 3.00 Uhr am nächsten Morgen der Bezirk von 2000 Polizisten terrorisiert wurde und zwar fast durchgängig unter Schlagstockeinsatz. Dazu kommt, daß die berüchtigte Schlägerbande EbLT von Anfang an im Einsatz war. Diese, unmittelbar dem Innensenator unterstellte Sondereinheit war kurz nach dem 1. Mai 1987 gegründet worden und besonders für den „Kiezkampf" vorgesehen. Noch im Jahr der Gründung hatte sie mit einem beispiellosen Prügeleinsatz in Wackersdorf ihren ersten Auftritt im Bundesgebiet. Das läßt befürchten, daß die ernsthaft Verletzten weit über der gesicherten Minimalgrenze von 20-30 Personen liegen. Das Kreuzberger Urbankrankenhaus, die Hauptauffangstation für Polizeiopfer, gab diesmal keine Informationen nach außen. Damit sollten die eingelieferten Polizeiopfer vor dem weiteren Zugriff des Staats geschützt werden. Eine Maßnahme, die aus den bitteren Erfahrungen des letzten Jahres heraus getroffen wurde, als Personen, die während des Reagan-Besuchs in Kreuzberg von der Polizei zusammengeschlagen worden waren, aus der Unfallstation des Urbankrankenhauses heraus festgenommen wurden.

Da die Polizei eine gemischten Einsatz fuhr (prügeln und greifen), ist neben den Verletzten die Zahl der Festgenommenen zu bilanzieren. Die Gesamtzahl wird mit 134 angegeben, unter denen sich laut Polizeiauskunft 75 Personen befunden hätten, die als Straftäter verdächtigt werden. Davon wiederum wurden 25 Personen wegen schwerer Körperverletzung, schwerem Landfriedensbruch und Widerstands gegen die Staatsgewalt unter Anklage gestellt. Sechs Personen wurden in U-Haft genommen, von denen noch vier einsitzen (Stand: 26.5.).

Nacht der langen Messer

Es sei gleich vorweg gesagt: Wer nun mit einem Achselzucken zur Tagesordnung übergeht, in der Meinung, dieser 1. Mai wäre eine „normale" Kreuzberg-Randale gewesen, oder einige Hardcore-Autonome hätten durch gezielte Provokationen den Knüppeleinsatz der Polizei mutwillig und zu Lasten der „normalen" Leute vom Zaun gebrochen, liegt völlig falsch. Die Polizei hat am 1. Mai absichtlich, ohne erkennbaren äußeren Anlaß und nach genau ausgetüfteltem Schlachtplan eine Nacht der langen Messer inszeniert.

Natürlich hatte die Erinnerung an die denkwürdigen Ereignisse des 1. Mai 1987 für eine erwartungsvolle Stimmung im Vorfeld gesorgt. Hinzu kommt, daß auf diversen Flugblättern, Graffitis und Klosprüchen eine Wiederholung dieser Volksbelustigung für 1988 in Aussicht gestellt wurde. Aber so sehr der Szene, vom Antiimp über den Sponti bis zum vergnügungssüchtigen Zuschauer der Sinn nach einem Revival stand, so bewußt war auch allen der Widerspruch zwischen den eigenen Sehnsüchten und ihrer praktischen Umsetzbarkeit. Denn schon die Ereignisse um den Reagan-Besuch im Juni 1987 hatten im wörtlichen Sinne schlagend unter Beweis gestellt, daß die Polizei keine weitere Schlappe wie die vom 1. Mai 1987 hinnehmen würde.

Ein Bündnis der diversen politischen Gruppen und Grüppchen (links von der AL) entschied sich deshalb für die Mobilisierung zu einer möglichst großen, möglichst radikalen aber zoff-freien Demo, der „ersten revolutionären 1. Mai-Demo" in Kreuzberg. Parallel dazu sollte auf dem Lausitzer Platz das übliche 1. Mai-Fest des etablierten linken Spektrums stattfinden — jenes Fest, das im Jahr zuvor von der Polizei angegriffen worden war, was die „siegreiche" Randale erst auslöste.

Die Demonstration, für die unter dem aufmunternden Motto „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark" aufgerufen wurde, war auf alle Fälle ein beeindruckender Erfolg. Denn wann gelingt es schon mal einem linksradikalen Bündnis unter vollständiger und bewußter Umgehung der traditionellen Linken einen stattlichen Haufen zusammenzubringen. Und die 6.000-8.000 Leute, die am 1. Mai angetreten waren, überstiegen alle Erwartungen. Die Demonstration verlief friedlich aber powervoll und wurde gegen 16 Uhr nach einem verheerenden Antiimp-Redebeitrag für aufgelöst erklärt. Die Mehrheit der Demonstranten blieb im Viertel, die meisten zogen zum Fest
im Viertel, die meisten zogen zum Fest
auf dem Lausitzer Platz.

Die Polizei hatte sich bis in den Nachmittag hinein wie versprochen einigermaßen im Hintergrund gehalten. Um 16.30 Uhr verstieß die Polizei gegen die Abmachungen, die sie im April mit den Veranstaltern des Festes am Lausitzer Platz getroffen hatte und erschien mit etlichen Wannen am Heinrichplatz, mitten im Viertel. Zur Begründung mußte der „harte Kern" der Autonomen herhalten, der sich dort angeblich zusammenrotte. Daß diese Behauptung falsch war, veranlaßte die Polizeiführung nicht zum Rückzugsbefehl, der Heinrichplatz blieb besetzt. Doch diese deutliche Provokation führte zu keinerlei Reaktionen seitens der mehrere Tausend zählenden Menge, die sich auf den Straßen aufhielt. Die festliche Stimmung auf dem Lausitzer Platz und in den angrenzenden Straßen blieb bis zum Abend ungestört. Auch das Mai-Feuer, das einige Leute gegen 20.30 Uhr auf dem Lausitzer Platz entzündeten, schien die Situation nicht zu verändern, denn es brannte eine Dreiviertelstunde ohne von Polizei oder Feuerwehr als Gefahr wahrgenommen zu werden. Dennoch wurde die dringend gebotene Löschung dieses Feuers zum Anlaß genommen, die Leute auf dem Lausitzer Platz zu überfallen. Erstaunlich daran ist, daß das Feuer, nachdem die Polizei den Platz menschenleer geprügelt hatte, noch fast eine Stunde lang weiterbrannte.

Seit diesem Überfall auf den Lausitzer Platz um 21.15 Uhr beschäftigte sich die Polizei damit, die Menschen durch das Viertel zu jagen. Immer mit einer Prügelgarde als Vorhut und mindestens einem Dutzend Wannen hinterher. Aus den Polizeilautsprechern wurden die Treibjagden mit Ur-Berliner Humor garniert („Jetzt machen wir Euch Beene", „Jetzt könnt Ihr mal das Laufen lernen"). Die leergeräumten Straßen wurden dann abgeriegelt, für Anwohner gab es nur noch den Weg hinaus. Der Rückweg in eine abgeriegelte Straße war praktisch nur noch denen möglich, die ihren Wohnsitz im abgeriegelten Bereich beweisen konnten und nicht mal dann mit Sicherheit. Bis gegen Mitternacht war der ganze Bereich zwischen Kottbusser Tor und Lausitzer Platz von der Polizei besetzt und über weite Strecken unpassierbar. Da die Polizei aber in ständiger Bewegung war und mal diese, dann jene Straße absperrte, hielten die Treibjagden auch nach der faktischen Totalbesetzung an. Eine Unterscheidung zwischen Passant oder Zuschauer und „Störer" wurde dabei nicht getroffen. Wer nicht davonrannte, mußte damit rechnen, zusammengeschlagen zu werden.

Gegenwehr

Eine nennenswerte Gegenwehr der Bedrängten fand nicht statt. Diejenigen Kreuzberger, die Erfahrungen in militanter Gegenwehr haben, waren in dieser Nacht — wenn überhaupt — nur als sehr zurückhaltende Beobachter des Geschehens in Erscheinung getreten. Die Autonomen waren mehrheitlich zu dem Ergebnis gekommen, daß an diesem Abend nichts zu holen sei. Trotzdem wurden vereinzelt Steine gegen Wannen und angreifende Bullen geworfen und immer wieder mal der Versuch unternommen, Gerümpel auf der Straße anzuzünden. Viel weiter gedieh der „Barrikadenbau" nicht, weil spätestens nach zehn Minuten ein Räumpanzer der Polizei das Material beiseite räumte. Zu keinem Zeitpunkt hatte sich eine größere Gruppe von Leuten gesammelt, um gemeinsam etwas gegen die Prügelhorden zu unternehmen. Alle militanten Handlungen blieben vereinzelt, zufällig und wirkungslos. Die Behauptung des Staatssekretärs des Innensenats Müllenbrock zum Beispiel, es sei wieder mit Gehwegplatten und Molotowcocktails auf Polizeibeamte geworfen worden, mußte zwei Tage später vom Sprecher des Innensenats dementiert werden.

Nur eine „Übung"?

Bleibt die Frage, was die Herrschenden mit dieser Knüppelorgie bezweckt haben mögen. Die gängige These des etablierten linken Spektrums lautet: Hier sollte „unter realistischen Bedingungen" eine „Übung" für die zu erwartenden Polizeieinsätze anläßlich der IWF/Weltbank-Tagung im September durchgezogen werden. Daß solche Erwägungen seitens der Herrschenden auch oder unter anderem eine Rolle gespielt haben, liegt auf der Hand, hatte doch der Innensenator Kewenig diesen Zusammenhang ausdrücklich zugegeben.

Es wäre aber grundfalsch zu unterstel-
Es wäre aber grundfalsch zu unterstel-
len, der Polizeieinsatz vom 1. Mai sei lediglich eine im Grunde „unwesentliche" Trockenübung für den „eigentlich" bedeutsamen Einsatz im Herbst gewesen. Mit dieser Begründung bleibt nämlich die Frage unbeantwortet, warum bei einem Polizeieinsatz, der nur eine Übungsfunktion gehabt haben soll, mit derart massiver und vor allem willkürlicher Brutalität vorgegangen wurde. Schließlich konnte am 1. Mai ja gerade der „harte, militante Kern", der vielleicht während der IWF/Weltbank-Tagung in Erscheinung treten könnte, gar nicht getroffen werden, weil er nicht in Erscheinung getreten ist.

Die These vom Übungscharakter des 1. Mai-Einsatzes unterläßt es, ihn in einen Zusammenhang mit den seit geraumer Zeit betriebenen Strategien zur Befriedung von SO 36 zu stellen. Bekanntlich wird nicht erst seit dem 1. Mai 1987 mit großem Aufwand versucht, den „sozial kranken" (Kewenig) Bezirk zu befrieden. Das heißt konkret, das südöstliche Kreuzberg soll via Altbausanierung, Ansiedlung von Nobelrestaurants und Geschäften des „gehobenen" Bedarfs für den links-liberalen Mittelstand attraktiv gemacht werden. Soziale Durchmischung heißt das Zauberwort.

Das Dilemma bei jeder sozialen Befriedungspolitik liegt jedoch darin, daß das Ziel, die Beherrschten, um die es jeweils geht, möglichst lückenlos ins System eingemeinden und auf Systemloyalität verpflichten zu wollen, mit den der sozialen Befriedungspolitik eigenen Mitteln nie vollständig zu erreichen ist. Das legt im Zweifelsfall den Rückgriff auf andere Mittel aus dem Arsenal der Befriedung nahe, vor allem den offenen Terror.

Die Besonderheit von SO 36, im Gegensatz zu vergleichbaren westdeutschen Szene-Vierteln liegt unter anderem darin, daß die Akzeptanz des sozialen Befriedungskonzepts ziemlich niedrig ist. Das drückt sich zum Beispiel darin aus, daß die linksradikale „Szene" nicht wie anderswo ein total isoliertes Getto-Dasein führt, sondern inmitten von Leuten Politik machen kann, die militante Aktionsformen überwiegend tolerieren oder billigen, ohne selber linksradikal oder militant zu sein.

Diese Situation erscheint aber in den Augen der herrschenden Eingemeinder als potentielles Versagen, zumindest aber als Strukturdefekt ihrer sozialen Befriedungspolitik. Ein Defekt, der, weil's anders nicht geht, mit repressiven, also offen gewaltsamen Methoden beseitigt werden muß. Für die These, daß mit dem Bulleneinsatz vom 1. Mai 88 die Kreuzberger „Szene" und ihr „Sympathisantensumpf" gezielt demoralisiert werden sollte, spricht, daß nicht nur Leute mit autonomem Outfit damit rechnen mußten, gnadenlos verprügelt zu werden, sondern praktisch jeder, der sich auf der Straße befand, potentielles Opfer polizeilicher Maßnahmen war. Ein Vorgehen, das seine Entsprechung in der Total-Abriegelung des gesamten Viertels im Juni 87 hatte, als der Bezirk als Ganzes nicht etwa nur die „potentiellen Störer" faktisch in Vorbeugehaft genommen wurde. Die Polizeiaktionen der Mainacht 1988 wären in der Tat nur zu vermeiden gewesen, wenn alle Leute das Lausitzer-Platz-Fest in einem Akt „freiwillig" antizipierenden Gehorsams am frühen Abend in kleinen Gruppen verlassen hätten, um sich spornstreichs in ihre Kneipen oder Wohnungen zu verkrümeln.

Den Zweck der gezielten Demoralisierung der Szene und ihrer Sympathisanten verfolgten auch die Demütigungsaktionen der Polizei in den Wannen und auf der Wache. Es ist eine stillschweigend vorausgesetzte Übereinkunft jedes politischen Kampfes, selbst der popeligsten Randale, daß sich dessen Intensität nach der jeweiligen Stärke des Gegners bemißt. Ist der Gegner von der Polizei festgenommen, so ist der Kampf zu Ende, der Gegner wird in Gewahrsam genommen und den Ermittlungsbehörden übergeben. Im Unterschied dazu entzündet sich der (besonders für den Faschismus typische) Demütigungswille gerade am bereits besiegten und wehrlosen Opfer, das — wie am 1. Mai geschehen — zum Beispiel gezwungen wird, sich in der Wanne unter Verhöhnungen der Bullen auszuziehen, wobei ihm noch die Brille zertreten wird. Ein Beispiel auch dafür, daß gewisse, für spätkapitalistische Machtausübung unverzichtbare, Elemente faschistischer Herrschaftstechnik, im Rechtsstaat BRD bzw. Westberlin fortleben und bei Bedarf jederzeit abrufbar sind.

Der niederschmetternde Effekt von Polizeiaktionen in der Qualität des 1. Mai liegt in der Erzeugung einer allgemeinen Angst vor einer terroristischen Staatsgewalt. Dadurch sollen die vielen „stillen Sympathisanten" im Interesse der eigenen körperlichen Unversehrtheit dazu bewegt werden, sich von der militanten „Szene" zu distanzieren, die wiederum selber von der Sinnlosigkeit jeder Gegenwehr schlagend überzeugt werden soll.

el/jw, KB Westberlin

Revolutionäre 1. Mai-Demo

Die „1. revolutionäre 1. Mai-Demo" in Kreuzberg war eine Bündniskiste ohne gemeinsamen Aufruf und ohne ein inhaltlich abgestimmtes Konzept. Das vermittelte den Eindruck eines politischen Gemischtwarenladens, dessen Bezug zum Kampftag der Arbeiterklasse manchmal nur schwer herzustellen war. Die auf der Demonstration und in den vorher kursierenden Aufrufen angesprochenen Themen reichten von eher stadtteilbezogenen Problemen wie Mietwucher oder Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung, bis hin zur internationalen Solidarität (Palästina, Kurdistan, Türkei) und den Perspektiven des Widerstands (z.B. IWF-Kampagne, Mietboykott, VoBo).

Allerdings hat die Mehrheit der Aufrufer-Gruppen durchaus versucht, auch zum Thema Arbeiterklasse und DGB Stellung zu nehmen. Im Aufruf der Stadtteilgruppen, der unter anderem auch vom AStA der Freien Universität mitgetragen wurde, heißt es: *„Wir sehen den 1. Mai als internationalen Kampftag, an dem wir zusammen mit vielen ausländischen Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung demonstrieren wollen (...) Wir fühlen uns vom DGB nicht vertreten, der lediglich in sozialpartnerschaftlicher Manier das kapitalistische System mit reformiert, für ein Bonbon vom Staat und den Unternehmern dafür sorgt, daß jeglicher Widerstand von unten in den Betrieben in geordnete Bahnen gelenkt und damit auch völlig wirkungslos wird (...) Wir wollen das kapitalistische System nicht reformieren, wir wollen es bekämpfen und abschaffen!"*

Gescheitert sind die Antiimps mit ihrer „Plattform für eine 1. Mai-Demo", die schon Ende März kursierte und das Bündnis unter strenge Antiimp-Hegemonie stellen sollte: *„In der Diskussion um die 1. Mai-Demo geht es für uns um einen Prozeß, der den Widerstand in dieser Stadt zusammenführt, aber nicht über eine formale ‚Einheit in der Vielfalt', sondern über eine Einheit, die sich über ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Strategie, d.h. über die Entwicklung von Angriffslinien für den Widerstand, herstellt."* Zu Ziel und Strategie heißt es im gleichen Papier: *„Wenn es uns gelingt, hier in der Metropole zur realen Gegenmacht zu werden, wenn der Widerstand in allen Bereichen an Schärfe und Breite gewinnt und wenn wir im Herzen der Bestie die Projekte attackieren, mit denen die Imperialisten die Angriffe auf die Völker der Welt planen, so ist das unser internationalistischer Beitrag zur Weltrevolution, sind das auch Etappen zu unserer eigenen Befreiung."*

Weil es dann aber doch zur gescholtenen „Einheit in der Vielfalt" gekommen ist, ist der größte Teil der Antiimps aus der Demo-Vorbereitung ausgestiegen. Der kleinere Teil sicherte sich trotzdem seinen Redebeitrag, in dem unter anderem der heroische Kampf des kurdischen Volkes unter Führung der revolutionären PKK abgefeiert wurde — und was sich in zehn Minuten sonst noch an gefährlich-naivem Revolutionsschwachsinn verzapfen läßt.

Die Ablehnung der DGB-Politik und die Absicht, dem DGB am 1. Mai eine eigene Demonstration entgegenzusetzen, hat das Bündnis aber nicht zu einer Konkurrenzveranstaltung verleitet. Die Westberliner DGB-Demonstration begann nämlich schon um 9 Uhr und ging gegen Mittag zu Ende. Die Kreuzberger 1. Mai-Demo begann um 13 Uhr. Ein Termin, der es potentiellen Interessenten, die auf der DGB-Demo mitmarschiert sind, ermöglichte, anschließend in Kreuzberg weiterzumachen. Dafür wurde von ca. 50 Unterstützern des Kreuzberger Projekts mit Flugblättern während der DGB-Demo geworben. Der Vorwurf von einigen Linken, die Kreuzberger Demo sei nichts als eine sektiererische Gegenveranstaltung gegen die Mai-Aktivitäten des DGB gewesen, ist also unhaltbar.

Göttingen: Volksfront gegen Neonazis

Demonstration gegen FAP-Zentrum unter Teilnahme von DGB, ASTA, KB und Autonomen

2.000 Menschen demonstrierten am 7.5.88 gegen das FAP-Zentrum im 300-Einwohnerdorf Mackenrode in der Nähe Göttingens. Aufgerufen hatte ein antifaschistisches Bündnis aus DGB-Kreisverband, Stadt- und Kreisschülerrat, Autonomen, Grünen, AStA, KB und anderen. Die Demonstration richtete sich gegen die staatliche Duldung des Hauses des FAP-Funktionärs Karl Polacek als Versammlungsort und Ausgangspunkt für zahlreiche faschistische Überfälle.

Ein großer Schwarzer Block mit mehreren hundert Leuten in der Mitte der Demonstration, darüberhinaus zahlreiche vermummte und passiv bewaffnete AntifaschistInnen bestimmten das Bild der Demonstration. Viele AusländerInnen, aber auch viele GewerkschafterInnen (z.T. mit kompletter Familie) waren zudem dabei. Ergebnis des ungewohnten Aktionsbündnisses war eine erfolgreiche Demonstration mit kämpferischem Charakter — ein Sturm auf das FAP-Zentrum war allerdings von allen Gruppen von vornherein in der Planung aufgrund der erwarteten Bullenpräsenz als aussichtslos betrachtet worden. Klar war aber innerhalb des Antifaschistischen Bündnisses für alle Gruppen, also auch für den DGB: Vermummung und Selbstschutz wird toleriert, ebenfalls ein Schwarzer Block; gegen eventuelle Angriffe von Seiten der Polizei oder der Faschisten auf die Demonstration wird man sich selbstredend verteidigen; polizeiliche Fahrzeugkontrollen bei der Anfahrt wird man nicht über sich ergehen lassen, sondern notfalls nach Göttingen zurückfahren und hier gegen Polizeistaat und Faschismus demonstrieren.

Gerade vom Schwarzen Block aus wurde auf die Einhaltung der Absprachen penibel geachtet. Die Autonomen, die seit Bestehen des Bündnisses den entscheidenden Anteil der Arbeit tragen, teilten diese ,,Geschäftsbedingungen'' auf einem mit ,,Keine Panik'' überschriebenen Flugblatt den übrigen DemonstrantInnen mit, in dem sie den defensiven Charakter des Blocks herausstellten: ,,*Uns ist vor allem wichtig, daß weder die Nazis noch die Bullen unsere Portraits für ihre Schwarzen Listen bzw. Karteien bekommen und daß wir vor eventuellen Übergriffen geschützt sind. (...) Um den defensiven Charakter, den unser Block haben wird, nochmals zu* *unterstreichen, werden wir in der Mitte unser Block haben wird, nochmals zu* *unterstreichen, werden wir in der Mitte des Demozugs gehen.''*

Das Ziel des Antifaschistischen Bündnisses war, so dicht wie möglich an das FAP-Zentrum heranzukommen. Daß dies politisch durchgesetzt werden konnte, liegt sicherlich an der bundesweit einmaligen Zusammensetzung des Bündnisses. In einer Erklärung des Koordinationsausschusses nach der Demonstration heißt es dann auch: ,,*Wir haben Zeichen gesetzt. Wir haben die Faschisten in ihren Schlupflöchern aufgesucht und ihnen den vielfachen Widerstand der Region gegen die menschenverachtende Politik der FAP vorgeführt. Und wir haben bewiesen, daß wir trotz unterschiedlicher politischer Einschätzungen und Aktionsformen zu großen gemeinsamen Aktivitäten zusammenfinden können, ohne diese Vielfalt einzuschränken oder Kräfte auszugrenzen. Dieser gemeinsame Kampf ist angesichts der faschistischen Gefahr in Südniedersachen nötig.''*

Die Mobilisierung von 2.000 DemonstrantInnen muß als großer politischer Erfolg gewertet werden, gemessen an Göttinger Verhältnissen, aber auch angesichts der von rechten Gewerkschaftern, Polizei und Presse herbeigesehnten Ausschreitungen. Daß es nicht zu Schlachten kam, ist ausschließlich dem Verhalten der DemonstrantInnen zu danken. An Provokationen hat es nicht gefehlt: Trotz eines angeblich von der Polizei angeordneten ,,Hausarrestes'' für die ca. 30 angereisten Nazis, gelangten zwei von ihnen an den Rand der Abschlußkundgebung, um zu provozieren. (,,Da hilft nur noch Zyklon B'') Als einige DemonstrantInnen sie vertrieben, wurden sie von einem Bullen mit gezogener, in Kopfhöhe gerichteter Pistole bedroht.

DGB mit Rückgrat

Seit einem Jahr, genauer seit dem 20.4.87, sucht der Göttinger DGB das Bündnis mit linken Antifaschisten. Damals hatte der Skinüberfall auf junge Türken in Northeim die Gewerkschafter alarmiert. Die Zusammenarbeit mit der radikalen Linken führte — wie zu erwarten — schnell zu Angriffen durch den Landesbezirksvorstand des DGB. Seit längerem wird schon geprüft, ob der Göttinger DGB gegen die Satzung verstößt (siehe dazu: Arbeiterkampf Nr. 292). Doch der Göttinger Kreisverband reagierte nicht wie üblich mit Rückzug, sondern mit offensivem Eintreten für seine Bündnispolitik. So konnte bei der diesjährigen Mai-Kundgebung des Göttinger DGB ein autonomer Vertreter des Antifaschistischen Bündnisses reden — schön plaziert *vor* dem Beitrag des Landesbezirksvorsitzenden, während der Einfluß der Gewerkschaft der Polizei auf den alljährlichen Erbsensuppenverkauf beschränkt blieb. Sowas freut einen schon.



Auch im Vorfeld der Demonstration fiel der DGB — trotz massiver Hetze in der Presse — nicht von dieser offensiven Linie ab, auch nicht, als im Rahmen einer Serie von Distanzierungen die Kreisgruppe der GdP die Demo in der Lokalpresse zum ,,ungeeigneten Instrumentarium, den Rechtsextremismus zu bekämpfen'' erklärte und stattdessen in dieser Frage ,,der Polizei insgesamt (...) ihr volles Vertrauen'' aussprach (Göttin- dieser Frage ,,der Polizei insgesamt (...) ihr volles Vertrauen'' aussprach (Göttinger Tageblatt, 6.5.88). Und auch ein von der Göttinger Staatsanwaltschaft gegen den linksradikalen Flügel des Bündnisses eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung konnte den DGB nicht einschüchtern.

Jusos gehen — die SPD integriert

Die SPD, die das Bündnis seit seinem Bestehen faktisch ignoriert hatte, hielt sich im Vorfeld der Demonstration von öffentlichen Distanzierungen zunächst zurück und versuchte, innerhalb des DGB zu intrigieren und die Gegner des Bündnisses zu formieren. Am Vorabend der Demonstration äußerte sie dann doch noch — anläßlich eines Ratsantrages der GAL zur Unterstützung der Demonstration — tiefste Zweifel am ,,friedlichen Verlauf'' (GT, 7.5.88) und verurteilten die geplante Aktion.

Die Jusos, die bis dahin aus der Beobachterposition die Aktivitäten des Bündnisses verfolgt hatten, hatten schon kurz vorher übereifrig nicht nur die Unterstützung der Demonstration zurückgezogen, sondern auch ihren Austritt aus dem Bündnis erklärt. In einem bündnisinternen Papier erklärten sie die anderen Organisationen letztlich zu prügelwütigen Chaoten und die ,,Strategie der direkten Konfrontation'' zum kurzfristigen Aktionismus, mit der ,,der Weg in die gesellschaftliche Isolation deutlich vorgezeichnet (scheint)''.

Doch schon einen Tag nach dem erfolgreichen Verlauf der Demonstration, ohne die von der SPD ersehnten Randale, nach der man den DGB von den linken Kräften hätte reinigen können, sah die Welt mit einem Mal ganz anders aus. Strikt nach dem Motto ,,Was schert mich mein Geschwätz von gestern'' drängelten sich SPD-Unterorganisationen inclusive der Jusos um die Mitarbeit im Antifaschistischen Bündnis, getragen von der der SPD eigenen arroganten Hoffnung, daß kein Verrat zu groß ist, um nicht wieder mit offenen Armen empfangen zu werden.

Dieses Mal ging das Kalkül nicht auf: Der linksradikale Flügel im Bündnis hatte den Austritt der Jusos begrüßt und eine weitere Zusammenarbeit entschieden abgelehnt. Und auch der DGB hat kein großes Interesse an einem Bündnispartner, der bei der nächsten Belastungsprobe dem Bündnis wieder in den Rücken fällt. Dem DGB wäre es zwar lieber gewesen, wenn man SPD-Kräfte hätte integrieren können. Doch der DGB wurde vor die Entscheidung gestellt, sich zwischen den linksradikalen Kräften, die die bisherige Arbeit getragen haben und der SPD, von der auch der DGB keine aktive antifaschistische Politik erwartet, zu wählen. Nach einigem Schwanken entschied sich der DGB für die radikale Linke. Auf dem Bündnistreffen am 16.5.88 konnten sich von daher alle darauf vereinheitlichen, daß man den Austritt der Jusos dankbar zur Kenntnis nimmt.

Weiterer Nazi-Terror und juristische Klagen

Auch dieses Jahr feierten die Nazis wieder zünftig den ,,Führergeburtstag'' in Südniedersachsen. Hatte man sich im letzten Jahr Northeim ausgesucht, so fiel dieses Jahr die Wahl auf Bad Harzburg. Hier lieferten sich Skins mit AntifaschistInnen schwere Auseinandersetzungen. Schließlich konnten die Skins vertrieben werden.

Für Göttingen hatten sich die Nazis den 8. Mai als Kampftag ausersehen. An diesem Tag spielte Eintracht Braunschweig in Göttingen. Mit Hilfe der Braunschweiger Fußball-Fans wollte man das Göttinger Jugendzentrum Innenstadt angreifen. Unter dem Eindruck der machtvollen Demonstration in Mackenrode haben die Nazis davon aber Abstand genommen.

Dafür versuchten sie aber an diesem Tag in Braunschweig, das besetzte Haus in der Böcklerstraße anzugreifen.

Sind die Nazis von ihrem Ziel, ,,das rote Göttingen zu erobern'', nach wie vor weit entfernt, so scheinen sie sich derweil erst einmal auf das Machbare zu besinnen. Auf der Straße haben sie keine Chance, dafür aber vor Gericht. So konnten die Nazis per Einstweiliger Verfügung die Ausgabe der AStA-Zeitung ,,Göttinger Nachrichten'' stoppen, die auf ihrer Rückseite ein Aufrufplakat für die Demonstration in Mackenrode abgedruckt hatte. Auf dem Plakat ist eine Fotomontage abgedruckt. Es zeigt das FAP-Zentrum, aus dessen Dach Flammen schlagen. Gericht und Nazis sehen darin gemeinsam einen Aufruf zu Straftaten. Der NPD-Funktionär Fiedler und FAP-Kassenwart Polacek wollen deshalb den AStA verklagen.

He. und Re., KB Göttingen



„Ein Hoffnungsträger für andere Politik“

Interview mit Thomas Malkowski (DGB)

Ein Aktionsbündnis, wie wir es derzeit in Göttingen vorfinden, steht in seiner Breite von Gewerkschaftern bis Autonomen und seinem Erfolg fast einmalig da. Was hat Euch als Gewerkschafter dazu bewogen, das Bündnis mit dem linksradikalen Spektrum zu suchen?

Vorweg: Dies ist ein ungewöhnliches Interview. Es wird wahrscheinlich in einem Kontext zu den Ereignissen in und um Mackenrode erscheinen, den ich nicht kenne und nicht verantworte. Daher zunächst eine Klarstellung: Es gibt Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften bzgl. des KB, die ich für richtig halte. Auch teile ich weder die Ansichten noch das politische Programm des KB. Trotzdem finde ich, daß der Kampf gegen reaktionäre und faschistische Tendenzen in dieser Gesellschaft alle — salopp gesagt — ,,Gutmeinenden'' ins Gespräch und in die gemeinsame Aktion bringen muß. Das gilt gleichermaßen für dies Interview wie für die Arbeit im Antifa-Bündnis, an der auch der KB seinen Anteil hat.

Eure Frage unterstellt, die Gewerkschaften hätten sich an das ,,linksradikale Spektrum'' (seufz!) herangepirscht — dem ist nicht so. Man muß sich die konkrete Situation vor Augen halten: Die ländlichen Regionen werden mehr und mehr zum Exerzierplatz für alte und neue Nazis. Feme-Morde, Sprengstofanschläge, Türkenhatz, paramilitärische Aufmärsche, Wahlerfolge, ... Auch in den Dörfern und Gemeinden rund um Göttingen blüht der radikale Sumpf. Wer den trockenlegen will, muß vielfältigen Widerstand leisten. Man kann über den Stellenwert der Widerstandsformen unterschiedlicher Meinung sein, aber ich persönlich weigere mich, den Kampf gegen organisierte Faschisten zu einer Sache von Ausgrenzungsstrategien oder Theoriezirkeln verkommen zu lassen.

Ich will hier nicht ausufern. Man kann die Antwort auf Eure Frage auch kurz fassen: Wir haben uns — praktisch in Notwehr — mit dem Anwachsen der faschistischen Gefahr in Südniedersachsen beschäftigt und dabei Bündnispartner gefunden, die wir nicht borniert zurückgewiesen haben. So einfach ist das.

Gibt es innerhalb der Gewerkschaften Auseinandersetzungen um diese Bündnispolitik?

Wer das Spektrum der Gewerkschaften kennt, weiß, daß das bisher Geäußerte — gelinde gesagt — nicht unumstritten ist. Die Bündnisfrage ist ja ohnehin das meiststrapazierteste Thema zahlreicher Kongresse und Anträge. Was schon für die Friedensbewegung und den DGB galt — ,,halb zog sie ihn, halb sank er hin'' — nimmt im Antifa-Bereich fast hysterische Züge an. Ich will mich über Einzelheiten nicht auslassen. Nur soviel: Auch die Gewerkschaft der Polizei gehört zum DGB. Im Großen und Ganzen ist die Politik der Gewerkschaften in Göttingen eine aktionsorientierte und glaubwürdige. Natürlich ist alles versucht worden, uns vor diesem Bündnis zu ,,bewahren''. Herausgekommen ist: Die Beschlußlage gibt unsere Mitarbeit her und der Erfolg der bisherigen Arbeit im Bündnis gibt unserem Ansatz recht. Sehr zum Leidwesen des sozialpartnerschaftlichen Flügels im DGB.

Wie schätzt Du die weitere Perspektive des Antifaschistischen Bündnisses Göttingen ein?

Es wird wohl auch zukünftig zu immer neuen Nagelproben für das Antifa-Bündnis kommen. Da gibt es einerseits eine Menge politischer Kräfte, die das Bündnis gern über den Schnabel nehmen würden. Zweitens wird versucht, die Zusammenarbeit z.B. mit den Autonomen zu kriminalisieren. Gerade an dieser Ecke kann gewerkschaftliche Mitarbeit im Bündnis viel Gegendruck erzeugen. Dieser Punkt wird gern mißverstanden: Die Gewerkschafter vollziehen im Bündnis keinen Dressurakt an den Autonomen. So wie es wohl nicht vorkommen wird, daß Göttinger Betriebsräte kurz mal eine Nazi-Wohnung abfackeln, so wenig ist zu erwarten, daß die Göttinger Autonomen demnächst nur noch mit Ölzweigen wedeln. Da gibt es auch gegenseitig keine Missionsgelüste. Aber ich finde es bedeutend, daß in Mackenrode eine Demo stattgefunden hat, auf der ein ,,schwarzer Block'' Schutzvorkehrungen getroffen und auch die Bereitschaft zur Gegenwehr demonstriert hat, ohne daß die Polizei reingegangen ist oder gefilzt hat. Für diese ,,klimatischen'' Verhältnisse ist sicher die Arbeit der Gewerkschafter im Bündnis verantwortlich, und das ist begrüßenswert. Drittens ist die Gefahr der Spaltung, Lieblingsübung linker Bewegungen, bei einem so hochsensiblen Ding wie diesem Antifa-Bündnis besonders gegeben.

Ich persönlich sehe in diesem Bündnis einen Hoffnungsträger für eine andere Politik. Hier arbeiten Organisationen und Gruppen zusammen, die sich ansonsten politisch nicht aufs Fell gucken können — sicher auch aus handfesten Interessen heraus. Wenn es uns gelingt, weder an Massengeilheit zu ersticken noch in einen Debattierclub abzufallen, können wir einen erfreulichen Beitrag zur politischen Kultur leisten. Ich halte diesen Punkt für sehr bedeutend, weil er über die konkrete antifaschistische Zusammenarbeit hinaus auch Strukturen schafft, die wir als gesellschaftliches Widerstandspotential (ich meine damit alle beteiligten Gruppen) dringend brauchen.

Als nächster konkreter Schritt bietet sich an, eine ,,antifaschistische Woche'' in Südniedersachsen im September vorzubereiten. Wenn alle Gruppen mit ihren Aktionsformen mitmachen, kann das ganz schön bunt gegen rechts werden.



Der neonazistische Einzeltäter

Ralf Tegethoff — Drahtzieher der Bonner Neonazis

Er ist 25 Jahre alt, hat Abitur und hätte in Bonn gerne Jura studiert. Der Sohn wohlhabender Eltern macht jetzt seine Ausbildung als Industriekaufmann, ist immer korrekt „deutsch" gekleidet und liebt es, Befehle zu erteilen. Von Bad Honnef aus leitet er seit einigen Jahren die „Wiking-Jugend", die größte und bestorganisierte neofaschistische Jugendorganisation in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis.

Gleichzeitig ist Tegethoff sowohl Funktionär der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), als auch „Kreissekretär" der „Kameradschaft Bonn/Rhein-Sieg". Diese „Kameradschaft" ist Teil eines bundesweit organisierten Neonazinetzes, das mittlerweile in zwei Flügel gespalten ist: einer mit Michael Kühnen — der andere mit Jürgen Moslar an der Spitze.

Dieser sich auch „Die Bewegung" nennende Aktivistenkreis setzt sich zu großen Teilen aus ehemaligen Mitgliedern der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) zusammen und agiert, um erneuten Verboten entgegenzuwirken und um die Gegner zu verwirren, unter vielerlei Namen. In Bonn und Umland z.B. unter „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstags Adolf Hitlers" (KAH), „Bewegung Deutscher Sozialisten/Arbeiterpartei" (BDS/AP-AO), „Nationalistische Front" (NF) und schließlich „Wiking-Jugend" (WJ) und FAP. Am 2. März 1988, am Tag der Haftentlassung Kühnens, holte die Polizei zum bundesweiten Schlag gegen den „Mosler-Flügel" der „Bewegung" aus. Beamte des Landeskriminalamtes Stuttgart und des BKA durchsuchten 92 Wohnungen in 61 Städten. Darunter auch die Wohnung von Ralf Tegethoff.

Daß diese Aktion eher ein „Schlag ins Wasser" war, bestätigte Tage später eine Anfrage bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart. Demnach dienten diese Durchsuchungen nur der „Informationsbeschaffung". Große Folgen würde es nicht geben und im Übrigen: „Keine Einzelheiten über Einzelobjekte". So kommt es, daß man am 6.5.88 in der Bonner Innenstadt auf einen der vier bei dieser Razzia kurzzeitig inhaftierten Führer der „Bewegung" trifft: Michael Swierczek auf dem Weg zu den Bonner Aktivisten.

Führer befiehl — wir folgen dir

Nur einen Tag vor dem bundesweiten Schlag standen acht Neonazis vor dem Bonner Amtsgericht (Hitlergruß, Sprüche gegen Juden). Gerade als die Beweisführung abgeschlossen wurde und Rich-
che gegen Juden). Gerade als die Beweisführung abgeschlossen wurde und Rich-
ter Wilke es bedauerte, daß aufgrund des beharrlichen Schweigens der Angeklagten und trotz guter Personenbeschreibung einer der beiden Haupttäter nicht mehr ermittelbar sei, betrat Ralf Tegethoff den Gerichtssaal und setzte sich auf die Zuschauerbank.

Ein Zeuge erkannte ihn sofort als denjenigen, der am 7. Juni 1987 auf dem Friedensplatz in SA-Braunhemd militärische Kommandos und den Befehl gab, das „Horst-Wessel-Lied" zu singen. Der Staatsanwalt, hierüber informiert, machte jedoch keine Anstalten, nachträglich irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Glück für Tegethoff, der den Ausgang des Prozesses weiterverfolgen konnte. Sichtlich erleichtert reagierte er auf den Urteilsspruch. Einer seiner Aktivisten, der 26jährige Vaclav Zach aus Niederkassel, erhielt eine Geldstrafe. Den anderen, die den Kommandos von Tegethoff und Zach gefolgt waren, brummte der Richter eine Verwarnung und „Nachhilfestunden" in deutscher NS-Geschichte beim „Verein an der Synagoge" auf. Die Reaktion Tegethoffs: er und sein Nebenmann Klaus Rahmann, der mit ihm den Gerichtssaal betreten hatte, grinsten sich wissend an. Der 21jährige Rahmann war, wie der Zufall es wollte, im März 1986 vom selben Richter zu genau der gleichen Strafe verurteilt worden. Der Grund: er hatte im November 1985 zusammen mit zwei anderen Neonazis den Duisdorfer Pfarrer Leiverkus beschimpft und verprügelt.

Bei Rahmann hatte die Erziehungsstrafe von 1986 offenbar keine Wirkung. Er ist heute, dem Auftreten nach, einer der Führungsleute Tegethoffs.

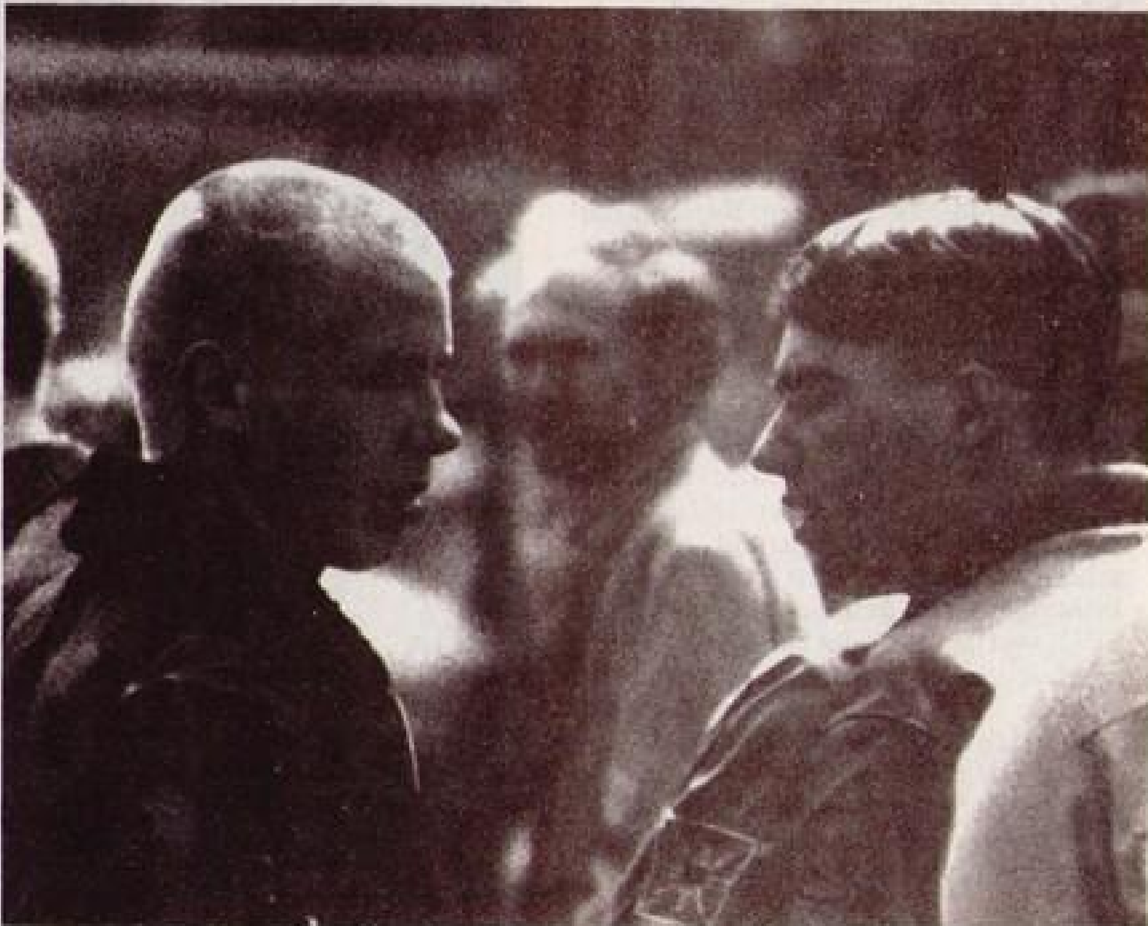
Alltäglicher Terror

Ohne zu übertreiben kann man heute behaupten, daß aus dem Organisationsnetz der lokalen neofaschistischen Szene seit Jahren alle möglichen Arten von Straftaten hervorgegangen sind. Folgende Aufzählung erwähnt nur die Fälle, die durch die Presse gingen: Es fängt an bei ausländerfeindlichen Schmierereien und Beleidigungen — über Bedrohungen (den Vorsitzenden der Schüler-Union, Jan. 1984; den Rektor K.J. Schwalb, Mai 1985), Raub (Skinhead raubt Geld, April 1987; bewaffneter Raubüberfall, Mai 1988), Reifen-Aufschlitzen (Auto einer Sozialarbeiterin, Lohmar Nov. 1984; Auto eines Kongreß-Besuchers, Hauptbahnhof Feb. 1984) und Körperverletzungen (Überfall auf Ghanesen, St. Augustin Aug. 1984; Überfall auf Punker, Sept. 1984; Überfall auf zwei Iraner, April 1986) — bis hin zu Wehrsportübungen mit Munition (Sprengstoffübungen, Königswinter Sept. 1983; Schießübungen, Hangelar Nov. 1985), Brandanschläge (Autos von Türken, Dransdorf Feb. 1984; FDP-Baracke, Duisdorf März 1986; Treppenhaus einer Wohnung, Friedensplatz Sept. 1987), Morddrohungen (Todeslisten Okt. 1984), versuchtem Totschlag (Überfall auf Türken, Münsterplatz Sept. 1985; bewußtlos geschlagene Frau auf Bahngleise gelegt, St. Augustin Dez. 1986), Tötung (Tod bei Messerstecherei, Siegburg März 1986) und Mord (ein Türke in Hennef, Juni 1986).

Aufgrund der streng hierarchischen Strukturen solcher Organisationen wie WJ, FAP und KAH, vermuten Kenner der Szene „verantwortliche Stellen" für dererlei „alltäglichen" Terror. Dies ist natür-
Szene „verantwortliche Stellen" für dererlei „alltäglichen" Terror. Dies ist natür-
lich oft schwer zu beweisen. Für die konkrete Rolle, die Ralf Tegethoff in Bonn spielt, hat sich jedoch einiges an Material angesammelt. Der eingangs erwähnte Prozeß war nur ein Beispiel. Ein anderes:

Von Kühnens „Bewegung" wurde im März 1986 eine besondere „Kampagne" gestartet. Aus einigen Orten der Bundesrepublik erhielten jüdische Mitbürger Droh- und Mordbriefe. Im selben Monat wurde Tegethoffs Führungsmann in Sankt Augustin, Stefan Niemann, in Untersuchungshaft genommen. Bei einem internen Streit zwischen Neonazis hatte er einen 19jährigen tödlich verletzt (siehe AK 276, S. 24). Bei der Hausdurchsuchung in Niemanns Wohnung hatte die Polizei einen Brief beschlagnahmt, der von ihm verfaßt, aber nicht abgeschickt worden war. Es war ein Drohbrief, gerichtet an den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Berlin Galinski. In seinem Strafprozeß wurde Niemann vom Richter gefragt, warum er den Brief nicht abgesandt hätte. Antwort: *„Tegethoff rief mich an und sagte, es wäre zur Zeit nicht opportun, den Brief abzuschicken!"* Im selben Prozeß bestätigte der Siegburger FAP-Führungsmann Frank Karmann, daß einzig „unser politischer Leiter", nämlich Tegethoff, ein Femegericht einberufen dürfe.

In diesem Verfahren wurde Niemann vom Totschlag freigesprochen, mußte jedoch, aufgrund anderer Delikte, eine neunmonatige Haftstrafe antreten. Nach seiner Haftentlassung wurde er offensichtlich wieder in die „Kameradschaft" integriert. Am 2. Mai 1987 bedrohte er wieder jemanden mit einem Messer: einen Polizeibeamten!



Ralf Tegethoff, Bonn (rechts); Achim Libenov, Hagen (links) Foto: ak

Schützt die Familien!

Schluß mit der familienfeindlichen, marxistischen Agitation in Schulen und Medien.

Hinein in die WIKING-JUGEND e.V.!

V.i.S.d.P.: W. Nahrath, Brockenberg 5a, 519 Stolberg

WIR LIEBEN DEUTSCHLAND — DAS GANZE DEUTSCHLAND!

DESHALB: HINEIN IN DIE WIKING-JUGEND e.V.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Nahrath, Brockenberg 5a, 519 Stolberg.

Unsere Väter waren keine Verbrecher!

Schluß mit den Geschichtslügen! — Hinein in die WIKING-JUGEND e.V.

V.i.S.d.P.: W. Nahrath, Brockenberg 5a, 519 Stolberg

Wiking-Jugend Aufkleber

Stets im Hintergrund

Im Oktober 1987 fand in Hangelar eine Veranstaltung der GRÜNEN zum Thema Neofaschismus statt. Nach einer telefonischen Drohung tauchten ca. 15 Neonazis auf und versuchten die Veranstaltung
schen Drohung tauchten ca. 15 Neonazis
auf und versuchten die Veranstaltung durch Schreien und Trommeln auf die Scheiben des Saals zu stören. Antifaschisten haben in Erfahrung gebracht, daß in sicherer Entfernung vom Geschehen Tegethoff diese Aktion abwartete. Am 30. Januar 1988 sammelt Tegethoff seine „Kameradschaft" (ca. 60 Neonazis) auf dem Siegburger Bahnhof. Gemeinsam zieht man nach Porz-Urbach, um dort den 55. Jahrestag der Machtübernahme der Nazis zu feiern. Die FAP-Demo endet in einer Auseinandersetzung mit der Polizei. Drei Neonazis werden festgenommen — die Staatsanwaltschaft ermittelt nicht!

Zwei Tage später trifft sich Tegethoff (im SA-Braunhemd) im engen Kreis in der Mülldorfer „Ankerschänke". Zeugen hören mit, als er mit den Worten „die Antifaschisten werden immer frecher" konkrete Anleitungen für den „Kampf gegen Links" gibt. Auf diesem Treffen verteilt er Propagandamaterial der NF, FAP und WJ, die in den darauf folgenden Tagen in Bonn und Umgebung verteilt und aufgefunden werden.

Aber nicht nur dieser Vorgang bestätigt, daß hier immer der selbe Kreis unter verschiedenen Organisationsnamen tätig ist. Am 1. Mai 1987 störten 15 Neonazis, unter ihnen Stefan Niemann, der sich innerhalb von drei Jahren als Mitglied der WJ, der FAP und der BDS/AP-AO zu erkennen gibt, eine Veranstaltung der Volkshochschule in St. Augustin. Einen Monat später (16.6.87) sprengte eine Gruppe angeführt von Niemann und uniformiert mit NF-Armbinden, eine Informationsveranstaltung in Unkel, die sich gegen das dort geplante SS-HIAG-Treffen richtete.

Im November dann (13.11.87) versuchte die selbe Vorhut, jetzt uniformiert mit FAP-Armbinden, eine Veranstaltung der Jusos in St. Augustin zu stören. Zwischendurch meldete Tegethoff eine Demonstration in Bonn an: am 26.8.87 trafen sich rund 150 Neonazis (überregionale Mobilisierung) vor der britischen Botschaft und forderten „Gerechtigkeit" für den kurz zuvor verstorbenen Rudolf Heß. Der Bundesführer der WJ und gleichzeitig Tegethoffs „Vorgesetzter" Wolfgang Nahrath hielt dort die Hauptrede.

Alle diese Vorgänge zusammengenommen und die jahrelange Recherche der „Initiative gemeinsam gegen Neofaschismus Bonn" ergeben als Schlußfolgerung: Als Folge der engen Zusammenarbeit zwischen WJ und der von ANS/NA-Mitgliedern unterwanderten FAP kam es ab 1984 zur Gründung von FAP-Gruppen durch die WJ. Das heißt: WJ und FAP sind im Bonner Raum identisch. Heute gehört die „Bonner Szene" zum Mosler-Flügel der „Bewegung", und ist an die in NRW aktive KAH angegliedert. Die KAH, bzw. die „Kameradschaft", die nie öffentlich in Erscheinung tritt, ist die militärische Kernorganisation der Neonazis in Bonn und Umgebung. Tegethoff ist ihr Führer und Drahtzieher. Er betreut persönlich die Gruppen in Meckenheim, St. Augustin, Siegburg, Königswinter und Bonn. Sein Glück in Sachen Strafverfolgung ergibt sich aus seiner Vorgehensweise. Er organisiert im Hintergrund während andere, wie der eingangs erwähnte Prozeß es z.B. zeigte, für ihn den Kopf hinhalten.

Vom Pimpf zum Recken

Mit 14 Jahren (1977) trat Tegethoff in die WJ ein. Äußerst aktive WJ-Gruppen gab es in Köln und Porz. Schon damals gab es eine Zusammenarbeit zwischen WJ und der ANS/NA Kühnens. Aufgrund zahlreicher Raubüberfälle 1977-78 in Köln und Hamburg und auf Bundeswehrdepots in Norddeutschland wurden 1979 der WJ-Gauführer in Schleswig-Holstein Uwe Rohwer und sein Stellvertreter Manfred Börm wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zu neun bzw. sieben Jahren Freiheitsstrafe, verurteilt. Kühnen war in derselben Sache der Rädelsführerschaft angeklagt. Im Jahr 1978 tauchten in Köln, Porz, Niederkassel und Troisdorf neben Parolen der WJ Aufkleber und Schmierereien der NSDAP/AO auf. In der Wohnung des WJ-Gauführers Reiner Schmitz in Köln fand die Polizei massenweise NSDAP/AO-Propagandamaterial. Zusammen mit dem WJ-Bundesfahrtenführer Rudi Wittig aus Porz gab Schmitz die WJ-Zeitung „Gäck" heraus. Unter dem Namen „Superschmitz" betrieb Schmitz einige Jahre einen Comic-Laden in Siegburg, der als Neonazitreffpunkt fungierte. Im Januar 1979 hob die Polizei in der Bonner Weberstraße ein Waffenarsenal eines anderen NSDAP-Anhängers aus. Der damals 19jährige K.K. legte am 30.1.79 eine Rohrbombe auf die Bahngleise in Dransdorf. Er wurde 1980 als „Einzeltäter" zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

In dieser Zeit fuhr Tegethoff zusammen mit einer Handvoll Kameraden nach Köln zu regelmäßigen „Schulungen". Innerhalb kurzer Zeit avancierte er zum „Horstführer". Seine Aufbauarbeit ist gefährlich. 1980 wurden erstmals massiv WJ-Aufkleber in Bonn geklebt. 1981/82 gibt es WJ-Gruppen in Beuel und Grau-Rheindorf/Tannenbusch. Im „Odalsbrief" 1/83 der WJ heißt es: *„Die Verlagerung der Schwerpunkte vom Gau auf die Horste hat sich bewährt. In Stolberg, Bonn, Köln, Essen und Düsseldorf läuft die Horstarbeit regelmäßig."*

Am 30.9.83 wird Tegethoff zusammen mit sieben Kameraden kurzzeitig festgenommen. Bei einer Wehrsportübung am Petersberg/Königswinter hatten die WJ-Aktivisten Sprengversuche mit Rohrbomben durchgeführt. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen findet die Polizei neben NS-Propaganda Waffen und Herstellungsanleitungen für Explosivstoffe. Ein Jahr später wird Tegethoff hierfür zu 15 Stunden Sozialdienst verurteilt. Ein anderes Ermittlungsverfahren gegen Tegethoff wird 1984 eingestellt.

Im Sicherheitsbericht des NRW-Innenministeriums vom März 1985 wird Tegethoff gleich zweimal erwähnt: *„Ein besonders aktiver Horst der WJ besteht im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis. Horstführer ist Ralf Tegethoff ..."* und *„... am 13.2.85 verteilen Tegethoff und ein weiteres WJ-Mitglied auf dem Gelände einer Bonner Schule die WJ-Schrift ‚Gäck'".* In der ANS/NA-Zeitschrift „Die Neue Front" März 1985 wird mitgeteilt: *„Es hat sich hiermit erneut gezeigt, daß es keiner neuen Jugendorganisation bedarf, sondern die Kameradinnen und Kameraden unter 16 Jahren sind in der WJ bestens aufgehoben."*

Ernst Döring, Sprecher des Bonner Polizeipräsidenten sagte im Februar 84: *„Es gibt in Bonn nicht den geringsten Anhaltspunkt für das Bestehen einer rechtsextrem eingestuften Organisation!"* Aber auch 1988 liest man in der Zeitung: *„Von organisierten extremistischen Gruppierungen in Bonn ist der Stadt nichts bekannt"* (GA, 21.4.88).

Warum, muß man sich fragen, wurden und werden die Neonazis von den Behörden weggeredet?

Andres Garcia
Antifa-AK Bonn

Informationen: Bonner Initiative „Gemeinsam gegen Neofaschismus" c/o Hartmut Meyer ASTA-Uni Bonn Nassestr. 11, 5300 Bonn 1



Michael Swierczek, Bonn, 6.5.88 Foto: ak

Kühnen und FAP:

Aufmarsch im Ruhrgebiet

Zum diesjährigen 1. Mai war von der FAP im Ruhrgebiet eine Kundgebung sinnigerweise in Rheinhausen angekündigt worden. DGB und das örtliche Antifa-Spektrum protestierten und mobilisierten daraufhin nach Rheinhausen; der FAP wurde ihre Unternehmung untersagt. Was folgte, war jedoch nicht — wie die DVZ meldete — ein eher hilfloses Herumirren versprengter Faschisten; vielmehr hatten die FAP-Organisatoren rechtzeitig einen Ausweichort in Bottrop-Kirchhellen angemietet, wo eine Veranstaltung — getarnt als Verlobungsfeier — stattfand („Haus Beckendahl"). Die rund 50 Versammelten waren aus allen Richtungen angereist, auszumachen waren u.a. Autokennzeichen aus **Hamburg, München, Frankfurt, Offenbach** und aus den **Niederlanden.** Das Outfit reichte von Skin-Köpfen à la Borussenfront über das u.a. vom Frankfurter Kreis um Nazi-Müller bekannte Militärdress bis hin zu den Bierbäuchen und Schlips-und-Kragen-Gestalten gesetzteren Alters. Als besonderer Gast wurde ein Altkamerad aus den Niederlanden begrüßt.

Speziell zum 1. Mai widmeten sich die Redner vor allem der angeblich zwei Wochen zuvor in Frankfurt aus der Taufe gehobenen Nazi-„Gewerkschaft" — Tonlage: gegen DGB und andere Rote ... Da fehlte natürlich Altkamerad und „Gewerkschafter" **Busse** nicht, der seit Jahr und Tag im neofaschistischen Militantenfeld sein Unwesen treibt (u.a. als „Volkssozialist"). Sozusagen Stargast war Ex-ANS-Chef **Michael Kühnen,** der nach Verbot seiner Truppe und Absitzen seiner Gefängniszeit bemüht ist, die entglittenen Fäden wieder zusammenzuziehen. Sein langjähriger Mitstreiter **Worch** war ebenfalls zur Stelle. Ausgestattet mit „Front National"-Anstecknadel ließ Kühnen die Journalisten wissen: *„Wir werden uns in Zukunft ganz legal und demokratisch verhalten. Das ist unsere Strategie."* Zum Vorwurf des Neofaschismus formulierte er wie gehabt: *„Altes muß ja nicht schlecht sein. Es kann auch sein, daß es früher nicht rigoros angepackt wurde. Aber ich habe mit Faschismus nichts zu tun. Ich bin Nationalsozialist."* Im Anschluß an die Bottroper Versammlung, die schließlich von ca. 30 Bottroper und Oberhausener Antifaschisten beobachtet wurde (eine Attacke der Nazis wurde von der ebenfalls beobachtenden Polizei gerade noch gebremst), fuhren Kühnen, FAP und Gefolge nach Düsseldorf weiter, wo sie es ein paar hundert Meter bis zum Reeserplatz schafften, bis der als „Marsch auf Rheinhausen" angekündigte Aktionstag angesichts von begleitender Polizei und inzwischen sich einstellender Düsseldorfer Antifaschisten endete.

R., Antifa-Kommission/Hamburg



Im Hintergrund, vor dem Fenster: Kühnen-Spezi Worch Foto: ak



Michael Kühnen Foto: ak



„Gewerkschafts"-Vorsitzener Busse, links Foto: ak

In letzter Zeit sind — siehe u.a. nebenstehenden Artikel aus Bonn — wieder verstärkt Nazi-Umtriebe aus dem Umkreis der alten ANS, der FAP und ähnlicher Gruppen zu registrieren. Stammaktivisten der Militantenszene wie Kühnen und Busse machen sich hier zu schaffen. Sozusagen in guter, alter Antifa-Tradition soll dem unsererseits wieder genaueste Beachtung geschenkt werden. Wir sind also an der Zusammenstellung und dem Austausch von diesbezüglichen Informationen lebhaft interessiert, zumal einzelne Antifaschisten und Initiativen vor Ort unseres Wissen über detaillierte Kenntnisse verfügen.

Was die FAP-Aktion am 1. Mai in Bottropp/Düsseldorf angeht, senden wir interessierten AntifaschistInnen im übrigens gern eine Sammlung gut gelungener Fotos (drei Beispiele nebenstehend) zur weiteren Verwendung (gegen DM 3,- in Briefmarken).

Antifa-Kommission KB/Hamburg

Wer versteckte Aldo Moro?

Zum 10. Todestag des DC-Politikers — kein Nachruf

10. Jahrestag der Ermordung Aldo Moros durch die Roten Brigaden — Gelegenheit für die Democrazia Cristiana (DC), ihren einstigen Vorsitzenden noch ein letztes Mal zum Nutzen der Partei in die Tagespolitik eingreifen zu lassen. So erlebte Italien im Mai eine Reihe makabrer Gedenkfeiern, Kranzniederlegungen und feierlicher Ansprachen. Moro, zu Lebzeiten auch in der eigenen Partei umstritten, wird 10 Jahre nach seinem gewaltsamen Tode von allen geliebt. Auch von der KPI, deren Sekretär Alessandro Natta ihn gleich zu „einem der größten Staatsmänner unseres Jahrhunderts" (1) erklärt. Daß KPI und DC mit ihrer Linie der „fermezza", der staatlichen Härte und des Nichtverhandelns mit den Entführern, Moro de facto zum Tode verurteilten, ist kein Thema für feierliche Nachrufe. Wohl aber der Kampf gegen den Terrorismus. Ministerpräsident und DC-Vorsitzender Ciriaco De Mita, Hauptredner der zentralen Gedenkfeier in Montecitorio, faßt die „Lektion Moro" in genialer Kürze zusammen: „Das Denken dieses sanftmütigen und toleranten Mannes, so entschieden und weitsichtig, macht die Erinnerung an seinen Tod noch stechender, einen Tod durch die Hand von Verrätern der Republik, gegen die es niemals Waffenstillstand noch Beendigung des Kampfes geben darf" (2).

KPI und Gewerkschaften führen den gleichen Kampf an der Basis, in den Betrieben. Vier Wochen nachdem die Roten Brigaden (BR) den christdemokratischen Senator Roberto Ruffilli per Genickschuß getötet hatten, scheiterte ihr seit Jahren erster Versuch der Massenagitation vor fünf Mailänder Großbetrieben an der Wachsamkeit der Gewerkschaftsfunktionäre von CGIL, CISL und UIL. Die vor den Fabriktoren hinterlegten BR-Flugblätter, abgepackt in „acht gelben Tüten", wurden gefunden und sichergestellt; die drei Gewerkschaften meldeten eiligst den Mißerfolg der BR-Aktion: „Die BR konnten und wollten keinen Kontakt mit den Arbeitern herstellen. Es handelte sich um eine Propaganda-Aktion von außerhalb der Betriebe und weit entfernt von den Arbeitern" (3).

Die antiterroristische Einheitsfront der „bleiernen Jahre" („gli anni di piombo") hält auch heute noch. Kritik an der Politik des Staates nach der Moro-Entführung gibt es natürlich auch, wenn auch vor allem an Randerscheinungen. Der „Espresso", nicht nur äußerlich dem „Spiegel" ähnlich, greift in einem Kommentar die „Perversionen" und den „Konformismus" des Jahres 78 an: „Man mußte (damals) sagen, daß das Vaterland in Gefahr sei, und wer das nicht sagte, war ein Verräter, wer es zu schreiben wagte, war ein Komplize der Roten Brigaden, auf dem nationalen Pressetreffen ging man so weit, die Notwendigkeit der Selbstzensur zu theoretisieren" (4).

Die ungeklärten Umstände der Moro-Entführung werden von den großen Presseorganen allenfalls angedeutet. So schreibt z.B. die „Repubblica": „Auch zehn Jahre danach bleiben noch einige beunruhigende Fragen zu den Ermittlungen, und der Schatten der P2, der Geheimdienste liegt weiter über dem Fall. So entstehen Fragen nach den Rätseln der Via Gradoli (5), nach Moros Gefängnis, nach der Bedeutung der Briefe des Staatsmanns" (6).

Gerade diese ungeklärten Fragen lassen den Propagandawert der christdemokratischen Gedenktagsfeierlichkeiten gegen Null tendieren. Die mehr oder weniger rechtmäßigen Erben Aldo Moros können eher froh sein, daß sie den Jahrestag ohne Verluste überstanden haben. 1998 dürfte die Sache dann weitgehend vergessen sein.

Wer war Aldo Moro?

1963 konnte die Sozialistische Partei (PSI), in den Anfangsjahren der italienischen Nachkriegsrepublik von der DC scharf bekämpft, erstmals in die Regierung einziehen. Die Koalition des militanten Antikommunismus (unter Einschluß von Sozialdemokraten und Republikanern) hielt bis 1968. Ministerpräsident war Aldo Moro.



Aldo Moro als Gefangener der „Roten Brigaden"

Die späten sechziger und frühen siebziger Jahre brachten der KPI stetige Stimmengewinne (1976: 34,4%); die Arbeiterbewegung konnte von den Sozialisten nicht wie gewünscht befriedet werden. Die Democrazia Cristiana und ihr Stratege Aldo Moro reduzierten ihren plakativen Antikommunismus und stellten eine Regierung der „nationalen Solidarität" in Aussicht, die die KPI einbeziehen sollte. Die KPI, in den davorliegenden Jahren kontinuierlich nach rechts gedriftet und unter Enrico Berlinguer auf den „historischen Kompromiß" mit der Christdemokratie eingeschworen, interpretierte diese vage Ankündigung als Angebot von Ministersesseln. Das Ausland reagierte besorgt: „Die CIA und Teile des NATO-Militärapparates halten Aldo Moro für das trojanische Pferd des Kommunismus", schreibt der „Espresso" im Rückblick und stellt diese grandiose Fehleinschätzung richtig: „... Moro war es, der aus ehemaligen Stalinisten verläßliche Mitarbeiter der Regierung machte" (7).

Am Morgen des 16. März 1978, wenige Stunden vor der Parlamentsabstimmung über die Regierung der „neuen Mehrheit" unter Giulio Andreotti (DC) wird Aldo Moro, der Architekt dieser „neuen Mehrheit", auf offener Straße entführt; Chauffeur, Leibwächter und Eskorte werden erschossen.

Chronologie der Entführung (8)

17.3. Die KPI fordert die Einhaltung einer harten Linie ohne jegliche Verhandlungen mit den Entführern. Andreotti und die Parteisekretäre der „neuen Mehrheit" bestätigen diese Linie.
18.3. „Comunicato n. 1." der Roten Brigaden bringt ein Foto Moros im „Volksgefängnis".
21.3. Die Regierung beschließt eine Reihe „antiterroristischer" Sondergesetze.
29.3. Moros Frau und Innenminister Cossiga erhalten Briefe von Moro; weitere Briefe an die Familie, an den Papst, an Andreotti und an die DC folgen.
30.3. Andreotti gibt die Devise aus, alle derzeitigen wie künftigen Briefe Moros seien erpreßt.
8.4. Moro gibt in einem weiteren Brief an seine Frau Ratschläge zur Sprengung des Blocks der Nichtverhandler. Der Brief wird von der Polizei abgefangen und geheimgehalten; die Familie steht unter Kommunikationssperre.
28.4. Das „comunicato n. 8" der BR schlägt 13 Gefangene zum Austausch vor.
29.4. In seiner Eigenschaft als DC-Präsident beruft Moro den Nationalkongreß der DC ein. Dem wird satzungswidrig nicht gefolgt.
1.5. Die Sozialisten unterstützen den von Moro als Möglichkeit angedeuteten Austausch „einer gegen einen". KPI und DC wenden sich dagegen.
5.5. Die BR kündigen den „Vollzug der Exekution" an.
9.5. In der Via Gaetani, mitten in Rom und in nächster Nähe der Parteizentralen von KPI und DC, wird Moros Leiche gefunden.



Moros Leiche

... und ihre Folgen

Bis 1981 sind dutzende „mutmaßliche" BR-Mitglieder verhaftet. Im Moro-Prozeß wird 32mal lebenslänglich Zuchthaus verhängt.

Auch anderen Teilen der radikalen Linken wird der Prozeß gemacht. Gegen Professor Toni Negri, Vordenker der „Autonomia operaia", wird die absurde Anklage erhoben, „Gehirn" des gesamten italienischen Terrorismus und Anstifter der Moro-Entführung zu sein. Linke Intellektuelle wie Alberto Moravia und Leonardo Sciascia werden der geistigen Mittäterschaft bezichtigt.

Nutznießer des „Anschlags auf das Herz des Staates" sind neben den Christdemokraten, die vom Mitleidseffekt profitieren, die Sozialisten, die drei Wochen vor Moros Tod aus dem Block der Nichtverhandler ausgeschert waren. Der KPI wird ihr engagiertes Eintreten für den starken Staat und die Bereitschaft, ihren (vermeintlich) besten Freund zu opfern, nicht gedankt. Nach Verlusten bei den folgenden Regionalwahlen (bei gleichzeitigen Gewinnen der PSI) werden sie für die Regierungsbildung nicht mehr gebraucht. Der „historische Kompromiß" ist gescheitert.

1983, nach fünfjähriger Untersuchungsarbeit, legt die aus DC und KPI bestehende Mehrheit der parlamentarischen Moro-Kommission ihren Abschlußbericht vor. Motiv und Ziel des Anschlags liegen danach auf der Hand: „Mit der Entführung Aldo Moros beabsichtigen die Roten Brigaden nicht nur, die Democrazia cristiana zu treffen, sondern auch und vor allem das von Moro getragene politische Projekt zum Einschluß aller politischen Kräfte in die Führung des Landes." Giuseppe D'Alema (KPI) sieht die Sache noch bornierter: „Mit Moro wurde die Schlüsselfigur umgebracht, die den Kommunisten die Regierungsbeteiligung verschaffen wollte."

Für Tina Anselmi dagegen, Präsidentin der P2-Kommission, „schwebt bis heute der Schatten der Loge P2 über dem Fall." Auch PSI-Senator Luigi Covatta schließt einen über die Roten Brigaden hinausgehenden Täterkreis nicht aus. Zu den offensichtlichen Pannen und Schlampereien bei der Fahndung macht er düstere Andeutungen: „Nach der einfachen Deutung war es Schwäche, Desorganisation, Unfähigkeit. Aber es kann auch anders gewesen sein, beabsichtigt, geplant."

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine verwegene Hypothese

Werner Raith, hierzulande hauptsächlich als „taz"-Korrespondent bekannt, hat 1984, nach fünf-jähriger Recherche, ein Buch zur Moro-Entführung herausgebracht mit dem ziemlich reißerischen Titel „In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro". Dieses Buch listet nicht nur all die Ungereimtheiten um die Entführung auf und läßt mittelbar Betroffene in Interviews zu Wort kommen. Es bietet auch einiges Lesenswerte zu Hintergründen (und Abgründen) der italienischen Politik. Zur Sache selbst, dem „kalkulierten Mord in höherem Auftrag" entwickelt Raith eine verwegene Hypothese:

Obwohl Moro mitten in Rom gefangengehalten worden sein muß, wurde das „Volksgefängnis" bis heute nicht gefunden. „Schon bald nach der erfolglosen Suchaktion der ersten Tage galt es nicht mehr nur als Geheimtip, daß all die Kontrollen von tausenden römischen Wohnungen und Millionen von Passanten deshalb nicht zum Ziel kamen, weil man an dem Ort, wo Moro wirklich war, nicht suchen durfte. Von dieser Sorte aber gab es, zieht man den Sitz des Staatspräsidenten und die verschiedenen Ministerien ab, nur zwei Möglichkeiten in Rom: den Vatikan und die auswärtigen Botschaften und Konsulate, daneben auch noch die Wohnungen hoher Diplomaten." Werner Raith ist überzeugt, daß Moro ab Mitte April in der israelischen Botschaft gefangengehalten wurde. Zum einen habe es bereits Anfang der siebziger Jahre Kontakte des israelischen Geheimdienstes Mossad zu den Roten Brigaden gegeben. Zum anderen habe Moro in seinen Briefen entsprechende Andeutungen gemacht: „Und nicht beachtet wurden die immer dringenderen Hinweise Moros in seinen Briefen seit der zweiten Hälfte des April — also nach seiner Verlegung an einen anderen Ort — auf diejenigen, die ihn in Händen hatten, und als die er am Ende niemand anderen ausgemacht hatte als israelische Kräfte."

Auch ein israelisches Motiv liefert Raith: Nach dem Bruch Ägyptens mit der Sowjetunion und ersten Kontakten zwischen den USA und Ägypten habe die israelische Regierung fürchten müssen, „daß hier ein grundlegender Wandel in der Politik stattfand, der durchaus die eigene harte und expansive Politik gefährden könnte. Die von Politikern und Geheimdienstleuten ausgearbeiteten Gegenstrategien waren denkbar einfach — und um so wirkungsvoller. Die USA, so die Erkenntnisse, konnten sich die ‚arabische Karte' nur leisten, weil sie sich in Westeuropa absolut sicher fühlten. Wenn daher die Abwendung der USA von Israel rückgängig gemacht werden sollte, so ging das nur, wenn man Mittel fand, die Amerikaner wieder zum Antikommunismus Israels zurückzulenken." Israel wäre demnach an der Destabilisierung des Mittelmeerraumes gelegen gewesen, nicht zuletzt an der Destabilisierung Italiens: „Wenn die USA auf ihre Mittelmeerflotte vertrauen wollten, mußten sie irgendwo sichere Stützpunkte haben — und die la-

sichere Stützpunkte haben — und die la-

gen bisher zwischen Genua und Palermo, vor allem bei Gaeta und Neapel. Italien, das erkannte Israel, war der Schlüssel. Eine politische Instabilität würde beträchtliche Probleme für die Allianz und die USA bringen."

Um Mißverständnissen vorzubeugen — das ist die Hypothese von Werner Raith. Daß sie ebenso plausibel wie unglaublich scheint, hat sie mit allen Spekulationen über andere mögliche Mittäter gemeinsam. Mitgemischt haben 1978 in Italien viele: die CIA, die italienischen Geheimdienste, Licio Gellis Geheimloge P2, die US-Regierung und der bundesdeutsche MAD. Zu beweisen ist derzeit weder das eine noch das andere.

Daß die „Wahrheit" demnächst herauskommt, wagt auch Werner Raith nicht zu hoffen. Die u.a. von dem DC-Politiker Flaminio Piccoli ins Spiel gebrachte mögliche Amnestie (oder Strafnachlaß) für politisch motivierte Täter sieht er *auch* als taktischen Schachzug zur Verhinderung weiterer Enthüllungen: „Gerade Christdemokrat Piccoli wird nicht müde, dunkel anzudeuten, daß ‚da möglicherweise jemand noch gewisse Geheimnisse aus jenen 55 Tagen Entführungszeit kennt und sie zum passenden Zeitpunkt herauslassen wird'. Ein Gnadenerweis könnte da wohl den Mund plaudersüchtiger Brigadisten wirkungsvoll stopfen" (9).

Js./Hamburg

Anmerkungen:
1) „taz", 9.5.88
2) „La Repubblica", 10.5.88
3) „La Repubblica", 13.5.88
4) „L'Espresso", 15.5.88
5) In der Via Gradoli wurde am 18.4.78 eine konspirative Wohnung der BR entdeckt; bei der Suche nach den Entführern half dieser Fund (angeblich) nicht weiter.
6) „La Repubblica", 5.5.88
7) siehe Anm. 4)
8) nach dem Buch von Werner Raith: „In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro". Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate sind ebenfalls diesem Buch entnommen.
9) siehe Anm. 1)

Aufstand in Kanaky

Europäisches Parlament wäscht Hände in Unschuld

von Dorothee Piermont (Europaabgeordnete der GRÜNEN)

Seit dem 22. April vergeht fast kein Tag, an dem die Zeitungen nicht über den Aufstand der Kanaken in Neu-Kaledonien berichten, einem französischen oberseeischen Territorium im Südpazifik.

Vor 135 Jahren wurden die Kanaken von Frankreich kolonisiert, in Reservaten zusammengepfercht, ihres Landes durch weiße Siedler beraubt, durch bis dahin unbekannte Krankheiten und brutale Repression ihrer Revolten von 1878 und 1917 von 60.000 auf 27.000 dezimiert und durch eine bewußt gesteuerte französische Besiedlungspolitik zur Minderheit im eigenen Lande gemacht.

Die Kolonialjustiz degradierte sie zu Menschen zweiter Klasse, auf die zwischen 1982 und 1986 ungestraft 47 Attentate verübt werden durften, z.B. vorbedachter Mord aus dem Hinterhalt an zehn Kanaken, dessen bekannte Täter im Oktober 1987 freigesprochen wurden! Seit mehreren Jahren werden kanakische Dörfer und Stämme wie im Algerienkrieg von „nomadisierenden" Militärs täglich und stündlich ausspioniert und unter Druck gesetzt, 11.000 Militärs und Polizisten gegen 70.000 Kanaken! Zum Vergleich: Im Gazastreifen stehen 600.000 Palästinensern 10.000 israelische Soldaten gegenüber.

Jetzt beraubt das neue Statut vom Januar 1988 — das 14. in wenigen Jahren —, dessen Gremien am 24. April gewählt werden sollten, sie auch noch ihres bislang respektierten zivilrechtlichen Sonderstatus.

Das kanakische Volk steht damit vor der Alternative, entweder für sein Überleben, seine Identität, seine volle Selbstbestimmung zu kämpfen oder abzudanken und wie die australischen Aborigines, neuseeländischen Maories und nordamerikanischen Indianer zur „exotischen" Minderheit im eigenen Land zu werden. Doch „wir werden nicht die letzten Mohikaner des Pazifik sein", warnte kürzlich J.M. Tjibaou, Präsident der provisorischen Kanakischen Regierung und der kanakischen Befreiungsfront FLNKS.

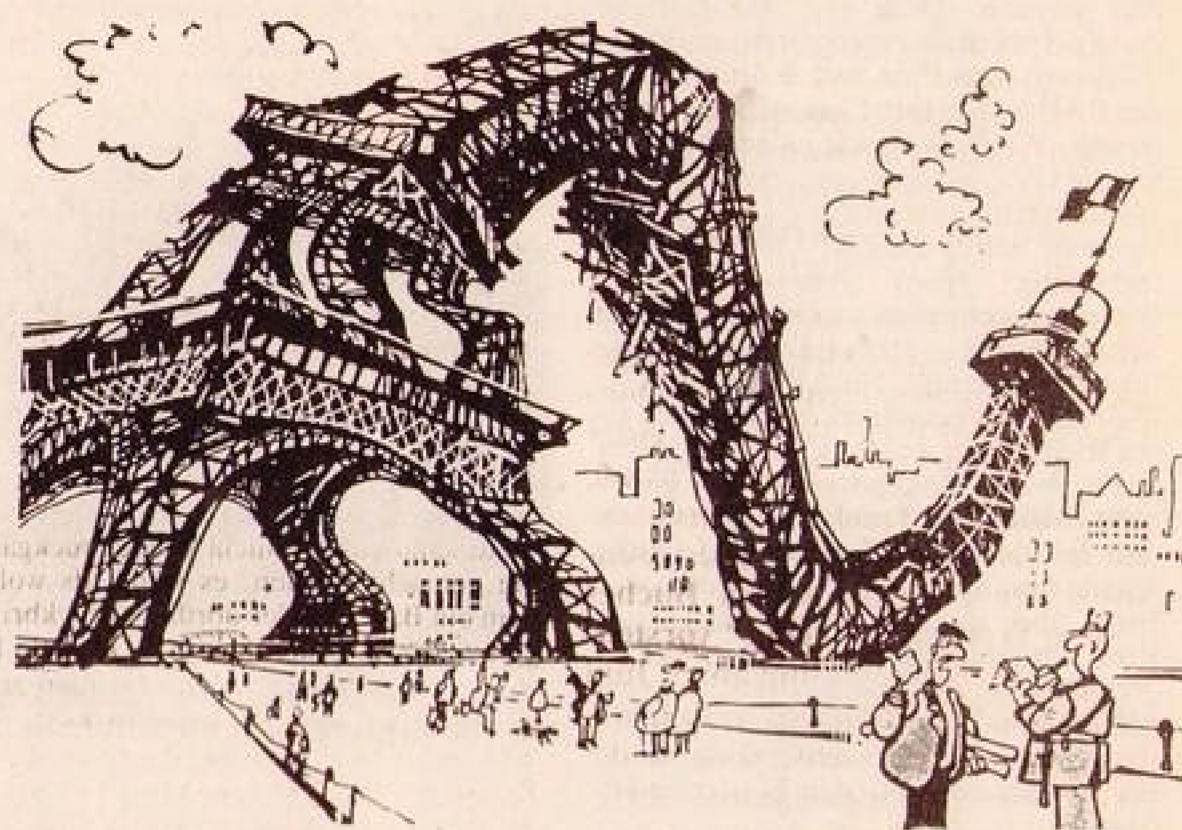
Eine Gruppe von Kanaken, bewaffnet nur mit Buschmessern, Stöcken und Jagdgewehren, nahm daher auf der Insel Ouvéa eine mit modernsten Waffen ausgerüstete Gendarmerie ein und machte 27 Gendarmen zu Gefangenen, die in einem unterirdischen Labyrinth versteckt wurden. Drei Gendarmen kamen bei dem entstehenden Handgemenge um, ein weiterer erlag kurz darauf seinen Verletzungen. 12 der gefangenen Gendarmen wurden nach wenigen Tagen freigelassen. Sieben Mitglieder der Elite-Scharfschützen GIGN (vergleichbar unserer GSG 9) sowie ein Staatsanwalt kamen als weitere Gefangene später hinzu.

Ziel der Aktion: die französische Regierung zu bewegen, das neue Statut zurückzunehmen, die Militär- und Polizeikräfte abzuziehen und ein den UNO-Prinzipien für die Selbstbestimmung der kolonisierten Völker entsprechendes Referendum über die Unabhängigkeit gemeinsam vorzubereiten.

Doch die französische Regierung verhandelte nicht. Stattdessen wurden militärische und polizeiliche Elitetruppen mobilisiert, die am 5. Mai 1988 die Höhle stürmten. Weder während der zwei Gefechtsrunden noch während der zwischen ihnen liegenden 5-stündigen Pause wurde auch nur einem der Gefangenen von den Bewachern ein Haar gekrümmt. Sie wurden sämtlich gesund und sicher „befreit". 19 Kanaken dagegen wurden unter höchst dubiosen Umständen ermordet: z.B. drei Bewacher, nachdem sie sich bereits ergeben hatten, ein weiterer junger Mann, der für Gefangene und Bewacher Verpflegung gebracht hatte, jedoch dem Kommando nicht angehörte. Erstaunlicherweise gab es nur Tote, keine Verletzten ... Zwei Militärs des Sturmkommandos kamen im Gefecht um.

„Es ist unser Stolz und unsere Ehre, keine einzige Geisel getötet zu haben", erklärte nach Bekanntwerden der Schlächterei Djimi Ounei, Vertreter des FLNKS in Frankreich. Die damals noch amtierende französische Regierung, die drei Tage vor dem 2. Wahlgang zum französischen Staatspräsidenten dieses Massaker veranstalten ließ, um Wähler Le Pens zur Stimmabgabe für den bisherigen Premierminister Chirac zu gewinnen, hatte wohl einen anderen Ehrbegriff; für sie hatte Überseeminister Pons erklärt: *„Es geht hier um die Ehre Frankreichs, die Ehre der französischen Armee und die Ehre der nationalen Gendarmerie."* Was wiegt demgegenüber das Leben von 19 Kanaken, die Chirac kurz zuvor mit den Worten *„die Barbarei dieser Menschen, wenn man sie überhaupt als solche qualifizieren kann"* zu Unter-Menschen abgestempelt hatte?

Doch wäre es zu einfach, selbstgefällig Frankreich als kolonialistische Unterdrückermacht an den Pranger zu stellen. Die Europäische Gemeinschaft, die Bundesrepublik sind Komplizen. Die über den Globus verstreuten Reste des französischen Kolonialreiches, insbesondere Französisch-Polynesien, wo die französischen Atomwaffen getestet werden, und Guyana, von wo u.a. die europäische Gemeinschaftsrakete „Ariane" in den Weltraum gefeuert wird, sind in den Augen derjenigen, die wirtschaftlich-technologisch und dann natürlich auch militärisch-atomar langfristig eine 3. Supermacht (West-)Europa anstreben, unabdingbare Voraussetzung einer solchen Vision. Nicht nur im eigenen Interesse sondern auch im Interesse seiner EG-Komplizen, d.h. um die Voraussetzungen einer „Großmacht Westeuropa" nicht infragezustellen, hält Frankreich an Neu-Kaledonien mit Zähnen und Klauen fest. Würde es unabhängig, so würden auch die anderen überseeischen Gebiete bald fallen, heißt es von französischen Politikern immer wieder. Aus dieser Logik heraus stimmten die EG-Staaten am 2. Dezember 1986 der Wiederaufnahme Neu-Kaledoniens in die UNO-Liste der zu entkolonisierenden Länder und Völker nicht zu (8 stimmten dagegen, Großbritannien, Griechenland, Irland, Dänemark enthielten sich), nachdem darüber vorher in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit diskutiert worden war (Antwort auf meine schriftliche Anfrage Nr. 2608/86). Von bundesrepublikanischer Seite war dazu zu erfahren: *„Das Auswärtige Amt hält (die von Frankreich vorgebrachten) Gründe für stichhaltig"* (Schreiben des Staatsministers Möllemann vom 22.1.87). Und ausführlicher: *„Wir unterhalten zu Frankreich so etwas, was die angelsächsischen Länder als ‚special relationship' bezeichnen würden. Die Einigung mit Frankreich, das Bündnis mit Frankreich ist das Kernstück der europäischen Einigung ... Frankreich hat die Neukalodienfrage dazu erklärt, von vitalen, von lebenswichtigem Interesse zu sein. Und wenn unsere Verbündeten ein Problem zu einer vitalen ... Frage erklären, dann halten wir das für überaus wichtig und dann sehen wir uns gehalten, mit unserem Verbündeten zu stimmen".* (Vortrag eines Vertreters des Auswärtigen Amtes bei der 14. Jahrestagung der Deutsch-Pazifischen Gesellschaft am 16.5.1987). Gegenüber der deutsch-französischen Achse als „Kernstück der europäischen Einigung" kommt den von Frankreich vorgebrachten „sachlichen" Argumenten, die der Vertreter des Auswärtigen Amtes vorher hastig aufzählte, offenbar eher eine Alibifunktion zu ...



„Die Neuseeländer haben in der Normandie einen ganz normalen Atomversuch gemacht."

In sie selbst betreffenden Menschenrechtsfragen folgen die EG-Staaten bekanntlich lieber dem Leitsatz „Eine Hand wäscht die andere", als die Erfahrung „wer tritt, wird zurückgetreten" zu machen. Doch nicht nur deshalb hat sich das Europäische Parlament zum xten Male geweigert, bei seiner Plenarsitzung im Mai 88 die Situation in Kanaky zu diskutieren und auf Frankreich im Sinne einer Lösung, die die Kanaken der Unabhängigkeit näherbringt, einzuwirken. Seine Drahtzieher im Erweiterten Präsidium, die diese Entscheidung gefällt haben, haben damit auch die Türen für eine Entwicklung der EG zur 3. Supermacht offengehalten. Um diese Entwicklung zu legitimieren, sitzen sie schließlich, auch wenn das den meisten Wählern nicht kla ist, in diesem Parlament.

Le Pen und das kolonialistische Erbe

Interview mit Claude Bourdet

Dorothee Piermont, DIE GRÜNEN, sprach für die Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament mit Claude Bourdet, ehemaliges Mitglied des Rats der Résistance, Mitbegründer der linkssozialistischen PSU und des MDPL, über den Erfolg des „Front National" und seines Führers, Jean-Marie Le Pen, in Frankreich. Bourdet hat sich in den siebziger Jahren auch gegen die Rechtsentwicklung, diesseits des Rhein engagiert und war Mitglied des Russell-Tribunals über Menschenrechtsverletzungen in der BRD.

In Dänemark und Norwegen vereinigen rechtsradikale Parteien beinahe 10% der Stimmen auf sich. Le Pens „Front National" schockte am 24. April 1988 beim 1. Wahlgang für die französische Präsidentschaft die französische Öffentlichkeit und die Nachbarländer mit 4,4 Mio. Wählern und 14,4% der Stimmen. Sind viereinhalb Millionen Franzosen faschistisch?

Nein. Man muß z.B. ganz klar sehen, daß in den dreißiger Jahren die Sympathisanten und Wähler des italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus zu Anfang nicht alle Fanatiker des Rassismus oder des Nationalismus waren. Faschismus und Nazismus haben sich in zwei Ländern entwickelt, in denen eine allgemeine Geistesverwirrung herrschte und darüberhinaus, hinsichtlich des Nazismus, in einem von der Krise 1929-30 geschüttelten Land. In beiden Ländern hatten zahllose Arbeitslose den Eindruck, daß die parlamentarische Demokratie ihr Schicksal ignorierte und daß die linken Parteien keine besseren Antworten auf ihre Probleme hatten als das Zentrum. Der erbarmungslose Kampf zwischen Sozialisten und Kommunisten in Italien, vor allem aber in Deutschland, machte nicht nur eine massive Antwort auf die neue extreme Rechte unmöglich, er verwirrte und entmutigte auch viele Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten. Wenn so viele junge Italiener und Deutsche von den Schwarz- oder Braunhemden angezogen wurden, dann war das aus Gründen, die denen sehr ähnlich sind, aus denen heraus sich so viele Franzosen heute dem Front National zuwenden.

Wie ist diese Entwicklung in Frankreich zu erklären?

Zunächst darf man nicht vergessen, daß es solche Entwicklungen schon in den dreißiger Jahren gab mit den Feuerkreuzlern, der Patriotischen Jugend, der Liga der „Action Francaise", dem PPF (Parti Populaire Francais) von Doriot, und dann unter dem Vichy-Regime mit ähnlichen und weiteren Gruppierungen. Und vergessen wir nicht, daß Zigtausende junger Franzosen in Organisationen, von denen einige ebenso kriminell waren wie die SS, mitgearbeitet haben. Was ich sagen will, ist, daß Frankreich in der Vergangenheit gegenüber dem, was ihm heute widerfährt, nicht immun war.

Gibt es Verknüpfungen zwischen der heutigen französischen extremen Rechten und dem französischen Faschismus vor 1944, d.h. vor dem Ende der deutschen Okkupation?

Dazu ist zweierlei zu sagen. Zunächst haben der Widerstand gegen die deutsche Okkupation, der Sieg der Alliierten, der Zusammenbruch der Achsenmächte Deutschland und Italien, der nationale Bann gegen alle, die von nah oder fern kollaboriert hatten, für eine gewisse Zeit die Erinnerung an die ehemalige Stärke des französischen Faschismus selbst verschwinden lassen und damit nicht nur vier Jahre Okkupation und „nationale Revolution" sondern auch die Vorkriegs-Pogrome ausgelöscht. Der Geist der Résistance löste sich dann in den Nebeln der Vergangenheit auf.

Später dann tauchte das ideologisch-psychologische Rüstzeug des Faschismus, Rassismus, Brutalität, kurzsichtiger Nationalismus, wieder auf und wurde im Verlauf der Kolonialkriege zu einer offiziellen Doktrin. Sicher waren die Verantwortlichen für die Massaker in Indochina, Madagaskar und Algerien mehrheitlich keine Faschisten. Aber die Rechtfertigung von Folter und Auslöschung „feindlicher" Dörfer stellten den letzten Sieg des französischen und weltweiten Faschismus dar. Es ist nicht erstaunlich, daß der Faschismus jetzt unter der Leitung eines ehemaligen Militärs aus dem Algerienkrieg, Le Pen, wieder ans Tageslicht getreten ist. Der Bumerang des Algerienkrieges trifft uns darüberhinaus auf verschiedene Weise: durch die Zehntausende von Soldaten und Offiziere, die moralisch zerstört wurden durch die schmutzige Arbeit, die man sie hat tun lassen; durch die Millionen Algerienfranzosen, die sieben Jahre lang gedrängt wurden, jede Verhandlung, jede Verständigung mit dem Algeriern zu verweigern, und die dann mit dem Ende des Algerienkrieges katastrophenartig dort alles stehen und liegen ließen, um nach Frankreich zurückzukehren, wo ihre — verständliche — Verbitterung eine Quelle der Unterstützung für alle rechtsextremen Bemühungen, jetzt Le Pen, wurde.

D.h. der 1944 scheinbar liquidierte französische Faschismus ist dank des kolonialistischen Republikanismus allmählich wieder auferstanden. Die Teilung der Linken und die strukturelle Krise des Kapitalismus mit ihrem Gefolge immenser Arbeitslosigkeit haben ein übriges getan, ebenso wie die Teilung der Linken und die Krise 1929-30 damals in Deutschland.

Was ist zu tun, um das weitere Anwachsen faschistoider Kräfte in Frankreich zu bremsen? Kann die EG durch „Modernisierung", „Rationalisierung" und bessere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt die braune Pest stoppen?

Zunächst ist es nötig, zwischen den Kräften der Linken, so wie sie nun einmal sind, wieder eine gewisse Einigkeit aufzubauen, gleichzeitig aber die Anstrengungen fortzusetzen, diese Linke sowohl außerhalb als auch in den traditionellen Parteien zu erneuern.

Aber es muß auch endlich Schluß sein mit dem Gerede, daß der Binnenmarkt 1992 alle Probleme lösen würde. Ganz im Gegenteil. Der große europäische Markt kann sich geradezu perfekt mit einem neuen Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Herausbildung einer „Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten" verbinden. Statt jetzt ständig „Europa" zu blöken, sollte man lieber alle Möglichkeiten suchen, um die französische Bevölkerung wieder an die Arbeit zu bringen; auch wenn das bedeutet, das „allerheiligste" Ziel, die europäische Einigung, hinauszuschieben.

„Der Status quo ist zerfetzt“

Gespräch mit Uri Avnery über den palästinensischen Aufstand und die israelischen Friedenskräfte

Uri Avnery, 1933 mit seinen Eltern von Deutschland nach Palästina emigriert, arbeitet und kämpft seit mehr als vierzig Jahren für eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, die — soweit es unter den Gegebenheiten überhaupt möglich ist — einen Ausgleich zwischen den beiden Völkern herbeiführt. Während einer von der Friedrich Ebert-Stiftung organisierten Rundreise durch die BRD, bei der Avnery die deutschsprachige Ausgabe seines Buches „Mein Freund, der Feind“ vorstellte, sprachen wir mit ihm am 5. Juni über den Volksaufstand in den von Israel besetzten Gebieten und die Probleme der israelischen Friedensbewegung, zu einer wirksamen politischen Kraft zu werden.

AK: Die Regierungspolitiker und auch die Presse in Israel haben immer noch Probleme mit der Benennung dessen, was in den besetzten Gebieten eigentlich geschieht. Von „Unruhen“ ist die Rede, von „Tumulten“, und ein Kommentator der „Jerusalem Post“ mahnte jüngst, man solle doch in dem Geschehen nicht mehr sehen, als es tatsächlich sei: eine Epidemie lästiger Moskitostiche.

lästiger Moskitostiche.

Uri Avnery: Worum es seit dem 9. Dezember tatsächlich bei uns geht, das ist ein Volksaufstand im wahrsten Sinne des Wortes, ein revolutionärer Zustand. Was wir sehen ist die Geburt einer Nation und die Geburt eines Staates, der palästinensische Staat besteht praktisch schon in diesem Augenblick. In der selben Art, wie unser eigener Staat schon zwei, drei Jahre vor der Staatsgründung faktisch bestanden hat und die offizielle Staatsgründung eigentlich ein Nicht-Ereignis war für uns, denn sie bestätigte nur, was schon da war. Der Aufstand hat ein Ausmaß, das im Ausland und auch in Israel noch nicht ganz erfaßt worden ist. Er hat Auswirkungen in verschiedene Richtungen, die man heute noch gar nicht ganz erfassen kann. Um ein Beispiel zu nennen: der Aufstand hat die Vereinigung Jerusalems anulliert. Jerusalem besteht heute aus zwei Städten, jeder Mensch in Jerusalem weiß das, und die unsichtbare Grenze, die zwanzig Jahre lang da war, ist wieder sichtbar geworden. Oder die Illusion, daß König Hussein irgendeinen Anteil am palästinensischen Volk haben könnte, ist total verschwunden. In allen Demonstrationen seit Dezember ist König Hussein nicht anwesend, er kann weder einen Laden schließen noch einen Laden öffnen, eine Demonstration anberaumen oder eine Demonstration verschieben. König Hussein hat einige Male in den letzten Tagen erklärt, er könne nicht für die Palästinenser reden, wolle nicht für die Palästinenser reden; wer mit den Palästinensern reden wolle, müsse mit der PLO reden. Das scheint mir endgültig sein, obwohl er Schimon Peres noch nicht davon überzeugt hat.

Die Hauptauswirkung innerhalb des palästinensischen Volkes selbst ist eine totale Bewußtseinsveränderung. Es ist nicht mehr dasselbe Volk, das es vor einem halben Jahr war. Vor einem halben Jahr hat man gedacht, nach zwanzig Jahren Besetzung kann die Besetzung ewig weitergehen, das palästinensische Volk wird nie rebellieren, sie arbeiten für uns, machen faktisch Sklavenarbeit. Die besetzten Gebiete sind ein sicherer Markt für die israelische Wirtschaft. Terroraktionen sind minimal, werden immer sofort aufgedeckt, ausnahmslos. Es gibt viele Tausende von Spitzeln auf der Westbank und im Gasastreifen, die jede Art von Organisation sofort zunichte machen. Eine äußere arabische Bedrohung bestand ja nicht. Und es war daher ganz logisch für viele Leute in Israel zu glauben, daß sie in der besten der möglichen Welten leben, daß jede Veränderung nur negativ sein kann, daß das Beste ist, was da ist, und daß das ewig weitergehen kann. Darin waren sich beide der großen Parteien in Israel einig. Obwohl eine der Parteien, der Likud, es offen ausgesprochen hat und die Arbeitspartei gedacht hat, man könne noch ein paar politische Zirkustricks anwenden, wie die internationale Konferenz und solche Sachen, die eigentlich substanzlos sind, aber den Anschein erwecken, daß ein politischer Prozeß im Gange ist.

Die Hauptauswirkung innerhalb des palästinensischen Volkes selbst ist eine totale Bewußtseinsveränderung.

Von all dem ist seit dem 9. Dezember nichts übrig geblieben. Der Status quo ist zerfetzt. Leute wie Rabin und auch Peres sagen, wir müssen den Aufstand zusammenschlagen, damit die Araber sehen, daß man mit solchen Methoden nichts erreichen kann — das ist eine Parole, die bei uns jetzt täglich wiederholt wird —, und dann diktieren wir der anderen Seite, was wir wollen ... diese Illusion existiert in ernsthaften Kreisen in Israel nicht mehr, sicher nicht mehr beim Militär. Der Aufstand kann einfach nicht wieder rückgängig gemacht werden, es wäre, als wolle man ein Baby wieder dorthin zurückbringen woher es gekommen ist. Oder ein Ei wieder zusammenzufügen, das man zerschlagen hat. Es geht einfach nicht. Es geht nicht, weil sich das Bewußtsein der Palästinenser total verändert hat in einem Ausmaß, das heute von ausländischen Journalisten, auch von inländischen Journalisten, noch bei weitem nicht erfaßt worden ist.

Welchen Einfluß hat die PLO auf den Aufstand?

Der Aufstand ist von innen heraus, spontan entstanden. Und wenn ein ganzes Volk sich entschließt, bestimmte Kampfformen einzusetzen — demonstrieren, streiken, Steine werfen, nicht aber zu schießen —, dann verweist das auf einen

schießen —, dann verweist das auf einen

inneren Zusammenhalt, der weit über den Einfluß einer Führung hinausgeht. Ich bin in Westdeutschland einige Male gefragt worden, ob die PLO nicht ihren Einfluß verloren habe. Die Frage ist meiner Meinung nach falsch, weil es für die PLO als Rahmenorganisation gar keinen Ersatz geben kann. Alle inneren Zwistigkeiten werden sich innerhalb der PLO abspielen, nicht gegen die PLO. Einen Gegensatz zwischen der PLO und den Aufstandskomitees in den besetzten Gebieten kann es gar nicht geben, weil es dieselben Leute sind. Die Komitees bestehen aus denselben Leuten wie die Führungen der PLO in Tunis. Im Palästinensischen Nationalrat sind heute alle Fraktionen von der Kommunistischen Partei bis zu den islamischen Fundamentalisten vertreten, und dieselben Organisationen bilden die Komitees in den Orten und wohl auch das allgemeine Aufstandskomitee.

Der Einfluß islamischer Fundamentalisten wird meiner Meinung nach sehr übertrieben, besonders von Journalisten, weil die Islamisten pittoresk wirken und alle möglichen Vorstellungen sich daran knüpfen — Khomeiny ist ja schon da ... Was sind denn die Fundamentalisten wirklich? Leute, die zu solchen Organisationen stoßen, was wollen sie eigentlich? Wenn die islamischen Bewegungen einen pan-islamischen Staat wollen, also gegen einen Palästina-Staat sind und gegen das Programm der PLO, und wenn es dann eines Tages zu einem wirklichen Test kommt und die Palästinenser die Wahl hätten zwischen einem großislamischen Staat und einem palästinensischen Nationalstaat, dann wären beinahe alle für einen palästinensischen Nationalstaat. Ich will die Fundamentalisten nicht unterschätzen, sie sind da, nicht nur im Gasastreifen, auch in der Westbank. Eine Radikalisierung des Aufstands in den Methoden kann stattfinden, nicht aber eine Radikalisierung im Sinne der Ziele, daß ein Palästinastaat aufgegeben wird für die alten maximalistischen Parolen.

Der Aufstand, so erfolgreich er vorläufig ist und wahrscheinlich auch bleiben wird, wird nicht einmal die Besetzung der Westbank und des Gasastreifens durch Israel bedrohen, geschweige denn weitergehende Ziele erreichen. Der Aufstand wird die Besetzung erschweren, moralisch unhaltbar machen — die Besetzung selbst zu beseitigen ist kein Aufstand dieser Art in der Lage. Die militärische Übermacht Israels ist ungeheuer. Der Aufstand kann nur dazu führen, Israel zu zwingen, mit den Palästinensern zu einer Lösung zu kommen.

Sie arbeiten seit rund vierzig Jahren an einer friedlichen Lösung für das jüdische und das palästinensische Volk. Was haben die israelischen Friedenskräfte erreicht, wo sind sie bisher gescheitert?

Der größte Erfolg ist vielleicht, daß wir gewisse Prozesse gebremst haben. Zum Beispiel halte ich es für wichtig, daß wir in den ersten zehn Jahren der Besatzung die Besiedlung der Gebiete zwar nicht ganz, aber beinah ganz gestoppt haben. Ich war damals als Minderheit von eins in der Knesset, ich habe eine Art Guerillakrieg geführt gegen jede neue Siedlung. Ich glaube, wenn die Macht der Siedler in der Westbank noch minimal ist, der Frieden noch möglich ist, dann ist das zu einem kleinen Teil unser Verdienst. Wenn heute tatsächlich dreihundert-, vierhunderttausend Siedler in der Westbank wären, dann sähe die Situation ganz anders aus.

Vielleicht noch wichtiger sind die Kontakte mit der PLO, die ich in meinem Buch „Mein Freund, der Feind“ beschrieben habe. Ich glaube, wir haben einen wichtigen Einfluß auf die Ideenbildung innerhalb der PLO gehabt, ganz einfach indem wir die Situation in Israel den Leuten nahegebracht haben. Und dasselbe auch in der anderen Richtung: wir haben der israelischen Öffentlichkeit einen Begriff der PLO, der palästinensischen Bewegung überhaupt vermittelt.

Es ist uns bisher nicht gelungen, in Israel die PLO zu entdämonisieren.

Es ist uns allerdings bisher nicht gelungen, in der breiten Öffentlichkeit in Israel die PLO zu entdämonisieren. Das palästinensische Problem ist für sehr viele Leute in Israel noch mehr mythologisch denn reell. Ich würde sagen, das Positive und das Negative halten sich die Waage.

Die Entmythologisierung der PLO, sagten Sie, sei noch nicht durchschlagend gelungen. Wird die PLO überhaupt als konkreter Feind gesehen?

Israel hat ein Problem, ein großes psychologisches Problem mit den Palästinensern. Ich glaube, das darf man nicht außer Acht lassen, wenn man die Situation analysiert. Viele Sachen wären überhaupt unverständlich, wenn man nicht die grundlegenden psychologischen Probleme betrachtet.

Der Zionismus ist nach Palästina gekommen mit der Idee, daß Palästina ein leeres Land ist. Als man herausgefunden hat, daß das Land nicht leer ist, da war es schon viel zu spät. Darum hat man sich die Palästinenser einfach weggedacht, hat sie mit verschiedenen Ausreden, Ausflüchten weganalysiert oder sich weggewünscht. Das geht so weiter bis heute. Wir haben ein Trauma, denn wenn es die Palästinenser heute gibt, dann hat es sie auch gestern gegeben; und wenn es sie gestern gegeben hat, dann hat der Zionismus eine sehr klare negative Seite. Diese unbewältigte Vergangenheit, diese Unfähigkeit oder dieser Unwille, diesem Problem in die Augen zu sehen erklärt beinahe alles, was heute in Israel passiert. Es gibt keinen Aufstand, wenn es ein Aufstand wäre, gäbe es ein palästinensisches Volk — da es kein palästinensisches Volk gibt, gibt es auch keinen Aufstand — da es kein palästinensisches Volk gibt, verhandeln wir nicht mit Palästinensern sondern mit König Hussein, mit Amerikanern, mit Russen, mit Chinesen, mit irgendjemand, aber nicht mit Palästinensern.

Von rechten Kräften in Israel wird Arafat nicht selten mit Hitler gleichgesetzt, ein nationalistischer Schriftsteller verglich die steinewerfenden palästinensischen Jugendlichen mit der Hitler-Jugend und ein Siedler vertrat die Auffassung, Israel verhielte sich gegenüber dem Aufstand wie seinerzeit die Juden in Deutschland vor dem November-Pogrom. Insgesamt werden sehr häufig Aktionen und Reaktionen der Palästinenser mit dem Nazismus und mit der Schoah in Verbindung gebracht.

Das ist reine Routine. Hier haben wir ein zweites Trauma, ein zweites psychologisches Problem von Israel. Wir sind in einer psychologisch seltsamen Lage: Einer-

Fortsetzung nächste Seite

Uri Avnery

„Ich bin ein Israeli, der leidenschaftlich an den Frieden glaubt, der jedoch den größten Teil seines Lebens im Krieg gelebt hat“, schrieb Uri Avnery 1968 in seinem Buch *Israel ohne Zionisten — Plädoyer für eine neue Staatsidee*.

Uri Avnery (damals noch: Ostermann) war zehn Jahre alt, als seine Eltern und Geschwister mit ihm von Hannover nach Palästina emigrierten. Dort war das Vermögen der Familie, die in Deutschland zur wohlhabenden Mittelschicht gehört hatte, bald aufgebraucht. Seine Eltern eröffneten eine Wäscherei. Uri Avnery verließ mit dreizehn Jahren die Schule, um zum Familieneinkommen beizutragen. Nach einem erfolglosen Versuch als Mechaniker arbeitete er bei einem Rechtsanwalt. Hier wurde er zum ersten Mal mit „der Armut der vielen“, mit den Unterschieden der Araber in Jaffa und der Juden in Tel Aviv und mit der Anmaßung der britischen Mandatsmacht konfrontiert. (1) Zur gleichen Zeit, 1936, begann ein Guerillakrieg, den die Briten „Unruhen“, die Araber „den arabischen Aufstand“ und die Juden „Ausschreitungen“ nannten. (2)

„Für einen Jungen gab es in dieser Situation nur einen Weg. Wir mußten als Gegenmaßnahme Araber töten, wir mußten die Briten hinausschmeißen und unsere Führer, die Leute der Jüdischen Agentur, ihrer Ämter entheben.“ (1) Knapp bevor er fünfzehn wurde, trat er in die jüdische Terrororganisation *Irgun Tzwei Leumi* (Nationale Militärorganisation) ein.

Im Verlauf der Irgun-Spaltung wurde ihm jedoch deutlich, daß er in vielen Punkten — „ihre reaktionären Haltung, ihr Antisozialismus, ihre Verachtung für die Kibbuzim und die Arbeiterbewegung“ — nicht mit der Irgun übereinstimmte. (1) 1941 verließ er die Organisation.

Nachdem er Ordnung in seine „noch unausgegorenen Ideen“ gebracht hatte, gründete er 1946 eine Gruppe mit dem Namen *Junges Palästina*. In Palästina, so die Botschaft dieser Gruppe, entstehe „eine neue hebräische Nation“, die zum Nahen Osten gehöre. „Während sie versucht, das Joch der Briten abzuschütteln, muß sie auch anderen Nationen in diesem Teil der Welt helfen, ihre imperialistischen Herren loszuwerden. Unsere nationale Bewegung muß zusammen mit der arabischen Nationalbewegung eine integrierte und koordinierte semitische Front bilden.“

Im *Jungen Palästina* wurde die Teilnahme an dem 1947 beginnenden sog. Unabhängigkeitskrieg debattiert: Eine Niederlage würde die physische Vernichtung des jüdischen Volks bedeuten. „In der Stunde von Israels Gefahr war unser Platz bei den Kampfgruppen, der Friede aber war das Ziel, an dem wir unverbrüchlich festhielten.“ (1) Er nahm ein Jahr lang an den Kämpfen teil bis er in ägyptischemMaschinengewehrfeuer verwundet wurde. Das unmittelbare Erleben des Krieges und seine Kritik an „gewissen Grundtendenzen“ des neuen Staates brachten ihn zu der Überzeugung, „daß Frieden unmöglich ist, so lange keine Rücksicht darauf genommen wird, daß in diesem Land zwei Völker wohnen und daß jedes seinen eigenen Staat braucht, in dem es leben kann.“ (1)

1950 übernahm Avnery die Zeitschrift *Haolam Haseh* (Diese Welt; auch: Dieses Zeitalter), die sowohl zu einer der wichtigsten Stimmen der Opposition wie zur bestgehaßten Publikation in Israel wurde. 1952 wurde ein erster Bombenanschlag auf Redaktionsräume und Druckanlagen der Zeitschrift verübt, dem drei weitere in den nächsten drei Jahren folgten. 1953 wurden Avnery bei einem Überfall die Finger beider Hände gebrochen. 1957 wurde ein prominenter Redakteur gekidnappt. 1972 fiel das Archiv einer Brandstiftung zum Opfer. 1975 wurde Avnery vor seiner Wohnungstür überfallen und kam mit schweren Messerstichverletzungen ins Krankenhaus.

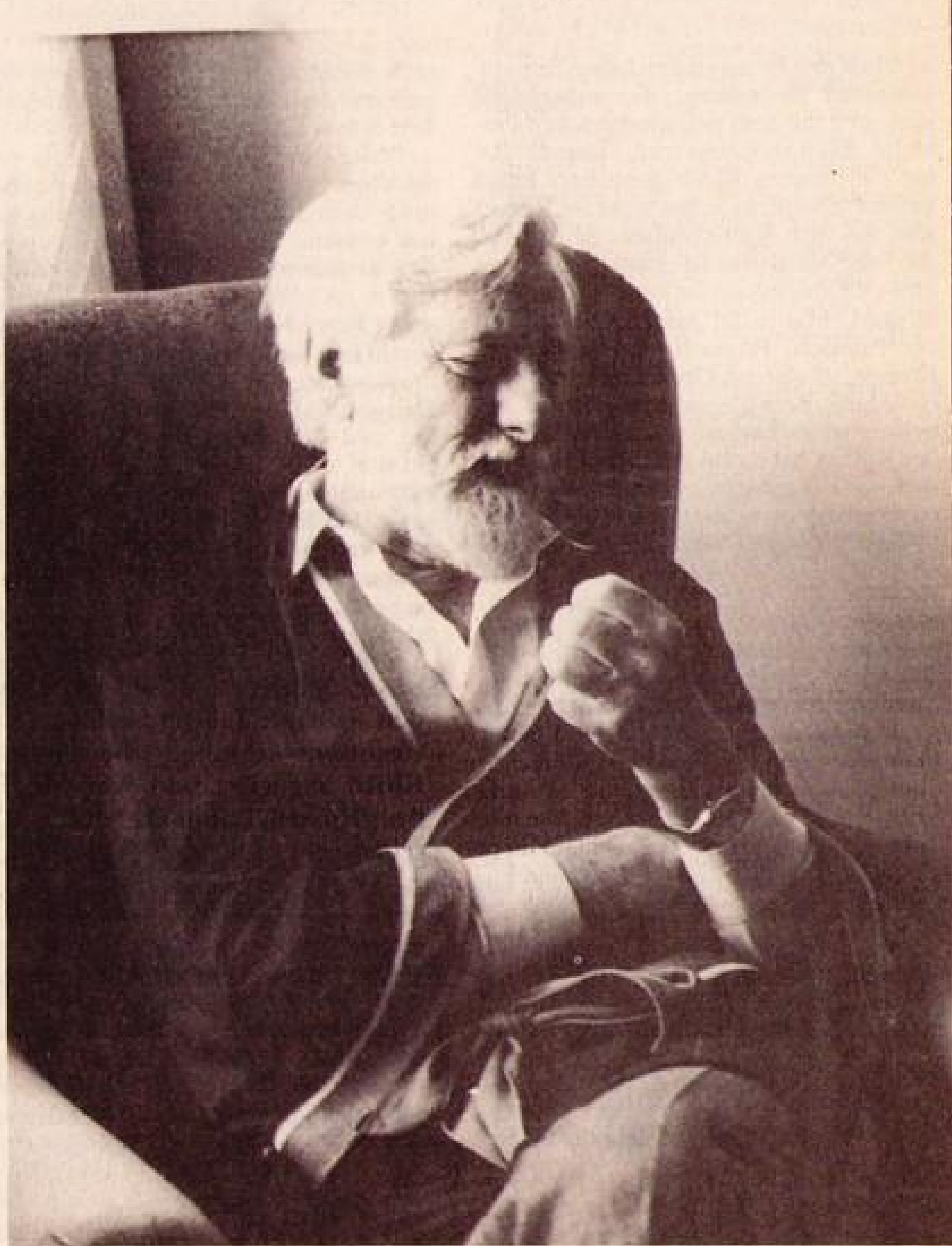
Ein neues Pressegesetz, das 1965 verabschiedet wurde, richtete sich eindeutig gegen *Haolam Haseh*. Avnery gründete daraufhin eine politische Partei, der er den Namen der Zeitschrift gab und die in den Wahlen zur Knesset mit 1,8% (38.000 Stimmen) einen Sitz errang. 1969 kam ein zweiter Sitz hinzu. Avnery war von 1965-73 Mitglied der Knesset und dann wieder; als Abgeordneter von *Scheli* (Frieden und Gleicheit für Israel) von 1979-81.

Die ersten Schritte zur unmittelbaren Kontaktaufnahme mit der *PLO* unternahm Avnery Ende 1973. Der *Israelische Rat für israelisch-palästinensischen Frieden*, zu dessen Mitbegründern Avnery gehört, wurde 1975 gebildet. In seinem Gründungsmanifest von Januar 1976 stellte der Friedensrat u.a. fest, daß „der einzige Weg zum Frieden die Koexistenz zwischen zwei souveränen Staaten ist, von denen jeder eine definitive nationale Identität hat: der Staat Israel für das jüdische und ein Staat für das arabisch-palästinensische Volk als Ausdruck seines Rechts auf Selbstbestimmung innerhalb des politischen Rahmens, der ihm angemessen erscheint.“ (3)

Das erste Treffen von Arafat und Avnery fand im Juli 1982 im belagerten Beirut statt. Drei Minister forderten daraufhin eine Anklage gegen Avnery wegen Hochverrats. Über dieses Treffen kam es zu Umstimmigkeiten in der *Scheli*, was zur Gründung der jetzt auch in der Knesset vertretenen *Progressiven Friedensliste* führte, deren Vize-Vorsitzender Avnery ist.

In seinem 1986 (in englischer Sprache) erschienenen Buch *Mein Freund, der Feind* berichtete Avnery über die bis dahin zehn währenden und seither fortgesetzten Treffen des Friedensrates bzw. der Progressiven Friedensliste mit Arafat und anderen ranghohen PLO-Fuktionären.

Die nach wie vor erscheinende *Haolam Haseh* hat eine Auflage von 35.000 Exemplaren erreicht, was einer Auflage von einer halben Million in der BRD entspräche. Gegner der Zeitschrift bezeichnen sie als „eine Art Bild-Zeitung“, Freunde als „den israelischen Spiegel“. Wie auch immer — Uri Avnery, schrieb jüngst Hal Wyner, habe, „wie sonst niemand in Israel, gewagt, die Machthaber mit Worten und vor allem mit Wahrheiten zu konfrontieren, die niemand hören wollte. Es hat ihn mehr als einmal fast das Leben gekostet.“ (4)



Quellen

(1) Uri Avnery: Israel ohne Zionisten, 1969
(2) ders.: Mein Freund, der Feind, 1988
(3) DIAK: Friedenskräfte in Israel. Bonn, o.J. (1980)
(4) Hal Wyner: Sein Freund, der Feind. In: Zeit-Magazin, 6.5.88

Fortsetzung von vorheriger Seite

seits sind alle Erinnerungen und Ressentiments des Holocaust in Israel vorhanden, sie sind wirklich da, sie sind reell. Es gibt heute noch in Israel viele Zehntausend, vielleicht Hunderttausende von Menschen, die in Lagern waren, die es nicht vergessen können, teilweise verdrängt haben, aber nicht vergessen können. Die Leute haben Kinder, sie haben ihre Ängste und Erinnerungen den Kindern vermittelt. Es wird auch ganz bewußt von Israel betrieben, die Erinnerung an den Holocaust aurechtzuerhalten und zu verstärken. Gerade jetzt werden beinahe jede Woche Jugendgruppen nach Auschwitz geschickt. Das Selbstbild von Israel ist: Wir können das Warschauer Getto sein, wir können morgen einen Holocaust erleben, die Araber wollen uns ins Meer werfen. Demagogen können das ausbeuten und noch übertreiben wie sie wollen. Begin hat das ganz systematisch gemacht.

Zur selben Zeit ist Israel die bei weitem stärkste Militärmacht im Nahen Osten, wir haben die absolute militärische Hegemonie. Wir prahlen damit, daß wir in ein paar Tagen den ganzen Nahen Osten erobern können. Arik Scharon hat oft gesagt, wir sind in zwei Tagen in Teheran, in drei Tagen in Tripoli, Lybien. Er hat 77/78 eine Doktrin verkündet, daß der Sicherheitsbereich Israels von Pakistan bis südlich von Mittelafrika reicht, eine offizielle Doktrin als Verteidigungsminister.

Und da fragt man sich, wie gehen die beiden Sachen zusammen? Denn die Israelis sprechen von der Bedrohung und der Überlegenheit in einem Satz und sind sich nicht bewußt, daß das nicht zusammenpaßt. Denn wir können doch nicht die stärkste Militärmacht im Nahen Osten sein, die ganze arabische Welt in ein paar Stunden zerschlagen, und zur selben Zeit im Getto Warschau sein und erwarten, daß in jedem Augenblick die Nazis kommen können und uns umbringen.

Sie sprechen in Ihrem Buch „Mein Freund, der Feind" von einer „mentalen Blockade", die Sie im Gespräch mit zum Beispiel Rabin mit rationalen Argumenten nicht überwinden konnten.

Rabin, gerade Rabin ist ein Prototyp für jenen Komplex, den ich am Anfang versuchte zu definieren, nämlich die Unfähigkeit, die palästinensische Existenz anzuerkennen. Rabin ist in dieser Hinsicht schrieb: Die Araber in Palästina (ich glaube, er hat in Jiddisch geschrieben, und deshalb „Palästina" und nicht „Eretz Israel") wehren sich gegen unsere Einwanderung wie jedes Volk der Welt sich gegen eine weiße Einwanderung wehrt. Die Situation ist ganz natürlich, wir können nichts dagegen tun, wir könnten weder bestechen noch betrügen, wir können auch keine anderen arabischen Führer in anderen arabischen Ländern bestechen — das einzige was wir tun können ist gegen diese Reaktion eine eiserne Wand aufzustellen.

Er hat ein paar Wochen einen zweiten Artikel geschrieben: Ich habe sehr wütende Briefe bekommen. Die Leute sagen, aus dem Artikel geht hervor, daß die Araber recht haben, wie ist das moralisch zu vereinbaren mit dem, was wir sagen usw. usw. Ich habe gesagt, die Araber haben recht, aber wir haben auch recht. Und wenn Recht gegen Recht steht muß man fragen: wer hat mehr Recht? Und da wir kein Vaterland haben, aber ein Vaterland brauchen, haben wir mehr Recht. So hat er eine Ausflucht gefunden.

Aber es ist interessant, das heute zu lesen, weil er vor sechzig Jahren klar gesagt hat: erstens, daß die Araber in Palästina ein eigenes Volk sind, nicht ein Teil der arabischen Welt; und zweitens, daß der Widerstand der Araber legitim ist.

Was ich sagen will ist, daß für Zionisten im allgemeinen und für Siedlungs-Zionisten im Besonderen, die sozialistischen Zionisten ganz im Besonderen, es schwer ist anzuerkennen, daß der Zionismus mit einem Unrecht verbunden war. Rabin ist der Repräsentant dieses Syndroms überhaupt. Er ist im Grunde ein nüchterner Mensch, hat einen klaren, logischen Verstand, außer daß er nicht imstande ist, beim palästinensischen Problem logisch zu denken, logisch zu sprechen und logisch zu handeln.

In welcher Weise wirkt sich dieses Syndrom, diese Erkenntnisverweigerung auf die Friedensbewegung aus?

Wir müssen klar unterscheiden zwischen — sagen wir mal — zwei Lagern in der Friedensbewegung. Das eine Lager, das derzeit beinahe inaktiv ist, wird von Peace Now repräsentiert, ein Lager, das keine klare positive Konzeption hat, keinen Friedensplan, sondern mehr eine Protestbewegung ist gegen Ereignisse, die ihnen unerträglich sind — und manchmal, wenn man es böse sagen will, sieht es so aus, als wäre es mehr eine Bewegung, um

Rabin ist ein Prototyp für die Unfähigkeit, die palästinensische Existenz anzuerkennen.

Rabin ist ein Prototyp für die Unfähigkeit, die palästinensische Existenz anzuerkennen.

wirklich *der* Prototyp der Erben der zionistischen Besiedlung, die außerstande sind, sich mit dem palästinensischen Problem auseinanderzusetzen. Gerade Rabin. Wo kommt Rabin denn her? Rabin kommt, obwohl er selbst nicht im Kibbuz war, aus dem Kibbuzmilieu. Seine Mutter war sozialistische Funktionärin, es gibt viele Bilder von ihr mit der roten Fahne am 1. Mai in Tel Aviv. Er kommt aus der Palmach, Palmach kommt aus dem Kibbuz, es war im Grunde eine Kibbuzbewegung. Sein Lager innerhalb der Arbeitspartei kommt aus dem Kibbuz. Und der Kibbuz hat es am allerschwersten mit dem palästinensischen Problem. Der Kibbuz versteht sich als idealistisch, er hat ein sozialistisches Ideal verwirklicht, sie sind stolz darauf, sie haben es besser getan als Sowjet-Rußland, sie haben wirklich eine Utopie — einmalig in der Weltgeschichte — verwirklicht. Und die Idee, daß diese wunderbare Idee verwirklicht wurde durch die Enteignung des arabischen Landproletariats in Palästina ist unerträglich für sie. Darum ist die Auseinandersetzung mit dem Problem noch viel schwerer für sie als andere. Komischerweise haben es gerade die Rechten, die mit der Besiedlung bis 1967 nichts zu tun hatten, in gewisser Hinsicht leichter (in anderer Hinsicht haben sie es schwerer). Die Idee, daß wir die Palästinenser enteignet haben, ist für die Rechten sehr leicht hinzunehmen, sie regen sich gar nicht darüber auf.

Der *fortschrittlichste* Artikel über das Palästina-Problem in den letzten Generationen ist von Wladimir Jabotinsky ge-

sich selbst zu beweisen, daß man doch nett und freundlich ist und nicht im großen Strom mitschwimmt.

Peace Now hat allerdings eine sehr wichtige Funktion erfüllt als ein Schirm, unter dem alle anderen zusammen etwas tun konnten, von der Arbeitspartei bis zu den Kommunisten und alles, was dazwischen ist. Wir sind alle hingegangen, wenn Peace Now eine Demonstration gemacht hat. Sie haben einige Male sehr eindrucksvolle Demonstrationen gemacht. Die größte Demonstration war nach Sabra und Schatila mit einigen Hunderttausend, offiziell vierhunderttausend. Sie haben dabei etwas sehr Seltsames angestellt. Sie haben, um so eine Riesendemonstration zu ermöglichen, Schimon Peres und Jitzchak Rabin zu Hauptrednern gemacht. Das heißt, alle die, die gegen den Libanon-Krieg waren, kamen nicht zu Wort, nicht ein einziger, während die beiden, die für den Libanon-Krieg gestimmt und auch zum Libanon-Krieg aufgerufen haben, die waren die Hauptredner. Sie haben praktisch ihre Seele verkauft, um diese Riesendemonstration zu bekommen. Peace Now hat sich der Arbeitspartei nicht angeschlossen, aber sie haben eine Situation geschaffen, wo die Arbeitspartei faktisch ein Veto-Recht hat.

Jetzt sind sie in einer schrecklichen Situation. Wenn Scharon heute Verteidigungsminister wäre, dann hätten sie heute eine Demonstration mit vierhunderttausend Teilnehmern; da aber nicht Scharon sondern Rabin der Verteidigungsminister ist, können sie einfach nicht demonstrieren.

Für die sozialistischen Zionisten ist es ganz besonders schwer anzuerkennen, daß der Zionismus mit einem Unrecht verbunden war.

schrieben worden, dem Begründer der revisionistischen Partei, aus dem die Cherut-Partei hervorgegangen ist. Er hat Anfang der 20er Jahre einen unglaublich interessanten Artikel geschrieben, die Überschrift war: „Die Eiserne Wand". Er

Sie haben jetzt eine Demonstration gemacht, auf der einige Leute gegen Rabin gesprochen haben und auf der erstmals ei-

Fortsetzung nächste Seite



„War dies nun ein Abenteuer oder haben wir wirklich Geschichte gemacht"

Buchbesprechung von Uri Avnerys: *Mein Freund der Feind*

„Auf dem Weg zum Taxi kreuzte ich den Weg einer sehr schönen jungen Frau. Ich fühlte mich glücklich und lächelte ihr zu. Sie zögerte einen Augenblick, und dann lächelte sie zurück. Es war ein strahlendes Lächeln, das ihr ganzes Gesicht zum Leuchten brachte." (S. 233) Das war in Marokko Ende 1980, als sich Uri Avnery die lange Wartezeit vor einer Audienz bei König Hassan etwas erträglicher machen mußte.

Was sonst noch passiert? Man ißt türkischen Kebab in London, Französisches auf dem Boulevard St. Germain, einfaches Österreichisches bei Kreisky, teures Chinesisches nicht weit vom Eiffelturm, Indisches in London, unkoschere Würstchenberge in einem Grinzinger Heurigenlokal, Exzellentes in der Ersten Klasse der marokkanischen Fluglinie („*Der Champagner floß wie Leitungswasser*"), Couscous, Dampfnudeln mit Zucker und Zimt, Taubenpastete im Blätterteig sowie marinierten Fisch im achten Stock des Hilton in Rabat, und immer wieder zwischendurch orientalische Köstlichkeiten, Falafeln, Riesenberge arabischer Süßigkeiten, hausgemachtes Brot und Ziegenkäse aus Nablus (Westbank), erstklassige orientalische Speisen bei Arafat, und natürlich Champagner Champagner

ton in Rabat, und immer wieder zwischendurch orientalische Köstlichkeiten, Falafeln, Riesenberge arabischer Süßigkeiten, hausgemachtes Brot und Ziegenkäse aus Nablus (Westbank), erstklassige orientalische Speisen bei Arafat, und natürlich Champagner, Champagner,

Champagner.

Uri Avnery liebt die angenehmen Seiten des Lebens und findet zum Glück in seinen arabischen Feind-Freunden immer wieder Gleichgesinnte. Der kongeniale Rezensent leidet gelegentlich Höllenqualen und vermißt als minimalen Service einen gut sortierten Anhang von Kochrezepten.

Uri Avnerys Bericht über seine Pionierarbeit für den israelisch-palästinensischen Dialog kam erstmals 1986 in englischer Sprache durch einen Londoner Verlag auf den Markt. Seit kurzem liegt das Buch in deutscher Übersetzung vor, bereichert um ein herausgequältes Vorwort des früheren österreichischen Kanzlers Kreisky — der diesen Dialog nach Kräften gefördert hat — und einen aktuellen Epilog des Autors; allerdings fehlt gegenüber der englischen Ausgabe das Namensregister.

Beide Bücher zeigen, in unterschiedlicher Aufmachung — die deutsche in äußerst kläglicher fotografischer Qualität — Avnery und Arafat auf dem Cover. Das dient gewiß dem Wiedererkennungswert, wird aber dem Titel und Inhalt des Buches nicht gerecht. „Mein Freund, der Feind" ist nicht Arafat, sondern in erster Linie Issam Sartawi und an zweiter Stelle Said Hammami. Der eine Gesandter Arafats in heikler und lebensgefährlicher Mission, der andere PLO-Vertreter in London. Beide wurden von Killern des mysteriösen Abu Nidal ermordet, der mal in irakischen und mal in syrischen — und vielleicht auch in israelischen? — Diensten jahrelang Jagd auf palästinensische Politiker machte, die sich um Kontakte zu dialogbereiten Israelis bemühten. Hammami starb im Januar 1978, Sartawi im April 1983.

Über Hammami hatten Avnery und mit ihm zusammenarbeitende Exponenten der nicht-kommunistischen israelischen Opposition seit 1975 eine zunächst nur indirekte Gesprächsverbindung zur PLO aufgenommen. Neben seiner Grundüberzeugung, daß Dialog als solcher schon nützlich sei, verfolgte Avnery beharrlich das Hauptziel, die PLO auf die Formel der „gegenseitigen Anerkennung" gegenüber Israel zu verpflichten. Selbst kleinste Schritte in diese Richtung, symbolische Gesten, die außer ihm wohl kaum jemand überhaupt wahrnahm, rühmt Avnery mit Wärme und beherrscht-maßvollem Stolz auf den eigenen Anteil. Den Hemmungen auf palästinensischer Seite, die das Unternehmen immer wieder, mit zum Teil grotesken Episoden, zurückwerfen, begegnet Avnery in der Regel mit viel Einfühlungsvermögen und Geduld.

Auf der anderen Seite gibt sich Avnery als phantasievoller, die Grenzen zur Hemmungslosigkeit gelegentlich überschreitender Nostalgiker der „großen verpaßten Gelegenheiten". Was wäre gewesen, *wenn*, fragt er sich und sein Publikum mehrfach, und jedesmal ist es die PLO, die leider, Verständnis hin oder her, die schönsten Chancen vermasselt. *Hätte* die PLO beispielsweise 1977 nicht ein bereits veröffentlichtes gemeinsames Kommunique über die Gesprächskontakte durch ein Dementi blamiert und hätte nicht einige Wochen später der 13. Palästinensische Nationalrat einige unnötig radikale Formulierungen beschlossen, dann wäre in Israel ein *„historischer Durchbruch"* erreicht worden: Avnerys kleine Oppositionspartei Scheli wäre nach den Wahlen im Mai 1977 *„als wirkungsvolle Fraktion in die nächste Knesset eingezogen"*, sie hätte *„vielleicht die Zusammensetzung der nächsten Regierung verändern und gewiß einen direkten Einfluß auf die israelische Politik ausüben"* können. (S. 191) Stattdessen kriegt Scheli nur zwei Sitze, und die Rechten gewinnen die Wahl; Menachem Begin wird Ministerpräsident.

Episoden dieser Art finden sich mehrfach. Avnery, wie manch andere oppositionelle Israelis, scheint zu Illusionen zu neigen, wenn es darum geht, was bei einer entgegenkommenderen Politik der PLO in Israel möglich gewesen wäre. Dadurch wird, auch wenn Avnery das offensichtlich so nicht beabsichtigt, die Last der Verantwortung für den Stillstand oder sogar die Rechtsverschiebung der Verhältnisse in Israel allzu sehr der PLO zugeschoben. Eine Schwäche der Darstellung liegt auch darin, daß Avnery die Kontakte der PLO zur israelischen KP und anderen nicht-zionistischen Gruppierungen des linksradikalen Spektrums übergeht oder mit abfälligen Nebenbemerkungen abtut, obwohl diese Verbindungen seinen eigenen um mehrere Jahre vorangingen.

Es gibt Bücher, die die Widerspruchsentwicklung in der PLO sehr viel besser beleuchten. Genannt sei an dieser Stelle *„The PLO — The Struggle Within"* von Alain Gresh (1983; seither mehrmals aktualisiert, zuletzt 1988). Für die Geschichte des israelisch-palästinensischen Dialogs, insbesondere die Jahre 1975 bis 1984, ist das Buch von Uri Avnery aber eine hervorragende Quelle aus allererster Hand, die Anekdotisch-Unterhaltsames mit Informativem angenehm verbindet. Viele wichtige Stellungnahmen, PLO-Beschlüsse, Kommuniques u.ä. sind im Wortlaut wiedergegeben. Der Preis der deutschen Ausgabe entspricht einem ordentlichen Essen bei einem Italiener der guten Mittelklasse.



Uri Avnery bei Arafat im belagerten Beirut am 3. Juli 1982

Kt., Hamburg

Uri Avnery: My Friend, the Enemy. London: Zed Books, 1986, 340 S., Pb., BRD-Preis ca. 25.- DM

Uri Avnery: Mein Freund, der Feind. Deutsch von Barbara Bortfeldt. Vorwort von Bruno Kreisky und ein Nachtrag 1988 vom Autor. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1988, 424 S., Hc., 39.80 DM

Fortsetzung von vorheriger Seite

nige Leute sich für Verhandlungen mit der PLO ausgesprochen haben, ein beachtlicher Fortschritt, aber insgesamt ist

Insgesamt ist Peace Now beinahe inaktiv.

Peace Now beinahe inaktiv.

Diese Demonstration, von der Sie gerade sprachen, diente ausdrücklich der Unterstützung des sogenannten Friedensplans von US-Außenminister Shultz.

Sie haben noch nicht einmal gewagt, eine Demonstration zu machen, die offiziell unter der Parole „Beendet die Okkupation" stand, sondern die Parole war „Bejahung der Shultz-Initiative". Wenn es um die Shultz-Initiative geht, ist es klar: man ist gegen Schamir und für die Arbeitspartei. Wenn man gegen die Besatzung ist, ist es nicht mehr klar — denn wo steht Rabin ...?!

Worum ging es denn bei dem Shultz-Plan? Meiner Ansicht nach war er primär inneramerikanisch motiviert. Das heißt, Reagan war ziemlich bankrott, hat überhaupt nichts geleistet in acht Jahren. Sie wollten beweisen, daß er noch etwas entwickeln kann, etwas Dramatisches, was in Zeitungen und im Fernsehen gut aussieht. Ich nehme an, es war die Hauptmotivation — denn warum haben sie es jetzt getan, nicht ein Jahr früher? Zweitens nehme ich an, daß die SOS-Telegramme von König Hussein, von Mubarak gewirkt haben, denn die Intifadah ist eine Gefahr für alle arabischen Regimes, besonders für König Hussein. Denn stellen Sie sich mal vor, Sie sind ein Palästinenser in einem Flüchtlingslager bei Amman, und plötzlich sehen Sie jeden Tag im Fernsehen, wie die Kinder im Flüchtlingslager in Deheische und Balata mit Steinen gegen schwerbewaffnete israelische Soldaten auftreten, verwundet werden, erschossen werden. Sie fragen sich dann: Warum wir nicht? Wenn die gegen die israelischen Soldaten kämpfen, warum können wir nicht gegen die jordanischen Soldaten kämpfen? Der neue Nationalstolz, das neue Selbstbewußtsein kann sehr leicht von der Westbank auf die östliche Seite, nach Jordanien, überschlagen. Und ich nehme an, daß König Hussein SOS-Telegramme an Amerika geschickt. Drittens kann ich mir auch vorstellen, daß es eine Hilfe war für die israelische Regierung, um der palästinensischen Bevölkerung vorzumachen, daß ein politischer Prozeß im Gange ist. Wenn es so war, dann ist das genaue Gegenteil bewirkt worden, denn die palästinensische Bevölkerung hat sich gesagt: acht Jahre hat man sich nicht um uns gekümmert und sobald wir einen Aufstand anfangen, kommt der amerikanische Außenminister schon angerannt. Und viertens sollte vielleicht auch Peres gegen Schamir geholfen werden. Aber auch hier wurde das Gegenteil erreicht, es war ein großer Sieg für Schamir und hat sein Prestige in Israel nur erhöht.

Der ganze Plan war Unsinn. Es sah so aus, als ob jemand in das Archiv des Außenministeriums gegangen ist, ein paar Akten herausgezogen und was zusammengebastelt hat. Zwei Monate nach Beginn des Aufstands mit einem Programm zu kommen, daß für die PLO überhaupt keinen Raum läßt, in dem klar gesagt wird, wir wollen keinen Palästina-Staat — das ist Unsinn.

Sie sprachen von zwei Lagern der Friedensbewegung.

Es gibt neben Peace Now noch ein anderes viel kleineres, aber radikaleres Lager. Das sind Gruppierungen, die auf verschiedene Weise auf das palästinensische Problem eingehen, die Friedensprogramme haben und sich mit der Realität auseinandersetzen. Ich würde dazu die

Will Peace Now Frieden machen mit Holland oder Dänemark?

Kommunisten, Rakach, zählen — mit einer Einschränkung: sie unterstützen die Palästinenser natürlich nur solange wie es auch Moskau tut; als Moskau die Palästinenser noch boykottiert hat, hat Rakach die Palästinenser auch boykottiert, das war 1967, 1968, 1969. Aber heutzutage gehört Rakach zum radikaleren Lager, die Progressive Friedensliste gehört dazu und viele neue Elemente, die nicht parteigebunden sind aber eine Rolle spielen. Dai lekibusch, Jesch Gwul.

Insgesamt handelt es sich hier um zwanzig, dreißig neue Gruppen seit dem Beginn des Aufstandes, die für Auslandsjournalisten scheinbar nicht respektabel genug sind, um darüber zu berichten. Aber sie haben sehr eindrucksvolle Initiativen entwickelt. Zum Beispiel haben hundertfünfzig Fotografen eine Ausstellung gemacht über die Besetzung. Zwei der wichtigsten Dichter Israels haben sich gegen einen in Israel geplanten Dichterkongreß gewandt, sie haben dazu aufgerufen, sich nicht an dem Kongreß zu beteiligen, der Kongreß wurde anulliert. Fünfhundert Psychologen, Sozialarbeiter etc. haben sich gegen die Besetzung ausgesprochen. Von der Libanongrenze bis Jerusalem wurde ein Marsch durchgeführt mit vier Kundgebungen auf dem Weg; in Tel Aviv haben fünfundzwanzig der berühmtesten Popstars Israels an einer dieser Zwischenkundgebungen teilgenommen, diese Popstars haben durch ihre Teilnahme an dieser für Israel extremen Demonstration (es wurde das „Ende der Besatzung" gefordert) viel riskiert. Und während dieser Kundgebung haben drei palästinensische Mädchen die Nationalhymne gesungen. Hätten sie das in Ramallah — auf der Westbank — getan, dann wären sie aufgrund des Gesetzes zur Bekämpfung von Terror verhaftet worden.

Wir haben alle möglichen solcher neuen Initiativen, aber sie sind nicht stark genug, um als eine neue Friedensbewegung aufzutreten, die den Kampf gegen die Besetzung führen kann.

Wo steht der von Ihnen mitbegründete Israelische Rat für israelisch-palästinensischen Frieden?

Der Friedensrat war immer der radikalste Wegweiser von Anfang an. Er hat ein ganz klares detailliertes Friedensprogramm gehabt und hat es noch heute. Dieser Rat ist in einer gewissen Weise, obwohl er in der israelischen Politik ganz unwichtig ist, ein Wegweiser, weil er ein klares Programm aufgestellt hat, mit Grenzen, Jerusalem usw. usw. Dieses klare Programm hat es anderen ermöglicht, die ein klares Programm wollen, sich in dieser Richtung zu bewegen. Bei einer Demonstration von Peace Now Ende der siebziger Jahre hat einer das Emblem unseres Friedensrates, die gekreuzten Fahnen Israels und Palästinas, auf einer selbstbemalten Pappe mitgeführt. Das kam am nächsten Tag in die Presse und es war ein Riesenskandal! Die Leute von Peace Now haben sich dreimal bekreuzigt, sie hätten nichts damit zu tun, sie seien dagegen, eine nicht zu entschuldigende Außenseitertat ... Ich habe damals in einem Artikel gefragt: Wollt ihr vielleicht Frieden machen mit Holland oder mit Dänemark? Wenn ihr außerstande seid zu dulden, daß die palästinensische Fahne bei einer Demonstration gezeigt wird — mit wem wollt ihr Frieden machen?

In dem von Ihnen skizzierten radikaleren Lager der Friedensbewegung arbeiten auch Kräfte, die sich ausdrücklich als Nicht- oder auch als Antizionisten bezeichnen. Welche Möglichkeit zur politischen Einflußnahme haben diese Kräfte?

Sie haben in Israel keine Chance, die öffentliche Meinung für sich einzunehmen. Die öffentliche Meinung ist zionistisch,

Man wird gehaßt, weil man die Sicherheit der Leute antastet, ihre innere Sicherheit.

oder glaubt jedenfalls, zionistisch zu sein. Man kann sich fragen, was Zionismus heute ist, was er bedeutet. Es gibt ja keine richtige Diskussion darüber in Israel, Zionismus ist so eine Art Staatsreligion mit Dogmen und Symbolen. Aber wichtig ist, daß 99% der Israelis darauf bestehen, daß sie Zionisten sind. Und daher wird jemand, der heute oder in den nächsten Jahren Nichtzionismus oder Antizionismus predigt, keine Chance haben, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ich sehe auch keine Notwendigkeit, sich vom Zionismus generell abzugrenzen. Man kann als Zionist sagen, daß der Zionismus, der sehr viele gute Sachen geleistet hat, auch seine negativen Seiten gehabt hat. Ich sehe nicht ein, warum nicht heute jemand kommen kann — in der dritten Generation — und sagen kann: O.k., der Zionismus ist hierhergekommen, er kam nicht aus Zufall, er kam aus historischen Umständen, materiellen und geistigen Zuständen; er repräsentierte eine gewisse Wirklichkeit, sonst hätte er nicht solche Menschenmengen bewegen können, hierher zu kommen. Die Zionisten waren begrenzt durch die Begriffe ihrer Zeit, die Zeit war kolonialistisch, die Zionisten waren, entsprechend ihrer Zeit, genauso kolonialistisch wie andere. Sachen sind begangen worden, die einem Volk ein sehr großes Unrecht getan haben. Heute sind zwei Völker in Israel da, ganz egal wie sie entstanden sind, das ist die Realität, machen wir jetzt Frieden. Und es gibt auch keinen Grund, warum nicht offiziell eingestanden werden soll, daß wir Unrecht getan haben — die Palästinenser brauchen dieses Zugeständnis. Ich sehe keinen Grund, warum nicht ein guter Zionist heute das sagen könnte.

Allerdings sind unsere Politiker und Massenmedien bisher außerstande, überhaupt zuzugestehen, daß eine Kritik möglich ist.

Außerstande? Können oder wollen Politiker und Massenmedien nicht?

Beides. Für Politiker wäre es sehr schwer, eine Kritik an den Verhältnissen zu führen, es wäre Selbstmord. Wo findet man in der Welt Politiker, die bewußt unpopuläre Sachen sagen?! Mit den Massenmedien verhält es sich ebenso. Es wird dauern, bis ein größerer Teil der Israelis imstande sein wird, Selbstkritik zu üben. In Teilen der neuen Friedensbewegung haben wir hier und da auch schon eine solche selbstkritische Haltung, gleichzeitig mit der Herausbildung neuer Dogmen — ein dogmatischer Antizionismus.

Aber ich will erklären, warum es auch für Friedenskräfte so schwer ist, sich mit diesen Problemen abzugeben. Denken Sie einmal an soetwas wie Gestaltpsychologie. Was wir hier wollen, ist, die Gestalt eines Volkes zu beseitigen und eine neue Gestalt zu installieren. Dasselbe Problem gibt es auf der palästinensischen Seite. Das sind sehr schwierige Sachen. Die instinktive Reaktion normaler Menschen gegenüber einer Veränderung ist, soetwas nicht zu wollen, abzulehnen. Denn sie haben eine Gestalt, sie fühlen sich sicher darin, sie haben eine geordnete Welt von Begriffen. Und jetzt kommt jemand, nimmt ihnen die Landkarte aus der Hand oder gibt ihnen eine neue Landkarte und sagt: Marschiert mal weiter. Man wehrt sich instinktiv dagegen, und dem, der die Veränderung fordert, wird mit Haßgefühlen begegnet. Man fragt sich manchmal, warum man gehaßt wird. Es gibt eine ganz einfache Erklärung dafür: man wird gehaßt, weil man die Sicherheit der Leute antastet, die Sicherheit von innen. Plötzlich wird verlangt, daß sie über Sachen nachdenken und sie anzweifeln, die für sie der Handlungsrahmen sind.

Welche Chancen hat angesichts dieser vielfältigen und massiven Sperren überhaupt eine Stellungnahme oder Kritik, die aus dem Ausland kommt, speziell aus Westdeutschland?

Ich würde sagen, daß jede Kritik an Israel helfen kann, wenn sie so aufgefaßt wird in Israel, daß sie von Leuten kommt, die israelfreundlich sind. Wenn die Kritik aus Kreisen kommt, die man als antisemitisch betrachten kann oder die sich als Antizionisten ausgeben, in Wirklichkeit aber Antisemiten sind, dann hat das überhaupt keinen Effekt.

Das beste, was die Friedenskräfte in der Welt überhaupt tun können, das ist, den direkten Dialog zwischen Israelis und Palästinensern auf jede mögliche Art zu fördern. Wir haben ein Gesetz, daß Kontakte mit der PLO verbietet. Es gibt aber zwei Ausnahmen: es ist Israelis erlaubt, PLO-Leute im Rahmen einer akademischen oder wissenschaftlichen Konferenz zu treffen. Dasselbe gilt für Pressekonferenzen unter der Bedingung, daß Vertreter internationaler Medien anwesend sind. Mit diesen zwei Ausnahmen kann man im Grunde sehr viel machen. Ich bin vor zwei Monaten zu Arafat nach Tunis gefahren, habe einige ausländische Journalisten mitgenommen und so eine „internationale Pressekonferenz" durchgeführt.

In diesem Sinne können deutsche Friedenskräfte eine ganze Menge tun. Je mehr Israelis je mehr PLO-Leute treffen hat das beinahe automatisch einen guten Effekt. Sie kommen nach Hause, erzählen das im Fernsehen, im Radio, in der Familie — das ist auf der einen Seite genau so wichtig wie auf der anderen.

Das Gespräch wurde geführt von D.G., K. und re. — Hamburg

Ein unvermeidlicher Streit:

Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina



Foto: H. Wojahn

Nie seien sich die deutschen Linken so einig wie gegen Israel, pflegt der israelische Journalist Henryk Broder zu behaupten, der darin eine Spielart des „ewigen Antisemitismus" sieht. Die Tatsachen sehen anders aus: Mit kaum einem internationalen Thema tun sich die deutschen Linken so schwer wie gerade mit dem Konflikt Israel/Palästina. Ausdruck davon ist die seit Jahren durchweg magere Beteiligung an Demonstrationen und Solidaritätsaktionen, sei es während des Libanonkriegs 1982 oder derzeit aus Anlaß des Aufstands in den besetzten Gebieten. Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke, einen eindeutigen, parteilichen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden. Es dominiert eine auf Kosten der Opfer gehende „Objektivität", die den Konflikt nicht von seinem eigenen Wesen her, sondern aus der besonderen Optik der deutschen Schuld am jüdischen Volk betrachtet und interpretiert.

Auf der anderen Seite steht ein minoritärer Extremismus, insbesondere unter Autonomen und „Antiimperialisten", der weder die realen Bedingungen des israelischen-palästinensischen Konflikts noch die spezifische Belastung jeder Solidaritätsarbeit zum Thema in diesem Land berücksichtigt. Dieser Extremismus wird durch seine Isolation und durch die praktische Passivität des größten Teils der Linken noch bestärkt. Andererseits wird es fast unmöglich sein, die Solidaritätsbewegung zu verbreitern, solange sie in ihrem Erscheinungsbild wesentlich von sektiererischen Positionen mitgeprägt wird.

Wir dokumentieren Texte aus Hamburg, Bremen und Freiburg sowie über die Auseinandersetzung bei den GRÜNEN, die folgende Fragen behandeln: Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische, aber nicht für das jüdische Volk? Ist Antizionismus linker Antisemitismus? Worin kann ein palästinensisch-israelischer Dialog bestehen? u.a.m.

128 Seiten DIN A 5, Preis: 8,- DM.

Trotzkisten zu Palästina

Der palästinensische Aufstand war eines des Themen, mit denen sich das Internationale Exekutivkomitee des Vereinigten Sekretariats (VS) der trotzkistischen Vierten Internationale Ende März befaßte. Das VS fand dabei heraus, daß der Aufstand nicht nur die Solidarität der Palästinenser in Israel selbst gefunden hat, sondern auch *„zu einer tiefen Spaltung innerhalb der zionistischen Bewegung geführt"* habe. Die erste Feststellung ist banal, die zweite phantastisch. Beides zusammen reichte dem VS aus, um seinen Urteilsspruch zu verkünden: *„Diese Merkmale des Aufstands stehen de facto im Widerspruch zur Forderung nach einer ‚internationalen Konferenz'"*, wie sie bekanntlich von sämtlichen Organisationen der PLO, von allen arabischen Staaten sowie von der UdSSR und China befürwortet wird. Dieses Projekt, d.h. eine Internationale Nahost-Konferenz, steht nach Meinung des VS *„im Gegensatz zum Recht auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, auch desjenigen im Gazastreifen und im Westjordanland. Eine ‚internationale Konferenz' kann nur ein Diktat zum Ziel haben, die Schaffung eines palästinensischen Bantustans unter der doppelten Kontrolle des zionistischen Staates und der haschemitischen Monarchie. Die einzige Losung, die den Forderungen der palästinensischen Aufständischen, und insbesondere ihrer jugendlichen Avantgarde entspricht, ist die des sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzugs der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten von 1967. Nur diese Losung entspricht dem Recht auf Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung in Westjordanien und im Gazastreifen."*

Realpolitisch ist das ein absurder Streit, da Israel *weder* zum Abzug aus den besetzten Gebieten *noch* zur Unterstützung einer Internationalen Konferenz aller Betroffenen (einschließlich der PLO!) bereit ist. Tatsache ist andererseits, daß sich nach vielen Mühen buchstäblich *alle* Fraktionen der PLO darauf geeinigt haben, das Verlangen nach einer solchen Konferenz zu unterstützen, um politisch eindeutig zu machen, daß es nicht die Palästinenser sind, an denen eine Friedenslösung scheitert. Die Spezialposition des VS kann sich also auf keinen Teil des PLO-Spektrums stützen, und auch die Berufung auf die palästinensischen Massen ist eher demagogischer Natur als in den Tatsachen begründet. Hier bekundet sich eine Neigung zu abgehobenen sektiererischen Mätzchen, die in einem Mißverhältnis zum Ernst der Kämpfe steht.

Kopfschütteln muß auch die Mitteilung auslösen, daß auf der VS-Tagung darüber gestritten wurde, *„ob man die Forderung nach Anerkennung der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes aufstellen soll."* — Hier scheint sich wieder einmal das erstaunliche Talent der Trotzkisten zu bewähren, sich scheinbar ganz radikal zu geben, aber am Ende haargenau zu den gleichen *praktischen* Schlußfolgerungen zu kommen wie beispielsweise die SPD oder auch der Realoflügel der Grünen. Leider wird nicht mitgeteilt, wen sich die Trotzkisten alternativ als Vertreterin der Palästinenser vorstellen könnten, oder ob man den Palästinensern das Recht auf eine legitime Vertretung *überhaupt* absprechen möchte.

Kaum weniger bizarr ist auch der Streit im VS, *„ob die Forderung nach einem eigenständigen palästinensischen Staat, wie sie in der jetzigen Bewegung sehr stark erhoben wird, einen Schritt in Richtung Schwächung der Stellung Israels bedeutet, oder im Gegenteil die Anerkennung des Staates Israel in seiner gegenwärtigen Form, d.h. als zionistischer Staat."* — Dieser Streit konnte auf der VS-Tagung nicht entschieden werden. *„Einigkeit bestand allerdings darin, daß Palästinenserstaat nicht gleichbedeutend sein kann mit PLO-Staat".*

Das VS maßt sich Urteile über Fragen an, die selbstverständlich nur vom palästinensischen Volk *selbst* beantwortet werden können. Soweit es die Autorität der PLO angeht, haben die palästinensischen Massen diese Antwort in ihrem Kampf unmißverständlich gegeben. (Alle Zitate aus „Inprekorr", Mai 1988)

Kt., Hamburg

„In den besetzten Gebieten existiert heute Chile"

Interview mit Gideon Spiro von der Bewegung Jesch Gwuul („Es gibt eine Grenze")

Gideon Spiro ist in Israel ein bekannter Friedensaktivist und betätigt sich nach seiner Entfernung aus dem Staatsdienst als freier Journalist. Er war in Israel der erste Beamte, der wegen seiner kritischen Haltung 1986 aus dem Erziehungsministerium entfernt wurde.
Gideon Spiro ist u.a. auch im Vanunu-Solidaritätskomitee aktiv, um auf das atomare militärische Potential Israels aufmerksam zu machen.
Wir sprachen mit ihm über den Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, über die reaktionären Entwicklungen in der israelischen Gesellschaft, über die Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung und über die Perspektiven einer politischen Lösung der Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern.
Gideon Spiro beschreibt das Friedenslager in Israel als sehr klein. Die größte Gruppe, „Frieden jetzt", ist mittlerweile fast zu einer Vorfeldorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geworden (Israel steht bereits im Zeichen des Wahlkampfs — im November dieses Jahres, oder unter Umständen schon früher, soll gewählt werden).
„Friede jetzt" beschränkt sich auf einige allgemeine Formeln des Protestes gegen die Besatzung von Westbank und Gazastreifen; sie sieht ihre Rolle vor allem in der Unterstützung des Shultz-„Friedensplanes".
Wesentlich konsequentere Vorstellungen haben Gruppen wie „Jesch Gwuul", eine Bewegung von Reservesoldaten, die dazu aufrufen, den Dienst in den besetzten Gebieten zu verweigern, und die Gruppe „Ha Schana ha 21" (Das einundzwanzigste Jahr), die hauptsächlich die schlimmen Folgen der israelischen Besatzungspolitik für die Palästinenser wie auch für die israelische Innenpolitik aufzeigt.
Einer weiteren Gruppe, „Dai le Kibusch" („Nieder mit der Besetzung"), ist mit ihrer klaren programmatischen Grundlage (Forderung nach Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967, Zweistaatenlösung, Verhandlungen mit der PLO), die Rolle einer linken Friedenskoordination zugewachsen.

Gideon, wie stellt sich dir der Aufstand in den besetzten Gebieten dar?

Man kommt hier in Israel leicht in die Gefahr, in Richtung rechte Tendenzen zu rutschen. Selbst viele linke Leute rechtfertigen einen Aufstand überall; nur hier, sagen sie, ist es anders. Dieser Konflikt hat seine spezifischen Bedingungen, aber auch dann gelten die universalen Prinzipien, d.h. mit gewissen Vorbehalten sage ich auch in Israel: Die Unterdrückten haben das Recht, einen Aufstand gegen die Unterdrücker zu machen. Das haben wir gegenüber den Engländern auch gemacht. Es zeigt sich, daß es Wahnsinn ist, ein anderes Volk unendlich lange regieren zu wollen.

Die Frage Okkupation oder offizielle Annexion ist ja bewußt offengehalten worden.

Meiner Meinung nach sind die Leute, die für Annexion sind, dafür nur deklarativ; praktisch nimmt das keiner ernst. Die Gebiete zu annektieren, das würde bedeuten, den Arabern die gleichen Bürgerrechte zu geben oder einen Apartheidstaat zu haben. Darum wollen die Kräfte, die für eine Annexion sind, die Gebiete ohne Araber; das bedeutet eine Massenevakuierung. Bis zum Aufstand ist die Okkupation relativ glatt gelaufen, mit kleinen Unannehmlichkeiten, aber die hat man gut verdauen können. Der Preis war sehr niedrig. Die wirtschaftlichen Gewinne waren sehr hoch, einerseits billige Arbeitskräfte, andererseits neue Absatzmärkte für israelische Produkte. Obwohl dies auf lange Sicht auch die Wirtschaft korrumpiert. Durch die billigen Arbeitskräfte ist man nicht bemüht, die Wirtschaft auf ein höheres technisches Niveau zu bringen. Das soziale Unrecht, daß man arabischen Arbeitern viel niedrigere Löhne zahlt, hat auch einen reaktionären Effekt auf die israelische Gesellschaft. Die Arbeitgeber können zu den jüdischen Arbeitern sagen: wenn ihr zuviel verlangt, haben wir immer noch die Palästinenser als billige Arbeitskräfte. Von allen Seiten ist es schlimm, ungerecht und auf lange Sicht auch nicht wirtschaftlich; auf kurze Sicht war dies aber sehr appetitlich. Die Araber sind hier in gewisser Hinsicht die Gastarbeiter, wie bei euch in Deutschland die Türken.

Diese Mischung von sozialer Diskriminierung plus nationalem Konflikt ist explosiv. Auf beiden Seiten ist in den letzten 20 Jahren eine neue Generation groß geworden, die nichts anderes kennt als die Okkupation. Die Generation, die heute in der Armee in den besetzten Gebieten dient, kennt nichts anderes als 1,5 Mio. Palästinenser ohne Bürgerrechte, ohne nationales Recht, die unter Besatzung stehen. Es ist klar, daß die rassistischen und fundamentalistischen Tendenzen hier sehr stark geworden sind. Und meiner Meinung nach ist jüdischer Rassismus auch nicht schöner, weil er jüdisch ist. Den muß man genauso bekämpfen wie jeden anderen Rassismus.

Ich glaube, daß die Besatzung Israel in eine Sackgasse geführt hat. Einerseits will Israel die Rechte der Palästinenser nicht anerkennen und behauptet, die Palästinenser seien eine Erfindung der arabischen Länder. Andererseits ist die Besatzung aber der größte Beiträger für die palästinensische Nationalität. Wir haben in 20 Jahren mehr für eine palästinensische Nationalität und nationales Bewußtsein getan als jeder andere.

Viele Israeli werden sagen: Wo waren die Palästinenser vor hundert Jahren? Meine Antwort ist: Ich weiß nicht, wo sie vor hundert Jahren waren, aber ich weiß, wo sie heute sind. Heute existieren sie, und weil sie existieren, muß man auch die Konsequenzen ziehen. Das heißt, die Palästinenser haben das Selbstbestimmungsrecht, auch das Recht auf einen unabhängigen Staat, wenn sie so wollen; das heißt Verhandlungen mit ihren Repräsentanten, also das schmutzige Wort PLO.

Jetzt sagen die Israeli: Mit Terroristen reden wir nicht. Da sag ich immer, daß jeder Führer einer Befreiungsorganisation von den Kolonialmächten als Terrorist dargestellt wird. Viele Präsidenten in Afrika waren mal Terroristen; auch Shamir, der heutige israelische Premierminister, war mal ein Terrorist, als die Engländer hier in Palästina regierten. Jetzt kommt er mit Argumenten, die typisch kolonialistisch sind und die er doch vor 40 Jahren von den Engländern selbst gehört hat.

Die PLO ist allen Anzeichen nach die Repräsentanz der Palästinenser. Ob wir das wollen oder nicht ist überhaupt nicht gefragt. Wir können die Führung eines Volkes nicht wählen. Um das anzuerkennen, braucht man nicht die Führung zu lieben, aber man muß mit dieser Führung verhandeln. Und weil die PLO wirklich der Feind ist, ist sie auch der Kandidat für Verhandlungen.

Das ist in Israel leider noch nicht die Mehrheitsmeinung, das ist die Meinung einer kleinen Minderheit. In Israel ist man damit gleich Verräter und Linker. Nur wenn ich nach Europa komme, entdecke ich, daß ich gar nicht so radikal bin. Sogar die Margaret Thatcher hat die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser anerkannt.

Ja, das ist heute leider die Lage in Israel, und ich habe Angst daß wir mehr und mehr in ein „Algerien-Syndrom" eintreten, d.h. ein immer größeres Blutbad. Ich weiß nicht, wie lange das noch gehen muß und welche Massaker und Kriege noch stattfinden werden, bis man hier zu der Auffassung kommt, daß keine militärische Lösung des Konfliktes möglich ist. Denn eine militärische Lösung kann den totalen Untergang dieses Gebietes bedeuten,schon wegen der Atomwaffen Israels und der chemischen Waffen der Araber.

Wir sehen jetzt den massenhaften Terror der israelischen Armee in den besetzten Gebieten; wir sehen, wie breite Teile der israelischen Gesellschaft dem zustimmen, regelrecht applaudieren. Wie schätzt du die weitere Entwicklung der israelischen Gesellschaft ein?

Ich glaube, wenn es so weiter geht, besteht die große Gefahr, daß Israel seine Demokratie verlieren wird, auch innerhalb der alten Grenzen Israels. In den besetzten Gebieten existiert heute Chile. Rabin handelt in den besetzten Gebieten wie Pinochet. Sicher mit Korrekturen, die man hier und dort machen muß, aber im Prinzip genauso. Ich habe vor ein paar Tagen einen Film über Chile gesehen, da sieht man die gleichen Bilder. Auch die Sprachregelung ist die gleiche; sie sprechen von Aufrechterhaltung von Law and Order hier wie dort, und daß man nicht dem Terror nachgeben dürfe.

Ich fürchte, wenn diese Situation so weitergeht, werden die diktatorischen Maßnahmen immer mehr in der israelischen Gesellschaft Wurzeln schlagen. Es besteht die Gefahr, daß wir innerhalb des demokratischen Prozesses eine rechte Diktatur bekommen. Man muß vorsichtig sein, diesen Vergleich hier zu machen, aber ich glaube, in gewisser Hinsicht kann man eine Parallele ziehen zur Weimarer Republik. Auf der einen Seite herrscht in Israel Demokratie, auf der anderen Seite sieht man schon die Kräfte, die diese Demokratie begraben werden, und diese Kräfte stehen nicht abseits. Sie sind bereits in der Regierung drin, z.B. Scharon. Wenn diese Kräfte die Macht bekommen, sagen wir mal bei den nächsten Wahlen, werden sie wahrscheinlich gegen die linken Kräfte genauso brutal vorgehen wie heute gegen die Palästinenser.

Wir haben auch schon von einzelnen Zensurmaßnahmen gegen die israelische Presse gehört.

Das geht vorläufig nur gegen Kommunisten und Araber, aber da kann man das berühmte Sprichwort von Niemöller zitieren: Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, als sie die Sozialdemokraten holten ... usw. Ich glaube, etwas davon merken wir heute schon. Wenn bei Wahlen morgen diese Kombination von religiösen Fundamentalisten, plus rassistischen Kräften, plus Rechtsradikalen die Macht ergreifen und gegen die oppositionellen Kräfte vorgehen, wie sie gegen die Palästinenser vorgehen, dann ist die Demokratie zu Ende gegangen. Dann müssen wir alle politische Flüchtlinge werden oder in den Untergrund gehen. Das ist nicht mehr nur eine Phantasie, das ist eine akute Gefahr. Die Besatzung bringt die schwarzen, reaktionären Kräfte innerhalb der Gesellschaft heraus, hier wie anderswo. Wer eine Politik führen will, die unter anderem auf biblische und göttliche Versprechungen zurückgeht, handelt eigentlich nach dem Prinzip der „Chomeiniisten" im Iran. Ich glaube, wir haben jetzt unseren jüdischen Chomeniismus. Diese Mischung aus religiösem Fanatismus, plus säkularem Chauvinismus ist das richtige Menue für Faschismus. Wie jede Gesellschaft, die solche Kennzeichen hat, haben auch wir immer diese Sozialdemokraten, die Verständnis haben gegenüber solchen Sachen und die die Gefahr überhaupt nicht so schlimm sehen, wie sie ist. Die auch rechtfertigen, daß man den Arabern gegenüber massiv durchgreifen muß. Rabin, ein Sozialdemokrat, ehemaliger Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, geht mit den brutalsten Methoden gegen die Palästinenser vor. Er dient heute leider als Instrument der rechten Radikalen.

Kannst du mal versuchen, die Reaktion des anderen Israel zu beschreiben. Wie sieht es aus im Lager der Linken? Wie sieht es aus mit der Friedensbewegung? Wie sieht es aus mit einer Bewegung gegen die brutale Bekämpfung des Aufstandes in den besetzten Gebieten?

Die Friedensbewegung in Israel ist gespalten, wie überall die Linken gespalten sind. Bei uns vielleicht noch mehr, weil, witzig gesagt, wir auf zwei Juden drei Parteien haben. Jeder ist ein General und jeder hat die genaue Beschreibung, wie die Lösung stattfinden soll.

Die erste Frage ist, wo fängt überhaupt die Friedensbewegung an; das wird auch unterschiedlich definiert. Beginnen wir bei „Frieden jetzt" und gehen weiter nach links. Wir können sagen, daß vielleicht 40 % der Bevölkerung nicht sehr glücklich sind mit der Besatzung. Aber die haben nicht *eine* Alternative, sondern verschiedene. Da fängt die Schwierigkeit an. „Frieden jetzt" und alle anderen Friedensgruppen sind gegen die Besatzung und glauben, die Besatzung korrumpiert uns. Aber das heißt noch nicht, daß alle diese Gruppen für Verhandlungen mit der PLO sind oder daß sie für Rückzug auf die Grenzen von 1967 sind. Jemand kann gegen die Besatzung sein und zugleich gegen einen dritten Staat zwischen Israel und Jordanien. Sie sagen dann, man müsse die besetzten Gebiete an Jordanien zurückgeben und zu irgendeiner jordanisch-palästinensischen Einheit kommen. D.h., nicht Rückzug genau zu den Grenzen von 1967, sondern man müsse Korrekturen vornehmen. Jerusalem ist eines der ganz schwierigen Probleme, wo jeder seine emotionale Haltung hat. Auch Juden, die säkular sind, die keine religiösen Ambitionen haben, werden sagen: Jerusalem ist ein Sonderfall, und wir wollen auf keinen Fall Jerusalem zurückgeben. Je konkreter die Forderungen sind, desto kleiner die Gruppen. Es gibt diese allgemeinen Aussagen, daß die Besatzung schlecht ist und daß man eine politische Lösung suchen muß. Aber mit wem soll darüber verhandelt werden? Mit Jordanien, mit den Palästinensern, gar mit der PLO? Da fangen die Schwierigkeiten schon an.

Gruppen wie „Frieden jetzt", die sehr groß sind, können Tausende von Leuten zu Demonstrationen auf die Straße bringen. Für eine allgemeine Stellungnahme gegen die Besatzung, gegen Brutalität stehen viele Leute unter einem Dach. Aber wenn wir von der Gruppe Jesch Gwuul für Verweigerung des Dienstes in den besetzten Gebieten sind, sind wir schon eine viel kleinere Gruppe. „Frieden jetzt" ist beispielsweise gegen eine Verweigerung des Dienstes in der Westbank. Ich gehöre zu der Gruppe Jesch Gwuul, weil wir denken, daß es nicht unsere Aufgabe ist, ein anderes Volk zu unterdrücken. Das hat nichts mit der Verteidigung des Staates zu tun, zu der wir uns nach wie vor bereit erklären. Wir wollen nicht an Aggressionen gegen andere teilnehmen. Wir glauben, daß als Soldat es nicht meine Aufgabe ist, Polizeiarbeit zu machen, die einen ganz klaren Charakter von Unterdrückung hat, die nichts mit der Verteidigung des Staates zu tun hat, die nach unserer Meinung sich auch gegen die demokratische Struktur des Staates richtet und gegen internationale Konventionen verstößt. Wir glauben, jeder Soldat mit demokratischem Bewußtsein darf an Aktionen, die im Wesen antidemokratisch sind, nicht teilnehmen. Der zivile und militärische, blind jeden Befehl ausführende Gehorsam muß gerade bei uns sehr, sehr vorsichtig gesehen werden. Wir sind der Meinung, daß jemand, der die allgemeine Deklaration der Menschenrechte, die auch Israel akzeptiert hat, und jemand, der die israelische Unabhängigkeitserklärung ernst nimmt, die auch demokratische Inhalte hat, und jemand, der mit demokratischem Bewußtsein als Soldat in einem demokratischen Staat leben will, die jetztige Unterdrückungspolitik Israels nicht mitmachen darf und soll. Wenn die Regierung versteht, daß sie kein Menschenmaterial für so eine Politik hat, können wir sie vielleicht auch dazu bringen, daß sie aufhört. Nehmen wir das Beispiel Vietnam. Einer der Faktoren, der dazu beigetragen hat, daß der Krieg aufgehört hat, waren Tausende von Amerikanern, die gesagt haben: „Hell no, we won't go!" Wir versuchen darzustellen, daß die Verweigerung ein Teil der legitimen demokratischen Mittel ist. „Frieden jetzt" sagt, das ist undemokratisch. Wir sagen, jeder Soldat hat auch eine persönliche Verantwortung für das, was er macht.



Kinder im Gazastreifen

Man soll und darf nicht Israel und das Dritte Reich vergleichen. Aber das Prinzip des totalen Gehorsams ist im Eichmann-Prozess 1960 sehr klar geworden. Da hat Israel gegenüber Eichmann gesagt: „Es gibt auch so etwas wie einen ungesetzlichen Befehl, und wenn du einen ungesetzlichen Befehl ausführst, dann hast du persönliche Verantwortung; du kannst dich nicht rechtfertigen mit dem Argument: ich habe einen Befehl bekommen." Wir glauben nicht, daß es eine Parallele zwischen hier und Eichmann gibt, aber dieses Prinzip akzeptieren wir. Wir sind eine kleine Gruppe. Wir haben angefangen während des Libanonkrieges 1982, als wir gesagt haben, das machen wir nicht mit, und jetzt versuchen wir dasselbe Prinzip in der Westbank. Mit der Westbank ist es viel schwieriger, die Lage ist auch ganz anders als während des Libanonkrieges. Wir haben die Masse nicht mit uns, auch nicht die Masse der Friedensbewegung. Wir sagen, solange Scharon und Shamir wissen, daß diese guten Leute mit humanistischem Gewissen weiter dienen, können sie ruhig schlafen. Aber wenn Tausende von Leuten die irgendwie Konflikte haben mit dieser Arbeit, diese Konflikte politisch aufarbeiten und sagen: „Wir werden nicht gehen", wird das die ganze Lage in Israel ändern.

Was ist deine Einschätzung einer Perspektive des Zusammen- oder Nebeneinanderlebens der israelischen Gesellschaft und des palästinensischen Volkes?

Meine Perspektive ist nicht sehr optimistisch, obwohl der Aufstand den Status quo verändert hat. Das ist klar, so kann es nicht weitergehen, aber der Aufstand hat bisher jeden Teil der israelischen Gesellschaft in seinen Positionen nur bestärkt. Wenn heute Wahlen stattfänden, würden die rechten Kräfte stärker werden. Vorläufig hat die Okkupation noch keinen richtigen großen Preis von der israelischen Gesellschaft verlangt. Wenn der Region nicht von außen, von den Großmächten USA und Sowjetunion, eine Lösung der Probleme aufgezwungen wird, bin ich nicht sehr optimistisch. Wie ich schon gesagt habe, die Atomwaffen, die Israel hat, und die chemischen Waffen von arabischer Seite machen die Perspektive sehr, sehr dunkel.

Eines der Hauptprobleme ist, daß hier zwei Völker leben, die einander nicht als legitim ansehen. Wir haben noch nicht die Legitimation des palästinensischen Volkes akzeptiert und die Palästinenser haben, glaube ich, auch noch nicht unsere Legitimation anerkannt. Obwohl schon viele Palästinenser so reden und auch ganz klare Andeutungen gemacht haben, daß sie bereit wären, mit Israel zu verhandeln. Zu einer offiziellen Erklärung der PLO ist es aber noch nicht gekommen. Die Palästinensische Nationalcharta sieht bis heute noch die Auflösung des Staates Israel vor, obwohl sie praktisch eine andere Politik machen. Das wird von den Rechten hier sehr gut ausgenutzt, als ein Beweis, daß die Palästinenser eigentlich keinen Frieden wollen, sondern Israel von der Landkarte ausradieren wollen. Diese Angstpolitik wirkt sehr gut. Man hört dies auch von verschiedenen palästinensischen Kreisen.

Du siehst keine Möglichkeit für einen gemeinsamen, binationalen Staat für beide Völker?

Nein, auf keinen Fall. Man kann nicht hundert Jahre Feindschaft plötzlich überspringen. Das ist Unsinn, so etwas gibt es nicht. Nach 20 Jahren Okkupation und vier Monaten Aufstand ist der Haß gegen uns so stark, da muß erstmal eine lange Periode der Trennung stattfinden. Zwei Völker, die nebeneinander leben, ohne Liebe, aber mit einer politischen Lösung. Wenn ich jetzt von einer politischen Lösung spreche, bin ich mir sehr klar, daß ich nicht von einer Versöhnung spreche. Versöhnung kann nur dann stattfinden, wenn eine lange Zeit die zwei Völker in zwei Staaten nebeneinander in Koexistenz leben. Genauso wie in Europa die Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen nicht gleich nach dem Krieg angefangen hat, sondern das ist ein Prozeß, der heute, nach 40 Jahren, noch in Gang ist.

Ich glaube, die Palästinenser, die von einem säkularen Staat sprechen, meinen das eigentlich nicht so, die sind nicht ganz ehrlich. Das heißt eigentlich, daß sie auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verzichten, wenn sie jetzt von einem säkularen Staat sprechen, also einen Staat akzeptieren, in dem heute die Juden in der Mehrheit sind, weil auch mit den besetzten Gebieten wir 60% der Bevölkerung sind. Es stimmt, daß auf lange Sicht demographisch sie eines Tages die Mehrheit bekommen werden, aber heute sind sie es noch nicht. Sind sie bereit, das zu akzeptieren? Nein, so meinen sie den säkularen Staat nicht. Der säkulare Staat,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

so wie sie ihn verstehen, heißt: ein Staat, der von den Palästinensern regiert wird und in dem die Juden bestenfalls geduldet sind. Das wird so aber nicht gesagt. Und darum ist der säkulare Staat die beste Parole, um die Israelis ängstlich zu machen, und darum wird dieses Argument kaum noch benutzt.

Ich glaube, man kann auch nicht ignorieren, daß die Israelis heute ein Volk sind. Ob die Juden ein Volk sind oder nicht, das kann man diskutieren von heute bis zum Jahr 2000. Diese Diskussion ist mindestens so alt wie die zionistische Bewegung, seit dem vorigen Jahrhundert. Fakt ist, daß es der zionistischen Bewegung gelungen ist, diesen Staat zu gründen. Trotz aller Unterschiede hat sich hier im Laufe der Jahre irgendwie eine nationale Gruppe entwickelt, die auch ein Selbstbestimmungsrecht hat. Wenn in der palästinensischen Nationalcharta steht, daß die Juden, die seit 1948 gekommen sind, wieder zurückgehen müssen, da sagt der vernünftige Palästinenser: jaja, das ist nicht mehr so gemeint. Aber dann sagt der Israeli zurecht: warum streichen sie das nicht aus der Nationalcharta?

Vielleicht, weil es das letzte Faustpfand ist, das die Palästinenser haben.

Ja, das wäre auch meine Antwort, aber diese Antwort ist nicht überzeugend.

Die politische Praxis der PLO sieht ja anders aus.

Wir sprechen doch hier über die politischen Lösungen, und einer der Paragraphen, die auf den Tisch gelegt werden, wird dieser sein. Aber das ist für mich kein Grund, die Verhandlungen nicht anzufangen. Es ist kein Grund, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu verneinen, auch wenn sie mein Recht nicht anerkennen. Viele Juden sagen: Wohin sollen wir wieder zurückgehen? Was heißt, die sollen wieder zurückgehen in ihre Länder? Wohin sollen die deutschen Juden zurückgehen? Meine Eltern sind aus Deutschland gekommen beispielsweise, wohin sollen wir gehen? Obwohl diese
heißt, die sollen wieder zurückgehen in ihre Länder? Wohin sollen die deutschen Juden zurückgehen? Meine Eltern sind aus Deutschland gekommen beispielsweise, wohin sollen wir gehen? Obwohl diese
Diskussion überhaupt irrelevant ist, nicht fruchtbar ist, und jeder versteht, daß heute hier schon die dritte oder vierte Generation von Menschen lebt, Menschen, die hier geboren sind, für die hebräisch die einzige Sprache ist, die sie richtig beherrschen.

Darum finde ich, daß in der heutigen Lage nur die Zweistaatenlösung eine tatsächliche Lösung sein kann. Die gerechteste Lösung für beide Völker; keiner kann alles bekommen.

Die Palästinenser müssen auch anerkennen, daß sie nicht nach Jaffa zurückkommen können, das ist vorbei. Sie haben von 1948 auch einen Teil der Schuld mitzutragen, als die Araber die UNO-Resolution nicht anerkannt haben. Das hat auch etwas mit ihrem heutigen Schicksal zu tun. Die Amerikaner haben damals ein Waffenembargo verhängt, und die Russen haben uns Waffen geliefert. Sie haben uns damals die Waffen geliefert, weil sie uns als antikolonialen Faktor angesehen haben, weil alle arabischen Regimes um uns herum reaktionäre Königreiche waren.

Ja, die Sachen haben sich geändert. Heute sind wir ein amerikanischer Satellit, und es ist klar, daß ohne die massive amerikanische Hilfe von 4 Milliarden Dollar pro Jahr, die ein Geschenk sind, es überhaupt nicht möglich wäre, so eine große Armee zu unterhalten. Diese große Militärmaschine Israels macht nur Sinn, wenn man imperialen Träumen anhängt und bereit ist, sich am Ost-West-Konflikt zu beteiligen. Ein kleines Land wie Israel müßte anerkennen, daß wir neutral bleiben sollten und nicht teilnehmen sollten an diesem Ost-West-Konflikt. Es ist nicht klug, auf lange Sicht die Russen zu provozieren. Wenn wir aber mit Reagan und den USA diesen Star war mitmachen, wird es gefährlich.

Ich danke dir für das Gespräch.

Was ich noch sagen möchte, ist die Frage, die du nicht gestellt hast, aber die möchte ich hier stellen, die wird sehr oft von Israelis und auch von Deutschen erörtert: darf und kann ein Deutscher Israel überhaupt kritisieren? Viele behaupten z.B., Deutsche dürften nach dem Holocaust Israel nicht kritisieren. Auch Deutsche denken oft, daß Israel beinahe außerhalb jeglicher Kritik steht. Das ist wirklich ein Problem; wenn man an die Vergangenheit denkt, ist das wirklich ein Dilemma. Meine Antwort ist folgende: ich glaube, wo Menschenrechte verletzt werden, darf jeder Mensch auf unserer Erde dies kritisieren. Das ist keine nationale Sache. Die Menschenrechte sind übernational. Ich muß nicht aus Südafrika sein, um gegen die Apartheid zu protestieren. Und ich muß nicht aus Chile sein, um gegen die faschistische Junta dort zu sein.

Im Gegenteil. Ich glaube, Israel hat diese Praxis auch realisiert. Sie sagen heute zu Leuten, die nicht Juden sind, sie sollten ihre Stimme gegen die Unterdrückung von sowjetischen Juden hören lassen, auch wenn sie keine Juden sind, weil dies nicht nur ein jüdisches Problem ist, das ist ein menschliches Problem. Dasselbe gilt auch für uns. Man kann nicht sagen, dieses Prinzip ist gut für die ganze Welt, aber hier sollen alle schweigen.

Aber der Deutsche, der die Verletzung der Menschenrechte der Palästinenser durch die Israelis kritisiert, kann das meiner Meinung nur dann machen, wenn er wirklich bewiesen hat, daß er auch in seinem eigenen Land gegen die Verletzung der Menschenrechte kämpft und besonders gegen die faschistischen Tendenzen in der deutschen Gesellschaft. Der gegen die lächerliche Verurteilung der Naziverbrecher protestiert. Wer das macht in seinem eigenen Land, hat selbstverständlich auch das Recht, Israel zu kritisieren. Wenn er aber in seinem eigenen Land die ganze Sache der Vergangenheit als unrelevant ansieht, gleichzeitig aber für die Auflösung des Staates Israel eintritt als progressive Idee, ist es meiner Meinung nach ein latenter oder auch nicht latenter Antisemitismus.



Ich bin sehr vorsichtig, diesen Begriff zu benutzen, weil ich ganz genau weiß, daß Israel mit dem Vorwurf des Antisemitismus sehr gut manipuliert, um jede Kritik zum Schweigen zu bringen. Ich glaube, nicht Israel und nicht das deut-

Ich bin sehr vorsichtig, diesen Begriff zu benutzen, weil ich ganz genau weiß, daß Israel mit dem Vorwurf des Antisemitismus sehr gut manipuliert, um jede Kritik zum Schweigen zu bringen. Ich glaube, nicht Israel und nicht das deutsche Volk haben die richtige Lehre aus dem Faschismus gezogen. Die israelische Behandlung des Holocaust geht mehr in Richtung einer jüdischen Gewerkschaft, die sich nur mit der eigenen Sache beschäftigt und kaum das Universale sieht. Der Holocaust richtete sich hauptsächlich gegen Juden, aber nicht nur. In Israel gibt es keine antifaschistische Erziehung. Man beschäftigt sich nur mit der einen Seite, mit der Judenvernichtung, aber nicht mit den Wurzeln des Faschismus. Nicht mit der Frage, warum es dazu gekommen ist und was wir machen müssen, damit so etwas nie wieder passiert, nicht nur in Deutschland, sondern auch in jeder anderen Gesellschaft. Die demokratische Erziehung ist hier sehr unterentwickelt. Ich war in Auschwitz und ich muß sagen, in Polen auf dem Auschwitzgelände hat man versucht, das gesamte Bild darzustellen. Sicher hat das Leiden des jüdischen Volkes sein Gewicht, aber man darf die Zigeuner, Kommunisten, Sozialisten, Slawen, die ganze Rassentheorie nicht vergessen. Und daß der deutsche Faschismus nicht nur gegen Juden gezielt war, sondern eigentlich gegen die gesamte Menschheit. Ich glaube, in Israel hat man das bis heute nicht richtig behandelt. Andererseits hat man in Deutschland damit überhaupt noch nicht richtig angefangen.

Meiner Meinung nach verfährt man auch in Deutschland komischer — oder dialektischerweise auf einer ähnlichen Schiene wie hier. Man zahlt Wiedergutmachung und meint damit, die Sache geschafft zu haben. Dann sieht man, wie sie z.B. mit den Zigeunern umgehen; diese haben keinen Staat gegründet und wurden sehr vernachlässigt. Man sieht auch, wie die Deutschen heute mit den Türken umgehen. Der latente Rassismus existiert. Ein antifaschistischer Erziehungsprozess hat sich noch nicht durchgesetzt. Der israelische Präsident war letztes Jahr in Deutschland, hat eine feierliche Rede gehalten und zu den Deutschen gesagt: Ihr sollt keine Waffen an die arabischen Länder verkaufen. Da habe ich gesagt: Da spricht ein Waffenhändler mit einem anderen Waffenhändler, weil Israel doch Waffen an die schwärzesten und schlimmsten Regimes in der Welt verkauft, und plötzlich benutzt man moralische Argumente. Das ist alles Heuchelei. Unter dem Deckmantel der moralischen und der historischen Verflechtung macht man weiter alle dunklen Geschäfte.

Jeder deutsche Sozialist und Humanist, der in Deutschland konsequent gegen Faschismus und Nazismus und gegen die lächerlichen Gerichte seine Stimme laut werden läßt, der darf auch sagen: hört mal liebe Freunde, die Menschenrechtsverletzungen bin ich nicht bereit zu tolerieren, auch wenn das Juden machen.

Jerusalem, 11.4.88
In. und Ha., KB Nürnberg

Israel

Kriegsdienstverweigerung in den besetzten Gebieten

Kriegsdienstverweigerung ist in Israel ein nahezu unbekanntes Phänomen; ein allgemeines gesetzlich verankertes Recht zur Verweigerung gibt es nicht. Nach dem sogenannten Sechs-Tage-Krieg 1967 verweigerten Einzelne den Dienst in den besetzten Gebieten, ohne den Militärdienst damit prinzipiell in Frage zu stellen. Seit dem Libanon-Krieg ist die Anzahl der sogenannten Besetzungsverweigerer gestiegen.

Der folgende Artikel beruht auf einem Gespräch mit dem 26jährigen Gadi aus Tel Aviv, der um 1980 herum insgesamt neun Monate als Besatzungsverweigerer absitzen mußte. Seine Mutter stammt aus Jugoslawien, sein Vater aus Ägypten; beide stehen wie auch Gadi der israelischen KP (Rakach) nahe. Gadi lebt seit anderthalb Jahren zur Fortführung seines Geschichts- und Arabistikstudiums in der BRD.

Mi., KB Göttingen

In Israel besteht eine allgemeine Wehrpflicht, der Grundwehrdienst dauert für Männer drei, für Frauen zwei Jahre. Hinzu kommen für Männer jährlich etwa 40 Tage Reservedienst, der jedoch im Bedarfsfall (wie in der aktuellen Situation) jederzeit verlängert werden kann. Eine gesetzliche Regelung für Kriegsdienst-
Männer drei, für Frauen zwei Jahre. Hinzu kommen für Männer jährlich etwa 40 Tage Reservedienst, der jedoch im Bedarfsfall (wie in der aktuellen Situation) jederzeit verlängert werden kann. Eine gesetzliche Regelung für Kriegsdienst-
verweigerung existiert nur in der Form, daß Frauen sich aus religiösen oder Gewissensgründen freistellen lassen können; verheiratete Frauen brauchen grundsätzlich keinen Wehrdienst zu leisten. Die Möglichkeit einer Gewissensentscheidung wird allerdings bisher nicht in Anspruch genommen. Außerdem kann der „Verteidigungs"-Minister Ausnahmen zulassen: Eine ständige Ausnahmegenehmigung haben z. B. religiöse Juden, die sich intensiven religiösen Studien widmen wollen.

Eine besondere Stellung nimmt die palästinensische Minderheit Israels ein: In der Mehrzahl aus Loyalitätsgründen von vornherein nicht eingezogen, werden Beduinen und Drusen dagegen als „Minderheit in der Minderheit" aufgrund entsprechender Abmachungen mit ihren traditionellen Führern vor allem zu Grenzschutzeinheiten einberufen. Israel bedient sich dabei der „kulturellen Verwandtschaft" nicht nur zu Vermittlungszwecken, sondern auch zur Ausübung und Legitimation von Unterdrückungsmaßnahmen, die sich am Rande oder jenseits der Legalität bewegen — nach dem Motto: *„Das entspricht halt der arabischen Mentalität!"* Darüber hinaus fördert diese Vorgehensweise die Spaltung der palästinensischen Minderheit in Israel durch die mit der Ableistung des Militärdienstes verbundenen relativen Privilegien: Ökonomische und soziale Benachteiligungen der PalästinenserInnen werden nämlich im nachhinein mit der Nichtableistung des Wehrdienstes gerechtfertigt. Gadi: *„Israel reproduziert auf diese Weise innerhalb der palästinensischen Bevölkerungsgruppe das Bild, das es der Welt von sich selbst vermittelt: Eine von allen Seiten angegriffene kleine Minderheit, der nichts anderes übrig bleibt, als sich an mächtige Verbündete (hie: Israel an den US-Imperialismus, da: Beduinen und Drusen an Israel) anzulehnen."* Ohne Widerspruch gelingt das nicht: Auch unter den Drusen gibt es eine Bewegung für die Gleichberechtigung der PalästinenserInnen innerhalb Israels, die sich u.a. in Desertationen vom Militärdienst ausdrückt. Pazifisten treten hingegen kaum in Erscheinung, sie stellen in Israel nur eine sehr kleine Gruppe von Leuten dar. Für diese Verweigerer hat sich unter der Hand eine Ausnahmeregelung durchgesetzt, so daß sich keine größeren Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit abspielen. Entsprechend anerkannt ist die Notwendigkeit, einen Wehrdienst in Israels Armee abzuleisten.

Die ersten Verweigerer

Erst nach dem Juni-Krieg 1967, in dessen Verlauf Westbank, Ostjerusalem, Gasa-Streifen und Golanhöhen besetzt worden waren, begann sich das zu ändern: Ab 1968 verweigerten einzelne Wehrpflichtige den Dienst in den besetzten Gebieten (nicht aber den Wehrdienst prinzipiell) aus politisch-moralischen Gründen. Öffentlich bekannt wurden drei oder vier „Fälle" im Jahre 1973, die nach Knast-Aufenthalten von rund einem Monat Dauer quasi „anerkannt" wurden. Das lief ungefähr so ab, daß eine Art schriftliches „Anerkennungsverfahren" durchgeführt wurde, in dem die Leute durchaus schon mal stärker unter Druck gesetzt wurden mit Drohungen bezüglich ihrer späteren Berufschancen etc. Schließlich erhielten sie die Bescheinigung, *„daß der XY keinen Dienst in den besetzten Gebieten zu leisten braucht".* Auf diese Weise löste die Armee solche Probleme ohne Aufsehen.

Ein etwas spektakulärerer „Fall" war 1972 Geiora Neumann, der als Mazpen-Mitglied (linksradikale Gruppierung) aus Protest gegen die Besatzung den Dienst an der Waffe überhaupt in aller Öffentlichkeit verweigert hatte und dafür fast ein Jahr im Knast gesessen hat.

„Wir haben uns bewußt für die eingeschränkte Form der Verweigerung des Wehrdienstes in den besetzten Gebieten entschieden. Angesichts der Verankerung des Konsenses über die Notwendigkeit einer Verteidigung Israels schien uns das vernünftig. Außerdem wollten wir den Widerspruch in die Armee hineintragen, indem wir das Prinzip von Befehl und Gehorsam durchbrechen. Die ‚Grüne Linie' sollte sozusagen in die Armee und die Menschen hineinverlegt werden, so daß sie sagen: Bis dahin gehe ich, aber keinen Schritt weiter!"

„In der Öffentlichkeit bei uns heißt es immer, wenn von den ‚Auswüchsen' des Besatzungsterrors die Rede ist: ‚Ja, das sind so ein paar von Natur aus schwarze Schafe.' Dagegen haben wir behauptet, daß die Leute erst durch die Besatzung dazu gemacht werden. Wir haben auch Berichte von Soldaten veröffentlicht, die das belegen."

„Dow Jirmija, ein ehemaliger General, hat mir 1981 geschrieben, ich soll hingehen in die besetzten Gebiete und ein ‚humaner' Besatzer sein. Auch er hat seine Meinung inzwischen geändert: Auf der großen Demonstration, die vor kurzem in Haifa stattgefunden hat, stimmte er unserer These zu, daß man rechtzeitig hätte verweigern sollen."

Knast für Verweigerung

Bis 1979 wurde die Dienstverweigerung in den besetzten Gebieten unter der Hand geregelt, zumal sie weiterhin auf einzelne Individuen beschränkt blieb. Nach dem Oktoberkrieg 1973 verschärfte sich jedoch die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten merklich: 1975 bekam die rechtsradikale Siedlerbewegung „Gusch Emunim" erstmals massenhaften Zulauf, 1977 übernahm der Likud-Block die Regierungsgeschäfte, und 1978 wurde mit Rafael Eitan ein extremer Nationalist Generalstabschef der Armee. Die „Grüne Linie" (Grenze zwischen dem israelischen Staatsgebiet von 1948 und den besetzten Gebieten) wurde aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, die schleichende Annexion der besetzten Gebiete vorangetrieben.

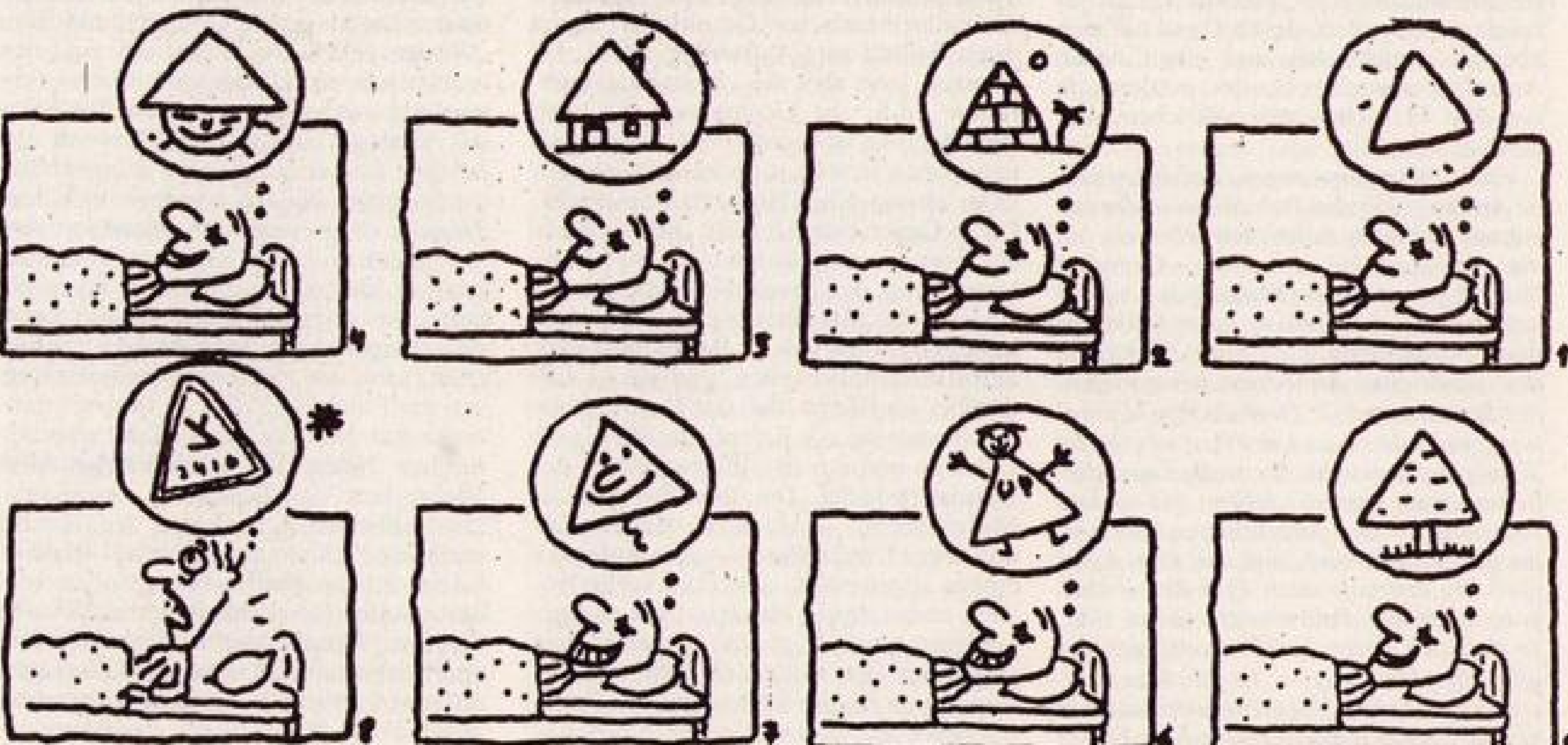
Gadi: „Wir hatten damals schon als offene linke SchülerInnengruppe zu ver-
setzten Gebieten) wurde aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, die schleichende Annexion der besetzten Gebiete vorangetrieben.

Gadi: *„Wir hatten damals schon als offene linke SchülerInnengruppe zu verschiedenen Themen politisch gearbeitet, zu Fragen der Erziehung und des Bildungswesens, aber auch zu den besetzten Gebieten. Meine Familie hatte viele arabische FreundInnen, die ich hin und wieder besuchte. Manchmal nahm ich sogar an politischen Aktionen in den besetzten Gebieten teil, die üblichen schulischen Besichtigungstouren machte ich dagegen nicht mit.*

Natürlich wurde irgendwann eine Auseinandersetzung mit dem bevorstehenden Wehrdienst akut. Noch vor unserer Einberufung gründeten wir 1979 die ‚Gruppe der 27' : 13 Frauen und 14 Männer, meist ‚AbiturientInnen' (das israelische Bildungswesen unterscheidet sich grundsätzlich vom hiesigen), die bereits in SchülerInnen- und Friedensinitiativen aktiv waren. Unsere Absichten waren: 1. die bisher unter der Hand laufenden Verweigerungsmöglichkeiten öffentlich zu machen; 2. als Gruppe zu verweigern; und 3. die Versöhnung mit den PalästinenserInnen zu fördern.

Wir begannen, Flugblätter zu schreiben und Parolen zu sprühen, organisierten Pressekonferenzen, Solidaritätsaufrufe und Unterstützungsdemos. So richtig in Gang kam das Ganze aber erst, als Leute von uns im Knast saßen: Einige sind irgendwie um den Dienst herumgekommen,' zwei oder drei sind ‚religiös' geworden, und bei ein paar Frauen hat es fast Gerichtsverhandlungen gegeben, die aber nicht durchgezogen worden sind; drei aus unserer Gruppe haben je einen bis drei Monate im Knast gesessen und sich dann auf Kompromisse eingelassen — Ausbildung in den besetzten Gebieten, den Rest des Dienstes woanders und

Fortsetzung nächste Seite



* Armeesiegel (auf Einberufungen etc.) (aus: So Haderech, 27.1.88)

Fortsetzung von vorheriger Seite

schließlich Entlassung aus ‚medizinischen' Gründen (Psychiater). Zum Glück ist das nicht allzu bekannt geworden.

Ich selber habe insgesamt neun Monate im Knast gesessen: zunächst beim Militär nach jeder Befehlsverweigerung wieder, insgesamt etwas über vier Monate. Dann bin ich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, von dem ich aber nur zwei Drittel hätte absitzen müssen. Wegen der guten Öffentlichkeitsreaktionen bis hin ins Ausland und — wie ich vermute — der drei Monate später stattfindenden Wahlen waren es letztlich nur nochmal ungefähr viereinhalb Monate. In der Zeit habe ich sehr viel Post ins Gefängnis bekommen, auch von palästinensischen Persönlichkeiten. Die Presse hat sehr ausführlich berichtet, sowohl israelische wie arabische. Sogar die rechten Blätter haben sich zurückgehalten, während ich im Knast saß!

Meine endgültige Entlassung erfolgte im März 1981, allerdings auf Bewährung. Die Armee hat mich nach weiteren Einberufungsversuchen ebenfalls schließlich entlassen, da ‚meine Einstellung zur israelischen Verteidigungsarmee nicht mit dem Wehrdienst vereinbar' sei. Und obwohl ich vom Reservedienst nicht befreit bin, brauchte ich bis heute keinen Wehrdienst mehr außerhalb der Grenzen von 1948 zu leisten. Seitdem ist ‚Besatzungsverweigerung' ein öffentliches Phänomen in Israel."

„Es gibt eine Grenze"

Kurz vor dem israelischen Einmarsch in den Libanon hatte sich eine neue Gruppe zusammengefunden, die nur aus Reservisten bestand (der hauptsächlich aktive Kern der Armee wird von den Grundwehrdienstlern gebildet) und einen Aufruf zur Verweigerung des Besatzerdienstes veröffentlichen wollte. Am 5. Juni 1982 sollte eine Demonstration anläßlich der 15. Wiederkehr des „Sechs-Tage-Krieges" stattfinden: Es wurde die erste Demonstration gegen den Libanonkrieg, der an diesem Tag schon mit Bombenangriffen begonnen hatte. In der vorangegangenen Nacht waren die Einberufungen ergangen.

Auf der ersten Sitzung nach dieser Demonstration benannte sich die Gruppe um: Aus „Grüne Linie" wurde „Jesch Gwul" (= es gibt eine Grenze). Sie wurde zum treibenden Katalysator der „Peace-Now"-Bewegung, die später die Massendemonstrationen gegen den Libanonkrieg veranstaltete. Bereits in den ersten Wochen des Krieges kam es zu Verweigerungen, bis Kriegsende saßen ca. 150 Verweigerer — darunter Offiziere — Haftstrafen von ein bis drei Monaten ab. Rund 2.000 Unterschriften konnten insgesamt unter den Aufruf zur Verweigerung gesammelt werden, wenn auch zum Teil erst nach Rückkehr der Soldaten. Gerüchte besagen, daß es Piloten gegeben habe, die ohne einen einzigen Bombenabwurf aus dem Libanon zurückgekehrt seien.

Der Höhepunkt dieser Phase war ein großes Rockfestival mit etwa 20.000 BesucherInnen. Im Rahmen dieser Aktivitäten konnten sich außerdem erstmals linkszionistische und liberale Gruppierungen zu begrenzter Unterstützung durchringen. Gadi: *„Es gab eine für israelische*

zionistische und liberale Gruppierungen zu begrenzter Unterstützung durchringen. Gadi: *„Es gab eine für israelische*

Verhältnisse erstaunliche Radikalisierung: Parolen wie ‚Wir werden nicht für die USA sterben oder töten' grenzten geradezu an Ketzerei."

Erneut hat sich eine Verweigerungsgruppe zu diesem Zeitpunkt gegründet, als die jetzige Zuspitzung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten noch nicht absehbar war: Seit Sommer 1987 gibt es wieder eine Schülergruppe, gegründet von 16 Leuten, die großes Aufsehen in der israelischen Öffentlichkeit erregt und dadurch 34 weitere Schüler bis Dezember gewonnen haben. Im Verlaufe des palästinensischen Aufstandes sind noch 50 dazugekommen, im Dezember hat der erste einen Einsatz im annektierten Ostjerusalem verweigert. Jesch Gwul hat sich ebenfalls umgestaltet und einen neuen Aufruf herausgebracht, der mittlerweile von 300 Menschen unterschrieben worden ist.

Gadi: *„Man kann sagen, daß heute keine Analyse über den Wehrdienst in den besetzten Gebieten mehr ohne Hinweis auf die Verweigerung erscheint. Geändert hat sich vor allem die Haltung der Jugend aus den gehobeneren sozialen Schichten und den Kibbuzim, die für die Effektivität der israelischen Armee von herausragender Bedeutung sind: Deren hoher Motivationsgrad war es, aus der ihre ungeheure Schlagkraft erwuchs. Sie wollen nun aber lieber ‚ganz normal' leben, wie andere Jugendliche im vorbildlichen ‚Westen' auch. Hinzu kommt, daß seit dem Libanonkrieg erstmals nach 1948 der ‚Feind' ganz offen die PalästinenserInnen sind, so daß sich deren Existenz entgegen der offiziellen Ideologie — ‚Es gibt kein palästinensisches Volk' — nicht mehr verleugnen läßt. Und schließlich sind die Folgen der Kämpfe stärker denn je in der eigenen Gesellschaft spürbar geworden."*

Der zweite palästinensische Volksaufstand und die demokratische Lösung für Palästina

von Yaron Matras

Fast fünfzig Jahre, nachdem der große arabische Volksaufstand — im zionistischen Jargon die „Ereignisse" von 1936-39 — blutig niedergeschlagen wurde, sind wir Zeugen eines Massenaufstandes des palästinensischen Volkes, das um seine Existenz und um seine Freiheit kämpft. Diese Volkserhebung ist keine neue Welle von „Unruhen", wie es viele darzustellen versuchen, sondern der Beginn eines neuen Aufstandes. Dadurch versucht das palästinensische Volk, sein Schicksal und seine nationale Zukunft zu gestalten. Es erhebt sich aus einer unerträglichen Lage der Unterdrückung, der Vertreibung, der Enteignung und des Vorenthaltens seiner nationalen und menschlichen Rechte, aus einer Lage, die durch den Staat Israel geschaffen worden ist.

Obwohl er unter völlig anderen Bedingungen stattfindet, stellt dieser zweite Volksaufstand eine direkte Fortsetzung des ersten Aufstandes dar. Wie damals, so steht auch heute das palästinensische Volk mit dem Rücken an der Wand. Damals war es eine erste nationale Reaktion auf die Vertreibung von Landpächtern von ihrem Boden, was im zionistischen Mythos als die *„Erlösung der Erde"* bezeichnet wurde; auf das Verdrängen des palästinensischen Arbeiters von seinem Arbeitsplatz, was als die *„Eroberung der Arbeit"* bekannt ist, die Beseitigung der palästinensischen Industrie und Handel unter dem Motto *„Kauft einheimische Produkte"*. Es war auch eine Reaktion auf eine fremde Kolonialherrschaft, unter deren Schutz all dies durchgeführt wurde. Heute ist es eine allgemeine nationale Reaktion,die reifer und erwachsener ist und die sich gegen 20 Jahre der Besatzung, der allmählichen Annexion, der massiven Ansiedlung, Unterjochung, Vertreibung und Mord stellt. Diese haben es dem palästinensischen Volk deutlich gemacht, daß es mit einem Besatzungs-, Vertreibungs- und Apartheidsregime keine Möglichkeit der Kompromisse oder der Koexistenz geben kann.

(...)

Es ist gar nicht wichtig, ob der Funke, der das Pulverfaß des Aufstandes entzündet hat, die Ermordung einer Schülerin in Gasa durch einen Siedler war, oder die Hinrichtung dreier Palästinenser an einer Straßenblockade mit der verlogenen Behauptung, sie hätten versucht zu fliehen, oder Sharons Ansiedlung mitten im moslemischen Viertel (der Jerusalemer Altstadt — Y.M.). Wahrscheinlich haben all diese Ereignisse zum Ausbruch beigetragen, aber hinsichtlich der Lage und des Schicksals des palästinensischen Volkes waren es noch drei weitere Tropfen, die zu dem ohnehin schon überfüllten Glas seines Schmerzes hinzugekommen sind.

Diejenigen, die behaupten, der im Dezember 1987 begonnene Aufstand sei lediglich eine weitere Protestwelle — möglicherweise länger oder sogar stärker als die vorhergehenden Wellen —, deren Niederschlagung die Situation wieder rück-

licherweise länger oder sogar stärker als die vorhergehenden Wellen —, deren Niederschlagung die Situation wieder rück-

gängig machen werde, diese irren sich und verwirren andere. Denn die Analyse der Komponenten des Aufstandes zeigt eindeutig einen neuen Zustand und eine neue Dynamik, die sich von früheren Widerstandsformen stark unterscheidet: Zum ersten Mal seit vielen Jahren umfaßt der Aufstand alle Sektoren des palästinensischen Volkes: Kreisstädte und Flüchtlingslager, Händler und Lohnarbeiter, Schüler und Frauen, Stadt- und Landbewohner, Moslems, Beduinen und Christen, die Bevölkerung in der Westbank, in Gasa, in Galiläa und im Dreieckgebiet. Jede Gruppe gemäß ihren eigenen Möglichkeiten und vor allem *nach den Möglichkeiten ihrer Führung*. Alle Schichten der palästinensischen Gesellschaft haben ihren Beitrag zum Aufstand geleistet. Im Zentrum steht aber die „Besatzungsgeneration", d.h. die Generation, die nach 1967 geboren ist und die 70% der palästinensischen Bevölkerung in den Gebieten unter zionistischer Herrschaft ausmacht. Diese Generation hat nicht die Nachteile der Erwachsenen, sie hat nicht die falsche Vorstellung, daß Israel allmächtig sei, für sie sind die palästinensische Befreiungsbewegung und der Befreiungskampf Selbstverständlichkeiten, und sie ist sich darüber im Klaren, daß der Kampf gegen die Besatzung ein Kampf um die eigene Existenz und um das Bleiberecht in der Heimat bedeutet. Die Tatsache, daß die Mittelschicht — Händler, Handwerker und sogar Unternehmer — dem Aufruf zu einem allgemeinen, seit über sechs Wochen andauernden Handelsstreik nachgekommen sind, zeigt ihre Unterordnung gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung. In einigen Städten wurde eindeutig bewiesen, daß allein die *Anweisung der nationalen Befreiungsbewegung* Läden eröffnen bzw. schließen kann, nicht aber der Befehl der Armeeoffiziere, die eine ungeheure Gewalt und Brutalität anwenden.

Der Aufstand beweist, daß das Zentrum des nationalen Befreiungskampfes nun endgültig in die besetzten Gebiete verlagert wurde, und zwar in die Hände der Massen selbst. Die tiefe Enttäuschung von der Führung der PLO und das mangelnde Vertrauen gegenüber einer Erlösung von Außen bzw. diplomatischen Lösungen sind ein Protestvotum gegen alle Versuche der arabischen Reaktion, auf Kosten des palästinensischen Volkes einen Kompromiß mit dem Zionismus einzugehen. Shamirs Idee der Autonomie wurde unter den vielen Haufen von Steinen begraben. Die Idee einer Konföderation mit Jordanien ist mit dem Rauch der brennenden Reifen verschwunden. Die Spontanität des Volksaufstandes wird mit der Zeit immer stärker organisiert; eine Generation von neuen Führern ist anstelle der Verhafteten und der Ausgewiesenen vor Ort entstanden. Die Einheit der Massen stellt sowohl die diplomatischen Illusionen der PLO-Führung als auch die Versprechungen der Besatzer, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, als lächerlich dar. Die Frage des Vertrauens in die PLO-Führung ist aber keinesfalls als ein bürgerliches Mißtrauen — also als ein Wunsch, durch Kompromisse mit der Besatzung besser auskommen zu können — anzusehen, wie es Rabin und andere „Links"-Zionisten gerne glauben wollen. Es handelt sich vielmehr um ein *revolutionäres Mißtrauen*, das die Verantwortung für den Kampf aus den unfähigen Händen der Führung herausnehmen soll. Es ist aber gleichzeitig ein *volles Vertrauen* und eine tiefe Identifikation mit den *Zielen*, für die die PLO gegründet worden war. Die Ausrufe der rebellierenden Jugend „Die PLO sind wir" sind ein Ausdruck der Anerkennung der nationalen Führung, gleichzeitig aber auch der Notwendigkeit, das Schicksal des Volkes in die eigenen Hände zu nehmen, in anderen Worten die Beendigung der Illusion, daß eine Lösung von Außen die Aktivitäten der Massen selbst ersetzen könnte.

Die Solidarität der Palästinenser innerhalb der Grünen Linie hat gezeigt, daß das Nationalbewußtsein des palästinensischen Volkes eine neue, höhere Stufe erreicht hat. Es ist nicht mehr die Rede von der „Solidarität mit dem palästinensischen Volk", sondern vielmehr das Gefühl eines einzigen Volkes und eines einzigen Kampfes. Die besondere Lage der „48er Araber" und die Tatsache, daß sie durch reformistische Parteien beherrscht werden, die eine panische Angst vor einem einheitlichen Kampf haben, konnte bisher die Mobilisierung der Massen etwas verzögern. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis diese Bremsen abgeschafft werden. *Der Niedergang der Macht der traditionellen Führung in den 67 besetzten Gebieten bedeutet auch ihren Niedergang in den Grenzen der Grünen Linie.*

traditionellen Führung in den 67 besetzten Gebieten bedeutet auch ihren Niedergang in den Grenzen der Grünen Linie.

Die Tatsache, daß der Aufstand ohne jeglichen Gebrauch von Schußwaffen durchgeführt wird, obwohl die Besatzungsbehörden immer wieder Waffenarsenale entdecken, deutet nicht nur auf eine immense Verplichtung und Opferbereitschaft hin, sondern auch auf die Einsicht der Führung vor Ort. Steine und Flaschen gegen Schlagstöcke, scharfe Munition und Tränengasgranaten, nackte Hände gegen Panzer und Maschinengewehre entlarvten vor der Weltöffentlichkeit sowie vor den Augen der israelischen Gesellschaft nicht nur die Brutalität der „liberalen Besatzung", sondern auch die Porzellanfüße des israelischen Riesen. Die Mythen der israelischen Gesellschaft über „David gegen Goliath" und über „Wenige gegenüber Mehreren" sind nun zerbrochen und können durch keine Propaganda wieder belebt werden. Die Front der Freunde Israels ist geschrumpft und besteht nunmehr aus ein paar Unterdrückerregimes in der ganzen Welt, der Thatcher-Regierung, die demnächst verschwinden wird, und der Reagan-Administration, die sich ihren letzten Tagen nähert. Die verbrecherische Politik, Leute zu schlagen und ihre Knochen zu brechen, samt der Aushungerungspolitik gegen die Flüchtlingslager zerbrachen diesmal sogar die Unterstützung der amerikanischen Juden, die in der Regel allen Verbrechen der Besatzung zustimmen. Die palästinensische Frage, von der die nationale Lähmungsregierung glaubte, sie sei für Ewigkeiten begraben, ist wieder in aller Deutlichkeit in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Nur eine Sache kann die israelische Propaganda retten, nämlich ein großer Anschlag gegen zivile Ziele seitens einer verrückten Organisation, wie die Organisation von Abu Nidal, deren häufige Anschläge, die eine israelische Reaktion provozieren, jedem äußerst verdächtig vorkommen sollte. Ohne einen solchen Anschlag wird die israelische Propaganda einstürzen, was innerhalb Israels sicherlich zu einer Polarisierung führen wird, zu einer Mobilisierung von Massen mit der Forderung, eine gerechte Lösung der palästinensischen Frage herbeizuführen.

Angesichts der Hilflosigkeit der herrschenden Parteien, angesichts der Bankrotterklärung einer Strategie, die „zuerst Ordnung wiederherstellen und dann eine Lösung" erzielte, müssen die Friedenskräfte in Israel eine sofortige alternative Strategie stellen. Nicht durch die zögernde Einstellung der linken Konsensparteien, die in dem Aufstand des unter Besatzung lebenden palästinensischen Volkes eine Katastrophe sehen, sondern eine aktive und mobilisierende Politik, die die sofortige Beendigung der Besatzung fordert. Die palästinensische Befreiungsbewegung in den besetzten Gebieten hat in ihrem Kampf einige elementare demokratische Forderungen gestellt, die jeder Demokrat ohne Wenn und Aber unterstützen muß. Nur die Erfüllung dieser Forderungen kann eine erste Basis verschaffen für die Beendigung des andauernden Zustands der Gewalt, in dem wir leben.

Die Forderungen sind:

— Abzug der israelischen Truppen aus allen palästinensischen Bevölkerungszentren. Sofortige Beendigung der Ausgangssperren und der Aushungerungspolitik in den Flüchtlingslagern.

— Ein absolutes Verbot, Demonstrationen durch Gebrauch von Schußwaffen aufzulösen, und eine Abschaffung der barbarischen Anordnung, wonach Zivilisten geschlagen werden sollen.

— Einstellung der Politik der Ausweisungen und der administrativen Verhaftungen; Rückkehr der Ausgewiesenen und Freilassung der administrativ Verhafteten.

— Auflösung der ernannten Gemeinderäte und Durchführung von demokratischen Wahlen zu allen Behörden und Gremien in den besetzten Gebieten.

— Freilassung aller Gefangenen und Verhafteten der jüngsten Ereignisse und die Schließung der Gefangenenlager Far'a, Daharija und Ansar 2.

— Einstellung der Landenteignungen und der Errichtung von neuen Siedlungen und die Entwaffnung der Siedler.

— Wiedereröffnung der Schulen und Hochschulen, Gewerkschaften und Vereine und die Beendigung der behördlichen Intervention in ihre Angelegenheiten.

Diese Forderungen stellen ein Minimum dar, das zur Beendigung der Gewalt nötig ist. Es ist zwar wenig, beinhaltet aber viel. Die Mobilisierung hunderttausender von Israelis um diese Forderungen kann nicht nur das Treiben von Shamir und Rabin stoppen, sondern auch den Be-

der von Israelis um diese Forderungen kann nicht nur das Treiben von Shamir und Rabin stoppen, sondern auch den Be-

ginn einer Alternative zu der 1967 begonnenen Situation aufbauen, einer Alternative, die auf einer Zusammenarbeit und auf einem Dialog der beiden Völker im Lande basiert.

(...)

„Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann selbst nicht frei sein". Die Wahrheit, die dieser alte Spruch enthält, ist jetzt jedem, der sehen will, klar geworden. Die Anwendung der mandatorischen Notstandsgesetze auf israelische Staatsbürger wurde in letzter Zeit erweitert. Nachdem arabische Zeitungen geschlossen worden waren, bedrohen nun die Behörden auch israelische Zeitungen wie „Derech ha-Nitzotz", die die Greueltaten der Besatzer entlarven. Seit Beginn der Ereignisse sind mindestens 8 Journalisten geschlagen worden, nachdem sie über die Lage in den besetzten Gebieten berichten wollten. Ein Reporter des Militärsenders wurde verhaftet, und Gebiete, in denen die Armee illegale Befehle durchführte, wurden immer wieder für Journalisten und Photographen gesperrt. Die Besatzungsmacht ignoriert das Recht der Öffentlichkeit auf Information, wie sie davor die Hoffnung der Bewohner der besetzten Gebiete, deren Ehre und deren Leben zerstörte. Es ist nicht das Ende eines Weges. Die Gewalt der Unterdrückungsmaßnahmen dringt sehr rasch mitten in die israelische Gesellschaft; es häufen sich Beschwerden von Bürgern über die Gewalt der Polizei und der Grenzschutzeinheiten innerhalb der Grünen Linie, über Korruption der Gerichte und über eine zunehmende Sturheit der Behörden. Aber das ist noch nicht alles. Durch den Volksaufstand ist eine riesige Angst unter der politischen Führung entstanden, eine Angst die diese — nicht ohne Erfolg — auch unter der Bevölkerung zu verbreiten versucht. Diese Angst ernährt sich aus dem Widerspruch zwischen Werten, nach denen man erzogen wurde, und den Taten, zu denen uns die Besatzungsmacht zwingt. Es ist letztendlich die Angst des Räubers und des Vertreibers vor dem Vertriebenen, des Mörders vor seinem Opfer und des Unterdrückers vor der Rache des Unterdrückten. Durch diese Angst versucht das Regime, den zerfallenden Konsens zu retten.

Die Angst und die Panik können aber leicht beseitigt werden, und zwar bei denjenigen Israelis, die bereit sind, ihre Menschlichkeit ernst zu nehmen und sich gegen die Unterdrückung und gegen die Besatzung zu stellen. Man muß begreifen, daß es unmöglich ist, den zerbrochenen Nationalkonsens mit Hilfe der alten Mythen der zionistischen Bewegung wieder zu beleben, denn nach der Logik dieser Bewegung haben nur Juden ein Recht auf Palästina, und ein rassistischer, jüdischer Staat sei danach wünschenswerter als ein demokratischer Staat, der für das Wohl all seiner Einwohner besteht. Die vergangenen 40 Jahre haben gezeigt, daß ein Staat, der einem ganzen Volk seine Rechte vorenthält, seine eigenen Bürger ebenso in Schichten von verschiedenen Rechtlosen unterteilt, und daß dieser Vorgang sich ständig verschärft. *In einem solchen Staat haben Araber weniger Rechte als Juden, Juden orientalischer Herkunft weniger Rechte als Immigranten aus Europa und Amerika, Frauen weniger als Männer, und säkulare Leute weniger als religiöse.*

Entgegen diesem unerträglichen Zustand muß man eine alternative Perspektive stellen, die den Weg der alten Führung samt all ihren Parteien entschieden ablehnt. Es muß die Perspektive eines *säkular-demokratischen Staates* gestellt werden, mit voller nationaler, politischer und persönlicher Gleichheit, eine Perspektive, die sowohl die Palästinenser als auch die Israelis von der Besatzung und der Unterdrückung befreien kann, eine Perspektive, die in wirklichem Widerspruch zur Transferpolitik und zum religiösen Zwang, zum Rassismus und zur Faschisierung steht.



Die Forderung nach einem demokratischen Staat enthält:

Die Forderung nach einem demokratischen Staat enthält:

— Eine demokratische Verfassung, die alle Gesetze, die Juden von Arabern und Männer von Frauen diskriminieren, abschafft.

— Eine Trennung zwischen Staat und Religion, ein säkulares Eherecht, Religionsfreiheit und Freiheit von der Religion.

— Eine Erweiterung der Rückkehrgesetze und ihre Anwendung auf beide Völker im Land.

— Abschaffung der Notstandsgesetze und der Anti-Terror-Gesetze.

— Abzug der Armee, der Polizei und der Sicherheitsdienste aus allen arabischen Bevölkerungszentren und Einstellung der Intervention im Erziehungssystem.

— Volle Organisationsfreiheit für alle Bewohner Israels/Palästinas, in Organisationen, Parteien und Betriebsräten.

— Volle Pressefreiheit und Abschaffung der politischen Zensur in allen Medien, deren Unabhängigkeit eine Bedingung für jede wirkliche Demokratie sein muß.

Diese Forderungen, die sich noch erweitern lassen, führen zu der allgemeinen Perspektive eines *säkular-demokratischen Staates*, der von Allen akzeptiert werden kann, die ihre Demokratieauffassung nicht an die eines rassistischen Staates anpassen wollen, der nur zu einem Transfer führen kann. Eine Massenmobilisierung auf der Grundlage dieses Programms, einschließlich der Aufstellung einer entsprechenden *Wahlliste*, könnte einen neuen demokratischen Weg der Koexistenz, der nationalen Gleichheit sowie zur Lösung der Grundfragen des israelisch-arabischen Konflikts bieten.

Die Revolutionäre Kommunistische Liga — „Matzpen"

Übersetzung: Y.M.

Schlaglichter auf die „Demokratisierung"

1980 hat die BRD den Putsch der türkischen Generäle finanziert in der Hoffnung *„auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien"* (wie es der damalige Finanzminister und „Türkeihilfe"-Koordinator Matthöfer mit unübertrefflich sozialdemokratischem Machtinstinkt formulierte). Das Versprechen der Junta war damals: Rückkehr zur Demokratie, nachdem mit dem „Terrorismus" ein für allemal aufgeräumt ist. Da sind die unverminderten Berichte über Menschenrechtsverletzungen — acht Jahre nach dem Putsch und fünf Jahre nach dem Amtsantritt der ersten angeblich freigewählten Regierung Özal — schon ein Ärgernis. Sie werfen ein schlechtes Licht auf die Bonner Türkeipolitik, die immerhin dem entscheidenden Eckpfeiler der NATO im nahöstlichen Raum gilt.

Politische Prozesse und Todesstrafe

Nach wie vor laufen vor türkischen Gerichten die Massenprozesse gegen Linke: Allein im seit acht Jahren laufenden Ankara Dev Yol-Prozeß sind 723 Menschen angeklagt; für 74 von ihnen fordert die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe. Über 200.000 Menschen, so lautet die stolze Bilanz der türkischen Justiz, sind seit Inkrafttreten des Kriegsrechts (Dez. 78) Militärgerichten angeklagt worden.

Generalamnestie und Abschaffung der Todesstrafe ist eine der aktuellen Hauptforderungen der demokratischen Opposition. Nach offiziellen Angaben wurden seit 1980 in der Türkei an die 500 Todesurteile verhängt, mindestens 50 wurden vollstreckt. Seit Oktober 1984 gab es keine Hinrichtungen mehr, da das Parlament weitere Urteile bisher nicht bestätigt hat. Dennoch haben 1986 Zivil- und Militärgerichte 134 neue Todesurteile verhängt. Allein im Prozeß gegen Dev Yol in Fatsa (einem bekannten Versuch lokaler Selbstverwaltung Ende der 70er Jahre) forderte die Staatsanwaltschaft 110 Todesurteile — im Januar 1988.

Wie ein Damoklesschwert sollen diese

Wie ein Damoklesschwert sollen diese Urteile über den Gefangenen und der Linken überhaupt hängen. Die Regierung sieht ganz offiziell die Verurteilten als Geiseln an: *„Wer weiß, vielleicht wird die Nationalversammlung morgen alle diese Urteile ratifizieren."*, erklärte Özal im März 87 im Hinblick auf Aktionen der PKK. (nach Gegenbericht, S. 36)

Seit Jahren wird die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe auf Unterschriftenlisten, Gewerkschafts-Kundgebungen und Demonstrationen immer wieder erhoben (s.a. Kasten zu den Menschenrechtsorganisationen). Nach langem Schweigen hat dies zu einem Gesetzesvorschlag der SHP geführt, die Todesstrafe generell in lebenslängliche Haft umzuwandeln.

Folter

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist Folter auf türkischen Polizeirevieren und in den Gefängnissen nach wie vor gängige Praxis. Nur drei Meldungen aus der türkischen Presse des letzten halben Jahres (von -zig bekannt gewordenen Fällen — und sicherlich hunderten von unbekannt gebliebenen):

— Aus einem Dorf bei Gazhiantep wurden elf Männer nach dem Mord an einem „Dorfschützer" verhaftet und auf der Polizeistation durch Stromschläge in den Penis gefoltert. Ihre Aussagen über die Folter wurden vom Staatlichen Krankenhaus bestätigt. (Mill. 4.3.88)

— In Izmir wurde ein zehnjähriges Mädchen wegen Taschendiebstahl festgenommen und der Bastonade unterworfen. (Mill. 22.2.88) — Wegen angeblicher „Mädchenentführung" wurden 11 Menschen, darunter Frauen und kleine Kinder, bei einem Verhör auf der Kommandatur der Gendarmerie von Gökkusagi verschiedenen Folterpraktiken unterzogen. Einer der Gefolterten berichtet: *„Als ich auf die Gendarmerie gebracht wurde, begann der Unteroffizier, mich mit seinem Schlagstock auf den Kopf zu schlagen, später schlug er mir auch auf die Beine. Während ich gefoltert wurde, schauten meine Frau und meine Kinder zu."* (Cumh. 1.3.88)

Nach Berichten von amnesty international sind allein in den ersten sechs Monaten 1987 neun Menschen unter der Folter gestorben. *„Die Folter in der Türkei hat wieder einen schrecklichen Höhepunkt erreicht. Wer das Gegenteil behauptet, der lügt"*, so die Generalsekretärin der bundesdeutschen ai-Sektion, Brigitte Erler. (Weser-Kurier 24.9.87)

Die Türkei weist gerne auf Verfahren hin, die gegen Folterer eingeleitet wurden. Sie verschweigt jedoch, daß diese Verfahren in aller Regel nach kurzer Zeit wieder eingestellt wurden. Ein typisches Beispiel nennt der SHP-Abgeordnete Tastemir in einer Anfrage an den Ministerpräsidenten: Nachdem drei Polizisten wegen Tötens unter Folter zu zehn Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, wurden die beiden Richter des Istanbuler Militärgerichts Nr. 2, die das Urteil fällten, entlassen, die Verurteilten jedoch wurden befördert. (Cumh. 3.2.87 u. 10.4.87, nach Gegenbericht, S. 46)



Seit 8 Jahren inhaftierte fortschrittliche Journalisten, Einzelstrafen bis zu 747 Jahren

Seit 8 Jahren inhaftierte fortschrittliche Journalisten, Einzelstrafen bis zu 747 Jahren.

Charakteristisch ist, wie gegen Enthüllungen der systematischen Folterpraktiken vorgegangen wird: Kürsat Istanbullu, Autor des 1986 erschienenen Buches „Verhaftet und verschwunden", wies die Organisierung der Folter durch hohe Militärs und Polizeibeamte nach. Er sah sich gezwungen, das Land zu verlassen und in der BRD Asyl zu beantragen, nachdem er beschuldigt worden war, *„die Sicherheitskräfte des Staates beleidigt und zersetzt"* zu haben. Inzwischen forderte der Staatsanwalt gegen ihn eine Haftstrafe von sieben Jahren, die nach türkischem Recht verdoppelt werden kann, wenn ein Journalist der *„Beleidigung der Staatsgewalt"* beschuldigt wird. (nach taz, 29.3.88)

Hungerstreiks gegen Haftbedingungen

In den letzten Jahren haben in den Gefängnissen immer wieder Hungerstreiks stattgefunden, wobei mindestens elf Häftlinge starben. Ein hungerstreikender Gefangener und sein Anwalt, der zugleich für TAYAD (s. Kasten) arbeitet, berichten: *„Es gibt keinen Ofen, keinen Hofgang, kein Fernsehen, kein Radio, weder Bücher noch Zeitungen, keine Briefe, keine Medikamente, keinen Arzt, kein Zuckerwasser für die sich im Hungerstreik Befindlichen, nichts. Aber es gibt psychische Folter, Besuchsverbot, Isolierung. Und es gibt Ratten, groß wie Katzen."* (Cumh. 16.12.87)

Ein Bericht des Menschenrechtsvereins vom April 87 enthält eine erschreckende Schilderung der menschenverachtenden Haftverhältnisse, gegen die sich die Hungerstreiks richteten:

Neben der permanenten offenen Gewalt gegen die Gefangenen werden alle nur denkbaren Schikanen eingesetzt, um ihre Identität zu brechen: *„Es gibt Gefangene, die sich innerhalb von drei Jahren nur zweimal gründlich waschen durften. Manchmal zwingt man sie, anstatt eines Bades auf allen Vieren durch eine dreckige Pfütze zu kriechen."* Die Lebensmittelversorgung ist durchweg unzureichend; stattdessen werden die Gefangenen *„gezwungen, Mäuse, Mandarinenschalen und Waschpulver zu verzehren"*. Die Zellen sind winzig, oft feucht und ungeheizt. Manchmal werden sie monatelang nicht gelüftet, was zu körperlichen Vergiftungserscheinungen der Insassen geführt hat. Medizinische Behandlung wird in der Regel verweigert, wo sie ausnahmsweise doch stattfindet, sehr oft ohne die notwendigen Medikamente und Therapien. Schwerkranke Gefangene werden nicht oder viel zu spät in Krankenhäuser eingeliefert, so daß wiederholt Gefangene deshalb gestorben sind.

Dementsprechend reißt die Kette von Hungerstreiks in den türkischen Gefängnissen nicht ab: allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurden u.a. in Gefängnissen in Istanbul, Buca, Ismir, Canakkale, Eskissekir, Malatya Mersin, Adama und Diyarbakir größere Hungerstreiks durchgeführt, von denen vor allem der Hungerstreik in Diyarbakir besoderes Aufsehen erregte, da er mit einer teilweisen Erfüllung der Forderungen endete: Özal sah sich gezwungen, die Zwangseinheitskleidung zurückzuziehen und den Gefangenen zu erlauben, mit ihren Angehörigen kurdisch zu sprechen. Die Besuchszeiten wurden von einer halben Stunde auf eine Stunde erhöht. Schreibmaschinen und Radio werden in den Zellen zugelassen, die Anwälte können mit ihren Mandanten alleine reden. Möglich wurde dieser Erfolg vor allem dadurch, daß eine Vielzahl von Aktionen in Diyarbakir die Hungerstreikenden unterstützte — u.a. besetzten Familienangehörige die Parteizentralen der regierenden ANAP und der sozialdemokratischen SHP. Zwei SHP-Parlamentarier begannen einen Solidaritätshungerstreik, und selbst ANAP-Abgeordnete kurdischer Herkunft drängten Özal zum Einlenken.

Außer der Aufhebung der Einheitskleidung beziehen sich die Haft-Erleichterungen jedoch ausschließlich auf das Militärgefängnis in Diyarbakir. Ende April waren in der Türkei weiter hunderte von Häftlingen im Hungerstreik. Auch in Diyarbakir wurde der Hungerstreik wieder aufgenommen, nachdem das Gefängnis am 9. Mai (mit 27 Tagen Verspätung) feierlich unter zivile Verwaltung gestellt worden war — und mit dieser Begründung die erkämpften Rechte wieder aufgehoben wurden.

Ausbürgerungen/Pässe

Wer sich vor dem Gefängnis durch Flucht ins Exil retten konnte, ist damit keineswegs vor Repressionen sicher: Seit dem Putsch hat die türkische Regierung über 13.000 Menschen die türkische Staatsbürgerschaft entzogen und ihr gesamtes Vermögen beschlagnahmt. Doppelt so viele wurden durch die Androhung des Entzugs gezwungen, in die Türkei zurückzukehren. (Cumh., 6.4.87)

Auch wenn ihnen überhaupt nichts konkretes vorgeworfen werden kann, bleiben fortschrittliche TürkInnen stets im Visier des Staates: Über eineinhalb Millionen Menschen wurden nach einer landesweiten „Sicherheitsuntersuchung" von der Regierung als *„verdächtig"* eingestuft und in einer Sonderkartei erfaßt. Sie sind vom öffentlichen Dienst ebenso ausgeschlossen wie von bestimmten Bereichen der Privatwirtschaft. Auslandsreisen sind ihnen verboten. Ca. 300.000 Menschen wurde die Ausstellung eines Reisepasses durch Gerichtsentscheid oder Anweisung des Innenministeriums verweigert. (Cumh., 13.4.87)

Pressefreiheit/Zensur

Entgegen allem Demokratisierungsgerede ist politische Zensur von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Filmen in der Türkei nach wie vor an der Tagesordnung.

Von der Zensur betroffen sind so unterschiedliche Werke wie das Merian-Heft „Türkei" (*„Beleidigung des Türkentums"*), die Gedichte Bertold Brechts, diverse Atlanten internationaler Verlage (wegen Karten von Kurdistan), Romane (wie Aziz Nesins „Wir liefen wenig, aber gekonnt"), philosophische Abhandlungen oder kritische Berichte wie Kürsat Istanbullus „Verhaftet und verschwunden".

Bereits seit der Verhängung des Kriegsrechtes — 1978 — bis zum Putsch wurden nach und nach 63 Periodika der Linken verboten. Die Redakteure der linken Presse wurden nach dem Putsch zu irrwitzig hohen Gefängnisstrafen verurteilt: die drei Verantwortlichen der Zeitschrift „Halkin Kurtulusu" etwa zu Gesamtstrafen von 748, 155 und 661 Jahren! Die Mindeststrafen für die Chefredakteure, die alle als „fikir suclulari" („Gedankenschuldige") bezeichnet werden, liegen in jedem Fall über zehn Jahren.

Eine große Zahl von Buchveröffentlichungen wurden von den Kriegsrechtskommandanturen beschlagnahmt, darunter die gesamten Lagerbestände fortschrittlicher Verlage. Diese Bestände wurden in aller Regel auch nach Aufhebung des Kriegsrechts nicht wieder herausgegeben — ohne daß es jemals zu einem Gerichtsbeschluß über ihr Verbot gekommen wäre. 39 Tonnen Bücher und Zeitschriften wanderten bis Ende 1986 in den Reißwolf.

In den ersten vier Jahren nach dem Putsch war es den Militärs gelungen, den Buch- und Pressemarkt vollständig zu „säubern". Schon vor der Aufhebung des Kriegsrechts war im November 1983 ein „Anhang zum Pressegesetz" verabschiedet worden. Danach kann schon der Vertrieb *„bedenklicher"* Literatur verhindert werden, wozu auch ein staatsanwaltlicher Beschluß genügt, wenn zu einer richterlichen Verfügung keine Zeit ist. Verlage, die *„gesetzeswidrige"* Schriften veröffentlicht haben, können für eine Dauer von drei Tagen bis zu einem Monat vom Gericht geschlossen werden.

Ein weiteres Instrument der Zensur schuf sich das Regime Anfang 1986 mit dem „Anzüglichkeitsgesetz" („Gesetz zum Schutz der Jugend vor obszönen Veröffentlichungen") und der Einsetzung einer entsprechenden staatlichen Kommission. U.a. zwei Romane der bekannten türkischen Schriftstellerin Pinar Kür, die die sexuelle Unterdrückung der Frau zum Thema machen, wurden so als „obszön" verboten.

Daneben bestehen die alten Zensurbehörden fort: die politische Polizei unterhält eine eigene Abteilung zur „Kontrolle von Presse und Vereinen", und die Pressestaatsanwaltschaft liest allein in Istanbul jährlich über 2300 Bücher und laufend über 20 Zeitungen und Zeitschriften. Mit belegbarem „Erfolg": Allein 1987 wurden über 500 Menschen wegen Pressevergehen angeklagt (Cumh. 20.4.88). Tatsächlich wurden von den 2000 Presseverfahren seit dem Putsch 1400 in der Zeit der „zivilen" Regierung Özals eröffnet. (Bizim Almanca, April 88)

Auch wenn viele der Verfahren mit Freisprüchen enden, bleiben die Bücher oder Zeitschriften in aller Regel beschlagnahmt, so daß kleine Verlage allein durch diesen finanziellen Druck gezwungen sind, weit im Vorfeld staatlicher Zensur die „Schere im Kopf" anzusetzen, wenn sie nicht ihre Existenz riskieren wollen.

Auch die großen Zeitungsverlage, die anders als der staatliche Rundfunk und das Fernsehen gelegentlich dezente Kritik an der Regierungspolitik laut werden lassen, versucht Özal ökonomisch unter Druck zu setzen. Just nachdem einige Zeitungen wegen gestiegener Produktionskosten ihre Preise erhöht haben, hat das staatliche Papiermonopol SEKA die Papierpreise nochmals kräftig heraufgesetzt. Gleichzeitig hat er gegen drei Tageszeitungen und ein Wochenblatt wegen Verunglimpfung und Beleidigung seiner Person Verfahren einleiten lassen. Diese Maßnahmen riefen einen Proteststurm in praktisch allen türkischen Zeitungen hervor, die *„Özals Krieg gegen die Presse"* heftig angriffen.

Politische Rechte

Die Türkei weist eine Reihe von Strafrechtsbestimmungen auf, die direkt aus dem Mussolinischen Gesetzbuch übernommen wurden. Die Paragraphen 141,

nommen wurden. Die Paragraphen 141,

142 stellen jede klassenkämpferische Propaganda oder Organisierung unter die Drohung von fünf bis 15 Jahren Gefängnis. Den Leitern solcher Organisationen droht die Todesstrafe. Die Bestimmungen beziehen sich wohlgemerkt nicht auf irgendeinen konkreten Tatvorwurf, sondern auf den bloßen Willen, *„die Diktatur*

Fortsetzung nächste Seite

Aufruf zu einem „Internationalen Tribunal"

Auf eine Initiative der „Türkei Information" (Devrimci Isci) hin soll zum achten Jahrestag des Militärputsches in der BRD ein Tribunal gegen türkische Militärdemokratur stattfinden. Themen des Tribunals sollen sein:

1. Rechte und Freiheiten der politischen Betätigung, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Organisationsfreiheit etc.
2. Versuch der Vernichtung der politischen Opposition, Folter, Hinrichtungen, Massenprozesse, Verschwundene, Flüchtlinge in Europa, Entzug der Staatsbürgerschaft etc.
3. Die besondere Unterdrückung der Frau
4. Gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten, Prozesse gegen Gewerkschaften, Bildungsbereich, Hochschulrat, Repressionen gegen Studenten
5. Nationalitätenpolitik des türkischen Staates am Beispiel der kurdischen Nation, Krieg gegen das kurdische Volk
6. Rechtliche Grundlagen der staatlichen Repression, die Verfassung von 1982, Institutionalisierung des Regimes
7. Polizei- und Militärhilfe und deren Bedeutung für das türkische Regime

Zu diesen Themenkomplexen wurden vorbereitende Kommissionen eingerichtet, deren „Anklageschriften" einer zu bildenden Jury vorgetragen werden sollen. Darüber hinaus wird für die Zeit nach dem Tribunal die Bildung einer unabhängigen internationalen Beobachtungskommission ins Auge gefaßt.

Der Aufruf wurde von einem recht breiten politischen Spektrum unterzeichnet: darunter Medico International, Die Grünen, Republikanischer AnwältInnen-Verein, Vereinigung demokratischer JuristInnen, Gesellschaft für bedrohte Völker, BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte, Hamburger Arbeitskreis Asyl, Asyl e.V. Hildesheim; weiter breite örtliche Aufruferkreise, die bis in die gewerkschaftliche Szene hineinreichen, in Bremen, Ulm und anderen Städten; sowie eine Vielzahl von Einzelpersonen. Von den türkischen Organisationen haben den Aufruf u.a. unterzeichnet: Devrimci Isci (Hannover), Rexistana Rizgariya Kurdistan, Kurdistan Press, KKDK, TKKKÖ und ATIF. Nach dem Stand der Vorbereitungstreffen scheint es allerdings bis heute so zu sein, daß der größte Teil der bundesdeutschen Unterstützer über die bloße Unterschrift hinaus an den Vorbereitungen nicht beteiligt ist.

Ein nächstes Treffen des Unterstützerkreises findet am 4. Juni statt.

Kontaktadresse: Türkei Information, c/o R. Öcan, Postfach 91 08 43, 3000 Hannover 91.

Fortsetzung von vorheriger Seite

einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse abzuschaffen oder irgendeine der wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen des Landes umzustürzen". Nach dem § 146 desselben Strafgesetzes droht die Todesstrafe auch jedem, der mit Gewalt für die Veränderung der Verfassung eintritt.

Nach diesen Paragraphen wurden von 1980 bis Anfang dieses Jahres 15.000 Menschen von Zivilgerichten und etwa 55.000 Menschen von Militärgerichten verurteilt. (In diese Statitik eingeschlossen sind auch einige — wenige — Verurteilungen nach § 163 TCK — Wiederaufrichtung eines islamischen Staates). (Cumh., 15.2.88)

Wie wenig die Özal-Regierung und die Militärs, die hinter ihr stehen, zu einer ernsthaften Demokratisierung bereit sind, haben sie im November 87 in aller Deutlichkeit demonstriert: Vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit wurden die in die Türkei zurückgekehrten Generalsekretäre der TIP und der TKP, Sargin und Kutlu, verhaftet und verschwanden zunächst ohne jeden anwaltlichen Beistand in den Folterkammern der Polizeireviere. Nachdem ihre Anwälte mit ihnen sprechen konnten, wurden auch diese festgenommen. Anfang Dezember setzte eine landesweite Repressionswelle gegen die TKP ein, angeblich auf Aussagen der Verhafteten hin. In einem Gesuch an die Staatsanwaltschaft beschrieben sie detailliert die an ihnen verübte Folter. Der Staatsanwalt erklärte daraufhin, man habe „keine Hinweise auf Folter gefunden" und stellte das Vorermittlungsverfahren kurzerhand wieder ein.

Das Regime hat hier ein deutliches Signal gesetzt: Auch wenn die TKP die „Diktatur des Proletariats" ebenso aus ihrem Programm gestrichen hat wie die Parole „Raus aus der NATO", und jeder Destabilisierungspolitik abschwört, auch wenn sie „Anarchismus" und „Terrorismus" schärfstens verurteilt, auch wenn sie ihre legale Rückkehr zur Nagelprobe auf die Demokratie erklärt hat und die ganze Weltöffentlichkeit zuschaut, muß sie (und damit jede irgendwie linke Kraft) damit rechnen, äußerster Repression unterworfen zu werden. Das Charakteristische dieser Repression ist ihre völlige Unkalkulierbarkeit, die von vornherein von jeder linken politischen Betätigung abschrecken soll. Gerade diese scheinbare Willkür ist es, die den „Demokratisierungsprozeß" in der Türkei am besten kennzeichnet: Jede und jeder politisch Aktive soll unter der dauernden Furcht vor Folter und jahrelangen Haftstrafen leben. Daß dennoch so viele Menschen aus den unterschiedlichsten politischen Bereichen wieder mit großer Beharrlichkeit und unwahrscheinlichem Mut ihre Stimme erheben, beweist, daß das politische Kalkül des Staatsterrors nach 1980, ein für alle Mal die Linke zu zerschlagen und auszurotten, nicht aufgegangen ist.

Offenbar sieht das auch Staatspräsident und Putschführer Evren so. Deshalb seine Drohung mit einem erneuten Militärputsch: *„Wenn in der Türkei Zustände einkehren, wie vor dem 12. September 1980, wird die Türkei wieder von den Streitkräften gerettet werden."* (nach taz, 7.5.88) Doch den Kredit, den die Armee 1980 noch bei großen Teilen der Bevölkerung hatte, dürfte sie inzwischen gründlich verspielt haben. Das Stück vom „Retter des Vaterlandes" jedenfalls könnte sie nur als blutige Farce allein gegen alle wiederholen.

Jo/Türkei-AG



Bürger beobachten die Polizei

Quellen:
Verschiedene Ausgaben der Türkei Depesche und des Türkei Infodienst sowie der taz; Türkei Information Nr. 26; Informationsstelle Türkei (Hg.): 3. Gegenbericht zur Situation der Menschenrechte und Demokratisierung in der Türkei, Hamburg 1987; John Mepham: Turkey. Reading the Small Print, in: MERIP-Report November-December 1987, S. 19 ff.; amnesty international (Hg.): Türkei. Folter und andere Menschenrechtsverletzungen, Bonn 1985; sowie: Folter in der Türkei. Zeugen berichten, Bonn 1985

Gruppen und Kampagnen gegen den Folterstaat

Menschenrechtsverein (IHD)

Der nach langen vorbereitenden Diskussionen im Juli 1986 gegründete Menschenrechtsverein vereinigt Familienangehörige von Gefangenen, Rechtsanwälte, Lehrer, Künstler und Journalisten. Er ist humanitär ausgerichtet und repräsentiert einen wichtigen Teil des fortschrittlich-liberalen Spektrums. Die größten Sektionen des Menschenrechtsvereins bestehen in Ankara und vor allem Istanbul, aber auch in den meisten anderen großen Städten ist er präsent. In der BRD werden seine Aktivitäten vor allem von Devrimci Isci (wie auch von der Göcmen-Gruppe) unterstützt.

Einen ausführlichen Bericht zu den Haftbedingungen in den türkischen Militär- und Zivil-Gefängnissen hat der Menschenrechtsverein im April 87 veröffentlicht. Am „Tag der Menschenrechte", dem 10. Dezember 1987 konnte der IHD dem Parlamentsvorsitzenden 130.000 Unterschriften übergeben. Sie waren in einer zweimonatigen Kampagne *„Für Abschaffung der Todesstrafe und Generalamnestie"* gesammelt worden. An einer Kundgebung am 5. Dezember in Istanbul wurden diese Forderungen von 5000 Menschen auf die Straße getragen. Die Polizei untersagte das Tragen von Fotos Hingerichteter; selbst die bloße Auflistung der Namen auf einem Transparent wurde verboten. Nach bundesdeutschem Vorbild wurde der Sammlungsort von Polizei eingekesselt und war nur nach Ausweiskontrolle und körperlicher Durchsuchung zu erreichen. Auf den Wohnblocks an der Demoroute waren in regelmäßigen Abständen Polizisten mit Maschinenpistolen postiert. Dennoch wurden immer wieder auch verbotene Parolen gerufen wie *„Schulter an Schulter gegen den Faschismus"* oder *„Freiheit den Völkern"*.

Die Grundorientierung des IHD auf den Kampf innerhalb der legalen Grenzen des Regimes wird in dem Aufruf zur Kampagne deutlich: Ziel einer Generalamnestie sei es, *„die Wunden des Ausnahmezustandes zu verbinden"* und *„einen sicheren, freien und dynamischen gesellschaftlichen Zustand zu erreichen"*. Es solle sichtbar werden, *„daß die Wurzeln der gemeinschaftlich begangenen politischen Vergehen in den gesellschaftlichen Gegebenheiten liegen und man vom historischen Irrtum abkommt, für gesellschaftliche Fragen nur eine bestimmte Gruppe von Menschen verantwortlich zu machen"*.

Ungeachtet dessen, und ungeachtet der breiten Beteiligung von bekannten Persönlichkeiten hatte der Menschenrechtsverein von Anfang an zu kämpfen: Die vorgeschriebene Bestätigung seiner Satzung durch das Innenministerium zog sich über neun Monate hin und erfolgte erst nach dem dritten Anlauf. Schon bald darauf wurden fünf Vorstandsmitglieder zu je drei Monaten Haft verurteilt, weil sie eine Presseerklärung abgegeben hatten — das Gericht machte daraus ein illegales Flugblatt.

Verein zur Unterstützung der Familien von Verhafteten und Verurteilten (TAYAD)

Die ebenfalls im Frühjahr 1986 gegründete Organisation konzentriert sich stärker als der IHD auf die Anliegen der Gefangenen (und da besonders der Dev Sol und MLSPB-Angeklagten) und spielt bei der Unterstützung der Hungerstreiks durch öffentliche Protestaktionen und Solidaritätshungerstreiks eine wichtige Rolle. In Istanbul (wo viele Linke und aus dem Knast Freigekommene leben) erreicht sie annähernd eine ähnliche Stärke wie der Menschenrechtsverein, verfügt aber auch über Gruppen in Ankara, Adana und anderen Städten.

Während des Referendums (über die „Politikverbote" für die alten Parteiführer im Herbst 87) startete die Organisation eine Kampagne *„Die Freiheit liegt in unseren Händen"*. Die Forderung nach Generalamnestie wird von TAYAD abgelehnt, weil die Forderung nach Begnadigung durch das gegenwärtige Regime einer Schuldanerkenntnis gleichkomme. TAYAD dagegen betont die Legitimität des Kampfes der revolutionären Bewegung vor 1980, sowie die Berechtigung des Kampfes der Gefangenen *„für ihre Menschenwürde. Die wirklichen Verbrecher sind die, die für Arbeitslosigkeit, das Elend und den Zusammenbruch der Moral verantwortlich sind, ... die unsere Söhne und Töchter im Kerker halten, foltern und ihnen vorwerfen, an allem ‚Schuld' zu sein."*

TAYAD wehrt sich auch deshalb gegen ein „Schwamm drüber und die Wunden müssen geheilt werden", wie es in der IHD-Kampagne angelegt ist, weil sie ausdrücklich auf einer Abrechnung mit dem heutigen Regime und einer Bestrafung der Folterer bestehen.

Die recht heftige Konkurrenz zwischen beiden Vereinigungen kommt auch darin zum Ausdruck, daß TAYAD im Rahmen seiner Kampagne am „Tag der Menschenrechte" in Istanbul ebenfalls eine eigene Demonstration unter dem Motto „Bestrafung der Folterer — Freiheit für die Gefangenen" durchführte, an der sich (nach eigenen Angaben) 2.000 Menschen beteiligten und es nicht möglich war, durch Absprache zwischen beiden Organisationen, eine Terminabsprache zu treffen. Die gegenseitigen Anwürfe gehen so weit, daß in der Dev Sol nahestehenden „Yöni Cözüm" das Militärgefängnis Mamak (bei Ankara), wo viele Dev Yol-ler sitzen, als *„Hochburg des Verrats"* bezeichnet wurde, während die *„Burg des Widerstands"* selbstverständlich der Knast von Metris sei — wo viele Dev Sol-Leute eingekerkert sind. Die Mütter der Gefangenen haben daraus schon wiederholt die Konsequenz gezogen, unabhängig von beiden Gruppen gemeinsam Protestaktionen durchzuführen.

Stärker noch als der IHD ist TAYAD mit Repressalien konfrontiert. Mehrfach wurden (meist anläßlich von Razzien gegen Dev Sol) Gründungsmitglieder des Vereins verhaftet, darunter auch Mütter von Gefangenen.

„Solidaritätsruf für die Demokratie"

ist der Titel eines Manifestes, das u.a. von dem bekannten türkischen Schriftsteller Azis Nesin ausgeht. Er wendet sich vor allem gegen die Folter, die *„bis heute und mit zunehmender Heftigkeit durchgeführt"* wird. Insbesondere wird die Untersuchung der Folter an den Generalsekretären der TKP und TIP gefordert. Darüberhinaus wird die Abschaffung der §§ 140, 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches verlangt, die die politische Propaganda und Organisierung verbieten.

Türkei:

Protest gegen die Polizeiuniversität

Zu den bisher heftigsten Studentenunruhen in der Türkei seit dem Militärputsch kam es Ende April, Anfang Mai. — Der recht zufällige Auslöser war die sexistische Anmache einer Studentin durch einen Zivilpolizisten an der Universität in Istanbul am 28.4. Dagegen protestierende StudentInnen wurden von Zivilpolizei zusammengeschlagen und verhaftet. Binnen kurzem hatten sich rund eintausend StudentInnen zu einem Zug vor das Gebäude des Rektors zusammengefunden, sie forderten: „Weg mit der Polizei", „Schluß mit der Zusammenarbeit von Polizei und Verwaltung!". Da der Forderung der StudentInnen nach einem Gespräch mit dem Rektor nicht nachgekommen wurde, besetzten sie das Rektoratsgebäude, wobei auch ein Zivilpolizist entwaffnet und verprügelt wurde. Das Angebot der StudentInnen, angesichts der aufgezogenen Sonderkommandos die Besetzung zu beenden, wenn sie freien Abzug erhalten, wurde mit einem Polizeiüberfall beantwortet. Rund 150 StudentInnen wurden festgenommen.

In den folgenden Tagen breiteten sich die Kämpfe auf zahlreiche Universitäten des Landes aus. Der Protest gilt der Festnahme der Istanbuler StudentInnen wie den Polizeiuniversitäten, dem Hochschulgesetz und dem Verbot der Studentenvereine. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei wurden mehrere hundert StudentInnen festgenommen, von denen Mitte Mai noch rund 300 inhaftiert waren.

Alltag Polizeiuniversität

In den Kämpfen der StudentInnen entlädt sich ihr Haß gegen die militarisierte und von Polizisten besetzte Universität; der Vorfall am 28.4. war nur ein Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Da die Junta und ihre Ideologen die StudentInnen als „Hauptschuldige" für die „Zustände von vor dem 12. September" ansehen und auch bis heute nicht müde werden, dies immer wieder öffentlich zu wiederholen, wurde die Säuberung der Universitäten nach dem Putsch vom 12.9.80 sehr gründlich vorgenommen. Unter den 200.000 Personen, die nach dem Putsch festgenommen wurden, war ein großer Anteil StudentInnen, viele wanderten für Jahre in den Knast oder wurden von den Universitäten relegiert. Mit dem Kriegsrechtsgesetz Nr. 1402 wurden über 400 Dozenten und Lehrkräfte von den Universitäten entlassen, noch mehr, schätzungsweise 1.500 demokratisch eingestellte Lehrkräfte verließen freiwillig aus Protest gegen die Übernahme der Universitäten durch die Militärs ihre Lehrstühle.

Von der Kleiderordnung und Barttracht für Lehrer und StudentInnen bis hin zum Aufhängen der Kleidungsstücke in den Spinden der Studentenwohnheime, jede Kleinigkeit wurde fortan per Gesetz oder Erlaß reglementiert. Heimleiter der Studentenwohnheime bekamen Anweisung, die StudentInnen zu bespitzeln, Ausgänge z.B. waren meldepflichtig und ohnehin nur zu engen Verwandten erlaubt. Aus nichtigem Anlaß oder völlig willkürlich wurden StudentInnen aus den Wohnheimen bzw. von der Uni geworfen oder verhaftet. Polizisten in Uniform und in Zivil sind um das Universitätsgelände an den Eingängen und z.T. sogar auf dem Gelände postiert. Zeitweilig ist es nur möglich unter Vorlage eines Ausweises die Universität zu betreten. Bereits vor zwei Jahren kam es in Izmir zu Protesten, als ein Polizist einer Studentin den Zugang verweigerte, da ihr Pulli zu weit ausgeschnitten sei.

Einige Meldungen in der türkischen Presse vom April 88 zum Alltag der türkischen StudentInnen, (die Daten beziehen sich auf den Tag der Pressemeldung):

— 30.3.: Demonstration von StudentInnen in Izmir gegen die Schließung von vier Studentenvereinen.

— 4.4.: StudentInnen in Adana führen einen Hungerstreik gegen die Verhaftung des Vorsitzenden des Studentenvereins der Cukorova-Universität durch.

— 7.4.: 20 StudentInnen der Ägäis- und der 9. September-Universität in Izmir werden in Polizeihaft genommen. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts wird eine Operation gegen Dev Yol an der Universität durchgeführt.

— Am 11.4. wird bekannt, daß fünf Studentinnen, angeschuldigt in Diyarbakir illegale Plakate aufgehängt zu haben, einem Jungfräulichkeitstest unterzogen wurden.

— 13.4.: StudentInnen von Studentenvereinen verschiedener Fakultäten protestieren in Istanbul gegen die Zusammenarbeit von Polizei und Universitäts- bzw. Wohnheimverwaltung. Eine Studentin war aus dem Wohnheim geworfen worden, da man in ihrem Schrank eine Zeitschrift der Vereinigung der Wirtschaftswissenschaftler der Türkei gefunden hatte.

— Am 28.4. meldet „Cumhuriyet" das Verbot bzw. die Beschlagnahme mehrerer Studentenzeitschriften und die Festnahme von Redakteuren. U.a. wurde die vierte Ausgabe der Zeitschrift „Demokrat Arkadas" (Zeitschrift demokratischer Freund) beschlagnahmt; der Besitzer und 29 StudentInnen, die sich im Büro der „Zeitschrift der Studentenvereinigung" befanden, wurden festgenommen.



Faschisierung der Lehrinhalte

Parallel zur Disziplinierung der StudentInnen wird die Gleichschaltung und Faschisierung der Lehrinhalte betrieben. Ein großer Teil der Lehrbücher wurde nach dem Putsch eingesammelt und umgeschrieben. Nach dem Verbot der Darwinschen Lehre mußten konsequenterweise alle Biologiebücher eingestampft und umgeschrieben werden. Dies gilt zwar in erster Linie für die Schulen, setzt sich aber an den Universitäten fort.

In Schriftenreihen und Seminaren für den Lehrkörper (persönliche Einladung, Anwesenheitspflicht), durchgeführt von Militärs mit eindeutig faschistischer Gesinnung, werden die Universitäten als „Brutstätte von Anarschie und Terror" gebrandmarkt und entsprechende Gegenmaßnahmen gefordert. Pflichtfächer für StudentInnen aller Fachbereiche sind neuerdings Sport, türkische Sprache (ebenfalls mit ideologischem Einschlag) und das Fach „Atatürk-Prinzipien und Revolutionsgeschichte". Dieses Fach wird in der Regel nicht von Dozenten, sondern bevorzugt von pensionierten Militärs mit der entsprechenden Gesinnung unterrichtet.

Freiheit für die Studentenvereine

Eine der Hauptforderungen der StudentInnen ist — neben der Abschaffung des YÖK (1) — die freie Gründung und Betätigung von Studentenvereinen. Seit Gründung der ersten Vereine 1986 wird der Streit um deren Legitimität geführt. (Da sich Hochschulgesetz und Vereinsgesetz in diesem Punkt widersprechen, ist die Rechtsgrundlage nicht geklärt.)

Währen in den vergangenen zwei Jahren viele Studentenvereine gegründet wurden, verboten Regierung bzw. die örtlichen Gouverneure wieder viele dieser Vereine und ließen deren Mitglieder festnehmen. Genau vor einem Jahr löste ein Gesetzentwurf zur Zwangsvereinheitlichung der Studentenvereine den bis dahin größten Studentenprotest aus und mußte zurückgezogen werden. Auch bei den jetzigen Protesten kündigte der Minister für Jugend, Sport und nationale Erziehung, Güzel, eine Schließung der Studentenvereine an. Nach weiteren Protesten der StudentInnen und der demokratischen Öffentlichkeit zog Güzel seinen Vorschlag zurück und erklärte, sein Anliegen sei falsch wiedergeben worden (Cumhuriyet, 16.5.)

Damit ist der Ausgang des Tauziehens um die Studentenvereine noch offen. Eines jedoch läßt sich mit Sicherheit sagen: Die Befriedung der Universitäten, eines der Hauptanliegen der Junta von 1980 ist nicht gelungen. Seit den ersten Gründungen von Studentenvereinen und zunächst noch vorsichtigen Aktionsformen, wie z.B. dem Fußmarsch 1986, über die Demonstrationen vom April 1987 (gegen das Vereinsgesetz) bis heute haben die StudentInnen neues Selbstvertrauen gefaßt und tragen ihren Protest entschiedener vor, worin sie — wieder einmal — anderen gesellschaftlichen Bereichen vorangehen. In einem Staatssystem, wo der Staatspräsident höchstpersönlich (über das YÖK) die Dozenten, die Lehrinhalte und den Universitätsablauf bis ins einzelne kontrolliert und in dem selbst die Kleidung der StudentInnen gesetzlich festgelegt ist, wird jeder zunächst universitätsbezogene studentische Protest automatisch mit dem System selbst konfrontiert. Das Regime hat so durch die Militarisierung und totale Kontrolle der Universitäten letztlich selbst zur Politisierung der StudentInnen beigetragen.

C., AG-Türkei

Anmerkung:
1) Von den Generälen nach dem Putsch erlassenes Hochschulgesetz, durch das auch der gleichnamige Hochschulrat eingesetzt wurde.

Die einen halten es für den Beginn einer Bewegung. Die andern halten es für modische Spinnerei. Die einen halten es für fortschrittsgläubig, die anderen für romantisch, technik- und wissenschaftsfeindlich. Die einen halten seine Politik für sozialdemokratisch, die andern für fundamentalistisches Kritikastertum und Quertreiberei. Die Dritten halten gar nichts von ihm, weil sie bisher rein gar nichts von ihm wissen.

Die Rede ist vom Gen-ethischen Netzwerk in West-Berlin. Wir haben die Leute vom Netzwerk in ihrem Büro in Westberlin aufgesucht und sie gefragt: Nach „Chancen und Risiken" der Gentechnologie. Nach ihrer Ethik und ihren Zielen. Nach ihrem Vorbild Jeremy Rifkin. Nach ihrem Verhältnis zum Staat und zu den Möglichkeiten und Formen von Widerstand gegen die neue Technik. Nach der Rolle von AIDS für die Entwicklung von Gentechnik.

Manche Frage mußte offenbleiben. Manches erwies sich als strittig. Vieles wird sich erst in nächster Zeit konkretisieren. Wir stehen ja erst am Beginn der Auseinandersetzung um Sinn oder Unsinn, Nutzen oder Bedrohung der Gentechnologie. Erste Spuren eines fruchtbaren Streits lassen sich aber vielleicht schon entdecken.

Die Gesprächspartner waren Linda Bullard und Benedikt Härlin. Für den „ak" sprach Kai Ehlers, alias F. . Wir danken euch.

F.

„Weder panisch noch fortschrittsgläubig"

Interview mit dem Gen-ethischen Netzwerk

Arbeiterkampf: *Was ist der Ausgangspunkt eurer Arbeit? Was wollt ihr erreichen?*

Benny Härlin: Es hat sehr unterschiedliche Ausgangspunkte gegeben, die zur Gründung dieses Netzwerkes geführt haben. Mein Ausgangspunkt ist, daß diese Erkenntnisse und die technischen Möglichkeiten der Gentechnik unser gesamtes Verhältnis zur Natur verändern werden. Dieses Wissen, diese Technik ermöglichen es interessierten Machtkonstellationen, sich die Welt untertan zu machen. Das ist ein Einbruch, ein technologischer Schock, der den Sprengsatz birgt, dem Faschismus vergleichbare Herrschaftsformen zu ermöglichen. Es ist eine Technologie, die man vor allem sozial und kulturell derart *nicht* im Griff hat, daß damit die Gesellschaft überrumpelt werden kann. Die Anwendung der Gentechnologie in Verbindung mit Reproduktionstechniken ermöglicht zudem einen Zugriff auf die genetischen Determinanten von Menschen, der im schlechten Sinne revolutionär ist.

Es ist also der Charakter der Gentechnologie als mögliche Herrschaftstechnik, der deinen Widerstand herausfordert?

Benny Härlin: Ja, es sind zunächst die Herrschafts-, Aneignungs- und Manipulationstechniken, die sie ermöglicht. Bereits jetzt sind wir an einem Punkt, an dem man den manipulierten Menschen zumindest denken kann. Das wird großen Einfluß auf unser Verhältnis zu uns selbst, zum menschlichen Wesen haben. Man kann sagen, daß alle wesentlichen Produktions- und Reproduktionsbereiche von dieser Technik erfaßt und teilweise völlig umstrukturiert werden. Es wird Auswirkungen geben auf die Nahrungsmittelproduktion, auf die Gesundheitsversorgung, auf die Frage, was überhaupt Gesundheit ist, auf die Entwicklung des Grundeigentums, auf die Rohstoffversorgung. Sämtliche Basisbereiche der Produktion und der Reproduktion werden erfaßt. Es ist denkbar, daß vollkommen andere Besitz-, Aneignungs- und Verfügungsformen dadurch durchgesetzt werden.

Mit dem sehr offenen Konzept des Gen-ethischen Netzwerks versuchen wir dem Umstand Rechnung zu tragen, daß sich dieser Prozess quer zu den konventionellen politischen Überzeugungen, Formationen und Lagern bewegt. Die Auseinandersetzung damit ist in den konventionellen politischen Organisationen, Parteien usw. schlecht aufgehoben. Ich glaube nicht, daß sie dort adäquat formuliert werden kann.

Es ist ein Problem der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, in der aber unterschiedliche Gruppen aufgrund unterschiedlicher Interessen unterschiedliche Positionen beziehen.

Benny Härlin: Nein, nimm Beispiele. Die Gruppe „SPD" etwa. Da gibt es arge Widersprüche in der Partei. Noch bemerkenswerter die „CDU". Da sind die Widersprüche extrem. Nimm die „GRÜNEN" als soziale Struktur, nicht als das, was sie auf Papier schreiben, dann siehst du massive Widersprüche bei ihnen. Es gibt auch ganz massive Kapitalwidersprüche zur Vorgehensweise mit dieser Technik; das gleiche Bild innerhalb der Gewerkschaften. Es gibt in allen konventionellen Gruppen massive Gegensätze. Man kann nicht von einem einheitlichen Block reden.

Kannst du das genauer umreißen?

Benny Härlin: Wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung ist beispielsweise die Frage, ob Gentechnik, insofern sie auf die konventionelle industrielle Vergewaltigung der Natur verzichtet, die den ökologischen Kreisläufen angepaßtere Technik ist. Mit Hilfe der Gentechnik nachwachsende Rohstoffe zu erzeugen, Schadstoffabbau mit gentechnischen Verfahren, gentechnisch erzeugte Impfstoffe und neue Pharmazeutika zu entwickeln, halten viele in all diesen Gruppen für die angepaßtere Konzeption. Andererseits gibt es die Kritik daran, der ich mich zurechnen würde, daß die Konzeption der Gentechnik, die bisher entwickelt wurde, nichts anderes bedeute, als die industriellen Vergewaltigungsmuster auf eine molekular-biologische Ebene zu verschieben. Nehmen wir die Pestizidfrage: Es ist ja nicht nur denkbar, daß pestizidresistente Pflanzen entwickelt werden, was mehr Chemie bedeutet, mehr Chemietoleranz. Es ist auch denkbar, daß biologische Pestizide entwickelt werden, also Pflanzen, die sich gegen Krankheiten selbst schützen, wenn man ihnen ein bestimmtes Gen reinmanipuliert. Das eigentliche Problem aber ist die Monokultur: Die genetische Verarmung, die einseitige Ausrichtung eines wachsenden Anteils der Natur nach industriellen Prinzipien von Maximierung, Optimierung und Effektivierung ist noch viel gefährlicher als die offensichtlich gefährliche chemische Seite. Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, wieweit das dieser Technologie immanent ist. In der Atomtechnik ist eindeutig erwiesen, daß es keine emanzipatorische oder fortschrittliche Form der Anwendung der Atomspaltung geben kann, weder im friedlichen, noch erst recht selbstverständlich im militärischen Bereich. Dort kann man sagen: das ist der Technik immanent, sie führt zu Verseuchung, zu Polizeistaat usf. Das scheint mir für die Gentechnik in dieser Totalität bisher nicht nachgewiesen.

„Chancen und Risiken?"

Wie steht ihr zum offiziösen Motto „Chancen und Risiken der Gentechnik"? Das wird ja nicht zu Unrecht als „Rosinenprinzip" kritisiert.

Linda Bullard: Unser Schwerpunkt liegt auf den Risiken. Aber ich glaube, es ist nicht möglich, die Chancen, die viele Leute sehen, zu ignorieren. Zum Beispiel für die AIDS-Therapie oder einen AIDS-Impfstoff. Man kann es nicht dabei belassen zu sagen, daß die Gentechnologie uns AIDS gebracht hat. Wir müssen versuchen, heute wenigstens noch, einen differenzierten Standpunkt zu entwickeln. Wir befinden uns erst im Meinungsbildungsprozess. In unserem Verein sollen sich z.B. Leute treffen können, die zwar gegen biologische Waffen kämpfen, aber sich von der Genforschung in Sachen AIDS noch etwas versprechen. Oder Leute aus der Umweltbewegung, die Hoffnung in die Entwicklung von „Bio-Pestiziden" haben, z.B. „friends of the earth" oder andere. Man muß sich ernsthaft mit diesen Hoffnungen auseinandersetzen.

Was sind Chancen? Was sind Risiken?

Benny Härlin: Worauf du ansprichst, „Chancen und Risiken der Gentechnik", so der Titel des Enquête-Kommissionsberichtes, ist eine sehr oberflächliche Konzeption von Einerseits-Andererseits. Ich glaube nicht, daß wir die mitmachen würden. Sie läuft im Wesentlichen darauf hinaus zu sagen: Wir müssen das so sicher wie möglich machen. Diese unmittelbaren Sicherheitsrisiken ersten Grades, also: irgendein gentechnisch manipulierter Organismus dreht durch und verseucht uns, meinen wir nicht allein, wenn wir von Risiken sprechen. Wir sind eher vorsichtig, mit kurzfristigen Vorstellungen von Frankenstein und wildgewordenen Mikroben oder so etwas zu arbeiten. Die Gefahren ergeben sich zum einen aus der banalen Tatsache, daß durch gentechnische Manipulationen irreversible Eingriffe in mikro- und makrobiologische Zusammenhänge vorgenommen werden, von denen wir bisher noch gar keinen Begriff haben. Zum anderen besteht die Gefahr in dem Konzept, die Natur nachhaltiger als je zuvor kurzfristigen menschlichen Interessen, relativ primitiven Zwecken, anpassen zu wollen, anstatt den Problemen, die man lösen will, auf den Grund zu gehen. Chancen würde ich demgegenüber etwa in der pränatalen Diagnostik sehen. Das ist ein extrem brutales Thema. Denn sie stellt die Betroffenen, Schwangere wie Ärzte, vor Situationen, in denen es keine richtigen Entscheidungen mehr gibt, stellt uns vor unlösbare Probleme. Auf der anderen Seite gibt es heute durch pränatale, auch gentechnische Diagnostik die Möglichkeit, eine tödliche Erbkrankheit durch schlichte Diät zu heilen. So ähnlich stelle ich mir die Chancen im übertragenen Sinne vor. Ich glaube, daß wir die Erkenntnis, wie Natur auf dieser Ebene der DNA funktioniert, sehr unterschiedlich nutzen können. Ich bin überzeugt, daß das Begreifen genetischer Zusammenhänge, der Evolution, d.h. der Entwicklung von Leben neue Chancen bietet.

Bloßes Begreifen der Naturvorgänge und industrielle Nutzung dieser Erkenntnisse nach Gesichtspunkten des Profits sind aber zwei sehr verschiedene Dinge.

Benny Härlin: Ja, allerdings auch nicht so wie teilweise die Wissenschaftler argumentieren, nämlich: Wir machen die reine Wissenschaft, wie das dann angewendet wird, das müssen die Politiker, müssen die Firmen, muß der Markt entscheiden. Auch so vereinfachen darf man die Frage „Chancen und Risiken" nicht. Die ganze Zielrichtung, die Form der Aneignung bestimmt schon die Gefahren. Wir interessieren uns stark für eine Kritik der Form der Erkenntnisgewinnung. Es geht um die Frage der Technologie, nicht nur der Technik. Ich denke, es wäre durchaus möglich, Erkenntnisse auch auf eine Art und Weise zu gewinnen, die produktiv ist, die uns hilft, vernünftiger zu werden.

Vorbild USA?

Leute, die man für eurer Vorbild halten könnte wie beispielsweise der US-Amerikaner Jeremy Rifkin, sehen das nicht so zahm. Rifkins Entropiekritik (siehe Kasten) läuft ja darauf hinaus, daß kein wissenschaftlich-industrieller Fortschritt, so wie er heute verstanden wird, mehr möglich ist. Seine These: Was immer wir uns ausdenken mögen, laufe doch nur darauf hinaus, den Grad der Gesamt-Entropie des Globus, d.h. das Chaos zu erhöhen. Wie steht ihr dazu?

Linda Bullard: Für den Verein als Ganzes ist das schwer zu sagen. Die Debatte, die wir im Vorstand führen, geht sicher ebenso tief. Unsere Aktionen und Kampagnen gehen weiter.

Benny Härlin: Ich glaube, die philosophische Konzeption Rifkins ist auch sehr amerikanisch vorgetragen, d.h. daß er gewaltige Sprünge in der Argumentation macht. Seinen Ansatz in der Kritik der Aufklärung als Kritik des Dogmas von der exakten Naturwissenschaft als einzig solider Erkenntnisform teile ich. Ich sage aber nicht, was immer wir auf diesem Gebiet denken, kann nur in die falsche Richtung führen, sondern ich würde sagen, daß der qualitative Sprung, den auch ich für notwendig halte, um Wissenschafts-und Technikentwicklung vor der Entropie, also der Katastrophenbeschleunigung zu bewahren, aus diesem Erkenntnisprozess selbst hervorgetrieben wird. Auch eine Kritik der Technologie kommt nicht umhin, auf der Höhe des technologischen Wissensstandes zu sein. Wenn du praktisch wirst in dieser Kritik, dann läuft das nicht so schön glatt und radikal über die Bühne, wie sich das in populärphilosophischen Büchlein entwickeln läßt. Dann muß man diese Kritik in den einzelnen Auseinandersetzungen realisieren.

Rifkins Linie in sehr deutscher Weise vertiefend, wird bei uns die Forderung nach Forschungsverboten erhoben. Wie steht ihr dazu?

Benny Härlin: Der deutsche Schrei nach dem Büttel, der verbietet, ist mir in doppelter Hinsicht zuwider: Auf der einen Seite glaube ich, daß in der Verbotsforderung, so wie sie politisch vorgetragen wird, viel Denkfaulheit steckt, d.h. eine Weigerung, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, es einfach verbieten zu wollen. Typische Äußerungsform dieser Sackgasse: GRÜNE Politiker, die sich weigern, über scharfe Regulierungsmaßnahmen nachzudenken mit dem Argument, wenn wir uns daran beteiligen, legitimieren wir bereits eine Anwendung, die wir grundsätzlich ablehnen.

Zweitens glaube ich, daß die Durchsetzung von Forschungsverboten in bestimmten Bereichen nur durchsetzbar ist, wenn es gelingt, die Leute, die solche Forschung betreiben, in einen entsprechenden Konsens einzubeziehen. Man hat es schließlich mit Multis zu tun. Eine Verbotsforderung beinhaltet ja auch die Frage, wo und wie wir hier die Machtfrage stellen können.

Machtfrage stellen?

Ja, die Frage der Durchsetzung stellt sich! Aber noch prinzipieller steht doch wohl die Frage, ob es überhaupt richtig ist, an Forschungsverbote zu denken?

Benny Härlin: Im Sinne der Tabuisierung bestimmter Forschungsentwicklungen, ja! Z.B. gibt es im Bereich der Manipulation des menschlichen Genoms Tabus. Gerade die, die die Gentechnik möglichst schnell vorantreiben wollen, erklären z. B. ständig, Hybridwesen dürften nicht hervorgebracht werden. Das ist eine sehr platte Form der Tabuisierung, aber es gibt sie. Man muß aufgeklärtere Tabus entwickeln. Aber ich glaube nicht, daß Verbot und Tabu das Gleiche ist. Das Tabu setzt voraus, daß es tatsächlich gesellschaftlich akzeptiert wird und nicht nur ein Gesetz kommt, das dann in den bescheuerten Formen durchgesetzt und umgegangen wird, die wir kennen.

Verbot oder Tabu — beides setzt Begrenzbarkeit in der Sache selbst voraus. Haltet ihr es für machbar, in diesem Prozess zu unterscheiden, was für wen schädlich ist, was nicht, was also erlaubt ist, was nicht?

Linda Bullard: Ich geb dir Beispiele: In der Freisetzungskampagne haben wir nicht gesagt, daß alle Forschungen gestoppt werden müssen, sehr wohl aber, daß es keine Freisetzungen geben darf. Oder nimm die Trennung von Forschung und Industrie: Die Leute reden über Freiheit der Wissenschaft. Aber auf diesem Gebiet gibt es keine Freiheit der Wissenschaft. Die Industrie bezahlt universitäre Forschungseinrichtungen. Der Trend in der staatlichen Förderung geht ebenfalls dahin, daß Projekte solange finanziert werden, wie Industrie und Universitäten zusammenarbeiten. Nirgends ist diese Abhängigkeit so offensichtlich wie in der Gentechnik. Dagegen gehen wir an.

Ihr habt von Aneignung gesprochen. Was meint ihr damit?

Benny Härlin: Wenn man sich die Geschichte der Gentechnik anschaut, wird man feststellen, daß die ersten größeren Forschungsmittel, die auch zu ersten Durchbrüchen in der Erkenntnis geführt haben, unmittelbare Folge des Abwurfs der Bombe über Hiroshima und Nagasaki waren. Man hatte festgestellt: Wir haben hier auf das Erbgut der Menschen offensichtlich in einer Art und Weise eingewirkt, die wir nicht begreifen. Daraus ist, wenn man es mal so verkürzt sagen will, die Nachkriegs-Gentechnik, ist die Analyse der DNA (I) entstanden. Wir beginnen heute zu begreifen, was man da angerichtet hat. Heute will man nun manipulierte Organismen freisetzen und kommt dabei auf die simple Erkenntnis, daß über 70% der Bodenbakterien, die es gibt, heute überhaupt nicht erforscht sind. Aneignung bedeutet also: Erst wenn wir begreifen, was wir tun, ist es vertretbar, sich über pro und contra —etwa von Freisetzung manipulierter DNA — auseinanderzusetzen.

Heißt Aneignen für euch nur verstehen?

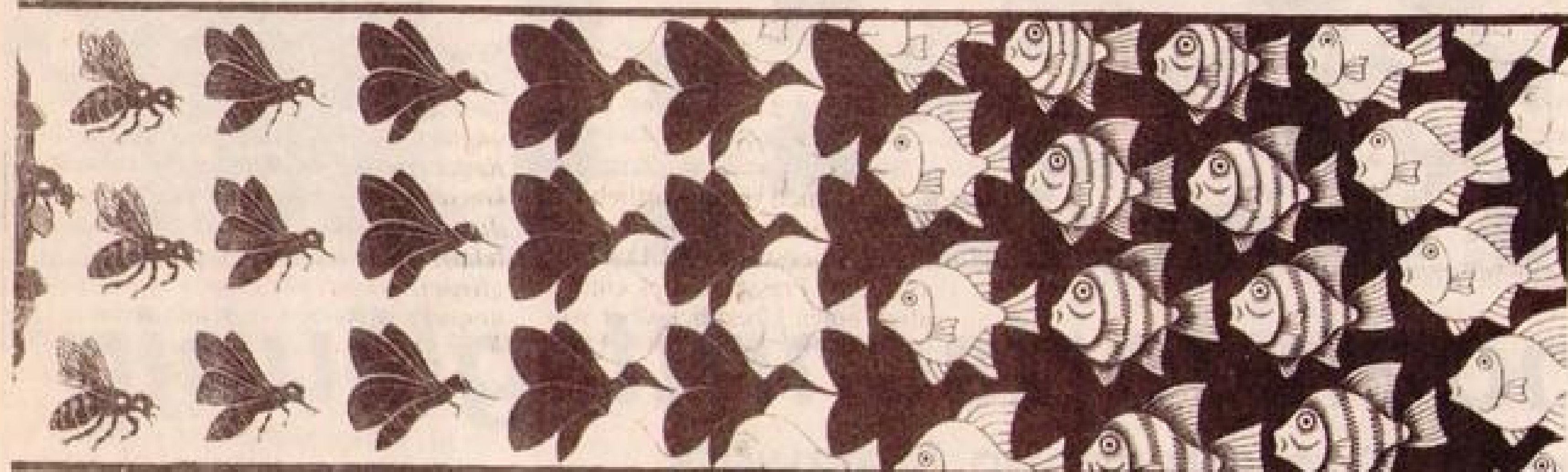
Benny Härlin: Nein, die unmittelbar nächste Frage ist: Wer hat das Recht, neue Organismen in die Welt zu setzen? Wer bestimmt das und in wessen Interesse? Die absehbare Antwort heute lautet: Der Markt entscheidet. Dazu gibt es eine mehr oder weniger zahnlose staatliche Regulierung, die sich auf die unmittelbarsten Sicherheitsaspekte reduziert. Aneignung heißt also nicht nur, Begreifen des gesamtem Zusammenhangs, sondern auch, die Eigentumsfrage im praktischen materiellen Sinne zu stellen. Darf es, sagen wir mal, geistiges Eigentum an bestimmten Lebensformen geben? Wem ge-

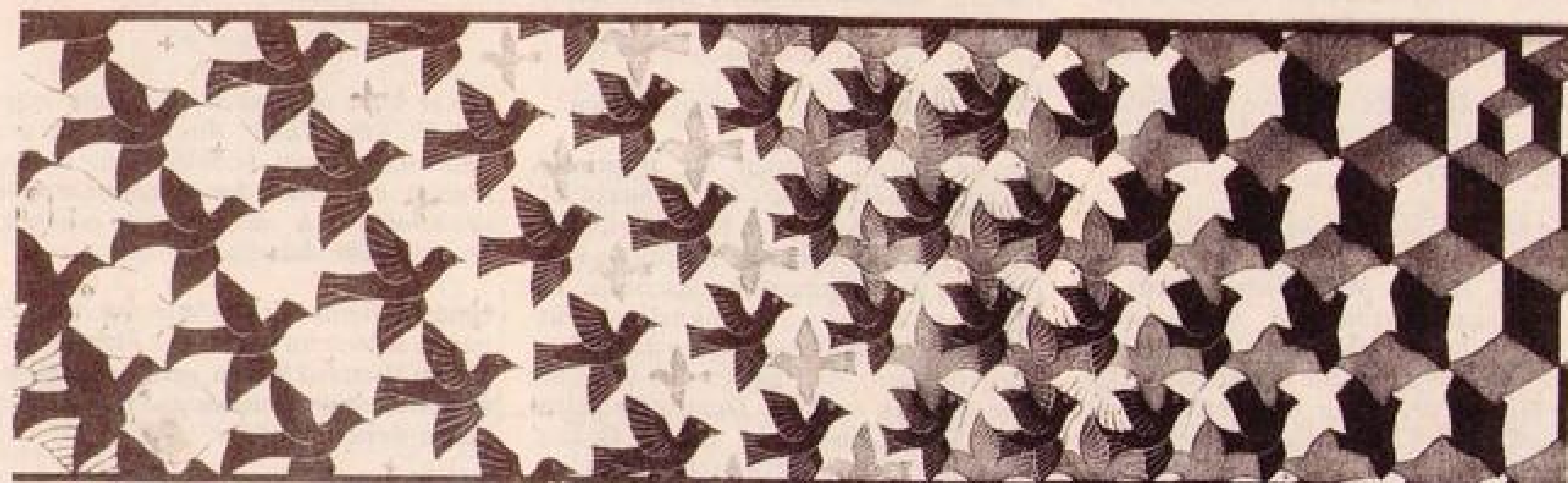
Fortsetzung nächste Seite

Gentechnologie

Fortsetzung von vorheriger Seite

hört die Natur? Wenn du dir anschaust, wie rapide die genetische Vielfalt durch bestimmte Agrarmethoden, aber auch durch andere umweltschädliche Techniken, zerstört wird, wenn du gleichzeitig mitkriegst, daß es bestimmte Konzerne gibt, die systematisch diese genetische Vielfalt sammeln und auf Genbanken bringen — wobei der Doppelsinn dieses Wortes vollkommen adäquat ist —, sich also in den Privatbesitz von Leben setzen, und gleichzeitig verlangen, daß bestimmte manipulierte Tiere patentierbar sind, dann wird klar, was Aneignung bedeutet. Aneignung der Natur bedeutet auf der Ebene der Gentechnik ein schamloses Raubrittertum bestimmter multinationaler Konzerne.







Aneignung der Natur bedeutet auch, daß in der Landwirtschaft der Anteil an Grund und Boden und bäuerlichen Arbeit als Hauptfaktoren der landwirtschaftlichen Produktion zurückgedrängt werden zugunsten des industriellen Anteils. In den EG-Programmen läßt sich eine klare Entwicklung nachweisen, die darauf hinausläuft, daß sich die bäuerlichen Grundeigentümer, große oder kleine, praktisch zu Vertrags-Subunternehmern der kombinierten Agro- und Ernährungsindustrie entwickeln. Wenn man in Sachen Gentechnologie Aneignung sagt, bedeutet das auch hier, die Eigentumsfrage stellen.

Was heißt das für euch? Ist das im Rahmen der herrschenden Verhältnisse möglich?

Benny Härlin: Dazu gibt es im Netzwerk verschiedene Vorstellungen. Klar ist wohl für alle, daß dieser Grundwiderspruch auf eine neue Ebene gehoben wird. Er wird, überspitzt ausgedrückt, in den genetischen Code übersetzt. Es geht nicht nur um die Aneignung bestimmter Organismen, sondern es geht beispielsweise in der Frage der Eugenik, die im Gesundheitsbereich unmittelbar mit der Anwendung gentechnischer Methoden verknüpft ist, auch um die Frage, was ist lebenswertes Leben. Knallhart. Darüber sind wir uns alle im Klaren. Wir haben aber keine einheitliche Position als gen-ethisches Netzwerk dazu, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen dieser Widerspruch aufzuheben wäre.

sind wir uns alle im Klaren. Wir haben

Staat: „Umsetzungspool widerstreitender Interessen?"

Welche Erwartungen habt ihr gegenüber dem Staat? Was haltet ihr von den Aktivitäten der Enquête-Kommission des Bundestages?

Benny Härlin: Das ist zweierlei. Die Kommission ist nicht der Staat. Es ist natürlich eine Funktion des Staates, solche Kommissionen zu ermöglichen, dadurch auch eine bestimmte demokratische Kontrolle zu imaginieren. Wenn man sich aber genau ansieht, wie die Bundesministerien damit umgehen, was die Enquête-Kommission an Vorschlägen, Forderungen, Einschränkungen vorgelegt hat, dann sieht man, daß deren Problem ist: Wie kommen wir vom Maximalismus der Kommission wieder runter? Die Ministerien sind z.B. kreuzunglücklich mit dem nun mal existierenden Allparteienkonsens für ein fünfjähriges Moratorium in Sachen Freisetzung. Wir haben in der Mehrheit zum Staat nicht die Haltung: Hier Staat, dort wir, sondern eher ein pragmatisches Verhältnis. Beispielsweise sind sehr viele Aktivitäten des Netzwerks darauf gerichtet, möglichst strikte staatliche Kontrolle zu erreichen, staatlich gewährleistete Unabhängigkeit von der Industrie, vom Kapital, zu garantieren. Es gibt im Moment keine andere Instanz, auf die man sich dabei beziehen kann. Selbstverständlich fordern wir staatliche Maßnahmen. Wir sind weit davon entfernt zu sagen, der Staat ist ohnehin nichts anderes als der Agent des Kapitals.

Welche Interessen vertritt der Staat denn dann in dieser Sache?

Benny Härlin: Sehr ambivalente. Ein Interesse ist todsicher, den Bürgerkrieg in dieser Frage zu verhindern. Akzeptanzförderung mit allen Mitteln heißt das, anders ausgedrückt. Das steht in allen staatlichen Äußerungen ganz weit oben. Akzeptanzförderung setzt voraus, daß Akzeptanz schaffbar ist. Deshalb denke ich, je mehr Leute sagen: Das akzeptieren wir nicht, desto beeinflußbarer ist der Staat in seiner Interessenlage, nicht nur in seiner taktischen Reaktionsform.

Auf der anderen Seite ist klar, daß du in jedem Aufsatz irgendwelcher staatlicher Repräsentanten einen Absatz der Art liest: Wir müssen unsere Stellung auf dem Weltmarkt behaupten! Ein vordringliches, klar definiertes Ziel. Da hängt viel davon ab, wie international so eine kritische Bewegung ist.

Im Vorgehen gegen die Frauen, allen voran Ingrid Strobl und Ursula Penselin, hat der Staat doch kürzlich sehr eindeutige Zeichen gesetzt, welche Politik er verfolgt.

Benny Härlin: Der Staat ist nicht das BKA. Ich würde sagen, die Aktion gegen Strobl und Penselin war — vom Staatsinteresse her — ein ausgesprochener Ausrutscher. Es ist nicht das staatliche Interesse, hier solche Konfrontationen aufzubauen. Ich weiß auch nicht, ob es unser Interesse ist, die Verhaftung von Penselin und Strobl als erste staatliche Reaktion auf eine Kritik an der Gentechnik aus dem Volke zu begreifen. Was ihnen vorgeworfen wird, hat mit Gentechnik wenig zu tun. Die Anschläge, die ihnen zur Last gelegt werden, sind keine anti-gentechnisch motivierten. Was die Konzeption, sagen wir lieber die Paranoia des BKA betrifft, die sich da ausdrückt, erscheint mir die Aktion in erster Linie als ein Angriff auf die autonome, radikale Frauenbewegung, für die in der Tat Gen- und Reproduktionstechnologie ein wichtiges Thema ist und erst insofern einer gegen die Bewegung contra Gentechnik, sofern da überhaupt schon von Bewegung gesprochen werden kann.

gelegt werden, sind keine anti-gentech-

Ich denke, daß die Interessen des Staates in Sachen Gentechnik sehr eindeutig sind: Akzeptanzförderung zum einen, aber auch Niederhaltung von möglichem Widerstand, gerade wo er sich erst im Keim regt, zum andern. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß da zwischen kritischen Geistern und der staatlichen Exekutive langfristige Kooperationsmöglichkeiten bestehen.

Benny Härlin: Das sehe ich nicht so. Die Tatsache, daß — in Amerika vollkommen und West-Deutschland doch absehbar — die Atomtechnik an ihre Grenzen gestoßen ist, ist sicher ein Erfolg der Bewegung, der sich umgesetzt hat in nicht nur staatliches, sondern auch Kapitalinteresse: Die Technik ist nicht versicherbar! Genauso steht die Frage auch jetzt: Wie hoch muß man die Gentechnik versichern? Für mich ist im Moment der Staat nicht der vordringliche Gegner. Der Staat ist für mich der hartumstrittene Umsetzungspool der widerstreitenden Interessen. Für mich ist der Hauptangriffspunkt im Moment die Industrie. Es geht simpel um die Frage: Mit welcher Rendite können die Multis in diesem Bereich rechnen, wenn sie entsprechend starken Druck machen?

Mit welchen Sanktionen seitens des Marktes müssen sie rechnen, wenn sie aktiv werden, wenn sie aggressiv versuchen, diese Technik voranzutreiben, an den Mann und die Frau zu bringen, sich der dafür möglichen staatlichen Regulationsmechanismen zu bedienen? Da ist für mich das letzte Wort durchaus noch nicht gesprochen. Wenn es uns beispielsweise gelingt, ein Verbot der Anwendung dieses gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormons durchzusetzen, also die Investition einer halben Milliarde Dollar in die Entwicklung dieses Produktes als Fehlinvestition deutlich werden zu lassen, dann wäre das ein wesentlicher Schritt gegen Akzeptanz: Mangelnde Akzeptanz der möglichen Anwender und Verbraucher setzt sich um in mangelnde Akzeptanz der Investoren. Die können ja bekanntlich extrem „technikfeindlich" werden, wenn die Rendite nicht stimmt. Wenn es uns gelingt, daß sich Kapital aus diesem Bereich zurückzieht, dann ist das ein wichtiger taktischer Erfolg, der Grundlagen schafft für eine rationalere Ebene der Auseinandersetzung.

Linda Bullard: Wir haben in Sachen Freisetzung Forderungen an den Staat gestellt. Ich glaube, daß es nicht undenkbar ist, daß wir so etwas durchsetzen könnten. Es wird bestimmt schwierig, aber es hängt auch davon ab, welchen Druck wir entwickeln können.

Bündnisse möglich

Welche Kräfte sind da ins Feld zu führen?

Benny Härlin: Die eher umfassende Kritik der Technologieentwicklung, wie wir sie zu entwickeln versuchen, fängt für unterschiedliche Leute und Interessengruppen an sehr unterschiedlichen Punkten an. In der Kampgange gegen Rinderwachstumshormone z.B., die wir jetzt initiiert haben, gibt es Bauern, gibt es kirchliche Gruppen — die sind übrigens fast überall vertreten. Es gibt Umweltschutz-, gibt Verbraucherorganisationen. Auch viele Mediziner, in diesem Fall Tierärzte, engagieren sich, also der kritische Teil der jeweils involvierten technischen Intelligenz. In der Frage der Patentierung gibt es ein breiteres Bündnis. Das Problem berührt auch die Interessen aller konventionellen Saatgutproduzenten und -entwickler, in einem sehr viel breiteren Maße auch das der Bauern. Wichtige Partner sind grundsätzlich die Frauenbewegung, die kirchlichen Aktivisten, die Ökologie-und Umweltschutzbewegung im allerweitesten Sinne, sind die Bauern, Verbraucher-Organisationen, Dritte-Welt-Gruppen, die alternative Gesundheitsbewegung. Ein wesentlicher Partner ist die real existierende organisierte Arbeiterbewegung, die sich des Problems bisher allerdings am wenigsten bewußt ist, muß man sagen. Das wird sich aber wohl in den nächsten Jahren relativ zügig ändern, dann nämlich, wenn es beispielsweise zu ersten Arbeitnehmer-screenings (2) auf dem Arbeitsmarkt kommt, und die ersten Anwendungen, von Gentechnik erweisen werden, daß sie durchaus keine Arbeitsplätze schafft, sondern vernichtet. Ersteres wird hoffentlich auch all jene Erfassungs-Feinde auf den Plan rufen, die gegen die Volkszählung und andere Formen der Bürger-Verdatung aktiv sind. Schließlich gibt es eine wachsende Zahl kritischer WissenschaftlerInnen und eben durchaus auch widerstrebende Kapital-und Grundbesitzer-Interessen.

Habt ihr direkte Kooperation auf gewerkschaftlicher Ebene?

Benny Härlin: Es gibt Betriebsräte, die bei uns Mitglied sind. Wir haben Kontakte zu einzelnen Gewerkschaftern und sind gerade dabei, eine Arbeitsgruppe von Gewerkschaftern aufzubauen. Wir haben noch keine offiziellen Kontakte. Das ist aber etwas, das wir suchen und aufbauen möchten. Wir hoffen, daß die Neuregulierung der Unfallverhütungsvorschriften, die im Bereich der IG-Chemie sehr lautlos über die Bühne gegangen ist, im Gesundheitsbereich jetzt etwas anders läuft und daß es da zu mehr Zusammenarbeit mit ÖTV-Kollegen kommt.

Eugenik: „Das hatten wir schon mal"

Wie steht ihr zur den Forschungsansätzen aus dem Umkreis des Reemtsma-Instituts in Hamburg, die sich ja wesentlich auf die eugenischen Gefahren der Gentechnik konzentrieren? (3)

Benny Härlin: Regine Kollek, z.B., die jetzt dort anfängt, ist eins unserer Gründungsmitglieder. Wir haben nie mit ihnen diskutiert, was ist euer Forschungskonzept und das ist unsere Position dazu. Aber die Leute, die gefördert werden, Ludger Weß, auch Götz Aly z.B. mit seiner Forschung über Euthanasie, das sind Leute, mit denen wir enge Verbindungen haben.

Linda Bullard: Philosophisch teilen wir diesen Ansatz. Diese historische Erfahrung mit Eugenik und Euthanasie in Deutschland ist vielleicht auch ein Grund, daß dieses Problem in der BRD so schnell begriffen wird wie nirgendwo anders. Auch in den USA nicht. Es hat was damit zu tun, daß die Deutschen sagen können: Das hatten wir schon mal. Das kommt uns bekannt vor. Die Entscheidung, was lebenswert ist, gilt ja nicht nur auf menschlicher Ebene, sondern es gibt auch Eugenik auf der Ebene der Pflanzen, der Tiere, überhaupt aller Lebewesen.

Habe ich richtig verstanden, daß der Prozess der Auseinandersetzung wesentlich und unvergleichlich weiter ist als sonstwo in Europa oder im westlichen Ausland?

Linda Bullard: Ja! Nach allem was ich bisher gesehen habe, geht die ganze Diskussion hier tiefer. Als ich im April 80 zum erstenmal hierher zu einem Frauenkongress über Gen- und Reproduktionstechnologie kam, war ich absolut erstaunt: 2000 Frauen waren gekommen. Und sie hatten sehr tiefe Kritik. Heute gibt es ungefähr dreihundert kleine Gruppen, die sich mit Gentechnologie beschäftigen.

Im Vergleich zu den USA ist das eine Bewegung. Dort gibt es praktisch immer noch nur Jeremy Rifkin und das „Komitee für verantwortungsvolle Gentechnik" (Comittee for responsible genetics). Weder das eine noch das andere ist eine Bewegung. Hin und wieder — gerade jetzt als das biologische Waffenlabor in Utah in der Diskussion war — protestieren Leute, die vor Ort wohnen. Aber es muß sie erst ganz persönlich und direkt betreffen, bevor sie bereit sind zum Protest. Und der geht auch nicht auf die Ebene, die wir gerade diskutiert haben, sondern es soll eben nur dies Labor in Utah nicht gebaut werden.

Das verwundert ein wenig: Die von euch organisierte Vortrags-Rundreise Rifkins durch die BRD im letzten Jahr wie auch seine Bücher lassen den Eindruck einer breiten Bewegung entstehen. Ebenso jüngste Äußerungen von Fritjof Capra (4), nach denen sich die new-age-Bewegung in den USA politisiert habe. Das klingt nach Vorbild, zu dem mensch hierzulande aufschauen müßte.

Linda Bullard: Es ist genau umgekehrt. Es war immer mein Ziel, die Debatte, die hier läuft, dort hinzubringen. Zweifellos wurde dort, auch durch Rifkin selbst, viel erreicht mit seinen Klagen. Aber es ist ein falsches Bild.

Benny Härlin: Es gibt zwei Ebenen. Erstens haben politische Bewegungen in den USA überhaupt eine andere Form als in der BRD. Es gab ja Zeiten, wo wir zur Umweltbewegung in den USA aufschauen konnten, insbesondere was deren Erfolge Anfang der 70er Jahre anbetraf. Aber auch diese Bewegung war nie so stark, nie so breit wie das, was sich hier als Ökologie-Bewegung entwickelt hat. Da scheint die BRD in der Tat im Moment weltweit führend zu sein.

Man kann sicher sagen, daß die kritische Auseinandersetzung mit der Gentechnologie in der BRD vergleichsweise auch innerhalb der EG z.B., wo ich mich relativ gut auskenne, sehr viel weiter entwickelt ist als in fast allen anderen Mitgliedsstaaten, Dänemark ausgenommen. Das hat nicht nur mit der Stärke der Bewegungen, sondern auch mit der staatlichen Akzeptanz ihr gegenüber zu tun. Beispielsweise gilt die BRD z. Zt. innerhalb der EG, und zwar die Bundesregierung, als der problematischste Partner bei der Formulierung der Richtlinien für Freisetzung oder auch für Laborsicherheit, weil die eben „grün verseucht" seien. Es gibt überhaupt in Frankreich, England oder auch Italien nicht diesen, ich nenne das mal, Einbruch der Ökologie ins linke wie rechte, ins konservative wie technokratische Bewußtsein, in viel geringerem Maße jedenfalls als hier in der BRD.

Lücke: Realsozialismus

Wie seht ihr die Entwicklung in der UdSSR oder DDR?

Linda Bullard: Wir sind sehr daran interessiert. Es gibt in der DDR eine Debatte, die in der Zeitschrift „Sinn und Form" veröffentlicht wurde — über einen Zeitraum von anderthalb Jahren und über 120 Seiten. Viele Literaten haben Kritik an der Gentechnologie geäußert. Im DDR-Fernsehen dagegen, soweit wir wissen, wird sie sehr befürwortet. Für Westberlin ist das eine interessante Frage. Die Mauer ist kein großer Schutz gegen das, was dort betrieben wird. Wir haben konkrete Pläne, mehr Kontakt mit DDR-Leuten aufzunehmen. Das wird nicht einfach sein, aber innerhalb des Vertrags zum wissenschaftlichen Austausch, der vor ein paar Monaten abgeschlossen wurde, betreffen zehn Projekte Gentechnologie und eins davon dreht sich um Ethik der Gentechnologie. Da werden sich sicher Möglichkeiten ergeben, genauer zu erfahren, was da läuft.

Benny Härlin: Von der UdSSR wissen wir nicht sehr viel. Es ist sehr schwierig, mit sowjetischen Wissenschaftlern und Umweltschützern in dieser Frage in Kontakt zu kommen. Ich weiß, daß sich vor zwei Wochen entsprechende Fachkommissionen des Comecon zusammengesetzt haben, um Richtlinien für den Umgang mit rekombinanter DNA neu zu formulieren. Der wichtigste und einfachste Ansatzpunkt ist sicher die Frage der Biowaffen, wo es sehr viel gemeinsames Interesse an der Verhinderung gibt, denke ich. Da haben wir auch gewisse Kontakte bekommen. Ich versuche im übrigen Kontakte nach China zu bekommen, wo man, nach allem, was wir wissen, in Sachen Freisetzung wesentlich weiter ist, weniger vorsichtig, sehr kurzfristig denkt, sehr viel geringere Sicherheitsauflagen bestehen. Ich weiß, daß dort bereits gentechnisch manipulierte Bakterien und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Viren freigesetzt worden sind und teilweise auch schon massenhaft eingesetzt werden. Es gab dort z.B. im letzten Jahr riesige Waldbrände und in deren Folge ganz massive Schädlingsprobleme, die jetzt z. T. gentechnisch bekämpft werden.

Linda Bullard: Das Ganze wirft natürlich die Frage nach dem Kapital auf: Wie wird es laufen, wo das Kapital nicht so sehr die Motivation ist. Ich glaube, diese Technologie ist in einem sozialistischen Land genauso gefährlich.

Benny Härlin: Interessant wird die Auseinandersetzung in Bezug auf die humanmedizinische Anwendung sein, weil es im realen Sozialismus eine andere Staatsphilosophie über den Wert und das gesellschaftliche Zugriffsrecht auf das individuelle Leben gibt. Es ist ja z. B. bekannt, daß Ungarn als ein Mekka der Humangenetiker gilt, weil es dort die entwickeltste Erfassung der Bevölkerung auf Erbkrankheiten gibt.

Einfallstor: AIDS

Ihr habt AIDS erwähnt. Ist mein Eindruck richtig, daß AIDS als Wegbereiter für die Gentechnik benutzt wird?

Benny Härlin: Ja, entschieden! AIDS und auch Krebs! Bei Krebs ist das nicht so offensichtlich, weil es dort eine viel breitere Forschung gibt, während AIDS-Forschung zu über 80% mit Gentechnik arbeitet. Beide sind die großen Einfalltore für gentechnische Forschung, Förderung und auch Akzeptanz. Das ist insofern ziemlich interessant, als man heute zwar nicht sagen kann, AIDS sei ein Unfall der Gentechnik, aber zumindest, daß man heute solche Erreger im Labor entwickeln könnte. Wenn man sich anschaut, welche Experimente im Bereich AIDS gemacht werden, dann kann einem Angst und bange werden: Nimm die Mäuse, denen HIV künstlich ins Chromosom integriert wird, nimm — was vielleicht noch gefährlicher ist — diese berüchtigten Krebszellen. Das ist eine menschliche ten Krebszellen. Das ist eine menschliche Gewebekultur, die praktisch in allen Laboren der Welt benutzt wird, weil sie im Gegensatz zu allen anderen nicht abstirbt. Für diese hat man gentechnisch einen Rezeptor für HIV entwickelt. D.h., ungeheuer aggressive Krebszellen, die schon des öfteren andere Kulturen verseucht haben, hat man künstlich anfällig für HIV gemacht. Nimm die ungenehmigten Menschenexperimente in Zaire durch AIDS-Forscher usw. ... (5)

Nimm auch die Herabsetzung der Sicherheitszeiten bei Ciba Geigy (6) für die Freigabe von Medikamenten von bisher 5 — 6 auf zukünftig 2 — 3 Jahre über das Vehikel AIDS...

Benny: Genau! AIDS ist sozusagen das heroische Schlachtfeld der Gentechnologie. Bisher haben die Gentechniker in diesem Bereich außer einigen, durchaus wichtigen Erklärungen nichts zustandegebracht. Auch die hätte man u.U. mit konventionellen epidemiologischen Methoden gewinnen können. Schließlich ist AIDS noch ein typisches Beispiel, an dem man gut studieren kann, wie Gentechnik sich insgesamt im Gesundheitsbereich durchsetzen kann. Du hast Leute, die sterben an einer Krankheit und auf der anderen Seite Leute, die versprechen, sie könnten der Krankeit Herr werden mittels einer bestimmten Methode. Der moralische Druck, der entsteht, weil Menschen sterben, ist ungeheuer hoch. Da ist es sehr schwierig und klingt schnell zynisch, auf breitere Zusammenhänge hinzuweisen und die Opfer zu relativieren. Unbewußt sind wir gewohnt, ständig Millionen von Toten in Kauf zu nehmen, ihren Tod mindestens zu relativieren. Wir wissen, daß Leute an Hunger, an Malaria, an was weiß ich allem sterben, aber wir sind in der Lage, das zu verdrängen. Wenn man aber, was ja im Sinne der Gesundheitsvorsorge teilweise auch sinnvoll ist, bewußt das Elend AIDS im Gegensatz zu vielem anderen nicht verdrängt, und das so künstlich hochdestillierte Elendsbewußtsein dann anderen, nur hypothetisch wahrgenommenen Gefahren gegenübersetzt, so ist das natürlich immer eine sehr schlechte Position für die Vernunft. AIDS ist für mich deshalb auch so etwas wie die nützliche Hysterie der Gentechnik.

„Jeder Monat ist wichtig"

Was sind eure nächsten Ziele?

Benny Härlin: Als erstes die Kampagne gegen die Freisetzung, bei der es uns darum geht, daß es in dieser Sache mindestens zu einem weiteren Moratorium (7) kommt, vor allem auch, daß die ökologische Betrachtungsweise des Problems sich durchsetzt. Erst dann kann man diskutieren, mit welchen möglichen Folgen es unter bestimmten Voraussetzungen gerechtfertigt sein kann, mit gentechnischen Methoden einzugreifen.

Die zweite Sache, die wir noch in diesem Jahr relativ breit anzugehen versuchen, sind die Patente, die Frage also, soll Leben patentierbar sein. Da drängt die Industrie im Moment massiv drauf, auch Organisationen von Wissenschaftlern sind daran sehr interessiert. Das wird eine entscheidende Ausweitung der Auseinandersetzung sein, weil hier der Nord-Süd-Konflikt eine Rolle spielt. Es geht um Eigentumsrechte der Industrie-Nationen an den „Rohstoffen von morgen". Es geht um eine ganz massive globale Verschiebung von Verfügungsrechten, um eine Etablierung noch viel verheerenderer Verfügungsrechte der industrialisierten Welt gegenüber den Entwicklungsländern als bisher. Es geht auch um die Zukunft der Landwirtschaft.

Ich denke, daß wir in diesem Jahr auch noch sehr viel mehr Arbeit in die Frage von Gen-screening und Genomanalyse am Menschen stecken werden, weniger im Moment vermutlich noch in die Frage von Gentherapie und -manipulation menschlichen Erbguts, weil es dort vergleichsweise mehr Bewußtsein für die Gefahren gibt. Aber die zwangsläufigen eugenischen Implikationen des Gen-screening sind viel zu wenig erkannt. Das Problem ist: Wir müssen, so oder so, eugenische Entscheidungen treffen, wenn bestimmte Informationen z.B. durch pränatale Diagnostik erst einmal gewonnen bestimmte Informationen z.B. durch pränatale Diagnostik erst einmal gewonnen wurden. Jede mögliche Form des Umgangs mit diesen Informationen ist letztlich eugenisch. Da gehört dann auch die Versicherungsfrage, Datenschutz und Bürgerrechte mit dazu.

Wir werden darüberhinaus, ich weiß nicht, ob noch in diesem Jahr oder im nächsten, daraufhinarbeiten, so etwas wie eine Charta von Grundrechten in Bezug auf die Anwendung der Gentechnik am Menschen zu entwickeln. Wir werden auch in diesen Bereichen sicherlich eher diejenigen sein, die versuchen ein sehr breites Spektrum von Leuten anzusprechen.

Linda Bullard: Wir werden versuchen, stärker international zu arbeiten. Das ganze Problem ist ja ein globales Phänomen. Unsere ersten Ansatzpunkte sind z. Zt. die EG und die USA. Z.B. in Sachen Rinderwachstumshormon haben wir auf der Konferenz in Brüssel, die wir zusammen mit der grünalternativen Gruppe im Europa-Parlament letzten Winter organisierten, ziemlich viele Kontakte machen können. Wir haben auch Leute aus den USA eingeladen. Diesen Sommer werden deutsche Bauern in die USA fahren, um mit Amerikanern über Rinderwachstumshormon zu diskutieren. Auch in Sachen Freisetzung werden wir mehr Kontakt haben.

Benny Härlin: Es gibt ein gen-ethisches Netzwerk Österreich, das sich regelrecht als Zweigstelle etabliert hat. Etwas ähnliches gibt es in Dänemark. Wir machen jetzt ein Treffen mit Leuten aus Frankreich, Italien und Großbritannien, die auch Filialen aufbauen wollen.

Linda Bullard: Aber wir wollen unsere Diskussion nicht nur exportieren. Gerade in Gewerkschaftsfragen auch umgekehrt. Z. B. gibt es in den USA die „oil, chemical and atomic workers union", die das Thema sehr intensiv bearbeitet hat. Da wäre es vielleicht nützlich, Leute von dieser Gewerkschaft hierher einzuladen. Wir suchen auch Kontakte zum europäischen Gewerkschaftsbund, wo es z. T. aufgeklärter zugeht als hierzulande.

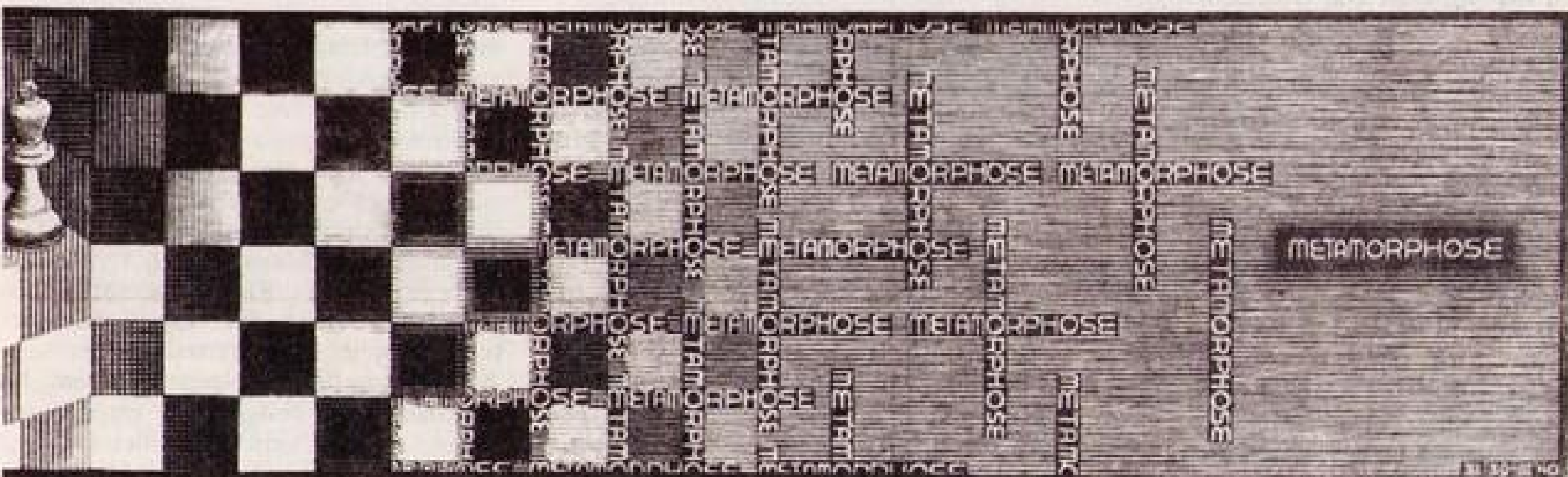
Überhaupt möchte ich hier wenigstens anmerken, was wir gar nicht diskutiert haben: Eine Kritik an der Enquête-Kommission liegt ja in der Frage der Alternativen: Die entsprechende Kommission zur Atomenergie hat seinerzeit noch vier verschiedene Energie-Szenarios untersucht. In der Gen-Kommission haben sie das zu Anfang diskutiert, dann aber abgelehnt, über Alternativen zu diskutieren. Ich denke, daß die ganze Debatte, gerade auch bei uns, die Entwicklung von Alternativen mit einschließen muß. Das ist auch eins unserer Ziele. Aber es ist ein Problem, in der politischen Praxis die Kritiker sein zu müssen und gleichzeitig Alternativen vorstellen zu sollen.

Welche Widerstände habt ihr bisher erfahren. Welche erwartet ihr noch?

Benny Härlin: Eine wesentliche Sache ist die Angst von Wissenschaftlern und Leuten im öffentlichen Dienst, unmittelbar als Mitglieder des gen-ethischen Netzwerks aufzutreten oder unmittelbar mit uns in Kontakt zu kommen. Die Leute sagen, wenn wir öffentlich als Mitglieder des Netzwerks auftreten, dann sind wir in unserem wissenschaftlichen Kreis unten durch. Es ist eigentlich umgekehrt zu dem, was öffentlich behauptet wird: Öffentlich behauptet wird, es gebe radikale Gentechnik-Kritiker, die nur schwarz-weiß sehen. In Wirklichkeit herrscht in der wissenschaftlichen Gemeinde, weit auch in linke, sonst aufgeklärte Kreise hinein, die ja stark auch in diesem Bereich arbeiten und forschen, die Mentalität: Wer auch nur kritisiert, und seien es Einzelaspekte, der ist gegen die Gentechnik und damit gegen uns. Es gibt da ein ungeheures Lagerdenken. Das wird dadurch verstärkt, daß kaum in einem andern wissenschaftlichen Bereich die Abhängigkeit von der Industrie so stark ist wie in der Gentechnik.

Gibt es einen absehbaren Trend?

Benny Härlin: Es treten immer mehr Menschen dem Netzwerk bei. Ich glaube auch, mit dieser extremen Dooftour nach dem Motto: Akzeptanz schaffen, fertig, alles andere einfach als fortschrittsfeindlich und unwissenschaftlich disqualifizie- alles andere einfach als fortschrittsfeindlich und unwissenschaftlich disqualifizie- ren, kommen sie nicht durch. Das haben wohl viele begriffen, auch in öffentlichen Institutionen und in der Industrie. Letztlich ist das alles auch eine Zeitfrage. Wir haben ständig das Gefühl, die Zeit läuft uns davon. Im Vergleich zur Anti-AKW-Bewegung befinden wir uns heute sozusagen in den 50er Jahren der Gentechnik. Wir haben heute noch ganz andere Chancen, einzugreifen, als es die Anti-AKW-Bewegung in den 70Jahren hatte. Die Frage ist eben, ob Leute im Moment schon aktiv werden, wo das Elend noch nicht direkt vor der Haustür liegt und man sich mal wieder mit grauer Theorie, ja, eher blöden technischen Detailproblemen herumschlagen muß. Ich kenne eine ganze Menge Freunde und Genossen, die sagen, man soll sie mit dem ganzen komplizierten Zeug zufrieden lassen. Wenn man wartet, bis es was gibt, wo man einfacher beitreten und billiger aktiv werden kann als es im Moment zu haben ist, dann haben wir schon unheimlich viel verspielt. Ich glaube, im Moment ist jeder Monat wichtig.



Anmerkungen

(1) DNA (deutsch DNS): Desoxyribonucleinsäure, das chemische Grundmolekül der Erbinformationen, der verknäuelte Faden der Chromosomen. Die DNS ist bei allen Lebewesen ähnlich aufgebaut. Sie wurde 1953 erstmals entschlüsselt;

(2) Massenuntersuchungen auf Grundlage der Genomanaylse anlagemäßig gegebener gesundheitlicher, auch psychischer Anfälligkeiten, bzw. auch besonderer Robustheiten, um Eignungskriterien für eine präventive Arbeitsplatzbesetzung zu erfassen;

(3) Hier besonders „Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts", in der von verschiedenen Autoren eine Reihe von Untersuchungen zur Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Eugenik und Humangenetik vorgelegt wurden.

(4) In „Esotera — Zeitschrift für neue Dimensionen des Bewußtseins" 1/88: Fritjof Capra, als Autor von „Wendezeit" und das „Tao der Physik" Urheber des New-Age Schlagworts vom „Paradigmawechsel", erklärt hier, die New-Age-Bewegung habe ihre spirituelle Phase hinter sich gelassen, habe sich politisiert und pragmatisiert und sei im Begriff, den langen Weg durch die Kommunalpolitik, durch Institutionen, Kommissionen und Parlamente anzutreten. Capra darf als einer der Co-Streiter Rifkins gelten;

(5) Gemeint sind nicht die im letzten „ak" dokumentierten möglicherweise von der OTRAG in den späten 60ern durchgeführten, sondern aktuelle von französischen Wissenschaftler 1986 durchgeführte Impfstoffexperimente. (EP-Anfrage, H-808/86, Januar 87) Siehe dazu auch die lfdn. Ausgaben des „Gen-ethischen Informationsdienstes", (GID);

(6) Siehe dazu „Genzeit — die Industrialisierung von Pflanze, Tier und Mensch. Ermittlungen in der Schweiz", einer ausgezeichneten Kritik eines schweizer Frauen-Autorenkollektivs zur Entwicklung der Gentechnik in der Schweiz im Limmat Vlg, Zürich 1987. . Darin der Aufsatz von Mascha Madörin: „Der Kampf um neue Märkte";

(7) Gemeint ist das von der Enquête-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium, in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für genmanipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird, um die Frage dann nach entsprechender Forschung erneut zu erörtern. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundesforschungs-Ausschuß dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung läuft.

Das Netzwerk

Gen-ethisches Netzwerk — das sind heute 500 Leute aus 13 Ländern, davon 95% West-Deutsche. Das ist ein hellräumiges Büro in der Potsdamerstr., der „Potse" in West-Berlin. Darin ein akkurat geführtes, computergestütztes Archiv, sechs feste Bürokräfte, eine ABM-Stelle, 12.000 DM Umsatz, eingetragene Gemeinnützigkeit. Das sind aktuell zum Gespräch die US-Amerikanerin Linda Bullard, 68er US-Aktivistin, später langjährige Mitarbeiterin von Jeremy Rifkin, seit "86 in der BRD; Benedikt („Benny") Härlin, ehemaliger Hausbesetzer, der heute als Abgeordneter der GRÜNEN Regenbogenfraktion zwischen dem Büro und Brüssel hin und her jettet, und Christian Sternberg, der gute Geist des Büros. Er ist auch verantwortlich für die Herausgabe des „Gen-ethischen Informationsdienstes" (G.I.D.), der in Form eines Pressedienstes einmal monatlich einen Überblick über wesentliche Ereignisse und Entwicklungen in der Gentechnologie anbietet. Ergänzend zum G.I.D. werden gezielte Materialanfragen bedient, Kontakte zu Spezialisten und ReferentInnen vermittelt. Demnächst sollen die Informationen des Archivs über Mailbox verfügbar sein. Den G.I.D. gibt es schon seit 1985.

Das Netzwerk wurde im Sommer 1986 nach dem Hagener Parteitag der GRÜNEN durch einige Leute aus den Reihen der Bundesarbeitsgemeinschaft Gentechnik der GRÜNEN gegründet, denen die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Gentechnik durch die Partei zu undifferenziert war.

Über den Zweck des Vereins gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Hauptsache: *„Aufklären, aufklären, möglichst präzise, aber auch allgemeinverständlich."* Darüberhinaus müsse *„Gegenexpertentum"* aufgebaut werden. Das Netzwerk soll Kontaktstelle sein, Informationsaustausch gewährleisten, auch Wissenschaftler in eine kritische Diskussion einbeziehen, die Frontstellung von Wissenschaft auf der einen, als wissenschaftsfeindlich verschrieenen Kritikern auf der andern durchbrechen..

Der Verein ist überparteilich. *„Wir verlangen auch keine Glaubensbekenntnisse, d.h. wir sind auch kein Verein von Leuten, die alle tutti quanti gegen Gentechnik sind, sondern bei uns sind bestimmt viele Leute Mitglied, die in erster Linie nur Sicherheitsbedenken haben, denen es vielleicht nur zu schnell geht und sehr viele, denen es einfach bis heute nicht klar ist, was da auf uns zukommt, die auch zurückkaltend sind in ihrem endgültigen Urteil darüber."*

Die Netzwerker verstehen ihre Arbeit als „präpolitisch": *„Im Verein sind Mitglieder aus allen im Bundestag vertretenen Parteien. Eine Mehrheit steht sicher den GRÜNEN nahe, aber ich wüßte nicht einmal, ob wir mehr SPD- oder mehr GRÜNE Mitglieder haben. Wir haben auch sehr viele Mitglieder, die in der Kirche engagiert sind. Wir haben eine ganze Reihe von Mitgliedern, die aus einer konservativen Grundhaltung heraus die Anwendung von Gentechnik ablehnen. Und wir haben sehr viele Mitglieder, die aus der Frauenbewegung heraus sich als erste mit der Kritik an Reproduktions- und Gentechnik befaßt haben."*

Z. Zt. sei man *„eher noch als Art Dienstleistungsverein organisiert"*, als Umschlagplatz für Information. Zwar vermittle man auch Informationen über Kampagnen, geplante Kongresse, Bücher, Artikel usw. In der Formulierung eigener Standpunkte zu aktuellen Auseinandersetzungen habe man sich aber bisher eher zurückgehalten.

Zwei Kampagnen hat das gen-ethische Netzwerk allerdings selbst initiiert und für sie auch die Koordination übernommen. Eine gegen den Einsatz von gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormonen, das erste landwirtschaftliche Produkt in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Dollar Umsatz im Jahr, das jetzt auf den Markt gedrückt werden soll. Die zweite Kampagne richtet sich gegen die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen in die Umwelt, die z. Zt. von interessierten Kreisen durch die Gesetzgebung gebracht werden soll. An diesen Kampagnen werde, meint Benny, exemplarisch sichtbar, was die Arbeit des Netzwerks bedeute, nämlich *„immer zunächst sehr unterschiedliche Interessen an einem konkreten Punkt des Einsatzes der Gentechnologie zusammenzubringen."* (5)

Jeremy Rifkin — Vorbild oder Zerrbild?

Jeremy Rifkin, US-Journalist, seit Anfang der 70er engagierter Wissenschaftskritiker, Präsident der von ihm selbst gegründeten Nonprofit-Organisation „Foundation on Economic Trends", in deren Namen und mit deren Mitteln er von Washington aus als erfolgreicher Aktivist publizistisch und juristisch gegen ungehinderte Wucherungen der Gentechnologie in den USA zu Felde zieht, ist in den letzten Jahren auch bei uns zunehmend als einflußreicher Einzelkämpfer bekanntgeworden. 1987 organisierte das Gen-ethische Netzwerk für ihn eine Vortragsreise durch mehrere Städte der BRD, in der er mit seinen Thesen, Erfahrungsberichten und Aufrufen zu Aktivitäten hier in der BRD fruchtbaren Boden fand.

Rifkin hat in den USA zahlreiche Sachbücher veröffentlicht. In der BRD erschien 1982 als Ullstein-Taschenbuch: *„Entropie — ein neues Weltbild"*. (1) Der Verlag erklärte dazu: *„Rifkin versteht es, dem Entropiegesetz in diesem vorliegenden Buch den rein wissenschaftlichen Charakter zu nehmen und ihm die universelle Bedeutung zu geben, die ihm zusteht. Hinter dem Begriff Entropie verbirgt sich nichts anderes als der seit langem bekannte 2. Hauptsatz der Thermodynamik, den Rudolf Clausius 1850 entwarf. Er gibt die Beobachtung wieder, daß ein geschlossenes System bei jeder Art von Tätigkeit von einem Zustand höherer Ordnung in einen Zustand niederer Ordnung übergeht. Auf den Weltraum übertragen bedeutet dies, daß irgendwann in ferner Zukunft keine Energieunterschiede mehr existieren, dadurch auch keine Energie mehr gewonnen werden kann. Für Rifkin bedeutet diese Erkenntnis der Physiker eine Revolution der Weltbilder. Wir schaffen durch unsere moderne Technologie unter Verwendung immer knapper werdender, nicht erneuerbarer Energie- und Rohstoffquellen nicht Ordnung, wie uns die Wissenschaft glauben machen will, sondern Chaos. Rifkin verweist auf eine Zukunft, in der wir unsere Bedürfnisse einschränken und wieder vermehrt menschliche Arbeitskraft anstelle von Maschinen einsetzen müssen."*

In eine Kritik des neuen Weltbildes, das in seinen spiritualisierenden Konsequenzen in der Schule Fritjof Capras und der amerikanischen „New-Age-Bewegung" steht, soll hier nicht im Detail eingetreten werden. Nur soviel: Rifkins Entwurf beruht auf zwei Grundannahmen: Erstens, daß der Weltraum ein „geschlossenes Sy-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

stem" sei, und zweitens, daß die Gesetze der Physik direkt auf biologisches Geschehen und dies wiederum auf gesellschaftliches übertragbar seien. Beides setzt Rifkin in Verabsolutierung des 2. Entropiesatzes als Art schöpferischen Glaubensakt voraus. Bewiesen hat er es nicht. Bewiesen hat er nur, dies allerdings materialreich und konkret, wie der Prozess des Fortschritts sich über die Jahrtausende als Differenzierung immer neuer Versuche der Energiegewinnung entfaltet und welcher atemberaubenden Beschleunigung er zunehmend unterliegt. Die hierzu von ihm zusammengetragenen Fakten und seine Kritik dieses Prozesses als ausbeuterisch, kolonialistisch und im Wesen imperialistisch sind ungeachtet der nicht bewiesenen Grundvoraussetzungen in Sachen Entropie bestes Material für beißende und grundsätzliche Kritik am Kapitalismus — wie auch am realen Sozialismus.

1986 veröffentlichte Rowohlt unter dem Titel *„Genesis zwei — Biotechnik — Schöpfung nach Maß"* Rifkins zur Kampfansage an die Gentechnologie weiterentwickelte Position. (2) Unter der zentralen These „Von der Alchimie zur Algenie" entwickelt Rifkin den Gedanken, die Menschheit erlebe heute eine dramatische Veränderung ihrer Methoden, die Welt umzugestalten. Jahrtausendelang habe sie die unbelebte Materie zu ihrem wirtschaftlichen Nutzen nur geschmolzen, gegossen, gelötet und gebrannt. Jetzt zerschneide, rekombiniere, inseriere und spleiße sie lebendiges Material. Das bezeichne den Übergang vom pyrotechnischen ins algenische Zeitalter, von der Alchimie zur Algenie, von der Mechanik zur kybernetisch gesteuerten Biotechnik. Wie die mechanische Maschine für die industrielle Revolution, so sei der Computer der Organisationsmechanismus für das Zeitalter der Biotechnik.

Die „darwinsche Kosmologie" habe in Fortsetzung des mechanischen Naturverständnisses der Aufklärung die Natur zur Werkstatt gemacht, Geschichte, damit Effektivität in die Natur eingeführt, die Natur entheiligt und nach den Bedürfnissen des Menschen manipuliert. Die mechanische Vorstellung einer ständigen Effektivierung der Natur durch Auslese der anpassungsfähigsten Mutationen, wie sie Darwin gehabt habe, die Vereinnahmung dieser Vorstellung, die Marx und Engels zur Begründung ihrer Theorie des Klassenkampfes betrieben hätten, sind Hauptgegenstand von Rifkins Kritik ist in diesem Buch. Die Unhaltbarkeit des Darwinismus sei schon lange durch neue Forschungsergebnisse erwiesen. Bis heute habe die Behauptung, der Mensch stamme vom Affen ab, nicht bewiesen werden können. Bis heute hätten weder Geologie, Anthropologie, noch Biologie den lückenlosen materiellen Beweis für die behauptete vom Urorganismus zum Menschen aufsteigende Reihe der Arten vorlegen können, auch nicht mit neuesten molekularen und atomaren Mitteln der Zeitmessung usw. Im Gegenteil, seien immer mehr Hinweise aufgetaucht, die statt auf ein Nacheinander auf ein Nebeneinander Gentechnologie als Neo-Darwinismus eine erschreckende Neuauflage. Dagegen plädiert Rifkin für ein „neues Verständnis von Evolution", nämlich die Anerkennung der gleichzeitigen Entwicklung verschiedener Arten nebeneinander als Plan der Schöpfung. Rifkin fordert die Abkehr vom „homo faber", die Rückkehr zur Natur: *„Statt den Kosmos zu zwingen, sich unserem Verhalten anzugleichen, hätten wir unser Verhalten dem Kosmos anzugleichen." „Die große Aufgabe des kommenden Zeitalters wird es sein"*, meint er im Schlußwort, *„die Entheiligung der Natur rückgängig zu machen. Zwei Wege führen in die Zukunft. Entweder entschließen wir uns, das Leben auf dem Planeten zu manipulieren, eine zweite Natur nach unserem Bilde zu erschaffen, oder wir können uns dazu entschließen, als Gleiche unter Gleichen am Reich des Lebendigen teilzuhaben."* Solche Zugehörigkeit, meint Rifkin, verlangt, natürlich, Verzicht. Aber, das mag manchem und mancher einleuchten:*„Wir gewinnen Unsterblichkeit durch unsere Opfer."*

1987 erschien, ebenfalls bei Rowohlt in der Reihe „transformation": *„Kritik der reinen Unvernunft — Pamphlet eines Ketzers"*. (3) Darin läuft Rifkin zur Bestform amerikanischer Fernsehprediger auf, was dortzulande zum Know how für öffentliche Wirksamkeit zu gehören scheint, hierzulande jedoch eher befremdet. *„Wir müssen die Totengräber des nuklearen und genethischen Weltbildes werden"*, postuliert er, noch ganz in marxistischer Pose. Dann allerdings steht ihm Gott doch näher als Marx, wenn er fortfährt, die Menschen hätten Gottes biblischen Auftrag seinerzeit und bisher falsch verstanden: *„Als Gott von Herrschaft sprach, rief er uns auf zu verwalten und zu hegen. Der Heger soll erhalten, wiederherstellen und heilen. Heger streben nicht nach Macht über ihre Umgebung. Sie nehmen Anteil und pflegen. Sicherheit gewinnen sie nicht aus dem Gefühl, alles im Griff zu haben, sondern aus der Fürsorge, die sie anderen Lebewesen entgegenbringen."* Erste Voraussetzung dafür sei: *„daß man die Heiligkeit des Lebens auf jeder Stufe des Daseins wiederherstellt."* Und schließlich: *„Was für ein glorreicher Tag wäre es, wenn unsere Generation ihre Absicht erklären würde, den Weg zurück zum Garten Eden mit einem neuen Auftrag versehen anzutreten."*

Laut „Zeit" (Nr. 14/88) wurde Rifkin kürzlich von einer US-Zeitung zu den 150 einflußreichsten Personen des Jahres gewählt. Gentechniker würden ihn, so vermutet der „Zeit"-Autor nach Gesprächen in der betreffenden Szene, *„wenn man sie fragte, zu den lästigsten Personen des Jahrzehnts zählen."*

Tatsache ist, Rifkin ist der erfolgreichste Aktivist der „New-Age-szene". Seine Kampagnen und Klageerhebungen haben verschiedentlich zu erheblichen Behinderungen der gentechnologischen Lobbys in den USA geführt. So gelang es ihm, die geplanten Freilandversuche mit gentechnisch manipulierten Frostschutzbakterien über Jahre hinweg zu verzögern. So darf nach einer von ihm initiierten Klage ein Versuchslabor für die Erprobung von Impfstoffen gegen biologiden wegen deren Genehmigung für umstrittene Versuche mit dem AIDS-Virus, Stichwort: AIDS-Mäuse. Er fordert einen sofortigen Stopp der Experimente und verschärfte Sicherheitsvorkehrungen, statt deren Abbau. Seine jüngste Aktion richtet sich gegen die Genehmigung und staatliche Finanzierung eines Forschungsprojekts zur vollständigen Entzifferung des menschlichen Erbgutes, das z. Zt. in den USA mit Hinweis auf die japanische Konkurrenz als nationales Projekt gepuscht wird.

Wie immer merkwürdig und amerikanisch einem/r Rifkins Visionen erscheinen mögen: Seine aktive, materialreiche Kritik, sein entschlossener, ökologisch begründeter Pazifismus und Antiimperialismus zum einen, seine fundamentalistische Wendung dieser Kritik zum andern machen eine gründliche Auseinandersetzung mit ihm unumgänglich, wenn es um die Perspektiven der Gentechnologie und des Widerstandes dagegen geht.

Anmerkungen

(1) Ullstein Sachbuch Nr. 34289, 12,80 DM; in den USA erstmal 1980 im Selbstverlag der „Foundation on Economic trends" unter dem Titel: „Entropie: A new World view" erschienen;

(2) Rowohlt Paperback, ca. 25,— DM; in den USA erstmals 1983 im Verlag The Viking Press, New York unter dem Titel „Algeny" erschienen;

(3) Rowohlt transformation, Nr. 880, 8,80 DM; Originalausgabe 1985 in Boston/USA unter dem Titel: „Declaration of a Heretic".

(4) Sie dazu die „taz", 29.4.88, wo ausführlich über den Stand des Projektes berichtet wird.

Wird im AK AIDS verharmlost?



Von KB-PraktikerInnen aus dem Bereich der AIDS-Therapie habe ich den Vorwurf gehört, im „ak" werde die AIDS-Gefahr verharmlost. Es sei außerdem nicht erkennbar, was „ak-Standpunkt" sei. Im übrigen müsse ich mich fragen lassen, warum ich so viel zum Thema schriebe, wenn es denn so unwichtig sei...

Die Fragen waren z.T. auch Gegenstand der Auseinandersetzung auf einer Veranstaltung, die die Buchhandlung „Gegenwind" in Hamburg unter dem Thema „AIDS — kein Thema für Linke?" organisiert hatte.

F.

Kommen wir gleich zur Sache: AIDS ist als Krankheit eine reale Gefahr — weil ansteckend, weil bisher zu hohem Prozentsatz tödlich im Verlauf, weil unerforscht und bisher unheilbar. AIDS muß ernst genommen werden wie andere schwere oder unheilbare Krankheiten auch. Allerdings nicht mehr, denn im Vergleich zu anderen medizinischen, ganz zu schweigen von sozialen und politischen Gefahren, ist AIDS eine äußerst seltene Krankheit. Im April "88 waren nach offiziellen Angaben in der BRD 1906 Menschen an AIDS erkrankt (1), wohlgemerkt nach der bei AIDS üblichen kumulativen Zählmethode vom ersten Auftreten der Krankheit Anfang 1982 bis heute. Nicht ganz die Hälfte der 1906 Erkrankten sind verstorben. Für die Infizierten wurde um die Jahreswende 87/88 offiziell noch eine Zahl zwischen 30.000 und 120.000 angegeben.

Dies sind ohne Zweifel, besonders wenn mensch den Kranken und Sterbenden gegenübersteht, erschreckende Zahlen, wenn auch bzgl. der Infektionsrate nicht gerade exakt. Sie sind aber gering gegenüber 350.000 Herz- und Kreislauftoten, 160.000 Krebstoten, 20.000-30.000 Verkehrstoten, tausenden tödlicher Arbeitsunfälle, Drogenopfern und Alkoholleichen **pro Jahr**. Erinnert sei auch an einen schon früher im AK gegebenen Vergleich: Seit dem ersten Auftreten von AIDS bis zum 30.6.86 starben 248 Menschen an AIDS, im gleichen Zeitraum aber 5.500 an Tuberkulose! International ist es nicht anders: Den weltweit 80.081 AIDS-Fällen (1) stehen Hunderttausende an Opfern medizinischer Unterversor- [illegible] che Verdoppelung der Infektionen verlangsamte sich jedoch bereits ab 1986 deutlich erkennbar. Mir ist diese Aufrechnerei zuwider, aber es mag doch nützlich sein, sich an Hand dieser Vergleichszahlen einmal zu vergegenwärtigen, wie gering die allgemeine statistische Wahrscheinlichkeit ist, ausgerechnet an AIDS zu sterben. (2)

Kommt im Besonderen hinzu, daß lt. Statistik des Bundesgesundheitsamts (dem mensch angesichts ihres Mottos „AIDS geht alle an" gewiß keine Verharmlosung der Allgemeingefahr nachsagen kann) vom Januar 1988 94,6% aller in der BRD seit "82 gemeldeten Fälle sich auf die sog. Risikogruppen der Homosexuellen, Fixer, Bluter und deren PartnerInnen konzentrieren. Weitere 0,8% der Erkrankten sind Kinder. Lediglich für die restlichen 4,6% ist eine „Zuordnung zu bestimmten sozialen Gruppen nicht möglich". D.h. im Klartext: In der Allgemeinbevölkerung gibt es 92 Erkrankte seit 1982, 13 pro Jahr! Das sind bei angenommenen 60 Millionen EinwohnerInnen der BRD ca. 0,0002% der Bevölkerung. (3) Ein minimales Risiko für Otto und Liese Normalverbraucher im Vergleich zu der Wahrscheinlichkeit, vor der Haustür vom Auto überfahren zu werden! Wirklich betroffen dagegen sind Menschen der sog. Risikogruppen, deren Risiko unvergleichlich höher liegt und deren Gefährdung eine echte persönliche, nicht nur eine potentielle statistische ist. Niemand unter den Homosexuellen, der nicht inzwischen einen kranken, verstorbenen, zumindest einen infizierten Freund oder Bekannten hätte. Noch katastrophaler die Situation in der Drogenszene.

Für die Bluter ist zumindest die Gefahr der Neuansteckungen jetzt gebannt. Für diese sozialen Gruppen ist AIDS tatsächlich die medizinische und soziale Katastrophe Nr. 1. Da gibt es nichts zu relativieren! Es grenzt aber an Dummheit, wenn es nicht Böswilligkeit ist, das Risiko dieser Gruppen auf die Allgemeinheit hochzurechnen oder schlicht auf andere Gruppen zu übertragen wie etwa auf die Prostituierten. Das nützt weder den betroffenen Gruppen, noch der Allgemeinheit. Im Gegenteil: Es lenkt zum einen von der katastrophalen Situation der betroffenen Gruppen ab und führt in seiner diffusen Verallgemeinerung zur generellen allgegenwärtigen Gefahr zugleich zu unfaßbaren und nicht behandelbaren Hysterien, die sich in AIDS-Phobien, in psychischen und sozialen Ausgrenzungstendenzen niederschlagen. Demoskopische Untersuchungen bestätigen inzwischen den Erfahrungssatz kritischer Epidemiologen: Je unspezifischer die Risikoaufklärung, umso geringer die Wahrscheinlichkeit konkreter Vorsorge. Was der Vorsorge dienen soll, verkehrt sich angesichts der propagierten Allgegenwart der Gefahr im konkreten in Sorglosigkeit. Was bleibt, ist die Angst. Das ist für die Bekämpfung der Krankheit wahrlich kontraproduktiv, für ordnungspolitische Zielsetzungen dagegen optimal. (4)

Ungeachtet aller statistischen Relationen sind Forderungen nach Aufklärung, nach besserer sozialer und medizinischer Betreuung der Infizierten, nach effektiverer Therapie für die Kranken, mehr Mitgefühl und Trauer für die Sterbenden ein Gebot sofortiger Hilfe. Die Kritik der in der täglichen Not stehenden HelferInnen, daß zu wenig geschieht, ist nur legitim.

Statt allgemeiner diffuser Angstmacherei allerdings wäre eine differenzierte, einschränkende und zielorientierte Aufklärung über Ursachen, Verbreitung und Folgen der Krankheit notwendig. Die Aufklärung sollte selbstbestimmtes Handeln und Risikoeinschätzung-, bzw. — solange keine Heilung möglich ist — auch Risikoabwägung ermöglichen. Besonders die Jugendlichen als die unter allen gesellschaftlichen Gruppen noch am allerwenigsten überhaupt von Infektion Bedrohten wären vor jeder Art Gießkannen-Aufklärung zu schützen. Jugendliche brauchen, wenn schon, dann Sexualkunde, um ihre Sexualität zu entfalten, nicht AIDS-Einschüchterung.

Notwendig wäre desweiteren eine Förderung der Integration der Infizierten, Kranken und Sterbenden ins allgemeine [illegible]

Notwendig wäre ein aktives Eintreten für eine Konzentration der AIDS-Forschung auf Gewinnung therapeutischer Mittel und Herstellung eines Impfstoffes, statt der Vergeudung der Gelder für sinnlose und krankmachende Tests. (5)

Das alles bedeutet: AIDS dürfte kein Thema der Politik sein, schon gar nicht Gegenstand staatlicher Präventionsfantasien, sondern der Medizin. Der Bulle als Arzt ist eine Perversion des Sozialstaats. Zum Gegenstand linker Politik wird AIDS erst und nur soweit, dann allerdings entschieden, als es für ordnungspolitische Zwecke funktionalisiert und mißbraucht wird, und zudem noch auf Kosten der medizinischen Bewältigung, wie die grassierende AIDS-Phobie unter den Gesunden, die soziale Ausgrenzung der Kranken und die Kriminalisierung der „AIDS-Desperados" zeigen. Die politische Funktionalisierung von AIDS muß inzwischen mit zu den Ko-Faktoren dieser Krankheit gerechnet werden.

Unter diesen Umständen reicht es nicht, die Medizin den Medizinern zu überlassen. Es reicht aber auch noch nicht, wenn Linke sich zur Schadensbegrenzung der bürgerlichen AIDS-Politik in alternativer Sozialtherapie abzappeln, sondern es muß darüberhinaus die politische Auseinandersetzung gegen die Funktionalisierung der Krankheit, für die zielorientierte und differenzierte Eingrenzung der AIDS-Vorsorge und —Behandlung auf die medizinischen Notwendigkeiten offensiv aufgenommen werden. Kampf gegen AIDS muß Kampf gegen das Virus sein, nicht gegen Menschen. In der Auseinandersetzung mit der herrschenden AIDS-Politik muß er notwendig zum Kampf um Erhaltung der Selbstbestimmung, statt Unterwerfung unter staatlichen Normierungsdruck werden.

Eine Eingrenzung der Krankheit wird nur möglich sein, wenn ihre politische Funktionalisierung zurückgekämpft werden kann. Es entsteht, überspitzt formuliert, das Paradoxon, daß AIDS, genauer der Umgang mit AIDS, auch von den KritikerInnen der staatlichen AIDS-Kampagne politisiert werden muß, um es zu entpolitisieren, d.h. zu enthysterisieren, zu versachlichen, auf die medizinische Eingrenzung zu konzentrieren. Nur so kann den Kranken vielleicht geholfen, nur so den Gesunden eine Perspektive gegen die Folgen der Krankheit gegeben werden. Schon gar nicht kann es Sache der Linken sein, ihrerseits die effektiveren Präventionsmodelle zu entwerfen, statt dem Ruf nach mehr Staat entgegenzutreten.

Ohne den realen Schrecken der Krankheit zu leugnen, im Gegenteil, gerade um ihn zu überwinden, bedeutet das, den diversen Hochrechnungs-Hysterien und der Angstkampagne mit Tatsachen entgegenzutreten, statt die Zahlenspiele der HysterikeInnen aller Coleur kritiklos zu verbreiten, bzw. deren Verbreitung kritiklos zuzuschauen. Es bedeutet, den Mut zur Relativierung der Angstkampagne aufzubringen, ohne deswegen von dem konkreten Leiden zu abstrahieren. Es bedeutet, der Diskriminierung der sog. Risikogruppen entgegenzutreten, ohne dafür den Unsinn der angeblich gleichen Gefährdung aller Menschen zu verbreiten. Es bedeutet, dem Ruf nach dem Staat in der Verteidigung der Eigenverantwortung auch in den Grenzfällen der sog. AIDS-Desperados entgegenzutreten. Es bedeutet, dem Testgeschäft entgegenzutreten, solange kein Heilmittel in Sicht ist. Es bedeutet, sich für konkrete Unterstützung der Betroffenen einzusetzen, ohne selbst in der Therapie unterzugehen. Es bedeutet, sich für eine Erforschung der möglichen gesellschaftlichen Ursachen von AIDS einzusetzen, statt die Individuen einzeln für die Reparatur des Schadens verantwortlich zu machen. Es bedeutet, verlorene Liberalität einzuklagen statt sich dem Normierungsdruck der präventiven Sicherheitsstaatslogik unterzuordnen oder sich gar selbst mit dem Argument des „kleineren Übels" durch eigene, sanftere Präventionsprogramme [illegible] fenzulegen, statt sich selbst an dem Angebot der Angstverschiebung und Schuldzuweisungen zu beteiligen. AIDS ist ja auch für die Linke eine Metapher für unbewältigte Ängste vor Krankheiten, für politische und kulturelle Frustrationen über nicht eingelöste Ansprüche der eigenen Geschichte und für politische Bedrohungen. Aus der reaktionären Ecke hört mensch das Wort von AIDS als „Geißel Gottes", als „Rache der Natur", als „Preis für die sexuelle Befreiung" und dergl. Aber auch mancheR Linke benutzt AIDS, um damit von ihren oder seinen wirklichen (oder eingebildeten) Jugendsünden der „wilden 60er" abzurücken. Mann und Frau hat es ja wirklich doch etwas zu toll getrieben, damals? Manch einer, manch einem mag AIDS auch gerade recht kommen, den schon längst vollzogenen Kotau vor der bürgerlichen Moral legitimieren zu können. AIDS als Chance zur neuen Anpassung!

Schließlich ist AIDS, das wird zunehmend deutlich, als Einfallstor für die Entwicklung einer gentechnologisch bestimmten Zukunft nicht nur Metapher, sondern auch Übungsfeld für denkbare biologische Katastrophen und deren sicherheitsstaatliche und eugenische Regulierung in größeren Dimensionen. Über AIDS diskutieren, muß für die Linke über das schon Gesagte hinaus auch bedeuten: Über die eigenen Zukunftsängste, über die eigene Utopie, d.h. über die gesellschaftliche Wirklichkeit hier und jetzt zu diskutieren.

Die Frage, warum ich so viel über AIDS schreibe, ist damit eigentlich be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

antwortet. Aus gegebenem Anlaß sei aber ergänzt: Ja, selbstverständlich habe ich Angst vor AIDS. Wo läge der Sinn, das zu leugnen? Nicht weniger, allerdings auch nicht mehr als etwa vor Krebs, vor einem tödlichen Autounfall, vor Folter und Verstümmelung oder ähnlichem. Als sexuell übertragbare Krankheit rückt AIDS nur näher ins Bewußtsein, weil und insoweit sie Bestandteil meines Alltags ist. Selbstverständlich informiere ich mich, wo ich mich vorsehen müßte. Das muß jedeR konkret nach den konkreten Lebensumständen und -Gewohnheiten entscheiden. Aufklärung soll dafür Entscheidungshilfe leisten. Wer riskant lebt, muß mehr aufpassen, oder das Risiko in Kauf nehmen. Aber ich weigere mich, mir meine Entscheidungsfreiheit nehmen zu lassen. Ich weigere mich, mich in unnötige „Verhaltensänderungen" pressen zu lassen. Ich weigere mich, Empfängnisverhütung und AIDS-Vorsorge zu einem ekligen Synonym von Lebensverhinderung und Todesschutz umdefinieren zu lassen. Im Übrigen ist absolute Sicherheit erstens nicht möglich. Außerdem ist Sicherheit keineswegs alles. Und größer als meine Angst vor der Krankheit ist die Angst vor den gesellschaftlichen Folgen des Umgangs mit ihr: Einschränkung der sexuellen Selbstbestimmung, spürbar bis in den linken Freundeskreis, wiedererstarkende Mechanismen staatlicher Kontrolle und Selektion, demagogische Aufladung des Massenbewußtseins mit eugenischen Vorstellungen von Volksgesundheit und — besonders erschreckend — die Blauäugigkeit, um nicht zu sagen Dummheit, mit der sich viele Linke, offenbar als Wiedergutmachung für libertäre Jugendträume und deren befürchtete infektiöse Folgen, in die Verantwortung für diese staatliche Re-Normierung der Volksgesundheit und Volksmoral ziehen lassen. Ich gestehe, diese Entwicklung bedrängt mich und wes das Herz voll ist, des quillt die Zeitung über! Eher als zu viel, fürchte ich, wird der Umgang mit AIDS noch immer — auch im AK — zu wenig verharmlost.

P.S.

Der Presse vom 25.5.88 ist die Geschichte einer Bürgerinitiative aus einem Düsseldorfer Nobelviertel zu entnehmen, die ihr Naherholungsgebiet gefährdet sieht. Grund: In einer Villa am Grafenberger See soll mit Süßmuthschem Segen ein AIDS-Pilotprojekt gestartet werden. In der Villa sollen nach Vorstellungen der deutschen Kinder-AIDS-Hilfe zehn AIDS-kranke Kinder zusammen mit ihren Eltern und einigen Gesunden leben.

250 Unterschriften von AnwohnerInnen trägt die Unterschriftenliste der Initiative dagegen. Auf einer Veranstaltung war zu hören: „Warum sollen die Aidskranken es denn so schön haben, die sind doch selbst dran schuld." Zweck der Initiative ist laut Satzung, „das Naherholungsgebiet Grafenberger Wald vor Beeinträchtigungen zu schützen" — AIDS als ökologisches Problem!

Frau Süßmuth rief am selben Tag zur Solidarität mit AIDS-kranken Kindern auf. Diffuse Ängste und mangelnde Information seien oft der Grund dafür, er-

Frau Süßmuth rief am selben Tag zur Solidarität mit AIDS-kranken Kindern auf. Diffuse Ängste und mangelnde Information seien oft der Grund dafür, erklärte sie, daß die Kinder oder ihre Eltern diskriminiert würden. — Nein! Nicht nur die Kinder! Die noch am wenigsten! Und nicht nur deren Eltern! Düsseldorf ist nur ein Symptom. Es ist nicht Ausdruck mangelnder, sondern Ergebnis falscher Information, nicht natürlicher Dummheit der Bevölkerung, sondern der nachhaltigen Verdummung durch die staatliche AIDS-Politik: Der Vorsitzende der Bürgerinitiative z.B., ein Karl Ulrich Laval, ist immerhin Mediziner. Man darf unterstellen, daß er weiß, was er tut.

Anmerkungen

(1) Lt. Statistik der Weltgesundheitsorganisation (WHO), zitiert nach „FR", 2.5.88;
(2) Fakten, Statistiken und Hochrechnungskurven fanden sich im Detail:
— in AK 254, „AIDS";
— in AK 280, „Gegen die schrittweise Kondomisierung von Staat und Gesellschaft";
— in AK 289 „Der heutige Kenntnisstand" — aus dem Memorandum der „Deutschen AIDS-Hilfe";.
Letzter im AK mitgeteilter Stand für die BRD in AK 291 „Linke zu AIDS" und für die internationale Entwicklung in AK 294 „Die Afrika-Spur".
(3) Aus der Januar-Statistik '88 des Bundesgesundheitsamts (Nach: „AIDS-Informationsdienst", Nr. 29) hatte ich in AK 291, „Linke zu AIDS" als unspezifisches Allgemeinrisiko 0,00015% errechnet.
(4) Siehe dazu insbesondere Fakten und Analyse der Hochrechnungsakrobatik in AK 289: „Hochrechnungen, Stammtisch-Analysen", „Höhenrausch — vom Konjunktiv zum Indikativ".
(5) Details zur Testproblematik finden sich u.a. in Interviews in AK 281: Frank Rühmann, „AIDS: Stigmatisierung des Unangepaßten" und Hamburger AIDS-Beratungsstelle, „Paßt auf, laßt euch nichts verbieten!";
Ausführliches zum Thema außerdem u.a. in:
— Frank Rühmann, „AIDS — eine Krankheit und ihre Folgen", edition Qumran, 1985;
— Rolf Rosenbrock, „AIDS kann schneller besiegt werden", VSA, 1986;
— „AIDS als Risiko", Sammelband, hrggb. von Volkmar Sigusch, konkret Literatur Verlag, 1987.



„Den Rest überlaßt den Jungs von der Polente"

Polizeipsychologen werben für „Demos ohne Zoff"

Berlins Polizei vergriff sich an Rosa Luxemburg. Unter der Überschrift *„Demo ohne Zoff ist großartig — alles andere ist Quark"* prangten vor dem diesjährigen 1. Mai an 150 Litfaßsäulen in Kreuzberg und Neukölln Aufrufe der Polizeiführung für *„Toleranz statt Arroganz"* und *„Akzeptanz statt Militanz"*. Der Slogan verhohnepipelte ein 1. Mai-Flugblatt linker Gruppen, die mit dem Luxemburg-Zitat *„Die Revolution ist großartig — alles andere ist Quark"* zur Demonstration im Kiez aufgerufen hatten. Zum Zoff kam es tatsächlich: Die Crash-Combo „Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training" (EbLT) zog eine breite Blutspur durch Kreuzbergs Straßen, auf der Strecke blieben neben mehreren Dutzend Maifeiernder und AnwohnerInnen auch drei hohe Polizeioffiziere.

Dumme Sprüche nicht nur in Berlin. Seit einigen Jahren versuchen Polizeipsychologen, mit Flugblättern und Plakaten, Buttons und Bonbons Demonstrationen in friedliche Bahnen zu lenken. *„Stell Dir vor, es ist DEMO und die Polizei geht nicht hin"*, hieß es im März diesen Jahres auf Handzetteln hessischer Polizeipsychologen, die bei der NUKEM-ALKEM-Demonstration in Hanau verteilt wurden. *„IRRE, WAS? Aber wart mal, was geht dann ab? Ein Haufen Demowilliger und ein paar Chaoten ... Ruck, zuck ist die Randale da!"*, prophezeite das Papier in vermeintlich lockerer Szenesprache. *„Die Stimmung wird ätzend! Das Anliegen der Demo geht den Bach runter! Und die große Solidarisierung bleibt aus, weil's den kleinen Mann nur verschreckt!"*. Das Angebot zum Schulterschluß lautete — im Polizeijargon sonst „Entmischung" genannt: *„DESHALB, LEUTE, EASY .... einen anständigen Abstand zwischen den aggressiven Typen und uns hergestellt, den Rest überlaßt den Jungs von der Polente. Also: Laßt uns 'ne coole DEMO machen — die Sache ist ernst genug!!"*.

Ernst meinen es die Polizeipsychologen bei den Länderpolizeien und der Polizeiführungsakademie (PFA) allerdings. Und in der Regel nicht die Spur so zwanghaft witzig wie in Hanau. Da versuchen vor allem bayerische Beamte, unter dem Signet „Gewalt — Nein Danke" ihr ramponiertes Image aufzubessern. Rund um den Wackersdorfer Bauzaun verteilen sie gelegentlich Bonbons („Frieden in aller Munde") und Buttons und baten auch poniertes Image aufzubessern. Rund um den Wackersdorfer Bauzaun verteilen sie gelegentlich Bonbons („Frieden in aller Munde") und Buttons und baten auch schon mal in einer hektographierten „Kontaktbrücke", den „Dialog" wieder aufzunehmen. Ein geradezu weinerlicher Ton („Man hat uns ja lange genug erniedrigt, gereizt und provoziert") klang aus mehreren Beilagen in der Oberpfälzer Regionalpresse, mit denen den zuvor zusammengeknüppelten und eingegasten WAA-GegnerInnen „konkrete Schritte in Richtung Normalisierung" angeboten wurden. Hamburgs Polizei wiederum, nach „Kessel" und Notstandsübungen am Hafenrand arg in Mißkredit geraten, erdreistete sich, beim diesjährigen 1. Mai ein Flugblatt zu verteilen mit Sätzen wie: *„Wir möchten Sie dabei unterstützen, eine friedliche, machtvolle Demonstration durchführen zu können (...) Außerdem gehen bei der Demonstration einige Beamte mit, um sie unterwegs über Stockungen und Störungen des Aufzuges informieren zu können."* Ihr neuer Chef Dirk Reimers griff gar selbst zur Feder, um den Veranstaltern einer auseinandergeknüppelten Demonstration die „Gefühl-und-Härte-Gangart" seiner Mannen nahezubringen.

Der ungewohnte Bürgerservice — häufig verbunden mit Hinweisen auf günstig gelegene Parkplätze oder mit Informationen für die Anwohner von Demonstrationsrouten, daß mit „Behinderungen leider zu rechnen" sei —hat durch die Bank ein klares Ziel: *„Distanzieren Sie sich bitte von Anfang an von Leuten, bei denen Sie den Eindruck haben, daß sie nicht gegen die Errichtung der WAA demonstrieren, sondern schlichtweg Krawall machen wollen. Ein sicheres Erkennungszeichen ist nach unserer Erkenntnis z.B. das vermummte Auftreten"*, hieß es im Oktober 1985 in einem Münchner Polizeiaufruf. Und immer wieder unseriöse Angebote, so wie in Berlin: *„GEMEINSAM können wir Gewaltfreiheit erreichen. Wir, Ihre Polizei."*

Die Erfahrungen der Psychologie macht sich die deutsche Polizei seit über 60 Jahren zu Nutze. In den ersten Jahrzehnten diente die junge Wissenschaft dazu, „Testverfahren für die Auswahl und Karriereberatung" der Beamten zu entwickeln, resümierte 1976 Wolfgang Salewski, der später als Psychologe den Mogadischu-Krisenstab der Bundesregierung beriet (DIE POLIZEI, 6/76). Vereinzelt wurden seit 1928 auch Polizeihauptleute pädagogisch-psychologisch geschult.

Der erste große Durchbruch fand 1964 in München statt, wo der damalige Polizeipräsident Manfred Schreiber nach dem wilden Knüppeleien seiner Beamten bei den „Schwabinger Krawallen" einen hauptamtlichen Psychologen einstellte. Das Beispiel machte Schule: 1976 arbeiteten bereits zehn Psychologen und Soziologen in sozialwissenschaftlichen Diensten der Polizei. Heute dürften es mindestens 30 Sozialwissenschaftler sein, die in Länderpolizeien und bei der PFA ihre Disziplin nach innen und außen vertreten.

Flugblattverteilende Polizisten sahen Demonstranten erstmals in den Blütezeiten der APO. Es sollte *„verdeutlicht werden, daß bei der Polizei Verständnis für den Anlaß berechtigter Demonstrationen besteht"*, erläuterte 1973 ein Artikel in der GdP-Zeitung „Deutsche Polizei" (11/73). Flugblattaktionen hätten sich *„als Einsatzmittel recht gut bewährt"*, auch wenn *„Demonstrantengruppen, die die Konfrontation mit der Polizei bewußt suchen"* nicht erreicht werden könnten. Krad-Fahrer der Polizei, die angeblich *„auch von sehr radikalen Demonstranten akzeptiert"* wurden, verteilten die in hohen Auflagen gedruckten Zettel. Schon damals ging es darum, dem Bild vom „tumben Bullen" entgegenzuwirken. Und auch das Ziel war klar: *„Aufruf und Motivation zu friedlichem Verhalten"*.

Dazu bedurfte es einschlägiger Sprachkurse. Klare Sätze statt verquastem Beamtendeutsch waren gefordert. Und die Wortwahl mußte stimmen, um die Zielgruppe überhaupt ansprechen zu können. Statt *„Vaterland"* sollte es *„Gesellschaft"* heißen, statt *„Unterdrückung"* zeitgemäß *„Repression"*, statt *„Putz"* ganz neutral *„Anliegen"*. Und die studentischen *„Gestalten"* sollten bei Demonstrationen besser als *„Teilnehmer"* angesprochen wer- „Repression",statt „Putz" ganz neutral „Anliegen". Und die studentischen „Gestalten" sollten bei Demonstrationen besser als „Teilnehmer" angesprochen wer- den. Zu Höchstformen polizeilicher Sprachgestaltung lief 1971 der Hamburger Polizeipsychologe Steffen M. Hornthal in der Schrift „Psychologische Beeinflussungsmöglichkeiten bei Ansprachen im Sicherheits- und Ordnungsdienst" auf. *„Menschenansammlungen mit den Motiven ‚Angst' und ‚Begeisterung'"* müßten *„ernst genommen werden"*, um keine *„Oppositionshaltung"* zu erzeugen. *„Beispiele: Nicht: ‚Warum (zum Teufel) drängeln Sie denn so? Der Papst ist doch auch nur ein Mensch.' Sondern: ‚Bitte nehmen Sie aufeinander Rücksicht, jeder von uns möchte den Papst sehen.'"*

Aber erst mit den Massenbewegungen der achtziger Jahren schlug für die Polizeipsychologen die große Stunde. An die Spitze der Zunft setzte sich der Zentrale Polizeipsychologische Dienst in Bayern. Bereits im Sommer 1985, als im Taxöldner Forst noch tiefer Frieden herrschte und kein einziger Baum für die WAA gefallen war, ließ die akademische Dienststelle im bayerischen Innenministerium Flugblattentwürfe kursieren mit Titeln wie : *„Polizist sein in Wackersdorf"* oder *„Zaunbesichtigungen in Wackersdorf"*. Seitdem quillt eine Flut von Flugblättern aus den Federn der Sozialwissenschaftler — mal an die Bürger der Oberpfalz gerichtet, deren Widerstand sich entschlossener als erwartet entwickelt hatte, mal direkt für die Autonomen geschrieben, die einmal darüber nachdenken sollten, warum sich „Angehörige des *Ku-Klux-Klan*", *„Bankräuber"* und gewisse Demonstranten gleichermaßen vermummen. Die Antwort an die als geradezu triebhaft erkannten Haubenträger lautete: *„Mit der Maskierung verringern sich einerseits Hemmungen und andererseits das Risiko, erkannt zu werden."* Und immer wieder der Slogan *„Gewalt? Nein Danke!"* — auch als ringsum die behelmten Kollegen mit Wasserwerfern, Kampfgasgranaten



Stell Dir vor, es ist D E M O und die POLIZEI geht nicht hin!

und Schlagstockeinsätzen das genaue Gegenteil in Szene setzten.

Frankfurter Autonome parodierten daraufhin 1986 die polizeipsychologischen Friedenstöne: *„Bedenken Sie: Die Bullen haben die gesetzliche Verpflichtung, Ihnen den Schädel einzuschlagen. Deshalb: Tragen Sie dazu bei, daß sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen können. (...) Zudem begrüßen wir Ihre Absicht,* militant *gegen die Atommafia zu demonstrieren und wünschen uns, daß wir gemeinsam zu einem powervollen Verlauf beitragen."* Fazit der unters Demonstrantenvolk in Hanau verteilten Satire: *„Neutral können wir nicht mehr sein, wenn Sie mit Ihrem Verhalten immer geltendes Recht achten. Dann müssen wir — so lautet unser Auftrag — tätig werden. Das heißt, wenn die Autonomen einschreiten,* mit Ihrem Verhalten immer geltendes Recht achten. Dann müssen wir — so lautet unser Auftrag — tätig werden. Das heißt, wenn die Autonomen einschreiten, *dann richtet sich das nicht gegen Sie als Demonstrationsteilnehmer, sondern gegen Bullen, die parkende Autos beschädigen, Autonome angreifen, im Schutz der Dunkelheit bösartige Taten begehen usw. Gegen diesen Personenkreis werden wir* ***konsequent*** *vorgehen, sobald sich Ausschreitungen anbahnen."*

Eine vor kurzem erschienene Dokumentation, herausgegeben von elf Bürgerinitiativen und linken Gruppen, bewertet die „neue Waffengattung Psychobullen" kurz und bündig als Teil einer „gut durchdachten Arbeitsteilung" zum Zwecke der „Differenzierung des Gewaltapparates": *„Die einen propagieren die neue Friedlichkeit und die Anderen hauen alle zusammen, die auf diesen Leim nicht gehen wollen."* Letztlich gehe es nur darum, *„aufkeimende Unruhe möglichst schon im Ansatz zu besänftigen bzw. zu ersticken, Druck von unten in ungefährliche Bahnen zu lenken und dafür zu sorgen, daß der Staat selbst und seine Herrschaftsinstrumente als ‚neutral' angesehen werden, daß aller Protest bloß nicht am System kratzt."* Flugblätter und „weiche" Einsatzkonzepte seien lediglich eine bundesdeutsche Version der Herrschaftssicherung, eine Art „psychologische Kriegführung", wie es Bayerns Sicherheitsfanatiker Peter Gauweiler einmal formulierte. Und wenn diese Form von „Counterinsurgency" keinen Erfolg zeige, dann käme es ohnehin zum „klassischen Hau-drauf, ganz ohne Püschologie".

Diese Einsicht scheinen sich auch Bayerns Polizeipsychologen zu eigen gemacht zu haben. Nach den wüsten Schlägereien der Berliner Sturmtruppe EBLT am WAA-Bauzaun im vergangenen Herbst legten die Psychoexperten erst einmal eine Denkpause ein. Dem SPIEGEL (21/88) vertrauten sie an, warum: Die „Übereinstimmung von Wort und Tat" war selbst ihrer Meinung nach nicht mehr zu erkennen.

Erst Mitte Mai gingen die Psychobullen wieder an die Öffentlichkeit: Ihr Chef, Dipl.Psych. Hansjörg Trum, Oberregierungsrat im Bayerischen Innenministerium und eine der grauen Eminenzen seines Gewerbes begab sich persönlich zu einem Seminar der Akademie Tutzing über die weitere Entwicklung in der Oberpfalz. Entgegen mehrfacher Beschlüsse der Bürgerinitiativen nahmen auch einige prominente WAA-Gegner an dem „Friedensseminar" teil.

N. Bethune, Redaktion Straßenmedizin

Literatur: „Präventive Konterrevolution" — Polizeipsychologen in der BRD (Dokumentation);

Literatur: „Präventive Konterrevolution" — Polizeipsychologen in der BRD (Dokumentation); Hrsg.: AKU-Wiesbaden, ASTA Uni Bremen, BBA-Bremen, FG Demokratie und Recht (GAL-Hamburg), Infobüro Freies Wackerland, KB, Libertäres Zentrum (Ffm.), RadiAktiv, Straßenmedizin, Startbahn BI Mörfelden-Walldorf, Schwarzmarkt (Hbg.); 64 Seiten, DM 5.-; Vertrieb über die Herausgeber oder: Straßenmedizin (Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen), c/o BUU — BI Umweltschutz Unterelbe, Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50.

Kampf der Klerikalisierung
von Staat, Gesellschaft und den GRÜNEN

Wahrlich, wir sagen euch: Selten hat ein Satz Richtigeres formuliert als derjenige, daß die Kritik der Religion die Voraussetzung aller Kritik ist. Daran und an den Verfasser dieses Satzes, Marx, erinnert eine Zuschrift, die den AK aus dem Badischen erreichte, um den Abdruck eines Antrags „Trennung von Staat und Kirche" vorzuschlagen, was hiermit geschieht.

Jürgen/Rastatt beklagt die stoische Ruhe, mit der die Linke im Allgemeinen — Ausnahmen bestätigen die Regel — die Klerikalisierung dieses Landes hinnehme. In diesem Kontext sei auch das jüngst erschienene Buch „Die Grünen und die Religion" (Athenäum) zu bewerten, in welchem Alt- und Neumystiker die Aussöhnung der Alternativpartei mit den Großkirchen auf neue Höhen treiben. Dem modischen Te-Deumsound der Kelly, Nickels, Quistorp, Flinner, Vollmer, Zeitler — Joschka Fischer nicht zu vergessen, der den grünen Canossagang zu den Katholiken anführte — massiv zu widersprechen, ist der Sinn des Antrags, der vom Kreisverband Rastatt/Baden-Baden der Partei erarbeitet und schon der baden-württembergischen Landesdelegiertenversammlung im Oktober 1987 in Sasbachwalden vorgelegt worden war. Nachdem eine Entscheidung dort vertagt wurde, liegt er der Versammlung jetzt wieder vor. Allerdings haben die „Grünen Blätter", das Organ des Landesverbandes, einen Abdruck verweigert, und der Landesvorstand unternahm sogar den — erfolglosen — Versuch, die Antragsteller von ihrem Ansinnen abzubringen. So konkret kann der Zeitgeist werden … Der Kreisverband erhofft sich nicht nur eine Mehrheit unter den baden-württembergischen Parteifreunden, sondern auch, „daß der Antrag eine dringend notwendige Debatte um die Perspektive des antiklerikalen Kampfes bis weit in das Lager der Linken hinein auslöst".

Demokratie zielt nach Ansicht der Grünen darauf ab, Herrschaft abzubauen und jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Dazu bedarf es der freien und uneingeschränkten Ausübung demokratischer Grundrechte als unabdingbarer Voraussetzung, um soziale Interessen vertreten und politisch handeln zu können. Diese Grundrechte, in langen Kämpfen dem Obrigkeitsstaat abgetrotzt, sind in ihrer zentralen Wirkungsdimension Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat, dazu bestimmt, die Freiheitssphäre des Einzelnen vor Eingriffen der öffentlichen Gewalt zu sichern.

Obwohl die Vorstellungen, daß es unverzichtbare Freiheitsrechte des Individuums gibt, so alt wie die Geschichte der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen sind, erfuhren sie erst im 17. und 18. Jahrhundert mit dem Aufkommen des Bürgertums einen gewaltigen Aufschwung. Im Kampf gegen den feudalen Staat dienten sie als ausgezeichnete Waffe, um den Adel in die Schranken zu weisen und die bürgerlichen Interessen zu legitimieren. Zwangsläufig geriet in dieser historischen Auseinandersetzung auch die Idee der Religionsfreiheit wieder stärker ins Blickfeld, waren doch seit der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion im 4. Jahrhundert in vielen Ländern on im 4. Jahrhundert in vielen Ländern politische Rechte von der Konfessionszugehörigkeit abhängig und wütete bis weit in das 17. Jahrhundert hinein noch die Inquisition gegen Ketzer aller Schattierungen. Überdies waren Staat und Kirche so eng miteinander verflochten, daß das Postulat der Religionsfreiheit im Schoße der überlebten Gesellschaftsordnung des Feudalismus folgerichtig in der Forderung nach Trennung von Staat und Kirche gipfelte.

In Deutschland ging nach der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, in der diese Bestrebungen zum ersten Mal massenhaft von liberalen, radikaldemokratischen, ja sogar von christlichen Gruppierungen artikuliert worden waren, der Grundsatz einer strikten Trennung von Staat und Kirche als fester Bestandteil in die Programmatik der noch jungen Arbeiterbewegung ein. Erst mit der Schaffung der Weimarer Republik gelang es allerdings, das Bündnis von Thron und Altar zu sprengen und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf eine neue Basis zu stellen, ohne daß indessen eine konsequente Trennung herbeigeführt wurde. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 hat über Art. 140 die wesentlichen Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung übernommen; sie bilden zusammen mit dem in Art. 4 verankerten Grundrecht der Glaubens- Gewissens- und Bekenntnisfreiheit die Eckpfeiler des bundesdeutschen Staatskirchenrechts. Mit dieser Verlegenheitslösung verfassungsgebender Arbeit ist nun ein Verhältnis von Staat und Kirche konstituiert, das zwar in der staatskirchenrechtlichen Diskussion als „System der hinkenden Trennung" bezeichnet wird, aber in der Praxis — insbesondere durch die im Grundgesetz festgelegten Ausnahmen und durch ein unüberschaubares Bündel von Bundes- und Ländergesetzen, Konkordaten, Kirchenverträgen und dergleichen mehr — eine Situation geschaffen hat zu deren Beschreibung vor allem die Verwendung des Begriffs der Trennung „hinkt".

Tatsächlich darf es nach geltendem Verfassungsrecht in der Bundesrepublik keine Staatskirche geben, und das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen auch immer wieder einzig die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates als verfassungskonform bezeichnet, aber institutionelle Verbindungen von Staat und Kirche, Privilegien der beiden Großkirchen, sogar die staatliche Ausführung kirchlicher Aufgaben existieren in einem solchen Ausmaß, daß dieser Zustand der fortgeschrittenen Klerikalisierung weiter Staatsbereiche nach Auffassung der Grünen nicht länger hingenommen werden kann. Wir sind uns wohl bewußt, daß die Selbstverständlichkeit, mit der diese Situation schon jahrzehntelang von weiten Teilen der Bevölkerung augenscheinlich hingenommen wird — nicht zu reden von den Altparteien, die sie tatsächlich ja herbeigeführt haben — auch ein Zeichen dafür ist, wie stark die Gegner eines Programms zur Trennung von Staat und Kirche sind, und daß wir mit unseren Forderungen in einen hochtabuisierten Bezirk der bundesrepublikanischen Gesellschaft einbrechen. Wenn allerdings die Kernfunktion der Grundrechte — und das ist unstrittig — darin besteht, dem Individuum einen Freiraum zu sichern, in den der Staat nicht eingreifen darf, dann gebietet dieses Verständnis fen darf, dann gebietet dieses Verständnis absolut zwingend die völlige staatliche Indifferenz gegenüber dem Bereich der Religion und der Weltanschauung, in der Konsequenz also die Trennung von Staat und Kirche.

Im Interesse der Herstellung umfassender Religions- und Weltanschauungsfreiheit, anknüpfend an die Traditionen der Aufklärung, der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Arbeiterbewegung, erstreben die Grünen eine Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche auf allen Ebenen nach dem Grundsatz einer strikten Trennung. Die nachfolgenden Forderungen markieren die aus unserer Sicht zentralen Bereiche einer derartigen staatskirchenrechtlichen Umgestaltung:

— Abschaffung des Kirchensteuerprivilegs und Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus der Kirchen und Religionsgesellschaften.

Die derzeitige Regelung (Art. 137, Abs. 5 und 6 WRV) — ungeachtet des Grundrechts der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Art. 4 GG) und des Verbots der Staatskirche (Art. 137 Abs. 1 WRV) — koppelt das Recht der Steuererhebung „auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten" durch die Religionsgesellschaften an ihren öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus. In der Praxis ist daraus weitgehend ein System geworden, das dem Staat gegen eine geringe Aufwandsentschädigung die Rolle eines kirchlichen Steuereintreibers zuweist und den Arbeitgeber, dem die Konfessionszugehörigkeit offenbart werden muß, zwangsweise zum Handlanger der Religionsgesellschaften degradiert. Mit der Umwandlung in privatrechtliche Institutionen, die den allgemeinen vereinsrechtlichen Bestimmungen unterliegen, können die Kirchen und Religionsgesellschaften den staatlichen Kirchensteuereinzug durch ein eigenes Beitragssystem ersetzen.

— Abschaffung des Religionsunterrichts und des zwangsweise erteilten Ethikunterrichts als Ersatzunterricht an öffentlichen Schulen.

Der im Grundgesetz (Art. 7, Abs. 3) vorgesehene Religionsunterricht, der „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft erteilt" wird und „ordentliches Lehrfach" ist, verpflichtet den Staat direkt zur Übernahme der kirchlichen Aufgabe der Glaubensunterweisung und macht den Steuerzahler insofern zwangsweise zum kirchlichen Finanzier, als Ausbildung und Unterhalt der Religionslehrer sowie alle anderen Kosten dieses Unterrichts aus öffentlichen Mitteln bestritten werden müssen. Die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates verbietet aber zwingend eine staatlich verordnete konfessionelle Erziehung; Religionsunterricht als Glaubensunterweisung fällt ausschließlich in den Kompetenzbereich der Religionsgesellschaften. Die Verpflichtung, bei Nichtteilnahme am Religionsunterricht das Ersatzfach „Ethik" besuchen zu müssen, ist als verfassungswidrige Konstruktion sofort zu beseitigen; es gibt keine Religionspflicht und somit auch keine Pflicht, einen Ersatzunterricht zu besuchen. (Andernfalls — so steht zu befürchten — wird irgendwann noch eine Ersatzsteuer für diejenigen eingeführt, die als konfessionslose nicht kirchensteuerpflichtig sind.) Solange der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen noch nicht abgeschafft ist, sind sämtliche Vorschriften (z.B Art. 100, Abs. 3 des Schulgesetzes von Baden-Württemberg und die diesbezüglichen Verwaltungsvorschriften vom 31.3.1983), die die Abmeldung vom Religionsunterricht nur aus Glaubens- und Gewissensgründen und nur zu Beginn eines Schulhalbjahres zulassen, unverzüglich zu streichen. Sie verstoßen im übrigen allesamt gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit.



Abschaffung der theologischen Fakultäten an öffentlichen Hochschulen und Universitäten.

Die theologischen Fakultäten, deren Hautaufgabe die Ausbildung von Geistlichen der beiden großen Kirchen ist, haben ihre Rechtsbasis in den Länderverfassungen (z.B. Art.10 der Verfassung von Baden-Württemberg), daneben existieren Regelungen in Konkordaten und Kirchenverträgen. Obwohl vollkommen staatlich finanziert (z.B sind die Dozenten Landesbeamte), können diese Fachbereiche nur im Einvernehmen zwischen Kirche und Staat geführt werden. Die Studienordnung muß kirchlichen Vorschriften entsprechen, die Berufung auf einen Lehrstuhl bedarf der kirchlichen Genehmigung, die Ausübung des Lehramtes ist an die kirchliche Lehrbefugnis gebunden, die im Falle der Abweichung von kirchlicher Lehre oder von „christlichem" Lebenswandel jederzeit entzogen werden kann (Fälle Küng, Ranke-Heinemann), weitere kirchliche Sperren betreffen die Habilitationsordnung, Promotionsordnung, Prüfungsordnung etc. Die Existenz der Theologischen Fakultäten widerspricht einer ganzen Reihe von Verfassungsbestimmungen, ihre Konstruktion ist eindeutig verfassungswidrig. Insbesondere verstößt die kirchliche Bindung der Theologie gegen die in Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes verankerte Wissenschaftsfreiheit, denn — abgesehen davon, ob die Theologie überhaupt wissenschaftlichen Kriterien genügen kann — im Ergebnis ist die Theologie so organisiert, als wenn die AKW-Betreiber die Lehrstühle für Kernphysik o.ä. in jeder Hinsicht kontrollierten. Die Ausbildung der Geistlichen kann nicht Sache des Staates sein; diese Aufgabe fällt ausschließlich in den Kompetenzbereich der Kirchen und muß von diesen im Rahmen eigenfinanzierter kirchlicher Ausbildungsstätten bewältigt werden.

Abschaffung der staatlich institutionalisierten Seelsorge in Militär, Bundesgrenzschutz, Polizei und Justizvollzug.

Nach dem Reichskonkordat von 1933 zwischen dem Vatikan und Nazideutschland, das immer noch völkerrechtliche Geltung besitzt, und dem Militärseelsorgevertrag von 1957 sind die Militärgeistlichen Staatsbeamte und werden vom Staat besoldet, dem der organisatorische Aufbau der Militärseelsorge obliegt und der auch die gesamten Kosten trägt. Insofern, und im Gegensatz zu Art. 141 WRV, der lediglich bestimmt, daß die Religionsgesellschaften im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen öffentlichen Anstalten „zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen" sind, ist eine kirchliche Aufgabe direkt zu einer staatlichen gemacht worden. Das aber verstößt eindeutig gegen das Verbot jeder institutionellen Verbindung von Staat und Kirche (Art. 137, Abs. 1 WRV: „Es besteht keine Staatskirche") und ist ebenso verfassungswidrig wie die staatlich organisierte Seelsorge in Bundesgrenzschutz, Polizei und Justizvollzug.

Ungeachtet unserer friedenspolitischen Forderungen muß auch die Befreiung bzw. Rückstellung von Militär-und Zivildienst, die Geistlichen und Theologiestudenten unter Mißachtung des Gleichheitsgrundsatzes gewährt wird, beseitigt werden.

Ablösung aller auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen gemäß Art. 138, Abs. 1 WRV.

Die unter diese Rubrik fallenden Staatsleistungen — weder der Art noch der Höhe nach präzise erfaßbar (Schätzung 1969: 250 Millionen DM, dynamisiert) — gehen zum Teil bis auf die Reformationszeit zurück, in der Hauptsache beruhen sie aber auf der Säkularisierung zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Seit der Weimarer Republik (mit Art. 138, Abs. 1 WRV, der im übrigen in das Grundgesetz Eingang gefunden hat), ist das Reich (heute: der Bund) aufgefordert, „Grundsätze" aufzustellen, nach denen der Landesgesetzgeber diese Leistungen abzulösen hat. Geschehen ist bislang nichts, einmal davon abgesehen, daß durch Konkordate und Kirchenverträge noch weitere Leistungspflichten begründet wurden. Eine Einlösung des Verfassungsauftrages ist auf allen politischen Ebenen dringend geboten, wobei die bisher geleisteten Zahlungen als Entschädigung für die Aufhebung der staatlichen Zuwendungen zu gelten haben. (Abgesehen davon, daß die bisherigen Ausgleichsleistungen der Vermögensverluste durch die Säkularisierung bei weitem übersteigen, sollte vielleicht auch einmal bedacht werden, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des kirchlichen Eigentums in den Ketzer- und Hexenverfolgungen zusammengeraubt wurde.) Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten, die es in Form von Baukostenzuschüssen bis hin zur Mitfinanzierung von Kirchentagen o.ä. gibt und die überhaupt keine Rechtsbasis haben, verstoßen gegen die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates und sind folglich zu streichen.

Abschaffung aller gegenüber anderen gemeinnützigen Institutionen hinausgehenden steuer- und gebührenrechtlichen Sondervorteile der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Die ganze Palette der diesbezüglichen Privilegien kann hier nicht aufgezählt werden; Beispiele finden sich in folgenden Bereichen: Gerichtskosten, Notariatsgebühren, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer, Verwaltungsgebühren, Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Gewerbesteuer etc.

Vergabe staatlicher Zuschüsse nur an freie Träger, die die Einhaltung der Grundrechte gewährleisten und sich dem allgemein gültigen, gesetzlich fixierten Arbeitsrecht unterwerfen.

Speziell die Kirchen, mit etwa 700.000 Beschäftigten nach dem Öffentlichen Dienst der zweitgrößte Arbeitgeber der Bundesrepublik, sind als Tendenzbetriebe nicht nur vom Personalvertretungsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsgesetz ausgenommen, sondern haben nach einem 1985 vor dem Bundesverfassungsgericht erstrittenen Urteil auch das Recht, ihren Mitarbeitern bei Verstößen gegen die Loyalitätspflicht (z.B. Kirchenaustritt, Scheidung, wilde Ehe, uneheliches Kind etc.) jederzeit zu kündigen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Kirchen in manchen Sozialberufen quasi ein Ausbildungsmonopol besitzen; ebenso direkte Folge des Subsidiaritätsprinzips wie die Tatsache, daß infrastrukturelle Institutionen (Krankenhäuser, Altersheime, Kindergärten, Sozialstationen etc.) schon fast ausschließlich unter klerikaler Regie betrieben werden. Die Kosten für diese „öffentlichen" Sozialeinrichtungen trägt allerdings überwiegend der Staat (zwischen 85 und 100%), ohne daß er indessen etwa Kontroll- oder Mitspracherechte hätte. Wenn den freien Trägern schon ein Vorrang im Bereich der eigentlich staatlichen Aufgaben eingeräumt wird, so ist eine staatliche Bezuschussung zwingend an die Gewährleistung elementarer Rechte von Mitarbeitern und Benutzern dieser Einrichtung zu binden.

Abschaffung aller gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen bestehenden kirchlichen Sonderrechte in staatlichen Institutionen der Bereiche Kultur, Soziales etc.

Die Kirchen sind gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen in so vielen öffentlichen Bereichen privilegiert, daß eine abschließende Aufzählung der Sonderrechte schier unmöglich ist. Stellvertretend für viele seien deshalb einige signifikante Reservate vermerkt: Kirchliche Vertreter sitzen nicht nur in der Filmbewertungsstelle Wiesbaden, Filmförderungsanstalt, Bundesprüfstelle, Freiwillige Selbstkontrolle, in Denkmalräten, Sozialhilfeausschüssen, Jugendwohlfahrtsausschüssen etc., sondern auch in den Gremien der Rundfunk- und Fernsehanstalten; im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens genießen die Kirchen sogar das Sonderprivileg eigener Sendezeiten, die autonom gestaltet werden dürfen. (Man stelle sich vor, der DBG reklamiere ein solches Darstellungsrecht für sich). In all diesen Fällen ist dringend zu prüfen, ob die Präsenz der Kirchen mit der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates zu vereinbaren ist, zumindest aber muß sichergestellt werden, daß ihre Tätigkeit in diesen Institutionen auch ihrer Funktion entspricht und sie gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen keine Vorrechte besitzen.

Abschaffung aller gesetzlichen Be-

Abschaffung aller gesetzlichen Bestimmungen, die gegen das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche verstoßen und Aufhebung aller Konkordate und Kirchenverträge.

Die wesentlichen „Verfassungswidrigkeiten in der Verfassung" selbst (Religionsunterricht, Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts, Kirchensteuerprivileg) sowie bundes-oder landesrechtliche Regelungen in Form von Gesetzen, Konkordaten und Kirchenverträgen, die sich gegen das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche richten, sind in den einzelnen Forderungsbereichen bereits angesprochen worden. Aus einer Fülle weiterer gesetzlicher Grundlagen, die allesamt das Gebot der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates durchbrechen, seien folgende noch hervorgehoben: Die Befragung der Bürger nach ihrer Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen (z.B. im Personenstandsgesetz), religiös motivierte Erziehungsaufträge (Art. 12 Abs. 1 Verfassung des Landes Baden-Württemberg: „Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe … zu erziehen") und strafrechtliche Bestimmungen, die auf religiösen Vorstellungen basieren (§ 218 StGB, § 175 StGB). Im Bereich des Strafrechts hat insbesondere der § 166 (sog. Gotteslästerungsparagraph), dem Strafgesetzbuch aus dem Jahre 1871 entstammend, traurige Berühmtheit erlangt; er bietet die Handhabe zur Verfolgung von Religionskritikern, Ketzern, Aufklärern und stellt die Kirchen quasi unter Naturschutz. (Seit 1984, in Baden-Württemberg beginnend, rollt eine regelrechte Lawine von Ketzerprozessen durch die Bundesrepublik, ohne daß die demokratische Öffentlichkeit das zur Kenntnis zu nehmen gewillt ist.) Daß Konkordate und Kirchenverträge dringend einer Aufhebung bedürfen, ergibt sich aus ihrem Sonderrechtscharakter und daraus, daß sie wichtige kirchliche Privilegien begründen, die nicht länger hingenommen werden können.

Debatte um „Neues Denken“ in der DKP

Neben der Hamburger DKP, deren Diskussion wir im September und Oktober letzten Jahres im AK vorgestellt haben, hat die Debatte um die Krise der DKP und die Auswirkungen von Gorbatschows „neuem Denken“ insbesondere die Bremer DKP erfaßt. Anläßlich der Parteiberatungen am 10. April 1988 haben zahlreiche Grundeinheiten der Partei Diskussionsbeiträge um die zukünftigen Perspektiven der DKP-Politik veröffentlicht. Eine Reihe von ihnen versuchen im alten Stil, die mangelnde Aktivität und Motivierung der Mitglieder durch neue Arbeitspläne und UZ-Verkaufsziele zu beheben. Einige, wie z. B. Willy MB, sind noch voll im alten Denken verhaftet. Aus Anlaß der Vorgänge auf der Berliner/DDR Luxemburg/Liebknecht-Demo problematisiert er den Unterschied zwischen hiesiger Grundgesetztreue der Kommunisten (es ist *„unverzichtbar, Konflikte mit der staatlichen Gewalt auf dem Boden der Verfassung auszutragen“*) und Verfassungstreue in der DDR: *„Im Unterschied zum Grundgesetz der BRD, das die kapitalistische Ordnung in dieser Verfassung nicht festschreibt und damit die Überwindung dieser Ordnung verfassungsrechtlich sanktioniert, ist in der Verfassung der DDR der Sozialismus fest verankert. Deshalb zieht jeder Versuch, diesen Verfassungsgrundsatz zu verletzen, Konsequenzen nach sich.“*

Das sieht die Wohngebietsgruppe Peterswerder ganz anders. Die Sozialismuspropaganda der DKP werde unglaubwürdig, *„wenn sie die Vorzüge des Sozialismus anpreist, seine Probleme offensichtlich aber nicht wahrhaben will oder verschweigt.“* Das sei *„eine falsch verstandene Form internationalistischer Solidarität“*. Die WG Peterswerder hatte bereits im letzten Jahr parteiintern Kritik am Umgang des Parteipräsidiums mit dem Papier des Hamburger Bezirksvorstands geübt, das von ihr als „Ermutigung“ für die Diskussion um mehr Demokratie und „Neues Denken“ in der Partei gewertet wurde. Nachstehend veröffentlichen wir (auszugsweise) zwei Papiere, die uns typisch und geeignet zum Erfassen der derzeitigen Probleme der DKP zu sein scheinen. Zum einen ein Diskussionspapier zur Frauenpolitik der DKP (Ähnlichkeiten mit der Situation im KB sind rein zufällig). Zum anderen der Versuch zweier Mitglieder, die Konsequenzen des „Neuen Denkens“ für die innere und äußere Praxis der Partei umfassender zur Diskussion stellen.

hr.



10 Thesen zur Zuspitzung der Diskussion anläßlich der Bremer Parteiberatung der DKP am 10.4.88

von K.B. und H.W., Bremen

(...)

These 1

Die Lage nicht verkleistern! — Probleme in aller Schärfe erkennen und benennen!

Machen wir uns nichts vor: Nach 20 Jahren ist die Lage der DKP äußerst kritisch. Unsere Probleme sind nicht weniger gravierend als die anderer kommunistischer Parteien. Wir haben in wichtigen Kampffeldern politische Führungsfähigkeit verloren. Unser politischer Einfluß als Partei ist zurückgegangen. (Daran ändert auch der z. T. beträchtliche Einfluß vieler einzelner Kommunistinnen und Kommunisten in Bewegungen, Betrieben und Gewerkschaften nichts.) Die organisationspolitische Kraft unserer Partei ist rückläufig, unsere Zeitung ist noch nicht einmal in der Partei verankert. Immer mehr Mitwerkschaften nichts.) Die organisationspolitische Kraft unserer Partei ist rückläufig, unsere Zeitung ist noch nicht einmal in der Partei verankert. Immer mehr Mitglieder unserer Partei verlieren den Glauben an die Sinnhaftigkeit ihres Kampfes und ziehen sich zurück; es mehren sich Austritte. Historischer Optimismus geht verloren.

Das deutlichste Indiz: Mit den vorwärtstreibenden Impulsen der kommunistischen Weltbewegung, den von Gorbatschow und der KPdSU ausgehenden Hoffnungen, werden wir nicht identifiziert.

Das ist die Hauptseite bei der Beschreibung der Lage in der Partei. Hinweise auf Erfolge der Partei ändern daran nichts — es gibt sie, sie gehören zu unserer Partei, aber sie sind nicht das wesentliche der gegenwärtigen Situation.

Ständiges „einerseits — andererseits“ ist nicht dialektisch, sondern verkleisternd, wenn es die realistische Analyse behindert. Wir stehen keineswegs vor „ganz normalen“ oder gar „typischen Wachstumsproblemen“. Es ist nicht die Zeit für Beruhigungspillen und tendenzielle Selbstgefälligkeit — weder für die Gesamtpartei, noch in Bremen!

(...)

These 3

Umbruch erkennen heißt konsequent Neues Denken entwickeln und Neues Handeln praktizieren!

Wenn wir als Marxistinnen und Marxisten von „Umbruchperiode“ sprechen, so sind damit nicht Veränderungen in diesen oder jenen Teilbereichen gemeint, sondern qualitative Sprünge, die der historischen Situation als Ganzes eine neue Prägung verleihen. In letzter Instanz das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte unter weltweiten Produktionsverhältnissen (Sozialismus „nur“ in einem Drittel der Welt, weitgehend ungebrochene Macht des Imperialismus, neokoloniale Abhängigkeit und Unterentwicklung), die dem nicht entsprechen — das hat zu einer ganz neuen Qualität globaler und innergesellschaftlicher Probleme geführt:

— Militärtechnologie, die drohende Zerstörung der Biosphäre, die sich zuspitzenden sozialen Probleme in globalem Maßstab (Hunger, Armut, Unterentwicklung) gefährden die Existenz der Menschheit.

Die wissenschaftlich-technische Revolution in Verbindung mit sozialreaktionären staatsmonopolistischen Strategien schafft zusätzlich innergesellschaftlich menschenfeindliche Bedrohungen (Massenarbeitslosigkeit, regionale Krisen, Entwurzelung) in ganz neuen Dimensionen.

Marxistische Wissenschaftler vergleichen die Tiefe dieses Umbruchs mit der Periode des Übergangs vom kapitalistischen ins imperialistische Stadium oder mit der Periode der Oktoberrevolution. Heute wie damals stellen sich für den Marxismus grundlegende Fragen neu. Theorie und Praxis, Philosophie, Ökonomie und wissenschaftlicher Sozialismus bis hin zur Organisationstheorie müssen in einer neuen Zeit bestehen, müssen also überprüft und den Anforderungen der Zeit entsprechend weiterentwickelt werden.

Wir brauchen also — durchgängig (!) — „Neues Denken“. Wir müssen den ganzheitlichen Charakter unserer Welt und die Tatsache begreifen, daß sich unter dem Druck der Existenzbedrohung Gattungsinteressen herausgebildet haben, die zum Ausgangspunkt unseres Handelns werden müssen. Wir müssen begreifen, daß in den nationalen Auseinandersetzungen Menschheits-, humanistische Anliegen vertreten werden.

Klasseninteressen und Klassenkampf bleiben als Realität und Triebkraft der Entwicklung bestehen, werden aber durch „übergeordnete“ Interessen der ganzen Menschheit überlagert, erweitert, modifiziert. Die historische Mission der Arbeiterklasse erhält eine neue, zusätzliche Qualität: den Kampf um das Überleben der Gattung Mensch, um humanistische, menschenwürdige Lebensbedingungen. Die Neubestimmung des Verhältnisses von Klassen- und Gattungsfragen — das ist der eigentliche Kern des „Neuen Denkens“.

(...)

These 4

Die Rolle der Partei — „Partei des Neuen Denkens“!

Unseres Erachtens sind vor diesem Hintergrund die Diskussionen über die Rolle der Partei zu sehen, die sich auch in der Bremer Parteidiskussion niederschlagen. Dabei werden nicht selten Zweifel geäußert, ob die Partei überhaupt noch eine eigenständige, unverzichtbare Funktion habe. U. E. hat sie sie:

Die Probleme werden globaler und internationaler, die Bedeutung nationaler Auseinandersetzungen dadurch aber keineswegs geringer; im Gegenteil: Die nationale Verantwortung für einen Beitrag zur Beibehaltung des Friedens und zur Lösung der globalen Probleme wächst; sozial und ökologisch verträgliche Entwicklungen, „Humanisierung“ jedes Landes

Fortsetzung nächste Seite

Diskussionspapier zur Frauenpolitik der DKP

C.B. und G., Bremen

(...)

Euphorisch machten sich vor ca. vier Jahren einige Genossinnen an die schwierigste Aufgabe, die Männerübermacht innerhalb und außerhalb der Partei ins Wanken zu bringen. Ihre Rückendeckung: Die offizielle Legitimation als Frauenverantwortliche ihrer Wohngebietsgruppe. Auch ich, mit langjähriger Erfahrung aus der Frauenbewegung, ging mit Neugierde und Elan daran, nun auch in der Partei was in Bewegung zu setzen.

Schon lange war mir klar, daß unsere politische Geschichte, das Handeln, die Vorbilder hauptsächlich männlich bestimmt waren. So wollte ich mit meinen Genossinnen neue Wege ausprobieren. Ich lud in unserer Wohngebietsgruppe zum ersten Frauentreffen ein. Die Runde war gut besucht, die Themensammlung umfassend und spannend:

— Aktion zum 8. März planen
— Rolle als Kommunistinnen in der Partei diskutieren
— ein Buch über sowjetische Frauen lesen
— versprengte, resignierte Genossinnen wieder einbeziehen
— uns selbst Mut machen, auf den MVs (mehr) unsere Standpunkte zu äußern.

Dabei sollten die Frauentreffen kein Ersatz für die MV werden. Und was wurde nun daraus?

Auf dem dritten waren wir nur noch vier. Einige konnten nicht wegen ihrer Kinder, weil sie berufstätig waren o. ä. Wir wollten „Fremde Schwestern“ lesen, waren aber sehr uneinheitlich vorbereitet. Spätestens da fühlte ich mich überfordert als Frauentreffleiterin. Die regelmäßigen, aber auch zu seltenen Frauenberatungen konnten da kaum Abhilfe schaffen, und in der Gruppe (MV) wartete man auf vorwärtsweisende Meldungen über die „Frauensachen“.

Ich war zur Ressortleiterin geworden, die Frauentante, zuständig für Frauenangelegenheiten. Die anderen der MV kümmerten sich um Org. und die GROSSE POLITIK. Ihr Gewissen war durch meine Existenz entlastet von der lästigen Pflicht, bei jedem Schritt auf Gleichberechtigung und Emanzipation zu achten.

Ich fühlte mich wie die Frauenseite der UZ: Alle Frauenthematik wird in einer Ecke abgeladen, um dann wieder (erleichtert) zu den eigentlichen (Männerwelt-)Themen überzugehen. Damit will ich eine Frauenseite bzw. spezielle Frauenpolitik nicht verneinen! Aber: Wir sind kein Ressort wie z. B. Rentner, Jugend, Technik ...! Wir sind die Hälfte der Menschheit und tauchen überall auf: bei den Alten, den Jugendlichen, bei Technikfragen usw.

(...)

Der Bericht ist eins von vielen Beispielen aus der Arbeit einer Frauenverantwortlichen und zeigt uns, daß das Modell „Frauenverantwortliche in die Vorstände“ gescheitert ist. Dies war einer der Haupthebel, um die Frauenpolitik innerhalb der DKP voranzubringen. Wir müssen also von den Schwächen in der Gesamtfrauenpolitik der DKP sprechen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wollen wir einige Gründe benennen:

— Die allgemeine Schwäche unserer Frauenpolitik hängt damit zusammen, daß die grundlegenden Unterdrückungsverhältnisse in unserer Gesellschaft zwischen Mann und Frau nicht genügend ernst genommen werden. Die DKP ist in der Analyse der Unterdrückungs- und Diskriminierungsstrukturen von Frauen nicht auf der Höhe der Zeit.

— Die allgemeine Schwäche unserer Frauenpolitik hängt damit zusammen, daß die grundlegenden Unterdrückungsverhältnisse in unserer Gesellschaft zwischen Mann und Frau nicht genügend ernst genommen werden. Die DKP ist in der Analyse der Unterdrückungs- und Diskriminierungsstrukturen von Frauen nicht auf der Höhe der Zeit.

— Frauenthemen werden in der DKP auf einige wenige Spezialistinnen abgewälzt. Frauenpolitische Forderungen stehen nicht im Zentrum der Aktivitäten der Gesamtpartei. Emanzipation der Frauen wird verbal akzeptiert, in der Praxis gibt es kaum Ansätze, dafür auch gemeinsam zu kämpfen.

— Ein Hemmschuh bei der Durchsetzung frauenspezifischer Interessen ist die mangelnde Demokratie in unserer Partei. Faktisch werden politische Linien und Ziele von oben nach unten durchgesetzt. Je weiter oben, umso weniger Frauen, lautet auch bei uns die Formel. So bestimmen Genossen, die auch nicht frei sind von patriarchalischen Denkweisen, wie wir z. B. unser Frauenfestival zu gestalten haben. Dies muß bei engagiertem Feministinnen zu Wut und/oder Resignation führen.

— Wir haben es in der DKP auf allen Ebenen mit einem männlich geprägten Diskussionsstil zu tun. Es wird wortreich über die nächste Kampfetappe debattiert. Nicht einbezogen werden die persönlichen Lebensbedingungen von jeder einzelnen Genossin und jedem einzelnen Genossen, von denen die Möglichkeiten des politischen Arbeitens und die Interessenschwerpunkte überhaupt erst zu bestimmen wären. Es sind aber auch in der DKP die Frauen, die durch Doppelbelastung und schlechte Chancen am Arbeitsmarkt bis zum Hals im Sumpf der kapitalistischen Krise stecken. Daher sind sie auch die ersten, die an der Kluft zwischen politischem Anspruch und eigener Handlungsmöglichkeit scheitern. Oft ziehen sie sich deshalb von der Partei zurück.

— Auch im Land der Hoffnung, der Sowjetunion mit Gorbatschow, findet eine in der Frauenpolitik aktive Genossin einen großen Teil ihrer Ziele nicht wieder. Die neu geschaffenen Frauenräte in der SU haben die seit jeher den Frauen zugeschriebenen sozialen Aufgaben zum Thema. Das Infragestellen männlicher Macht und Privilegien steht nicht im Zentrum ihrer Politik.

(...)

— Wichtig ist, kontinuierlich und im Kollektiv unter Frauen arbeiten zu können. Dort können wir von unseren Lebenserfahrungen und Interessen ausgehend unsere Politikfelder bestimmen. Deswegen müssen auch innerhalb der DKP Frauengruppen gegründet werden, die als Grundeinheit anerkannt werden müssen. Nur so wird ihr Wirken als Bestandteil der Gesamtpartei erkannt. Nur so ist auch möglich, daß sich Frauengruppen direkt mit Vorschlägen und Anträgen an die Parteigliederungen wenden können.

— Abgesehen davon, daß zur Weiterentwicklung unserer Politik in allen Bereichen die innerparteiliche Demokratie weiterentwickelt werden muß, gibt es spezifische Fraueninteressen und -fragen, in denen auch nur Frauen bestimmen und entscheiden können und sollen. Welcher Arbeiter fragt schon seinen Unternehmer um Erlaubnis, bevor er streikt. DKP-Frauen müssen sich aber noch von männlich dominierten Leitungsgremien Zustimmungen für ihre Frauenaktionen einholen. Es muß also ein autonomer Frauenbereich von Grund auf aufgebaut werden.

— Daneben geht es weiterhin darum, daß Frauen in allen Politikfeldern innerhalb der Partei zugegen sind, sich einmischen, frauenspezifische Forderungen entwickeln. Das geht nur, wenn wir herausfinden, wie Frauen innerhalb der gesamten Partei arbeiten können, ohne den Mut zu verlieren und sich wieder zurückzuziehen (Frauenverantwortliche und Quotierung reichen nicht).

(...)

Wollen wir damit in der DKP wirklich noch einmal beginnen? Haben wir dazu noch Schwung und den Glauben an mögliche Erfolge? Sehen wir überhaupt eine Möglichkeit, die DKP zu verändern? Haben wir uns nicht schon zu oft ergebnislos engagiert? Ist es überhaupt richtig, mit Männern zusammen in einer Partei organisiert zu sein?

(...)

Fortsetzung von vorheriger Seite

sind Voraussetzung zur Lösung der Menschheitsfrage. „Neues Denken und Handeln" ist nicht auf internationale Politik zu reduzieren.

Genausowenig, wie sich revolutionäres Klassenbewußtsein in der Arbeiterbewegung spontan durchsetzte (wodurch die Partei neuen Typs, die kommunistische Partei, nach Lenins Analyse unverzichtbar wurde), setzt sich heute „neues Denken", die bewußte Verbindung von Klassen- und Menschheitsinteressen, in der Arbeiterbewegung und anderen Bewegungen spontan durch. Dazu bedarf es „bewußter Vortrupps". Vor diesem Hintergrund bestimmt sich die Rolle der Partei!

Sie darf sich weder auf die Rolle einer theoriespendenden Sekte („Denkfabrik für die Bewegungen") noch auf die Rolle eines Organisations- und Koordinierungsgerüstes für Bewegungen beschränken, sondern muß politisch, ideologisch und organisatorisch in den Bewegungen und den noch nicht bewegten Massen im Sinne und für die Verankerung des „Neuen Denkens" wirken.

Das ist ihr „Alleinstellungsmerkmal", unsere internationalistische und nationale Verantwortung, die uns keine internationale Kraft (auch nicht die sozialistischen Länder) und keine nationale Kraft (weder die Sozialdemokratie noch die Grünen oder sonstwer) abnimmt oder abnehmen kann.

Unsere Partei ist weder nur die „Partei der Arbeit" noch die „Partei des Friedens und der Arbeit" — sie muß die „Partei des Neuen Denkens", des Frieden, der Arbeit, der Umwelt, der Demokratie, des Sozialismus, des Humanismus sein!

Diese Rolle anzunehmen und auszufüllen, ist zugleich Voraussetzung für die notwendige organisatorische und politische (auch wahlpolitische Stärkung) der DKP, für die Erlangung einer politischen und ideologischen Führungsfähigkeit, für die Eröffnung einer nationalen revolutionären Perspektive!

These 5

Programmatik und politische Praxis auf das Neue Denken einstellen

U. E. ist eine Erneuerung unserer Partei nur möglich, wenn wir auch unsere programmatischen Positionen, unsere Forderungen und Alternativen, unsere Strategie und Taktik kritisch daraufhin überprüfen, ob sie den neuen Herausforderungen umfassend genügen und in der Lage sind, überzeugend eine alternative Zukunftsgestaltung zu begründen.

(...)

U. E. geht es vor allem um zwei Herausforderungen:

Wir müssen neu daran arbeiten, die Attraktivität und Ausstrahlung kommunistischer Reformpolitik in der Umbruchperiode unter Beweis zu stellen. Sie besteht — und das unterscheidet uns von anderen demokratischen Reformkräften — nicht zuletzt in einem ausgewiesenen und nachvollziehbaren Verhältnis von realistischen, die Massen erreichenden Reformforderungen und einer revolutionären Perspektive; unsere Reformpolitik muß erkennbar Schritte auf dem Weg zu einem zukunftsgestaltenden, revolutionären Ziel angeben.

Unsere Reformpolitik muß unsere weltanschaulichen und methodischen „Tugenden" und Fähigkeiten widerspiegeln, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Widersprüche und Bruchpunkte bei den Herrschenden, gemeinsame Interessenlagen und Bündnismöglichkeiten im Volk zu erkennen, und in Politik, in „Neues Handeln", umzusetzen.

— Neues Denken muß wie ein roter Faden programmatisch in allen Politikbereichen aufgehoben sein.

(...)

Programmatische Erneuerung führt nicht nur zur Verbesserung der „Papierform" unserer Partei. Die Praxiserfordernisse drängen uns dazu. Einschneidende Erfahrungen wie der Existenzkampf der AG Weser-Belegschaft (und in der Folge Hattingen, Rheinhausen ...) legen doch beispielsweise in aller Dramatik die Erkenntnis nahe, daß der Kampf um Arbeitsplätze in kritischen und kriselnden Branchen ohne realistische und zugleich zukunftsweisende Alternativkonzeptionen nicht zu gewinnen ist. Solche Konzeptionen brauchen wir aber nicht erst, wenn es schon akut brennt; wir brauchen sie vorausschauend, aus der Analyse von Gegenwarts- und Zukunftsproblemen.

(...)

These 6

Die revolutionären Veränderungen im Sozialismus durchdringen, nachvollziehen und Schlußfolgerungen ziehen!

Zur weltweiten Umbruchsituation gehören die Entwicklungsprozesse in den sozialistischen Ländern, die sich — mehr oder weniger breit und tief — den neuen Herausforderungen stellen; herausragend ist dabei zweifelsohne die neu eingeleitete, revolutionäre „Perestroika"-Periode in der Sowjetunion. Ihr Wesen liegt in dem Versuch, sich konsequent praktisch und theoretisch auf die neuen Bedingungen einzustellen; sie beinhaltet zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit den „Prüfungen, die uns alle wie Maschinenpistolengarben aus der Vergangenheit treffen" (Gorbatschow).

Methodisch wird daran exemplarisch deutlich, daß Beurteilung der Gegenwart, Festlegung von Zielen für die Zukunft und Bestimmung der Wege dorthin nicht möglich ist ohne kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Vor allen Kommunisten, auch der DKP, steht die Aufgabe, diese Entwicklungen zu durchdringen, nachzuvollziehen und Schlußfolgerungen für die eigene Theorie und Praxis zu ziehen. Dabei ist es nicht damit getan, die eigene Sozialismus-Propaganda weiterzuentwickeln. Die Herausforderungen an den gesamten Marxismus sind umfassender:

— Angesichts der neuen welthistorischen Lage müssen die menschheitsgeschichtlichen Aufgaben des Sozialismus (seine historische Mission) erweitert und präzisiert werden.

— Für die sozialistischen Länder muß die Theorie der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsformation (weiter-)entwickelt werden.

— Auch revolutionstheoretisch ist die Funktion der sozialistischen Länder, insbesondere der UdSSR und der DDR, als stärkster Kraft des Sozialismus im revolutionären Weltprozeß im allgemeinen und für die Bundesrepublik im besonderen neu zu durchdenken.

— Vor diesem Hintergrund muß die DKP ihr Verhältnis zu den sozialistischen Ländern mit dem Ziel bestimmen, die allgemein seit der Oktoberrevolution und der Bildung eines sozialistischen deutschen Staates sowie insbesondere seit Einleitung der „Perestroika-Periode" vorhandenen Bedingungen, Impulse und Chancen optimal zur Verbesserung der eigenen Kampfbedingungen wirksam werden zu lassen.

Fortsetzung auf Seite 38

„Ein anständiger Kommunist ist auf dem Ostermarsch"

Es war eine ungewöhnliche Neuerung: Die DKP veröffentlichte parteiintern als „DKP-Information" Nr. 9/Feb. 88 die Diskussion von der 9. Parteivorstandstagung Ende Januar mit insgesamt 25 Diskussionsbeiträgen und dem unvermeidlichen Schlußwort von Herbert Mies. Von der 10. Parteivorstandstagung wurden dann nur noch neun Diskussionsbeiträge veröffentlicht, obwohl mehr Beiträge in der Diskussion gehalten wurden. Als Ostern die 11. Parteivorstandssitzung stattfand, wurde nichts mehr veröffentlicht: Weder das Einleitungsreferat von Jupp Angenfort noch der Inhalt der 34 Wortmeldungen zum Thema noch das unvermeidliche Schlußwort von Herbert Mies. Was war geschehen? Gegenstand der Beratung war das im Entwurfstadium vorliegende Arbeitsprogramm „Bundesrepublik 2000", der Versuch eines Reformprogramms der DKP, mit dem sie versucht, politisch wieder in die Offensive zu kommen. Dem „Kommuniqué" in der UZ vom 12.4.88 war zu entnehmen, daß es eine Diskussion über den Entwurf gab, die dessen umfassende Überarbeitung zur Folge hatte, die eine einberufene Arbeitsgruppe leisten soll. So weit, so wenig sensationell.

Doch dann erschien am 3. Mai die „taz" mit einem spekulativen Kurzartikel über den Streit in der DKP-Zentrale und erreichte große Wirkung. Innerhalb der DKP scheint das Mißtrauen in die Nichtinformation der Mitglieder so stark, daß erstmal der „taz" so ziemlich alles geglaubt wird. Neu ist, daß Mitglieder darauf öffentlich reagieren (Leserbriefe an die UZ) und die UZ vom 21.5. sich zur Reaktion genötigt sieht (siehe unten). Die fällt entsprechend aus: Die „taz" wird nicht dementiert, stattdessen ein Ausfall versucht. Die „taz" hatte nämlich die Parteivorstandstagung vom 9./10.4. auf Ostermontag, den 11.4., verlegt, wo — wie Ulrich Sander in verbissener „Ironie" bemüht ist richtigzustellen — „eine anständige Kommunistin auf dem Ostermarsch" ist. Ergo Ellen Weber auch nicht „entmachtet" wurde, wohl aber im Kommuniqué keine Erwähnung fand. Auffällig bleibt der verkrampfte Versuch der UZ, die nichtvorhandene Glasnost in der Parteivorstandsdiskussion mit null Argumenten als richtig und gerechtfertigt zu legitimieren. Wir dokumentieren nachstehend Ursache „taz" und Wirkung UZ.

hr.

Die „taz", ein Leserbrief und (k)einmalige Vorgänge

Die „taz" hat in ihrer Hamburger Ausgabe vom 3. Mai von „bisher einmaligen Vorgängen" in der DKP berichtet. Leider liegt uns diese Lokalausgabe erst jetzt vor, so daß wir erst heute diese Vorgänge benennen können:

1. Die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen Weber wurde „entmachtet." 2. Am Ostermontag hat eine Parteivorstandstagung der DKP stattgefunden. 3. Die Tagung hat mit überwältigender Mehrheit die zweimaligen überwältigenden Mehrheiten für ein „umstrittenes" Programm der DKP wieder aufgehoben. 4. Eine „Reformkommission" wurde gestürzt und eine neue wurde berufen, und zwar jetzt auch mit „Glasnost"-Vertretern.

Diese Vorgänge sind nicht einmalig, sie sind keinmalig. Am Ostermontag befindet sich eine anständige Kommunistin auf dem Ostermarsch. Dort, auf dem Weg von Bochum-Werne nach Dortmund, Alter Markt, traf ich auch Ellen Weber. Sie machte keinen entmachteten Eindruck. Eine Parteivorstandstagung hat sie auch nicht geschwänzt, es gab sie ja nur in der Phantasie des Reiner Scholz von der „taz". Auf keiner Parteivorstandstagung wurde über ein „Reformprogramm" abgestimmt, und Kommissionen gab es auch keine zu stürzen. Wie es wirklich war, stand alles in der UZ. Deshalb ist auch die letzte Mitteilung des „taz"-Mannes falsch: „... schweigt sich die Parteipresse beharrlich aus."

Aufgrund der „taz"-Berichterstattung bekamen wir einen Leserbrief mit nachfolgendem Inhalt:

„Das Dokument ‚BRD 2000' wurde im Entwurf auf der jüngsten Parteivorstandstagung vorgelegt und einmütig zurückgewiesen (so ein Mitglied des Sekretariats des Bezirksvorstandes Bremen/NN). Daß es zu Meinungsverschiedenheiten über den Entwurf kam, war aus dem Kommuniqué in der UZ herauszulesen. In der Folgezeit habe ich auf weitere Veröffentlichungen von Redebeiträgen bzw. auf die ‚DKP-Information' gewartet. Leider vergeblich. Nun fällt mir zufällig die ‚taz' vom 3. 5. 88 in die Hand, und dort ist – mit entsprechender Süffisanz – dieser Fakt enthüllt. Diesen Vorgang finde ich unmöglich, und ich fühle mich als Funktionsträger in der Partei von meiner Zeitung total im Stich gelassen. Die derzeitigen Diskussionen in der Partei sind auch geprägt vom Lernen, unterschiedliche Meinungen zu ertragen und zu diskutieren. Das muß auch für das Umgehen mit solchen Vorgängen wie auf der jüngsten Tagung gelten. Ich will nicht angewiesen sein auf Gerüchte oder hämische Informationen über die DKP in anderen Zeitungen. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Partei verlange ich offene und ehrliche Berichterstattung gegenüber der Mitgliedschaft. Gerade in der Zeit engagierter und kontroverser Diskussion über unsere Strategie dürfen Dinge nicht hinter dem Berg gehalten werden.

Mit sozialistischem Gruß
Herbert Behrens,
Osterholz-Scharmbeck"

Wir schrieben zurück:

Lieber Herbert Behrens,

ich danke Dir für Deine Karte. Als Gast habe ich an der bewußten Parteivorstandstagung teilgenommen. Es ist das geschehen, was auch im Kommuniqué ausgesagt wurde:

„Der Parteivorstand der DKP beriet auf seiner 11. Tagung am 9./10. April 1988 in Düsseldorf den ersten Entwurf eines Dokuments, das unter dem Arbeitstitel ‚Bundesrepublik 2000' steht. Die Diskussion über den Entwurf leitete Jupp Angenfort, Mitglied des Präsidiums der DKP, mit einem Beitrag ein. Nach ausführlicher Diskussion, die von der Erarbeitung des Dokuments bestimmt war und an der sich 34 Genossinnen und Genossen beteiligten, faßte der Parteivorstand den Beschluß, den Entwurf umfassend zu überarbeiten. Eine Arbeitsgruppe wurde berufen. Sie wird der 12. Parteivorstandstagung, die am 17./18. Juni stattfindet, den Entwurf zur Diskussion und Beschlußfassung vorlegen. Dieser beschlossene Entwurf wird der Partei und der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben. In Ausführungen zu aktuell politischen Fragen nahm der DKP-Vorsitzende Herbert Mies zu Beginn der Tagung Stellung ..."

Ein Dokument war noch nicht fertig und noch nicht veröffentlichungsreif. Die Überarbeitung soll umfassend sein, dazu haben viele Redner gesprochen. Warum sollte der Parteivorstand das Dokument, das noch unzureichend ist, und das Referat sowie die Diskussion dazu veröffentlichen? Auch die Diskussion ohne das Dokument zu veröffentlichen, gibt keinen Sinn, sondern viele Rätsel auf. Daher hat sich der Parteivorstand gewissermaßen vertagt, um dann mit einem Dokumententwurf an die Öffentlichkeit zu treten, das vom ganzen Parteivorstand getragen wird.

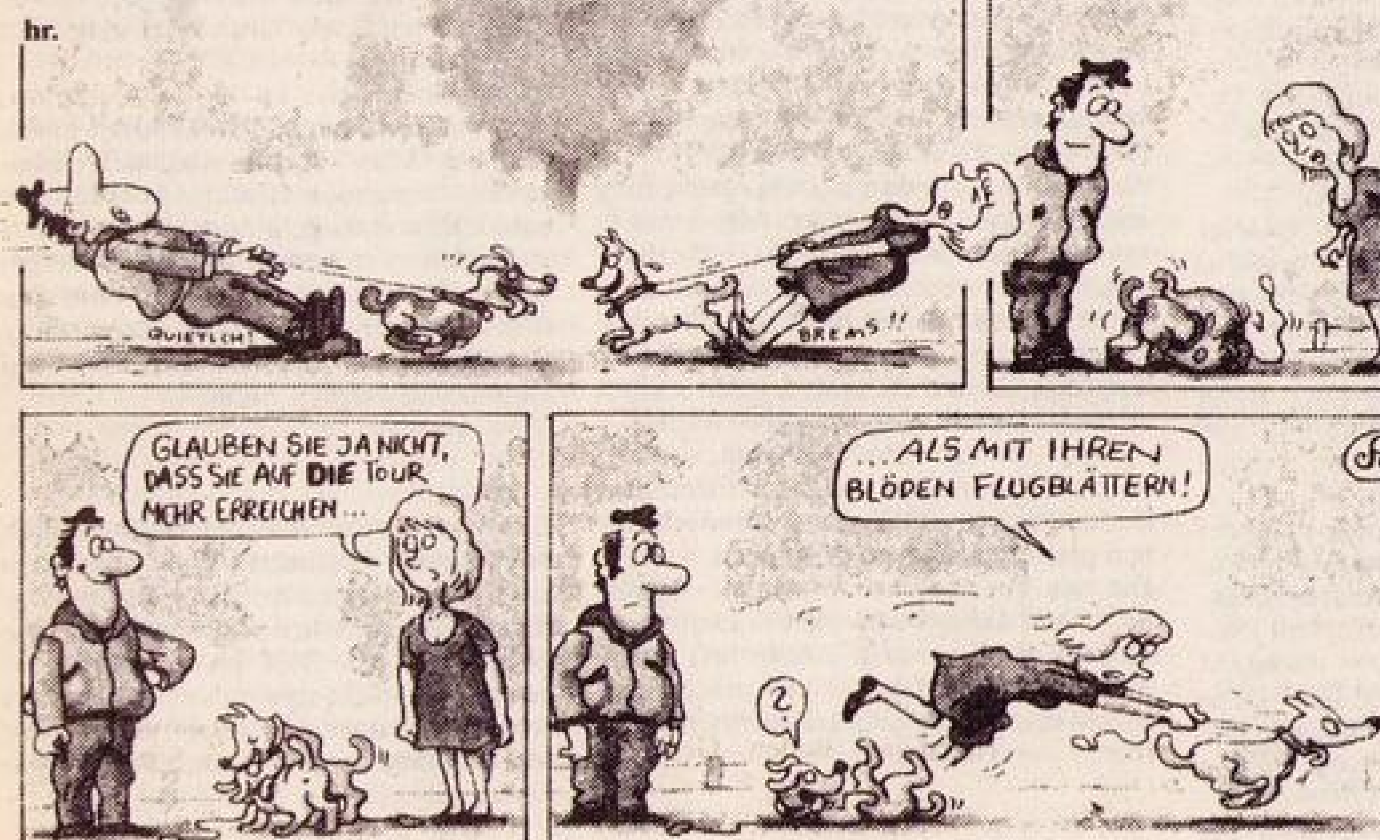
Wir können die „taz" nicht hindern, ihre Lügen und Spekulationen zu verbreiten. Etwas anderes ist, ob die Parteimitglieder diesen Lügen und Spekulationen oder den Veröffentlichungen (Kommuniqué und UZ-Berichterstattung) des Parteivorstands folgen. Ich meine, der Parteivorstand hat richtig gehandelt und bin sehr zuversichtlich, daß eine gute Entscheidung zustande kommt.

Im übrigen hat der Parteivorstand in einem Beschluß die vom Tagungspräsidium vorgeschlagene Veröffentlichungspraxis für diese Tagung bestätigt. Beim nächsten Mal kann durchaus eine andere Vorgehensweise beschlossen werden, z. B. möglicherweise die Veröffentlichung der Diskussionsbeiträge. Das liegt aber ganz in der Entscheidungsbefugnis dieser Körperschaft.

Mit sozialistischen Grüßen
Ulrich Sander

oben: taz, 3.5.88

Ein bösartiger Angriff auf die DKP-Massenpolitik in der UZ am 20.5.88



unten: UZ, 21.5.88

Heimlicher Kurswechsel

DKP-Mies jetzt doch für Reformen

Hamburg (taz) — Der Streit in der DKP-Parteizentrale hat offensichtlich eine Schärfe erreicht, die man den einzelnen Parteimitgliedern nicht zumuten mag: Obwohl bereits vor über einem Monat die bis dato am Reformprogramm „Bundesrepublik 2000" bastelnde Kommission unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Ellen Weber entmachtet wurde, hat die zuständige Parteipresse über diesen bisher einmaligen Vorgang in der Geschichte dieser Partei mit keinem Sterbenswörtchen berichtet.

Auf der Parteivorstandstagung am Ostermontag wurde der vorliegende Weber-Entwurf vom Vorsitzenden Herbert Mies kritisiert. In ihm fanden sich weder klare Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung noch klare Aussagen zur Entwicklung in der Sowjetunion. Die Formulierung, die DKP unterstütze den dortigen Prozeß, ohne zu sagen, welchen denn, wurde ebenso kritisiert wie Stilblüten à la: „Die DKP ist für eine weitere Steigerung der Agrarproduktion." Mit etwa der gleichen überwältigenden Mehrheit, mit der auf den beiden vorherigen Sitzungen für das umstrittene Programm gestimmt wurde, lehnte der Parteivorstand nun unter dem Eindruck der überraschend reformfreudigen Rede von Herbert Mies das vorgelegte Programm ab. In die neue Kommission wurden nun die parteiweit anerkannten Wirtschaftsexperten und Glasnost-Vertreter Jörg Huffschmid und Heinz Jung berufen. Der Sturz der bisherigen Reformkomission, die nach glaubwürdigen Aussagen von Insidern die Formulierungen direkt aus Ost-Berlin bekamen, bedeutet gleichzeitig eine besonders peinliche Niederlage für die stellvertretende Vorsitzende Ellen Weber, die als Hardlinerin und besondere Vertraute des SED-Apparates gilt. Sowohl über die neubesetzte Reformkommission als auch die eindeutige Zurückweisung des bisherigen Entwurfs und über die Rede ihres Vorsitzenden Herbert Mies schweigt sich die Parteipresse beharrlich aus.

Reiner Scholz



Wie weiter DKP?

Bemerkungen zu einigen Fragen, die uns bewegen sollten

von Helmut Krebs

Dokumentation

Im folgenden dokumentieren wir, um das Eingangskapitel gekürzt, den ersten Teil eines umfassenden Einschätzungspapiers eines Karlsruher DKP-Mitgliedes zur Krisendebatte in der Partei vom 2. Dezember 1987. In den nachfolgenden Kapiteln fragt der Autor, wie der Sozialismus aussehen soll und entwickelt seine Vorstellungen von Demokratie, zur Entwicklung der Bündnispolitik gegenüber SPD und Grünen, zur Wahlstrategie, zum Verhältnis der Partei zu den Intellektuellen, zur mangelnden Diskussionskultur in der DKP sowie der innerorganisatorischen Demokratie. Den Text haben wir übernommen aus „Aufbruch" — Dokumente und Materialien Nr.2 vom 11.5.88. Herausgeber: Volker Einhorn, Hindenburgstraße 64, 8520 Erlangen, Tel. 09131/26405.

(...)II. Angesichts der anhaltend schlechten Wahlergebnisse hat die DKP-Führung eine Argumentation entwickelt, die einerseits die Ursachen auf die Schwere der Existenzbedingungen zurückführt. In der letzten Zeit werden auch subjektive Mängel eingeräumt — insbesondere ein zu Wenig an Einsatz, allgemeine Führungsprobleme etc. Andererseits soll nachgewiesen werden, daß die Entwicklung unseres Masseneinflusses insgesamt trotzdem positiv ist. In dieser Hinsicht wird immer wieder auf die Verankerung in den außerparlamentarischen Bewegungen und in Betriebsräten, in Gewerkschaften und anderen fortschrittlichen Organisationen verwiesen, um zu beweisen, daß unser Einfluß größer ist, als er sich in Wählerstimmen ausdrückt.

Das ist schwer zu quantifizieren und zu beweisen. Es muß außerdem kritisch angemerkt werden, daß eine solche Gegen-

Das ist schwer zu quantifizieren und zu beweisen. Es muß außerdem kritisch angemerkt werden, daß eine solche Gegen-

überstellung nicht ermutigt — im Gegenteil: Auch wenn man dieser Betrachtungsweise folgt, ist sie im Grunde deprimierend. Die Frage ist doch, warum sich dieser postulierte Einfluß *nicht* in Stimmenzuwachs umschlägt.

Ich meine weiter, daß sich in dieser These auch eine gehörige Portion Wunschdenken verbirgt. Dabei will ich gar nicht bestreiten, daß sich die Zahl unserer Betriebsräte erhöht hat, daß wir als Teil der Gewerkschaften (wie auch anderer Organisationen) selbstverständlicher akzeptiert werden; die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind ebenso vom Tisch wie die Ablehnungsbeschlüsse der SPD; ich will nicht bestreiten, daß sich z.B. in der IG Metall gerade in den letzten Jahren positive Entwicklungen ergeben haben, die wir mit angeschoben haben ... Unzweifelhaft hat sich das demokratische und fortschrittliche Potential in der BRD gestärkt. Wenn man dies aber in Bezug setzt zum Abschneiden der DKP bei Wahlen, dann muß man schon genauer untersuchen, ob und inwieweit sich dabei der „Einfluß der DKP" vergrößert hat, man muß genau hinsehen, ob sich der Einfluß der DKP im Hinblick auf unsere originären, unverwechselbaren, sozialistischen, revolutionären Ziele verbreitert hat *oder ob es sich vielmehr um eine Art von Assimilation handelt*, bei der das Profil der jeweiligen Organisation und Bewegung und das der DKP nicht deutlich zu differenzieren ist.

Ich gehe davon aus, Wähler der DKP unterstützen das, was sie als die Botschaft der drei Buchstaben *DKP* verstehen: Sozialismus in der BRD plus Moskauorientierung.

Der größte Teil der Wähler, die uns seither aus primär anderen Gründen gewählt haben (z.B. Protestwähler, allgemeine Linkswähler) sind zu den Grünen abgewandert. In der Diskrepanz von relativ guter Verankerung im fortschrittlichen Lager und der ungenügenden Zustimmung im Wahlverhalten drückt sich die differenzierende Haltung der fortschrittlichen Kräfte uns gegenüber aus: Interessenvertretung wird anerkannt — die Ziele, jedenfalls in ihrer engen Identifikation mit der Realität in den sozialistischen Ländern, werden abgelehnt.

Man muß auch unterscheiden zwischen dem Einfluß der DKP als Partei und der Rolle, die das einzelne Mitglied spielt. Auch wenn die einzelnen Mitglieder ihre persönliche Arbeit als Ausdruck der Parteiarbeit auffassen, das Umfeld nimmt dies oft ganz anders wahr. Man schätzt die Genossinnen und Genossen als Kollegin und Kollegen, in der Friedensarbeit usw. Man fragt sich aber oft, wie solch ein netter Mensch, der so fähig ist, sich mit den Kollegen zu verbinden, in solch einer harten und dogmatischen Partei sein kann. Sympathie zum einzelnen Mitglied münzt sich nicht automatisch um in Sympathie für die Partei. Und dies liegt meiner Meinung nach teilweise auch daran, daß die Partei in ihrem „offiziellen" Erscheinungsbild noch ein großes Defizit demgegenüber aufzuweisen hat, was ein Mitglied auszeichnet, das erfolgreiche Interessensvertretungs-und Bündnispolitik entwickelt: Dialogfähigkeit und Partnerschaftlichkeit, Autonomie im Denken und Handeln, Lebendigkeit und Individualität in Sprache und Ausdruck, subjektive Betroffenheit. Ich will den Schlußfolgerungen für unsere Politik und die Organisation an dieser Stelle jedoch nicht vorgreifen. Verankerung in den vielfältigen Organisationen und Bewegungen ist überwiegend Ausdruck unserer jeweils persönlichen Verwurzelungen, nicht aber gleichzusetzen

und Bewegungen ist überwiegend Ausdruck unserer jeweils persönlichen Verwurzelungen, nicht aber gleichzusetzen

mit dem Einfluß marxistischen Denkens oder dem der politischen Partei. Zieht man von allen persönlichen Verankerungen jene ab, bei denen die Bestätigung der Mitglieder durch das Umfeld nur auf der Grundlage der Nützlichkeit ihrer Arbeit für das jeweilige singuläre Interesse der Organisationen, Bewegungen usw. beruht, bleibt nur ein kleiner Rest echt revolutionären, direkten Einflusses.

Kurz gesagt: In der relativ breiten Verankerung unserer Genossen drückt sich auch der Umstand aus, daß wir nur zu oft die „nützlichen Idioten" für andere sind. Das erklärt, daß die Diskrepanz, die ich hier diskutiere, eigentlich kein echter Widerspruch ist.

In fast 20 Jahren haben wir für uns im Grunde nur erreicht, daß man sich an uns gewöhnt hat. Wir haben uns eingefressen in die fortschrittliche Bewegung. Es ist nicht mehr so leicht, uns auszugrenzen, zu verbieten und zu isolieren. Wir sind geduldet, teilweise (vor allem aufgrund unseres Eifers und unserer Einsatzbereitschaft) geschätzt. Viel mehr jedoch nicht. Diese Misere drückt sich gut im Kampffeld „Berufsverbote" aus. Dem bürgerlichen Staat ist es möglich, uns mittels Berufsverbote zahlreiche Niederlagen beizubringen und uns jahrzehntelang in Abwehrkämpfe zu verwickeln. Trotz einzelner Erfolge und struktureller Fortschritte ist es uns nicht möglich, diese Behinderung und Diskriminierung abzuschütteln und durchschlagend erfolgreich zu sein. Dazu trägt auch bei, daß sich die DKP z.B. in Baden-Württemberg als Partei praktisch aus diesem Kampffeld abgemeldet hat. Insgesamt aber zeigt sich darin die Ambivalenz unserer Stärke und Schwäche: es ist ein Außenseiterdasein, klein, zäh, verbissen.

Resultat der DKP-Geschichte: Wir sind immer noch da. Aber bleiben wir auch *da?*

III. Da ist zunächst einmal zu fragen, ob die Diskrepanz der Resultate gemessen an den Erwartungen in *überzogenen Erwartungen* oder in *selbstverschuldeten Mängeln* liegt, also nach den objektiven und subjektiven Ursachen.

Als Angehöriger der 68er Generation gehe ich von meiner persönlichen Entwicklung aus, die ich als Teil eines kollektiven Schicksals begreife.

Angesichts der krisenhaften Erschütterungen eines bis dahin unerschütterlich scheinenden CDU-Staates am Ende der 60er Jahre (Wirtschaftskrise 1966/67, außerparlamentarische Bewegungen 1967-1970, Septemberstreiks 1969) haben wir gehofft, daß sich die Verschärfung und Häufung der krisenhaften Entwicklungen in eine allgemeine, d.h. in eine politische, wirtschaftliche und geistige Systemkrise umwandeln könne. Wir haben geglaubt, daß es in wenigen Jahrzehnten, im Rahmen unserer Lebensperspektive, gelingen könnte, dieses System zum Sozialismus zu bringen, jedenfalls eine starke sozialistische Bewegung aufzubauen, daß wir daran arbeiten müssen, diese Entwicklung zu begünstigen und herbeizuführen. Diese subjektiven Überlegungen waren Motive, die nach dem Scheitern der antiautoritären Revolte zum Eintritt in die DKP bewegt haben.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die Energiekrise und andere krisenhafte Erscheinungen, verbunden mit der Politik des Sozialabbaus unter der Regierung Schmidt in der ersten Hälfte der 70er Jahre, haben diese Erwartungshaltung bestärkt. Sie wurde auch von Seiten der marxistischen Theorie unterstützt und genährt, insbesondere von den Anfang der 70er Jahre aktuellen Diskussionen über die *dritte Etappe der Allgemeinen Krise.*

nährt, insbesondere von den Anfang der 70er Jahre aktuellen Diskussionen über die *dritte Etappe der Allgemeinen Krise.*

Heute sehen wir keinen direkten Zusammenhang mehr mit dem Lauf der Geschichte und unseren unmittelbaren Lebenszielen. Wir haben die Labilität dieses kapitalistischen Systems der Bundesrepublik (wie auch der anderen hochentwickelten Länder) überschätzt, seine Fähigkeit, mit Krisen fertig zu werden, unterschätzt. Wir haben nicht erwartet, daß der Kapitalismus die wissenschaftlich-technische Revolution in dem Sinne „meistert", daß er im Rahmen seiner Schranken die weitere Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur erlaubt, sondern diese in geradezu historischer Dimension vorantreibt und zwar, indem er den sozialistischen Ländern in dieser Beziehung davonzueilen droht. (Die Arbeitsproduktivität der Sowjetunion beträgt im Verhältnis zur USA etwa 50% und dieser Abstand hat sich seit 1970 um nur 2-Prozent-Punkte, in der Zeit von 1980 bis 1984 nicht verringert! In der gesamten Zeit meiner bisherigen Parteizugehörigkeit habe ich von Seiten der Parteiführung stets die Theorie vernommen, daß sich der Sozialismus dem Kapitalismus auch darin überlegen zeige, daß er die Produktivkräfte rascher entfalte. Und heute vollzieht sich vor unseren Augen der Kampf der sowjetischen Kommunisten, eine fünfzehnjährige Stagnation zu überwinden und das Zurückbleiben hinter den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu verhindern.)

Wir haben uns auf eine historisch überschaubare Periode des Niedergangs des kapitalistischen Systems in den Hauptländern eingestellt und stehen heute vor dem Ergebnis, daß die Wirtschaft der hochentwickelten kapitalistischen Länder reicher denn je dasteht, während die mangelhaften Erscheinungen in den Wirtschaftsentwicklungen der sozialistischen Länder sich nun nicht mehr länger leugnen lassen. Zwar nehmen die Reibungen zu. Auseinandersetzungen mehren sich, aber die Überwindung des Systems, der Gedanke der Revolution, die sozialistische Alternative ist keinen Schritt vorangekommen.

Die Aufgabe, die sich angesichts dieses *Ergebnisses* stellt, ist: Im Rahmen einer dynamischen Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sich auf eine *unüberschaubar* lange Periode von Auseinandersetzungen *innerhalb der Schranken dieses Systems* einzulassen und dabei *die Entfaltung der sozialistischen Kräfte optimal zu gewährleisten.* Was uns fehlt, in den Begriffen des DKP-Programms ausgedrückt, ist ein schlüssiges Konzept unserer Arbeit *bis* zur Durchsetzung einer antimonopolistischen Koalitionsregierung, eine Strategie für den Kampf um die Durchsetzung einer Wende zu einem sozialen, demokratischen und ökologischen Fortschritt, zu Frieden und Abrüstung. Unsere Misere und Herausforderung ist es, revolutionäre Politik zu machen ohne Hoffnung auf das Heranreifen einer „revolutionären Situation" im Sinne der klassischen Definition Lenins und ohne Chance, durch unsere Aktivität etwas zur Schaffung einer solchen Situation beitragen zu können. Wir können noch nicht einmal mit wissenschaftlicher Bestimmtheit voraussagen, daß eine revolutionäre Situation in den kommenden Jahrzehnten, ja überhaupt jemals in der BRD eintreten wird. Aussagen diesbezüglich sind Glaubensbekenntnisse. Und weiter noch — ich bin mir auch nicht sicher, ob wir uns eine solche Situation überhaupt wünschen können („massenhaftes Elend", „allgemeine Zerrüttung"). Wir müssen darüber nachdenken, welche realistische Perspektive der Sozialismus unter diesen Voraussetzungen in unserem Land und in Europa hat. Unsere Strategie

müssen darüber nachdenken, welche realistische Perspektive der Sozialismus unter diesen Voraussetzungen in unserem Land und in Europa hat. Unsere Strategie

basiert aber ganz auf der Aufgabenstellung, die subjektiven Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausnützung einer „revolutionären Situation" zu schaffen, deren Eintreten stillschweigend vorausgesetzt wird. Wir folgen dabei den geschichtlichen Erfahrungen der Oktoberrevolution. Nur wird sich die Geschichte nicht mehr wiederholen.

Ich halte die Stagnation auf dem Gebiet des parlamentarischen Kampfes nicht für eine vorübergehende Verlangsamung einer an sich positiven Entwicklung. Relative Stagnation kennzeichnen auch die anderen quantitativen Merkmale: Mitgliederentwicklung, Verbreitung der UZ usw. Für mich drückt sich darin eine neue Erfahrung aus. Sie besagt, daß die höhere Form der Konflikte in unserem Land keine günstigeren Voraussetzungen für einen Übergang zum Sozialismus beinhalten. Vielmehr wenden sich die Konfliktpotentiale solchen Organisationen zu, die ein kämpferisches Austragen innerhalb der Schranken des kapitalistischen Gesellschaftssystems anstreben. Es besteht (neben den integrativen Tendenzen) eine Tendenz zur scharfen parlamentarischen Opposition (Grüne), kämpferischen Gewerkschaften, aggressiven Umweltschutzorganisationen (Greenpeace), zur breiten Friedensbewegung, zur Abgrenzung in Subkulturen, aber keine Tendenz zum Sozialismus. Unser Angebot an diese Konfliktpotentiale, der Ausweg in ein höheres Gesellschaftssystem, wird nicht angenommen. Dies läßt sich meiner Meinung nach nicht allein durch unsere relative Schwäche erklären. Auch dort, wo wir präsent sind, fällt unsere Botschaft auf keinen fruchtbaren Boden. Gerade darin drückt sich in meinen Augen die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Systems der BRD aus, die instinktiv anerkannt wird. Das ist nicht nur und nicht primär auf Mängel unserer Propaganda zurückzuführen, obwohl diese eklatant sind. Dies ist kein „sterbender Kapitalismus". Er ist quicklebendig. Dazu gehört auch seine Fähigkeit, Widersprüche zu exportieren, die Ausbeutung der armen Länder, Raubbau an den Naturreichtümern im globalen Maßstab.

Auch von solchen Ländern, die schon seit Jahren ein höheres Konfliktpotential haben, läßt sich nicht behaupten, daß der Trend zur allgemeinen Krise verläuft — auch in Italien, in Frankreich, ganz zu schweigen von Großbritannien, ist die kommunistische Bewegung nicht auf dem Vormarsch.

IV. Insbesondere tritt die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution nicht mehr klar zu Tage aus der *sozialen Frage.* Der Übergang zum Sozialismus ist auch meiner Meinung nach Hauptmerkmal des Charakters unserer Epoche. Wir sollten uns diesbezüglich jedoch an historische Maßstäbe gewöhnen. In den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere in der BRD, in der das Kapital zweimal am Rande des Machtverlustes stand, und in anderen Ländern mit einer langjährigen Dominanz des reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung entwickelt die soziale Frage keine Dialektik, die eine Tendenz zum Sozialismus begründet.

Die materielle Lage selbst der elendsten Schichten der Arbeiterklasse in der BRD ist nicht so schlecht, daß die Not zum Himmel schreit, daß Hunger herrscht, daß der revolutionäre Sturz des Systems eine Überlebensfrage geworden ist oder zu werden beginnt. Dies war aber charakteristisch für die Situation während der Oktoberrevolution und der No-

ist oder zu werden beginnt. Dies war aber charakteristisch für die Situation während der Oktoberrevolution und der No-

vemberrevolution in Deutschland.

Selbst die Elenden, die Arbeitslosen, Obdachlosen, Sozialrentner sind kein Nährboden für revolutionäres Ideengut. Die arbeitende Bevölkerung ist in ihrer Mehrheit materiell versorgt. Sie verdient so viel, wie sie zum Leben braucht. Und der Lebensstandard ist im internationalen und historischen Vergleich hoch. Das bedeutet nicht, daß es keine Ausbeutung mehr gibt oder daß das Leben gar auf Rosen gebettet wäre. Aber die Arbeiter und Angestellten wissen sehr genau, daß sie es in fast keinem Land der Erde besser hätten als hier, bei allen Risiken, trotz Ausbeutung und alledem. Die sozialen Konflikte drängen nach Lösungen innerhalb des kapitalistischen Systems. Es sind Verteilungskämpfe. Insbesondere der letzte Tarifabschluß der Metallindustrie zeigt die Integrationsfähigkeit der Wirtschaft. Diese ist in meinen Augen eine langfristige Rahmenbedingung des ökonomischen Kampfes und damit auch des politischen Geschehens.

Lenin sprach davon, daß das revolutionäre Bewußtsein durch eine aktive marxistische Partei in die Massen getragen werden muß. Spontan entstünde nur gewerkschaftliches Bewußtsein. Insofern konnte noch nie die Rede sein von einem spontanen Entstehen revolutionären Bewußtseins. Er sagte dies jedoch auf eine Situation bezogen, in der es nur nötig war, diese revolutionäre Propaganda zu betreiben, um den spontan nach Auswegen suchenden Arbeitermassen revolutionäres Bewußtsein beizubringen. Heute fällt eine sozialistische Propaganda auf überwiegend taube Ohren in der Arbeiterklasse. Insofern spreche ich davon, daß es keine spontane *Tendenz* zum Sozialismus

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gibt, obwohl ich von seiner *objektiven* Notwendigkeit überzeugt bin.

Bei den anderen neuen (neuen-alten) Konfliktfeldern (Frieden, Umweltschutz, Demokratie, Frauen, Jugend usw.) verhält es sich ebenso: Sie zeigen zwar dem theoretisch Geschulten die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation, insbesondere von internationalen Beziehungen, die nach den kommunistischen Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität von Reich mit Arm und des Friedens gepflegt werden, aber auch diese Konfliktfelder entwickeln keine spontane Tendenz, die über die Schranken des Gesellschaftssystems hinausdrängt.

Darum funktioniert das Kernstück unserer strategischen Konzeption auch nicht: ich meine das Schaffen revolutionären Klassenbewußtseins über den Kampf um Reformen. Das ist aber wiederum die Hauptaufgabe unserer Interessensvertretungspolitik, die wiederum die gesamte Anlage der Parteiarbeit bestimmt.

Unsere Interessensvertretungspolitik ist überwiegend das, was Lenin mit „Ökonomismus" bezeichnet hat — obwohl wir mit einer anderen Absicht und einer anderen Konzeption arbeiten. „Ökonomismus", d.h. in diesem Zusammenhang der Kampf um die Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen innerhalb des kapitalistischen Systems als Hauptinhalt des Kampfes, ist das unerwünschte, aber unausweichliche Ergebnis einer *Interessensvertretungspolitik in einem integrationsfähigen Kapitalismus.* „Ökonomismus" als willkürliche Beschränkung unserer Aktivitäten auf die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen im Sinne einer Reduzierung kommunistischer Politik auf eine linke Gewerkschaftspolitik ist die zweite Erscheinungsform der gegenwärtigen Linie der Parteiarbeit, wie ich sie insbesondere aus Baden-Württemberg kenne. Leider ist das Bleibende auch nicht die „immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter", jedenfalls nicht in der revolutionären Partei.

Der Sozialismus ist die *theoretisch bessere Lösung* der Frage des Gesellschaftssystems, aber er ist *keine immanente Notwendigkeit* — so lange, wie der bürgerliche Staat und die Kapitale flexibel genug bleiben, um den Konflikten durch Teilzugeständnisse die Spitzen abzubrechen. Dies kann so lange funktionieren, wie dieses System imstande ist, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und seine Produktionsverhältnisse zu modernisieren und durch Ausbeutung der Dritten Welt Zusatzprofite zu erwirtschaften.

Die Frage ist, geben wir das Ziel überhaupt auf, wie es die Revisionisten am Übergangspunkt zur imperialistischen Entwicklung getan haben, ebenfalls aus Überlegungen heraus, die die Entwicklungsfähigkeit des Wirtschaftssystems betrafen, oder suchten wir nach einer Konzeption, die diesen Bedingungen Rechnung trägt.

Dies bedeutet nicht, Interessensvertretungspolitik prinzipiell in Frage zu stellen. Sie muß natürlich ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit bleiben, schließlich geht es dabei um unsere eige-
tungspolitik prinzipiell in Frage zu stellen. Sie muß natürlich ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit bleiben, schließlich geht es dabei um unsere eige-
nen Interessen. Wir sollten sie jedoch nicht primär als Vehikel zur Schaffung revolutionären Bewußtseins betrachten und als Feld für die Sympathiewerbung der Partei.

V. *Der Kampf um den Sozialismus unter diesen Bedingungen ist ein Kampf um Ideen.* In einer Situation des Fehlens von Elendsdruck wird die Masse der Arbeiterklasse und der Mittelschichten eine sozialistische Umgestaltung (in hypothetischer Zukunft) dann mittragen und die Stärkung der sozialistischen Kräfte unterstützen, wenn sich die Linkskräfte als die geistig und persönlich Überzeugenderen erweisen und wenn der von uns angestrebte gesellschaftliche Umbruch *sanft* verläuft. Sie werden nur einen Umbruch akzeptieren, der ohne tiefe Einschnitte in die wirtschaftliche Lage, in die Versorgung, und ohne Eingriffe in die Demokratie und die Freiheitsrechte verläuft, eine Umgestaltung ohne Waffengewalt des revolutionären Lagers, strikt auf der Basis eines *Verfassungskonsens.*

Dies ist nur denkbar als ein historischer Prozeß, der Jahrzehnte dauern kann und der mit Sicherheit nicht gradlinig verläuft, sondern Rückschläge erleidet, unterbrochen wird und wieder von vorne beginnt.

Letztlich durchsetzen läßt sich eine sozialistische Umgestaltung in dem wirtschaftlichen Gefüge der EG und dem politisch-militärischen der NATO nur gemeinsam mit einigen anderen Ländern Westeuropas. Auf die Problematik dieser internationalen Verflechtungen sowohl des ökonomisch-politischen Mechanismus als auch der sozialistischen Bewegung kann ich hier nur hinweisen. Es ist im übrigen eine noch weitgehend unerforschte Frage. Die Linke muß für eine Öffnung des Wegs zum Sozialismus also in der Weise kämpfen, daß sie selbst als Protagonist dieser Perspektive attraktiv ist, als Strömung eine Gravitationskraft gewinnt, die geistig fasziniert und glaubwürdig eine höhere Form der Lebensweise verkörpert. Sozialismus muß vor allem mit dem Geist und dem Ziel der Bewegung identifiziert werden, nicht mit den Verhältnissen in den Ländern des realen Sozialismus. Sozialismus muß vor allem *die Idee der Lösung der gesellschaftlichen Probleme durch die Gesellschaft selbst* sein — das ist die *Idee der demokratischen Lösung*, Sozialismus ist Demokratie, Freiheit, wirtschaftliche Selbstbestimmung, materieller Wohlstand, soziale Sicherheit, eine hohe Kultur und Vielfalt des Lebens auf der Basis demokratischer Eigentums- und Verkehrsformen. Sozialismus muß an den Idealen des *Kommunismus* orientiert werden, der humanistischen Alternative für die Entwicklung der Geschichte, die bisher die Geschichte der Klassengesellschaften war.

Historische Aufgabe des Sozialismus ist die Lösung

— der Kernfrage der *bürgerlichen Revolution* (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) d.h. der demokratischen Revolution

— der Kernfrage der *sozialistischen Revolution*, der sozialen Frage (Ausbeutung und Entfremdung, die Eigentumsfrage) und dies insbesondere im globalen Maßstab

— der neuen Fragen der Beziehungen zu den *natürlichen Lebensgrundlagen* (Ökologie) und die Frage nach dem *Überleben der Gattung* (Frieden).

Der Kampf um den Sozialismus als Kampf der Gesellschaftsordnungen ist heute mehr denn je ein Kampf um die besseren Ideen, um die Köpfe der Menschen und dies im internationalen Maßstab. Dies ist der Sinn der Gorbatschow-Initiative („Bis zum Jahr 2000 atomwaffenfrei"), dessen Schlußbemerkung die Herausforderung an die Welt des Imperialismus beinhaltet, die Systemfrage als friedlichen Wettbewerb auszutragen.

Dies bedeutet für uns, die wir innerhalb dieses imperialistischen Gesellschaftssystems leben, daß wir die Aufgabe wahrnehmen müssen, die aggressiven, auch vor dem kollektiven Selbstmord nicht zurückweichenden Kräfte zu zügeln. Es ist die Verantwortung, aus der Zuspitzung der Klassenkämpfe, die wir durchaus mit revolutionärem Ziel mittragen und stimulieren, keine Überlebensfrage der Gattung Mensch werden zu lassen, d.h. Klassenkampf, revolutionärer Übergang, nicht um jeden Preis.

In der Idee von der „Koalition der Vernunft" sehe ich eine geistige Verwandtschaft und einen direkten Ansatzpunkt für eine Politik auf der Basis des Verfassungskonsens.

VI. Ich bin dafür, daß wir diesen Gedanken aufgreifen, indem wir unsere Revolutionsstrategie als *friedlichen Kampf um die geistige Hegemonie* definieren. Der Sozialismus setzt sich durch, wenn diese Idee von den Massen getragen wird.

Dies setzt ein anderes Verhältnis zu anderen Linkskräften und ein anderes Selbstverständnis voraus. Dies setzt auch ein anderes Sozialismusbild voraus. Die Frage Sozialreform und Revolution muß neu aufgeworfen werden.

Unter „friedlichem Weg" verstehe ich einen politischen Kampf, der den Bürgerkrieg als Kulminationspunkt der Auseinandersetzung nicht nur nicht wünscht, sondern prinzipiell ausschließt, indem wir alles tun, um den Gegner (aber auch die ultralinken Hitzköpfe) daran zu hindern, ein Abgleiten dahin herbeizuführen. „Friedlicher Weg" ist die Beschränkung der politischen Mittel auf die verfassungsmäßigen, also der Verzicht auf Waffengewalt, Putsch, Konspiration zur Durchsetzung seines eigenen Willens, aber auch der Verzicht auf die Abschaffung elementarer Freiheits- und Menschenrechte durch den sozialistischen Staat, was unweigerlich einen „unfriedlichen Widerstand" des Gegners provozieren und leichter legitimieren würde.

„Friedlicher Weg" beinhaltet die Entwicklung einer hohen demokratischen Empfindlichkeit, eines breiten Wertebewußtseins hinsichtlich verfassungsmäßiger und rechtsstaatlicher Verhältnisse, an dem sich sowohl der Gegner als wir selbst uns messen lassen müssen.

Darum müssen in diesem Punkt unsere Aussagen so eindeutig sein, daß keinerlei Fehlinterpretationen möglich sind. Es darf kein Offenhalten der Gewaltfrage (Anwendung nichtverfassungsmäßiger Gewalt) geben. Gerade im Hinblick auf die dem Imperialismus wesenseigene Aggressivität müssen wir eine breite geistige und politische Basis zum Schutz der demokratischen Freiheiten gegen ihren Abbau durch den bürgerlichen Staat schaffen. Der Impuls dieser *demokratischen Bewegung* muß nahtlos in die *sozialistische Bewegung* hineinwirken. Diese darf in ihren Werten und Maximen der demokratischen Bewegung nicht widersprechen. Sozialismus ist die höhere Form der Demokratie. Bisher wurden theoretische Überlegungen in der DKP hauptsächlich in die Richtung angestellt, wie die politischen Gegner des Sozialismus von der Machtausübung ferngehalten werden können. Dabei sind primär administrative Lösungen vorgeschlagen worden. Wir sollten mehr darüber nachdenken, wie wir die demokratische Bewegung zu einer starken Kraft machen, und wie wir in dieser Beziehung das bürgerliche Lager spalten können.

Strikte Verfassungsmäßigkeit schließt natürlich Kampfformen wie Streiks, Demonstrationen usw., aber auch Formen des gewaltfreien Widerstandes wie Blockaden, Boykotts usw. mit ein, die geringfügige Ordnungswidrigkeiten sind, aber nicht auf die Demontage der verfassungsmäßigen Verhältnisse hinauslaufen.

Wie sich der Sozialismus konkret gestalten wird, das entscheidet sich nicht irgendwann einmal, sondern schon in der Gegenwart werden die Weichen gestellt, die einmal grundlegend für die Entwicklungen der Zukunft werden können. Die Beziehungen der Klassen zueinander (Härte des Kampfes) und der politischen Kräfte, die sich heute herausbilden, sind die Grundlage für die politischen Beziehungen auch in Zukunft. An diesem Punkt wird das Programm der DKP ziemlich verwaschen. Da werden Möglichkeiten und Präferenzen genannt (ständig heißt es nur „strebt an", „hängt ab von"), aber klare und eindeutige Feststellungen im Hinblick auf die Beschränkung der Kampfmittel, den Verzicht nicht verfassungsmäßiger Gewalt fehlen.

Die Festlegung auf den „friedlichen Weg" ergibt sich notwendigerweise auch aus der Anhäufung der materiellen Repressionsmittel des kapitalistischen Klassenstaates, quasi seiner militärischen Logistik. Man studiere einmal den Aufstandsplan der Bolschewiki 1917 und frage sich, ob das heute noch in dieser Weise denkbar ist. Schließlich war die Oktoberrevolution auch erst möglich, nachdem der Krieg das Land zerrüttet und die Armee sich zersetzt hatte.

Leninismus?

Im Rahmen der derzeitigen Diskussion in der DKP über die innerparteiliche Demokratie ist ein Partei-Bildungsheft zum Thema erschienen. Aus diesem Heft veröffentlichte die UZ — aus gegebenem Anlaß? — einen Abschnitt „Was sind Fraktionen?", an dem der Bezug auf Lenin interessant ist:

„In der Diskussion um die organisationspolitischen Prinzipien einer kommunistischen Partei taucht zuweilen der Begriff ‚Fraktion' auf. Im Programm der DKP wird ausdrücklich festgestellt: ‚Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei.' (S.87)
wird ausdrücklich festgestellt: ‚Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei.' (S.87)

Manche meinen, Fraktionen seien nicht anderes als die Äußerung unterschiedlicher Auffassungen in der Partei; wenn man Fraktionen als unzulässig erkläre, verhindere man die Meinungsfreiheit, die Meinungsvielfalt, letztlich die Diskussion.

Diese Vermutungen sind nicht richtig. Fraktion ist nicht, wenn Parteimitglieder andere Meinungen als die der offiziellen Parteipolitik oder die der Parteiführung vertreten. Das ist aller Genossinnen und Genossen Recht. Fraktionsbildung ist auch nicht, wenn Mitglieder gefaßte und somit für alle verbindliche Beschlüsse für nicht richtig halten.

Fraktionsbildung aber ist zu Beispiel, wenn Mitglieder sich insgeheim oder offen untereinander absprechen, einen Beschluß nicht auszuführen.

Fraktionsbildung ist, wenn Mitglieder sich zu Gruppen außerhalb des Organisationsaufbaues der DKP zusammenfinden, also ‚Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen', bilden. So Lenin (Bd. 32, S. 245-248).

Lenin weiter: ‚Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form, ohne jegliche Verschleppung, an die örtlichen und zentralen Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. Jeder, der Kritik übt, muß außerdem, was die Form der Kritik betrifft, Rücksicht nehmen auf die Lage der Partei ... und in Bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der ... Parteiarbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder in der Praxis korrigiert werden.' (Ebenda)

Lenin betont die Notwendigkeit, ‚daß die Kritik rein sachlich geführt wird und keinesfalls Formen annimmt, die den Klassenfeinden des Proletariats förderlich sein können'. Es seien ‚alle wie immer gearteten sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit' zu prüfen und ‚in der praktischen Arbeit' zu erproben."(UZ, 13.4.88)

Daß Fraktionen abzulehnen, „trotzkistisch" sind, ist Allgemeingut in der DKP. Auch der im letzten AK interviewte Erlanger Ex-DKPler-Volker Einhorn, der sich ausführlich Gedanken über „Basisdemokratie" macht, lehnt in seinem Papier „Erfahrungen mit dem Demokratischen Zentralismus in der DKP", Fraktionen als „schädlich" und „in einer de-
sisdemokratie" macht, lehnt in seinem Papier „Erfahrungen mit dem Demokratischen Zentralismus in der DKP", Fraktionen als „schädlich" und „in einer de-
mokratischen Organisation nicht notwendig" ab. Interessant ist die Herleitung der Ablehnung von Fraktionen in der UZ. Üblicherweise wird sie zunächst zum Dogma erklärt, indem Lenin berufen wird, der zumindest in der Geschichte der russischen SDAPR mehrfach die Fraktionsbildung dann nicht gescheut hat, wenn er es politisch für ratsam hielt. Man kann vermuten, daß damit in der DKP ein Prinzip als unumstößlich angesehen wird, selbst von Kritikern am jetzigen Zustand der Partei. Dabei wird im obenstehenden UZ-Artikel immerhin angegeben, wo man Lenins Aussagen zur Fraktionsbildung nachlesen kann, und wer wirklich nachliest, dem müßten vor allem die Pünktchen auffallen für das, was nicht in der UZ steht: Rücksicht müsse bei Kritik genommen werden auf die Lage der Partei, *„die von Feinden umgeben ist"*, läßt die UZ aus. Natürlich könnte der Parteivorstand dies heute auch für die DKP sagen, doch dürfte man sich etwas dabei gedacht haben, dieses Sätzchen wegzulassen. Lenins Aussagen zur Fraktionsbildung auf dem X. Parteitag der KPR im März 1921 sind nämlich vor einem ganz konkreten Hintergrund gemacht worden: Der junge Sowjetstaat stand nach Intervention, Bürgerkrieg und Hungersnot vor dem Scheitern der Politik des „Kriegskommunismus" und im unmittelbaren Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik" (NÖP). Die Illusion des schnellen Aufbaus des Kommunismus wurde von der Wiederauferstehung totgeglaubter Geister abgelöst: Markt, Geld, Lohnarbeit und Kapital waren damals erneut präsent wie im Reich Gorbatschows im Jahre 1988.

Die Unzufriedenheit mit der Politik der Bolschewiki entlud sich u.a. im blutig niedergeschlagenen Aufstand von Kronstadt, der zeitgleich zu dem Parteitag stattfand, auf dem die Fraktionsbildung als „parteischädlich" erklärt wurde. Dies richtete sich konkret gegen linke Fraktionen in der KPR, die „Arbeiteropposition" und die Gruppe „demokratischer Zentralismus" — jene „anarcho-syndikalistische Abweichung" (Lenin). Wer Lenins „Ursprünglichen Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei" (Werke Bd. 32, S. 245f.) genau liest, dem fallen zumindest einige Besonderheiten auf: Da ist die Rede von der Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Partei *„im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Lan-*
schlossenheit der Partei *„im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Lan-*
des verstärkt" hat. Da wird diese *„Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats"* als *„Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats"* gesehen sowie als notwendig für die *„Aufklärung über die Eigenart der neuesten taktischen Manöver der Feinde der Sowjetmacht."* Auch wenn die konkrete Entwicklung der KPdSU anders war, läßt diese Entscheidung des Augenblicks aus heutiger Sicht problemlos die Reversibilität einer solchen Maßnahme erkennen. Mal ganz abgesehen davon, daß hierüber unter heutigen Kampfbedingungen auch dann anders diskutiert werden müßte, wenn Lenin diese Einschränkungen nicht gemacht hätte. Wo ist denn heute eine annähernd vergleichbare Situation für die DKP und ähnliche Organisationen? Womit hat Lenin verdient, daß er immer wieder zum Kronzeugen für erstarrten Dogmatismus gemacht wird? Und warum kann man nicht Folgen der damaligen Auseinandersetzungen benennen: Bei allem inhaltlichen Sektierertum traten die linken Oppositionsfraktionen in der KPR gegen die Bürokratisierung auf und forderten zentral die Rückkehr zum Prinzip der Wählbarkeit der Kader, eine Forderung, die 67 Jahre später in der Sowjetunion hochaktuell ist.

Bleibt nachzutragen, daß der X. Parteitag der KPR der letzte war, der öffentlich vorbereitet wurde auf der Grundlage fraktioneller Plattformen (bekanntgeworden als „Gewerkschaftsdiskussion"). Dabei erhielt die von Lenin unterstützte fast 80%, die beiden linken von Trotzki/Bucharin(!) 20% sowie der Arbeiteropposition (Schlapnikow/Kollontai) knapp 3% der Delegiertenstimmen.

hr.

Fortsetzung von Seite 36

Thesen ...

(...)

These 7

Konsequente Einstellung auf neue subjektive Bedingungen!

Einstellung auf Umbruch bedeutet konsequente Umsetzung neuer subjektiver Bedingungen, die durch die Umbruchsituation geschaffen wurden oder sich in ihr verdichten.

Das betrifft zum einen die Präzisierung dessen, was wir unter „revolutionärem Subjekt" verstehen — sowohl in bezug auf die Arbeiterklasse (neue Strukturen, Angestelltenpolitik, Kerne, innere Differenzierung, Frauen, Scharniergruppen) als auch außerhalb (Intelligenz, lohnabhängige Mittelschichten etc.).

Wie setzen wir in Theorie und Praxis politisch, ideologisch und organisationspolitisch die Einsicht um, daß die demokratischen Massenbewegungen in den kapitalistischen Ländern „vierte Hauptkraft des revolutionären Weltprozesses" geworden sind? — „Nur" bündnispolitisch oder mit einer ausgewiesenen „Erweiterung" unserer Identität?

(...)

These 8

Mut zu organisationspolitischen Veränderungen!

Ohne auch organisationspolitische Weiterentwicklung ist die Einstellung der DKP auf den Umbruch kaum vorstellbar.

Organisationsprinzipien und -strukturen sind historische Größen; Marxisten haben sich organisatorisch immer wieder auf neue Bedingungen einstellen müssen — wo sie es nicht taten, war es in der Regel zugleich mit Weichenstellungen für negative politische Entwicklungen verbunden (Novemberrevolution und fehlende Partei neuen Typs; Sektierertum in den zwanziger Jahren und fehlende „Bolschewisierung"; Sozialfaschismusthese und RGO-Politik usw.). Deswegen ist es auch keineswegs ein Zufall, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen Fragen der Organisationspolitik und -strukturen in der Bremer Parteidiskussion einen herausragenden Stellenwert haben.

Welche Anforderungen ergeben sich heute aus dem Umbruch?

1. Die konkret historische Ausprägung des demokratischen Zentralismus

Das fundamentale Organisationsprinzip der kommunistischen Parteien muß den neuen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Parteimitgliedschaft einerseits und den neuen Aufgaben andererseits entsprechen. Die Partei muß demokratischer *und* zentralistischer werden.

Demokratischer heißt:

— mehr reale Mitentscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Mitglieder auf Gruppen- und Kreis- bzw. Bezirksebene

— größeres Gewicht der Beschlußorgane, also der MV, der Kreis-, Bezirks- und
Mitglieder auf Gruppen- und Kreis- bzw. Bezirksebene

— größeres Gewicht der Beschlußorgane, also der MV, der Kreis-, Bezirks- und
Parteivorstände bzw. entsprechender Delegiertenkonferenzen gegenüber Sekretariaten bzw. -vorständen.

— Transparenz in der Entscheidungsfindung, d. h. Qualifizierung (nicht nur atmosphärischer, sondern auch inhaltlicher Natur) der Diskussionskultur: klarere Positionen, zugespitzte Entscheidungsalternativen, gezielte Maßnahmen zur Befähigung aller Mitglieder, Position beziehen zu können.

— Mehr Kompetenz der Partei auch bei Personalfragen, d. h. sowohl mehr Durchblick über Zustandekommen und Kriterien von Personalvorschlägen als auch reale Einflußmöglichkeiten.

Zentralistischer heißt:

— bewußterer Umgang mit der Notwendigkeit einheitlichen Handelns nach außen und dem Erfordernis, sich als Minderheit der Mehrheit unterzuordnen

— klarere, aber auch überzeugendere und realistischere Handlungsorientierungen der übergeordneten Leitungen.

Beide Seiten des demokratischen Zentralismus sind insofern verantwortungsvoll zu handhaben, als absehbar ist, daß in der Partei über einen längeren Zeitraum, möglicherweise (als Folge des Umbruchs) auch permanent, auch in nicht unwesentlichen Fragen Meinungsverschiedenheiten existieren und existieren werden.

(...)

Anmerkung
Aus Platzgründen ausgelassen haben wir den Vorspann, die These 2 zur Ursachenforschung über „die kritische Lage der Partei", in These 8 die Ausführungen über die konkreten Veränderungen der Organisationsstrukturen und Leitungsarbeit sowie die Thesen 9 („Die Frauenfrage mit der notwendigen Radikalität neu angehen") und 10 („Wie geht es weiter? — Aufbruch oder Beharren?").

Die „Entnazifizierung" Heideggers

Betrifft: Es wird wieder interpretiert, AK 294

Kaum hat man sich an die eine Katastrophe halbwegs gewöhnt, kommt die nächste, die uns mit Luchsaugen ausgestattete AK-Redakteure erbarmungslos enthüllen. Frisch, frech, dynamisch die Präsentation des Artikels zu Heidegger und „Schopi": „Philosophie ist wieder in ..." (Ähnlich treffsicher wäre die Meldung, „Schreiben ist wieder in", „Rechnen ist wieder in", „Physik ist wieder in": worauf bezieht sich das ulkige Adverb?) „Von der Apo zur Apokalypse ... Die Renaissance bürgerlicher Philosophie ..." Es kommt noch schlimmer: „Es wird wieder philosophiert, interpretiert, spekuliert ..." Kein Wunder also, wenn man als alarmierende Hauptüberschrift: „Es wird wieder interpretiert" liest. Was soll das alles heißen? Daß ein Revolutionär nach dem Geschmack des Autors die Wahrheit „empfindet" oder sie ihm ins Gesicht springt —die berühmte Macht der nackten Fakten —, und ruckzuck wird dann verändert, oder wie oder was? Ist „philosophieren, interpretieren, spekulieren" für den Autor auf jeden Fall „bürgerlich" und führt gelegentlich zum Nazismus (Heidegger)? Das Rätsel bleibt ungelöst. Tatsächlich heißt die Formel von Marx (Deutsche Ideologie): *„Die Philosophen haben die Welt* ***nur*** *verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern"* (Hervorhebung von mir). Nun heißt es im AK: „diesmal berichten und polemisieren wir ausführlich zu Heideggers Entnazifizierung...". Wieder eins dieser nicht eingelösten Versprechen. Denn weder zur Ent- noch zur „Ein"nazifizierung Heideggers wird „ausführlich polemisiert".

Zum Wesen der Dinge: der Artikel beginnt in seinem zweiten Absatz („Existentiale" bis „Heidegger-Schüler") so, daß ich diese Zeilen — wüßte ich nicht, daß sie tatsächlich 1988 geschrieben wurden — glatt für einen Auszug aus einem sowietischen oder deutschdemokratischen

sie tatsächlich 1988 geschrieben wurden — glatt für einen Auszug aus einem sowjetischen oder deutschdemokratischen

Aufklärungsbuch über bürgerliche Dekadenz der westlichen Philosophie aus der Wende der vierziger zu den fünfziger Jahren halten würde: sie sind vom selben unnachahmlichen weltläufigen Charme und Esprit. Die Methode: der Autor nennt einige „Existentiale", beispielsweise „Geworfenheit des Menschen in die Zeit", „Hinaus-Stehen im Nichts", die er weiter oben und weiter unten ohne weitere Kommentare als „öde Tautologien" — nein, nicht interpretiert — erkennt. (Es gibt auch jene Zusammenfassung: „die Kritik der ‚Moderne' als Abgleiten in die Entfremdung durch die Technik, ins ‚man' der demokratischen Massenzivilisation", dazu später.)

Vorweg: natürlich kann man über Heideggers nachweisbaren Zuspruch zum Nazismus urteilen, ohne das komplette Heideggersche Werk zu kennen, also ohne dieses einzubeziehen. Denn hierzu gibt es genügend deutschsprachige Dokumente von und über Heidegger. Dann soll man das auch so machen. Hier aber geht es um anderes, denn unbestreitbar können nicht nur einzelne Begriffe, sondern ganze Seiten, nicht nur von Philosophen und nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von Marx zitiert, abgedruckt werden, wohl hoffend auf den „gesunden Menschenverstand", der sich über das „Verschrobene", „Geschraubte" auf die Schenkel klatschen soll. Solche „Polemik" stimmt unwohl: ob sie tauglich ist, mehr als Ranküne oder Ressentiment des Kastenfremden auszudrücken bzw. an jene Gefühle zu appellieren, geschweige denn den „gesunden Menschenverstand" — den sich eine kommunistische Zeitung vermutlich nicht als Ideal setzt? — zu ... verändern, bezweifle ich. Es ist nicht viel mehr und nicht viel weniger als: „Was *ich* nicht kenne / nicht verstehe, *muß* idiotisch / bürgerlich sein." Für den Betreffenden mag es beruhigend sein. Was vermutlich der einzige Sinn solcher Methode ist: der Autor selbst wird zugeben müssen, daß aus den *hier* genannten Begriffen sich keine Zustimmung Heideggers zum Nazismus deduzieren läßt, was doch irgendwie Thema des Artikels ist.

Nachdem also einige „Existentiale" aus dem Heideggerschen Repertoire der hoffentlich kopfschüttelnden Leserschaft geliefert wurden, kommt der wunderbare Satz: diese „ließen ihn zum Hauptinterpreten bürgerlichen Selbstverständnisses nach dem Ersten Weltkrieg werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg avancierte er zum Stichwortgeber des sich in Frankreich entwickelnden Existentialismus, insbesondere in der von Satre und Camus begründeten französischen Schule, obwohl er sich später von Satre distanzierte. Leute wie Günther Anders, wie Ludwig Marcuse sind Heidegger-Schüler." Die zutreffenden Angaben in diesen zwei Sätzen: Sartre hat Heidegger gelesen, Camus vielleicht, und ***Herbert*** Marcuse hat bei ihm studiert, 1928, der Nazismus kam, Marcuse ging, also emigrierte 1933.

Sartre hat Heidegger gelesen. Und zwar einen Sammelband, *Was ist Metaphysik?*, von Henri Corbin übersetzt, das einzige, was es damals an Heideggerscher Literatur auf dem französischen Markt gab. Eine vollständige Übersetzung von *Sein und Zeit* — 1927 in Deutschland erschienen — gibt es in Frankreich erst seit drei Jahren, seit 1985. Der Hinweis auf Corbin lohnt: seine Übertragung ins Französische lieferte die Prämissen zur sogenannten „existentialistischen" Lektüre Heideggers, da er beispielsweise das „Seiende", eine grundlegende Heideggersche Kategorie, in „Existierendes" (existant), die „Eigentlichkeit" in „Authentizität" (authenticité), „Un-Wesen" in „Nichts" (néant) oder „Dasein" in „menschliche Realität" (réalité humaine) etc. übertrug. Welche Bedeutung Übertragungen, also Übersetzungen zukommt, kann man umgekehrt am Beispiel von Sartres *Überlegungen zur Judenfrage* nachprüfen: ganz abgesehen vom Titel, *Réflexions...*, der im Deutschen kontemplativ-verklärend „Betrachtungen" heißt, wird hier der „authentische" bzw. „inauthentische" zum „verschämten", „unaufrichtigen", gar „unehrlichen" Juden; ein weiteres Beispiel betrifft die bis vor kurzem noch übliche deutsche Übersetzung von „Engagement", ein zentraler Begriff im Sartreschen Vokabular, als „Bindung"... Das ist das eine Wissenswerte zur Frage der „Stichworte", das andere: eben die Heideggerschen Begriffe und Themen des „man", des Selbstseins, der Entwurzelung, der Bodenständigkeit, der Achse Griechenland — Deutschland als Heimat des Seins etc. pp. ganz zu schweigen von der Heideggerschen „Kritik der ‚Moderne' " (Heideggers Spätwerk hat bei ihm ohnehin keine Rolle gespielt), kommen bei Sartre erst gar nicht vor. So hat sich auch Heidegger

gers Spätwerk hat bei ihm ohnehin keine Rolle gespielt), kommen bei Sartre erst gar nicht vor. So hat sich auch Heidegger

nicht „später" vom Sartreschen Existentialismus — mit dessen „Schule" und „Begründung" Camus im übrigen wenig, ***Simone de Beauvoir*** (!) jedoch viel zu tun hat — distanziert, sondern *sofort*. 1943 erschien Sartres *Das Sein und das Nichts* in Frankreich. 1945 kannte Heidegger Sartre nur aus gelegentlichen Zeitschriftenaufsätzen, und schon 1946 weigerte er sich in seinem *Brief über den Humanismus*, mit Sartres Existentialismus assoziiert zu werden, was eine „grundlegende Mißdeutung" seines Denkens sei (ist).

F. scheint das anders zu sehen, was sein gutes Recht ist, dafür muß er aber zwei Fragen beantworten: Worin ist Sartre ein „bürgerlicher Philosoph"? Und *welche* bitte sind die dem deutschen NSDAP-Mitglied Heidegger und dem französischen Autor der 1946 veröffentlichten *Überlegungen zur Judenfrage* gemeinsamen „Stichworte"? Sartres weiteres umfassendes Engagement — in Leben und Werk — setze ich als bekannt voraus und erspare mir daher an dieser Stelle, es zu referieren. Ein Kleinbürger, eine nihilistische, dekadente, individualistische mit dem Füllfederhalter bewaffnete Hyäne: F.s knapper Spot zu Sartre und Heidegger läßt diesen moskowitischen Originalton von Ende der 40er Jahre dumpf mitvibrieren, der sich, wie so vieles andere auch, in der DDR länger zäh am Leben gehalten hat.

Im selben saloppen-ungezwungenen Stil geht es weiter: „Leute wie ... Marcuse" seien ebenfalls Schüler des bürgerlichen Stichwortgebers gewesen. Neben weiteren Aufsätzen, Interviews etc. zu diesem Thema, beispielsweise einem Aufsatz, den er 1934 aus dem Pariser Exil zu einem nationalsozialistischen Aufruf des Rektors Heidegger geschrieben hatte, hat Marcuse auch 1977 unter dem Titel „Enttäuschung" einen kurzen Text zum „Lehrer" geschrieben: ***„Sein und Zeit*** *erschien in der Niedergangsphase der Weimarer Republik: die Nähe des Naziregimes, die kommende Katastrophe war überall spürbar ... Heideggers Werk schien mir und meinen Freunden ein Neu-Beginnen: wir erlebten sein Buch ... endlich als eine* ***konkrete*** *Philosophie: hier war von der Existenz die Rede, unserer Existenz, von Angst und Sorge und Langeweile usw. (...) Nur allmählich merkten wir, daß die Konkretheit des Heideggerschen Philosophierens im hohen Grade eine scheinhafte war. (...) Ich verließ Freiburg im Jahre 1933. (...) Erst später versuchten wir, eine Affinität zwischen seiner Philosophie und seiner Politik herzustellen. Heute scheint es mir schamlos, Heideggers Bekenntnis zum Hitlerregime als (kurzen) Fehltritt oder Irrtum abzutun: ich glaube, daß ein solcher Philosoph sich solchen ‚Irrtum' nicht leisten kann, ohne seine eigene und eigentliche Philosophie zu desavouieren"* ' (in: *Erinnerung an Martin Heidegger*, Neske, 1977, 162f.)

Doch das Frappierendste an F.s Beitrag ist folgendes: seine „ausführliche Polemik zu Heideggers Entnazifizierung" verschweigt genau das, wozu auch M.H. bis zum Schluß eben „entschlossen" schwieg: Antisemitismus und Judenvernichtung. Es gibt dutzende und aberdutzende Philosophen, die nicht vorhatten, die Welt revolutionär-demokratisch zu verändern, es gibt dutzende und aberdutzende von Menschen, die, ob aus Überzeugung, aus Feigheit, aus Karrieresucht oder aus allen Gründen zusammen, der NSDAP beigetreten sind und ihren Beitrag bis '45 pünktlich bezahlt haben. Die Anspielung auf eine triste Banalität meint keine Entschuldigung. Es gibt heute immer noch, und immer wieder, aberdutzende von Menschen, die der „Technik", der „Moderne", dem „Amerikanismus" die Reinheit der Natur, die Idylle von Feld- bzw. Holzwegen, das Archaische u.ä.m. vorziehen und sozusagen „die ‚Moderne' als Abgleiten in die Entfremdung durch die Technik, ins ‚man' der demokratischen Massenzivilisation" kritisieren, wie F. formuliert. Hieran könnte man das Thema des „Stichwortgebers" vermutlich ergiebiger als an dem Beispiel Marcuse oder Sartre studieren. Ohnehin stellt sich die Frage, ob Heideggers Kritik am „man" oder an der „Jemeinigkeit" so elitär-aristokratisch ist, wie der Begriff zunächst suggeriert, wo diese Denkweise seiner Zeit nicht gerade einer Minderheit vorbehalten blieb, ganz abgesehen von ihrem Platz innerhalb der deutschen philosophischen Tradition.

Heidegger soll seinen Einsatz für den NS als „große Dummheit" bezeichnet haben. Vermutlich ärgerte ihn vor allem seine „dumme" Lehrstuhlsuspendierung nach der deutschen Niederlage durch eine französische Säuberungskommission. Mehr hat er nämlich dazu nicht verraten. Trotz wiederholter Bitte, beispielsweise seitens des Dichters Paul Celan. Mit einer Ausnahme. In einem Bremer Vortrag über *Technik und Gelassenheit* an der Wende der vierziger zu den fünfziger Jahren verglich er das *„Wesen der modernen motorisierten Nahrungsindustrie"* mit dem *„Wesen der Leichenherstellung in Gaskammern und Todeslagern"*. Wer so hartnäckig *dazu* schweigt, der wird, so „spekuliere" ich mal, dem zustimmen.

Daß ihm ein Antisemitismus nicht fremd gewesen ist, läßt sich mühelos aus Heideggers Thematik ablesen, aus dem, was er verabscheute, eben die Moderne, die Welt der Wechsler, das Geschäftige, das Planerische, das Rechnerische, die Urbanität schlechthin, die Entwurzelung: alles Leitmotive des Antisemitismus, die von F. erwähnt werden, aber nicht diesem konkreten und, wie man weiß einigermaßen virulenten, historischen-politischen Kontext zugeordnet werden, was doch sonst eine bei Nichtspekulierern geschätzte Interpretationsmethode ist. Daher beweist es auch F.s unbedingte Gedanken„kontinuität", wenn die zwei Klammern, zwischen die Victor Farias selber Heideggers Leben und Werk setzt, was geneigte Rezensenten am meisten geärgert hat (von Haniman in der *FAZ* bis Jürgen Busche im *Pflasterstrand*), und wie ferner der erwähnte *Konkret*-Artikel ebenfalls wiedergibt, bei F. schlicht *abwesend* sind (eine Lappalie?): Die beiden Reden Heideggers zu Ehren des antisemitischen Hofpredigers (Österreich) Abraham a Sancta Clara aus dem 17. Jahrhundert, die eine als Einundzwanzigjähriger, die zweite als Fünfundsiebzigjähriger gehalten, Reden zu Ehren eines Menschen, der die Juden als größte Feinde der Deutschen ausmachte, und die wohl in dem uns leider vertrauten historischen-gesellschaftlichen Kontext unbedingt der Hervorhebung wert sind. Heidegger soll seine NS-Zeit als eine „Dummheit" bezeichnet haben. Jahrzehnte „danach" ehrt er einen antisemitischen Augustinermönch als „Meister unseres Denkens und unserer Sprache". Beide Male wird er kaum gelogen haben. Daß Goethe, daß Schiller Gefallen an der „pittoresken" Sprache Abraham a Sancta Claras gefunden haben, ehrt beide nicht. Wer aber zu Auschwitz rigide schweigt und ansonsten solche Elogen verfaßt, gibt zu denken. Ob in Frankreich, wo die Heidegger-Debatte schon 1946 begonnen hat, und zwar genau in der von Sartre und Beauvoir gegründeten Zeitschrift *Les Temps Modernes*, oder in der BRD — gerade diese Herausstellung von Victor Farias ist in das Zentrum der Auseinandersetzung gerückt. Mit Ausnahmen. Beispielsweise: der AK.

E.

* Zwei Lesehinweise: in *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933* (Metzler, 1986) berichtet der frühere Heidegger-Schüler Karl Löwith (*Denker in dürftiger Zeit*) einerseits über „Heideggers Übersetzung des ‚je eigenen Daseins' in das ‚deutsche Dasein' " sowie über sein „letztes Wiedersehen mit Heidegger in Rom 1936", wohin Löwith emigriert war. Bei diesem Treffen, wo es der Freiburger Philosoph nicht einmal beim Besuch seines früheren jüdischen Schülers für nötig hielt, sein Hakenkreuzabzeichen abzunehmen, stimmte Heidegger zu, daß seine Parteinahme für den NS im Wesen seiner Philosophie läge und daß der NS „der für Deutschland vorgezeichnete Weg" sei (S. 56f).
Zu Sartre-Heidegger siehe in *Sartre, ein Kongreß* (Rowohlt, 1988) den Aufsatz von Georges-Arthur Goldschmidt *„Ist da jemand? Gemeinschaft oder Gesellschaft — Heidegger oder Sartre"* (S. 429ff).

Vom neuen Draculaismus

Zur Schopenhauer-Nietzsche-Heidegger-Debatte

Merkwürdig genug. Wie aus dem Sarg wiederauferstanden, geht ein philosophischer Dracula um, will es scheinen, und die wechselnde Gestalt, in der er sich naht, heißt Heidegger, heißt Nietzsche, Schopenhauer. Freilich, die Linke sollte doch wissen — es gibt keine Geister, es sei denn in deren eigenem Reich, wo sie sich, sei' s drum, tummeln mögen, solange sie lustig sind. Wenn also, wie nun auch im AK registriert wird, aus allerlei Gegenden etwas „herüberschwappt" zu uns — soll heißen: in die westdeutsche philosophisch-politische Diskussion —, wäre dies doch belanglos, handelte es sich dabei um eine bloße Mode in bürgerlich-akademischen Philosophenkreisen und ihrem medienvermittelten Umfeld. Daß es dabei dann auch zu Wiederbelebungen einer anrüchigen Tradition kommen mag, wäre in Erinnerung an die Preisträgerschaft eines Jünger, an geplante Museen für Deutsche Geschichte, an Historikerstreitigkeiten etc. nicht allzu erstaunlich. Was wäre schließlich die draculäische Auferstehung anderes als (wenn zwar nicht gerade Zeichen einer „Wende", so doch immerhin) Hauch des „berüchtigten Zeitgeistes", der derzeit bekanntlich aus wechselnden bürgerlichen Richtungen bläst?

Ich plädiere dafür, die beschriebene Wahrnehmungsstrategie, soweit sie ein Element Beruhigungsillusion enthält, aufzugeben. Illusionär und beruhigend wäre es, sozusagen „von außen" zu beobachten, was sich auf fremdem Territorium abspielt — auf dem verworrenen, geschichtsphilosophisch allemal schon erledigten Gelände spätkapitalistischen Bürgerdenkens. Sowas schaut mensch sich gegebenenfalls durch Löcher im Zaun an, im übrigen gilt aber: Betreten verboten! Eltern haften für ihre Kinder!

In Wahrheit aber gibt es den Zaun womöglich gar nicht, und wo wessen Gelände beginnt und aufhört, ist keineswegs ausgemacht. Die begonnene Diskussion (AK 293 und 294) sollte deshalb in jedem Fall eine explorative sein: Betreten fremden Geländes erwünscht und notwendig!

Folgende Punkte, schlage ich vor, sollten dabei zum Erkundungsprogramm gehören:

1. Was sich jetzt bereits in der Tagespresse darstellt, ist ersichtlich die aktuelle Zuspitzung eines seit langem laufenden Prozesses. (Ich beziehe mich auf die westdeutsch/westeuropäische Diskussion; im Gegensatz dazu wäre, was die DDR bzw. gar die Sowjetunion angeht, ja vielleicht doch von Verhältnissen auszugehen, die eine deutlich getrennte Betrachtung notwendig machen. Was natürlich nicht heißt, daß eine dortige Nietzsche-Diskussion nicht auch ein Reflex auf und ein Eingreifen in ideologische Prozesse des Westens ist). Die neuerliche Beschäftigung Farias mit Heideggers Faschismus-Allianz ist ja keineswegs eine nur privat motivierte und im Zeitpunkt beliebige Abrechnung. Sie reagiert, von „links", auf die Situation, daß sowohl in Frankreich wie mittlerweile auch in der BRD Nietzsche und Heidegger zum festen Bestandteil arrivierter Zeitdiagnostik gehören. In Frankreich geht die Aufnahme Heideggers, u.a. durch Sartre, bis in die Kriegszeit und die frühen Nachkriegsjahre zurück, und speziell seit den 60er Jahren wird die draculäische Philosophie dort systematisch etabliert, durchaus aber nicht etwa in Enklaven Konservativer und Ewiggestriger. Auf Nietzsche und Heidegger berufen sich gerade solche Philosophen und Gesellschaftstheoretiker, die als Linke mit einem wie auch immer variierten Marxismus starteten und nach 1968 zwar noch immer nicht bereit waren, die bestehende als die beste aller denkbaren Welten zu akzeptieren, dafür aber statt Marx jetzt Nietzsche und Heidegger bemühten. Zwischen Deleuze und Derrida und Foucault und selbst Glucksmann und Lévy etc. mögen erhebliche Unterschiede nach Anspruch, Qualität und Aufrichtigkeit bestehen, — sie umstandslos als „rechtes Lager" sich vorzustellen, das sich jetzt „in Verteidigung" ihrer Nietzsche-Heidegger-Philosophie befände (angesichts einer „Offensive von links") — das wäre denn doch allzu gefällig sortiert. **Der ideologische Ort des wiederauferstehenden Heidegger (er stellvertretend für den Draculaismus insgesamt) ist doch wohl eher eine zerfallende, verunsicherte, nach neuer Orientierung suchende Linke — oder doch: ehemalige Linke.**

Wie in Frankreich, so in der Bundesrepublik. Bei allen Unterschieden und historischen Besonderheiten der west/deutschen Situation, erst mit dem Zer- und Verfall des linken Ideologieschubs nach 1968 gerieten Nietzsche und Heidegger ins Zentrum des „Zeitgeistes" und zwar, denke ich, nicht als Phalanx eines endlich wieder sich ausbreitenden Konservativismus, sondern als Ausdruck einer Nicht-mehr-Linken. Beispielhaft etwa nachzulesen in Sloterdijks „Kritik der zynischen Vernunft", die nun auch schon seit fünf Jahren auf dem Markt ist. Die durchaus rechte Tradition, für die Heidegger ungebrochener Vordenker blieb seit der Weimarer Republik und dem NS-Regime, war selbstverständlich nie ganz tot. Geradezu gegen den herrschenden „Zeitgeist" der 50er und 60er Jahre stellte Adorno seine Auseinandersetzung mit Heidegger („Jargon der Eigentlichkeit") — vier Jahre vor 1968. Durch Frankfurter Schule und diverse orthodoxe und Neo-Marxismen wurde diese Heideggerei jedoch schließlich bis in die späten 70er Jahre hinein so weit abgedrängt, daß sie in staubigen Universitätsecken oder vergrämten Rechtszirkeln verwelkte. Von da ging, würde ich meinen, kein Impuls für eine Neu-Heideggerei aus, wie überhaupt, was sich heute abspielt, keine Neuauflage der 50er/60er Jahre ist.

2. Die komplizierte Historie des Draculaismus (wie sie hier sicher nur ganz unzureichend angedeutet werden kann) legt immerhin nahe, allzu voreiligen Abwehrmaßnahmen zu mißtrauen. Ich fürchte, eine Tabuisierungsstrategie beispielsweise, die unter bestimmten Bedingungen sowohl nützlich als auch hinreichend und also sinnvoll sein kann, ist in der gegebenen Situation nicht geeignet, der Wiederauferstehung Heideggers gerecht zu werden. Instrument einer Tabuisierung kann der Nachweis sein, daß Heidegger mit dem NS-Faschismus paktierte. Sein persönliches Verhalten, sein hochschulpolitisches Taktieren, seine kulturpolitischen Erklärungen („Rektoratsrede") — vor wie nach 1945 — lassen keinen Zweifel, er hat paktiert. Das war im Prinzip und ist erneut durch Farias' Recherchen bekannt. Wo heute Heidegger aufgegriffen wird, stößt das jedoch allemal nicht auf „ignorante Verblüffung": Durchaus **in Kenntnis** des Pakts zwischen Heidegger und den Faschisten und des Vorwurfs, Heidegger sei ein faschistischer Philosoph, befassen sich Derrida bis Sloterdijk mit der Erneuerung seiner Philosophie. Was innerhalb eines engen linken und antifaschistischen Kodex' noch hinreichen mag, einen Ideologen zu diskreditieren, ist offensichtlich nicht ausreichend vor erweitertem Publikum. Der neue Heideggerismus operiert mit dem Argument, zwischen dem Faschistenfreund H. und dem Kern — oder gewissen Teilen — seiner Philosophie könne und müsse getrennt werden. Das mag so sein, das mag nicht so sein. Diese neue Rezeption Heideggers mag willkürlich, grotesk, verlogen sein — nachweisen läßt sich das nicht ohne Heideggers Texte, ohne die Inhalte seiner Philosophie. Ihre Attraktivität hat sich schließlich **gegen** die Hemmnisse der Person, der Regimeloyalität, der schrecklichen Sprache durchgesetzt.

Fortsetzung nächste Seite

Die GRÜNEN/SH — nicht wählbar?

Anmerkungen zu „Anstand siegt", ak 294, Seite 2

Im letzten ak sind die Grünen/SH reichlich überheblich als nicht wählbar dargestellt worden. Einige KBlerInnen sehen das anders und hätten zumindest eine differenziertere, sachlichere Darstellung des Grünen-Wahlkampfes erwartet. Das bezieht sich auf folgende Punkte:

1. Die Rahmenbedingungen dieser Wahl schränkten die Erfolgsaussichten der Grünen erheblich ein: Einmal kann die SPD traditionsgemäß auf ihr linkes Image verweisen und damit linken Kritikern/Konkurrenten viel Wind aus den Segeln nehmen. Schleswig-Holstein hat eine überwiegend konservativ geprägte Wahlbevölkerung und eine relativ gering entfaltete Linksopposition. Hinzu kam bei diesem Wahlkampf das enorme ,,Betroffenheits-Plus'' der SPD als ,,Leid''-Tragende der Barschel-Affäre. All das bewirkte zumindest eine hohe SPD-Wähler-Mobilisierung und einen außerordentlichen Schulterschluß der SPD.

Diese ungemein nachteiligen Startbedingungen werden bei der Beurteilung der Grünen vernachlässigt, sie werden als mögliche Meßlatte ignoriert, während unterschwellig der Eindruck erweckt wird, als sei ein absehbares Resultat unter 5% ,,selbstverschuldet''.

2. Stattdessen erhebt der Artikel eher grundsätzliche Unzulänglichkeiten und Schwächen der Grünen zum Gradmesser seiner Beurteilung: ,,Kein politikfähiger Faktor'', kein ,,politisch-pointierter Wahlkampf''. Ja, wann hatten wir das je, in welchem Landes- oder Ortsverband? Oder umgekehrt: Warum sind für uns die Grünen ein ,,Wahlverein'' und ,,ein Kind der 5%-Hürde''? Bei dieser Meßlatte hätten wir die Grünen kaum je empfehlen dürfen.

Korrekterweise sollte auch erwähnt werden, daß die Grünen zu einigen wichtigen Themen eine zwar wenig spektakuläre, aber solide Arbeit geleistet haben: Zu nennen wären z.B. ihre Antifa-Agitation, umrahmt durch die ,,Weltbühnen''-Revue des Katakombe-Theaters, Frankfurt, die ein sehr interessantes, weil Grünen-untypisches Publikum anzog. Oder die AKW-Ausstiegs-Problematik (der Konflikt Jansen-Engholm, der Lübecker SPD-Skandal), umrahmt durch den immerhin medienwirksamen Anti-Atom-Törn.

3. Der ak-Artikel übernimmt unbedacht die ,,taz''-Behauptungen, daß den Grünen zu ,,Barschel'' überhaupt nichts einfällt. Das ist zunächst einmal falsch: Sowohl in ihrer Wahlzeitung, in ihrer Wahlkampf-Eröffnungspressekonferenz sowie in einem Wahlkampfflugblatt ,,Barschel, Pfeiffer, die CDU und die Schwulen'' nahmen sie zu dem Thema Stellung. Das mag zu wenig gewesen sein — nur, damit hätte man sich auseinandersetzen müssen!

Überhaupt ,,Barschel'': Ob das Thema ,,unweigerlich polarisierend gewirkt'' hätte — ich möchte das bezweifeln. Schließlich ist das zuerst einmal ein SPD-Thema und jedes Aufgreifen wirkt bei unserem heutigen Kenntnisstand über die Affäre selbst als SPD-Wahlhilfe — es stärkt schließlich deren Betroffenheits-Mythos. Andere und weiterführende Schlußfolgerungen müssen sich davon erst einmal freischwimmen — ein schier unmögliches Unterfangen bei der hiesigen Medienlandschaft.

4. Den linken Grünen wird das Scheitern ihrer (angeblichen) Versöhnungsstrategie gegenüber den Realos angekreidet. Belegt wird das damit, daß sowohl ,,taz'' als auch die Realo-Prominenz ,,abgewunken'' hätten. Mal ganz davon ab, daß das so nicht stimmt (Fischer, Schoppe und Co. haben ihr — Minipflichtprogramm absolviert: Das Abdriften der ,,taz''-Macher auf eine immer offenere SPD-Unterstützung als Beleg für einen links-grünen Fehlschlag heranzuziehen, verkennt völlig die Entwicklung. Schließlich finden diese Vorstöße gegen Grün für SPD zu einem Zeitpunkt statt, wo die Grünen in der Koalitionsfrage den Realos klein beigeben. Heute reicht das nicht mehr — selten wurde so deutlich, daß die Forderung nach Koalitionsbereitschaft bei diesen ,,Alternativlern'' um Mehr und Hartung nur ein Vehikel war (oder ist), um der SPD selbst den Weg freizuschaufeln.

5. Mensch mag den Grünen vorhalten, sie hätten viel zu zahm, zu defensiv usw. agiert. Aber es gibt für die explizite Behauptung, sie hätten einen ,,unscheinbaren Koalo-Wahlkampf'' gemacht, keine Belege (wenn einmal von dem resonanzlosen Vorstoß einiger Lars Hennings-Getreuer abgesehen wird).

Durch die schroffe Engholm-Abgrenzung („... *weder inhaltlich noch personell hätten die Grünen der SPD viel zu bieten''*) waren die Grünen in ihren Reden, Flugblättern und Interviews herausgefordert, den ,,kleinen Unterschied'' zur SPD zu betonen. Das hat vor allem auch die SPD immer wieder verärgert festgestellt.

6. Gerade weil die SPD für ihren Übervater Björn Engholm eine quasi ,,kostenlose'' Unterstützung auch aus dem Lager der Linken und Alternativen verbuchen konnte (nur der Regierungswechsel, der Anstand zählte; verbindliche Reformzusagen wurden ja gar nicht erwartet) — gerade darum wiegt natürlich jede Stimme, die sich diesem unpolitischen Sog entzieht, doppelt.

Das wäre schon Grund genug gewesen, zur Wahl der Grünen aufzurufen.

hn, Flensburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ist das nun ein Programm der Entlastung und Aufwertung? Eher nicht. Wenn Heideggers Bedeutung als einer der zentralen Denker der Nach- und Vorkriegsphase sich bestätigen soll, muß seine Attraktivität über „Sprach-Chauvinismus" und „provinziell-sentimentalische Tautologie-Wüsten wesender Wesenheiten" hinausgehend. Sollte an ihm aber tatsächlich nur, wie an irgendwelchen anderen Schreibern, der reine Wiedererkennungswert zu bemerken sein, den er jenen bietet, die ihn heute als Diagnostiker des entfremdeten, verdinglichten Lebens lesen und sein Therapieangebot suchen. Die im AK zitierte Äußerung des späten Heidegger ist da ein beunruhigender Hinweis: *„Der Nationalsozialismus ist zwar in die Richtung gegangen* (die Heidegger vorschwebt)*;diese Leute aber waren viel zu unbedarft im Denken, um ein wirklich explizites Verhältnis zu dem zu gewinnen, was heute geschieht und seit drei Jahrhunderten unterwegs ist."* Die anschließende Interpretation schlußfolgert: *„Bitte! Die Nazis waren nicht auf dem falschen Weg, sie waren nur nicht konsequent genug."* Wie soll das zu verstehen sein: Heidegger als Propagandist einer noch barbarischeren SS, eines noch umfassenderen und viel früher einsetzenden Vernichtungsprogramms, einer viel grundlegenderen Aufnordungsmedizin, einer Ausrottung des Sozialismus schon im Kindergarten? Läßt sich Heideggers Tadel, die Nazis seien nicht „explizit" genug im Denken und Handeln gegenüber der seit drei Jahrhunderten eingeleiteten Gegenwart gewesen, auf diese Art als die Vorstellung von einem „konsequenten" Nazismus lesen? Heideggers Aktualität könnte stattdessen darin bestehen, daß er Stichworte für eine ganz unnazistische, **radikal erneuerte Moderne** liefert — so wie im realen Faschismus Züge einer Modernisierungstendenz des Kapitalismus enthalten sind, wie verschiedene Analysen lauten. Was Heidegger da vorschwebt, wäre aber erst einmal zu begreifen; nicht auszuschließen, daß sich dann erst dann der volle Schrecken über sein Philosophieren entfaltet. So — mit einem scharfen Blick auf den Modernisierer Heidegger — wäre dann auch das postmoderne Spiel mit dem Draculaismus anzugreifen.

3. Tatsächlich geht es ja nicht um richtiges Heidegger-Lesen, auch nicht um seine Philosophie (oder Nietzsches/Schopenhauers) allein. Die draculäische Linie ist Teil einer Orientierungssuche, die — ob zu Recht oder Unrecht so genannt, sei dahingestellt —, als Postmoderne auftritt oder als solche thematisiert wird. „Es wird wieder philosophiert, interpretiert, spekuliert", heißt es im AK quasi überrascht, obwohl doch, längst vor dem Schopenhauer-Jahr und Farias' Streitschrift um Heidegger, genau das getan wurde, rechts wie links. Wie sollte es auch anders sein, wenn (von der Rechten ist hier natürlich nicht zu handeln) mit dem überkommenen Instrumentarium marxistischer Ideologie weder eine stabile politische Praxis in den kapitalistischen Ländern noch eine befriedigende Annäherung an Sozialismus in den nach-kapitalistischen zu verbinden ist; und wenn die linke Theorie sozusagen den vertrackten Verhältnissen hinterherhetzt , um schließlich von Impulsen zu leben, die von außen hereingenommen werden (war etwa das Aufbrechen der Lebensnormen nach 1968 ein sozialistischer Impuls? Ist die feministische Bewegung auf sozialistischem Mist gewachsen? Hat sich das ökologische Bewußtsein aus sozialistischer Theorie abgeleitet? Hat die Sozialökonomie der sozialistischen Tradition dem Strukturwandel der kapitalistischen Länder theoretisch standgehalten?)

Für das Aufleben des Draculaismus gibt es ein klassisches Erklärungsmodell: Im Niedergang und in der Krise greift die bürgerliche Gesellschaft zu Vorstellungen, die pessimistisch, anti-libertär, reaktionär, totalitär, repressiv sind. So nach 1848, so nach 1917/18, so 1933/45. Mit wachsender Unfähigkeit, sich selbst zu retten, greift sie ins Arsenal angehäuften Krisendenkens zurück, was alles immer noch schlimmer macht. So entfaltet sich eine Linie fortschreitender „Zerstörung der Vernunft" (Lukàcs mit dem Endpunkt Faschismus/Barbarei.

Schopenhauer, Nietzsche, Heidegger heute — wieder wird ins gleiche Arsenal gegriffen; die Implikationen — sofern das Erklärungsmodell etwas taugt — liegen auf der Hand.

Der Lukàcs'sche Ansatz hat Überzeugungskraft, solange seine Frage: Wie konnte es zum Faschismus kommen, wohin entwickelt sich die bürgerliche Gesellschaft? sich beantworten läßt: Sie zerstört sich selbst — aber, und das ist Lukàcs' Voraussetzung — ihre Zerstörung ist nicht ohne eine Alternative, die gerade so deutlich dasteht, wie der Weg des Bürgertums in den Abgrund führt.

Die Vernunftlinie der Aufklärung, der Französischen Revolution, des Sozialismus, der Oktoberrevolution, wird doch geradezu von den Dächern gepfiffen; wer Augen hat zu sehen, der sehe, usw. ...

Heute, denke ich, dürfte sich das alles etwas weniger gewiß ausnehmen. **Die Ängste und Desillusionierung und Fragen und Utopieversuche der postmodernen Verwirrung sind zum guten Teil solche, die die Linke selbst hat — oder auch: haben sollte.**

Für Verharmlosung, Verdrehung und Verherrlichung eines Nietzsche oder Heidegger — des Draculaismus — kann das gewiß kein Alibi sein. Die **an** den Nietzsches und Heideggers sich entzündende **Suche** allerdings sollte uns alle brennend interessieren.

R., Hamburg

Karambolage

Nach einer längeren Pause ist wieder eine Jugendzeitschrift erschienen, die von der KB-Jugendgruppe Hamburg herausgegeben wird. Im letzten Jahr ist das Zeitungsprojekt 'CLINCH' zerbröselt, an dem wir mit anderen politischen Strömungen zusammengearbeitet hatten. Diese Entwicklung traf sich damit, daß in der KB-Jugend verschärftes Interesse daran aufkam, die Herausgabe eines Jugendmagazins als praktischen Arbeitsschwerpunkt anzugehen.

Anfang März erschien die erste neue

— Institutionen der imperialistischen Blöcke fitzumachen. Interessenten können sich bei der unten angegebenen Adresse melden.

In der jetzt erschienenen Sommernummer sind einige Artikel aus anderen Orten, diese Karambolage ist auch die erste, die in zwei Ausgaben erscheint: Einmal als Hamburger Jugendmagazin und darüberhinaus auch als bundesweit verkaufte Ausgabe.

Aus dem Inhalt:

men —
— Widerstand gegen Schulschließungen in Bremen
— 'Die Europäer haben ... die Eingeborenen gelehrt' — Die 'III. Welt' im Schulbuch —
— Der 'neue' Weg der Jungen Union, mit reaktionären Ideologien zum Ziel
— Asyl für die von Todesstrafe bedrohten Chilenen
— DGB-Apparat zermahlt Stullenclub
— Harburger DGBeton —
— Die neue Bewegung — Gedanken

Karambolage

Nach einer längeren Pause ist wieder eine Jugendzeitschrift erschienen, die von der KB-Jugendgruppe Hamburg herausgegeben wird. Im letzten Jahr ist das Zeitungsprojekt 'CLINCH' zerbröselt, an dem wir mit anderen politischen Strömungen zusammengearbeitet hatten. Diese Entwicklung traf sich damit, daß in der KB-Jugend verschärftes Interesse daran aufkam, die Herausgabe eines Jugendmagazins als praktischen Arbeitsschwerpunkt anzugehen.

Anfang März erschien die erste neue **Karambolage**. Sie ist auch noch bei uns erhältlich. Anfang Juni erscheint jetzt **Karambolage** Nr. 6, rechtzeitig zum Sommer. Mit der letzten **Karambolage** hatten wir ein gemischtes Echo. Nicht nur beifälliger Zuspruch erreichte uns, sondern auch Kritik. Seis nun, daß das verehrte Publikum teilweise mit heftig abwehrenden Arm- & Beinbewegungen auf das **Rote Teufelszeug** reagierte (da können wir dann wirklich nicht weiterhelfen) , oder was auch vorkam, waren Kritiken wie ihr seid ja gar nicht hip, wo ist denn bei euch die **positive Strahlung**. Wir haben uns also bemüht, ein positives Magnetfeld zu entwickeln, wir haben uns mit einem Affenzahn um unseren eigenen Bauchnabel gedreht, und uns ward Erfolg beschieden: Mit einem lauten **Boiiing** lösten sich die stahlhart geschmiedeten Hammer & Sichel von der Wand und tanzten Tango mit einem anonymen Bombenwecker. Wir wollen selbstredend auch eine vielseitige, bunte, allüberall erhältliche, radikale **Karambolage** machen. Aber: Erstens haben wir nur sehr wenig Geld, zweitens leben wir nicht nur für die **Politik**, so daß viele Ideen verpuffen, weil wir's einfach nicht schaffen, auch noch da&dazu was zu machen und sich noch hier&dort einzumischen. Wir sind zwar unmäßig neugierig, aber überall können wir unere Nasen auch nicht reinstecken (Gruß an Nick Knatterton).

Was soviel heißt, wie daß wir jede Menge Möglichkeiten zur Beteiligung an unserer **Karambolage** und an unserer „kommunistischen Jugendpolitik" sehen, für diejenigen unter euch, die ähnliche Sachen wie wir im Kopf haben. Am 8. Mai, dem Feiertag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, haben wir uns mit KB-Jugendlichen aus verschiedenen Orten (und der BWK-Jugendguppe Schleswig) getroffen und eine breitere Beteiligung an der **Karambolage** nicht nur aus Hamburg besprochen. Außerdem wollen wir anfangen, gemeinsame Wochenendseminare zu machen zu Themen, die allüberall auf Interesse stoßen. Vom 17.-19. Juni wollen wir gemeinsam ins Grüne fahren, um uns zum Thema IWF/Weltbank — Institutionen der imperialistischen Blöcke fitzumachen. Interessenten können sich bei der unten angegebenen Adresse melden.

In der jetzt erschienenen Sommernummer sind einige Artikel aus anderen Orten, diese **Karambolage** ist auch die erste, die in zwei Ausgaben erscheint: Einmal als Hamburger Jugendmagazin und darüberhinaus auch als bundesweit verkaufte Ausgabe.

Aus dem Inhalt:

— Jamaika aus Tourisicht — Ein Reisebericht
— Imperialismus — Versuch einer Erklärung
— Ist der WG-Schlaffi ein heimlicher RAFfi? — Terrorfahndung mit Eignungstest —
— Jugendbewegung im Baskenland — Ein Interview mit Jugendlichen von Kemen —
— Widerstand gegen Schulschließungen in Bremen
— 'Die Europäer haben ... die Eingeborenen gelehrt' — Die 'III. Welt' im Schulbuch —
— Der 'neue' Weg der Jungen Union, mit reaktionären Ideologien zum Ziel
— Asyl für die von Todesstrafe bedrohten Chilenen
— DGB-Apparat zermahlt Stullenclub
— Harburger DGBeton —
— Die neue Bewegung — Gedanken zum Politikmachen —
— Unzerstörbarer Zerstörer Asbest — Ein Baustoff, der krank macht —

Bestellen läßt sich die Karambolage bei der KB-Jugend c/o Hamburger Satz-& Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2 Hamburg 20.

den Modernisierer Heidegger — wäre dann auch das postmoderne Spiel mit dem Draculaismus anzugreifen.

3. Tatsächlich geht es ja nicht um richtiges Heidegger-Lesen, auch nicht um seine Philosophie (oder Nietzsches/Schopenhauers) allein. Die draculäische Linie ist Teil einer Orientierungssuche, die — ob zu Recht oder Unrecht so genannt, sei dahingestellt —, als Postmoderne auftritt oder als solche thematisiert wird. „Es wird wieder philosophiert, interpretiert, spekuliert", heißt es im AK quasi überrascht, obwohl doch, längst vor dem Schopenhauer-Jahr und Farias' Streitschrift um Heidegger, genau das getan wurde, rechts wie links. Wie sollte es auch anders sein, wenn (von der Rechten

geradezu von den Dächern gepfiffen; wer Augen hat zu sehen, der sehe, usw. ...

Heute, denke ich, dürfte sich das alles etwas weniger gewiß ausnehmen. Die Ängste und Desillusionierung und Fragen und Utopieversuche der postmodernen Verwirrung sind zum guten Teil solche, die die Linke selbst hat — oder auch: haben sollte.

Für Verharmlosung, Verdrehung und Verherrlichung eines Nietzsche oder Heidegger — des Draculaismus — kann das gewiß kein Alibi sein. Die an den Nietzsches und Heideggers sich entzündende Suche allerdings sollte uns alle brennend interessieren.

R., Hamburg



abi-deform viel böse, schule viel gut?

Wie vergessen ist die Schülerpower vom letzten Sommer? Damit nicht alles, was in der SchülerInnenbewegung so an Inhalten rumgeistert, jetzt wieder in der Versenkung von linken Archiven verschwindet, sondern die verbliebenen Aktivisten sich noch schlauer machen können, ist jetzt eine „Materialsammlung: Abi-Deform, SchülerInnenbewegung und Bildungspolitik" für 4 DM erschienen.

Sie soll ausgewähltes Hintergrundmaterial zur Auswertung und Analyse liefern. Damit wir nicht beim nächsten Protest wieder ganz von vorne diskutieren, damit wir aus der Bewegung Positionen weiterentwickeln können.

Es war auffällig, daß die „Abi-Deform"-Bewegung zum Teil auf recht wackeligen Füßen stand, so daß beispielsweise die Mittäterschaft der SPD als Vertreterin von Kapitalinteressen im Bildungsbereich oft außer acht gelassen wurde. Viele hatten auch Probleme, über den gymnasialen Tellerrand hinauszublicken. Emanzipatorische SchülerInnenpolitik muß auch Bezug nehmen auf die Interessen der in der BRD am meisten unterdrückten Jugendlichen. Also auf diejenigen, für die die kapitalistische Gesellschaft nur eine Ausbildung zum „Arbeitstier" vorsieht. Es geht darum, sich durch Analysenschlau zu machen, um den reaktionären Angriffen überlegter entgegentreten zu können. Die Textauswahl ist eine Anregung zur Diskussion auch darum, als linkeR im Blick zu haben, wenn irgendwo eine Bewegung keimt. Und dort mit Inhalten bepackt mitzumischen.

Die Broschüre ist eine Ansammlung von Materialien aus Veröffentlichungen der BWK-Jugend (Jugendgruppe im Bund Westdeutschen Kommunisten), der KB-Jugend (Kommunistischer Bund — Jugend) und dem Maulwurf (Jugendzeitung für feministische und sozialistische Aktion). Als gemeinsames Produkt deshalb, weil die Gruppen beim Mitmachen in der SchülerInnenbewegung auf ähnliche Art versucht haben, die Bewegung mit unseren Analysen zu bereichern. Uns interessiert auch die Diskussion und Kritik von anderen linken Jugendgruppen.

Der Inhalt der Broschüre ist in vier Blöcke unterteilt. Im ersten

— **„Abi-Deform" und SchülerInnenbewegung** geht es um die gelaufenen Proteste 87. Der zweite

— **zur herrschenden Bildungspolitik**, ist der materialreichste. Einerseits wird versucht, einmal etwas gründlicher die Kapitalinteressen an der Umstrukturierung der Bildung zu belegen, andererseits wird die Bildungspolitik in einzelnen Bundesländern genauer beleuchtet. Der dritte Block

— **Positionen und Dokumente** bringt ein paar Originaltexte vom DGB, SPD, dem Kapitalistenverband BDI (der ganz genaue Maßstäbe für die gymnasiale Oberstufe aufgestellt hat) und ein kurzer Text von Mao. Im vierten Block

— **Schulkritik / Für eine Schule, die Spaß macht** geht es um Kritik an dem Notensystem, an der Maschinerie Schule.

Also eine recht nährstoffreiche Broschüre, die viele Auseinandersetzungen bereichern kann!

Zu Bestellen ist die Broschüre bei:
KB-Jugend c/o Hamburger Satz und Verlagskooperative
Lindenalle 4
2000 Hamburg 20.

ende/gut/alles/gut!

Klassenfrage

Betr.: Palästina-Diskussion

In der im AK/KB stattfindenden Diskussion um die Palästina-Solidarität haben sich zwei apodiktische Positionen eingefunden, die m.E. in einer marxistischen, auf Emanzipation zielenden Organisation nichts zu suchen haben. Da wird zunächst prinzipiell behauptet, daß grundsätzlich jedes Volk das Recht hätte, sich als Nation zu konstituieren. Hat es das wirklich? Erstens gibt es wohl erhebliche empirische Probleme, das eine Volk vom anderen exakt zu trennen. Sind die Nordfriesen, die sich über Jahrhunderte die eigene Sprache und diverse Bräuche erhalten haben, Teil des deutschen Volkes, oder nehmen wir die dänische Minderheit in Süd-Schleswig, allesamt mit deutscher Staatsbürgerschaft nach herrschendem Recht: Mitglieder des dänischen Volkes? Wenn da nicht die Peinlichkeit wäre, daß in einer deutschen (ich kehre Euren Spieß gegen Euch) Redaktionsstube über das Recht der Völker, genauer das Recht an den Völkern, befunden wird, mir wäre es so ziemlich scheißegal. Ausgehend von den immer noch mit Füßen getretenen Ideen der Aufklärung über die Gleichheit aller Menschen, nicht nur vor dem Gesetz, und neben den materialistisch begründeten Forderungen sozialer Emanzipation, abgeleitet aus einer Kritik der politischen Ökonomie, gibt es heute zum zweiten eine Reihe von Problemen, bei denen das Denken in Kategorien von Volk und Staatlichkeit nicht weiterführt. Um diese Frage erfolgreich angehen zu können, müssen alle Formen des Rassismus mit seinen Erscheinungsformen der Frauendiskriminierung, des ethnischen und kulturellen Rassismus, der Religion (Erlöste und Unerlöste) und des Nationalismus mit jakobinischer Härte angegangen werden. Wer in der heutigen Zeit Kategorien des Völkischen und des Nationalen über die Klassenfrage und die aus ihr entspringenden Probleme stellt, düngt die blutigen Äcker von gestern neu.

Der Satz, der israelische Staat sei die verwirklichte Form des Selbstbestimmungsrechts von 3,3 Millionen Juden, hat den gleichen Wahrheitsgehalt wie der Satz, das Deutsche Reich in den Grenzen vom 30.8.1939 sei die materialisierte Form des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes. Sicherlich gibt es in Israel nicht dieselbe Bestialität, die der deutsche Staat bereits zu diesem Zeitpunkt an den Tag legte. Statt der von Euch gewählten Beurteilungsgrundlage erwarte ich von einer kommunistischen Organisation, daß sie eine Gesellschaft nach ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung, der Politik nach innen und außen und ihrer internationalen Stellung beurteilt.

Be., Westberlin

vom 30.8.1939 sei die materialisierte Form des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes. Sicherlich gibt es in Israel nicht dieselbe Bestialität, die der deutsche Staat bereits zu diesem Zeitpunkt an den Tag legte. Statt der von Euch gewählten Beurteilungsgrundlage erwarte ich von einer kommunistischen Organisation, daß sie eine Gesellschaft nach ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung, der Politik nach innen und außen und ihrer internationalen Stellung beurteilt.

Be., Westberlin

Bayern

Betr.: „Tour de Terror" (AK 294)

„Dös is scho a Hund", ein Sauhund sogar — provoziert und beleidigt sitzt also nun der Dilettantalus über der Schreibmaschine und rätselt, wer der geheimnisvolle Erkenner (ersten unbestätigen Meldungen zufolge soll es ja eine Frau sein) sein könnte. Ich weiß ja nicht, in welchen Münchner Kneipen Du Dich herumtreibst, die schon um halb eins zumachen sollen, und ich weiß auch nicht, in welchen Kreisen Du verkehrst, in denen die Punks alle mit 750-Mark-Gürteln herumlaufen. Und vielleicht hast Du auch zwischen Ikea-Regalen und von alten Hamburger KB-Zeiten träumend den zwar nicht Hamburger und Berliner Ausmaße annehmenden, aber doch im bundesdeutschen Durchschnitt liegenden WAA-Widerstand verschlafen.

Nein, im Ernst: Dein Groll über den Dumpf und die Provinzialität ist vollkommen berechtigt — auch mich packen Auswanderungsgelüste —, trotzdem geht Dein Brief aber an der Realität größtenteils vorbei und freut lediglich alle Norddeutschen, die die Münchner Probleme unter dem Stichwort „Naja, ist halt Bayern" getrost abhaken können. Das Münchner Problem ist aber letztlich ein bundesweites: Wie kann sich eine radikale Linke in einer Stadt halten, in der ihr durch vorausschauende Sozialplanung, heimliche Kriminalisierung und Entzug von Öffentlichkeit jeglicher Nährboden entzogen wird?

Die verbotene „Tour de Terror"-Veranstaltung sollte gerade ein Ansatz sein, eine radikale Perspektive für München zu eröffnen und München aus der intellektuellen Provinz zu befreien. Dafür hätte aber eine perfekte Vorbereitung — eben auch juristisch — sowie eine Solidarität der Münchner Linken vorhanden sein müssen. Beides war nicht gegeben. (Du glaubst, es gäbe keine miteinander streitenden linken Gruppierungen. Mein Gott, Du hättest mal die elenden Grabenkämpfe im Veranstaltungsvorfeld z.B. zwischen Autonomen und dem Anti-Atom-Plenum — als Veranstalter — erleben sollen ...)

Nun ist es ja nicht so, daß dem Anti-Atom-Plenum Erfahrungen fehlten; es ist nur das passiert, was auch ein Kennzeichen der Münchner Linken ist: außerhalb, z.B. in Wackersdorf jahrelang Organisation betrieben und alles Verbotene mitdurchgesetzt zu haben — aber in München kein Bein auf den Boden zu kriegen. Eine breite Bündnisstrategie zu fahren, hätte vielleicht nicht einmal ein Verbot verhindert, dafür aber auf jeden Fall die Rücknahme radikaler Inhalte bedeutet. Herausgekommen wäre eine Wischi-waschi-Veranstaltung, die uns auch nicht weitergebracht hätte.

Hier ist es so schwierig, weil München die ersten großen Straßenschlachten in der BRD erlebte, eben nämlich jene Schwabinger Krawalle 1962. Danach entwickelten vor allem OB Hans-Jochen Vogel und Polizeipräsident Manfred Schreiber (ja, genau der) ein sozialdemokratisches Konzept der Aufstandsbekämpfung, an dem sich die Münchner Linke bis heute die Zähne ausbeißt. Während der Polizei in anderen Städten nichts besseres als der Knüppel einfiel, wurden die Münchner in allen Bereichen präventiv tätig und hatten damit schon 1968 ein Konzept, als die anderen Städte unvorbereitet von der Studentenbewegung überrollt wurden. Zu diesem Konzept gehören nicht nur Versammlungs- und Zeitungsverbote; das geht hin bis zur Kulturintegration bzw. -vernichtung und dem Verstecken der durchaus vorhandenen Armut unter dem Image von Biergarten, Schickeria und High-Tech, auf das leider auch viele Linke reinfallen ...

Der Münchner Linken muß jedenfalls was einfallen, wenn sie sich nicht für alle Zeiten ein Veranstaltungsverbot festschreiben lassen will. Dazu sind wohl folgende Vorbedingungen unerläßlich:

— das Ablegen des Dilettantismus der Veranstalter selbst (mehr oder weniger dilettantisch sind aufgrund ihrer internen Struktur selbst die erfahrensten Gruppen. Genau dies ist angesichts der Perfektion des Feindes hier aber nicht mehr erlaubt!);

— eine breite Solidarität innerhalb der Münchner Linken;

— eine bundesweite Solidarität (die aber wohl von München aus angegangen werden müßte) angesichts des bundesweiten Vorbildcharakters der Münchner Sicherheitspolitik.

Und nicht zuletzt wäre zu wünschen, daß Du und alle anderen Erkenner sich mal selbst irgendwo einklinken und ihre Qualitäten zur Verfügung stellen würden — es muß ja nicht unbedingt das dilettantische Anti-Atom-Plenum sein. Denn gerade hier in München haben wir schon genug Generationen von Besserwissern, die ihre gesammelten Erfahrungen resigniert hinter Ikea-Regal und Esoterik verstecken.

Der Dilettantalus — einer, der es besser weiß

Vorbildcharakters der Münchner Sicherheitspolitik.

Und nicht zuletzt wäre zu wünschen, daß Du und alle anderen Erkenner sich mal selbst irgendwo einklinken und ihre Qualitäten zur Verfügung stellen würden — es muß ja nicht unbedingt das dilettantische Anti-Atom-Plenum sein. Denn gerade hier in München haben wir schon genug Generationen von Besserwissern, die ihre gesammelten Erfahrungen resigniert hinter Ikea-Regal und Esoterik verstecken.

Der Dilettantalus — einer, der es besser weiß

Schiffbruch

Betr: Das schwierige Erbe der Rosa L. (AK 294)

Lob gebührt dem sehr informativen Artikel über die Vereinnahmungen und Verfälschungen der Rosa L. durch Spezialdemokraten einerseits und DDR-Offizielle andererseits.

Trotzdem sehe ich ein grundlegendes Problem in der Anlage des Artikels: die Art und Weise, wie der Autor — indirekt jedenfalls — das System der DDR bzw. deren Freiheitsverständnis im Verhältnis zu ihren Bürgern gegenüber der Sozialdemokratie zu verteidigen sucht, kann nur in Schiffbruch enden.

Deutlich wird dies in der Einleitung des Artikels. Der Autor meint, nur ein kleiner Teil der DDR-Opposition würde mit dem Tragen der Luxemburg-Parole das Anliegen der Urheberin des Zitats verfolgen: die Verwirklichung von Demokratie im Sozialismus. Das Anliegen der Rosa L. würde von all denjenigen verdrängt, die sich des wohlklingenden Freiheitssatzes bedienen, um ihr Glück nicht in der sozialistischen Demokratie, sondern im kapitalistischen Westen zu suchen.

Das reißt Fragen auf!

Steckt darin die Empfehlung an die DDR-Opposition, sie solle ihr Glück im DDR-„Sozialismus" versuchen, der da bloß als verwandelter Prinz einhergeht? Welch kuriose linke Empfehlung, wenn das DDR-System eben den Massen eine Latte politischer (!) Freiheiten nicht gewährt, die im kapitalistischen Westen — jedenfalls aktuell — eine Selbstverständlichkeit sind.

Gehören wir nicht zu denjenigen, die das Recht (!) auf Meinungsfreiheit gerade in der politischen Auseinandersetzung als äußerst wertvoll einstufen? Dieses Recht, das in der DDR günstigstenfalls als zensiert limitierte Duldung existiert. Auch wissen wir zu gut, daß Leute unseres Schlags längst im Knast von Bautzen vergammeln würden oder, wenn's dem Westen nützt, im Austausch gegen High-tech in die BRD verschubt würden.

Oder vielleicht noch brisanter die DDR-Ausreisefreiheit, die nur in Gestalt des Straftatbestandes der „Republikflucht" existiert. Oder die Praxis der Todesschüsse entlang der DDR-Mauer, die die „autonom Ausreisenden" zur Strecke bringt und nicht etwa einfallende Imperialistenknechte. Soviel Mittelalter kann sich im Westen gerade noch ein Stroessner oder Pinochet leisten.

Deswegen bin ich der Meinung, daß es an den vorbürgerlichen Zügen des DDR-Systems absolut nichts zu verteidigen gibt. Es klingt nicht gerade unwahrscheinlich, wenn eine Reihe DDR-Oppositioneller das DDR-System deswegen möglicherweise weiter von demokratischen Zuständen entfernt sieht als das kapitalistische im Westen. Demokratie läßt sich eben nicht aufschiebend bedingen durch den Zusatz „SED-Sozialismus". Auch lebt der Mensch überall nur einmal.

Solange also die DDR-Opposition solche Freiheiten einfordern *muß*, die wir für uns im kapitalistischen Westen auch als Linke als für selbstverständlich erachten, sehe ich keinen Grund, diese DDR-Oppositionellen zu verunglimpfen als Erbschleicher der Rosa L. Da kümmert mich wenig, wenn die Nachfolger von Noske und Konsorten ihren Brei rühren.

Hermann Gimpl, Nürnberg

Arroganz

Betr.: Einer trage des anderen Last (AK 293)

Nach der Lektüre der Filmkritik von Gerd Eggeling habe ich mich gefragt, ob ich diese auch dann so haarsträubend gefunden hätte, wenn ich den Film gar nicht gesehen hätte, sondern wenn ich mich ausschließlich über die Arroganz des Schreibers hätte aufregen können.

Gerd Eggeling klärt uns darüber auf, daß die Ost-Berliner Karl-Marx-Allee früher Stalin-Allee hieß, womit nun endlich auch die Leserschaft des AK an Informationen gelangt, die bis dahin zum Privileg der regelmäßigen FAZ-Leser gehörten. Dort also läuft ein Film, in dem sich einer der Hauptdarsteller dadurch lächerlich macht, daß er sich „die Zeit mit Lenin-Lektüre vertreibt". Dümmer noch als der Lenin lesende Kommunist sind da nur noch die Zuschauer, über die wir erfahren, daß sie in Scharen in diesen Film laufen. Dort lachen diese Einfaltspinsel dann über einen „Film für Angetrunkene", und „eine Häufung von Albernheiten" sorgt für „Heiterkeit unter den Werktätigen".

Worum geht es in dem Film, den ich so ganz anders erlebt habe, und mit mir das Publikum im ausverkauften Kino, das weder angetrunken noch einfältig war, sondern nach dem Film zu Hunderten im Kino blieb und mit großem Ernst und auf beeindruckendem politischen Niveau mit dem Regisseur über seinen Film diskutierte?

Herausgerissen aus ihren gewohnten Arbeits- und Lebenszusammenhängen müssen im Jahr 1950 zwei junge Männer für längere Zeit ein Zimmer in einem Lungensanatorium teilen. Der eine ist Christ, der andere Kommunist, beide sind extrem moralisch und idealistisch. Gegenseitige Missionierungsversuche bleiben erfolglos, führen aber immerhin zur Heiterkeit im Kino („Eine nostalgische Umarmung unserer rrradikalen Kinderkrankheiten", Der Sonntag, DDR). Am Schluß akzeptieren sich die beiden nicht nur menschlich, sondern sie respektieren auch die jeweilige Überzeugung des anderen.

Da steckt denn auch die Botschaft des Regisseurs, denn die aktuelle gesellschaftliche Verallgemeinerung dieser sehr überzeugend geschilderten und vermutlich sogar authentischen Geschichte zweier Individuen aus den 50er Jahren ist natürlich das Arrangement von Kirche und sozialistischem Staat heute.

Diese Politik braucht Gerd Eggeling natürlich nicht richtig zu finden, und die konterrevolutionären Aktivitäten der Kirche in Polen liefern ja auch manchen Stoff, solche Positionen zu hinterfragen. Wenn man aber grundsätzlich die Zusammenarbeit von Christen und Kommunisten ablehnt und sich dabei auch noch, wie Gerd Eggeling, auf Marx und Lenin beruft, dann wäre es schon interessant zu erfahren, ob er damit auch den Rat an die Sandinisten verbindet, nicht nur die Zusammenarbeit mit den Christen einzustellen, sondern auch endlich die Pfaffen aus der sandinistischen Regierung herauszusäubern.

R., Braunschweig



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Die AK-Reiseredaktion empfiehlt Italien-Urlaubern:

„Unità am Montag" lesen!

AGNELLI DISSE:

E' ORA CHE I

Montag, den 9.5., schien der Satireteil schon auf der Titelseite zu beginnen. Mitterand hatte am Vortag glorreich gesiegt und die „Unità"-Redaktion in helle Begeisterung versetzt: Mitterand, einzi-

ziale Gerechtigkeit und menschliche Solidarität verteidigt hat ..."

In weniger großen Lettern, aber gleichfalls auf der Titelseite feiert die „Unità" das zweite weltgeschichtliche Ereignis des 8. Mai: „il terremoto politi-

Die AK-Reiseredaktion empfiehlt Italien-Urlaubern:

„Unità am Montag" lesen!

AGNELLI DISSE:



AGNELLI (1) SPRACH:

„Es ist Zeit, daß die Kommunisten in die Räume der Regierung einziehen!"

Die Urlaubszeit steht bevor. Italien-Reisenden mit ausreichenden Sprachkenntnissen, die dann und wann auch mal einen Blick in eine italienische Zeitung werfen wollen, sei an dieser Stelle die „Unità", Zentralorgan der KPI, empfohlen. Allerdings nur die „Unità am Montag": Die ungleich informativere „Repubblica" erscheint am Montag nicht; die „Unità" dagegen enthält an diesem Tag die Satirebeilage „Tango", die „Wochenschrift für Satire, Humor und unwiderstehliche Leidenschaften". „Tango" bietet acht Seiten Karikaturen und Bildergeschichten (viele Zeichnungen, wenig Text!), in denen nicht zuletzt die eigene Partei zur Zielscheibe des Spotts gemacht wird (nebenstehend eine Kostprobe des dort gepflegten Schwarzen Humors).

Allen Anfechtungen seitens der Parteiführung zum Trotz ist „Tango" mittlerweile 109mal erschienen und hat die Montagsauflage der „Unità" um mehr als 20.000 Exemplare gesteigert.

Realsatire

Der bissige Humor von „Tango" beginnt mittlerweile auch auf die Redaktion des Zentralorgans abzufärben. Am Montag, den 9.5., schien der Satireteil schon auf der Titelseite zu beginnen. Mitterand hatte am Vortag glorreich gesiegt und die „Unità"-Redaktion in helle Begeisterung versetzt: Mitterand, einziger erfolgreicher Titelverteidiger unter den französischen Präsidenten „betritt nicht allein deshalb als Lebender den imaginären Pantheon der Großen Männer, denen Frankreich ein Stück seiner nationalen Identität verdankt. (...) Das ganze demokratische Europa, die gesamte europäische Linke müsse einem Wahlergebnis Beifall zollen, das den Mann belohnt, der mit Aufrichtigkeit

ALESSANDRO NATTA EBBE UN INFARTO PER LO STUPORE -



Alessandro Natta (2) bekam vor Überraschung einen Infarkt —

ALTRI DEL PICCI' LO EBBERO PER IL DOLORE -



Andere aus der KPI bekamen ihn vor Schmerz —

und Energie die Schaffung Europas an die erste Stelle seiner Sorgen gesetzt hat, der die universellen Werte Toleranz, soziale Gerechtigkeit und menschliche Solidarität verteidigt hat ..."

In weniger großen Lettern, aber gleichfalls auf der Titelseite feiert die „Unità" das zweite weltgeschichtliche Ereignis des 8. Mai: „il terremoto politico — das politische Erdbeben" in Schleswig-Holstein. — „Schleswig-Holstein ist seit gestern das roteste der Bundesländer, roter als die traditionellen Hochburgen wie Hamburg, Bremen oder NRW, und der Leader, der diesen Erfolg konstruiert hat, Björn Engholm, betritt mit Energie den Club („il gotha", wörtlich „Adelskalender"! Anm. AK) der jugen Parteiführer, denen es gelungen ist, die SPD aus der Krise und zurück zum Sieg zu führen." Das von der „Unità" ausgemachte Fundament des sozialdemokratischen Erfolges ist „die Glaubwürdigkeit, die die SPD zu gewinnen oder wiederzugewinnen wußte — wegen ihrer Fähigkeit, die vor allem in Norddeutschland akute wirtschaftliche und soziale Krise zu meistern ..." Das würde nicht einmal der umschmeichelte junge „Leader" von seiner Partei behaupten. Aber Übertreibung ist eben ein unverzichtbares Mittel der Satire.

Js./Hamburg



Wieviele Genossen werden noch dem Kapitalismus zum Opfer fallen?

Anmerkungen:
1) Giovanni Agnelli, FIAT-Chef und Sponsor der Republikanischen Partei (PRI)
2) Alessandro Natta, Sekretär der KPI, der kürzlich tatsächlich einen Herzinfarkt erlitt.

Mit gebrochener Feder

Ausstellung albanischer Karikaturen

Das waren noch Zeiten, als Albanien-Fans der KPD/ML Beamten des Auswärtigen Amtes telefonisch auf die Nerven gingen, weil eine albanische Delegation kein Visum für die BRD und damit keine Gelegenheit erhalten hatte, auf einem Kongreß der „Roten Garde" die Faust für Ernst Aust zu ballen. Enver Hoxha ist tot, Ernst Aust ist tot, und manch MLer kommt allmählich in die Wechseljahre. Albanien, das ein bekannter chinesischer Steuermann mal „das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa" nannte, hat im Oktober vergangenen Jahres diplomatische Beziehungen mit der BRD aufgenommen. Derzeit residiert die bundesdeutsche Botschaft in Tirana noch provisorisch im Nobel-Hotel „Dajti" am Boulevard der Helden der Nation — schräg gegenüber dem Stalin-Denkmal, aber ein protziges Botschaftsgebäude ist schon im Bau und kündet von weitgesteckten Zielen. In Bonn interessiert man sich zunehmend für die Sozialistische Volksrepublik an der Adria. Albanien verfügt über die drittgrößten Vorkommen an Chromerz in der Welt, hinter Südafrika und der Sowjetunion. Grund genug für Strauß und Genscher, die Erz-Stalinisten im Land der Skipetaren näher kennenzulernen.

Um Freundschaft mit Albanien bemüht sich bereits seit 1971 die „Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft" (DAFG), die sich von einer Filiale der KPD/ML mittlerweile zu einem pluralistischen Forum vom Neostalinisten bis zum Briefmarkensammler gemausert hat. Tauchte der Verein zu den wilden ML-Zeiten noch im Verfassungsschutzbericht auf, durften die Vorstandsmitglieder als Krönung ihrer Arbeit auf ihrer 15-Jahr-Feier 1986 den verdienten Internationalisten Jürgen Möllemann begrüßen. Stolz erzählen DAFG-Vorstandsmitglieder heute herum, wie es ihnen dank der Unterstützung von Franz-Josef Strauß gelang, zwar nicht den Klassenkampf, aber immerhin eine Klassenreise für Schüler nach Albanien zu organisieren. Acht Jahre und damit schon mehrere Ewigkeiten ist es her, als Strauß gegen die „ML"er wegen deren immerhin origineller Parole *„Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg"* prozessierte. Hätte man den Genossen vor zehn Jahren prophezeit, daß sie sich dereinst noch über Strauß freuen werden, sie wären einem mit dem Hintern ins Gesicht gesprungen.

Wo Freundschaft und Handelsbeziehungen gedeihen sollen, muß ein bißchen Kultur gepflegt werden. Hierfür bieten sich Kunstausstellungen an. Eine chen Kultur gepflegt werden. Hierfür bieten sich Kunstausstellungen an. Eine Ausstellung albanischer Karikaturen zeigt die DAFG derzeit in verschiedenen Städten der BRD, ab 8. Mai in der Freien Akademie der Künste in Hamburg und ab Mitte Juni in Hildesheim. Die Ausstellung steht unter Schirmherrschaft des Leiters der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Herrn Ministerialdirektor Barthold C. Witte. Die Exposition zeigt Karikaturen verschiedener albanischer Künstler aus der Satirezeitschrift „Holsteni". Im Text des Katalogs (der im Unterschied zur Ausstellung nicht von Genscher u. Co. subventioniert wird) ist den Machern der albanische Esel durchgegangen, und Alfred L. Lorenz, langjähriger Redakteur des DAFG-Organs „Albanische Hefte", zieht vom Leder wie



Agin Sulay Freunde muß man haben (Tempera)

einst bei Aust: *„Nicht, daß die Albaner etwas gegen Stalin hätten"*, heißt es dort munter, und wie anno dunnemals im „Roten Morgen" bekommt man den Beweis dafür serviert, daß *„im sozialistischen Albanien die Arbeiterklasse an der Macht"* ist, denn: *„Das ist Fakt. Das steht in der Verfassung."* Da kriegen „Revisionisten" eins übergebraten und werden Leser über die Weltlage orientiert: *„Bedroht ist die Unabhängigkeit der Völker durch die Sowjetunion"!* „Hosteni"-Chefredakteur Niko Nikolla schwadroniert in einem Beitrag im Stil der traditionellen albanischen Hausmannskost über die *„aggressive Politik der Supermächte"*, als hieße der Generalsekretär der KPdSU George Bush. Von dieser Ausgewogenheit sind viele Karikaturen geprägt, die in künstlerisch oft ansprechender und anspruchsvoller Form Szenen zeigen, in denen die USA und die Sowjetunion sich verschwören, um die Friedenstaube abzumurksen. Neben einigen Bildchen vom russischen Bären, die aus der FAZ stammen könnten, zeigt die albanische Karikaturenausstellung auch einige hübsche Arbeiten, die den USA-Imperialismus ohne diplomatische Rücksichtnahme aufs Korn den USA-Imperialismus ohne diplomatische Rücksichtnahme aufs Korn nimmt. Albanien hat keinerlei Beziehungen mit den USA.

Zahlreiche Karikaturen sind einem innergesellschaftlichen Phänomen in Albanien gewidmet, dem Bürokratismus. Diese teils recht bissigen Zeichnungen könnten naive Betrachter zu der Schlußfolgerung verleiten, als gäbe es für albanische Karikaturisten keine Tabus. Die „Bürokratismus"-Kritik der Künstler bewegt sich auf der Linie der Politik der Partei der Arbeit Albaniens, die gelegentlich zum Kampf gegen konkrete Auswüchse der von ihrem Regime selbst geschaffenen Überzentralisierung aufruft. Der junge albanische Karikaturist Ilir Pojani sagt in einem Interview in dem Katalog: *„Wenn man die Funktion, den Geist der Karikaturen in Albanien richtig verstehen will, dann muß man begreifen, welche Rolle die Partei bei uns spielt."* Da wäre es gänzlich undenkbar, sich etwa mit den blutigen Säuberungswellen des Enver Hoxha-Regimes zwischen Ende der vierziger und Anfang der achtziger Jahre zu beschäftigen. *„Kritisiert wird fast alles, was nicht die Partei der Arbeit Albaniens und ihre Führung betrifft"*, urteilte das ehemalige KPD/ML-Politbüromitglied Horst-Dieter Koch (heute Spitzenfunktionär der VSP) in der „SoZ" (5.11.87) über die Ausstellung keß. Die Politik des albanischen Politbü- „SoZ" (5.11.87) über die Ausstellung keß. Die Politik des albanischen Politbü- ros ist aber nicht das einzige Thema, von dem albanische Karikaturisten heute die Finger lassen müssen. In früheren Jahren hat die Satirezeitung „Hosteni" viele Karikaturen über ein Thema veröffentlicht, das spätestens seit dem „Freundschaftsbesuch" von Franz-Josef Strauß im Land der Skipetaren in albanischen Veröffentlichungen gemieden wird: der BRD-Imperialismus. Während die Karikaturenschau noch einige Spitzen gegen den 1982 verblichenen Leonid Breshnew zeigt, sucht man eine der flotten Karikaturen über die deutschen Imperialisten aus den „Hosteni"-Heften der siebziger Jahre vergeblich unter den Exponaten.

Gerd Eggeling

> Die Ausstellung albanischer Karikaturen ist vom 30. Mai bis Ende Juni in der Freien Akademie der Künste in Hamburg, Ferdinandstor 1a, zu sehen.
>
> Begleitend zur Illyrer-Ausstellung mit archäologischen Funden über die Vorfahren der Albaner, ist die Karikaturenausstellung vom 17. Juli bis zum 20. November im Roemer-Pelizaeus Museum in Hildesheim zu bestaunen.

INHALT

Nahost
„In den besetzten Gebieten existiert heute Chile" — Interview

